

CSR-Themen in der Unternehmens-
berichterstattung von kommunalen
Energieversorgungsunternehmen –
Empirische Analyse am Beispiel
ausgewählter deutscher
Stromanbieter

DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschaftswissenschaften

vorgelegt von

Philipp Wasmuth, M.Sc.
aus Hagen

genehmigt von der

Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften
der Technischen Universität Clausthal

Tag der mündlichen Prüfung
16.07.2020

Dekan der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften
Prof. Dr. rer. nat. habil. Bernd Lehmann

Vorsitzender der Promotionskommission
Prof. Dr. rer. pol. habil. Christoph Schwindt

Betreuerin
Prof. Dr. rer. pol. habil. Inge Wulf

Gutachter
Prof. Dr. rer. pol. habil. Stefan Müller

Geleitwort

Mit dem gesellschaftlichen Wertewandel sind die Erwartungen an Unternehmen in Hinblick auf Transparenz und Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung gestiegen. Von kommunalen Energieversorgungsunternehmen wird darüber hinaus ein Beitrag zur Umsetzung der Energiewende und zur Erbringung von gemeinwohlstiftenden Leistungen in der Region erwartet. Aufgrund der damit verbundenen Erwartungshaltung von Stakeholdern wurden in der Vergangenheit bereits vielfach freiwillige Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht. Zwecks Erhöhung der gesellschaftlichen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen wurde mit der Richtlinie 2014/95/EU eine nichtfinanzielle Berichtspflicht eingeführt.

Vor diesem Hintergrund befasst sich das vorliegende Werk mit CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung kommunaler Energieversorgungsunternehmen. Zunächst werden die Rahmenbedingungen von kommunalen Energieversorgern herausgearbeitet und die Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung thematisiert. Im Anschluss wird literaturgestützt ein Anforderungskatalog unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen von kommunalen Energieversorgungsunternehmen wie auch bestehender Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung entwickelt. Auf dieser Grundlage erzielt Herr Wasmuth im Rahmen der Praxisuntersuchung Erkenntnisse zum Status quo sowie zu den Determinanten der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung und leitet Handlungsempfehlungen für die kommunalen Energieversorgungsunternehmen ab.

Herr Wasmuth leistet mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Einbeziehung von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Die Arbeit zeichnet sich durch eine systematische, detaillierte und umfassende Abhandlung aus und liefert konkrete Ergebnisse. Die Arbeit ist sowohl für Unternehmenspraktiker als auch für Wissenschaftler aufschlussreich. Ich wünsche dem vorliegenden Werk einen breiten Leserkreis.

Clausthal-Zellerfeld, im Juli 2020

Prof. Dr. Inge Wulf

Danksagung

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensrechnung, des Instituts für Wirtschaftswissenschaft an der Technischen Universität Clausthal. Die Arbeit wurde von der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften als Dissertation angenommen. Das Gelingen dieses Vorhabens wäre ohne die Unterstützung und den Rückhalt von bestimmten Menschen nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Ein herzlicher Dank gilt meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Inge Wulf für die Möglichkeit zur Promotion. Außerdem bedanke ich mich für die freundliche Betreuung der Arbeit und die Erstellung des Erstgutachtens. Herrn Prof. Dr. Stefan Müller von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg gebührt mein Dank für die Übernahme des Zweitgutachtens.

Ferner möchte ich meinen gegenwärtigen und ehemaligen (Doktoranden-) Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl sowohl für den fachlichen als auch den darüber hinausgehenden Austausch meinen Dank aussprechen. Dazu bedanke ich mich insbesondere bei Frau Dr. rer. pol. Catja Dickmann, Frau Petra Ernst, Herrn Dr. rer. pol. Alexander Franz, Herrn Tim Friedrich, M.Sc., Herrn Dr. rer. pol. Christian Köster, Herrn Jens Niemöller, M.Sc., Herrn Dipl.-Kfm. (FH) René Pollmann, Frau Dipl.-Math. Natalia Rentzsch, Frau Dr. rer. pol. Wiebke Roß, Herrn Dipl.-Oec. Jürgen Lars Sackbrook, Herrn Alexander Senger, M.Sc., Herrn René Alexander Staikowski, M.Sc., Frau Dr. rer. pol. Carolin Wabia und Frau Sarah Wruck, M. Sc.. Des Weiteren richtet sich mein Dank an die Abteilung für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik, für die gute Nachbarschaft. Die konstruktiven Gespräche und Diskussionen mit Frau Nastaran Hosseini, M.Sc., Herrn Dominic Jung, M.A., Herrn Dipl.-Vw. Julian Krause und Herrn Jacob Wehrle, M.Sc. haben mir immer große Freude bereitet.

Mein größter Dank gilt meiner Familie und meinen engsten Freunden, die in den letzten Jahren stets ein offenes Ohr für mich hatten und durch den unermüdlichen Zuspruch sowie Rückhalt maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Von ganzem Herzen dankbar bin ich meinen lieben Eltern Anja und Werner

Wasmuth und meiner Schwester Sophia Wasmuth, LL.B.. Ihre bedingungslose Unterstützung und Zuneigung haben mich nicht nur zu dem Menschen gemacht, der ich heute bin, sondern mich in meinem ganzen Leben bei der Erreichung meiner persönlichen und beruflichen Ziele beflügelt.

Schlussendlich möchte ich meinen Dank für meine Freundin Karoline Dlugosch, M.Sc. zum Ausdruck bringen. Ihr gebührt meine Dankbarkeit nicht nur dafür, dass sie mir stets neuen Mut und Zuversicht geschenkt hat, sondern auch in den letzten Jahren tagtäglich an meiner Seite gestanden hat. Ich freue mich auf unsere Zukunft.

Clausthal-Zellerfeld, im Juli 2020

Philipp Wasmuth

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	XI
Tabellenverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Symbolverzeichnis	XIX
1 Einleitung.....	1
1.1 Motivation und Zielsetzungen.....	1
1.2 Gang der Untersuchung.....	5
2 Rahmenbedingungen von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	8
2.1 Definition von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	8
2.2 Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft	9
2.2.1 Liberalisierung.....	9
2.2.1.1 Monopolistisch geprägte Energiewirtschaft.....	9
2.2.1.2 Wettbewerblich geprägte Energiewirtschaft	11
2.2.2 Klima- und Energiepolitik.....	14
2.2.2.1 Vorbemerkungen.....	14
2.2.2.2 Ökologisches Nachhaltigkeitsbewusstsein in der Bevölkerung.....	14
2.2.2.3 Zielsetzungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene	17
2.2.2.4 Zielsetzungen und Maßnahmen auf europäischer Ebene	18
2.2.2.5 Zielsetzungen und Maßnahmen auf nationaler Ebene	20
2.2.2.5.1 Zielsetzungen.....	20
2.2.2.5.2 Maßnahmen	23
2.2.3 Auswirkungen auf die Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft.....	27
2.2.3.1 Vorbemerkungen.....	27
2.2.3.2 Erzeugung.....	28
2.2.3.3 Großhandel	30

II

2.2.3.4	Übertragungs- und Verteilnetze	32
2.2.3.5	Vertrieb.....	33
2.3	Rahmenbedingungen der Kommunalwirtschaft.....	36
2.3.1	Definition und Organisationsformen von kommunalen Unternehmen	36
2.3.2	Instrumentalfunktion und duales Zielsystem	38
2.3.3	Bedeutung kommunalwirtschaftlicher Betätigung	41
2.3.4	Wandel und Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung	41
2.3.5	Rekommunalisierungstendenzen.....	44
2.4	Zwischenfazit	46
3	Systematisierung und Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	48
3.1	Vorbemerkungen.....	48
3.2	Systematisierung von CSR und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung.....	49
3.2.1	Systematisierung von CSR.....	49
3.2.1.1	Überblick über CSR-Definitionen.....	49
3.2.1.2	Entwicklung der CSR-Definitionen	50
3.2.1.3	Begriffsabgrenzung zur Nachhaltigkeit	54
3.2.2	Systematisierung und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung	56
3.2.2.1	Überblick über die Unternehmensberichterstattung.....	56
3.2.2.2	CSR-Themen im Lagebericht.....	59
3.2.2.2.1	Funktionen des Lageberichts	60
3.2.2.2.2	Pflicht zur Aufstellung des Lageberichts	61
3.2.2.2.3	Prüfungspflichten	61
3.2.2.2.4	Bedeutung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees.....	62

III

3.2.2.2.5 Grundsätze zur Aufstellung des Lageberichts	63
3.2.2.2.6 Bestandteile des Lageberichts	64
3.2.2.2.7 Verortung von CSR-Themen im Lagebericht	71
3.2.2.3 Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung	72
3.2.2.4 CSR-Informationsbedürfnisse der Stakeholder von kommunalen Energieversorgungsunternehmen	75
3.2.2.5 Abschließende Systematisierung und Verortung von CSR- Themen in der Unternehmensberichterstattung	76
3.3 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen	79
3.3.1 Ansätze zur Unternehmensregulierung	79
3.3.1.1 Theoretische Grundlagen zu den Ansätzen der Unternehmensregulierung	79
3.3.1.2 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch harte staatliche Regulierung	81
3.3.1.3 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch zivile Regulierung	82
3.3.1.4 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch Selbstregulierung	83
3.3.2 Legitimitätstheorie.....	84
3.3.2.1 Theoretische Grundlagen der Legitimitätstheorie.....	84
3.3.2.2 Differenzierung von organisationaler Legitimität.....	85
3.3.2.2.1 Differenzierung organisationaler Legitimität nach Eichhorn.....	85
3.3.2.2.2 Differenzierung organisationaler Legitimität nach Scharpf und Herzberg	86
3.3.2.3 Legitimitätslücke von kommunalen Energieversorgungsunternehmen	88
3.3.2.3.1 Auswahl des Untersuchungsrahmens nach Scharpf und Herzberg	88

3.3.2.3.2	Problematik der Input-Legitimität	90
3.3.2.3.3	Problematik der Output-Legitimität	93
3.3.2.4	Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zur Schließung der Legitimitätslücke	97
3.3.3	Institutionentheorie.....	100
3.3.3.1	Theoretische Grundlagen der Institutionentheorie	100
3.3.3.2	Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch Isomorphismus mittels Imitation	103
3.4	Zwischenfazit	104
4	Literaturüberblick und Forschungsbedarf zu CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	106
4.1	Vorgehensweise zur Ermittlung des Literaturüberblicks	106
4.2	Überblick über die empirischen Untersuchungen	107
4.3	Erkenntnisse des Literaturüberblicks und Forschungsbedarf	111
5	Anforderungskatalog und Hypothesen zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	116
5.1	Vorbemerkungen.....	116
5.2	Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen	117
5.2.1	Konzepte zur CSR-Differenzierung	117
5.2.1.1	CSR-Konzept nach Carroll.....	117
5.2.1.1.1	Theoretische Grundlagen des CSR-Konzeptes nach Carroll.....	117
5.2.1.1.2	Kritische Würdigung und Weiterentwicklungen	119
5.2.1.2	CSR-Konzept nach Meynhardt und Gomez.....	120

5.2.1.2.1	Theoretische Grundlagen des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez	120
5.2.1.2.2	Definition des Public Value-Ansatzes	121
5.2.1.2.3	Herleitung und Aufbau	122
5.2.1.2.4	CSR-Dimensionen	124
5.2.2	Anpassung des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez	127
5.2.2.1	Vorgehensweise der Anpassung	127
5.2.2.1.1	Begründete Auswahl des CSR-Konzeptes	127
5.2.2.1.2	Berücksichtigte Literatur zur Anpassung	128
5.2.2.1.3	Anpassung des CSR-Konzeptes um Subdimensionen.....	130
5.2.2.2	Darstellung der Public Value-Anforderungen für kommunale Energieversorgungsunternehmen nach Dimensionen und Subdimensionen	132
5.2.2.2.1	Anforderungen zur CSR-Dimension: Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	132
5.2.2.2.2	Anforderungen zur CSR-Dimension: Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	135
5.2.2.2.3	Anforderungen zur CSR-Dimension: Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	144
5.2.2.2.4	Anforderungen zur CSR-Dimension: Anstand in Graubereichen zeigen	147
5.2.2.2.5	Nicht berücksichtigte Anforderungen	149
5.2.2.3	Angepasstes CSR-Konzept	150
5.2.3	Konzeptioneller Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung	152
5.2.3.1	Berücksichtigte Rahmenwerke für Abgleich und Erweiterung.....	152
5.2.3.1.1	Begründete Auswahl der Rahmenwerke	152
5.2.3.1.2	Anforderungen der GRI G4-Leitlinien zur CSR-Berichterstattung.....	153

5.2.3.1.3 Anforderungen der GRI Standards zur CSR-Berichterstattung.....	160
5.2.3.2 Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit Rahmenwerken der GRI.....	164
5.2.3.2.1 Vorgehensweise.....	164
5.2.3.2.2 Abgleich mit Rahmenwerken	164
5.2.3.2.3 Erweiterung mit Rahmenwerken	167
5.2.4 Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung.....	168
5.2.4.1 Vorgehensweise zur Ableitung des Anforderungskatalogs	168
5.2.4.2 Überblick über den Anforderungskatalog	170
5.3 Hypothesen zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	173
5.3.1 Hypothesen zur Kapitalmarktorientierung	173
5.3.2 Hypothese zur kommunalen und privaten Eigentümerschaft.....	174
5.3.3 Hypothesen zur Unternehmensgröße	174
5.3.4 Hypothesen zur Diversität in der Unternehmensführung und im Aufsichtsrat	175
5.3.5 Hypothesen zur CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung	177
5.3.6 Hypothese zur Verwendung von CSR-Rahmenwerken	178
5.3.7 Hypothesen zur prüfungspflichtigen Berichterstattung.....	179
6 Empirische Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	181
6.1 Vorbemerkungen.....	181
6.2 Bestimmung und Merkmale der Stichprobe und der Unternehmensberichte.....	182
6.2.1 Bestimmung der Stichprobe und Erhebung der Unternehmensberichte.....	182

6.2.1.1	Bestimmung der Stichprobe	182
6.2.1.2	Erhebung der Unternehmensberichte	184
6.2.2	Merkmale der Stichprobe und der Unternehmensberichte	185
6.2.2.1	Merkmale der Stichprobe	185
6.2.2.2	Merkmale der Unternehmensberichte	189
6.3	Methodische Vorgehensweise	192
6.3.1	Qualitative Inhaltsanalyse	192
6.3.2	Bewertungsschema	195
6.3.3	Kategorisierung und separate Auswertung der Berichtselemente	198
6.4	Ergebnisse der empirischen Analyse	200
6.4.1	Ergebnisse zum Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung	200
6.4.1.1	Ergebnisse auf der Unternehmensebene	200
6.4.1.2	Ergebnisse zu den Berichtselementen	203
6.4.1.3	Ergebnisse zur qualitativen und quantitativen Berichterstattung ...	208
6.4.2	Ergebnisse zu den Determinanten der Bereitstellung von CSR- Themen in der Unternehmensberichterstattung	210
6.4.2.1	Vorbemerkungen zu den statistischen Untersuchungsverfahren ...	210
6.4.2.2	Ergebnisse zur Kapitalmarktorientierung	212
6.4.2.3	Ergebnisse zur kommunalen und privaten Eigentümerschaft	218
6.4.2.4	Ergebnisse zur Unternehmensgröße	221
6.4.2.5	Ergebnisse zur Diversität in der Unternehmensführung und im Aufsichtsrat	224
6.4.2.5.1	Diversität in der Unternehmensführung	224
6.4.2.5.2	Diversität im Aufsichtsrat	227
6.4.2.6	Ergebnisse zur CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung	230
6.4.2.7	Ergebnisse zur Verwendung von CSR-Rahmenwerken	234

VIII

6.4.2.8 Ergebnisse zur prüfungspflichtigen Berichterstattung	236
6.4.2.8.1 Alle Energieversorgungsunternehmen	236
6.4.2.8.2 Kommunale Energieversorgungsunternehmen.....	240
6.4.2.8.3 Energieversorgungsunternehmen mit CSR-Berichtspflicht	244
6.5 Zusammenfassung und kritische Würdigung der Ergebnisse	248
6.5.1 Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung...	249
6.5.2 Determinanten der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung	251
6.5.3 Handlungsimplicationen für kommunale Energieversorgungsunternehmen	255
6.5.4 Limitationen und weiterer Forschungsbedarf.....	258
7 Fazit und Ausblick	260
Anhang	262
A Wissenschaftlich geforderte Public Value-Aspekte für kommunale Unternehmen und Energieversorgungsunternehmen	262
B Zu den CSR-Dimensionen hinzugeordnete Public Value-Aspekte	264
C Angepasstes CSR-Konzept für kommunale Energieversorgungsunternehmen	266
D Abgleich des angepassten CSR-Konzeptes mit GRI G4-Leitlinien und GRI Standards	269
E Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit GRI G4-Leitlinien und GRI Standards	272
F Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung	277
G Grundversorger für Strom deutscher Großstädte mit über 200.000 Einwohnern	283
H Merkmale der Stichprobe	285
I Vorliegende Unternehmensberichte der Stichprobe	286

J	Zur Erstellung der freiwilligen CSR-Berichterstattung verwendete Rahmenwerke.....	287
K	Zur Erstellung der nichtfinanziellen Erklärung bzw. des nichtfinanziellen Berichts verwendete Rahmenwerke	287
L	Erreichungsgrade aller Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017.....	288
M	Erreichungsgrade pro Berichtselement aller Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017	288
N	Erreichungsgrade pro Berichtselement der kommunalen Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017	289
O	Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017 der kommunalen Energieversorgungsunternehmen.....	289
P	Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach Kapitalmarktorientierung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017.....	290
Q	Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach Eigentümerschaft pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017.....	290
R	Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach CSR- Verantwortung in der Unternehmensführung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017	291
S	Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichterstattung unter der Berücksichtigung von CSR-Rahmenwerken pro Dimension und Subdimension.....	291
T	Erreichungsgrade aller Energieversorgungsunternehmen in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017	292
U	Erreichungsgrade der kommunalen Energieversorgungsunternehmen in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017	292

V	Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen mit CSR-	
	Berichtspflicht in der prüfungspflichtigen und nicht	
	prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und	
	Subdimension in 2016 und 2017	293
	Literaturverzeichnis	294
	Verzeichnis von Gesetzen und sonstigen Verlautbarungen nationaler oder	
	internationaler Standardsetter	341
	Berichtsverzeichnis	344

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Struktur der Arbeit	5
Abbildung 2: Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft	13
Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und CSR	56
Abbildung 4: CSR-Pyramide nach Carroll (1991)	118
Abbildung 5: Herleitung der CSR-Pyramide.....	122
Abbildung 6: Anzahl und Anteil der EVU nach Kapitalmarktorientierung in 2016 und 2017	186
Abbildung 7: Anzahl und Anteil der EVU nach Kapitalmarktorientierung und Mehrheitseigentümerschaft in 2016 und 2017	186
Abbildung 8: Anzahl und Anteil der EVU in den jeweiligen Umsatzkategorien in 2016 und 2017	187
Abbildung 9: Anzahl und Anteil der EVU mit einem entsprechenden Frauenanteil in der Unternehmensführung in 2016 und 2017...	188
Abbildung 10: Anzahl und Anteil der EVU mit einem entsprechenden Frauenanteil im Aufsichtsrat in 2016 und 2017 (2017 ohne Stadtwerke Bochum)	188
Abbildung 11: Anzahl und Anteil der EVU nach CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung in 2016 und 2017	189
Abbildung 12: Anzahl und Anteil der EVU mit weiteren Unternehmensberichten in 2016 und 2017 (ohne NFB).....	190
Abbildung 13: Überblick über die weiteren Unternehmensberichte in 2016 und 2017 (ohne NFB)	190
Abbildung 14: Anzahl und Anteil der freiwilligen CSR-Berichte mit Nutzung eines Rahmenwerks in 2016 und 2017	191
Abbildung 15: Anzahl der gewählten Berichtsalternativen zur Erfüllung der CSR-Berichtspflicht in 2017	192
Abbildung 16: Anzahl der genutzten Rahmenwerke zur Erstellung der NFE bzw. des NFB in 2017	192
Abbildung 17: Maximale Bewertungsmöglichkeiten nach Dimensionen in Punkten	196
Abbildung 18: Anzahl und Anteil der analysierten Berichtselemente in 2016 und 2017	199
Abbildung 19: Erreichungsgrade der EVU in 2016 und 2017 (n = 25)	200

Abbildung 20: Differenz der Erreichungsgrade von 2016 zu 2017 in Prozentpunkten (n = 25)	202
Abbildung 21: Erreichungsgrade pro Dimension nach Berichtselementen der EVU in 2016 und 2017	203
Abbildung 22: Erreichungsgrade pro Dimension nach Berichtselementen der kEVU in 2016 und 2017	206
Abbildung 23: Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017 der kEVU (n = 21)	208
Abbildung 24: Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017 der kEVU (n = 21)	209
Abbildung 25: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) pro Dimension in 2016 und 2017	213
Abbildung 26: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) pro Subdimension in 2016 und 2017	214
Abbildung 27: Erreichungsgrade der kEVU (n = 21) und privaten EVU (n = 4) pro Dimension in 2016 und 2017	218
Abbildung 28: Erreichungsgrade der kEVU (n = 21) und privaten EVU (n = 4) pro Subdimension in 2016 und 2017	219
Abbildung 29: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der EVU (n = 25) in 2016 und 2017	221
Abbildung 30: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017	222
Abbildung 31: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017	224
Abbildung 32: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017	226

Abbildung 33: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVU in 2016 (n = 25) und 2017 (n = 24)	228
Abbildung 34: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der KEVU in 2016 (n = 21) und 2017 (n = 20)	229
Abbildung 35: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung pro Dimension in 2016 und 2017	231
Abbildung 36: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung pro Subdimension in 2016 und 2017	232
Abbildung 37: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR- Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) pro Dimension für beide Geschäftsjahre	234
Abbildung 38: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR- Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) pro Subdimension für beide Geschäftsjahre	235
Abbildung 39: Erreichungsgrade der EVU (n = 25) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017	237
Abbildung 40: Erreichungsgrade der EVU (n = 25) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017	238
Abbildung 41: Erreichungsgrade der KEVU (n = 21) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017	241
Abbildung 42: Erreichungsgrade der KEVU (n = 21) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017	242

Abbildung 43: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017	245
Abbildung 44: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017	246

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ziele zur Reduzierung der THG-Emissionen	21
Tabelle 2: Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien	22
Tabelle 3: Ziele zur Energieeffizienz und zum Energieverbrauch	23
Tabelle 4: Überblick über CSR-Definitionen	53
Tabelle 5: Untersuchungen zur Unternehmensberichterstattungspraxis hinsichtlich CSR-Themen	108
Tabelle 6: Identifikation des Forschungsbedarfs	114
Tabelle 7: Zur Anpassung des CSR-Konzeptes berücksichtigte Quellen	130
Tabelle 8: Im ersten Schritt angepasstes CSR-Konzept mit Dimensionen und Subdimensionen	131
Tabelle 9: Im zweiten Schritt angepasstes CSR-Konzept mit Dimensionen, Subdimensionen und Themenfeldern	151
Tabelle 10: Anforderungskatalog zur empirischen Analyse der Unternehmensberichterstattung von KEVU auf CSR-Themen	171
Tabelle 11: Ermittlung der Stichprobe	184
Tabelle 12: Bewertungsschema zur qualitativen Inhaltsanalyse	195
Tabelle 13: Berichterstattungsniveaus und zugehörige Erreichungsgrade	197
Tabelle 14: Angewandte Verfahren zur Untersuchung der Hypothesen	212
Tabelle 15: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) in 2016 und 2017	215
Tabelle 16: Veränderung des Erreichungsgrades von kapitalmarktorientierten EVU (n = 8) von 2016 zu 2017	216
Tabelle 17: Veränderung des Erreichungsgrades von nicht kapitalmarktorientierten EVU (n = 17) von 2016 zu 2017	217
Tabelle 18: Veränderung des Erreichungsgrades von KEVU (n = 21) von 2016 zu 2017	220
Tabelle 19: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der EVU (n = 25) in 2016 und 2017	222
Tabelle 20: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der KEVU (n = 21) in 2016 und 2017	223
Tabelle 21: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017 ...	225

Tabelle 22: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017 .	226
Tabelle 23: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVU in 2016 (n = 25) und 2017 (n = 24).....	228
Tabelle 24: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der kEVU in 2016 (n = 21) und 2017 (n = 20).....	230
Tabelle 25: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung in 2016 und 2017	233
Tabelle 26: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR- Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) für beide Geschäftsjahre.....	235
Tabelle 27: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017	239
Tabelle 28: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU (n = 25) von 2016 zu 2017	240
Tabelle 29: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017	243
Tabelle 30: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU (n = 21) von 2016 zu 2017	243
Tabelle 31: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR- Berichtspflicht (n = 7) in 2016 und 2017	247
Tabelle 32: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) von 2016 zu 2017	247

Abkürzungsverzeichnis

a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
BilReG	Bilanzrechtsreformgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
bzw.	beziehungsweise
CSR	Corporate Social Responsibility
CVA	Cash Value Added
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DNK	Deutscher Nachhaltigkeitskodex
DRÄS 8	Deutscher Rechnungslegungs Änderungsstandard Nr. 8
DRS 17	Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 17
DRS 20	Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 20
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee
€	Euro
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EEWärmeG	Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz
EEX	European Energy Exchange
EFFAS	Financial Analysts Societies
EG	Europäische Gemeinschaft
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EnEV	Energieeinsparverordnung

XVIII

EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EU	Europäische Union
EVA	Economic Value Added
EVU	Energieversorgungsunternehmen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GRI	Global Reporting Initiative
GWh	Gigawattstunden
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IIRC	International Integrated Reporting Council
kEVU	Kommunales Energieversorgungsunternehmen
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KPMG	KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
kWh	Kilowattstunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
mind.	mindestens
MWh	Megawattstunde
NFB	Nichtfinanzieller Bericht
NFE	Nichtfinanzielle Erklärung
Nr.	Nummer
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PDF	Portable Document Format

PublG	Publizitätsgesetz
PwC	PwC Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
RNE	Rat für nachhaltige Entwicklung
S.	Satz
SDGs	Sustainable Development Goals
sog.	sogenannt
SSRN	Social Science Research Network
StromEinspG	Stromeinspeisungsgesetz
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz
THG	Treibhausgas
u.	und
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
VNB	Verteilnetzbetreiber
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

Symbolverzeichnis

a	y-Achsenabschnitt
α	Signifikanzniveau
b	Regressionskoeffizient
R^2	Bestimmtheitsmaß
X	unabhängige Variable
Y	abhängige Variable
z	Prüfwert
%	Prozent

1 Einleitung

1.1 Motivation und Zielsetzungen

Die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens basiert zum einen auf dem wirtschaftlichen Erfolg und zum anderen auf der von der Gesellschaft verliehenen Legitimität.¹ Im Sinne der Legitimitätstheorie entsteht diese, wenn das Unternehmen in Übereinstimmung mit den Werten und Erwartungen der Gesellschaft agiert.² Dies erfordert einen kontinuierlichen Nachweis gegenüber den als Teil der Gesellschaft anzusehenden Stakeholdern³ eines Unternehmens, dass das Unternehmen den Werten und Erwartungen entspricht.⁴ Die Unternehmensberichterstattung dient der Kommunikation mit den Stakeholdern.⁵ Aufgrund des gesellschaftlichen Wertewandels und der damit einhergehenden gestiegenen Erwartungshaltung gegenüber den Unternehmen hinsichtlich einer nachhaltigen Unternehmensführung, ist ein **Wandel der Unternehmensberichterstattung** in Form einer zunehmenden Berücksichtigung von Angaben zur „Corporate Social Responsibility“ (CSR) in der Unternehmensberichterstattung⁶ zu verzeichnen.⁷ Die Unternehmen passen somit die Unternehmensberichterstattung an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Stakeholder an.⁸ Dadurch wird die Sicherstellung gesellschaftlicher Legitimität angestrebt.

Für die kommunalen Energieversorgungsunternehmen (KEVU) wird die Relevanz zur Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung im Folgenden anhand von **vier Entwicklungssträngen** aufgezeigt. Daraus resultiert die Motivation dieser Arbeit. Diese Entwicklungsstränge betreffen die Gesellschaft, die

¹ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 3; Brühl/Osann (2010), S. 284; Deegan (2002), S. 293; Grüb/Greiling (2015), S. 112; Velte/Stawinoga (2017), S. 281.

² Vgl. Deegan (2002), S. 292; Fischer (2007), S. 329; O'Donovan (2002), S. 347; Wilmshurst/Frost (2000), S. 11.

³ Der Begriff „Stakeholder“ ist der englische Ausdruck für den deutschen Begriff „Anspruchsgruppen“ Vgl. Hentze/Thies (2014), S. 11.

⁴ Vgl. Deegan (2002), S. 292; Dowling/Pfeffer (1975), S. 127; Grüb/Greiling (2015), S. 112; Lange (2016b), S. 148; Shocker/Sethi (1973), S. 97.

⁵ Vgl. Schaltegger et al. (2007), S. 73.

⁶ Unter CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung werden im Weiteren alle Angaben zu CSR-Themen in der gesamten Unternehmensberichterstattung verstanden. Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

⁷ Vgl. Schaltegger et al. (2007), S. 73; Wulf/Wasmuth (2016), S. 383.

⁸ Vgl. Schaltegger et al. (2007), S. 73.

Energiewirtschaft, die Kommunalwirtschaft und die verpflichtende CSR-Berichterstattung⁹ aufgrund des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes.

Zunächst ist das **gesellschaftliche Umdenken** aufgrund der Umweltbelastung durch den Menschen anzuführen. Die Ölkrisen und die Reaktorkatastrophen bedingten eine zunehmende Verankerung des ökologischen Nachhaltigkeitsgedankens über alle Gesellschaftsschichten hinweg.¹⁰ Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Prognose der vom „Club of Rome“ beauftragten Studie von Meadows et al. (1972), wonach bei einer gleichbleibenden Umweltbelastung die Wachstumsgrenzen der Weltbevölkerung und -wirtschaft innerhalb des nächsten Jahrhunderts erreicht werden.¹¹ Als weiterer Meilenstein im Nachhaltigkeitsdiskurs ist der sog. „Brundtland-Bericht“ der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1987 anzusehen.¹² Dieser prägte den Nachhaltigkeitsbegriff entscheidend, indem dieser nachhaltige Entwicklungspfade aufzeigte.¹³ Der Nachhaltigkeitsgedanke ist in der Gesellschaft mittlerweile derart fest verankert, dass dieser 2014 erstmals zu den zehn wichtigsten Werten der Deutschen zählte.¹⁴ Die Bedeutung der Nachhaltigkeitsthematik ergibt sich zudem aus den seit 2018 weltweit stattfindenden „Fridays for Future“-Demonstrationen für einen umfassenderen Klimaschutz, an denen insbesondere Jugendliche teilnehmen.¹⁵

Der aufgegriffene Entwicklungsstrang des Nachhaltigkeitsgedankens und die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes tangieren auch die Rahmenbedingungen der **Energiewirtschaft**. Neue gesetzliche Regelungen leiteten die Transformation von einer auf Kernenergie und fossilen Energieträgern basierenden Energieversorgung hin zu einer nachhaltigen Energieerzeugung durch erneuerbare Energien ein.¹⁶ Diese Entwicklung, die im Jahr 1991 mit dem Stromeinspeisungsgesetz (StromEinspG) ihren Anfang nahm, ist als Energiewende bekannt.¹⁷ Neben der Energiewende

⁹ Unter der verpflichtenden CSR-Berichterstattung wird im Weiteren die nichtfinanzielle Erklärung bzw. der nichtfinanzielle Bericht verstanden. Diese stellt einen Teil der Unternehmensberichterstattung dar. Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

¹⁰ Vgl. Gochermann (2016), S. 28; Lange (2016b), S. 70.

¹¹ Vgl. Meadows et al. (1972), S. 126; Müller/Heilmann (2012), S. 16.

¹² Vgl. United Nations (1987).

¹³ Vgl. Kopfmüller et al. (2007), S. 14; United Nations (1987), S. 41.

¹⁴ Vgl. Wippermann/Krüger (2015), S. 10–11.

¹⁵ Vgl. Altenbuchner/Tunst-Kamleitner (2020), S. 79.

¹⁶ Vgl. Bartsch (2015), S. 113–114.

¹⁷ Vgl. Maubach (2013), S. 41–42 u. 50.

hat die Liberalisierung des deutschen Energiemarktes durch die Schaffung wettbewerblicher Rahmenbedingungen im Jahr 1998 zu einer Zäsur in dieser Branche geführt.¹⁸

Als weiterer Entwicklungsstrang ist die **Kommunalwirtschaft** zu nennen. Traditionell zählen zum Tätigkeitsfeld öffentlicher¹⁹ bzw. kommunaler²⁰ Unternehmen neben der Sicherstellung der Daseinsvorsorge auch darüber hinausgehende Aufgaben, die der Erfüllung nichtfinanzieller wie etwa ökologischer oder sozialer Zielsetzungen dienen.²¹ Der Erfolg dieser Unternehmen, und damit auch der KEVU als Teilmenge dieser, ist somit nicht nur anhand von finanziellen Ergebnissen, sondern auch anhand der nichtfinanziellen Leistung durch die kommunalen Eigentümer zu beurteilen. Aufgrund der Liberalisierung des Energiemarktes ergibt sich die Herausforderung für die KEVU, dass die Leistungen ebenso von nicht kommunalen also privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen (EVU) erbracht werden können. Dadurch ist die Notwendigkeit kommunaler Betätigung mittels eines KEVU in der Energiewirtschaft zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge nicht mehr gegeben.

Die genannten Entwicklungsstränge beeinflussen die wirtschaftliche Situation der EVU und damit auch der KEVU erheblich. Dies ist darin begründet, dass der Zubau der erneuerbaren Energien zu einem häufig unwirtschaftlichen Betrieb konventioneller Kraftwerke führt, sich der Wettbewerb um die Kunden²² intensiviert und sowohl die Gesellschaft als auch die Eigentümer der KEVU eine Mitgestaltung der Energiewende erwarten.²³ Des Weiteren muss der Mehrwert der KEVU im Vergleich zu privatwirtschaftlichen EVU den kommunalen Eigentümern, Kunden und weiteren Stakeholdern dargelegt werden. Dazu eignet sich die Aufnahme von **CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung** als Medium zur Gewährleistung

¹⁸ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 55; Khan (2016), S. 37; Konstantin (2017), S. 432.

¹⁹ Öffentliche Unternehmen befinden sich mehrheitlich im Eigentum öffentlicher Haushalte. Vgl. Abschnitt 2.1.

²⁰ Aufgrund der Tatsache, dass die kommunalen Unternehmen eine Teilmenge der öffentlichen Unternehmen darstellen, gelten die Ausführungen zu öffentlichen Unternehmen in dieser Arbeit auch für die Unternehmen der Kommunalwirtschaft. Vgl. Abschnitte 2.1 und 2.3.

²¹ Vgl. Rottmann/Albrecht (2015), S. 12 u. 16.

²² Die Personenbezeichnungen umfassen alle Geschlechter. Zur Gewährleistung einer besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen nur die männliche Form angegeben.

²³ Vgl. Duvvuri/Kellermann (2016), S. 22; Frondel et al. (2013), S. 27–29; Kalhöfer/Schuchardt (2016), S. 389–390; Kreiskott/Lau (2015), S. 99–100; Michulitz/Kalhöfer (2016), S. 546; PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2014), S. 7; Wippermann/Krüger (2015), S. 8.

der gesellschaftlichen Legitimität von KEVU. Anhand von Angaben in der Unternehmensberichterstattung zu CSR-Themen können die KEVU den Stakeholdern eine nachhaltige und verantwortungsvolle Unternehmensführung, die Mitgestaltung der Energiewende vor Ort und den Mehrwert des Unternehmens für die Gemeinde signalisieren.

Die Bedeutung und Aktualität der Thematik ergibt sich nicht nur aufgrund der dargelegten Entwicklungsstränge in der Gesellschaft, Energiewirtschaft und Kommunalwirtschaft, sondern auch aufgrund des vierten Entwicklungsstrangs, nämlich der **verpflichtenden CSR-Berichterstattung** durch die Richtlinie „2014/95/EU“ der Europäischen Union (EU). Aus der Umsetzung dieser Richtlinie, auch CSR-Richtlinie genannt, mittels des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes in deutsches Recht sind große kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern sowie große Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit über 500 Arbeitnehmern zur CSR-Berichterstattung für ab dem 01.01.2017 beginnende Geschäftsjahre verpflichtet.²⁴ Zudem wird eine Ausstrahlungswirkung auf nicht von der CSR-Berichtspflicht betroffene Unternehmen erwartet.²⁵ Obwohl der CSR-Berichtspflicht lediglich acht EVU unterliegen, wird auch für diese Branche ein Ausstrahlungseffekt erwartet.²⁶ Dadurch kann die Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auch für nicht direkt berichtspflichtige EVU relevant werden.

Anhand der vier dargelegten Entwicklungsstränge erschließt sich die Relevanz der Thematik und die Motivation zur Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis von KEVU auf Informationen zu CSR-Themen. Der Arbeit liegen dabei **vier Zielsetzungen** zugrunde.

Zur Bestimmung der CSR-Themen, auf die die Praxis der Unternehmensberichterstattung von KEVU zu untersuchen ist, wird im Rahmen der **ersten Zielsetzung** ein inhaltlicher Anforderungskatalog unter der Berücksichtigung von den speziellen Herausforderungen eines KEVU und bereits existierenden Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung abgeleitet. Darauf aufbauend besteht die **zweite Zielsetzung** in der Erfassung des Status quo der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattungspraxis von KEVU in den Geschäftsjahren 2016 und

²⁴ Vgl. Velte (2017), S. 293; Wulf (2017), S. 100–101.

²⁵ Vgl. Böcking/Althoff (2017), S. 249–250; Haaker/Freiberg (2017), S. 27.

²⁶ Vgl. Bayer/Hoffmann (2016), S. 12–24; Seier/Kalhöfer (2017), S. 37.

2017. Zusätzlich gehen die kapitalmarktorientierten EVU in die Untersuchung ein, die der CSR-Berichtspflicht unterliegen. Die Auswahl der Geschäftsjahre und Unternehmen ist in der CSR-Berichtspflicht ab dem Jahr 2017 und der Untersuchung potenzieller Einflüsse auf die Praxis der Unternehmensberichterstattung von KEVU begründet.

Mittels der **dritten Zielsetzung** der Arbeit wird die Gewinnung von Erkenntnissen über die Determinanten zur Bereitstellung von CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung beabsichtigt. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse der vorherigen Zielsetzungen dient die **vierte Zielsetzung** der abschließenden Formulierung von Handlungsimplicationen für die KEVU zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung.

1.2 Gang der Untersuchung

Sowohl die aufgezeigte Motivation als auch die definierten Zielsetzungen lassen erkennen, dass die Betrachtung mehrerer sich reziprok tangierender Aspekte erforderlich ist. Die Struktur der Arbeit ist in Abbildung 1 dargestellt.

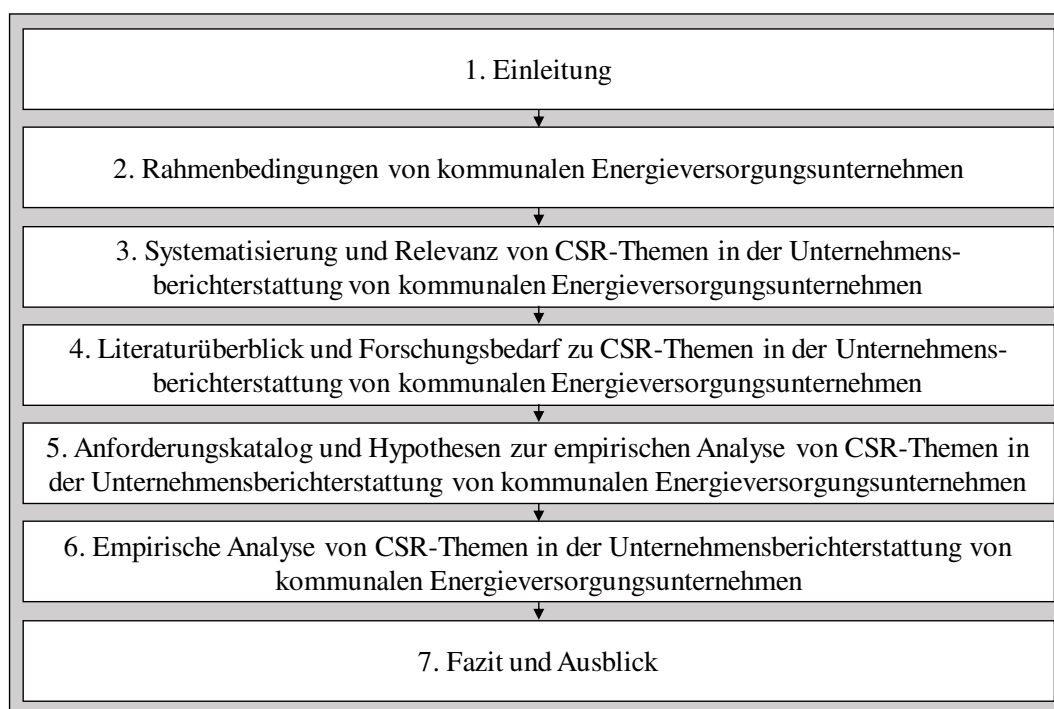


Abbildung 1: Struktur der Arbeit²⁷

Im zweiten Kapitel werden zunächst die **Rahmenbedingungen der Energie- und Kommunalwirtschaft** sowie die wesentlichen Entwicklungen dieser Branchen aufgearbeitet. Dies ist essenziell für das Verständnis über die Zwitterposition der

²⁷ Eigene Darstellung.

kEVU im Spannungsverhältnis zwischen der marktwirtschaftlich organisierten Energiewirtschaft und den Gegebenheiten kommunaler Unternehmen.

Im dritten Kapitel liegt der Schwerpunkt zunächst auf der **Definition und Systematisierung** von **CSR** sowie der **Unternehmensberichterstattung** hinsichtlich CSR-Themen. Des Weiteren erfolgt im dritten Kapitel, auf der Grundlage der im zweiten Kapitel gewonnenen Erkenntnisse, unter der Berücksichtigung von wissenschaftlichen Theorien die Herleitung der **Relevanz zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung von kEVU**. In diesem Kontext werden die Ansätze zur Unternehmensregulierung, die Legitimitätstheorie und die Institutionentheorie diskutiert.

Aufgrund der dargelegten Bedeutung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung für kEVU wird im vierten Kapitel ein **Literaturüberblick** über bisherige Untersuchungen zu diesem Themenfeld geschaffen und darauf aufbauend der **Forschungsbedarf** konkretisiert.

Die Ausführungen des fünften Kapitels zur Ableitung eines **inhaltlichen Anforderungskatalogs** zur Untersuchung der Unternehmensberichterstattung von kEVU auf CSR-Themen, fußen auf den gewonnenen Erkenntnissen der vorangestellten Kapitel. Zur Ermittlung eines Anforderungskatalogs erfolgt die begründete Auswahl des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez (2019), das sich durch die Verknüpfung des CSR-Konzeptes mit dem „Public Value“-Ansatz²⁸ für die Rahmenbedingungen von kEVU besonders eignet. Dieses Konzept wird um Anforderungen an den Public Value von kEVU ergänzt. Anschließend erfolgt ein Abgleich mit vorhandenen Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung für die Entwicklung des Anforderungskatalogs im Sinne der ersten Zielsetzung dieser Arbeit. Des Weiteren werden in diesem Kapitel die **Hypothesen zur anschließenden Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis auf CSR-Themen** formuliert.

Darauf aufbauend wird die **empirische Analyse der Unternehmensberichterstattungspraxis von kEVU** für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 anhand des entwickelten Anforderungskatalogs durchgeführt. Dazu werden zunächst im sechsten

²⁸ Public Value ist definiert als der Wert, den die Organisation für die Gesellschaft und das Gemeinwohl schafft. Vgl. Meynhardt et al. (2017), S. 8.

Kapitel die Rahmenbedingungen und die methodische Vorgehensweise der empirischen Untersuchung erläutert. Anschließend erfolgt im Sinne der zweiten und dritten Zielsetzung die Vorstellung der gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich des Status quo sowie der Determinanten zur Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung. Abschließend werden im Hinblick auf die vierte Zielsetzung Handlungsimplikationen für die KEVU abgeleitet. Zudem wird auf die Limitationen der Untersuchung sowie des zukünftigen Forschungsbedarfs eingegangen. Die Arbeit endet mit dem Fazit im siebten Kapitel.

2 Rahmenbedingungen von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

2.1 Definition von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

Der Begriff „kommunales Energieversorgungsunternehmen“ unterliegt keiner Legaldefinition.²⁹ In der Praxis und der Literatur wird dieser Begriff häufig synonym mit dem Begriff „Stadtwerke“ verwendet.³⁰ Stadtwerke sind als kommunale Unternehmen in verschiedenen Sparten der Daseinsvorsorge tätig.³¹ Zu deren Aufgabenspektrum zählen beispielsweise die Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung, die Müllentsorgung sowie der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Schwimmbäder.³² Dabei gehen die Unternehmen ihrem öffentlichen „Versorgungsauftrag vor Ort“³³ nach, sodass daraus zu schließen ist, dass der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf dem Gemeindegebiet des jeweiligen kommunalen Eigentümers liegt.³⁴

Folglich handelt es sich bei **kEVU** um Unternehmen, deren Eigentümer kommunale Haushalte darstellen und die im Bereich der Daseinsvorsorge die Energieversorgung mit einem Tätigkeitsschwerpunkt in der Gemeinde sicherstellen. Um diesem Verständnis Rechnung zu tragen, werden kEVU im Folgenden anhand dieser drei Merkmale definiert.

So ist ein Unternehmen dann als kommunal zu bezeichnen, wenn **kommunale Haushalte** mit mindestens der Hälfte der Kapital- oder Stimmrechte, mittelbar oder unmittelbar, an diesem beteiligt sind.³⁵

Nach § 3 Nr. 18 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) ist ein EVU ein Unternehmen, das entweder Energie an andere liefert, ein Energieversorgungsnetz betreibt oder

²⁹ Vgl. Lütjen et al. (2014), S. 8.

³⁰ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), S. 6; Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 4; Jenner et al. (2017), S. 4; Lütjen et al. (2014), S. 7–8.

³¹ Vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 4; Jenner et al. (2017), S. 4.

³² Vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 4; Jenner et al. (2017), S. 4.

³³ Jenner et al. (2017), S. 4.

³⁴ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), S. 6; Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 4.

³⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2016), S. 8; Thiemeyer (1975), S. 19.

als Eigentümer eines Energieversorgungsnetzes die Verfügungsbefugnis an diesem besitzt. Gemäß § 3 Nr. 14 EnWG ist Energie als Strom und Gas definiert, die zur **leitungsgebundenen Energieversorgung** eingesetzt werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird die Energieversorgung anhand der Stromversorgung betrachtet. Die Fokussierung auf Stromanbieter ist darin begründet, dass in diesem Segment der Energieversorgung ein intensiverer Wettbewerb als in der Gasversorgung herrscht. So stehen im Jahr 2017 dem Letztverbraucher durchschnittlich 143 Stromanbieter und im Vergleich lediglich 116 Gasanbieter zur Wahl.³⁶ Auch die Anzahl der Anbieterwechsel von Haushaltskunden in der Stromversorgung in Höhe von 4.656.754 übersteigt die Anzahl in der Gasversorgung mit lediglich 1.212.553 Wechselvorgängen im Jahr 2017.³⁷ Somit besteht für EVU in der Stromversorgung ein höherer Wettbewerbsdruck, wodurch die Relevanz zur Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung, im Sinne des in der Einleitung dargestellten zweiten Entwicklungsstrangs sowie der Legitimitätstheorie, deutlicher wird.³⁸

Um den oben erläuterten **Tätigkeitsschwerpunkt** der KEVU **im Gemeindegebiet** zu berücksichtigen, umfasst die Definition eines KEVU nicht nur die kommunale Eigentümerschaft und die Tätigkeit nach § 3 Nr. 18 EnWG, sondern auch die Tätigkeit als Grundversorger im Sinne des § 36 Abs. 2 S. 1 EnWG. Ein Grundversorger ist demnach das EVU, das die Mehrheit der Haushaltskunden in einem Netzgebiet der allgemeinen Versorgung, das durch die Gemeindegrenzen begrenzt ist, beliefert.³⁹ Somit beliefert der Grundversorger den Großteil der Haushaltskunden in einem Netzgebiet innerhalb einer Gemeinde, wodurch der regionale Schwerpunkt der Unternehmenstätigkeit berücksichtigt wird.

2.2 Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft

2.2.1 Liberalisierung

2.2.1.1 Monopolistisch geprägte Energiewirtschaft

Die monopolistische Struktur der Energiewirtschaft ist 1935 im EnWG, dem Überlegungen zugrunde lagen, dass volkswirtschaftliche Schäden durch Wettbewerb in

³⁶ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 29 u. 335.

³⁷ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 260 u. 334.

³⁸ Vgl. Abschnitte 1.1 und 3.3.2.4.

³⁹ Vgl. Rühling/Meyer (2015), S. 137.

der Energiewirtschaft entstehen könnten, rechtlich fixiert und erst 1998 durch wettbewerbliche Rahmenbedingungen abgelöst worden.⁴⁰ Die Situation vor der Liberalisierung lässt sich anhand der Betrachtung folgender Charakteristika dieser Branche beschreiben.

Als ein bedeutender Aspekt ist hierbei die **Monopolstellung** der Unternehmen zu nennen.⁴¹ Die monopolistische Struktur ergab sich durch die besonderen Voraussetzungen der Energieversorgung, denn der Aufbau und die Instandhaltung der Energieversorgung ist von langfristigen Nutzungsdauern und hohen Investitionsvolumen der technischen Anlagen geprägt.⁴² Somit ist der parallele Betrieb einer Versorgungsinfrastruktur, der zur Konkurrenz mit einem bestehenden EVU in einem Gebiet führt, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll.⁴³ Eine solche Gegebenheit, in der ein Unternehmen die Kunden in einem Markt günstiger versorgen kann, als es mehrere Unternehmen tun könnten, wird als natürliches Monopol bezeichnet.⁴⁴ Diese Marktstruktur wurde in der Energiewirtschaftspraxis durch umfangreiche Vertragswerke in Form von Demarkations- und Konzessionsverträgen mit mehrjährigen Laufzeiten verwirklicht.⁴⁵

Durch die **Demarkationsverträge**, die zwischen den EVU geschlossen wurden, verpflichteten sich beide dazu, „nicht die Kunden des Vertragspartners unmittelbar zu beliefern.“⁴⁶ Es wurden somit die natürlichen Monopole vertraglich festgehalten.

Die **Konzessionsverträge** wurden hingegen zwischen den EVU und den Gemeinden geschlossen.⁴⁷ Hierbei gewährleistete der Vertrag den Unternehmen das ausschließliche Recht, die Kunden in dem Gebiet der Gemeinde gegen eine Konzessionsabgabe an die Gemeinde zu versorgen.⁴⁸ Somit standen die Unternehmen nicht untereinander in Konkurrenz um Kunden, was zur Folge hatte, dass die Kunden ihre Energieanbieter weder frei wählen noch wechseln konnten. Um einen Miss-

⁴⁰ Vgl. Bartsch (2015), S. 115–116; Khan (2016), S. 37; Konstantin (2017), S. 432.

⁴¹ Vgl. Brauner (2016), S. 151–152.

⁴² Vgl. Michulitz/Kalhöfer (2016), S. 546.

⁴³ Vgl. Bartsch (2015), S. 114.

⁴⁴ Vgl. Knieps (2008), S. 23.

⁴⁵ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 156.

⁴⁶ Ströbele et al. (2012), S. 156.

⁴⁷ Vgl. Bartsch (2015), S. 115–116.

⁴⁸ Vgl. Bartsch (2015), S. 115–116.

brauch dieser Monopolstellungen zu vermeiden, gab es Aufsichtsbehörden, die sowohl die geplanten Investitionen der Unternehmen als auch die Energiepreise überwachten.⁴⁹

In diesen Strukturen entwickelten sich **vertikal integrierte EVU**, die in der maximalen Ausprägung die Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft von der Erzeugung, über den Netzbetrieb bis hin zum Vertrieb abdeckten.⁵⁰ Dadurch, dass die gesamte Wertschöpfungskette durch ein Unternehmen abgedeckt wurde, sind die Wertschöpfungsprozesse „nach technischen und energiewirtschaftlichen Kriterien optimiert“⁵¹ worden. Dem Endkunden wurde schließlich ein Endpreis für die gesamte Erbringung der Energieversorgung berechnet, der alle Kosten des vertikal integrierten Energieversorgungssystems abdeckte.⁵²

2.2.1.2 Wettbewerblich geprägte Energiewirtschaft

Die Umwälzungen in der Energiewirtschaft begannen in den 1980er Jahren unter dem Eindruck einer sich intensivierenden Globalisierung und somit einer Verschärfung des Konkurrenzdrucks für die europäischen Unternehmen über sämtliche Branchen hinweg.⁵³ Deshalb wurden Maßnahmen zur Öffnung und Vereinheitlichung der nationalen Märkte der EU-Mitgliedsstaaten ergriffen, um dadurch den Wettbewerb innerhalb der EU voranzutreiben, der wiederum zu günstigeren Preisen führen sollte.⁵⁴ Das Ziel bestand in der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes, von dem sich seitens des Europäischen Rats die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen versprochen wurde.⁵⁵

Von diesen Entwicklungen wurde auch die Energiewirtschaft in Form der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft (EG) „96/92/EG“ vom 19.12.1996 beeinflusst, sodass der rechtliche Schutz des natürlichen Monopols nicht mehr zeitgemäß erschien.⁵⁶ Diese Richtlinie „hat die Liberalisierung der Märkte von leitungsgebundenen Energien in der Europäischen Union eingeleitet“⁵⁷ und hielt letztendlich in Form eines angepassten EnWG vom 24.04.1998 Einzug in deutsches Recht.⁵⁸ Das

⁴⁹ Vgl. Brauner (2016), S. 151–152.

⁵⁰ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 21.

⁵¹ Brauner (2016), S. 151–152.

⁵² Vgl. Brauner (2016), S. 151–152.

⁵³ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 26.

⁵⁴ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 26.

⁵⁵ Vgl. Läufer (2005), S. 8–9.

⁵⁶ Vgl. Bartsch (2015), S. 116–117.

⁵⁷ Konstantin (2017), S. 432.

⁵⁸ Vgl. Konstantin (2017), S. 432.

Jahr 1998 ist somit das Jahr, in dem wettbewerbliche Rahmenbedingungen erstmals in der leitungsgebundenen Energieversorgung Deutschlands relevant wurden.⁵⁹ Es lässt sich somit konstatieren, dass die Veränderungen in der Energiewirtschaft maßgeblich von der EU vorangetrieben wurden.⁶⁰

Zur Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs und europaweiten Energiehandels ist die Erfüllung **fünf elementarer Bedingungen** erforderlich, die im Folgenden betrachtet werden.⁶¹

Die **erste Bedingung** ist insbesondere aus Kundensicht von hoher Wichtigkeit, denn diese beschreibt die Möglichkeit, das EVU frei wählen zu können.⁶²

Als **zweite Bedingung** ist das „Unbundling“ zu nennen, also die Entflechtung der, den Markt beherrschenden, vertikal integrierten EVU.⁶³ Eine Besonderheit der Energiewirtschaft liegt in der Eigenschaft begründet, dass die Energieversorgung leitungsgebunden ist, sodass Strom und Gas nur über die jeweiligen Netze zum Kunden gelangen und diese Teil der vertikal integrierten Unternehmen sind.⁶⁴ Um allen Energieanbietern die identischen Wettbewerbsbedingungen zu bieten, benötigt es entsprechende Entflechtungsvorschriften und unterschiedliche Entflechtungsformen.⁶⁵

Des Weiteren ist der diskriminierungsfreie Zugang zum Stromnetz zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs von großer Bedeutung und damit als **dritte Bedingung** zu benennen.⁶⁶ Die Stromnetze stellen weiterhin ein Monopol in der Energiewirtschaft dar.⁶⁷ Aus diesen Gründen wird ein gleichberechtigter Zugang von allen Marktteilnehmern zum Stromnetz als wichtige Bedingung angeführt.⁶⁸

Um faire Wettbewerbsbedingungen gewährleisten zu können, bedarf es einer unabhängigen Regulierungsbehörde.⁶⁹ Dies stellt die **vierte Bedingung** dar. Seit 2005

⁵⁹ Vgl. Khan (2016), S. 37; Konstantin (2017), S. 432.

⁶⁰ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 26.

⁶¹ Vgl. Konstantin (2017), S. 432–433.

⁶² Vgl. Brauner (2016), S. 153; Konstantin (2017), S. 432.

⁶³ Vgl. Bartsch (2015), S. 117–118.

⁶⁴ Vgl. Konstantin (2017), S. 432.

⁶⁵ Vgl. Bartsch (2015), S. 118–119.

⁶⁶ Vgl. Herzberg/Wiesmann (2009), S. 116; Konstantin (2017), S. 432.

⁶⁷ Vgl. Bartsch (2015), S. 116–117; Müser (2016), S. 20–21.

⁶⁸ Vgl. Konstantin (2017), S. 432.

⁶⁹ Vgl. Konstantin (2017), S. 432–433.

ist die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) als unabhängige Regulierungsbehörde tätig.⁷⁰ Schwerpunktmäßig überwacht die BNetzA als Regulierungsbehörde den diskriminierungsfreien Netzzugang, die Einhaltung und Umsetzung der Entflechtungsvorschriften sowie seit 2009, mittels des Systems der Anreizregulierung, die Netzentgelte.⁷¹

Als **fünfte Bedingung** wird die Notwendigkeit eines unabhängigen „System-Operators“ genannt, der für einen störungsfreien Netzbetrieb zu sorgen hat, um den oben genannten Wettbewerb auch technisch realisieren zu können.⁷²

Die fünf Bedingungen hielten in Form weiterer EU-Richtlinien Einzug in die deutsche Gesetzgebung und sind Bestandteil der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen.⁷³

Schlussendlich ist festzuhalten, dass die zuvor zumeist vertikal integrierten EVU, die die gesamte Wertschöpfungskette oder zumindest einen wesentlichen Teil davon abdeckten und die Zielsetzung verfolgten, die Wertschöpfungsprozesse technisch und wirtschaftlich zu optimieren, in einer **entflochtenen Wertschöpfungskette** aufgegangen sind. In der Fachliteratur existieren unterschiedliche Interpretationen, wie die entflochtene Wertschöpfungskette darzustellen ist.⁷⁴ Die nachstehende Abbildung 2 stellt die wesentlichen Stufen der unterschiedlichen Interpretationen und die jeweiligen Marktteilnehmer dar.⁷⁵

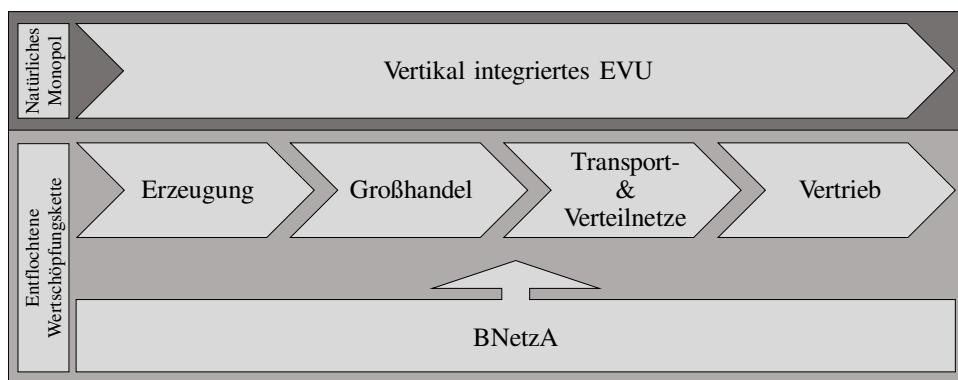


Abbildung 2: Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft⁷⁶

⁷⁰ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 35.

⁷¹ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 35; Würfel (2017), S. 197.

⁷² Vgl. Konstantin (2017), S. 433.

⁷³ Vgl. Bartsch (2015), S. 116–117.

⁷⁴ Vgl. Brauner (2016), S. 153; Khan (2016), S. 44–47; Naß/Deindl (2010), S. 78; Rogall et al. (2016), S. 92–93; Ströbele et al. (2012), S. 227–228.

⁷⁵ Sowohl die Darstellung als auch die Beschreibung beziehen sich nur auf die deutsche Elektrizitätswirtschaft.

⁷⁶ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Khan (2016), S. 45; Naß/Deindl (2010), S. 78; Rogall et al. (2016), S. 93; Ströbele et al. (2012), S. 228.

Die Marktteilnehmer der einzelnen Wertschöpfungsstufen verfolgen nun individuelle wirtschaftliche Kalküle, die zu Zielkonflikten zwischen diesen führen können.⁷⁷

2.2.2 Klima- und Energiepolitik

2.2.2.1 Vorbemerkungen

Die regulatorischen Rahmenbedingungen der deutschen Energiewirtschaft sind in Gesetzen und Vorgaben geregelt, die maßgeblich durch die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung und der EU definiert werden.⁷⁸ Dies bedeutet, dass die Zielsetzungen der Klima- und Energiepolitik, beispielsweise aufgrund von divergierenden Präferenzen der jeweiligen Bundesregierungen in den einzelnen Legislaturperioden, Volatilitäten aufweisen können. Durch die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die internationale sowie europäische Staatengemeinschaft erhöht sich der Umfang der Vorgaben, die die Bundesrepublik umzusetzen und in das gesamte Zielsystem einer aufeinander abgestimmten Klima- und Energiepolitik zu integrieren hat.⁷⁹

Um folglich ein Verständnis für die deutsche Klima- und Energiepolitik, deren Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die EVU zu schaffen, ist ein Überblick über die internationalen, europäischen sowie deutschen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Zielerreichung erforderlich. Dazu wird im Folgenden zunächst die Entwicklung des Nachhaltigkeitsbewusstseins in der deutschen Gesellschaft umrissen und anschließend die internationale Klimapolitik dargestellt, um darauffolgend die europäische und nationale Ausgestaltung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu betrachten.

2.2.2.2 Ökologisches Nachhaltigkeitsbewusstsein in der Bevölkerung

Bis weit ins letzte Jahrhundert waren die im EnWG definierten Ziele der Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit die relevanten Kriterien, anhand derer sich die EVU messen lassen mussten.⁸⁰ Umweltbelange oder Nachhaltigkeitsüberlegungen spielten noch keine maßgebliche Rolle bei der Ausgestaltung der Energieversorgung. Dies änderte sich in den **1970er Jahren** mit dem Aufkommen verschiedener

⁷⁷ Vgl. Brauner (2016), S. 155.

⁷⁸ Vgl. Konstantin (2017), S. 471–472.

⁷⁹ Vgl. Konstantin (2017), S. 471–472.

⁸⁰ Vgl. Würfel (2017), S. 24.

Bewegungen, die beispielsweise für den **Umweltschutz** und postmaterialistische Wertesysteme eintraten oder auch gesellschafts- und kapitalismuskritische Strömungen auf sich vereinten.⁸¹ Die Bewegungen läuteten einen generellen gesellschaftlichen Wertewandel ein.⁸²

Die Befürchtungen einer zunehmenden Umweltbelastung wurden durch die vom Club of Rome beauftragten Studie „The Limits to Growth“ von Meadows et al. (1972) wissenschaftlich bestätigt.⁸³ Der Studie nach seien Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum durch den damit verbundenen Verbrauch von endlichen Ressourcen sowie der Umweltverschmutzung limitiert und würden im Laufe des nächsten Jahrhunderts ihre Wachstumsgrenzen erreichen.⁸⁴ Obwohl der Fokus der damaligen Bewegungen nicht ausschließlich auf der Transformation hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung lag und obgleich sich viele der Vorhersagen der **Studie des Club of Rome** mittlerweile widerlegen lassen, sorgten sie für ein generelles Hinterfragen der damaligen Umweltsituation und dem Entstehen eines Bewusstseins für die Ökologie in der Gesellschaft.⁸⁵

Aus einer der **Anti-Atomkraft-Bewegungen** entstand 1977 ein Verein für angewandte Ökologie, der mittlerweile als „Öko-Institut - Institut für angewandte Ökologie“ bekannt ist.⁸⁶ Der Verein beschrieb 1980 in der Studie „Energie-Wende: Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“⁸⁷ den Beginn einer neuen Epoche der Energieversorgung.⁸⁸ Die Studie entstand auch unter dem Eindruck der beiden Ölkrisen 1973 und 1979/1980.⁸⁹ Sie stellte ein alternatives Konzept zur konventionellen Energieversorgung vor, wonach Wirtschaftswachstum und Wohlstand durch den Einsatz erneuerbarer Energien und zielgerichteter Energieeffizienzmaßnahmen auch ohne zunehmende Umweltbelastung und steigenden Rohstoffverzehr möglich seien.⁹⁰ Das Öko-Institut hat den **Begriff der Energiewende** erstmalig verwendet

⁸¹ Vgl. Gochermann (2016), S. 28; Lange (2016b), S. 70; Würfel (2017), S. 24.

⁸² Vgl. Lange (2016b), S. 70; Würfel (2017), S. 24.

⁸³ Vgl. Gochermann (2016), S. 24; Meadows et al. (1972); Würfel (2017), S. 24.

⁸⁴ Vgl. Meadows et al. (1972), S. 126.

⁸⁵ Vgl. Gochermann (2016), S. 24; Lange (2016b), S. 70; Müller/Heilmann (2012), S. 16; Schmitz (2016), S. 21.

⁸⁶ Vgl. Maubach (2013), S. 41.

⁸⁷ Gochermann (2016), S. 25.

⁸⁸ Vgl. Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie (2016), S. 2.

⁸⁹ Vgl. Maubach (2013), S. 43.

⁹⁰ Vgl. Krause et al. (1980), S. 13; Maubach (2013), S. 41.

und das Verständnis für diesen entscheidend geprägt.⁹¹ Es konnte damit ein Lösungsansatz der in der Studie des Club of Rome dargelegten Problematik, dass Wachstum unweigerlich zu Umweltzerstörung und damit der Vernichtung der Lebensgrundlage der Menschheit führt, aufgezeigt werden.

Die genannten Entwicklungen und das zu Beginn der 1980er Jahre thematisierte Waldsterben durch Schadstoffemissionen schlugen sich **1983** in den Wahlen zum Deutschen Bundestag nieder, dem erstmalig die Partei „**Die Grünen**“ angehörte.⁹²

Verstärkt wurden die kritischen Stimmen gegen die konventionelle Energieerzeugung, insbesondere gegen die Kernenergie, durch den Reaktorunfall im Jahr **1986** im damals sowjetischen Kernkraftwerk **Tschernobyl**.⁹³ Doch dadurch, dass die sowjetische Technologie der deutschen und westlichen Technologie als unterlegen eingeschätzt wurde und die deutschen Kernkraftwerke technologisch anders konzipiert waren, konnte die deutsche Gesellschaft weitestgehend beruhigt werden.⁹⁴ Es herrschte somit noch kein gesellschaftsübergreifender Konsens, die voran erläuterte Energiewende umzusetzen, auch wenn die Anzahl der Kritiker an der konventionellen Energieerzeugung und insbesondere der Kernenergie zunahm.⁹⁵

Für das Verständnis, wie sich das Nachhaltigkeitsbewusstsein entwickelte und sich zum gesamtgesellschaftlichen Konsens ausgebildet hat, sind nicht nur die Ereignisse relevant, sondern auch die Begriffsdefinitionen. Während das Öko-Institut die Energiewende beschrieb und damit definierte, prägt der **Brundtland-Bericht** aus dem Jahr **1987** den Nachhaltigkeitsbegriff bis in die Gegenwart.⁹⁶ Die Vereinten Nationen beauftragten im Jahr 1983 die „World Commission on Environment and Development“, unter Vorsitz der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland, mit der Erarbeitung eines Zukunftsberichts, der Perspektiven zu einer langfristigen und nicht umweltbelastenden Entwicklung aufzeigen sollte.⁹⁷ Der Bericht erfuhr durch das Aufzeigen von nachhaltigen Entwicklungspfaden große Beachtung und ist als die „Geburtsurkunde des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses“⁹⁸

⁹¹ Vgl. Maubach (2013), S. 41–42; Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie (2016), S. 2; Unnerstall (2016), S. 15.

⁹² Vgl. Gochermann (2016), S. 28.

⁹³ Vgl. Gochermann (2016), S. 34; Lange (2016a), S. 629.

⁹⁴ Vgl. Lange (2016b), S. 71–72.

⁹⁵ Vgl. Gochermann (2016), S. 34; Lange (2016a), S. 629; Würfel (2017), S. 116–117.

⁹⁶ Vgl. Schneider (2015), S. 28.

⁹⁷ Vgl. Kopfmüller et al. (2007), S. 14; Moutchnik (2014), S. 82.

⁹⁸ Kopfmüller et al. (2007), S. 14.

anzusehen.⁹⁹ Der Definition des Brundtland-Berichts zufolge, ist eine nachhaltige Weltentwicklung dann gegeben, wenn die gegenwärtigen Bedürfnisse befriedigt werden, ohne dadurch den künftigen Generationen die Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung zu nehmen.¹⁰⁰

Die Aktualität der Nachhaltigkeitsthematik wird durch die seit **2018** regelmäßig stattfindenden **Fridays for Future-Demonstrationen** verdeutlicht, an denen weltweit Jugendliche für einen umfassenderen Klimaschutz teilnehmen.¹⁰¹

Es lässt sich somit festhalten, dass die in diesem Abschnitt genannten umweltschädlichen Entwicklungen, die Ereignisse des 20. Jahrhunderts, die Umweltbewegungen und die dargestellten Studien zur Entwicklung eines ökologischen Nachhaltigkeitsbewusstseins in der Bevölkerung geführt haben. Als Beleg dafür können die umweltpolitischen Maßnahmen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene angeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

2.2.2.3 Zielsetzungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene

Die Erkenntnis über die Bedeutung des Umweltschutzes führte insbesondere ab den 1990er Jahren zu einer zunehmenden Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Gesetzgebung. Nachdem sich der Gedanke, gegen die Umweltbelastung und deren Ursachen tätig zu werden, in der internationalen Staatengemeinschaft zunehmend durchgesetzt hatte, vereinbarten die Industrieländer in Kyoto im Jahr **1997** die Emissionsreduzierung von Treibhausgasen (THG) in Höhe von mindestens 5,0 % im Zeitraum von 2008 bis 2012 gegenüber dem Vergleichsjahr 1990.¹⁰² Die Übereinkunft, die als Meilenstein der internationalen Klimapolitik gilt, wurde in dem sog. „**Kyoto-Protokoll**“ festgehalten und ist mittlerweile von 191 Staaten ratifiziert worden.¹⁰³ Da die Vereinbarung länderspezifische Reduktionsziele enthielt, lautete das konkrete Ziel für Deutschland die Emissionen um 21 % zu vermindern.¹⁰⁴ Nach dieser ersten Verpflichtungsperiode folgte der zweite Verpflichtungszeitraum zur Emissionsreduzierung, der die Jahre 2013 bis 2020 umfasst.¹⁰⁵

⁹⁹ Vgl. Kopfmüller et al. (2007), S. 14; Schneider (2015), S. 28.

¹⁰⁰ Vgl. United Nations (1987), S. 41.

¹⁰¹ Vgl. Altenbuchner/Tunst-Kamleitner (2020), S. 79.

¹⁰² Vgl. Gochermann (2016), S. 30; Konstantin (2017), S. 515–516; United Nations (1998), S. 3.

¹⁰³ Vgl. Gochermann (2016), S. 30; United Nations (2019), o. S.

¹⁰⁴ Vgl. Scheffler (2014), S. 1.

¹⁰⁵ Vgl. Konstantin (2017), S. 516.

Hierbei verpflichteten sich die EU-Mitgliedsstaaten zu einer weiteren Reduzierung ihrer Emissionen von THG um 20 % gegenüber dem Referenzjahr 1990.¹⁰⁶

Weiterhin ist das Kyoto-Protokoll, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass es sich um eine erste internationale Klimaschutzübereinkunft handelt, als Meilenstein anzusehen, sondern auch wegen der darin enthaltenen innovativen Ansätze zur Zielerreichung.¹⁰⁷ Als Maßnahmen zur Zielerreichung sind nicht nur starre Gesetze und Verordnungen vorgesehen, sondern auch die Berücksichtigung von marktwirtschaftlichen Anreizen. Hierbei ist etwa die Schaffung eines zwischenstaatlichen **Emissionsrechtehandels** zu nennen, der aufgrund finanzieller Kalküle beispielsweise zu THG-Emissionsminderungen durch entsprechende Investitionen führen soll.¹⁰⁸

Für die weitere Festlegung der Rahmenbedingungen einer internationalen Klimapolitik ist insbesondere das sog. „**Pariser-Abkommen**“ zu nennen, welches auf der 21. Klimakonferenz der „Vereinten Nationen“ 2015 in Paris verhandelt wurde und als weiterer Meilenstein in der internationalen Klimapolitik zu interpretieren ist.¹⁰⁹ Der Grund für diese Einschätzung liegt darin, dass es sich bei dem Pariser-Abkommen um eine völkerrechtlich verbindliche Übereinkunft zwischen Industrie-, Schwellen- sowie Entwicklungsländern handelt und sich diese dadurch zu gemeinsamen THG-Reduktionen und weiteren Klimaschutzmaßnahmen verpflichten.¹¹⁰ Bedeutend ist hierbei die Einigung, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen.¹¹¹ Weiterhin ist die sog. „Dekarbonisierung“ der Welt für den Zeitraum der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts in dem Abkommen fixiert worden, das quasi den Verzicht des Einsatzes fossiler Brennstoffe bedeutet und zu einer THG-Neutralität führen soll.¹¹²

2.2.2.4 Zielsetzungen und Maßnahmen auf europäischer Ebene

Neben den internationalen Vereinbarungen hat die EU Ziel- und Maßnahmenpakete zur Begegnung des Klimawandels beschlossen. Hierbei sind insbesondere das

¹⁰⁶ Vgl. Umweltbundesamt (2016), S. 31.

¹⁰⁷ Vgl. Scheffler (2014), S. 1.

¹⁰⁸ Vgl. Scheffler (2014), S. 1–2.

¹⁰⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 19.

¹¹⁰ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 19.

¹¹¹ Vgl. Kersting (2015), S. 6.

¹¹² Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 19.

„Klima- und Energiepaket 2020“ und das „Klima- und Energiepaket 2030“ zu nennen.¹¹³

Im Rahmen des im Jahr 2008 von der EU verabschiedeten **Klima- und Energiepakets 2020** wurden gemeinsame Ziele für das Jahr 2020 definiert.¹¹⁴ Dementsprechend sollen eine Emissionsminderung der THG im Vergleich zu 1990 um 20 %, die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch bis auf 20 % und die Erhöhung der Energieeffizienz um 20 % erreicht werden.¹¹⁵ Deutschlands Beitrag zur Erreichung des europäischen THG-Reduktionsziels umfasst dabei die Minderung der THG-Emissionen um 14 %.¹¹⁶ Aufgrund der Einschätzung, dass die EU-Mitgliedsstaaten die angepeilten Ziele bis zum Jahr 2020 erreichen werden, wurde bereits im Oktober 2014 das **Klima- und Energiepaket 2030** und damit der Zielhorizont für das Jahr 2030 von der EU festgelegt.¹¹⁷ Auch dieses Zielpaket beinhaltet die folgenden drei Komponenten: Emissionsminderung, Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienzsteigerung.¹¹⁸ Hierbei sollen die THG-Emissionen um 40 % im Vergleich zu 1990 reduziert, die Erzeugungsleistung aus erneuerbaren Energien auf 27 % des Energieverbrauchs in der EU gesteigert und die Energieeffizienz auf 27 % erhöht werden, mit der Option, das Energieeffizienzziel im Jahr 2020 auf 30 % für das Jahr 2030 zu erhöhen.¹¹⁹ In der langfristigen Perspektive zielt die EU darauf ab, den THG-Ausstoß zwischen 80 % und 95 % im Vergleich zum Referenzjahr 1990 zu reduzieren.¹²⁰

Die EU hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Realisierung dieser Klimaschutzziele erarbeitet. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der EU-Emissionshandel, die Lastenteilungsentscheidung, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die Energieeffizienz-Richtlinie und die Gebäudeeffizienz-Richtlinie zu nennen.¹²¹

¹¹³ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 12–14.

¹¹⁴ Vgl. Europäische Kommission (2020a), o. S.; Umweltbundesamt (2016), S. 60.

¹¹⁵ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 13; Europäische Kommission (2014), S. 2.

¹¹⁶ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 23.

¹¹⁷ Vgl. Europäische Kommission (2014), S. 2–4; Umweltbundesamt (2016), S. 67.

¹¹⁸ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 13.

¹¹⁹ Vgl. Umweltbundesamt (2016), S. 67.

¹²⁰ Vgl. Bundesregierung (2016), S. 16.

¹²¹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 24, (2015), S. 14–16.

2.2.2.5 Zielsetzungen und Maßnahmen auf nationaler Ebene

2.2.2.5.1 Zielsetzungen

Eingerahmt von der internationalen und europäischen Klima- und Energiepolitik, sind auch auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Begegnung des Klimawandels getroffen worden. Dies zeigt sich in der Anpassung und Erweiterung des Zielsystems des EnWG. Die Umweltverträglichkeit hielt im Zuge der Aktualisierung des EnWG durch die Liberalisierung im Jahr 1998 als dritter Zielaspekt, in Ergänzung zur Preisgünstigkeit und Versorgungssicherheit, Einzug in das Zielsystem der Energieversorgung.¹²² Diese drei Ziele sind auch als das „**Zieldreieck der Energiewirtschaft**“ bekannt.¹²³ Im Jahr 2005 wurde das EnWG erneut modernisiert und das Zielsystem um die Zielaspekte Energieeffizienz sowie Verbraucherfreundlichkeit erweitert.¹²⁴ Da die insgesamt fünf Ziele der Energiewirtschaft gemäß § 1 Abs. 1 EnWG nicht priorisiert sind und zwischen diesen teilweise Zielkonflikte bestehen, kann keine Maximierung eines bestimmten Ziels, sondern nur die Optimierung des Gesamtzielsystems angestrebt werden.¹²⁵

Die Umweltpolitik befasste sich nicht nur mit der Erweiterung des rein qualitativ ausgestalteten EnWG-Zielsystems. Für einen wirksamen Umweltschutz bedarf es konkreter quantitativer Zielsetzungen und regulatorischer Rahmenbedingungen. In diesem Zusammenhang ist das am 28.09.2010 veröffentlichte „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“¹²⁶ der damaligen Bundesregierung zu nennen, das quantitative Ziele der deutschen Klimapolitik bis zum Jahr 2050 definiert.¹²⁷ Unter dem Einfluss internationaler und europäischer Entwicklungen, wie beispielsweise die Ergebnisse der Klimakonferenz in Paris, hat die Bundesregierung im November 2016 den „**Klimaschutzplan 2050**“ beschlossen, der Entwicklungspfade zu einer treibhausgasneutralen Volkswirtschaft aufzeigt.¹²⁸

¹²² Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 17–19; Gochermann (2016), S. 38; Würfel (2017), S. 24.

¹²³ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 18; Breising (2015), S. 34.

¹²⁴ Vgl. Eickhof/Holzer (2006), S. 269; Gochermann (2016), S. 38.

¹²⁵ Vgl. Eickhof/Holzer (2006), S. 269; Würfel (2017), S. 15.

¹²⁶ Bundesregierung (2010), S. 1.

¹²⁷ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 25; Bundesregierung (2010), S. 3; Gochermann (2016), S. 45.

¹²⁸ Vgl. Bundesregierung (2016), S. 2.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt die wesentlichen Ziele der Energiewende im jährlich erscheinenden **„Monitoring-Bericht zur Energiewende“** dar.¹²⁹ Die Energiewende umfasst Zielsetzungen in den folgenden drei Bereichen: Reduzierung der THG-Emissionen, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Optimierung hinsichtlich der Effizienz und des Verbrauchs.¹³⁰ Diese Zielsetzungen werden im Folgenden dargestellt.¹³¹ Als weitere Zielsetzung des gesamten Energiewendekonzeptes ist der vollständige Kernenergieausstieg bis zum Jahr 2022 zu nennen, der „eine historische Zäsur für ein Industrieland“¹³² wie Deutschland darstellt.¹³³

Die in Tabelle 1 dargestellten Zielsetzungen hinsichtlich der **Reduzierung von THG-Emissionen** sind auf die Erreichung des EU-Ziels für das Jahr 2050 ausgerichtet.¹³⁴ Außerdem sind Etappenziele für die Jahre 2020, 2030 sowie 2040 zur Reduzierung der THG-Emissionen festgelegt worden.¹³⁵

THG-Emissionen	2020	2030	2040	2050
Zielsetzungen gegenüber 1990	mind. -40 %	mind. -55 %	mind. -70 %	-80 % bis -95 %

Tabelle 1: Ziele zur Reduzierung der THG-Emissionen¹³⁶

Des Weiteren besteht eine Zielsetzung der Energiewende darin, die Energieversorgung dahingehend zu verändern, dass diese im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens auf der **Nutzung von erneuerbaren Energien** beruht. Diese Zielsetzung ist wiederum in vier Teilziele untergliedert.¹³⁷ Die in Tabelle 2 abgebildeten Teilziele geben den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch¹³⁸, am

¹²⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 19; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 5.

¹³⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7.

¹³¹ Alle Zielwerte sind im Verhältnis zum Referenzjahr 1990 zu betrachten. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 57.

¹³² Würfel (2017), S. 27.

¹³³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 71; Unnerstall (2016), S. 16–18.

¹³⁴ Vgl. Bundesregierung (2016), S. 21.

¹³⁵ Vgl. Bundesregierung (2016), S. 21.

¹³⁶ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7; Umweltbundesamt (2017), S. 1.

¹³⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7.

¹³⁸ „Der Bruttoendenergieverbrauch umfasst die Endenergie beim Letztverbraucher vor Abzug von Übertragungs- und Umwandlungsverlusten in den drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr (Kraftstoffe).“ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 14.

Bruttostromverbrauch¹³⁹, am Wärmeverbrauch und im Verkehrsbereich vor.¹⁴⁰ Die anvisierten Anteile der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch und am Bruttostromverbrauch sind für die Jahre 2020, 2030, 2040 und 2050 definiert.¹⁴¹ Zusätzlich sind nach § 1 Abs. 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für den Bruttostromverbrauch weitere Zwischenziele für die Jahre 2025 und 2035 definiert.

Für das Teilziel, den Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmesektor, der den Wärme- und Kälteverbrauch umfasst, zu steigern, ist der Zielhorizont das Jahr 2020.¹⁴² Das Teilziel zur Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien im Verkehrsbereich ergibt sich aus der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU, wobei auch ein Zielwert für 2020 vorliegt.¹⁴³

Erneuerbare Energien	2020	2025	2030	2035	2040	2050
Anteil am Bruttoendenergieverbrauch	18 %		30 %		45 %	60 %
Anteil am Bruttostromverbrauch	mind. 35 %	40 - 45 %	mind. 50 %	55 - 60 %	mind. 65 %	mind. 80 %
Anteil am Wärmeverbrauch	14 %					
Anteil am Verkehrsbereich	10 %					

Tabelle 2: Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien¹⁴⁴

Zur Zielsetzung hinsichtlich der **Energieeffizienz** und des **Energieverbrauchs** existieren sechs Teilziele: die Senkung des Primärenergieverbrauchs¹⁴⁵, die Steigerung der Endenergieproduktivität¹⁴⁶, die Senkung des Bruttostromverbrauchs, die

¹³⁹ Der Bruttostromverbrauch umfasst den gesamten mengenmäßigen Stromverbrauch im Inland und ergibt sich rechnerisch aus der gesamten Stromproduktion im Inland zuzüglich Stromimporten sowie abzüglich Stromexporten. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 14.

¹⁴⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 13.

¹⁴¹ Vgl. Bundesregierung (2010), S. 4.

¹⁴² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 17–18.

¹⁴³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 18–19.

¹⁴⁴ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 13.

¹⁴⁵ Der Primärenergieverbrauch ist die „Summe der genutzten Energieträger, einschließlich der Bestandsveränderungen sowie des Saldo aus Bezügen und Lieferungen.“ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 66.

¹⁴⁶ Die Endenergieproduktivität ist ein Maß zur Erfassung der Energieeffizienz und stellt die Wertschöpfung in Form des Bruttoinlandsprodukts pro eingesetzter Einheit Endenergie dar. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 28; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 19; Statistisches Bundesamt (2017a), S. 46.

Senkung des Primärenergiebedarfs¹⁴⁷ von Gebäuden, die Senkung des Wärmebedarfs von Gebäuden und die Senkung des Endenergieverbrauchs des Verkehrssektors.¹⁴⁸ Die Teilziele beziehen sich, wie aus Tabelle 3 hervorgeht, auf unterschiedliche Zeithorizonte.¹⁴⁹

Effizienz und Verbrauch	2020	2030	2040	2050
Primärenergieverbrauch (gegenüber 2008)	-20 %			-50 %
Endenergieproduktivität (2008 – 2050)	2,1 % pro Jahr (2008 – 2050)			
Bruttostromverbrauch (gegenüber 2008)	-10 %			-25 %
Primärenergiebedarf von Gebäuden (gegenüber 2008)				-80 %
Wärmebedarf von Gebäuden (gegenüber 2008)	-20 %			
Endenergieverbrauch des Verkehrs (gegenüber 2005)	-10 %			-40 %

Tabelle 3: Ziele zur Energieeffizienz und zum Energieverbrauch¹⁵⁰

Die Energiewende ist folglich ein Projekt mit ambitionierten Zielen für das Jahr 2050.¹⁵¹ Dementsprechend kann das Jahr 2050 als das anvisierte Ende der Energiewende angesehen werden.¹⁵²

2.2.2.5.2 Maßnahmen

Aufgrund der Tatsache, dass bedeutende Entscheidungen und Maßnahmen zur Erreichung der zuvor erläuterten Ziele auf EU-Ebene getroffen werden und diese entweder als Verordnungen eine unmittelbare Gültigkeit in allen Mitgliedsstaaten aufweisen oder sie in Form von Richtlinien in nationales Recht umgesetzt worden sind, sind die nachfolgenden nationalen Vorgaben zum Teil durch europäische Mitwirkung entstanden oder beeinflusst worden.¹⁵³ Der Umfang der regulatorischen Vor-

¹⁴⁷ „Der Indikator Primärenergiebedarf berücksichtigt neben der Bereitstellung von Heizung, Kühlung, Warmwasser und für Nichtwohngebäude und Beleuchtung auch den nicht erneuerbaren Aufwand für die Gewinnung, die Umwandlung und den Transport bzw. die Verteilung der einzelnen Energieträger.“ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 38.

¹⁴⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7.

¹⁴⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7.

¹⁵⁰ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 7.

¹⁵¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 4.

¹⁵² Vgl. Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie (2016), S. 6; Unnerstall (2016), S. 43; Würfel (2017), S. 268.

¹⁵³ Vgl. Konstantin (2017), S. 472.

gaben des Energiewendevorhabens wird im fünften Monitoring-Bericht zur Energiewende des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie deutlich. In diesem sind 162 internationale, europäische und nationale Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende aufgelistet.¹⁵⁴ In dem darauffolgenden Monitoring-Bericht zur **Energiewende** sind bereits **190 Maßnahmen** verzeichnet.¹⁵⁵

Im Weiteren werden die wesentlichen Maßnahmen, überwiegend in Form von Gesetzen und Verordnungen, dargelegt, die die Erreichung der im vorherigen Abschnitt erläuterten Zielsetzungen zur Klima- und Energiepolitik gewährleisten sollen. Somit erfolgt zunächst die Maßnahmenbeschreibung zur Reduzierung der THG-Emissionen. Danach schließt sich die Betrachtung hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der Optimierung bezüglich der Energieeffizienz und des Energieverbrauchs an.

So bedeutsam wie das EEG für den Ausbau der erneuerbaren Energien, ist das Emissionshandelssystem als „das zentrale Instrument der EU zur **Reduzierung von THG-Emissionen** in den Sektoren Energiewirtschaft und Industrie“¹⁵⁶ anzusehen. Das EU-Emissionshandelssystem ist in deutsches Recht umgesetzt worden.¹⁵⁷ Das zentrale Instrument auf nationaler Ebene ist in diesem Zusammenhang das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG), das die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Handel von Berichtigungen zum THG-Ausstoß schafft.¹⁵⁸

Das grundlegende Konzept des Emissionshandels besteht darin, dass für die Emissionen von energieintensiven Unternehmen der Energiewirtschaft und Industrie Obergrenzen festgelegt sind und diese Unternehmen handelbare Emissionsrechte für ihre jeweiligen Emissionen vorhalten müssen.¹⁵⁹ Durch die Kosten für die Emissionsrechte, auch CO₂-Zertifikate genannt, die jeweils zum Ausstoß einer Tonne Kohlendioxidäquivalent berechtigen, besteht ein Anreiz zur Reduzierung der Emissionen und der damit verbundenen Kosten für die Emissionsrechte.¹⁶⁰ Das Handelssystem greift somit die marktwirtschaftlichen Ansätze des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung der THG-Emissionen auf. Für den Handel der CO₂-Zertifikate haben sich

¹⁵⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 133–144.

¹⁵⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), S. 164–186.

¹⁵⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 24.

¹⁵⁷ Vgl. Konstantin (2017), S. 525.

¹⁵⁸ Vgl. Konstantin (2017), S. 525.

¹⁵⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 24.

¹⁶⁰ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 24; Konstantin (2017), S. 535.

bereits Märkte, wie an der Börse „European Energy Exchange“ (EEX) in Leipzig oder außerbörsliche Handelsplattformen, etabliert.¹⁶¹ Für die betroffenen Unternehmen bedeutet die verpflichtende Teilnahme am Emissionshandelssystem eine finanzielle und organisatorische Mehrbelastung, da die Teilnahme zusätzliche Aufgaben mit sich bringt. Hierzu gehören beispielsweise das unternehmensinterne Emissionsmonitoring in Form einer stetigen Verwaltung von Emissionswerten und -prognosen, die buchhalterische Erfassung der Vorgänge und die Erfüllung der Berichtspflichten gegenüber den zuständigen Behörden.¹⁶²

Im Jahr 1991 öffnete sich die deutsche Energieerzeugungslandschaft gezielt für die Einbindung von erneuerbaren Energien in die Stromversorgung. Das StromEinspG, das zum 01.01.1991 in Kraft trat, schaffte einen rechtlichen Rahmen, Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz des örtlichen EVU einzuspeisen.¹⁶³ Dieses Gesetz förderte zwar den **Ausbau der erneuerbaren Energien** durch die neu geschaffene rechtliche Absicherung der Stromerzeuger, jedoch sah es keine staatlichen Beihilfen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vor.¹⁶⁴ Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens bis zum Ende des StromEinspG steigerte sich die installierte elektrische Leistung erneuerbarer Energien von 4.168 MW im Jahr 1990 bis auf 9.600 MW zum Ende des Jahres 1999, bevor das StromEinspG im Jahr 2000 durch das EEG abgelöst wurde.¹⁶⁵

Die Neuregelung der Stromabnahme aus erneuerbaren Energiequellen wurde von der damaligen Bundesregierung in Form des EEG umgesetzt.¹⁶⁶ Dieses Gesetz schaffte ein umfassendes Rahmenwerk für eine vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien gegenüber Strom aus konventionellen Kraftwerken und regelte die feste, marktpreisunabhängige und technologiespezifische Einspeisevergütung.¹⁶⁷ Der Unterschied des EEG im Vergleich zum StromEinspG bestand darin, dass mit dem EEG eine staatlich reglementierte finanzielle Förderung der jeweiligen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien einherging.¹⁶⁸ Die Förderung

¹⁶¹ Vgl. Konstantin (2017), S. 523–524.

¹⁶² Vgl. Konstantin (2017), S. 525.

¹⁶³ Vgl. Gochermann (2016), S. 26; Lange (2016b), S. 70–71.

¹⁶⁴ Vgl. Konstantin (2017), S. 492.

¹⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (2017), S. 7; Konstantin (2017), S. 492.

¹⁶⁶ Vgl. Bontrup/Marquardt (2010), S. 30; Gochermann (2016), S. 35; Lange (2016b), S. 70–71.

¹⁶⁷ Vgl. Gochermann (2016), S. 35; Konstantin (2017), S. 492.

¹⁶⁸ Vgl. Gochermann (2016), S. 35; Khan (2016), S. 41; Konstantin (2017), S. 492; Lange (2016b), S. 70–71.

funktionierte durch eine Umwälzung der Kosten für die nachhaltige Stromerzeugung über die EEG-Umlage auf den Endkundenpreis der Stromverbraucher.¹⁶⁹

Die Förderung erwies sich als starker Wachstumstreiber der installierten Leistung erneuerbarer Energien. Diese stieg von 9.600 MW zum Ende des Jahres 1999 auf 104.024 MW im Jahr 2016 an, was ungefähr einer Verzehnfachung entspricht.¹⁷⁰ Das Gesetz ist das elementare Steuerungsinstrument zur Förderung der erneuerbaren Energien und erfuhr zahlreiche Gesetzesnovellen.¹⁷¹ Um die genannte Steigerung der EEG-Umlage, die aus einer wenig strategisch ausgerichteten Förderung der unterschiedlichen Technologien zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien resultierte, zu begrenzen, wurde durch die Änderung des EEG im Jahr 2014 von einer reinen Kostenorientierung der unterschiedlichen Erzeugungstechnologien abgewichen.¹⁷² Dadurch ist die Drosselung des Anstiegs der EEG-Umlage, insbesondere durch die Fokussierung der Förderung auf die in Deutschland am günstigsten nutzbaren „Energieträger Wind an Land und Sonne“¹⁷³, erreicht worden.¹⁷⁴ Durch die Änderung des EEG im Jahr 2017 sind zudem marktwirtschaftliche Komponenten in das Vergütungssystem eingeflossen.¹⁷⁵ Die Vergütung pro Kilowattstunde (kWh) Strom aus erneuerbaren Energien ergibt sich somit nicht mehr aus staatlichen Vorgaben.¹⁷⁶ Die Vergütung wird im Wettbewerb mittels Ausschreibungen um die Stromeinspeisung ermittelt.¹⁷⁷ Durch dieses Verfahren, welches eine Zäsur in der Geschichte des EEG darstellt, verspricht sich der Gesetzgeber günstigere Förderkosten.¹⁷⁸

Neben dem Einsatz der erneuerbaren Energien in der Stromversorgung sind diese ebenso für die Wärme- und Kälteerzeugung verwendbar. Nach § 1 Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) besteht der Zweck des Gesetzes in der Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien in der Wärme- und Kälteerzeugung.

¹⁶⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 6; Konstantin (2017), S. 494.

¹⁷⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (2017), S. 7.

¹⁷¹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 38; EnergieAgentur.NRW GmbH (2016), S. 3; Konstantin (2017), S. 492.

¹⁷² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 6; EnergieAgentur.NRW GmbH (2016), S. 11.

¹⁷³ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 6.

¹⁷⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 6.

¹⁷⁵ Vgl. EnergieAgentur.NRW GmbH (2016), S. 3.

¹⁷⁶ Vgl. EnergieAgentur.NRW GmbH (2016), S. 3.

¹⁷⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 6–7.

¹⁷⁸ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016b), S. 11; EnergieAgentur.NRW GmbH (2016), S. 3.

Das Gesetz verpflichtet bei der Errichtung von Neubauten zur anteiligen Deckung des Wärme- und Kältebedarfs durch erneuerbare Energien.¹⁷⁹

Als bedeutendes Instrument zur **Optimierung der Energieeffizienz und des Energieverbrauchs** ist die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) einzustufen, da diese, durch die zeitgleiche Erzeugung von Strom und Wärme, den Brennstoff intensiver nutzt und somit der Wirkungsgrad höher ist als bei Anlagen zur reinen Strom- oder Wärmeerzeugung.¹⁸⁰ Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) funktioniert ähnlich wie das EEG. Dies bedeutet, dass der Betreiber einer KWK-Anlage für ins Netz eingespeisten Strom aus dieser Anlage eine Vergütung erhält und die dadurch entstehenden Kosten auf den Endkundenpreis bzw. Letztverbraucher umgelegt werden.¹⁸¹

Zur Reduzierung des Energieverbrauchs in Gebäuden schreibt die Energieeinsparverordnung (EnEV) energietechnische Ausführungsbestimmungen für Gebäude und Neubauten vor.¹⁸² Des Weiteren soll durch die Novellierung der Verordnung im Jahr 2014 der Energieausweis für eine bessere Transparenz hinsichtlich des Energieverbrauchs von Gebäuden und Wohnungen sorgen, indem die Verordnung den Verkäufer, Vermieter oder Verpächter zur Ausweisausstellung verpflichtet.¹⁸³

2.2.3 Auswirkungen auf die Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft

2.2.3.1 Vorbemerkungen

Der durch die Liberalisierung und Energiewende aufgezeigte Wandel der Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft wirkt sich auf die in dieser Branche tätigen Unternehmen aus. Die Auswirkungen werden in diesem Abschnitt mit dem Fokus auf die einzelnen Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft betrachtet.¹⁸⁴ Die maßgebliche Grundlage dafür bildet der jährlich erscheinende „Monitoringbericht“ der BNetzA und des Bundeskartellamts, der über die energiewirtschaftlichen Entwicklungen in den dargestellten Wertschöpfungsstufen informiert.¹⁸⁵

¹⁷⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 65.

¹⁸⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016a), S. 72.

¹⁸¹ Vgl. Konstantin (2017), S. 490.

¹⁸² Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 22.

¹⁸³ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015), S. 22.

¹⁸⁴ Hierbei wird die Stromwirtschaft betrachtet.

¹⁸⁵ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 5.

2.2.3.2 Erzeugung

Der Wertschöpfungsstufe „Erzeugung“ sind alle Marktteilnehmer zuzuordnen, die als unabhängiger Erzeuger (auch: Independent Power Producer), Kleinproduzent oder EVU mit eigenen Kraftwerken, durch konventionelle oder auf erneuerbaren Energien beruhende Verfahren, elektrische Energie erzeugen und diese an andere Marktteilnehmer, wie etwa Händler oder Großkunden, liefern.¹⁸⁶

Die wirtschaftliche Situation dieser Wertschöpfungsstufe lässt sich anhand der „**Merit-Order**“, also der kostenoptimalen Einsatzreihenfolge der Kraftwerkstypen zur Deckung des Strombedarfs, darstellen.¹⁸⁷ Die unterschiedlichen Grenzkosten der Kraftwerkstypen geben die Einsatzreihenfolge vor und stellen gleichzeitig die Angebotsfunktion dar.¹⁸⁸ Es kommen folglich zuerst die Kraftwerkstypen mit den niedrigsten Grenzkosten pro Megawattstunde (MWh) zum Einsatz. Somit ergibt sich die folgende Einsatzreihenfolge, beginnend mit den Kraftwerken mit den niedrigsten Grenzkosten: Kern-, Braunkohle-, Steinkohle-, Gas- und Ölkraftwerke.¹⁸⁹

Die Grenzkosten der Erzeugung sind in diesem Zusammenhang weitestgehend von den Arbeitskosten beeinflusst, die maßgeblich von dem Brennstoffpreis und dem Preis für CO₂-Zertifikate abhängig sind.¹⁹⁰ Der letzte bzw. kostenintensivste Kraftwerkstyp der Einsatzreihenfolge, der zur Bedarfsdeckung eingesetzt wird, wird als „**Grenzkraftwerk**“ bezeichnet und gilt als preissetzendes Element, das den Marktpreis bestimmt.¹⁹¹ Vor dem starken Zubau der erneuerbaren Energien war dies in der Regel das Gaskraftwerk.¹⁹²

Bei einer recht stabilen Stromnachfrage und einer geringen Preiselastizität, insbesondere in der kurzfristigen Betrachtung, haben sich die erläuterten Veränderungen der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen massiv auf die Angebotsseite, also die einsetzbaren Kraftwerkstypen und die zugehörigen Grenzkosten, ausgewirkt.¹⁹³ Neben den sinkenden Weltmarktpreisen für Steinkohle, die zu sinkenden

¹⁸⁶ Vgl. Brauner (2016), S. 154; Khan (2016), S. 44; Konstantin (2017), S. 433.

¹⁸⁷ Vgl. Arnold/Postina (2017), S. 121; Konstantin (2017), S. 155; Vest (2016), S. 45.

¹⁸⁸ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 35; Ströbele et al. (2012), S. 251.

¹⁸⁹ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 250.

¹⁹⁰ Vgl. Konstantin (2017), S. 155.

¹⁹¹ Vgl. Haucap (2013), S. 5–6; Ströbele et al. (2012), S. 251; Unnerstall (2016), S. 166.

¹⁹² Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 251; Unnerstall (2016), S. 165–167.

¹⁹³ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 11.

Grenzkosten der Steinkohlekraftwerke geführt haben, ist die Auswirkung der erneuerbaren Energien auf die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke bedeutend.¹⁹⁴ Der massive Zubau der EEG-Anlagen in Kombination mit dem gesetzlich garantierten Einspeisevorrang und nahezu nicht existenten Grenzkosten führten zu einem Nachfragerückgang konventionell erzeugten Stroms.¹⁹⁵ Bei einer hohen Stromproduktion, wie beispielsweise in der Mittagszeit bei zeitgleich hoher Einspeisung aus Photovoltaik- und Windkraftanlagen, durch die **erneuerbaren Energieanlagen** werden die teuren und preissetzenden Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt, sodass die günstigeren Steinkohlekraftwerke diese Funktion einnehmen und in Folge dessen der Großhandelspreis sinkt und damit wiederum die Rentabilität aller eingesetzten Kraftwerke abnimmt.¹⁹⁶

Die Zielsetzung der in Abschnitt 2.2.2.5.1 aufgegriffenen Klima- und Energiepolitik, also eine nachhaltige und auf erneuerbaren Energien beruhende Energieerzeugung sowie eine Verdrängung der CO₂ emittierenden Anlagen, wird somit erreicht. Für die Eigentümer konventioneller Erzeugungsanlagen führt dies zu finanziellen Einbußen, sodass diese auf den unwirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke mit Stilllegungsplänen reagieren.¹⁹⁷ Aufgrund der Tatsache, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, insbesondere mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen, nicht bedarfsgerecht gesteuert werden kann, müssen steuerbare Erzeugungskapazitäten vorgehalten werden.¹⁹⁸ Kraftwerke, deren Abschaltung zu einer erheblichen Gefährdung oder Störung der Versorgungssicherheit und -zuverlässigkeit des Stromversorgungssystems führen, sind als systemrelevant einzustufen und deren Eigentümer werden von der BNetzA zum Weiterbetrieb verpflichtet.¹⁹⁹

Es wird geschätzt, dass die Eigentümer konventioneller Kraftwerke durch die Energiewende, im Vergleich zum Szenario ohne Energiewende, jährlich rund 10 Mrd. Euro (€) Umsatz einbüßen.²⁰⁰ So ist der Anteil der nicht erneuerbaren Energieträger an der Nettostromerzeugung von rund 76 % im Jahr 2012 auf rund 66 % im Jahr

¹⁹⁴ Vgl. Unnerstall (2016), S. 166.

¹⁹⁵ Vgl. Arnold/Postina (2017), S. 121; Bartsch (2015), S. 114.

¹⁹⁶ Vgl. Arnold/Postina (2017), S. 121; Unnerstall (2016), S. 165–166.

¹⁹⁷ Vgl. Bartsch (2015), S. 114; Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 53; Unnerstall (2016), S. 167.

¹⁹⁸ Vgl. Bartsch (2015), S. 114.

¹⁹⁹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 52–53.

²⁰⁰ Vgl. Unnerstall (2016), S. 171.

2017 gesunken.²⁰¹ Dies hat Auswirkungen auf die installierte Kraftwerksleistung in Deutschland, die 2017 insgesamt 217,6 GW umfasste.²⁰² Die Kraftwerksstilllegungen überschreiten die neu installierten Erzeugungskapazitäten um 5.637 MW bis 2021.²⁰³ Die Stilllegungen finden größtenteils im Bereich der nicht erneuerbaren Erzeugung statt, sodass Ende 2017 rund **52 % der deutschen Erzeugungskapazitäten durch erneuerbare Energieträger** gestellt wurden.²⁰⁴

2.2.3.3 Großhandel

Der Energiegroßhandel ermöglicht den Kauf und Verkauf von verschiedenen Stromprodukten zwischen Energieerzeugern, -händlern und EVU zu Spekulationszwecken oder um tatsächlich Vertragspartner, wie beispielsweise Endkunden, mit Energie zu versorgen.²⁰⁵ Der Handel kann sowohl börslich, wie an der **EEX Strombörse** in Leipzig, organisiert sein oder außerbörslich durch **bilaterale Verträge** abgewickelt werden.²⁰⁶

Für die Gewährleistung eines prosperierenden Börsenhandels ist eine entsprechende Liquidität im Markt von hoher Bedeutung.²⁰⁷ Die Liquidität wird maßgeblich durch das Handelsvolumen und die Anzahl der Marktteilnehmer tangiert.²⁰⁸ Die Anzahl der registrierten Stromhandelsteilnehmer ist an der EEX zwischen 2009 und 2017 von 145 auf 236 gestiegen.²⁰⁹ Von den Teilnehmern sind 102 Verbund- und Handelsunternehmen, 75 Stadtwerke und Regionalversorger, 52 Finanzdienstleistungsunternehmen und Kreditinstitute, 5 kommerzielle Verbraucher und 2 Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB).²¹⁰

²⁰¹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 51.

²⁰² Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 53.

²⁰³ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 72.

²⁰⁴ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 53–54.

²⁰⁵ Vgl. Khan (2016), S. 44; Würfel (2017), S. 232.

²⁰⁶ Vgl. Khan (2016), S. 44; Konstantin (2017), S. 434; Würfel (2017), S. 231–232.

²⁰⁷ Vgl. Konstantin (2017), S. 435.

²⁰⁸ Vgl. Konstantin (2017), S. 435.

²⁰⁹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 226.

²¹⁰ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 227.

Die Betrachtung der Situation des Stromgroßhandels erfordert außerdem die Berücksichtigung der Energiepreise. Es zeigt sich, dass die durchschnittlichen Großhandelspreise sowohl im **Spot- als auch im Terminmarkt**²¹¹ seit dem Jahr 2011 konsequent sinken.²¹² Im Jahr 2017 erlebten die Großhandelspreise für Strom jedoch erstmalig einen Anstieg.²¹³ Des Weiteren zeichnet sich eine Annäherung der Preise für Spitzen- und Grundlaststrom ab. Während die durchschnittlichen Spitzenstrompreise 2008 noch 21 % über denen für Grundlaststrom lagen, betrug dieser Wert 2017 nur noch 11 %.²¹⁴

Diese Entwicklung ist insbesondere für die Spitzenlastkraftwerke, wie etwa Gaskraftwerke, und Pumpspeicherkraftwerke²¹⁵ problematisch.²¹⁶ Pumpspeicherkraftwerke sind wichtige und indirekte Stromspeicher.²¹⁷ Der Gewinn aus dem Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken basiert jedoch auf der preislichen Differenz von Spitzen- und Grundlaststrom, also insbesondere auf den Preisspitzen, die durch die vermehrte Einspeisung von Strom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Spitzenlastzeiten, immer seltener erreicht werden.²¹⁸ In Kombination bedeutet dies einen Anstieg der Gefahr, dass der Betrieb der für die Energiewende wichtigen Pumpspeicherkraftwerke aufgrund des Zubaus erneuerbarer Energien unwirtschaftlich wird.²¹⁹

²¹¹ Die gehandelten Produkte können hinsichtlich der zeitlichen Differenz zwischen Vertragsabschluss und Vertragserfüllung unterschieden werden. So bezeichnet man den Handel mit Strom am Vortag oder gleichen Tag der physischen Lieferung als Spotmarkt und den Handel mindestens eine Woche im Voraus als Terminmarkt. Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 164; Konstantin (2017), S. 434; Ströbele et al. (2012), S. 71.

²¹² Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 232.

²¹³ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 9.

²¹⁴ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 231, (2016), S. 168.

²¹⁵ Pumpspeicherkraftwerke pumpen in der Regel in Zeiten geringer Stromnachfrage bei günstigen Strompreisen Wasser aus einem Unterbecken in ein höher gelegenes Oberbecken, um das Wasser über Turbinen zur Stromerzeugung in Spitzenlastzeiten bei hohen Strompreisen wieder in das Unterbecken einzuleiten. Vgl. Konstantin (2017), S. 184; Ströbele et al. (2012), S. 244.

²¹⁶ Vgl. Bonnen (2016b), S. 8–9.

²¹⁷ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 212; Würfel (2017), S. 324.

²¹⁸ Vgl. Arnold/Postina (2017), S. 121; Konstantin (2017), S. 184; Unnerstall (2016), S. 165–166; Würfel (2017), S. 280.

²¹⁹ Vgl. Bonnen (2016b), S. 8–9, (2016a), S. 48–49; Würfel (2017), S. 280.

2.2.3.4 Übertragungs- und Verteilnetze

Die Energienetze als verbliebenes natürliches Monopol sind zunächst in Übertragungs- und Verteilnetze zu differenzieren.²²⁰ Die **ÜNB** mit den Höchstspannungsnetzen „sind zuständig für die Spannungs- und die Frequenzhaltung, den Versorgungswiederaufbau und den Ausgleich von Fahrplanabweichungen in ihrer Regelzone.“²²¹ Die Verteilnetzbetreiber (**VNB**) garantieren die örtliche Verteilung des Stroms mittels der zugehörigen Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze.²²² Entsprechend des Monitoringberichts der BNetzA waren 2018 in Deutschland 4 ÜNB und 890 VNB aktiv.²²³

Die ÜNB betrieben im Jahr 2017 Stromleitungen mit einer Länge von 37.489 km.²²⁴ Diese sind im Rahmen der Energiewende für den erforderlichen Ausbau der Übertragungsnetze verantwortlich. Die ÜNB haben 2018 rund 45 % des im **Energieleitungsausbau-gesetz** (EnLAG) definierten notwendigen Netzausbaus fertig gestellt.²²⁵

Im Rahmen des BNetzA-Monitoringberichts zum Jahr 2018 werden lediglich die Daten von 815 VNB erfasst, die insgesamt 1.807.895 km Stromleitungen betreiben und damit 50.467.615 Zählpunkte an die Versorgung angeschlossen haben.²²⁶ Ein Großteil (ca. 90 %) der VNB weist nicht mehr als 100.000 Zählpunkte im Netz auf.²²⁷ Die übrigen VNB beliefern eine darüber hinausgehende Anzahl von Zählpunkten.²²⁸ Die Investitionen und Aufwendungen der VNB in die Verteilnetze betrugen 2017 rund 6.629 Mio. €. ²²⁹

²²⁰ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 227–228; Brauner (2016), S. 154.

²²¹ Konstantin (2017), S. 433.

²²² Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 228.

²²³ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 36.

²²⁴ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 36.

²²⁵ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 24.

²²⁶ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 36.

²²⁷ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 37.

²²⁸ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 36–37.

²²⁹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 118.

Die Kosten, die für Netzbetrieb, -instandhaltung und -ausbau entstehen, werden mittels der Netznutzungsentgelte auf die Kunden des Netzbetreibers umgelegt.²³⁰ Die bis 2009 durchgeführte kostenorientierte Netznutzungsentgeltregulierung basierte darauf, dass die Netzbetreiber auf ihre anrechenbaren Kosten eine feste Verzinsung bekamen, was jedoch wiederum einen Anreiz zu Überinvestitionen schaffte.²³¹ Seit dem Jahr 2009 gilt das System der **Anreizregulierung**, wodurch eine wettbewerbliche Komponente eingeführt wurde.²³² Obwohl die Netzbetreiber nicht in einem direkten Wettbewerb stehen, müssen sich in dem neuen System vergleichbare Netzbetreiber einem Benchmarking durch die BNetzA hinsichtlich ihrer Effizienz unterziehen.²³³ Demnach sind die Erlöse aus den Netznutzungsentgelten in ihrer Höhe begrenzt und die Netzbetreiber motiviert bzw. dazu angehalten Effizienzsteigerungen durchzuführen.²³⁴ In der Zeit seit 2009 hat sich entsprechenden Untersuchungen zufolge gezeigt, dass die Anreizregulierung zu keinem Investitionshemmnis, insbesondere bei den VNB, geführt hat und die Netznutzungsentgelte von 2009 zu 2016 nur leicht angestiegen sind.²³⁵

Durch die zunehmende Dezentralisierung der Stromproduktion, welche aus dem Zubau der erneuerbaren Energien resultiert, wandeln sich die Aufgaben der Netzbetreiber von der reinen Stromverteilung von zentralen Großkraftwerken zu den Endkunden hin zu einem aktiven Netzmanagement.²³⁶ Die somit weiterhin erforderlichen Netzertüchtigungen in Kombination mit den notwendigen Effizienzanstrengungen durch die Anreizregulierung, können sich negativ auf das Geschäftsergebnis der Netzbetreiber auswirken, sodass auch in dieser Wertschöpfungsstufe die Geschäftsmodelle einer kontinuierlichen Optimierung bedürfen.²³⁷

2.2.3.5 Vertrieb

Als abschließende Wertschöpfungsstufe ist der Vertrieb zu nennen.²³⁸ Dadurch, dass die Endkunden den Energielieferanten frei wählen können, gerät der Vertrieb

²³⁰ Vgl. Konstantin (2017), S. 332.

²³¹ Vgl. Ströbele et al. (2012), S. 180.

²³² Vgl. Ganster et al. (2014), S. 4.

²³³ Vgl. Konstantin (2017), S. 340.

²³⁴ Vgl. Ganster et al. (2014), S. 4.

²³⁵ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 116; Schmitz (2017), S. 20.

²³⁶ Vgl. Müser (2016), S. 20.

²³⁷ Vgl. Bonnen (2016b), S. 9.

²³⁸ Vgl. Khan (2016), S. 45.

zusehends unter wettbewerbsbedingten Druck.²³⁹ Dies zeigt sich in der kontinuierlich **steigenden Zahl der Stromanbieter** in den Netzgebieten, sodass 2015 die Letztverbraucher aus durchschnittlich 115 Lieferanten auswählen konnten.²⁴⁰ Im Jahr 2017 betrug diese Anzahl 143.²⁴¹ Folglich müssen die Energievertriebe kundenorientierte Produkte anbieten oder andere Maßnahmen ergreifen, um sich von den Konkurrenten abzugrenzen.²⁴² Dies ist darin begründet, dass sich der Großteil der Kunden aus der passiven Rolle des Stromabnehmers weiterentwickelt hat und die Leistungen der Anbieter untereinander vergleicht.²⁴³ So hat, dem Monitoringbericht der BNetzA zufolge, die Anzahl der Lieferantenwechsel von Haushaltskunden seit 2006 im Zeitverlauf stets zugenommen.²⁴⁴ Im Jahr 2006 wechselten 678.423 Kunden den Lieferanten, während diese Zahl im Jahr 2017 bereits 4.656.754 betrug.²⁴⁵

Es existieren jedoch weiterhin rein passive Kunden, die weder einen Tarif- noch Anbieterwechsel vorgenommen haben und sich in der sog. Grundversorgung befinden.²⁴⁶ Der Anteil dieser Kundengruppe weist zwar eine leicht sinkende Tendenz auf, trotzdem macht diese noch 27,6 % aller Haushaltskunden im Jahr 2017 aus.²⁴⁷

Neben der Anzahl der miteinander konkurrierenden Unternehmen ist insbesondere bei Commodity-Produkten²⁴⁸ der Preis von hoher Relevanz bei der Kaufentscheidung. Die Betrachtung der Haushaltskundenstrompreise zwischen 2006 und 2016 veranschaulicht eine Preissteigerung in der Grundversorgung von 18,89 ct/kWh auf 30,63 ct/kWh bei Abnahmemengen pro Haushalt zwischen 2.500 kWh und 5.000 kWh.²⁴⁹

²³⁹ Vgl. Kreiskott/Lau (2015), S. 104.

²⁴⁰ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 25.

²⁴¹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 29.

²⁴² Vgl. Rogall et al. (2016), S. 93.

²⁴³ Vgl. Kreiskott/Lau (2015), S. 104–105.

²⁴⁴ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 260.

²⁴⁵ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 260.

²⁴⁶ Vgl. Kreiskott/Lau (2015), S. 104.

²⁴⁷ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 29.

²⁴⁸ Commodity-Produkte, wie etwa Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, weisen keine differenzierbaren Charakteristika auf, sodass der Preis ein wesentliches Kriterium bei der Kaufentscheidung darstellt. Vgl. Budde/Ostermann (2017), S. 425; Süß et al. (2011), S. 113.

²⁴⁹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 212.

Beim europaweiten Vergleich von den **Strompreisen für Haushaltskunden** wird deutlich, dass die deutschen Strompreise in der zweiten Jahreshälfte 2017 nur von denen in Dänemark überstiegen wurden.²⁵⁰ Die deutschen Strompreise überschreiten den EU-Durchschnitt um 48 %.²⁵¹ Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung sind die Steuern, Abgaben sowie Umlagen, die ca. 54 % des Strompreises für Haushaltskunden ausmachen.²⁵² In diesem Zusammenhang ist die EEG-Umlage als ein wesentlicher Preistreiber zu nennen, denn der Anteil dieser Umlage am Strompreis für Haushaltskunden stieg von 0,88 ct/kWh im Jahr 2006 auf 6,79 ct/kWh im Jahr 2018.²⁵³

Die **Strompreise für gewerbliche Kunden** weisen im Vergleich zu den Preisen für Haushaltskunden eine größere Heterogenität auf. Dies ist zum einen den großen Abnahmemengen geschuldet, die eine individuellere Vertragsgestaltung erfordern und zum anderen den rechtlichen Möglichkeiten stromintensiver Unternehmen zur Befreiung von Abgaben oder Umlagen.²⁵⁴ Die Preise für gewerbliche Unternehmen mit einem Stromverbrauch in Höhe von 50 MWh/Jahr betragen durchschnittlich 21,56 ct/kWh.²⁵⁵ Sind es jedoch stromintensive Unternehmen mit mindestens 24 Gigawattstunden (GWh) Jahresverbrauch, die bestimmte Entlastungsvoraussetzungen erfüllen, kann durch die Befreiung von den staatlich beeinflussten Umlagen und Abgaben der Strompreis pro kWh in dem Maße sinken, dass dieser unter dem EU-Durchschnitt liegt.²⁵⁶

Es zeigt sich somit, dass der Strompreis durch die steigenden Umlagen, Abgaben und Steuern zu einer starken finanziellen Belastung der privaten Haushalte und nicht abgabenbefreiten Unternehmen führt.²⁵⁷ Dies führt möglicherweise zum Anstieg der Preissensibilität und Wechselbereitschaft, wodurch auch ein zunehmender

²⁵⁰ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 308.

²⁵¹ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 308.

²⁵² Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 279.

²⁵³ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 282.

²⁵⁴ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 26.

²⁵⁵ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 275.

²⁵⁶ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2019), S. 273–274, (2016), S. 26.

²⁵⁷ Vgl. Frondel et al. (2013), S. 28–29; Kreiskott/Lau (2015), S. 99–100.

Druck auf die Wertschöpfungsstufe Vertrieb entsteht. Dies zeigt sich beispielsweise in der stetig steigenden Anzahl der Lieferantenwechsel.

2.3 Rahmenbedingungen der Kommunalwirtschaft

2.3.1 Definition und Organisationsformen von kommunalen Unternehmen

Der Kommunalwirtschaft sind sämtliche wirtschaftliche Aktivitäten von Kommunen zuzuordnen.²⁵⁸ Die Erbringung dieser Aktivitäten erfolgt in verschiedenen Ausprägungsformen.²⁵⁹ Dabei sind im Wesentlichen die **öffentlich-rechtlichen und die privatrechtlichen Rechts- bzw. Organisationsformen**²⁶⁰ zu unterscheiden.²⁶¹

Die kommunale Betätigung in der **öffentlich-rechtlichen Organisationsform** kann entweder als rechtlich unselbstständiger oder rechtlich selbstständiger Betrieb ausgeprägt sein.²⁶² Die **rechtlich unselbstständigen Betriebe** weisen keine eigene Rechtspersönlichkeit auf und lassen sich anhand ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der öffentlichen Hand weiter in Eigen- und Regiebetriebe unterscheiden.²⁶³ Der Regiebetrieb ist ohne eigenes Personal und Vermögen rechtlich und wirtschaftlicher Teil der kommunalen Verwaltung und bietet somit die unmittelbarsten Steuerungsmöglichkeiten durch den Eigentümer.²⁶⁴ Auf dem Regiebetrieb aufbauend, entwickelte sich zwischen den Weltkriegen der wirtschaftlich selbstständige Eigenbetrieb mit eigener Rechnungslegung, der von der Verwaltung ausgegliedert ist und damit eine eigenständigere Betriebssteuerung erlaubt.²⁶⁵ Diese Organisationsformen sind mittlerweile weitestgehend von den Privatrechtlichen abgelöst worden.²⁶⁶ Neben den rechtlich unselbstständigen Betrieben sind auch die **rechtlich selbstständigen Betriebe** zu benennen, die in eigenständiger Organisationsform öffentlichen Rechts mit eigenen Vermögenswerten ausgestattet sind.²⁶⁷ Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, dass die Unternehmen flexibler und unabhängiger von der öffentlichen Hand agieren können und gleichzeitig den kommunalen Eigentümern

²⁵⁸ Vgl. Schäfer (2014), S. 18.

²⁵⁹ Vgl. Schäfer (2014), S. 18.

²⁶⁰ Im Weiteren wird der Begriff „Organisationsform“ verwendet.

²⁶¹ Vgl. Schäfer (2014), S. 18.

²⁶² Vgl. Statistisches Bundesamt (2016), S. 8.

²⁶³ Vgl. Papenfuß (2013), S. 19; Schäfer (2014), S. 241–242.

²⁶⁴ Vgl. Bolsenkötter (2012), S. 376; Schäfer (2014), S. 242.

²⁶⁵ Vgl. Bolsenkötter (2012), S. 376; Schäfer (2014), S. 242.

²⁶⁶ Vgl. Bolsenkötter (2012), S. 376; Brandl (2011), S. 401.

²⁶⁷ Vgl. Bolsenkötter (2012), S. 391.

generelle Mitspracherechte erhalten bleiben.²⁶⁸ Die regelmäßigen Erscheinungsformen sind Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR), auch Kommunalunternehmen genannt, Stiftungen sowie Zweckverbände.²⁶⁹

Die **privatrechtliche Organisationsform** lässt sich entsprechend des Umfangs der kommunalen Beteiligung weiter differenzieren. So existieren zum einen Unternehmen, an denen ausschließlich kommunale Haushalte beteiligt sind und zum anderen Unternehmen, an denen neben der kommunalen Mehrheitsbeteiligung auch privatwirtschaftliche Unternehmen beteiligt sind.²⁷⁰ Im letztgenannten Fall handelt es sich um das sog. „Public-Private-Partnership-Modell“, bei dem die Unternehmensform als gemischtwirtschaftlich bezeichnet wird.²⁷¹ Die typischen privatrechtlichen Organisationsformen sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG), die Kommanditgesellschaft (KG) oder die Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG).²⁷²

Seit den 1980er Jahren zeichnete sich im Rahmen des „**New Public Managements**“²⁷³ zunehmend der Trend der privatrechtlichen Organisation öffentlicher Aufgaben, also eine Auslagerung der Aufgaben von der öffentlichen Verwaltung auf ausgegliederte Unternehmen, ab.²⁷⁴ Die Zielsetzung bestand darin, die Aufgabenerfüllung „von den zum Teil engen Fesseln des öffentlichen Haushalts- und Dienstrechts“²⁷⁵ emanzipieren zu können und durch die „Selbstwahrnehmung als privatwirtschaftliches Unternehmen“²⁷⁶ eine höhere wirtschaftliche Effizienz sowie eine stärkere Kunden- bzw. Bürgernähe zu erreichen.²⁷⁷ Die Auslöser für diese Entwicklung waren unter anderem die zunehmend stärker finanziell beanspruchten öf-

²⁶⁸ Vgl. Schäfer (2014), S. 243.

²⁶⁹ Vgl. Schäfer (2014), S. 242; Statistisches Bundesamt (2016), S. 8.

²⁷⁰ Vgl. Schäfer (2014), S. 18.

²⁷¹ Vgl. Kleine-König/Schmidpeter (2015), S. 1123; Schäfer (2014), S. 244–245.

²⁷² Vgl. Statistisches Bundesamt (2016), S. 8.

²⁷³ Unter New Public Management wird die Anwendung betriebswirtschaftlicher Instrumente auf den öffentlichen Sektor verstanden. Vgl. Neumann-Szyszk/Pfahler (2018), S. 1–2.

²⁷⁴ Vgl. Burazerovic (2015), S. 28; Papenfuß et al. (2015a), S. 170; Raupach (2017), S. 19–20; Theuvsen (2012), S. 101–104.

²⁷⁵ Röber (2011), S. 55.

²⁷⁶ Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

²⁷⁷ Vgl. Burazerovic (2015), S. 28; Röber (2011), S. 55.

fentlichen Haushalte und das damit verbundene Ziel der Haushaltskonsolidierung.²⁷⁸ Aufgrund der zunehmend problematischen Finanzsituation der Kommunalhaushalte zeigte sich dieser Effekt insbesondere auf kommunaler Ebene.²⁷⁹

Durch die Auslagerung kommunaler Aufgabenerfüllung auf privatrechtlich organisierte Kommunalunternehmen, sind diese unabhängiger von der Verwaltung und dem politischen Geschehen in der Gemeinde hinsichtlich der Ausgestaltung ihrer unternehmerischen Aktivitäten geworden.²⁸⁰ Dieser Sachverhalt geht jedoch mit der Tatsache einher, dass die Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten des kommunalen Eigentümers auf das Unternehmen abnehmen.²⁸¹ Durch die gestärkte Stellung der privatrechtlich organisierten Unternehmen und ihres Managements in Kombination mit der erwähnten Wahrnehmung als ein solches Unternehmen, besteht die Gefahr, dass die öffentliche Aufgabenerfüllung in diesen Unternehmen zugunsten von wirtschaftlichen Zielsetzungen und Ambitionen in den Hintergrund tritt.²⁸² Somit steigen sowohl die Anforderungen an die Überwachung kommunaler Unternehmen als auch die Rechtfertigungspflichten hinsichtlich ihrer unternehmerischen Tätigkeit.²⁸³

2.3.2 Instrumentalfunktion und duales Zielsystem

Gemäß Thiemeyers Instrumentalthese sind kommunale Unternehmen die Instrumente ihrer kommunalen Eigentümer zur Erbringung von (Dienst-) Leistungen im allgemeinen Interesse.²⁸⁴ Die Instrumentalfunktion der Unternehmen dient dem Gemeinwohl durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks.²⁸⁵ Dieser öffentliche Zweck umfasst die **Leistungen der Daseinsvorsorge**.²⁸⁶ Im Jahr 1938 wurde der Begriff der Daseinsvorsorge erstmalig von Ernst Forsthoff definiert und geprägt.²⁸⁷ Demnach sind die Verwaltungen oder von diesen beauftragte Unternehmen zur Daseinsvorsorge, also zur Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung mit

²⁷⁸ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 170; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

²⁷⁹ Vgl. Burazerovic (2015), S. 28; Papenfuß (2013), S. 2; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

²⁸⁰ Vgl. Brandl (2011), S. 393; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

²⁸¹ Vgl. Brandl (2011), S. 393; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

²⁸² Vgl. Lederer (2011), S. 38–39.

²⁸³ Vgl. Brandl (2011), S. 393–394; Lederer (2011), S. 38–39; Röber (2011), S. 51.

²⁸⁴ Vgl. Thiemeyer (1975), S. 28.

²⁸⁵ Vgl. Greiling/Ther (2011), S. 353; Harms (2011), S. 83.

²⁸⁶ Vgl. Brandl (2011), S. 393; Burazerovic (2015), S. 28; Resch (2011), S. 172.

²⁸⁷ Vgl. Püttner (2012), S. 140; Schäfer (2014), S. 1.

lebensnotwendigen (Dienst-) Leistungen, verpflichtet, sofern diese vom einzelnen Individuum nicht selbst erschaffen bzw. gewährleistet werden können.²⁸⁸

Im Rahmen der Daseinsvorsorge verfolgen die kommunalen Unternehmen ein duales Zielsystem, bestehend aus einem **Sach- und Formalziel**.²⁸⁹ Dabei stellt das **Sachziel** die Gewährleistung des öffentlichen Zwecks, also die Erbringung der Daseinsvorsorge dar.²⁹⁰ Es existiert bis dato keine einheitliche Definition des öffentlichen Zwecks, da sowohl das Verständnis als auch die Notwendigkeit zur Erbringung der Daseinsvorsorge im Zeitablauf kontinuierlichen Veränderungen unterworfen sind.²⁹¹ Die Rahmenbedingungen für die Beauftragung kommunaler Unternehmen zur öffentlichen Zweckerbringung sind im Wesentlichen in den Haushalts- und Gemeindeordnungen der Bundesländer vorgegeben.²⁹² Diese schreiben unter anderem vor, welche zuständigen Organe über die Gründung eines kommunalen Unternehmens zu entscheiden haben und unter welchen Voraussetzungen die „Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung einer Gemeinde“²⁹³ gegeben ist.²⁹⁴ Das zuständige Organ ist die demokratisch legitimierte Exekutive, wie etwa der Gemeinderat, sodass auf der Grundlage von politischen Entscheidungen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde und damit das Sachziel bestimmt wird, das die konstitutive Grundlage des kommunalen Unternehmens bildet.²⁹⁵ Aufgrund der Tatsache, dass die Exekutive demokratisch legitimiert ist und deren Entscheidung zur kommunalwirtschaftlichen Tätigkeit auf einem demokratischen Verfahren basiert, überträgt sich die Legitimität, im Sinne von Thiemeyers Instrumentalthese, auch auf das zur Erfüllung von Tätigkeiten des öffentlichen Zwecks eingesetzte Instrument, folglich das kommunale Unternehmen.²⁹⁶ Durch die politisch bestimmten Sachziele kommunaler Unternehmen sind diese in verschiedensten Branchen aktiv, wie beispielsweise in „dem Grundstücks- und Wohnungswesen, der Wasser- und Energieversorgung, der Abwasserentsorgung, dem öffentlichen Nahverkehr“²⁹⁷ oder aber auch im Gesundheits- und Finanzwesen.²⁹⁸

²⁸⁸ Vgl. Forsthoff (1938), S. 5–7.

²⁸⁹ Vgl. Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72.

²⁹⁰ Vgl. Harms (2011), S. 84.

²⁹¹ Vgl. Lederer (2011), S. 34–35.

²⁹² Vgl. Harms (2011), S. 85; Jacob (2015), S. 808.

²⁹³ Jacob (2015), S. 808.

²⁹⁴ Vgl. Jacob (2015), S. 808.

²⁹⁵ Vgl. Harms (2011), S. 93–94; Lederer (2011), S. 35; Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72.

²⁹⁶ Vgl. Harms (2011), S. 88; Lederer (2011), S. 39.

²⁹⁷ Burazerovic (2015), S. 28.

²⁹⁸ Vgl. Blunck (2011), S. 324.

Im Sachziel wird demnach der öffentliche Zweck fixiert, der die Daseinsvorsorge, teils auch unter Berücksichtigung von Zielsetzungen im Sinne der Nachhaltigkeit, garantieren soll.²⁹⁹ Kommunale Unternehmen erbringen im Sinne der Daseinsvorsorge nicht nur gesellschaftlich bedeutende Leistungen, die „(womöglich) ohne ihre Existenz auf einem quantitativ, qualitativ und/oder preislich unbefriedigendem Niveau angeboten werden würden“³⁰⁰, sie sind auch oftmals über den Aufgabenkern des Sachziels hinaus tätig.³⁰¹ Zum erweiterten Aufgabenkern gehören insbesondere Unternehmensleistungen und -angebote im Sinne von CSR.³⁰² Dies äußert sich beispielsweise in einer umweltfreundlichen Stromversorgung oder in kulturellem, gesellschaftlichem und regionalem Engagement kommunaler Unternehmen.³⁰³

Neben dem Sachziel ist außerdem das **Formalziel** zu beachten, das die finanzielle Seite der Daseinsvorsorge zum Gegenstand hat.³⁰⁴ Demnach sind alle öffentlichen Unternehmen zur Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet, die in § 6 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) vorgegeben sind.³⁰⁵

Das Verhältnis der Ziele untereinander ist tendenziell als konkurrierend zu beschreiben, da die Anstrengungen zur Optimierung des einen Ziels zu einer geringeren Erreichung des jeweils anderen führen können.³⁰⁶ Da die kommunalen Unternehmen jedoch in erster Linie zur Erbringung der Daseinsvorsorge gegründet worden sind, besteht eine **Sachzieldominanz** bzw. ein Sachzielvorrang im dualen Zielsystem vor dem wirtschaftlichen Formalziel.³⁰⁷

Somit zeigt sich, dass die kommunalen Unternehmen durch das duale Zielsystem den „Triple Bottom Line“-Ansatz³⁰⁸ in der Geschäftstätigkeit berücksichtigen, wonach die Unternehmensleistung nicht nur anhand von ökonomischen Zielsetzungen, sondern zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge unter CSR-Gesichtspunkten auch anhand von sozialen und ökologischen Aspekten auszurichten ist.³⁰⁹

²⁹⁹ Vgl. Harms (2011), S. 93–94; Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72.

³⁰⁰ Harms (2011), S. 84.

³⁰¹ Vgl. Rottmann/Albrecht (2015), S. 6.

³⁰² Vgl. Harms (2011), S. 84; Rottmann/Albrecht (2015), S. 6.

³⁰³ Vgl. Harms (2011), S. 84; Rottmann/Albrecht (2015), S. 6.

³⁰⁴ Vgl. Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72.

³⁰⁵ Vgl. Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72.

³⁰⁶ Vgl. Harms (2011), S. 85–86.

³⁰⁷ Vgl. Bolsenkötter (2012), S. 386; Saliterer (2009), S. 90; Sandberg (2011), S. 131.

³⁰⁸ Zur Definition dieses Ansatzes sei auf Abschnitt 3.2.1.3 verwiesen.

³⁰⁹ Vgl. Greiling/Ther (2011), S. 354; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

2.3.3 Bedeutung kommunalwirtschaftlicher Betätigung

Die Bedeutung der Kommunalwirtschaft für die Kommunen wird anhand der Beschäftigtenzahl, dem Investitionsvolumen und dem Beitrag zur Daseinsvorsorge deutlich. So beschäftigten im Jahr 2015 knapp 1.800 öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen³¹⁰ rund 132.000 Mitarbeiter in der Energieversorgung.³¹¹

Der **Verband kommunaler Unternehmen (VKU)** vertritt als „Spitzenverband“³¹² der kommunalen Wirtschaft die Interessen von 1.474 Unternehmen (Stand: 2018) mit 268.123 Beschäftigten (Stand: 2017).³¹³ Diese Unternehmen generierten im Jahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von rund 116 Mrd. € und investierten ca. 10 Mrd. €. ³¹⁴ Neben der finanziellen Bedeutung tragen die VKU-Unternehmen mit großen Anteilen zur Daseinsvorsorge in der Energie- und Wasserwirtschaft bei. Der Marktanteil im Jahr 2017 bei der Versorgung von Endkunden mit Strom betrug 61,0 %, bei der Gasversorgung 66,7 %, in der Wärmeversorgung 70,2 % und im Jahr 2016 bei der Wasserversorgung 86,4 %.³¹⁵ Die kommunalen Unternehmen und ihr Beitrag zur Daseinsvorsorge garantieren nicht nur die Versorgung der Bürger, sondern stellen auch das Rückgrat der Wirtschaft dar.³¹⁶

2.3.4 Wandel und Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung

Kommunale Unternehmen, in ihrer Rolle als Erbringer der Daseinsvorsorge, sind in der Vergangenheit hauptsächlich in monopolistisch geprägten Wirtschaftszweigen tätig gewesen.³¹⁷ Im Rahmen des **New Public Managements** änderte sich jedoch die Auffassung über den Umfang der öffentlichen Leistungserbringung.³¹⁸ Eine Ausprägungsform des New Public Managements ist das Gewährleistungsmodell.³¹⁹

³¹⁰ Hierbei handelt es sich um kaufmännisch buchende öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, deren Eigentümer mehrheitlich die Kernhaushalte des Bundes, der Länder, der Sozialversicherung oder der Gemeinden und Gemeindeverbände sind. Vgl. Statistisches Bundesamt (2018), S. 292.

³¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2018), S. 276.

³¹² Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2015), S. 5.

³¹³ Vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2019), S. 2–3; Wagner/Hense (2016), S. 162.

³¹⁴ Vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2019), S. 2–3.

³¹⁵ Vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2019), S. 4–5.

³¹⁶ Vgl. Resch (2011), S. 173.

³¹⁷ Vgl. Harms (2011), S. 89–90.

³¹⁸ Vgl. Raupach (2017), S. 19; Resch (2011), S. 171.

³¹⁹ Vgl. Kleine-König/Schmidpeter (2015), S. 1121.

Dem Gewährleistungsmodell zufolge soll der Staat bzw. die öffentliche Hand die Erbringung der Daseinsvorsorge garantieren, „ohne dass diese Aufgaben notwendigerweise von öffentlichen Institutionen erbracht werden müssen.“³²⁰ In der Energiewirtschaft zeigte sich dieser Wandel in der zuvor erläuterten EG-Binnenmarktrichtlinie „96/92/EG“ vom 19.12.1996, die die bisherigen Versorgungsstrukturen mit exklusiven Kundenversorgungsrechten, meist kommunaler EVU, überholte.³²¹ Ein wesentlicher Teil der kommunalen Unternehmen konkurriert folglich mit anderen Marktteilnehmern auf wettbewerblich organisierten Märkten, sodass diese im Spannungsfeld zwischen dem dualen Zielsystem und den Marktgegebenheiten agieren.³²²

Die erläuterte Entwicklung entsprechend des Gewährleistungsmodells führt in Kombination mit dem in Abschnitt 2.3.1 aufgegriffenen **Trend zur Ausgliederung kommunaler Unternehmen in privatrechtlicher Organisationsform** dazu, dass diese Unternehmen den privatwirtschaftlichen Unternehmen ähnlicher geworden sind als kommunalen Betrieben in öffentlich-rechtlicher Organisationsform. Somit besteht die Möglichkeit, dass die Verfolgung öffentlicher Aufgaben durch vermehrt wirtschaftliche Kalküle abgelöst bzw. verdrängt wird.³²³ Dies ist zum einen darin begründet, dass die Unternehmen zunehmend den wettbewerblichen Gesetzen des Marktes unterworfen sind und zum anderen, dass ein wachsendes Selbstverständnis als privatrechtlich organisiertes Unternehmen vorliegt. Außerdem stehen die Haushalte der Gemeinden unter zunehmendem Finanzdruck, wodurch sich auch seitens des kommunalen Eigentümers der Fokus stärker auf die Ausschüttungen der Unternehmen in den Kommunalhaushalt und damit auf die finanzielle Leistung richtet.³²⁴

Die stärkere Bedeutung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und die Tätigkeit kommunaler Unternehmen auf wettbewerblich geordneten Märkten können jedoch mit den Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung der auf Bundesländerebene geregelten **Haushalts- und Gemeindeordnungen** kollidieren.³²⁵ Die Grenzen um-

³²⁰ Röber (2011), S. 51.

³²¹ Vgl. Bartsch (2015), S. 116–117.

³²² Vgl. Harms (2011), S. 87; Resch (2011), S. 175; Rottmann/Albrecht (2015), S. 17.

³²³ Vgl. Lederer (2011), S. 38–39.

³²⁴ Vgl. Abschnitt 3.3.2.3.3.

³²⁵ Vgl. Jacob (2015), S. 808–809; Sack (2014), S. 343.

fassen zum einen drei konkrete Prinzipien bzw. Schranken, die auch als „Schrankentrias“ bezeichnet werden.³²⁶ Demnach ist eine kommunalwirtschaftliche Betätigung erlaubt, wenn diese einen öffentlichen Zweck verfolgt, wirtschaftlich verhältnismäßig ist und das Subsidiaritätsprinzip erfüllt.³²⁷ Der öffentliche Zweck liegt in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge.³²⁸ Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Betätigung im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.³²⁹ Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass die wirtschaftliche Betätigung dann zulässig ist, wenn diese nicht besser bzw. wirtschaftlicher (einfache Subsidiaritätsklausel) oder nicht ebenso gut (strenge Subsidiaritätsklausel) durch privatwirtschaftliche Unternehmen erbracht werden könnte.³³⁰ Zum anderen gilt in einigen Bundesländern zusätzlich das Örtlichkeitsprinzip, wonach eine Tätigkeit überörtlich ist, „wenn ihr der Bezug zum Gemeindegebiet oder zur Gemeindebevölkerung fehlt“³³¹ und dadurch nicht erlaubt ist.³³²

Die Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung sind in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt, fußen jedoch im Kern auf der erläuterten Schrankentrias und teils zusätzlich auf dem Örtlichkeitsprinzip.³³³ Somit sind manche kommunale Unternehmen strengerer Betätigungsgrenzen unterworfen als andere kommunale Unternehmen, sodass ein gleichrangiger Wettbewerb der Unternehmen verhindert wird.³³⁴ Insbesondere in den Branchen, in denen kommunale Unternehmen aktiv sind und sich zunehmend im Wettbewerb befinden, werden diese Beschränkungen als nicht mehr zeitgemäß eingeordnet.³³⁵

Diese Einschätzung wird dadurch bestätigt, dass die Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen zunehmend gelockert werden.³³⁶ Dies bedeutet, dass vielfältige Ausnahmen im Zusammenhang mit der Einhaltung des öffentlichen Zwecks geschaffen worden

³²⁶ Vgl. Albers (2011), S. 268–269; Reck (2012), S. 27.

³²⁷ Vgl. Schäfer (2014), S. 233–234.

³²⁸ Vgl. Abschnitt 2.3.2.

³²⁹ Vgl. Schäfer (2014), S. 234.

³³⁰ Vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 5; Jacob (2015), S. 808–809.

³³¹ Schäfer (2014), S. 240.

³³² Vgl. Gniechwitz (2017), S. 237–238.

³³³ Vgl. Reck (2012), S. 27; Schäfer (2014), S. 234.

³³⁴ Vgl. Pielow (2012), S. 165–166; Reck (2012), S. 27.

³³⁵ Vgl. Reck (2012), S. 27–28.

³³⁶ Vgl. Pielow (2012), S. 166–167; Reck (2012), S. 27–28.

sind.³³⁷ Neben der Grenze der Verhältnismäßigkeit, die aufgrund von Ermessensspielräumen nicht besonders relevant ist, sind auch hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips Ausnahmeregelungen für die Betätigung in der Energiebranche getroffen worden.³³⁸ Des Weiteren gilt in fast allen Bundesländern kein Örtlichkeitsprinzip für KEVU oder es sind entsprechende Änderungen geplant.³³⁹

2.3.5 Rekommunalisierungstendenzen

Als Rekommunalisierung wird im Wesentlichen die **Überführung zuvor privatisierter Leistungen in kommunales Eigentum** verstanden.³⁴⁰ Aufgrund der Tatsache, dass diese vorher unter kommunaler Federführung geleistet wurden, entsprechen sie hauptsächlich den Tätigkeiten im Bereich der erläuterten Daseinsvorsorge.³⁴¹ Die Grundlage für diese Form der Rekommunalisierung bildet eine zuvor erfolgte Privatisierung, sodass in der Literatur die wechselseitige Entwicklung zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung als „Gegenbewegung“³⁴² oder auch „Pendelbewegung“³⁴³ beschrieben wird.³⁴⁴ Darüber hinaus kann auch die Erweiterung des kommunalen Handlungsfeldes in privatwirtschaftliche Bereiche als Rekommunalisierung im weiteren Sinne verstanden werden.³⁴⁵ In den meisten Fällen, in denen dieser Terminus verwendet wird, ist jedoch die zuerst genannte Definition der Gegenstand der Diskussion.

Das in Abschnitt 2.3.1 aufgegriffene Umdenken hinsichtlich der öffentlichen Aufgabenerfüllung, welches in den 1980er Jahren einsetzte, führte nicht nur zur erläuterten Auslagerung öffentlicher Betätigung in privatrechtliche Organisationsformen, sondern auch zur Privatisierung von kommunalen Unternehmen.³⁴⁶ Diese Entwicklung innerhalb der Energiewirtschaft wurde durch die Denkweise des zuvor dargestellten Gewährleistungsmodells im Rahmen des New Public Managements

³³⁷ Vgl. Fachagentur Windenergie an Land (2016), S. 9–10.

³³⁸ Vgl. Fachagentur Windenergie an Land (2016), S. 10; Gniechwitz (2017), S. 234–237; Schäfer (2014), S. 238–240.

³³⁹ Vgl. Fachagentur Windenergie an Land (2016), S. 6–7; Schäfer (2014), S. 240–241.

³⁴⁰ Vgl. Lange (2016b), S. 43; Röhl (2015), S. 5; Würfel (2017), S. 46.

³⁴¹ Vgl. Lange (2016b), S. 43.

³⁴² Sack (2014), S. 345.

³⁴³ Röhl (2015), S. 6.

³⁴⁴ Vgl. Sack (2014), S. 345.

³⁴⁵ Vgl. Röhl (2015), S. 5.

³⁴⁶ Vgl. Naumann (2011), S. 69; Röhl (2015), S. 4.

und insbesondere in den darauffolgenden Jahren durch den neu entstandenen Effizienz- und Konkurrenzdruck der Liberalisierung weiter forciert.³⁴⁷ Die Privatisierungen zielten auf Effizienzsteigerungen in der Erbringung der Daseinsvorsorge und Verkaufserlöse zur Unterstützung finanzschwacher Kommunalhaushalte ab.³⁴⁸ Außerdem wurde eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit kommunaler Unternehmen auf den liberalisierten Märkten befürchtet.³⁴⁹ Insbesondere in den liberalisierten Energiemärkten wurde zu Beginn der Liberalisierung ein „**Stadtwerkesterben**“ prognostiziert.³⁵⁰

Aufgrund negativer Erfahrungen und nicht erfüllter Erfolgsversprechungen, die aus den Privatisierungen resultierten, fand schließlich ein Umdenken statt.³⁵¹ Des Weiteren änderte die letzte Finanzkrise das Ansehen der Privatwirtschaft und das Vertrauen in die Kräfte des Marktes.³⁵² Diese Aspekte führten im Sinne der angeführten Pendelbewegungen zu einer Rückbesinnung auf die Kommunalwirtschaft, wodurch nach Jahrzehnten des Trends zur Privatisierung im neuen Jahrtausend der Trend zur Rekommunalisierung einsetzte.³⁵³

In diesem Zusammenhang ist die Energiewirtschaft eine der Branchen, in denen die Rekommunalisierung von Relevanz ist.³⁵⁴ Dies ist darin begründet, dass die Energiewende Überlegungen zur kommunalen Mitgestaltung der Energieversorgung vor Ort in den Fokus rückt und die kommunalen Unternehmen als „Instrumente einer regionalen Wertschöpfung“³⁵⁵ wahrgenommen werden, mit Hilfe derer eine örtliche Partizipation an der Energiewende erreicht werden kann.³⁵⁶ Die Gemeinden wünschen eine aktive Mitgestaltung einer nachhaltigen Energieversorgung und schätzen, entsprechend einer Umfrage unter (Ober-) Bürgermeistern, die „Energieversorgung als Megathema der Zukunft“³⁵⁷ ein.³⁵⁸

Darüber hinaus sorgten in den Jahren 2005 bis 2016 besonders die Neukonzessionierungen zahlreicher Stromnetze für eine intensive Auseinandersetzung mit der

³⁴⁷ Vgl. Gochermann (2016), S. 163; Sack (2014), S. 341–342.

³⁴⁸ Vgl. Gochermann (2016), S. 163; Naumann (2011), S. 69.

³⁴⁹ Vgl. Reck (2012), S. 13.

³⁵⁰ Vgl. Pielow (2011), S. 557; Wildemann (2009), S. 53.

³⁵¹ Vgl. Naumann (2011), S. 71; Sack (2014), S. 339.

³⁵² Vgl. Lange (2016b), S. 44; Reck (2012), S. 13.

³⁵³ Vgl. Naumann (2011), S. 67.

³⁵⁴ Vgl. Gochermann (2016), S. 163; Walk (2014), S. 459.

³⁵⁵ Walk (2014), S. 459.

³⁵⁶ Vgl. Sack (2014), S. 342; Sauthoff et al. (2015), S. 558.

³⁵⁷ Schmid (2016), o. S.

³⁵⁸ Vgl. Kerkhoff (2016), S. 4; Libbe (2011), S. 2; Würfel (2017), S. 46.

Rekommunalisierungsthematik.³⁵⁹ Alleine im Zeitraum von 2010 bis 2015 sind für 60 % der 14.000 Stromnetze in Deutschland neue Konzessionen vergeben worden, da die alten Konzessionsverträge durch die gesetzlich begrenzte Laufzeit ausliefen.³⁶⁰ Einer Studie zufolge sind alleine zwischen 2005 und 2012 72 kEVU neu gegründet worden.³⁶¹ Im Verhältnis dazu existierten im Jahr 2012 rund 1.000 öffentliche EVU, sodass die Rekommunalisierungstendenzen nicht als Zäsur, sondern eher als schwach ausgeprägte Entwicklung einzuschätzen sind, die keinesfalls zu einer massiven Zurückdrängung privatwirtschaftlicher Teilnehmer in der Energiewirtschaft führt.³⁶²

2.4 Zwischenfazit

Die in diesem Kapitel aufgezeigten veränderten Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft hinsichtlich der Liberalisierung als auch der Klima- und Energiepolitik beeinflussen die Branche deutlich. Sowohl die Etablierung von **wettbewerblichen Strukturen** in einer bis dato monopolistisch geprägten Wirtschaft als auch die hohen Anforderungen an die kEVU durch die Integration von **erneuerbaren Energien** in die von konventionellen Kraftwerken dominierte Erzeugungslandschaft erfordern eine finanziell anspruchsvolle Anpassung der kEVU an die neuen Gegebenheiten. Die Auswirkungen dieser Veränderungen führen entlang der Wertschöpfungskette auf jeder einzelnen Wertschöpfungsstufe zu **wirtschaftlichem Druck und Optimierungsbedarf der kEVU**.

Aufgrund der Tatsache, dass die Versorgung der Bürger mit Energie traditionell der staatlichen Daseinsvorsorge zuzurechnen ist, ist ein nicht unwesentlicher Teil der EVU noch oder aufgrund vorgenommener **Rekommunalisierungen** in öffentlicher, insbesondere kommunaler Eigentümerschaft. Folglich sind die kEVU nicht nur den Gegebenheiten der Energiewirtschaft, sondern auch der Kommunalwirtschaft unterworfen. Die somit notwendige Betrachtung der Rahmenbedingungen beider Branchen in diesem Abschnitt zeigt jedoch, dass eine optimale Ausrichtung an den wirtschaftlichen Herausforderungen der Energiewirtschaft die Gefahr mit sich bringt, dass die kEVU den Ansprüchen, die an kommunale Unternehmen gestellt werden, nicht mehr ausreichend gerecht werden können und das Sachziel in

³⁵⁹ Vgl. Libbe (2011), S. 2; Sauthoff et al. (2015), S. 558; Wagner/Berlo (2017), S. 396.

³⁶⁰ Vgl. Fischer (2016), S. 7; Heim (2015), S. 152.

³⁶¹ Vgl. Wagner/Berlo (2017), S. 400.

³⁶² Vgl. Fischer (2016), S. 7; Lederer/Sandberg (2011), S. 443; Sack (2014), S. 339.

den Hintergrund tritt. Der Fokus der KEVU verschiebt sich somit vom dualen Zielsystem hin zu einer **stärkeren Verfolgung wirtschaftlicher Zielsetzungen** und Ambitionen. Die Unternehmen entwachsen aus ihrer öffentlichen Aufgabenerfüllung, wodurch die Frage der Notwendigkeit und Legitimität dieser Unternehmen gestellt werden kann.

Zudem wird die Argumentation für die Erbringung von Leistungen durch KEVU erschwert, wenn diese Leistungen ebenso gut im Rahmen eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs in der Energiewirtschaft von privatwirtschaftlichen Unternehmen erbracht werden können. So ist Röhl (2015) in einer Veröffentlichung vom Institut der deutschen Wirtschaft der Auffassung, dass im Sinne des Gewährleistungsmodells die transparenten Wettbewerbsregelungen der Energiewirtschaft eine faire **Daseinsvorsorge auch ohne öffentliche Unternehmen** ermöglichen.³⁶³

³⁶³ Vgl. Röhl (2015), S. 14.

3 Systematisierung und Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

3.1 Vorbemerkungen

Aufgrund der Erkenntnisse über die Situation von KEVU im Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen der Energiewirtschaft und der Kommunalwirtschaft, wird in diesem Kapitel die Relevanz zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung herausgearbeitet. Als Grundlage dafür wird zuvor die **Systematisierung von CSR und der Unternehmensberichterstattung** hinsichtlich der Verortung von CSR-Themen vorgenommen.³⁶⁴

Die anschließende Ableitung der Relevanz basiert auf den Regulierungsansätzen von Unternehmen, der Legitimitätstheorie sowie der Institutionentheorie.³⁶⁵ Die Betrachtung der Unternehmensregulierung wird in Anlehnung an Steurers (2015) Unterteilung der Regulierungsansätze vorgenommen.³⁶⁶ Die **Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung** von KEVU wird anhand der folgenden **Regulierungsansätze** begründet: harte staatliche Regulierung, zivile Regulierung und Selbstregulierung.

Darauf folgt die Untersuchung der KEVU anhand der **Legitimitätstheorie**.³⁶⁷ Die Legitimitätsbetrachtung von Organisationen bzw. Unternehmen ist differenziert zu betrachten. Es existieren verschiedene Differenzierungen von organisationaler Legitimität. Hierzu werden die Differenzierungen sowohl von Eichhorn (2012) als auch von Scharpf (1999) in Kombination mit Herzberg (2015) dargestellt.³⁶⁸ Dies ist zum einen darin begründet, dass Eichhorn (2012) die Legitimitätsbetrachtung speziell auf Stadtwerke³⁶⁹ richtet. Zum anderen eignet sich die Legitimitätsbetrachtung nach Scharpf (1999) und Herzberg (2015) für die Untersuchung der Rahmenbedingungen von KEVU, sodass diese für die anschließende Ableitung der Legiti-

³⁶⁴ Vgl. Abschnitt 3.2.

³⁶⁵ Vgl. Abschnitt 3.3.

³⁶⁶ Vgl. Abschnitt 3.3.1.

³⁶⁷ Vgl. Abschnitt 3.3.2.

³⁶⁸ Vgl. Abschnitte 3.3.2.2.1 und 3.3.2.2.2.

³⁶⁹ Nach Eichhorn (2012) sind Stadtwerke kommunale Unternehmen, die in der Energie- und Wasserversorgung sowie dem ÖPNV tätig sind. Vgl. Eichhorn (2012), S. 96.

mitätslücke von KEVU näher beleuchtet wird. Auf der Grundlage der herausgestellten Legitimitätslücke erfolgt die Begründung zur Bereitstellung von Informationen über CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zur Schließung der Legitimitätslücke.

Des Weiteren wird auf die **Institutionentheorie**, die einen gemeinsamen Legitimitätskern mit der Legitimitätstheorie aufweist, eingegangen.³⁷⁰ Die Ableitung der Relevanz ergibt sich in diesem Kontext anhand des Isomorphismus durch Imitation.

3.2 Systematisierung von CSR und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

3.2.1 Systematisierung von CSR

3.2.1.1 Überblick über CSR-Definitionen

Obwohl die CSR-Thematik seit Jahrzehnten Gegenstand der Forschung ist und in der Unternehmenspraxis angewandt wird, herrscht bis dato weder in der Praxis noch in der Literatur ein Konsens darüber, was unter dem Begriff zu verstehen ist.³⁷¹ Dahlsrud (2008) erhebt mittels „Literatur Review“ 37 verschiedene Quellen aus den Jahren 1980-2003, anhand derer CSR definiert und in Dimensionen unterteilt wird.³⁷² Dabei wird kein Anspruch auf die vollständige Erfassung erhoben.³⁷³ Deshalb ist zu vermuten, dass die tatsächliche Anzahl vorhandener Begriffsbestimmungen größer ist. Der Auswertung Dahlsruds (2008) zufolge unterscheiden die erfassten CSR-Definitionen zwischen einer und fünf Dimensionen.³⁷⁴ Eine Untersuchung aus dem Jahr 2011 identifiziert hingegen bis zu zehn Dimensionen.³⁷⁵ Neben der **Vielzahl unterschiedlicher CSR-Definitionen** sind Synonyme sowie Überschneidungen zu anderen verwandten Begrifflichkeiten zu konstatieren, wie etwa zur Nachhaltigkeit.³⁷⁶

Aufgrund der aufgezeigten Vielschichtigkeit und Unklarheiten im Rahmen der CSR-Thematik, resultieren Schwierigkeiten sowohl bei der Ausgestaltung und

³⁷⁰ Vgl. Abschnitt 3.3.3.

³⁷¹ Vgl. Aguinis/Glavas (2012), S. 933; Carroll (2016), S. 1–2; Duong Dinh (2011), S. 3; Gerritsen (2016), S. 14–15; Hamidu et al. (2015), S. 83–84; Schaltegger (2011), S. 187; Schneider (2015), S. 40.

³⁷² Vgl. Dahlsrud (2008), S. 2–3.

³⁷³ Vgl. Dahlsrud (2008), S. 2–3.

³⁷⁴ Vgl. Dahlsrud (2008), S. 7–11.

³⁷⁵ Vgl. Rahman (2011), S. 173–174.

³⁷⁶ Vgl. Gerritsen (2016), S. 14; Matten/Moon (2004), S. 324–327; Schneider (2015), S. 23–24.

Steuerung von CSR aus der Unternehmensperspektive als auch bei der Bewertung, Vergleichbarkeit und Evaluierung der CSR-Leistung von Unternehmen aus unternehmensexterner Perspektive.³⁷⁷ Deshalb fordert Schneider (2015) im Zusammenhang mit der CSR-Thematik die Bestimmung und Abgrenzung der Begrifflichkeit sowie die innere Abstufung des CSR-Konzeptes zur Ermöglichung einer differenzierten Betrachtung.³⁷⁸

3.2.1.2 Entwicklung der CSR-Definitionen

In der akademischen Forschung ist Bowen als **Begründer der CSR-Diskussion** anzusehen, der **1953** erstmals die „social responsibilities of the businessman“³⁷⁹ in seinem gleichnamigen Werk definierte.³⁸⁰ Demnach sind die Unternehmer als Mitglieder der Gesellschaft dazu verpflichtet, die Entscheidungen und Praktiken des Unternehmens anhand der Ziele und Werte der Gesellschaft auszurichten.³⁸¹

Zu Beginn der Entwicklung der CSR-Thematik gab es jedoch auch gegensätzliche Ansichten, die insbesondere durch Levitt (1958) und Friedman (1962) vertreten wurden.³⁸² Levitt (1958) weist in seinem Artikel „**The Dangers of Social Responsibility**“³⁸³ auf die Problematik hin, dass CSR nur als Kommunikationsmittel zur Steigerung der Unternehmensreputation und Besänftigung von Kritikern genutzt wird, ohne dass eine tatsächliche Verantwortungsübernahme gegenüber der Unternehmensumwelt vorliegt.³⁸⁴ Dieses Phänomen ist unter dem Terminus „**Greenwashing**“ bekannt.³⁸⁵ Eine tatsächliche Übernahme von unternehmerischer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ist nach Levitt (1958) nur vertretbar, wenn dies zu positiven wirtschaftlichen Effekten beim Unternehmen führt, da die Profitmaximierung als oberstes Ziel angesehen wird.³⁸⁶ Diese Auffassung wird auch von Friedman (1962) vertreten, der der Ansicht ist, dass die Unternehmen unter der Be-

³⁷⁷ Vgl. Loew/Rohde (2013), S. 5; McWilliams et al. (2006), S. 2; Schneider (2015), S. 40; Vaaland et al. (2008), S. 930.

³⁷⁸ Vgl. Schneider (2015), S. 40.

³⁷⁹ Bowen (2013), S. 6.

³⁸⁰ Vgl. Carroll (2016), S. 1; Freeman/Hasnaoui (2011), S. 420; Loew/Rohde (2013), S. 8; Waßmann (2014), S. 3.

³⁸¹ Vgl. Bowen (2013), S. 6.

³⁸² Vgl. Freeman/Hasnaoui (2011), S. 421; Köhne (2017), S. 608–609; McWilliams et al. (2006), S. 3; Promberger/Spiess (2006), S. 3–4.

³⁸³ Levitt (1958), S. 41.

³⁸⁴ Vgl. Levitt (1958), S. 43–44.

³⁸⁵ Vgl. Schönrock (2016), S. 409–410; Weißenberger/Feder (2016), S. 18.

³⁸⁶ Vgl. Levitt (1958), S. 48–49.

rücksichtigung der gesetzlichen und moralischen Rahmenbedingungen hauptsächlich der Maximierung der Aktionärsinteressen verpflichtet sind.³⁸⁷ Seiner Meinung nach besteht die soziale Verantwortung eines Unternehmens ausschließlich in der Gewinnmaximierung.³⁸⁸

Für McGuire (1963) geht die Unternehmensverantwortung jedoch über die Erfüllung von rechtlichen und wirtschaftlichen Verpflichtungen hinaus und umfasst die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben.³⁸⁹ Die Einschätzung von Davis (1973) stimmt mit der Ansicht McGuires (1963) überein, dass CSR an dem Punkt beginnt, wo Regulierung bzw. rechtliche Bestimmungen enden.³⁹⁰ Auch McWilliams und Siegel (2001) teilen diese Auffassung.³⁹¹ Des Weiteren rät Davis (1973) im „**Iron Law of Responsibility**“³⁹² den Unternehmen zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sowie die daraus resultierende Notwendigkeit zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, da dies sonst durch andere Gruppen erfolgt und die Unternehmen verdrängt werden.³⁹³ Dieses Verständnis weist große Überschneidungen zum Ansatz des Social Contract im Rahmen der Legitimitätstheorie auf.³⁹⁴

Für McGuire (1963), Davis (1973) sowie McWilliams und Siegel (2001) liegt CSR somit nur dann vor, wenn die Verantwortungsübernahme über gesetzlich geforderte Verpflichtungen hinausgeht, also freiwillig erfolgt. Die einer Untersuchung von Dahlsrud (2008) zufolge am häufigsten herangezogene CSR-Definition stammt aus dem Grünbuch der Europäischen Kommission (2001) und betont ebenfalls die Freiwilligkeit vom CSR-Engagement.³⁹⁵ Obwohl die Freiwilligkeit von Maßnahmen in der Literatur oftmals als Bedingung für die Existenz von CSR formuliert wird, ist diese Einschätzung durchaus kritisch zu betrachten. Begründet wird diese Aussage unter anderem damit, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen zwischen Ländern variieren und somit identische Maßnahmen der Verantwortungsübernahme von Unternehmen in verschiedenen Ländern unterschiedlich beurteilt werden.³⁹⁶ Wenn eine Maßnahme in dem einen Land gesetzlich verpflichtend ist, würde diese nicht

³⁸⁷ Vgl. Friedman (1962), S. 133; Promberger/Spiess (2006), S. 4.

³⁸⁸ Vgl. Friedman (1962), S. 133.

³⁸⁹ Vgl. McGuire (1963), S. 144.

³⁹⁰ Vgl. Davis (1973), S. 313; McGuire (1963), S. 144.

³⁹¹ Vgl. McWilliams/Siegel (2001), S. 117.

³⁹² Davis (1973), S. 314.

³⁹³ Vgl. Davis (1973), S. 314.

³⁹⁴ Vgl. Abschnitt 3.3.2.

³⁹⁵ Vgl. Dahlsrud (2008), S. 7; Europäische Kommission (2001), S. 7.

³⁹⁶ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 14; Gerritsen (2016), S. 20; Schneider (2015), S. 31.

als CSR klassifiziert werden, obwohl genau das Gegenteil in einem weiteren Land der Fall wäre, in dem die Maßnahme nicht verpflichtend ist.³⁹⁷ Die CSR-Bewertung würde dann stark von den gesetzlichen Gegebenheiten und der Art und Weise der CSR-Verpflichtungen abhängen.³⁹⁸

Die freiwillige Erbringung von unternehmerischer Verantwortung wird in der aktualisierten CSR-Definition der Europäischen Kommission (2011) nicht mehr als Bedingung angesehen, um der „Verantwortung in vollem Umfang gerecht“³⁹⁹ zu werden.⁴⁰⁰ Damit soll dem Problem begegnet werden, dass beabsichtigte CSR-Regulierungen stets mit der Begründung abgewehrt wurden, dass CSR laut der Definition aus dem Jahr 2001 nur auf freiwilliger Basis erfolgt.⁴⁰¹ Die neue Definition der Europäischen Kommission (2011) umfasst neben dem Aspekt der Freiwilligkeit die Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben, wodurch sich diese Begriffsbestimmung von denen von McGuire (1963), Davis (1973) sowie McWilliams und Siegel (2001) abgrenzen lässt.⁴⁰²

Die Betrachtung verschiedener CSR-Definitionen in Tabelle 4 zeigt zwar teilweise Übereinstimmungen, aber insbesondere auch Unstimmigkeiten im Hinblick darauf, ob wirtschaftliche, rechtliche oder ökologische und soziale Aspekte der unternehmerischen Verantwortungsübernahme zugehörig sind.

Zur Lösung dieser Problemstellung hat die integrative Betrachtungsweise von Carroll (1979) beigetragen, wonach CSR die ökonomische, rechtliche, ethische und philanthropische Verantwortung umfasst.⁴⁰³ Carroll (1979) hat, auf vorherigen CSR-Definitionen aufbauend, eine möglichst umfassende CSR-Betrachtung geschaffen, die in der Literatur wiederaufgegriffen sowie von unterschiedlichen Autoren weiterentwickelt und auf die jeweiligen, beispielsweise regionalen, Gegebenheiten angepasst worden ist. Carroll (1991) stellt die vier **CSR-Dimensionen** ab 1991 in einer **Pyramidenform** dar.⁴⁰⁴

³⁹⁷ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 14; Gerritsen (2016), S. 20.

³⁹⁸ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 14; Schneider (2015), S. 31.

³⁹⁹ Europäische Kommission (2011), S. 7.

⁴⁰⁰ Vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7; Loew/Rohde (2013), S. 11.

⁴⁰¹ Vgl. Loew/Rohde (2013), S. 6.

⁴⁰² Vgl. Davis (1973), S. 313–314; Europäische Kommission (2001), S. 7, (2011), S. 7; McGuire (1963), S. 144; McWilliams/Siegel (2001), S. 117.

⁴⁰³ Vgl. Carroll (1991), S. 42, (1979), S. 499.

⁴⁰⁴ Vgl. Carroll (1991), S. 42, (1979), S. 499–500.

Jahr	Autoren	Kernaussage
1953, 2013	Bowen	„It refers to the obligations of businessmen to pursue those policies, to make those decisions, or to follow those lines of action which are desirable in terms of the objectives and values of our society.“ (S. 6)
1958	Levitt	„Business will have a much better chance of surviving if there is no nonsense about its goals - that is, if long-run profit maximization is the one dominant objective in practice as well as in theory.“ (S. 49)
1962	Friedman	„[...] there is one and only one social responsibility of business – to use its resources and engage in activities designed to increase its profits so long as it stays within the rules of the game [...]“ (S. 133)
1963	McGuire	„The idea of social responsibilities supposes that the corporation has not only economic and legal obligations but also certain responsibilities to society which extend beyond these obligations.“ (S. 144)
1973	Davis	„The Iron Law of Responsibility suggests that to the extent businessmen do not accept social-responsibility obligations as they arise, other groups eventually will step in to assume those responsibilities and the power that goes with them.“ (S. 314) „It means that social responsibility begins where the law ends.“ (S. 313)
1979	Carroll	„The social responsibility of business encompasses the economic, legal, ethical, and discretionary expectations that society has of organizations at a given point in time.“ (S. 500)
2001	McWilliams/ Siegel	„Here we define CSR as actions that appear to further some social good, beyond the interests of the firm and that which is required by law. This definition underscores that, to us, CSR means going beyond obeying the law.“ (S. 117)
2001	Europäische Kommission	„Die meisten Definitionen bezeichnen sie als ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit [...] zu integrieren.“ (S. 7)
2011	Europäische Kommission	„Damit die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung in vollem Umfang gerecht werden, sollten sie auf ein Verfahren zurückgreifen können, mit dem soziale, ökologische, ethische, Menschenrechts- und Verbraucherbelange in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern in die Betriebsführung und in ihre Kernstrategie integriert werden.“ (S. 7)
2019	Meynhardt/ Gomez	„If responsible behavior means acting according society’s standards and expectations, public value creation can be viewed as a measure of it.“ (S. 406) „Leadership behavior is responsible if it creates public value and, thus, contributes to the common good.“ (S. 414)

Tabelle 4: Überblick über CSR-Definitionen⁴⁰⁵

⁴⁰⁵ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Dahlsrud (2008), S. 7–11; Gerritsen (2016), S. 16–17.

Die integrative CSR-Betrachtung von Carroll (1979) spiegelt sich auch in der erwähnten Definition der Europäischen Kommission (2011) wider.⁴⁰⁶ Die Definition aus dem Jahr 2011 besagt, dass unter der Berücksichtigung von geltendem Recht „soziale, ökologische, ethische, Menschenrechts- und Verbraucherbelange“⁴⁰⁷, die im Dialog mit den Stakeholdern herausgearbeitet werden, in die Unternehmensstrategie und Unternehmensführung zu integrieren sind.⁴⁰⁸ Nur unter der Einhaltung dieser Bedingungen können Werte für die Shareholder, die übrigen Stakeholder sowie für die Gesellschaft maximiert und negative Auswirkungen vermieden werden.⁴⁰⁹

Auf dem Modell von Carroll (1991) aufbauend, entwickelten Meynhardt und Gomez (2019) eine **alternative CSR-Pyramide**, die die Schaffung des gesellschaftlichen Mehrwerts, auch **Public Value** genannt, in den Fokus des CSR-Verständnisses stellt.⁴¹⁰ Demnach sei die Unternehmenssteuerung erst dann als verantwortungsvoll anzusehen, wenn unter der Berücksichtigung der Werte und Erwartungen der Gesellschaft die Unternehmensaktivitäten ausgestaltet werden.⁴¹¹ Als Maß zur Erfüllung der Werte und Erwartungen bzw. der Grundbedürfnisse der Gesellschaft wird der Public Value angesehen.⁴¹² Demnach entsteht CSR, wenn das Unternehmen einen öffentlichen Wert, den sog. Public Value, schafft.⁴¹³ Der Public Value-Ansatz dient traditionell zur Veranschaulichung des Beitrags öffentlicher Organisationen zum Gemeinwohl.⁴¹⁴

3.2.1.3 Begriffsabgrenzung zur Nachhaltigkeit

Die Abgrenzung des CSR-Begriffs zu verwandten oder angrenzenden Definitionen und Konzepten unterliegt der Schwierigkeit, dass sowohl die einzelnen Begriffe als auch die Beziehungen dieser untereinander nicht einheitlich bestimmt sind.⁴¹⁵ Ins-

⁴⁰⁶ Vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7; Loew/Rohde (2013), S. 11.

⁴⁰⁷ Europäische Kommission (2011), S. 7.

⁴⁰⁸ Vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7.

⁴⁰⁹ Vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7.

⁴¹⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 414.

⁴¹¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406–414.

⁴¹² Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁴¹³ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 414.

⁴¹⁴ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 166–167; Hoch (2014), S. 26; Meynhardt (2008), S. 457–458.

⁴¹⁵ Vgl. Gerritsen (2016), S. 22–23; Lin-Hi (2009), S. 11–13; Schneider (2015), S. 27–28.

besondere der Terminus „**Nachhaltigkeit**“ weist eine große Nähe zur CSR-Thematik auf.⁴¹⁶ Deshalb wird in diesem Abschnitt eine Abgrenzung zwischen den Begrifflichkeiten vorgenommen.

Der Nachhaltigkeitsgedanke ist im Wesentlichen durch den zuvor erwähnten Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 geprägt.⁴¹⁷ Die nachhaltige Entwicklung beschreibt hierbei auf makroökonomischer Ebene die Verantwortung der gesamten Menschheit, Regierungen und Unternehmen eingeschlossen, gegenüber zukünftigen Generationen.⁴¹⁸ Der Nachhaltigkeitsgedanke fokussierte zu Beginn seiner Entstehung noch den Aspekt des Umweltschutzes, jedoch wurde diese Betrachtungsweise um die Dimensionen Ökonomie und Soziales zum Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit erweitert.⁴¹⁹ Eine nachhaltige Entwicklung erfordert also eine gleichrangige Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen.⁴²⁰ In diesem Zusammenhang ist der **Triple Bottom Line-Ansatz** zu nennen, wonach die Unternehmensleistung anhand der drei genannten Nachhaltigkeitsdimensionen auszurichten und zu beurteilen ist.⁴²¹

Im Gegensatz zum Nachhaltigkeitsgedanken, dessen Schwerpunkt anfangs auf der Umweltperspektive lag, berücksichtigte die CSR-Diskussion zunächst die gesellschaftlichen Auswirkungen unternehmerischen Handelns.⁴²² Durch die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsdefinition hin zur Triple Bottom Line und die Erweiterung des Umfangs von CSR, entsprechend der EU-Definition aus dem Jahr 2011, haben sich Nachhaltigkeit und CSR begrifflich angenähert.⁴²³ Beide Begriffe basieren, wie in Abbildung 3 veranschaulicht, auf der Triple Bottom Line.

Aus definitorischer Sicht besteht der Unterschied zwischen den beiden Begriffen in der Betrachtungsebene. Die Nachhaltigkeit definiert die Zielvorgaben entsprechend des **Brundtland-Berichts** auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene und den Beitrag, den ein einzelnes Unternehmen zur Zielerreichung erbringt, wird als CSR bezeichnet.⁴²⁴

⁴¹⁶ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 18–19; Gerritsen (2016), S. 22–23; Schneider (2015), S. 28–29.

⁴¹⁷ Vgl. Abschnitt 2.2.2.2.

⁴¹⁸ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 19; Loew et al. (2004), S. 12–14; Schneider (2015), S. 28.

⁴¹⁹ Vgl. Gerritsen (2016), S. 24; Loew et al. (2004), S. 11; Praum (2015), S. 41–42.

⁴²⁰ Vgl. Loew et al. (2004), S. 68.

⁴²¹ Vgl. Elkington (1998), S. 19; Praum (2015), S. 42.

⁴²² Vgl. Praum (2015), S. 40–41.

⁴²³ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 18–19; Gerritsen (2016), S. 24; Schneider (2015), S. 28–30.

⁴²⁴ Vgl. Duong Dinh (2011), S. 19; Gerritsen (2016), S. 23–24; Loew et al. (2004), S. 13; Praum (2015), S. 41–42.

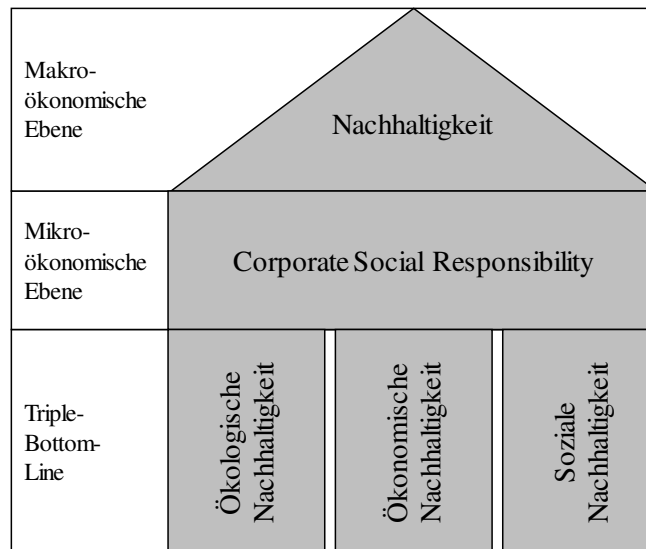


Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und CSR⁴²⁵

Auch wenn die Nachhaltigkeit theoretisch der CSR übergeordnet ist, werden diese Begriffe in der Unternehmensberichterstattungspraxis jedoch häufig synonym verwendet.⁴²⁶

3.2.2 Systematisierung und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

3.2.2.1 Überblick über die Unternehmensberichterstattung

Für die Unternehmensberichterstattung existiert eine enge und eine **weite Definition**. Die enge Begriffsdefinition bezieht sich auf die gesetzlich normierte Berichterstattung.⁴²⁷ Die weite Begriffsauslegung schließt darüber hinaus sämtliche Instrumente zur Vermittlung von Informationen über das Unternehmen mit ein, wozu beispielsweise auch die Unternehmenswerbung als Form der unternehmerischen Selbstdarstellung gezählt wird.⁴²⁸

Im Folgenden wird die Unternehmensberichterstattung im weiteren Sinne betrachtet. Allerdings werden nicht sämtliche Instrumente zur Selbstdarstellung berücksichtigt, sodass eine Anpassung der weiten Begriffsauslegung vorgenommen wird. In Anlehnung an Durchschein (2017) und Grüning (2011) umfasst die Unternehmensberichterstattung im Rahmen dieser Arbeit somit „periodisch wiederkehrende“⁴²⁹ Berichte eines Unternehmens, die zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben

⁴²⁵ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Duong Dinh (2011), S. 19; Loew et al. (2004), S. 13.

⁴²⁶ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 10; KPMG International Cooperative (2013), S. 6.

⁴²⁷ Vgl. Durchschein (2017), S. 46; Groß (2016), S. 6–7; Moxter (1975), Sp. 3282–3283.

⁴²⁸ Vgl. Durchschein (2017), S. 46; Moxter (1975), Sp. 3282–3283.

⁴²⁹ Durchschein (2017), S. 46.

verpflichtend oder auf freiwilliger Basis erstellt worden sind, nicht aber darüber hinausgehende Instrumente zur unternehmerischen Selbstdarstellung.⁴³⁰

Der **verpflichtenden Unternehmensberichterstattung** ist die Finanzberichterstattung, die den Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss und den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht umfasst, zuzuordnen.⁴³¹ Der Fokus des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts liegt traditionell auf der Vermittlung von Informationen über die wirtschaftliche Lage des berichterstattenden Unternehmens.⁴³² Als primäre Berichtsadressaten sind die Kapitalgeber anzuführen, jedoch zählen nach herrschender Meinung auch die Stakeholder dazu.⁴³³

CSR-Themen in Form von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren⁴³⁴ hielten im Rahmen des Bilanzrechtsreformgesetzes (BilReG) aus dem Jahr 2004 erstmals Einzug in den **Lagebericht bzw. Konzernlagebericht** und somit in die verpflichtende Unternehmensberichterstattung.⁴³⁵ Aufgrund der Tatsache, dass die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren⁴³⁶ jedoch nur dann zu berücksichtigen sind, wenn sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Unternehmenslage bedeutsam sind, ist die Berichterstattung über die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nicht als eine zielgerichtete CSR-Berichterstattung zu verstehen, da eine vollständige Erläuterung der „sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen“⁴³⁷ des Unternehmens auf die Unternehmensumwelt ausbleibt.⁴³⁸ Die Pflicht zur CSR-Berichterstattung resultiert schließlich aus der CSR-Richtlinie der EU, die im Zuge des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes im Jahr 2017 in deutsches Recht umgesetzt wurde.⁴³⁹ Dadurch haben bestimmte große Unternehmen⁴⁴⁰ den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht um eine nichtfinanzielle Erklärung (NFE) zu erweitern, sofern sie nicht einen gesonderten nichtfinanziellen Bericht (NFB) erstellen.⁴⁴¹ Die

⁴³⁰ Vgl. Durchschein (2017), S. 46; Grüning (2011), S. 4–7.

⁴³¹ Vgl. Grüning (2011), S. 6–7; Müller/Stawinoga (2013), S. 461–463.

⁴³² Vgl. Lackmann (2010), S. 33; Müller/Stawinoga (2013), S. 461–466.

⁴³³ Vgl. Kajüter (2014), S. 606; Müller/Stawinoga (2013), S. 461–463; Stawinoga (2015), S. 195–196.

⁴³⁴ Ein Leistungsindikator ist eine qualitative oder quantitative Größe, anhand derer ein Aspekt der Unternehmens- bzw. Konzernleistung beurteilt werden kann. Vgl. DRS 20.11.

⁴³⁵ Vgl. Hinze (2016), S. 1168; Schmotz/Schmidt (2017), S. 2877; Umweltbundesamt (2006), S. 1.

⁴³⁶ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

⁴³⁷ Fifka (2014), S. 1.

⁴³⁸ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 753; Fifka (2014), S. 1–2; Lackmann (2010), S. 33.

⁴³⁹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

⁴⁴⁰ Die berichtspflichtigen Unternehmen sind in Abschnitt 3.2.2.2.6 erläutert.

⁴⁴¹ Vgl. Boecker/Zwirner (2017), S. 2155; Schmotz/Schmidt (2017), S. 2878.

NFE und der NFB werden im Folgenden auch als **verpflichtende CSR-Berichterstattung** bezeichnet.⁴⁴²

Von der verpflichtenden Unternehmensberichterstattung wird die **freiwillige Unternehmensberichterstattung** unterschieden. Sowohl die in Abschnitt 2.2.2.2 auf-
gegriffenen Entwicklungen eines verstärkten Nachhaltigkeitsbewusstseins in der Gesellschaft als auch die nachteiligen Erfahrungen durch die Finanzkrise im Jahr 2008, bedingten einen Wandel der Informationsbedürfnisse der Stakeholder über die wirtschaftliche Perspektive hinaus.⁴⁴³ Die gestiegenen Informationsbedürfnisse der Stakeholder nach einer umfassenden Darstellung der Unternehmensleistung im Sinne der Triple Bottom Line, die mit der traditionell wirtschaftlich orientierten, verpflichtenden Unternehmensberichterstattung bis zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz nicht befriedigt werden konnten, haben zur Entwicklung der freiwilligen Unternehmensberichterstattung beigetragen.⁴⁴⁴ Dabei ist insbesondere der freiwillige Nachhaltigkeitsbericht⁴⁴⁵ zu nennen, dessen vorrangiger Berichtszweck in der Bereitstellung von Informationen über eine nachhaltige Unternehmensführung für die Stakeholder besteht.⁴⁴⁶ Neben dem Nachhaltigkeitsbericht, der Informationen zu allen Nachhaltigkeitsdimensionen der Triple Bottom Line enthält, werden auch Umwelt- oder Sozialberichte veröffentlicht, die lediglich eine Nachhaltigkeitsdimension ansprechen.⁴⁴⁷ Des Weiteren verorten manche Unternehmen im Geschäftsbericht, außerhalb des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts, freiwillig ein Nachhaltigkeitskapitel.⁴⁴⁸ Außerdem werden freiwillige Unternehmensberichte veröffentlicht, in denen sowohl auf die Unternehmensstrategie, als auch auf CSR-Themen eingegangen wird.⁴⁴⁹ Die zuletzt genannte Berichtsausprägung sowie die ebenso freiwillig veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichte, Berichte mit dem Fokus auf nicht allen Dimensionen der Triple Bottom Line und die Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht werden im Folgenden auch als **freiwillige CSR-Berichte bzw.**

⁴⁴² Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

⁴⁴³ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 774; Behncke et al. (2017), S. 10–11.

⁴⁴⁴ Vgl. Durchschein (2017), S. 2 u. 48; Freidank et al. (2018), S. 683–685; Lackmann (2010), S. 33; Müller/Stawinoga (2013), S. 461–466; Stawinoga/Velte (2016), S. 841; Wulf/Wasmuth (2016), S. 383.

⁴⁴⁵ In der Berichtspraxis werden die Begriffe „CSR-Bericht“ und „Nachhaltigkeitsbericht“ synonym verwendet. Vgl. Behncke et al. (2017), S. 10; Fifka (2014), S. 2; Hetze (2016), S. 6.

⁴⁴⁶ Vgl. Hinze (2016), S. 1168; Lackmann (2010), S. 24 u. 33; Müller/Stawinoga (2013), S. 462–464.

⁴⁴⁷ Vgl. Durchschein (2017), S. 162; Fifka (2014), S. 2.

⁴⁴⁸ Zur Definition des Geschäftsberichts sei auf Abschnitt 3.2.2.5 verwiesen.

⁴⁴⁹ Vgl. Abschnitt 6.2.2.2.

CSR-Berichterstattung bezeichnet.⁴⁵⁰ Darüber hinaus hat sich die integrierte Berichterstattung⁴⁵¹ etabliert, die sich primär an den Informationsbedürfnissen der Kapitalgeber orientiert.⁴⁵² Im Rahmen der Professionalisierung und Standardisierung der freiwilligen CSR-Berichterstattung haben verschiedene Initiativen CSR-Rahmenwerke⁴⁵³ zur Berichterstattung entwickelt, die die Unternehmen zur Erstellung dieser Berichte nutzen können.⁴⁵⁴

Den Ausführungen in diesem Abschnitt ist zu entnehmen, dass Angaben zu CSR-Themen sowohl im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht, einschließlich der verpflichtenden CSR-Berichterstattung, als auch in den freiwilligen CSR-Berichten enthalten sein können. Aus diesem Grund wird in den nachstehenden Abschnitten auf die Anforderungen an die Lageberichterstattung bzw. Konzernlageberichterstattung im Hinblick auf CSR-Themen und anschließend auf die CSR-Rahmenwerke eingegangen, die zur Erstellung von verpflichtenden und freiwilligen CSR-Berichten genutzt werden können.⁴⁵⁵ Danach erfolgt die Darstellung der Informationsbedürfnisse der Stakeholder von KEVU zu CSR-Themen.⁴⁵⁶ Abschließend fließen die gewonnenen Erkenntnisse in die Systematisierung und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung ein.⁴⁵⁷

3.2.2.2 CSR-Themen im Lagebericht

In diesem Abschnitt erfolgt die Erläuterung der Anforderungen an die Lageberichterstattung bzw. Konzernlageberichterstattung. Hierzu wird zunächst auf die Funktionen und die Aufstellungspflicht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts eingegangen.⁴⁵⁸ Die Anforderungen zur Prüfung der Berichterstattung werden im darauffolgenden Abschnitt genannt.⁴⁵⁹ Anschließend liegt der Fokus auf der Bedeutung des „Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees“ (DRSC) für die

⁴⁵⁰ Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

⁴⁵¹ Der primäre Berichtszweck eines integrierten Berichts nach dem „International Integrated Reporting Council“ (IIRC) besteht darin, dass das berichterstattende Unternehmen den vorhandenen und potenziellen Kapitalgebern die unternehmerische Wertschöpfung durch eine integrative sowie ganzheitliche Darstellung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Leistung vermittelt. Vgl. Behncke/Wulf (2014), S. 220–221; Müller/Stawinoga (2013), S. 463. Vgl. Müller/Stawinoga (2013), S. 462–464; Wulf/Wasmuth (2016), S. 383.

⁴⁵² Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

⁴⁵³ Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

⁴⁵⁴ Vgl. Fifka (2014), S. 2; Freidank et al. (2018), S. 685; Lackmann (2010), S. 39–40; Müller/Stawinoga (2013), S. 461; Wulf/Wasmuth (2016), S. 383.

⁴⁵⁵ Vgl. Abschnitte 3.2.2.2 und 3.2.2.3.

⁴⁵⁶ Vgl. Abschnitt 3.2.2.4.

⁴⁵⁷ Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

⁴⁵⁸ Vgl. Abschnitte 3.2.2.2.1 und 3.2.2.2.2.

⁴⁵⁹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.3.

Lageberichterstattung bzw. Konzernlageberichterstattung.⁴⁶⁰ Auf die Grundsätze, die bei der Aufstellung des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts zu berücksichtigen sind, wird im Anschluss eingegangen.⁴⁶¹ Die inhaltlichen Bestandteile des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts sind im nachfolgenden Abschnitt dargestellt.⁴⁶² Abschließend wird auf die potenzielle Verortung von CSR-Themen im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht eingegangen.⁴⁶³

3.2.2.2.1 Funktionen des Lageberichts

Trotz der Tatsache, dass in der Finanzberichterstattung der Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss und der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht als separate Rechnungslegungsinstrumente anzusehen sind, können diese als nicht vollständig voneinander unabhängig betrachtet werden.⁴⁶⁴ Dies resultiert aus den **Funktionen des Lageberichts** bzw. Konzernlageberichts. Der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht soll durch eine konzentrierte Darstellung von vergangenheits- und zukunftsorientierten Aussagen und ergänzenden Angaben zum Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss dem verständigen Adressaten die Möglichkeit geben, die wirtschaftliche Unternehmenslage verlässlich einschätzen zu können.⁴⁶⁵ Somit fungiert der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht **als Informationsinstrument**, das die Aussagekraft des Jahresabschlusses bzw. Konzernabschlusses durch die Wahrnehmung der **Verdichtungs- und Erweiterungsfunktion** erhöht. Diese Funktionen sind unter der **Funktion der Informationsvermittlung** zu subsumieren, wodurch Informationsasymmetrien zwischen Unternehmen und Berichtsadressaten vermindert werden.⁴⁶⁶

Neben der Funktion der Informationsvermittlung ist die **Rechenschaftsfunktion** zu nennen.⁴⁶⁷ Diese resultiert aus der vergangenheitsorientierten Berichterstattung zum Geschäftsverlauf des Berichtsjahres.⁴⁶⁸

⁴⁶⁰ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.4.

⁴⁶¹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.5.

⁴⁶² Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

⁴⁶³ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.7.

⁴⁶⁴ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 738; Baetge et al. (1989), S. 9–10; Müller/Stawinoga (2013), S. 461–463.

⁴⁶⁵ Vgl. Veit (1997), S. 461.

⁴⁶⁶ Vgl. Baetge et al. (1989), S. 27; Fink et al. (2013), S. 4.

⁴⁶⁷ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 937; Veit (1997), S. 461–462.

⁴⁶⁸ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 937.

3.2.2.2.2 Pflicht zur Aufstellung des Lageberichts

Die **Pflicht zur Aufstellung des Lageberichts** für Kapitalgesellschaften resultiert aus dem § 264 Abs. 1 S. 1 Handelsgesetzbuch (HGB).⁴⁶⁹ Des Weiteren sind nach § 336 Abs. 1 HGB auch Genossenschaften von der Pflicht betroffen. Darüber hinaus besteht gemäß § 5 Abs. 2 Publizitätsgesetz (PublG) für nach dem PublG rechnungslegungspflichtige Unternehmen die Lageberichtspflicht, wenn diese nicht die Rechtsform des Einzelkaufmanns oder einer Personenhandelsgesellschaft aufweisen. Keine Berichtspflicht besteht hingegen für kleine Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB, da diese nach § 264 Abs. 1 S. 4 HGB von der Pflicht befreit sind. Lageberichtspflichtig sind nach § 264a Abs. 1 HGB zudem Personenhandelsgesellschaften, bei denen nicht mindestens ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist. Hierzu müssen die Größenkriterien aus § 267 Abs. 2 bzw. 3 HGB erfüllt sein, sodass nur mittelgroße und große Personenhandelsgesellschaften betroffen sind. Die **Pflicht zur Aufstellung des Konzernlageberichts** ist in § 290 Abs. 1 S. 1 HGB festgeschrieben. Die größenabhängigen Befreiungen von der Aufstellung eines Konzernlageberichts ergeben sich aus § 293 HGB.⁴⁷⁰

3.2.2.2.3 Prüfungspflichten

Neben dem Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss⁴⁷¹ ist auch der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht nach § 316 Abs. 1 u. 2 HGB durch den Abschlussprüfer zu prüfen. Die NFE bzw. der NFB unterliegt nach § 317 Abs. 2 S. 4 u. 5 HGB nicht der Pflicht zur inhaltlichen Überprüfung durch den Abschlussprüfer.⁴⁷² Es wird lediglich das Vorhandensein der NFE bzw. des NFB sowie der in § 289c HGB definierten Angaben durch den Abschlussprüfer geprüft. Es besteht jedoch gemäß § 171 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG) eine inhaltliche Prüfungspflicht für die NFE bzw. den NFB durch den Aufsichtsrat.⁴⁷³

Des Weiteren ist gemäß § 317 Abs. 2 S. 6 HGB die Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung nicht inhaltlich, sondern lediglich auf ihr Vorliegen

⁴⁶⁹ Die Anforderungen an die Bestandteile des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts, deren Pflicht zur Erstellung von der Rechtsform und der Kapitalmarktorientierung abhängt, werden in Abschnitt 3.2.2.2.6 erläutert.

⁴⁷⁰ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 936.

⁴⁷¹ Im Weiteren ausschließlich: Jahresabschluss.

⁴⁷² Vgl. Paetzmann (2019c), S. 1415-1416, Rn. 12.

⁴⁷³ Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (2017), S. 7–8; Müller (2019), S. 2050-2051, Rn. 12; Paetzmann (2019c), S. 1416-1417, Rn. 15.

durch den Abschlussprüfer zu prüfen.⁴⁷⁴ Trotzdem bestehen für den Abschlussprüfer gewisse Prüfungspflichten.⁴⁷⁵ Die Erklärung bzw. Konzernklärung zur Unternehmensführung und auch die NFE bzw. der NFB zählen zu den „sonstigen Informationen“.⁴⁷⁶ Der Abschlussprüfer hat diese Informationen kritisch zu lesen und zu prüfen, ob diese im Verhältnis zum geprüften Lagebericht bzw. Konzernlagebericht, Jahresabschluss und zu dem Ergebnis der Abschlussprüfung „wesentliche Unstimmigkeiten“⁴⁷⁷ aufweisen.⁴⁷⁸ Daraus resultiert für den Abschlussprüfer, dass dieser auch die nicht inhaltlich zu prüfenden Offenlegungen kritisch durchzusehen hat.⁴⁷⁹

3.2.2.2.4 Bedeutung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees
Aufgrund der handelsrechtlich wenig spezifizierten Anforderungen an die Ausgestaltung von Lagebericht bzw. Konzernlagebericht kommt dem DRSC eine große Bedeutung zu.⁴⁸⁰ Dies ist darin begründet, da das DRSC mit dem „**Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 20**“ (**DRS 20**) die Grundsätze und Inhalte des Konzernlageberichts konkretisiert.⁴⁸¹ Die Bedeutung dieser Standards für die Konzernlageberichterstattung resultiert aus § 342 HGB. Demnach sind diese Standards gewissermaßen als die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für die Konzernlageberichterstattung anzusehen, die keine Erweiterung der Vorschriften des Handelsrechts darstellten, sondern eine Auslegung und Präzisierung dieser vornehmen.⁴⁸²

Der DRS 20 ist am 04.12.2012 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bekannt gegeben worden und gilt für nach dem 31.12.2012 beginnende Geschäftsjahre.⁴⁸³ Trotz der Tatsache, dass der DRS 20 die Vorgaben für die Konzernlageberichterstattung präzisiert, ist eine Anwendung dieses Standards auch auf den Lagebericht im Einzelabschluss empfohlen und wird teilweise für diesen als

⁴⁷⁴ Vgl. Kolb/Niechcial (2017), S. 701–702; Velte (2017), S. 297.

⁴⁷⁵ Vgl. Bertram/Brinkmann (2019), S. 2117, Rn. 117–119.

⁴⁷⁶ Vgl. Müller (2019), S. 2051, Rn. 13; Paetzmann (2019e), S. 1442, Rn. 32.

⁴⁷⁷ Paetzmann (2019e), S. 1442, Rn. 32.

⁴⁷⁸ Vgl. Bertram/Brinkmann (2019), S. 2117, Rn. 117–119; Müller (2019), S. 2051, Rn. 13; Paetzmann (2019e), S. 1442, Rn. 32.

⁴⁷⁹ Vgl. Bertram/Brinkmann (2019), S. 2117, Rn. 117–119.

⁴⁸⁰ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 737; Zülch/Höltken (2013), S. 2458.

⁴⁸¹ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 935; Zülch/Höltken (2013), S. 2458.

⁴⁸² Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 935.

⁴⁸³ Vgl. Lackmann/Stich (2013), S. 236.

verbindlich angesehen.⁴⁸⁴ Durch die Umsetzung der CSR-Richtlinie in deutsches Recht, ist eine Anpassung des DRS 20 erforderlich geworden, die im Zuge des „**Deutschen Rechnungslegungs Änderungsstandards Nr. 8**“ (**DRÄS 8**) vorgenommen wurde.⁴⁸⁵ Zudem konkretisiert der „**Deutsche Rechnungslegungs Standard Nr. 17**“ (**DRS 17**) die gesetzlichen Vorgaben zum Vergütungsbericht, der einen Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts darstellt.⁴⁸⁶

3.2.2.2.5 Grundsätze zur Aufstellung des Lageberichts

Bei der Aufstellung des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts sind Grundsätze zu berücksichtigen, die im DRS 20 definiert sind.⁴⁸⁷

Aus DRS 20.12 geht hervor, dass entsprechend des **Grundsatzes der Vollständigkeit** im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht alle Informationen bereitzustellen sind, um den verständigen Adressaten in die Lage zu versetzen, die Verwendung von den anvertrauten Ressourcen, den Geschäftsverlauf, die Unternehmenslage und die erwartete Entwicklung einschließlich der wesentlichen Chancen und Risiken einschätzen zu können.

Der **Grundsatz der Verlässlichkeit und Ausgewogenheit** nach DRS 20.17 dient im Sinne der Verlässlichkeit der Sicherstellung, dass die berichteten Informationen korrekt sowie nachvollziehbar sind. Außerdem muss nach DRS 20.17 erkennbar sein, ob Angaben eine Tatsache oder eine Meinung darstellen. Hinsichtlich der Ausgewogenheit ist bei der Aufstellung eine ausgeglichene Informationsbereitstellung zu Chancen und Risiken zu berücksichtigen.⁴⁸⁸

Des Weiteren existiert der **Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit** im Sinne des DRS 20.20. Dieser sieht nach DRS 20.20 sowohl eine eindeutige Trennung vom Jahresabschluss und den weiteren publizierten Informationen als auch die Offenlegung in geschlossener Form unter dem Titel „Konzernlagebericht“ vor. Außerdem wird entsprechend DRS 20.25 eine deutliche inhaltliche Untergliederung des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts mittels Überschriften vorgeschrie-

⁴⁸⁴ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 738; Kolb et al. (2016), Rn. 78–79; Pollmann/Seubert (2015), S. 960–962.

⁴⁸⁵ Vgl. Schmotz/Schmidt (2017), S. 2877.

⁴⁸⁶ Vgl. Freidank et al. (2018), S. 683.

⁴⁸⁷ Vgl. Deussen/Deussen (2019), S. 165.

⁴⁸⁸ Vgl. Deussen/Deussen (2019), S. 166.

ben. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Struktur des Berichts über die Berichtsjahre beizubehalten ist, wodurch mehrjährige Vergleiche der Berichterstattung ermöglicht werden.⁴⁸⁹

Der **Grundsatz der Vermittlung der Sicht der Konzernleitung** nach DRS 20.31 gewährleistet, dass die bereitgestellten Angaben des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts die Sichtweise der Unternehmensleitung darstellen.

Entsprechend des **Grundsatzes der Wesentlichkeit** gemäß DRS 20.32-33 ist nur über die Informationen zu berichten, die für die Nachvollziehbarkeit des Geschäftsverlaufs sowie der Lage und der erwarteten Entwicklung des Unternehmens erforderlich sind. Dieser Grundsatz limitiert den der Vollständigkeit hinsichtlich der Informationsbereitstellung auf die wesentlichen Inhalte.⁴⁹⁰

Der Umfang und der Grad der Detaillierung von den bereitgestellten Informationen werden im Sinne des **Grundsatzes der Informationsabstufung** nach DRS 20.34 durch die Art der Geschäftstätigkeit, der Unternehmensgröße sowie der Kapitalmarktorientierung bedingt.

3.2.2.2.6 Bestandteile des Lageberichts

Die Anforderungen an die Teilberichte des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts resultieren im Wesentlichen aus den Vorgaben des HGB sowie dem DRS 20, aber auch aus dem AktG und dem DRS 17.⁴⁹¹ Ein Großteil der Teilberichte des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts ist gesetzlich normiert und auch durch das DRSC konkretisiert. Darüber hinaus sind im DRS 20 Teilberichte enthalten, wie etwa die Grundlagen des Konzerns oder der Nachtragsbericht, für die jedoch teilweise keine gesetzliche Grundlage existiert.⁴⁹²

Die folgenden Ausführungen zu den Teilberichten orientieren sich zunächst an der Struktur des DRS 20.⁴⁹³ Anschließend wird auf Teilberichte des Lageberichts bzw.

⁴⁸⁹ Vgl. Deussen/Deussen (2019), S. 167.

⁴⁹⁰ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 393.

⁴⁹¹ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 745; Freidank et al. (2018), S. 683; Müller-Burmeister (2019), S. 79.

⁴⁹² Vgl. Freidank et al. (2018), S. 684–685; Grottke et al. (2015), S. 52; Müller-Burmeister (2019), S. 267 u. 284.

⁴⁹³ Die Erläuterung der Anforderungen an die Teilberichte des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts erfolgt im Wesentlichen anhand der gesetzlichen Grundlagen. Sofern es sich um die Teilberichte „Grundlagen des Konzerns“ und den „Nachtragsbericht“ handelt, die nicht oder nur teilweise gesetzlich normiert sind, oder wenn es für das Verständnis der Teilberichte erforderlich ist, wird darüber hinaus auch der DRS 20 miteinbezogen.

Konzernlageberichts eingegangen, die nicht im DRS 20 enthalten sind. Hierbei handelt es sich um den Vergütungsbericht und den Ergänzungsbericht.

Einen Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts nach DRS 20 bildet der Abschnitt über die **Grundlagen des Konzerns**, wozu kein „direktes Pendant im gesetzlichen Mindestrahmen“⁴⁹⁴ existiert. Hierbei ist entsprechend DRS 20.36-52 auf das Geschäftsmodell, die Zweigniederlassungen, die Ziele und Strategien, das Steuerungssystem sowie die Aktivitäten hinsichtlich Forschung und Entwicklung einzugehen. Lediglich die Berichterstattung zu den Zweigniederlassungen sowie zur Forschung und Entwicklung ist im HGB normiert.⁴⁹⁵ Zur Gewährleistung des Verständnisses des Geschäftsmodells sind nach DRS 20.37 der Geschäftszweck, die Unternehmensstruktur, die erforderlichen Einsatzfaktoren zur Unternehmenstätigkeit, die Geschäftsprozesse, die angebotenen Produkte sowie Dienstleistungen, die Märkte zur Beschaffung sowie zum Absatz und die unternehmensexternen Einflussfaktoren, wie etwa auch in ökologischer und sozialer Hinsicht, auf das Geschäft zu erläutern. Des Weiteren ist auf die Darstellung der Zweigniederlassungen gemäß § 289 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 HGB bzw. § 315 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 HGB einzugehen.⁴⁹⁶ Die Berichterstattung über die Unternehmensziele und die implementierten Strategien zur Erreichung dieser ergibt sich aus dem DRS 20.39. Das Steuerungssystem des Unternehmens ist nach DRS 20.K45 lediglich von kapitalmarktorientierten Konzernen unter der Berücksichtigung von den zur Konzernsteuerung eingesetzten finanziellen sowie **nichtfinanziellen Leistungsindikatoren** bzw. Steuerungskennzahlen zu beschreiben.⁴⁹⁷ Im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsberichts sind nach § 289 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 HGB bzw. § 315 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 HGB die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Unternehmens darzulegen.⁴⁹⁸

Außerdem stellt der **Wirtschaftsbericht** einen Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts dar.⁴⁹⁹ Gemäß § 289 Abs. 1 S. 1-3 HGB bzw. § 315 Abs. 1 S. 1-3 HGB sind im Rahmen des Wirtschaftsberichts der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft darzustellen.⁵⁰⁰

⁴⁹⁴ Müller-Burmeister (2019), S. 280.

⁴⁹⁵ Vgl. Müller-Burmeister (2019), S. 83.

⁴⁹⁶ Vgl. Paetzmann (2019a), S. 1391-1392, Rn. 94.

⁴⁹⁷ Vgl. Barth et al. (2014), S. 51; Wulf/Niemöller (2015), S. 106-107.

⁴⁹⁸ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 948-949; Paetzmann (2019a), S. 1390, Rn. 90-92.

⁴⁹⁹ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.53-113.

⁵⁰⁰ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 943.

Des Weiteren sind nach § 289 Abs. 1 S. 3 HGB bzw. § 315 Abs. 1 S. 3 HGB in die Analyse von Geschäftsverlauf und Lage die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubinden. Zudem haben nach § 289 Abs. 3 HGB große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB und nach § 315 Abs. 3 HGB Konzerne auch bedeutsamste **nichtfinanzielle Leistungsindikatoren** zu berücksichtigen. Hierbei kann eine Verknüpfung zu den im Rahmen der Erläuterung des Steuerungssystems dargelegten Leistungsindikatoren vorgenommen werden.⁵⁰¹

Der **Nachtragsbericht** als Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts ergibt sich aus dem DRS 20 und nicht aus dem HGB.⁵⁰² In diesem Zusammenhang ist nach DRS 20.114 auf die nach dem Schluss des Berichtszeitraums eingetroffenen Geschehnisse einzugehen, die sich auf die erwartete Entwicklung des Unternehmens sowie die Darstellung des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage auswirken.

Der **Prognose-, Chancen- und Risikobericht** ist ein weiterer Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts.⁵⁰³ Nach § 289 Abs. 1 S. 4 HGB bzw. § 315 Abs. 1 S. 4 HGB umfasst dieser die Beurteilung und Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung einschließlich der wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens.⁵⁰⁴ Im Prognosebericht sind nach DRS 20.118 und DRS 20.126 auch Prognosen zu den finanziellen und **nichtfinanziellen Leistungsindikatoren** zu treffen, die bei der Erläuterung im Rahmen des Wirtschaftsberichts und der Darstellung des Steuerungssystems herangezogen werden.

Des Weiteren ist die **Beschreibung des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems hinsichtlich des Konzernrechnungslegungsprozesses** im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht vorzunehmen.⁵⁰⁵ Dazu sind im Sinne des § 264d HGB kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften gemäß § 289 Abs. 4 HGB verpflichtet.⁵⁰⁶ Dies gilt in entsprechender Anwendung des § 315 Abs. 4 HGB auch für Konzerne, wenn ein in den Konzernabschluss einbezogenes Tochterunternehmen oder der Konzern kapitalmarktorientiert ist.

⁵⁰¹ Vgl. Barth et al. (2014), S. 48–49; Wulf/Niemöller (2015), S. 106–107.

⁵⁰² Vgl. Müller-Burmeister (2019), S. 267.

⁵⁰³ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.116–167.

⁵⁰⁴ Vgl. Müller-Burmeister (2019), S. 83.

⁵⁰⁵ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.K168–K178.

⁵⁰⁶ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 949–950.

Die **Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten** ist ebenfalls in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht aufzunehmen.⁵⁰⁷ Gemäß § 289 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 HGB bzw. § 315 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 HGB ist auf die Risikomanagementziele einschließlich der Risikomanagementmethoden sowie die finanzwirtschaftlichen Risiken hinsichtlich der eingesetzten Finanzinstrumente einzugehen.⁵⁰⁸

Zudem ist auf die **übernahmerelevanten Angaben** einzugehen.⁵⁰⁹ Dabei sind Angaben zur Aktionärsstruktur, zu den Rechten und Pflichten der Anteilseigner sowie zu potenziellen Hemmnissen bei einer Unternehmensübernahme zu machen.⁵¹⁰ Diese Angaben sind nach § 289a Abs. 1 HGB alte Fassung (a. F.) von einer AG und Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) und nach § 315a Abs. 1 HGB (a. F.) von Konzernen, die im Sinne des § 2 Abs. 7 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) einen organisierten Markt durch von ihnen ausgegebene stimmberechtigte Aktien nutzen, in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht aufzunehmen.

Die **Angaben betreffend des Erwerbs eigener Aktien** stellen einen weiteren Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts dar.⁵¹¹ Gemäß § 289 Abs. 2 S. 2 HGB bzw. § 315 Abs. 2 S. 2 HGB ist auf Angaben im Anhang, die gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zu machen sind, zu verweisen.

Die **Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung** ist als weiterer Teilbericht zu nennen.⁵¹² So sind nach § 289f Abs. 1 u. 3 HGB a. F. eine börsennotierte AG sowie eine AG, die ausschließlich andere Wertpapiere als Aktien zum Handel an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 11 Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) ausgegeben hat sowie deren ausgegebene Aktien auf eigene Veranlassung über ein multilaterales Handelssystem im Sinne des § 2 Abs. 8 S. 1 Nr. 8 WpHG gehandelt werden, und die börsennotierte KGaA zur Aufnahme der Erklärung zur Unternehmensführung als gesonderter Abschnitt im Lagebericht verpflichtet.⁵¹³ Nach § 289f Abs. 1 S. 2 u. 3 HGB a. F. kann die Erklärung zur Unternehmensführung alternativ auf der Internetseite veröffentlicht werden. Auch

⁵⁰⁷ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.179-187.

⁵⁰⁸ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 948; Paetzmänn (2019a), S. 1388-1389, Rn. 81.

⁵⁰⁹ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.K188-K223.

⁵¹⁰ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 744.

⁵¹¹ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.223a.

⁵¹² Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.K224-K231l.

⁵¹³ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 959-960.

in diesem Fall ist nach DRS 20.21 von einer geschlossenen Form des Lage- bzw. Konzernlageberichts im Sinne des DRS 20.20 auszugehen.⁵¹⁴ Im Rahmen dieser Erklärung ist gemäß § 289f Abs. 2 HGB a. F. auf die Unternehmensführungspraktiken, die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie deren Ausschüssen, die Zielgrößen für den Frauenanteil in Vorstand, Aufsichtsrat und den beiden Hierarchieebenen unterhalb des Vorstands, die Angabe, ob die Mindestanteile von Frauen und Männern eingehalten worden sind, sofern die Unternehmen der Pflicht zur Einhaltung von Mindestanteilen unterliegen, und auf das Diversitätskonzept einzugehen.⁵¹⁵ Die vorstehenden Ausführungen gelten in entsprechender Anwendung des § 315d HGB in Verbindung mit § 289f HGB a. F. auch für Konzerne.⁵¹⁶ Hierbei handelt es sich dann um die Konzernerklärung zur Unternehmensführung.

Die Anforderungen an die **NFE bzw. nichtfinanzielle Konzernerklärung**⁵¹⁷ sind im HGB normiert und im DRS 20 konkretisiert.⁵¹⁸ Durch die Umsetzung der CSR-Richtlinie im Zuge des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes, das am 19.04.2017 in Kraft getreten ist, wird die nichtfinanzielle Berichterstattung im Lage- bzw. Konzernlagebericht gestärkt.⁵¹⁹ Die Pflicht zur Erstellung und Offenlegung einer NFE bzw. eines NFB besteht für ab dem 01.01.2017 beginnende Geschäftsjahre.⁵²⁰ Dazu sind im Sinne des § 267 Abs. 3 Satz 1 HGB große und im Sinne des § 264d HGB kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften, die im Jahresdurchschnitt über 500 Arbeitnehmer beschäftigen, gemäß § 289b Abs. 1 HGB verpflichtet.⁵²¹ Selbige Pflicht existiert nach § 315b Abs. 1 HGB für Konzerne, die die Größenmerkmale gemäß § 293 Abs. 1 HGB überschreiten, im Sinne des § 264d HGB kapitalmarktorientiert sind und im Jahresdurchschnitt über 500 Arbeitnehmer beschäftigen. Die

⁵¹⁴ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.5.

⁵¹⁵ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 781–782.

⁵¹⁶ Aufgrund der Tatsache, dass die Inhalte der Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung und die des „Corporate Governance“-Berichts nach dem „Deutschen Corporate Governance Kodex“ (DCGK) Identitäten und Vergleichbarkeiten aufweisen, wird eine zusammenhängende Veröffentlichung dieser empfohlen. Vgl. Arbeitskreis „Corporate Governance Reporting“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. (2018), S. 2126.

⁵¹⁷ Im Weiteren ausschließlich: NFE.

⁵¹⁸ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.232–305.

⁵¹⁹ Vgl. Boecker/Zwirner (2017), S. 2155–2156; Pfeifer/Wulf (2017b), S. 181; Velte (2017), S. 294.

⁵²⁰ Vgl. Wulf (2017), S. 100.

⁵²¹ Die Pflicht zur Erstellung der NFE bzw. des NFB existiert nach § 340a Abs. 1a HGB für Kreditinstitute und nach § 341a Abs. 1a HGB für Versicherungsunternehmen auch ohne Vorliegen einer Kapitalmarktorientierung.

Befreiungsvorschriften sind in § 289b Abs. 2 HGB bzw. § 315b Abs. 2 HGB geregelt.

Die **inhaltlichen Anforderungen der NFE bzw. des NFB** umfassen zum einen die kurze Darstellung des Geschäftsmodells gemäß § 289c Abs. 1 HGB bzw. § 315c Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 289c HGB und gemäß § 289c Abs. 2 HGB bzw. § 315c Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 289c HGB zum anderen mindestens Angaben zu den Aspekten: Umweltbelange, Arbeitnehmerbelange, Sozialbelange, Belange in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.⁵²² Auf diese fünf Aspekte ist gemäß § 289c Abs. 3 HGB bzw. § 315c Abs. 1 u. 2 HGB in Verbindung mit § 289c HGB unter Berücksichtigung der Einzelangaben einzugehen. Die Einzelangaben bestehen aus der Beschreibung der verfolgten Konzepte und der verwendeten Due-Diligence-Prozesse, der Ergebnisse der verfolgten Konzepte, der wesentlichen Risiken sowohl aus eigener Geschäftstätigkeit als auch aus Geschäftsbeziehungen und deren Handhabung, der bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, sowie der benötigten Hinweise zur Erklärung von im Jahresabschluss enthaltenen Beträgen.⁵²³ Sofern zu einem oder auch mehreren Aspekten kein Konzept verfolgt wird, ist dies gemäß § 289c Abs. 4 HGB bzw. § 315c Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 289c HGB zu begründen.

Der Lagebericht bzw. Konzernlagebericht ist nach § 289b Abs. 1 S. 1 HGB bzw. § 315b Abs. 1 S. 1 HGB um die NFE zu erweitern. Daraus ergibt sich, dass diese entweder als besonderer Abschnitt oder in integrativer Form in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht aufgenommen werden kann.⁵²⁴ Durch § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB werden weitere **Berichtsalternativen** geschaffen. Somit besteht die Möglichkeit zum gesonderten NFB außerhalb des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts.⁵²⁵ So kann dieser als gesonderter und eigenständiger Bericht publiziert werden.⁵²⁶ Außerdem kann dieser „in einen anderen Konzernbericht“⁵²⁷ in einem Abschnitt oder integrativ aufgenommen werden.⁵²⁸ In der Berichterstattungspraxis zeigt sich, dass der gesonderte NFB als Abschnitt oder in integrativer

⁵²² Vgl. Paetzmann (2019d), S. 1420-1421, Rn. 3.

⁵²³ Vgl. Paetzmann (2019d), S. 1422, Rn. 4.

⁵²⁴ Vgl. Kolb/Niechcial (2017), S. 699; Schmotz/Schmidt (2017), S. 2878.

⁵²⁵ Vgl. Paetzmann (2019c), S. 1415, Rn. 10.

⁵²⁶ Vgl. Graßmann et al. (2018), S. 435.

⁵²⁷ Schmotz/Schmidt (2017), S. 2878.

⁵²⁸ Vgl. Graßmann et al. (2018), S. 434-436; Schmotz/Schmidt (2017), S. 2878.

Form sowohl in Geschäftsberichten⁵²⁹ als auch in Nachhaltigkeitsberichten enthalten ist.⁵³⁰

Aufgrund der Möglichkeit, dass es zu inhaltlichen Überschneidungen zwischen den Inhalten des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts und den Inhalten der NFE kommen kann, sind nach § 289b Abs. 1 Satz 3 HGB bzw. § 315b Abs. 1 Satz 3 HGB **Verweise** von der NFE, sofern diese einen besonderen Abschnitt des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts darstellt, auf die entsprechenden Inhalte im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht gestattet.⁵³¹ Selbige Verweismöglichkeiten bestehen für den NFB nach DRS 20.256. Sofern der NFB einen besonderen Abschnitt in einem anderen Konzernbericht darstellt, bestehen nach DRS 20.256 Verweismöglichkeiten auf außerhalb des Abschnitts enthaltene Angaben des anderen Konzernberichts.

Bei der Erstellung der NFE bzw. des NFB besteht gemäß § 289d HGB bzw. § 315c Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 289d HGB die Möglichkeit zur Nutzung nationaler, europäischer oder internationaler **Rahmenwerke**.⁵³² Darüber hinaus hat die Europäische Kommission im Jahr 2017 unverbindliche Leitlinien als Orientierungshilfe für die verpflichtende CSR-Berichterstattung veröffentlicht.⁵³³ Im Jahr 2019 ist von der Europäischen Kommission zudem ein Nachtrag zu den Leitlinien aus dem Jahr 2017 im Hinblick auf die klimabezogene Berichterstattung veröffentlicht worden.⁵³⁴ Auch hierbei handelt es sich um eine unverbindliche Orientierungshilfe.⁵³⁵ Die Leitlinien stellen kein Rahmenwerk im Sinne von § 289d HGB bzw. § 315c Abs. 3 HGB dar.⁵³⁶

Die Berücksichtigung der **Versicherung der gesetzlichen Vertreter** im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht resultiert sowohl aus dem HGB als auch aus dem DRS 20.⁵³⁷ So haben gemäß § 289 Abs. 1 S. 5 HGB bzw. § 315 Abs. 1 S. 5 HGB

⁵²⁹ Zur Definition des Geschäftsberichts sei auf Abschnitt 3.2.2.5 verwiesen.

⁵³⁰ Vgl. Behncke/Wulf (2018), S. 571–572; Graßmann et al. (2018), S. 435; Nothhelfer/Burgemeister (2019), S. 441.

⁵³¹ Vgl. Paetzmann (2019c), S. 1414, Rn. 8.

⁵³² Potenzielle Rahmenwerke werden in Abschnitt 3.2.2.3 erläutert.

⁵³³ Vgl. Europäische Kommission (2017), S. 4–5; Mock (2017), S. 2144–2146; Scheid/Müller (2017), S. 2241–2242.

⁵³⁴ Vgl. Europäische Kommission (2019a), S. 2–3.

⁵³⁵ Vgl. Behncke/Wulf (2019), S. 230; Europäische Kommission (2019a), S. 1.

⁵³⁶ Vgl. Mock (2017), S. 2146.

⁵³⁷ Die Anforderungen nach DRS 20 ergeben sich aus DRS 20.K306-K309.

die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft bzw. eines Konzerns zu versichern, dass nach bestem Wissen der dargestellte Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die beschriebene Unternehmenslage mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen und dass die wesentlichen Risiken und Chancen erläutert worden sind.⁵³⁸

Die Anforderungen an den **Vergütungsbericht** als Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts ergeben sich aus dem HGB und nach DRS 20.10 aus dem DRS 17. Im Vergütungsbericht ist auf die Grundzüge des Vergütungssystems des Unternehmens einzugehen.⁵³⁹ Dazu sind nach § 289a Abs. 2 HGB a. F. die börsennotierte AG sowie gemäß § 315a Abs. 2 HGB a. F. die Konzerne, die eine börsennotierte AG darstellen, verpflichtet.⁵⁴⁰

Als weiterer Teilbericht des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts kann der **Ergänzungsbericht** relevant werden.⁵⁴¹ So ist nach § 312 Abs. 3 AktG ein **Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen** im Rahmen des Ergänzungsberichts in den Lagebericht aufzunehmen. In diesem ist darauf einzugehen, ob bei Rechtsgeschäften mit den verbundenen Unternehmen das berichtende Unternehmen angemessene Gegenleistungen erhalten hat.⁵⁴²

3.2.2.2.7 Verortung von CSR-Themen im Lagebericht

Durch die Aufarbeitung der Anforderungen an die Bestandteile des Lageberichts bzw. Konzernlageberichts ist deutlich geworden, dass in bestimmten Teilberichten CSR-Themen verortet sein können. Hierbei sind die **Grundlagen des Konzerns** zu nennen, wo CSR-Themen beispielsweise bei der Darstellung der externen Einflussfaktoren auf das Geschäftsmodell sowie in Form von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren bei der Beschreibung des Steuerungssystems in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht einfließen können. Des Weiteren sind unter bestimmten Voraussetzungen, im Rahmen der Ausführungen zu dem Geschäftsverlauf und der Lage des Unternehmens, die bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auch im **Wirtschaftsbericht** zu berücksichtigen. Diese sind zudem im **Prognose-, Chancen- und Risikobericht** zu prognostizieren, wodurch sich die Darstellung der

⁵³⁸ Vgl. Coenenberg et al. (2018), S. 937–938; Paetzmann (2019a), S. 1386, Rn. 73.

⁵³⁹ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 773.

⁵⁴⁰ Vgl. Paetzmann (2019b), S. 1407, Rn. 14.

⁵⁴¹ Die Anforderungen dazu sind nicht im DRS 20 konkretisiert.

⁵⁴² Vgl. Baetge et al. (2019), S. 780.

bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wie ein „roter Faden“ durch den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht zieht.⁵⁴³ CSR-Themen im Hinblick auf die Diversität sind außerdem im Rahmen der **Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung** im Lagebericht bzw. Konzernlagebericht zu verorten. Darüber hinaus müssen bei der Erfüllung der CSR-Berichtspflicht in der **NFE bzw. dem NFB** die CSR-Themen umfangreich dargestellt werden. Aufgrund der Möglichkeit, die NFE in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht zu integrieren, können die Angaben auch in andere Teilberichte integriert werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, über die Anforderungen vom HGB und dem DRS 20 hinausgehende Angaben zu CSR-Themen in den Lagebericht bzw. Konzernlagebericht⁵⁴⁴ aufzunehmen.⁵⁴⁵

3.2.2.3 Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung

Im Folgenden werden ausgewählte Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung vorgestellt. Diese können sowohl zur verpflichtenden als auch zur freiwilligen CSR-Berichterstattung genutzt werden.⁵⁴⁶ Als Berichtsadressaten der erläuterten Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung werden die Stakeholder angeführt.⁵⁴⁷

Auf internationaler Ebene ist insbesondere die „Global Reporting Initiative“ (GRI) zu nennen, die im Jahr 2000 das erste Rahmenwerk veröffentlichte und dieses einschließlich der nachfolgenden Rahmenwerkgenerationen zu einem „De-facto-Standard“ in der freiwilligen CSR-Berichterstattung avancierten.⁵⁴⁸ Die vierte Generation der GRI, also die „**GRI G4-Leitlinien**“, ist für nach dem 31.12.2015 vorgenommene Veröffentlichungen anzuwenden.⁵⁴⁹ Die vierte Generation wird wiederum von den „**GRI Standards**“ abgelöst, die für nach dem 01.07.2018 publizierte Berichte zu berücksichtigen sind.⁵⁵⁰ Im Vergleich der zwei GRI-Generationen wird deutlich, dass inhaltliche Veränderungen nahezu ausgeblieben sind und der Schwerpunkt der Aktualisierung in der Schaffung eines modularen Aufbaus, der

⁵⁴³ Vgl. Barth et al. (2014), S. 52–53; Wulf/Niemöller (2015), S. 107.

⁵⁴⁴ Im Weiteren ausschließlich: Lagebericht.

⁵⁴⁵ Vgl. Zinser/Bartuschka (2016), S. 74.

⁵⁴⁶ Vgl. Abschnitte 3.2.2.1 und 3.2.2.2.6.

⁵⁴⁷ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 20; Maniora (2013), S. 484.

⁵⁴⁸ Vgl. Bravidor (2016), S. 144; Henrich (2018), S. 92–93; Wulf/Sackbrook (2014), S. 337.

⁵⁴⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 14.

⁵⁵⁰ Vgl. Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 308–309.

eine flexiblere Nutzung und Anwendung der Standards ermöglicht, liegt.⁵⁵¹ Ein Unterschied der GRI G4-Leitlinien im Vergleich zu den GRI Standards besteht darin, dass neben den universell anwendbaren Anforderungen außerdem branchenspezifische Anforderungskataloge wie etwa für die Energiewirtschaft zu berücksichtigen sind, um in Übereinstimmung mit den GRI G4-Leitlinien berichten zu können.⁵⁵² Bei den GRI Standards wird die Anwendung branchenspezifischer Vorgaben nur noch empfohlen.⁵⁵³ Eine externe Prüfung der freiwilligen CSR-Berichterstattung nach GRI ist nicht verpflichtend, wird von der GRI jedoch befürwortet.⁵⁵⁴

Des Weiteren besteht auf internationaler Ebene der Pakt „**UN Global Compact**“, der zehn Nachhaltigkeitsprinzipien für die Unternehmenstätigkeit definiert hat.⁵⁵⁵ Somit handelt es sich auch um einen Verhaltenskodex für die Unternehmen.⁵⁵⁶ Die Dokumentation des Umsetzungsstands der Nachhaltigkeitsprinzipien erfolgt jährlich in dem Fortschrittsbericht, der in die bestehende Unternehmensberichterstattung eingebunden werden kann.⁵⁵⁷ Der UN Global Compact kann sowohl von großen internationalen als auch von kleinen und mittelständischen Unternehmen angewendet werden.⁵⁵⁸ Spezielle Anforderungen für einzelne Branchen sowie zur Prüfung existieren nicht.⁵⁵⁹ Des Weiteren sind von den Vereinten Nationen 17 „**Sustainable Development Goals**“⁵⁶⁰ (SDGs) vorgestellt worden, die Priorisierungen sowie Zielsetzungen einer globalen und nachhaltigen Entwicklung bis zum Jahr 2030 definieren.⁵⁶¹ Sowohl die Regierungen, die Gesellschaft als auch die Unternehmen werden zur Unterstützung der Zielerreichung durch die Erbringung individueller Beiträge zu den SDGs sowie zur Berichterstattung darüber angeregt.⁵⁶² Im „SDG Compass“, dem Leitfaden für die Aktivitäten eines Unternehmens hinsichtlich der SDGs, wird die Erstellung von freiwilligen CSR-Berichten anhand von

⁵⁵¹ Vgl. Henrich (2018), S. 94; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 308–316; Wulf/Wasmuth (2018), S. 517.

⁵⁵² Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 3; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 316.

⁵⁵³ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 21; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 316.

⁵⁵⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 86.

⁵⁵⁵ Vgl. Deutsches Global Compact Netzwerk (2016), S. 4.

⁵⁵⁶ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 24; Deutsches Global Compact Netzwerk (2016), S. 3–5.

⁵⁵⁷ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 24; Deutsches Global Compact Netzwerk (2016), S. 4–5.

⁵⁵⁸ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 25.

⁵⁵⁹ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 20.

⁵⁶⁰ Zu Deutsch: Ziele für nachhaltige Entwicklung.

⁵⁶¹ Vgl. Global Reporting Initiative et al. (2017), S. 4.

⁵⁶² Vgl. Behncke et al. (2017), S. 13; Global Reporting Initiative et al. (2017), S. 26–27.

anerkannten Rahmenwerken empfohlen, in die die Unternehmen die Informationen zu den SDGs beispielsweise integrieren können.⁵⁶³

Seitens der EU ist das „**Eco-Management and Audit Scheme**“ (EMAS)⁵⁶⁴ entwickelt worden, das von sämtlichen Unternehmen angewendet werden kann.⁵⁶⁵ Ebenso wie der UN Global Compact verbindet das EMAS auch zwei Zielsetzungen miteinander. So erfordert EMAS die Implementierung eines Umweltmanagementsystems und die Veröffentlichung der durch einen externen Umweltgutachter validierten Umweltschutzleistungsergebnisse in einer Umwelterklärung.⁵⁶⁶ Es wird deutlich, dass es sich bei der Umwelterklärung um keine umfassende CSR-Berichterstattung im Sinne der Triple Bottom Line handelt, sondern der inhaltliche Fokus auf ökologischen Belangen liegt.⁵⁶⁷

Auf nationaler Ebene hat der „Rat für nachhaltige Entwicklung“ (RNE) den „**Deutschen Nachhaltigkeitskodex**“ (DNK) entwickelt, der 2017 in der vierten Fassung erschienen ist.⁵⁶⁸ Der RNE richtet sich mit dem DNK grundsätzlich an alle Unternehmen, bietet jedoch auch Anwendungshilfen und Leitfäden für mittelständische Unternehmen an.⁵⁶⁹ Außerdem können auf freiwilliger Basis vom DNK veröffentlichte Branchenleitfäden, wie etwa für die Energiewirtschaft, berücksichtigt werden.⁵⁷⁰ Die Veröffentlichung der Nachhaltigkeitsinformationen erfolgt im Rahmen einer Entsprechenserklärung zum Nachweis der Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien des DNK, die auf der Internetseite des Unternehmens zur Verfügung gestellt wird.⁵⁷¹ Eine weitere Besonderheit ist der Aufbau auf bestehenden Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung. So sind in die DNK-Entsprechenserklärung Indikatoren zu integrieren, die entweder den GRI G4-Leitlinien, den GRI Standards oder dem Rahmenwerk der „European Federation of Financial Analysts Societies“ (EFFAS) zu entnehmen sind.⁵⁷² Das DNK-Büro führt eine formelle Prüfung der Entspre-

⁵⁶³ Vgl. Global Reporting Initiative et al. (2017), S. 27–28.

⁵⁶⁴ Zu Deutsch: Umweltmanagement- und Umwelt-Auditsystem.

⁵⁶⁵ Vgl. Deutsches Global Compact Netzwerk (2016), S. 10; Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium (2019), S. 28.

⁵⁶⁶ Vgl. Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium (2019), S. 9.

⁵⁶⁷ Vgl. Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium (2019), S. 28.

⁵⁶⁸ Vgl. Müller/Stawinoga (2013), S. 463; Rat für Nachhaltige Entwicklung (2017), S. 1–7.

⁵⁶⁹ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Bertelsmann Stiftung (2016), S. 4–5.

⁵⁷⁰ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 25; Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 6–9.

⁵⁷¹ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung (2017), S. 18; Stötzer (2015), S. 96–99.

⁵⁷² Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung (2017), S. 30.

chenserklärung durch, die nicht einer materiellen Prüfung durch den Abschlussprüfer entspricht.⁵⁷³ Zudem ist der DNK laut RNE geeignet, um die gesetzlichen Anforderungen der CSR-Berichtspflicht zu erfüllen.⁵⁷⁴

3.2.2.4 CSR-Informationsbedürfnisse der Stakeholder von kommunalen

Energieversorgungsunternehmen

Die Unternehmenstätigkeit erfolgt nicht unabhängig von der Umwelt des Unternehmens.⁵⁷⁵ Die Unternehmen interagieren mit verschiedenen Stakeholdern.⁵⁷⁶ Die Stakeholder sind Teil der Gesellschaft.⁵⁷⁷ Es liegen vielfältige **Unterscheidungen von Stakeholdern** vor.⁵⁷⁸ Nach Freeman et al. (2007) sind die Stakeholder Kunden, Mitarbeiter, Lieferanten, Kapitalgeber und Bevölkerungsgruppen sowie Medien, Regierungen, Wettbewerber, Verbraucherschutzorganisationen und Nichtregierungsorganisationen zu differenzieren.⁵⁷⁹

Stakeholder sind als Gruppen und Individuen definiert, die von der Unternehmenstätigkeit und den Unternehmenszielen betroffen sind oder diese beeinflussen.⁵⁸⁰ Der Fortbestand und die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens sind nicht nur vom wirtschaftlichen Erfolg abhängig, sondern ebenso von der gesellschaftlichen Akzeptanz, die durch die Auseinandersetzung und Befriedigung der Ansprüche und Informationsbedürfnisse der Stakeholdergruppen sichergestellt werden kann.⁵⁸¹ Mittels der Unternehmensberichterstattung wird die Kommunikation mit den Stakeholdern ermöglicht.⁵⁸² Um den Stakeholdern die relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen, müssen Kenntnisse über die **Informationsbedürfnisse** dieser vorliegen.⁵⁸³ Die Identifikation der zur berichtenden Inhalte erfolgt in

⁵⁷³ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 20; Rat für Nachhaltige Entwicklung (2017), S. 68; Stawinoga/Velte (2016), S. 841–847.

⁵⁷⁴ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung (2019), S. 10–11.

⁵⁷⁵ Vgl. Hutter (2012), S. 91.

⁵⁷⁶ Vgl. Freeman et al. (2007), S. 6; Hutter (2012), S. 91–92.

⁵⁷⁷ Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 112.

⁵⁷⁸ Vgl. Hentze/Thies (2014), S. 12.

⁵⁷⁹ Vgl. Freeman et al. (2007), S. 6–8.

⁵⁸⁰ Vgl. Freeman et al. (2007), S. 6.

⁵⁸¹ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 3; Hentze/Thies (2014), S. 21–22; Hutter (2012), S. 91; Rhein (2017), S. 5–6; Voelzkow (2019), S. 31–32.

⁵⁸² Vgl. Schaltegger et al. (2007), S. 73.

⁵⁸³ Vgl. Durchschein (2017), S. 47.

zahlreichen Vorgaben und Rahmenwerken zur Berichterstattung unter der Berücksichtigung des Wesentlichkeitsprinzips⁵⁸⁴ oder auch der Wesentlichkeitsanalyse⁵⁸⁵, in die die Stakeholder mit einbezogen werden.⁵⁸⁶

Der VKU hat eine solche **Wesentlichkeitsanalyse für kEVU**⁵⁸⁷ durchgeführt, so dass Themen bestimmt werden konnten, die sowohl aus Branchensicht als auch aus Sicht der Stakeholder von kEVU wesentlich sind.⁵⁸⁸ Die identifizierten wesentlichen Themen sind zu sechs Handlungsfeldern der kommunalen Energiewirtschaft zusammengefasst worden: Versorgungssicherheit und Beitrag zum Gemeinwohl, Wirtschaftlicher Erfolg und Innovation, Gestalter der Energiewende, Klima- und Umweltschutz, Mitarbeiterorientierung sowie außerdem Unternehmensführung, Transparenz und Partizipation.⁵⁸⁹

3.2.2.5 Abschließende Systematisierung und Verortung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

Die Informationen zu CSR-Themen können, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, in sämtlichen Unternehmensberichten verortet werden. Dazu werden in diesem Abschnitt die Unternehmensberichte benannt und definiert, die die Unternehmen in der Berichterstattungspraxis veröffentlichen. Diese Ausführungen liegen der Arbeit zur Wahrung eines einheitlichen Begriffsverständnisses zugrunde.

⁵⁸⁴ Das Prinzip der Wesentlichkeit liegt auch dem Lagebericht zugrunde. Des Weiteren nennen die unverbindlichen Leitlinien zur verpflichtenden CSR-Berichterstattung der Europäischen Kommission (2017) den Wesentlichkeitsgrundsatz. Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.5; Europäische Kommission (2017), S. 5.

⁵⁸⁵ Dieses Vorgehen wird beispielsweise bei den GRI-Rahmenwerken oder dem DNK gefordert. Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 10.

⁵⁸⁶ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 10.

⁵⁸⁷ Als Stakeholder von kEVU werden Gesellschafter, Politiker, Kommunen, Kunden, Mitarbeiter, Anwohner, Vereine sowie darüber hinaus gehende Anspruchsgruppen genannt. Im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse sind Vertreter der Politik, der Verwaltung, der Wissenschaft sowie von Wirtschaftsverbänden, Stiftungen, Gewerkschaften, Energieinitiativen und weitere Experten zur Abbildung der Stakeholderperspektive eingebunden gewesen. Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 11.

⁵⁸⁸ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 10–12.

⁵⁸⁹ Vgl. Rat für Nachhaltige Entwicklung/Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2018), S. 12–13.

In der Praxis weist der freiwillig publizierte **Geschäftsbericht** aufgrund der hohen Reichweite als wesentliches Instrument zur Informationsbereitstellung zum Geschäftsjahr eine hohe Bedeutung auf.⁵⁹⁰ Für den Geschäftsbericht liegt keine Legaldefinition und folglich keine Normierung vom Umfang und Aufbau vor.⁵⁹¹ Im allgemeinen Verständnis setzt sich der Geschäftsbericht jedoch aus einem (**quasi-**) **obligatorischen** sowie einem **fakultativen Teil** zusammen.⁵⁹²

In dem (**quasi-**) **obligatorischen Teil** kommen die Unternehmen den Offenlegungspflichten gemäß § 325 HGB nach, sodass hier beispielsweise der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bestätigungsvermerk bzw. der Vermerk über dessen Versagung, der Bericht des Aufsichtsrates, die Erklärung zum Corporate Governance Kodex⁵⁹³ nach § 161 AktG sowie gegebenenfalls der Gewinnverwendungsvorschlag verortet werden.⁵⁹⁴ Der (quasi-) obligatorische Teil wird zudem unterteilt in prüfungspflichtige und nichtprüfungspflichtige Bestandteile.⁵⁹⁵ Zu den prüfungspflichtigen Bestandteilen sind der Jahresabschluss und der Lagebericht zu zählen.⁵⁹⁶ Zudem bestehen Berichtsalternativen zur Veröffentlichung des NFB im Geschäftsbericht, sodass dieser dann auch zum prüfungspflichtigen Teil gezählt wird.⁵⁹⁷ Die nicht prüfungspflichtigen Bestandteile stellen etwa der Bestätigungsvermerk bzw. der Vermerk über dessen Versagung, der Bericht des Aufsichtsrates und der Gewinnverwendungsvorschlag dar.⁵⁹⁸

Im **fakultativen Teil**, der frei gestaltbar ist, sind beispielsweise das Vorwort des Vorstands, die Beschreibung des Unternehmens, möglicherweise auch mit CSR-Bezug, die Vorstellung der angebotenen Produkte und Dienstleistungen, Informa-

⁵⁹⁰ Vgl. Grüning (2011), S. 27; Kleinmanns (2016), S. 1205; Kolb et al. (2016), Rn. 1080; KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 2; Serfas (2012), S. 6.

⁵⁹¹ Vgl. Kleinmanns (2016), S. 1205; KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 12.

⁵⁹² Vgl. Kleinmanns (2016), S. 1207; Küting/Hütten (1998), S. 309; Serfas (2012), S. 6.

⁵⁹³ Diese ist Bestandteil der Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung, die wiederum dem Lagebericht bzw. Konzernlagebericht zugehörig ist. Vgl. DRS 20.K227.

⁵⁹⁴ Vgl. Grüning (2011), S. 29; Küting/Hütten (1998), S. 308–309; Serfas (2012), S. 11.

⁵⁹⁵ Vgl. Grüning (2011), S. 29; KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 12; Schlierer (2004), S. 61.

⁵⁹⁶ Vgl. Grüning (2011), S. 29; KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 12.

⁵⁹⁷ Vgl. Abschnitte 3.2.2.2.3 und 3.2.2.2.6.

⁵⁹⁸ Vgl. Hütten (2000), S. 95; Kleinmanns (2016), S. 1207; Küting/Busch (2003), S. 154–155.

tionen zu den ausgegebenen Wertpapieren sowie Mehrjahresübersichten zu Kennzahlen enthalten.⁵⁹⁹ Zudem kann im fakultativen Teil auch ein Abschnitt bzw. Kapitel mit Angaben zu CSR-Themen, im Folgenden als Nachhaltigkeitskapitel⁶⁰⁰ bezeichnet, verortet werden.⁶⁰¹

Folglich kann der Geschäftsbericht die verpflichtende und freiwillige Unternehmensberichterstattung auf sich vereinen. Die nicht prüfungspflichtigen Bestandteile des (quasi-) obligatorischen Teils sowie der fakultative Teil, exklusive des Nachhaltigkeitskapitels, des Geschäftsberichts werden im Folgenden als **„Rest-Geschäftsbericht“** bezeichnet.

Sofern bei der Erstellung des NFB die entsprechende Berichtsalternative gewählt wird, kann zudem der vom Lagebericht **gesonderte und eigenständige NFB** identifiziert werden.

Neben dem Geschäftsbericht und dem eigenständigen NFB existieren in der Berichterstattungspraxis freiwillig aufgestellte, **weitere Unternehmensberichte**, in der alle oder auch weniger Dimensionen der Triple Bottom Line thematisiert werden.⁶⁰² Dies sind beispielsweise Nachhaltigkeits- oder Umweltberichte sowie Umwelterklärungen. In den Nachhaltigkeitsberichten kann der gesonderte NFB als Abschnitt oder in integrativer Form enthalten sein.⁶⁰³ Des Weiteren stellen Unternehmen auch Informationen auf freiwilliger Basis in Berichten, die beispielsweise als „Magazin zum Geschäftsbericht“ bezeichnet werden, bereit, in denen auf die Unternehmensstrategie und CSR-Themen eingegangen wird.⁶⁰⁴

Eine gezielte Informationsbereitstellung von CSR-Themen kann der NFE bzw. dem NFB und den freiwillig aufgestellten weiteren Unternehmensberichten, wie etwa dem Nachhaltigkeitsbericht, entnommen werden. Die NFE bzw. der NFB stellt die **verpflichtende CSR-Berichterstattung** dar, wohingegen die Nachhaltigkeitskapitel im fakultativen Teil des Geschäftsberichts und die freiwillig aufgestellten weiteren Unternehmensberichte, die CSR-Themen enthalten, im Weiteren auch als

⁵⁹⁹ Vgl. Kleinmanns (2016), S. 1205; Küting/Hütten (1998), S. 309; Serfas (2012), S. 11.

⁶⁰⁰ Ein solcher Abschnitt bzw. ein solches Kapitel liegt dann vor, wenn die Überschrift des Kapitels einen eindeutigen Bezug zum Begriff „Nachhaltigkeit“ aufweist.

⁶⁰¹ Vgl. Wulf/Inwinkl (2018), S. 477; Wulf/Wasmuth (2018), S. 519.

⁶⁰² Vgl. Abschnitte 3.2.2.1 und 6.2.2.2.

⁶⁰³ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

⁶⁰⁴ Zur detaillierten Darstellung der weiteren Unternehmensberichte in der Unternehmenspraxis von KEVU sei auf Abschnitt 6.2.2.2 verwiesen.

freiwillige CSR-Berichterstattung verstanden werden.⁶⁰⁵ Die verpflichtende CSR-Berichterstattung in Form der NFE bzw. des NFB und die freiwillige CSR-Berichterstattung werden als **CSR-Berichterstattung** begrifflich zusammengefasst.

Sofern CSR-Themen im Lagebericht⁶⁰⁶ und in der NFE als Teil des Lageberichts bzw. im separaten NFB⁶⁰⁷ enthalten sind, werden diese im Folgenden als **CSR-Themen in der prüfungspflichtigen Berichterstattung** bezeichnet. Angaben zu CSR-Themen im Rahmen des nicht prüfungspflichtigen Bestandteils des (quasi-)obligatorischen Teils sowie des fakultativen Teils des Geschäftsberichts und in den weiteren Unternehmensberichten werden als **CSR-Themen in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung** verstanden. Unter dem Begriff „**CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung**“ werden alle CSR-Themen in der gesamten Unternehmensberichterstattung subsumiert.

3.3 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

3.3.1 Ansätze zur Unternehmensregulierung

3.3.1.1 Theoretische Grundlagen zu den Ansätzen der Unternehmensregulierung

Es existieren keine einheitlichen Definitionen von den Ansätzen zur Unternehmensregulierung.⁶⁰⁸ Im Weiteren dienen Steurers (2015) Ausführungen zu dieser Thematik als Grundlage, wonach die unterschiedlichen Regulierungsansätze von Unternehmen anhand von zwei Kriterien systematisiert werden.⁶⁰⁹

⁶⁰⁵ Vgl. Abschnitt 3.2.2.1.

⁶⁰⁶ Dem Lagebericht ist die Erklärung bzw. Konzernklärung zur Unternehmensführung zugehörig. Auch wenn diese nicht inhaltlich durch den Abschlussprüfer zu prüfen ist, hat dieser die Erklärung bzw. die Konzernklärung zur Unternehmensführung trotzdem kritisch zu lesen und zu prüfen, ob diese im Verhältnis zum geprüften Lagebericht, Jahresabschluss und zu dem Ergebnis der Abschlussprüfung wesentliche Unstimmigkeiten aufweist. Folglich muss der Abschlussprüfer diese kritisch durchsehen. Zur Erläuterung der Prüfungspflichten sei auf Abschnitt 3.2.2.2.3 und zur Erläuterung des Auswertungsvorgehens in der empirischen Untersuchung sei auf Abschnitt 6.3.3 verwiesen.

⁶⁰⁷ Auch wenn für die NFE bzw. den NFB keine inhaltliche Prüfungspflicht durch den Abschlussprüfer besteht, hat dieser die NFE bzw. den NFB kritisch zu lesen. Des Weiteren besteht eine inhaltliche Prüfungspflicht der NFE bzw. des NFB durch den Aufsichtsrat. Zur Erläuterung der Prüfungspflichten sei auf Abschnitt 3.2.2.2.3 verwiesen.

⁶⁰⁸ Vgl. Buck-Heeb/Dieckmann (2010), S. 23; Sachoulidou (2017), S. 27–28; Steurer (2015), S. 1206.

⁶⁰⁹ Vgl. Steurer (2015), S. 1206.

Die Einordnung der Regulierungsansätze ist zum einen von den an der Regulierung beteiligten Akteuren und zum anderen vom Verbindlichkeitsgrad der aus der Regulierung resultierenden Vorgaben abhängig.⁶¹⁰ Unter der Berücksichtigung dieser Kriterien differenziert Steurer (2015) **fünf Regulierungsansätze**: harte staatliche Regulierung, zivile Regulierung, Ko-Regulierung, weiche staatliche Regulierung sowie die Selbstregulierung.⁶¹¹

Die auf rechtlichen und fiskalisch-ökonomischen Instrumenten basierende **harte staatliche Regulierung** ist die mit dem höchsten Verbindlichkeitsgrad, sodass eine Pflichtverletzung seitens des regulierten Unternehmens geahndet wird.⁶¹² Die **zivile Regulierung** wird als weniger verbindlich eingestuft, hat jedoch durch die Möglichkeiten der Stakeholder zur Druckausübung auf die Unternehmen den zweithöchsten Verbindlichkeitsgrad.⁶¹³ Dem dritthöchsten Verbindlichkeitsgrad ist die **Ko-Regulierung** einzuordnen, die auf dem gemeinsamen Engagement mehrerer Akteure, wie etwa Regierung, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen, in verschiedenen Konstellationen beruht.⁶¹⁴ Zwischen Ko-Regulierung und Selbstregulierung ist die **weiche staatliche Regulierung**, auch „soft law“ genannt, einzuordnen, die Regulierungsinstrumente und Vorgaben umfasst, die entweder nur Empfehlungen und Anreize darstellen oder trotz ihrer rechtlichen Verbindlichkeit nicht auf Befolgung überprüft werden, sodass eine Nichtbeachtung dieser ungestraft bleibt.⁶¹⁵ Als am wenigsten verbindlich und weitestgehend freiwillig ist die **Selbstregulierung** der Unternehmen nur durch sich selbst, also unabhängig von den Einflüssen der Regierung oder von Nichtregierungsorganisationen, einzustufen.⁶¹⁶ Somit können auch keine negativen Rechtsfolgen für das Unternehmen entstehen, wenn dieses nicht konform mit den selbst auferlegten Vorgaben agiert.⁶¹⁷ Des Weiteren erkennt Steurer (2015) Interdependenzen zwischen den einzelnen Ansätzen in der Praxis an.⁶¹⁸ So wird der Wirkungszusammenhang der zivilen Regulierung durch den Druck der Stakeholder auf die Selbstregulierung genannt.⁶¹⁹

⁶¹⁰ Vgl. Steurer (2015), S. 1206.

⁶¹¹ Vgl. Steurer (2015), S. 1206.

⁶¹² Vgl. Steurer (2012), S. 14–16.

⁶¹³ Vgl. Steurer (2015), S. 1206; Zadek (2004), S. 126–130.

⁶¹⁴ Vgl. Steurer (2015), S. 1206, (2012), S. 18–20.

⁶¹⁵ Vgl. Joseph (2002), S. 97–101; Neuhäuser (2017), S. 774; Steurer (2015), S. 1200.

⁶¹⁶ Vgl. Coni-Zimmer/Rieth (2015), S. 1166; Grüb/Greiling (2015), S. 117–118.

⁶¹⁷ Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 117–118.

⁶¹⁸ Vgl. Steurer (2015), S. 1208.

⁶¹⁹ Vgl. Steurer (2015), S. 1208.

Im Folgenden erfolgt die Betrachtung anhand der staatlichen Regulierung, der zivilen Regulierung sowie der Selbstregulierung.

3.3.1.2 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch harte staatliche Regulierung

Das Bestehen der CSR-Berichtspflicht für bestimmte große Unternehmen, Kreditinstituten sowie Versicherungsunternehmen für ab dem 01.01.2017 beginnende Geschäftsjahre ist im Rahmen der vorstehenden Ausführungen erläutert worden. Entsprechend Steurers (2015) Ausführungen liegt bei der Verpflichtung von Unternehmen durch gesetzliche Regelungen, wie etwa zur CSR-Berichterstattung, die harte staatliche Regulierung vor.⁶²⁰

Entsprechend unterschiedlicher Einschätzungen sind zwischen 548 (Einschätzung Bundesanzeiger) und 536 (Einschätzung von Bayer und Hoffmann (2016) für die Hans-Böckler-Stiftung) Unternehmen in Deutschland von der **CSR-Berichtspflicht** betroffen.⁶²¹ Die 536 Unternehmen⁶²² sind in 278 kapitalmarktorientierte Unternehmen und in 258 nicht-kapitalmarktorientierte Kreditinstitute und Versicherungen zu unterteilen.⁶²³ Von den kapitalmarktorientierten Unternehmen sind 8 EVU und von den nicht-kapitalmarktorientierten Kreditinstituten und Versicherungen sind 160 Sparkassen, die auch kommunale Unternehmen darstellen.⁶²⁴ Von den 8 EVU befinden sich 4 Unternehmen in mehrheitlich kommunaler Eigentümerschaft.⁶²⁵ Somit liegt für diese KEVU eine Pflicht zur Erstellung einer NFE bzw. eines NFB vor.

Ein Vergleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der CSR-Richtlinie in nationales Recht verdeutlicht, dass in anderen Ländern die CSR-Berichtspflicht für Unternehmen nicht so eng wie in Deutschland gefasst ist.⁶²⁶ Dänemark und Schweden sind als Vorreiter zu bezeichnen, denn in diesen Ländern bestehen im Vergleich zu Deutschland nicht die Hürden der Kapitalmarktorientierung oder

⁶²⁰ Vgl. Steurer (2015), S. 1200.

⁶²¹ Vgl. Bayer/Hoffmann (2016), S. 5.

⁶²² Im Weiteren wird angenommen, dass 536 Unternehmen eine NFE bzw. einen NFB aufstellen.

⁶²³ Vgl. Bayer/Hoffmann (2016), S. 6.

⁶²⁴ Vgl. Bayer/Hoffmann (2016), S. 5–6; Seier/Kalhöfer (2017), S. 37; Wohltmann (2008), S. 1–2.

⁶²⁵ Vgl. Anhang H.

⁶²⁶ Vgl. Global Reporting Initiative/CSR Europe (2017), S. 19–30; Heydenreich/Paasch (2017), S. 18.

dass die Unternehmen mindestens 500 Mitarbeiter⁶²⁷ beschäftigt haben müssen.⁶²⁸ Unter diesen Umständen wären wohl auch in Deutschland viele KEVU zur Aufstellung und Offenlegung einer NFE bzw. eines NFB verpflichtet. Aufgrund der begrenzten Anzahl von verpflichteten Unternehmen in Deutschland wird eine **Ausweitung der CSR-Berichtspflicht** gefordert.⁶²⁹ Des Weiteren geht aus der Mitteilung „Der europäische Grüne Deal“ der Europäischen Kommission (2019) die Ankündigung zur **Überprüfung der CSR-Richtlinie** im Laufe des Jahres 2020 hervor.⁶³⁰ Möglicherweise resultieren daraus aktualisierte CSR-Berichtspflichten.

3.3.1.3 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch zivile Regulierung

Insbesondere auf der Ebene des Einzelunternehmens haben bedeutsame Stakeholder einen eklatanten Einfluss auf die Unternehmen.⁶³¹ Der Einfluss wichtiger Stakeholder auf die Aktivitäten eines Unternehmens kann sich durch die Pflicht zur Erstellung einer NFE bzw. eines NFB seitens der Stakeholder ergeben. Aufgrund der geforderten Angaben zu Risiken aus Geschäftsbeziehungen wird eine Ausstrahlungswirkung entlang der Lieferkette von den berichtspflichtigen Unternehmen auf nicht berichtspflichtige Unternehmen erwartet.⁶³² Die zu erfüllenden (Größen-) Kriterien eines Unternehmens, um der CSR-Berichtspflicht zu unterliegen, lassen zudem darauf schließen, dass diese Unternehmen bedeutende Stakeholder eines anderen Unternehmens, wie etwa eines Geschäftspartners, darstellen. Wenn also diese bedeutsamen Stakeholder Informationen in Bezug auf die CSR-Berichtspflicht von ihren Geschäftspartnern fordern, können sich diese zu einer eigenen Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung verpflichtet sehen.

Es wird somit eine **Ausstrahlungswirkung** von den verpflichteten großen Unternehmen auf kleine und mittelgroße Lieferanten angenommen.⁶³³ Insbesondere die Energielieferanten in Form der EVU haben als wesentliche Verursacher von THG-

⁶²⁷ In Dänemark müssen Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern einen CSR-Bericht mit geringerem Umfang als Unternehmen mit mindestens 500 Mitarbeitern aufstellen. Vgl. Global Reporting Initiative/CSR Europe (2017), S. 19.

⁶²⁸ Vgl. Global Reporting Initiative/CSR Europe (2017), S. 19–29.

⁶²⁹ Vgl. Heydenreich (2016), S. 4–5; Scheid/Müller (2017), S. 2245; Stawinoga (2017), S. 224.

⁶³⁰ Vgl. Europäische Kommission (2020b), S. 4, (2019b), S. 20–21.

⁶³¹ Vgl. Steurer (2012), S. 18.

⁶³² Vgl. Böcking/Althoff (2017), S. 249–250; Haaker/Freiberg (2017), S. 27; Pfeifer/Wulf (2017a), S. 229; Scheid/Müller (2017), S. 2245–2246.

⁶³³ Vgl. Scheid/Müller (2017), S. 2240.

Emissionen⁶³⁴ einen starken Einfluss auf Umweltbelange, sodass die Geschäftskunden als Stakeholder der EVU Informationen über diese Auswirkungen verlangen und im Rahmen der CSR-Berichtspflicht möglicherweise auch einfordern werden. Die Lieferanten können somit von den berichtspflichtigen Unternehmen in die Pflicht zur Bereitstellung entsprechender CSR-Informationen genommen werden, sodass den nicht berichtspflichtigen Unternehmen eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik empfohlen wird.⁶³⁵

3.3.1.4 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch Selbstregulierung

Die Selbstverpflichtung kann sowohl durch ein einzelnes Unternehmen, als auch durch Unternehmen einer Branche vorgenommen werden.⁶³⁶ Auf Branchenebene äußert sich dies beispielsweise in der Entwicklung von gemeinsamen Verhaltenskodizes.⁶³⁷ Für das einzelne Unternehmen umfasst die **Selbstverpflichtung** beispielsweise die strategische Implementierung von CSR-Sachverhalten oder die Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung.⁶³⁸

Unabhängig von der Betrachtungsebene, also Branche oder Einzelunternehmen, ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Treiber zur Selbstregulierung darin besteht, dass die Unternehmen verpflichtenden Regelungen des Gesetzgebers zuvorkommen wollen.⁶³⁹ Dies bedeutet, dass die Unternehmen entweder dem Gesetzgeber verdeutlichen wollen, dass aufgrund ihres freiwilligen Engagements, also der Selbstregulierung, keine Ausweitung der CSR-Berichtspflicht nötig ist, oder dass diese aufgrund einer erwarteten gesetzlichen Verpflichtung bereits vorher auf die daraus resultierenden Anforderungen vorbereitet sein wollen.⁶⁴⁰ In diesem Kontext dient die Selbstregulierung als Erklärungsansatz, warum auch nicht von der CSR-Berichtspflicht betroffene KEVU trotzdem über diese Sachverhalte in der Unternehmensberichterstattung berichten.

⁶³⁴ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016), S. 30; Kalhöfer/Schuchardt (2016), S. 390.

⁶³⁵ Vgl. Scheid/Müller (2017), S. 2245; Schmotz/Schmidt (2017), S. 2878.

⁶³⁶ Vgl. Steurer (2015), S. 1206.

⁶³⁷ Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 117; Steurer (2015), S. 1206.

⁶³⁸ Vgl. Curbach (2009), S. 95; Steurer (2015), S. 1206, (2012), S. 18.

⁶³⁹ Vgl. Fischer (2017), S. 129; Grüb/Greiling (2015), S. 118; Steurer (2012), S. 18.

⁶⁴⁰ Vgl. Fischer (2017), S. 129; Grüb/Greiling (2015), S. 118.

3.3.2 Legitimitätstheorie

3.3.2.1 Theoretische Grundlagen der Legitimitätstheorie

Zur Begriffsbestimmung der Legitimität⁶⁴¹ existieren verschiedene Definitionen.⁶⁴²

Der Kerngedanke ist jedoch in den meisten Fällen als identisch einzustufen und besteht in der Berücksichtigung gesellschaftlicher Werte durch eine Organisation.⁶⁴³ Suchmans (1995) Legitimitätsdefinition erfasst den gemeinsamen Kern der verschiedenen Definitionen:⁶⁴⁴

“Legitimacy is a generalized perception or assumption that the actions of an entity are desirable, proper, or appropriate within some socially constructed system of norms, values, beliefs, and definitions.”⁶⁴⁵

Somit ist der wesentliche Gedanke der Legitimitätstheorie, dass die Gesellschaft dem Unternehmen Legitimität verleiht, wenn dieses übereinstimmend mit den Werten, Erwartungen und Normen der Gesellschaft agiert.⁶⁴⁶ Die Legitimitätstheorie basiert auf dem Konzept des „**Social Contract**“, demzufolge alle Unternehmen über einen explizit formulierten oder implizierten sozialen Vertrag mit der Gesellschaft interagieren.⁶⁴⁷ Im Sinne der Legitimitätstheorie unter der Berücksichtigung des Social Contract resultiert der langfristige Unternehmenserfolg und das Fortbestehen aus der Fähigkeit des Unternehmens, die gesellschaftlichen Erwartungen und damit den sozialen Vertrag zu erfüllen.⁶⁴⁸ Legitimität ist in diesem Zusammenhang nicht als Ressource anzusehen, sondern als überlebensnotwendige Voraussetzung für den Zugang zu Ressourcen, wie etwa Finanz- und Humankapital, sowie zur Verbesserung von Beziehungen zu Kunden, Mitarbeitern und Investoren.⁶⁴⁹ In dem von Wechselwirkungen zwischen Unternehmen und Gesellschaft geprägten

⁶⁴¹ In den zum Abschnitt 3.3.2 verwendeten Quellen werden die Begriffe „Legitimation“ und „Legitimität“ häufig synonym verwendet. Im Weiteren wird zur einheitlichen Betrachtungsweise lediglich der Begriff „Legitimität“ verwendet.

⁶⁴² Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 112.

⁶⁴³ Vgl. Eichhorn (2012), S. 95; Grüb/Greiling (2015), S. 112.

⁶⁴⁴ Vgl. Suchman (1995), S. 573–574.

⁶⁴⁵ Suchman (1995), S. 574.

⁶⁴⁶ Vgl. Deegan (2002), S. 292; Fischer (2007), S. 329; O'Donovan (2002), S. 347; Wilmshurst/Frost (2000), S. 11.

⁶⁴⁷ Vgl. An et al. (2011), S. 577; Deegan (2002), S. 293; Mobus (2005), S. 495; Shocker/Sethi (1973), S. 97; Velte/Stawinoga (2017), S. 281.

⁶⁴⁸ Vgl. Brühl/Osann (2010), S. 284; Grüb/Greiling (2015), S. 112; Shocker/Sethi (1973), S. 97; Velte/Stawinoga (2017), S. 281.

⁶⁴⁹ Vgl. Deegan (2002), S. 293; Velte/Stawinoga (2017), S. 281.

Konzept des Social Contract ist durch dynamische Entwicklungen in der Gesellschaft und damit bedingten Werteveränderungen ein **kontinuierlicher Nachweis der Legitimität** durch eine Anpassung des Unternehmens an die Werte und Erwartungen notwendig.⁶⁵⁰

Das Unternehmen ist also nicht losgelöst von der Gesellschaft zu betrachten, da es für das Fortbestehen die verliehene Legitimität der Gesellschaft benötigt. Somit ist die Legitimität essentiell für ein Unternehmen. Eine Beschädigung der Legitimität tritt folglich dann ein, wenn die „Vertragserfüllung“ seitens des Unternehmens nicht mehr mit den Werten und Erwartungen der Gesellschaft übereinstimmt und dem Unternehmen daraus resultierend die Legitimität und damit einhergehend der Zugriff auf unternehmensrelevante Ressourcen entzogen wird.⁶⁵¹ In diesem Fall liegt eine **Legitimitätslücke** vor.⁶⁵²

3.3.2.2 Differenzierung von organisationaler Legitimität

3.3.2.2.1 Differenzierung organisationaler Legitimität nach Eichhorn

Eichhorn (2012) differenziert die Legitimität von Stadtwerken in vier Arten.⁶⁵³ Es werden die **normative, soziologische, juristische und ökonomische Legitimität** differenziert.⁶⁵⁴ Eichhorn (2012) beschreibt den gemeinsamen Kern der vier Arten, der in der Anerkennung des Unternehmens durch die Gesellschaft unter Berücksichtigung „von Normen, Werten, Prinzipien, Systemen, Aktivitäten und Verhaltensweisen“⁶⁵⁵ begründet ist.⁶⁵⁶ Des Weiteren wird angeführt, dass Wechselwirkungen zwischen den Arten bestehen.⁶⁵⁷

Die Definition der normativen und soziologischen Legitimität wird nach Eichhorn (2012) in Anlehnung an die Legitimitätsbetrachtung in der Politikwissenschaft vorgenommen.⁶⁵⁸ Die **normative Legitimität** ist als die Billigungswürdigkeit und die

⁶⁵⁰ Vgl. Deegan (2002), S. 292; Dowling/Pfeffer (1975), S. 127; Lange (2016b), S. 148; Shocker/Sethi (1973), S. 97.

⁶⁵¹ Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 117; O'Donovan (2002), S. 347.

⁶⁵² Vgl. O'Donovan (2002), S. 347.

⁶⁵³ Vgl. Eichhorn (2012), S. 97.

⁶⁵⁴ Vgl. Eichhorn (2012), S. 97.

⁶⁵⁵ Eichhorn (2012), S. 95.

⁶⁵⁶ Vgl. Eichhorn (2012), S. 95.

⁶⁵⁷ Vgl. Eichhorn (2012), S. 95; Zippelius (2007), S. 95.

⁶⁵⁸ Vgl. Eichhorn (2012), S. 93; Zippelius (2007), S. 93–95.

soziologische Legitimität als tatsächliche Billigung zu verstehen.⁶⁵⁹ Diese Legitimitätsarten werden in dem Beitrag jedoch nicht näher betrachtet.⁶⁶⁰ Der Fokus des Beitrags liegt darauf, die juristische und ökonomische Legitimität anhand von theoretischen Überlegungen nachzuweisen.⁶⁶¹ Demnach erlangt ein Stadtwerk **juristische Legitimität**, wenn die Unternehmenstätigkeit „rechtlich begründet und zulässig ist.“⁶⁶² Eichhorn (2012) nimmt diese Form der Legitimität als gegeben an, da Stadtwerke im Rahmen der allgemein anerkannten rechtlichen Rahmenbedingungen agieren.⁶⁶³ Die **ökonomische Legitimität** von Unternehmen wird anhand der Leistung eines Unternehmens zur Bedürfnisbefriedigung mittels Dienstleistungen und Produkten abgeleitet.⁶⁶⁴ Die Bedürfnisbefriedigung kann entweder gewinnerzielend, kostendeckend oder auch nicht gewinnbringend erbracht werden.⁶⁶⁵ Nach Eichhorn (2012) sind Stadtwerke ebenfalls ökonomisch legitimiert, da diese mit der Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse, die in den Sachzielen öffentlicher Unternehmen formuliert sind, beauftragt worden sind.⁶⁶⁶

3.3.2.2.2 Differenzierung organisationaler Legitimität nach Scharpf und Herzberg

In der Demokratietheorie nach Scharpf (1999) wird die demokratische Legitimität in eine „**Input-Legitimität**“ und eine „**Output-Legitimität**“ unterteilt.⁶⁶⁷ Des Weiteren existiert die Auffassung, dass zwischen Input- und Output-Legitimität zusätzlich die „**Throughput-Legitimität**“ anzusiedeln ist.⁶⁶⁸

Die **Input-Legitimität** ist auch als „Herrschaft durch das Volk“⁶⁶⁹ zu bezeichnen.⁶⁷⁰ Diesem Ansatz zufolge sind politische Entscheidungen als legitim einzuordnen, da sie den Willen der Gesellschaft widergeben.⁶⁷¹ Die Begründung der Input-Legitimität basiert in der Regel auf der Partizipations- und der Konsens-Formel.⁶⁷²

⁶⁵⁹ Vgl. Fischer (2007), S. 329; Zippelius (2007), S. 93–96.

⁶⁶⁰ Vgl. Eichhorn (2012), S. 97.

⁶⁶¹ Vgl. Eichhorn (2012), S. 97–100.

⁶⁶² Eichhorn (2012), S. 96.

⁶⁶³ Vgl. Eichhorn (2012), S. 96; Zippelius (2007), S. 96.

⁶⁶⁴ Vgl. Eichhorn (2012), S. 93.

⁶⁶⁵ Vgl. Eichhorn (2012), S. 100.

⁶⁶⁶ Vgl. Eichhorn (2012), S. 100.

⁶⁶⁷ Vgl. Fischer (2007), S. 335; Herzberg (2015), S. 45; Scharpf (1999), S. 16; Schmelzle (2008), S. 167.

⁶⁶⁸ Vgl. Herzberg (2016a), S. 34, (2015), S. 51; Schmidt (2010), S. 5–10.

⁶⁶⁹ Scharpf (1999), S. 16.

⁶⁷⁰ Vgl. Fischer (2007), S. 336.

⁶⁷¹ Vgl. Fischer (2007), S. 336; Scharpf (1999), S. 16.

⁶⁷² Vgl. Scharpf (1999), S. 17.

Die Partizipations-Formel fordert eine geringe Distanz zwischen Betroffenen und dessen Vertretern, ohne die eine wirksame Partizipation nicht greift.⁶⁷³ Die Konsens-Formel fordert eine umfassende Zustimmung zu „Lösungen zum Nutzen aller“⁶⁷⁴ und keine Mehrheitsentscheidungen.⁶⁷⁵ In pluralistischen und vielschichtigen Gesellschaften ist der Konsens jedoch tendenziell nicht möglich, sodass das Vertrauen der Minderheit in die Mehrheit als wesentliche Herausforderung der Input-Legitimität formuliert wird.⁶⁷⁶

Die **Output-Legitimität** ist der Gegenpol zur Input-Legitimität und beschreibt die „Herrschaft für das Volk“⁶⁷⁷.⁶⁷⁸ Demnach ergibt sich die Legitimität politischer Entscheidungen daraus, dass diese dem Wohle des Volkes bzw. der Gesellschaft dienen.⁶⁷⁹ Output-Legitimität basiert auf der Kompetenz zur Beseitigung von Problemen, die „weder durch individuelles Handeln noch durch den Markt und auch nicht durch freiwillig-gemeinsames Handeln“⁶⁸⁰ behoben werden können und kollektiver Entscheidungen bedürfen.⁶⁸¹

Die **Throughput-Legitimität** nimmt eine Vermittlerrolle zwischen den beiden Legitimitätsformen ein.⁶⁸² Demnach existiert zwischen den zwei klassischen Legitimitätsformen eine sog. „black box“⁶⁸³. Es besteht also für Außenstehende eine Unklarheit darüber, wie der politische Entscheidungsprozess zwischen dem Auftrag in Form der Input-Legitimität und den Ergebnissen als Output-Legitimität tatsächlich ausgestaltet ist.⁶⁸⁴ Aufgrund des dargelegten Sachverhalts können Legitimitätslücken entstehen, die durch die Beteiligung beispielsweise von Vertretern oder Bürgern am Entscheidungsprozess, mittels der dadurch neu entstehenden Throughput-Legitimität, verhindert werden können.⁶⁸⁵ Aus diesem Grund wird diese Unterform auch als „Herrschaft mit dem Volk“ verstanden.⁶⁸⁶

⁶⁷³ Vgl. Fischer (2007), S. 336; Scharpf (1999), S. 17.

⁶⁷⁴ Scharpf (1999), S. 17.

⁶⁷⁵ Vgl. Fischer (2007), S. 336; Scharpf (1999), S. 17.

⁶⁷⁶ Vgl. Fischer (2007), S. 336; Scharpf (1999), S. 17–20; Schmelzle (2008), S. 167–169.

⁶⁷⁷ Scharpf (1999), S. 12.

⁶⁷⁸ Vgl. Herzberg (2015), S. 51.

⁶⁷⁹ Vgl. Fischer (2007), S. 337; Scharpf (1999), S. 16.

⁶⁸⁰ Scharpf (1999), S. 20.

⁶⁸¹ Vgl. Scharpf (1999), S. 20.

⁶⁸² Vgl. Herzberg (2016a), S. 34, (2015), S. 51; Schmidt (2010), S. 5–10.

⁶⁸³ Schmidt (2010), S. 20.

⁶⁸⁴ Vgl. Herzberg (2015), S. 51–52; Schmidt (2010), S. 7–9.

⁶⁸⁵ Vgl. Herzberg (2015), S. 14–15.

⁶⁸⁶ Vgl. Schmidt (2010), S. 5.

Die drei aufgeführten Legitimitätsformen dienen traditionell zur Untersuchung von politischen Institutionen, wie etwa der EU.⁶⁸⁷ Herzberg (2015) überträgt dieses dreiteilige Untersuchungsrastrer auf öffentliche Unternehmen.⁶⁸⁸ Dementsprechend resultiert die Input-Legitimität öffentlicher Unternehmen aus dem erteilten Auftrag zur Unternehmenstätigkeit der demokratisch gewählten Bürgervertreter.⁶⁸⁹ Die Output-Legitimität entsteht aus der Zufriedenheit der betroffenen Bürger mit dem Output der unternehmerischen Tätigkeit.⁶⁹⁰ Der Output kann nicht nur aus Produkten und Dienstleistungen mit adäquaten Eigenschaften hinsichtlich Preis und Qualität bestehen, sondern auch aus den getätigten Investitionen und Spenden des Unternehmens.⁶⁹¹ Zwischen diesen Legitimitätsformen resultiert die Throughput-Legitimität durch die Bürgerbeteiligung an den Unternehmensprozessen.⁶⁹² Des Weiteren sind Interdependenzen zwischen den Legitimitätsformen zu konstatieren, so dass eine mangelhafte und nicht zufriedenstellende Output-Legitimität zu einem Entzug der Input-Legitimität führen kann.⁶⁹³

3.3.2.3 Legitimitätslücke von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

3.3.2.3.1 Auswahl des Untersuchungsrahmens nach Scharpf und Herzberg

Die theoriegeleitete Erläuterung der Legitimitätslücke von KEVU wird anhand der Legitimitätsunterscheidung nach Scharpf (1999) und Herzberg (2015) vorgenommen.⁶⁹⁴ Die Betrachtungsweise und Unterscheidung der Legitimität in die Input- und Output-Perspektive kommt den Gegebenheiten und Legitimitätsquellen kommunaler (Energieversorgungs-) Unternehmen sehr nahe. Per Definition dienen kommunale Unternehmen im Sinne von Thiemeyers Instrumentalthese als Instrumente der mehrheitlich kommunalen Eigentümer zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge für die Gemeinde und der in ihr lebenden Bürger.⁶⁹⁵

⁶⁸⁷ Vgl. Scharpf (1999), S. 16; Schmidt (2010), S. 10.

⁶⁸⁸ Vgl. Herzberg (2015), S. 50–55.

⁶⁸⁹ Vgl. Herzberg (2016b), S. 52.

⁶⁹⁰ Vgl. Herzberg (2015), S. 51.

⁶⁹¹ Vgl. Herzberg (2015), S. 53.

⁶⁹² Vgl. Herzberg (2015), S. 154.

⁶⁹³ Vgl. Herzberg (2015), S. 53; Scharpf (1999), S. 21.

⁶⁹⁴ Die kombinierte Betrachtung von Scharpf (1999) und Herzberg (2015) ist darin begründet, dass Herzberg (2015) auf den Ausführungen von Scharpf (1999) aufbaut. Vgl. Herzberg (2015), S. 51.

⁶⁹⁵ Vgl. Burazerovic (2015), S. 28; Greiling/Ther (2011), S. 353; Statistisches Bundesamt (2016), S. 8; Thiemeyer (1975), S. 28; Wildemann (2009), S. 26.

Die Beauftragung der kEVU als Instrumente der kommunalen Eigentümer durch die Bürgervertreter im Gemeinderat stellt die Herrschaft durch das Volk, also die Input-Legitimität dar. Diese basiert entsprechend des Social Contract zwischen Unternehmen und Gesellschaft auf dem Auftrag zur Unternehmenstätigkeit durch die demokratisch gewählten Vertreter der Gesellschaft. Dabei kann der Auftrag entweder implizit oder explizit ausgedrückt sein.⁶⁹⁶ Bei kEVU äußert sich der explizit ausgedrückte Social Contract im Auftrag der Bürgervertreter zur Erreichung der Sach- und Formalziele.⁶⁹⁷ Durch die Entscheidung seitens der demokratisch legitimierten Exekutive der Gemeinde zur Erbringung eines öffentlichen Zwecks, der als Sachziel des Unternehmens zu verstehen ist, überträgt sich im Sinne der Instrumentalthese die demokratische Legitimität der Exekutive auf das zur Erbringung von Leistungen des öffentlichen Zwecks eingesetzte Instrument, also das kEVU. Diese lückenlose und ununterbrochene Übertragung der Legitimität „von der Urwahl zu den Basisgremien bis hin zur strategischen Führung der einzelnen Unternehmen“⁶⁹⁸ wird auch als „**Legitimationskette**“⁶⁹⁹ bezeichnet.⁷⁰⁰

Auf der anderen Seite äußert sich die Herrschaft für das Volk gemäß der Output-Legitimität in der Daseinsvorsorge eines kEVU. Die Output-Legitimität besteht nach Scharpf (1999) in der Kompetenz einer Institution oder Organisation zur Lösung von Problemen, die durch das Individuum oder auch freiwillig-vereintem Engagement nicht zu lösen sind und kollektiver Lösungen bedürfen.⁷⁰¹ Diese Eigenschaft der Output-Legitimität ähnelt der Begriffsdefinition der Daseinsvorsorge nach Forsthoff (1938).⁷⁰² Ihrer ursprünglichen Definition zufolge garantiert die Daseinsvorsorge traditionell in den Bereichen die Versorgung mit wichtigen Leistungen, in denen diese vom Individuum selbst nicht erbracht werden können.⁷⁰³

Die Legitimitätsunterteilung nach Scharpf (1999) und Herzberg (2015) eignet sich somit als angemessener Untersuchungsrahmen für die Legitimitätsbetrachtung von kEVU. Eine weitere Betrachtung der Legitimität hinsichtlich der Throughput-Legitimität wird im Weiteren unterbleiben. Diese stellt für kommunale Unternehmen

⁶⁹⁶ Vgl. Abschnitt 3.3.2.1.

⁶⁹⁷ Zur Erläuterung der Sach- und Formalziele sei auf Abschnitt 2.3.2 verwiesen.

⁶⁹⁸ Schäfer (2014), S. 103.

⁶⁹⁹ Schäfer (2014), S. 103.

⁷⁰⁰ Vgl. Papenfuß (2013), S. 25; Schäfer (2014), S. 103.

⁷⁰¹ Vgl. Scharpf (1999), S. 20.

⁷⁰² Vgl. Abschnitt 2.3.2.

⁷⁰³ Vgl. Forsthoff (1938), S. 5–7.

keine klassische **Legitimitätsquelle** dar.⁷⁰⁴ Dementsprechend wird angenommen, dass diese auch nicht gefährdet ist. Diese Entscheidung wird außerdem dadurch gestützt, dass die Throughput-Legitimität teilweise nicht als eigenständige Legitimitätsform angesehen und diese als Teilaspekt der Input-Legitimität zugeordnet wird.⁷⁰⁵

3.3.2.3.2 Problematik der Input-Legitimität

Aufgrund der Entwicklungen der Energie- und Kommunalwirtschaft wird die Input-Legitimität von KEVU als gefährdet angesehen. Diese Auffassung wird durch die folgenden Ausführungen zum **Kontrollverlust**, der **Legitimationskette** und der **wettbewerblich organisierten Energiewirtschaft** begründet.

Der **Kontrollverlust** und die Unterbrechung der **Legitimationskette** resultieren insbesondere aus der seit den 1980er Jahren zunehmend privatrechtlichen Organisation öffentlicher Aufgabenerfüllung. Durch die Annäherung der Organisationsformen kommunaler Unternehmen an die von privatwirtschaftlichen Unternehmen wurden sich vom kommunalen Eigentümer Vorteile versprochen, wie etwa eine verbesserte Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Reaktionsgeschwindigkeit und neue Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Unternehmen.⁷⁰⁶ Speziell bei KEVU, die in einem wettbewerblich organisierten Marktumfeld aktiv sind, werden Organisationsformen benötigt, die den Unternehmen Freiheiten zur schnellen Anpassung an veränderte Marktbedingungen einräumen. Die Notwendigkeit und die Vorteile dieser Entwicklung sind nicht zu vernachlässigen.⁷⁰⁷

Herzberg (2015) vertritt die These, dass bei öffentlichen Unternehmen in privatrechtlicher Organisationsform schlechtere **Möglichkeiten zur Kontrolle** des Unternehmens durch die öffentlichen Eigentümer bestehen als bei einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform.⁷⁰⁸ Zu dieser Einschätzung kommt Herzberg (2015) aufgrund der vergleichenden Betrachtung der Kontrollebenen **Information**, **Dialog** und **Entscheidung** zwischen beiden Organisationsformen.⁷⁰⁹ Das Resultat des Vergleichs zeigt, dass hinsichtlich jeder Kontrollebene die rechtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle sowie Einflussnahme des Eigentümers auf das Unternehmen in der

⁷⁰⁴ Vgl. Herzberg (2015), S. 51.

⁷⁰⁵ Vgl. Fischer (2007), S. 338.

⁷⁰⁶ Vgl. Herzberg (2015), S. 29.

⁷⁰⁷ Vgl. Herzberg (2015), S. 29–30.

⁷⁰⁸ Vgl. Herzberg (2015), S. 30–39.

⁷⁰⁹ Vgl. Herzberg (2015), S. 35.

privatrechtlichen Organisationsform als limitierter und weniger stark ausgeprägt zu beurteilen sind als in der öffentlich-rechtlichen Organisationsform.⁷¹⁰ Es ist dabei von einem **Kontrollverlust** die Rede.⁷¹¹ Darüber hinaus beurteilt Herzberg (2015) gemischtwirtschaftliche Unternehmen, unabhängig von der privatrechtlichen Organisationsform, als noch stärker vom Kontrollverlust betroffen im Vergleich zu Unternehmen in vollständig öffentlicher Eigentümerschaft.⁷¹²

Die Möglichkeiten zur Kontrolle sind bei privatrechtlichen Organisationsformen stark eingeschränkt und die Unternehmen agieren deshalb "von den demokratisch-politischen Entscheidungen des Trägergemeinwesens abgekoppelt"⁷¹³. Die Ausübung der Kontrolle ist nicht nur eingeschränkter, sondern außerdem nur noch einem kleinen Kreis von Bürgervertretern, nämlich denjenigen, die dem Aufsichtsrat angehören, vorbehalten.⁷¹⁴ Es ist folglich eine wachsende Distanz zwischen Bürgern und ihren Vertretern im Aufsichtsrat sowie zwischen Bürgern und dem beauftragten KEVU zu konstatieren, die der Partizipationsbedingung nach Scharpf (1999) entgegenläuft und somit die Input-Legitimität schwächt.⁷¹⁵

Lederer (2011) kommt zu der Auffassung, dass durch die genannte Abkopplung der Unternehmenstätigkeit von den Erwartungen der Bürger und deren Vertretern im Gemeinderat die Übertragung der Legitimität im Sinne der **Legitimationskette** unterbrochen ist.⁷¹⁶ Die Abkopplung wird durch die Tatsache intensiviert, dass die KEVU nicht nur den Entwicklungen der Kommunalwirtschaft, sondern auch der wettbewerblich geprägten Energiewirtschaft unterworfen sind. Die Gefährdung der Legitimationskette ist darin begründet, dass die Unternehmen durch das Selbstverständnis als privatrechtlich organisiertes Unternehmen und dem wettbewerblichen Umfeld, privatwirtschaftlichen Unternehmen ähnlicher geworden sind als anderen kommunalen Unternehmen. Außerdem erfordern der Wettbewerb und das volatile Umfeld, durch die sich kontinuierlich ändernden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine stärkere Ausrichtung auf wirtschaftliche Sachverhalte. Dadurch tritt die Gefahr auf, dass der öffentliche Zweck und CSR-Themen zugunsten öko-

⁷¹⁰ Vgl. Herzberg (2015), S. 30–39.

⁷¹¹ Vgl. Herzberg (2015), S. 30–32.

⁷¹² Vgl. Herzberg (2015), S. 32.

⁷¹³ Lederer (2011), S. 39.

⁷¹⁴ Vgl. Herzberg (2015), S. 39.

⁷¹⁵ Vgl. Abschnitt 3.3.2.2.2.

⁷¹⁶ Vgl. Lederer (2011), S. 44; Schäfer (2014), S. 103.

nomischer Sachverhalte in den Hintergrund rücken. Die Bedeutung der Entkoppelungsproblematik ist allgemein anerkannt und äußert sich durch die sich verstärkende „Public Corporate Governance“-Diskussion.⁷¹⁷

Neben der Problematik der Input-Legitimität, hinsichtlich des aufgezeigten Kontrollverlustes und der Unterbrechung der Legitimationskette, wirken sich auch die Veränderungen der **wettbewerblich organisierten Energiewirtschaft** auf die Input-Legitimität aus. Der Wettbewerb in der Energiewirtschaft lässt die Frage aufkeimen, warum überhaupt noch kEVU zur Erbringung der Daseinsvorsorge beauftragt werden sollten. Dies ist darin begründet, dass aufgrund der geschaffenen Regelungen des Gewährleistungsstaats, die Energieversorgung ebenso gut durch privatwirtschaftliche Unternehmen gewährleistet werden kann. Die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen durch die „Liberalisierung, Beihilfe- und Vergaberegeln“⁷¹⁸ sind im demokratischen Willensbildungsprozess erarbeitet worden und somit können die vom Gewährleistungsstaat zur Absicherung eines fairen Wettbewerbs überwachten Leistungen unabhängig von der Eigentümerschaft erbracht werden.⁷¹⁹ Die Regelungen haben dazu geführt, dass kEVU den privatwirtschaftlichen EVU gleichgestellt sind. Seit Anbeginn der Liberalisierung besteht somit die Gefahr, dass dem kEVU der Auftrag zur Energieversorgung entzogen wird.⁷²⁰ Das zu Beginn der Liberalisierung befürchtete umfassende Stadtwerkesterben durch die Verlagerung der Energieversorgung auf privatwirtschaftliche Unternehmen blieb bis dato allerdings aus.⁷²¹

Die in dieser Arbeit aufgegriffenen **Tendenzen zur Rekommunalisierung** zeigen zudem das große Interesse der Gemeinden zur aktiven Mitgestaltung der kommunalen Energieversorgung und -wende, sowie, dass auch vorangegangene Privatisierungen aus verschiedenen Gründen zurückgenommen werden.⁷²² Trotzdem besteht die Möglichkeit zur Entziehung des gesellschaftlichen Auftrags und damit der Input-Legitimität. Die kEVU müssen sich also im Gegensatz zu Zeiten vor der Liberalisierung rechtfertigen, warum die Daseinsvorsorge durch sie und nicht von privatwirtschaftlichen Unternehmen erbracht werden sollte.⁷²³

⁷¹⁷ Vgl. Herzberg (2015), S. 40–44; Leixnering/Papenfuß (2016), S. 224–225.

⁷¹⁸ Reck (2012), S. 28.

⁷¹⁹ Vgl. Reck (2012), S. 28; Röhl (2015), S. 14–15.

⁷²⁰ Vgl. Herzberg (2015), S. 53.

⁷²¹ Vgl. Pielow (2011), S. 557; Reck (2012), S. 14–15; Schäfer/Otto (2016), S. 161.

⁷²² Vgl. Abschnitt 2.3.5.

⁷²³ Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 116.

3.3.2.3.3 Problematik der Output-Legitimität

Die bedeutsamste Legitimitätsquelle eines öffentlichen Unternehmens geht von dem erbrachten Output aus.⁷²⁴ Die folgende Darstellung der Problematik der Output-Legitimität bezieht sich zum einen auf die **Kundenperspektive** und zum anderen auf die **Perspektive des kommunalen Eigentümers**.

Vor der Liberalisierung bestand für den **Kunden** keine Möglichkeit, den Energielieferanten zu wechseln und folglich musste die Output-Leistung akzeptiert werden.⁷²⁵ Seit der Liberalisierung hat der Endkunde die Möglichkeit, dem EVU gemäß der Legitimitätstheorie die Input-Legitimität durch die Kündigung des Versorgungsauftrags zu entziehen, wenn Unzufriedenheit mit dem Output herrscht.⁷²⁶ Der in Abschnitt 2.2.3.5 erläuterte Anstieg der wählbaren Energielieferanten für die Haushalts- und Geschäftskunden verdeutlicht die Zunahme des Konkurrenzdrucks auf die Vertriebe der KEVU. Außerdem geht aus dem genannten Abschnitt hervor, dass ein Großteil der Haushaltskunden weiterhin Kunde beim Grundversorger ist und diese Kunden im Sinne der Legitimitätstheorie mit dem Output ihres EVU zufrieden sind. Zugleich ist jedoch auch festzustellen, dass der Anteil der Kunden, die nicht mehr beim ursprünglichen Grundversorger Kunde sind, kontinuierlich ansteigt.⁷²⁷ Daraus ist zu schlussfolgern, dass die Unzufriedenheit mit dem Output des ehemaligen EVU und der dadurch verbundene Entzug der Input-Legitimität, also des Auftrags zur Belieferung, ansteigt und folglich die Legitimität des Unternehmens zusehends schwindet.

Einer Umfrage der PwC Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)⁷²⁸ (2015) zufolge, sind die häufigsten genannten Gründe für den Stromanbieterwechsel in absteigender Reihenfolge, ein günstigerer Preis des neuen Anbieters, ein Umzug, der Wunsch nach der Belieferung mit Strom aus erneuerbaren Energien und der Wunsch nach einem persönlicheren Service des neuen Anbieters.⁷²⁹ Die in Abschnitt 2.2.3.5 erläuterten Preise der Haushaltskundentarife sind in den vergangenen Jahren deutlich

⁷²⁴ Vgl. Herzberg (2015), S. 53.

⁷²⁵ Vgl. Abschnitt 2.2.1.1.

⁷²⁶ Vgl. Deegan (2002), S. 293; Herzberg (2015), S. 53.

⁷²⁷ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 25.

⁷²⁸ Im Rahmen dieser Arbeit werden die Rechtsformen von Organisationen nur genannt, sofern dies für das Verständnis erforderlich ist.

⁷²⁹ Vgl. PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2015), S. 21.

angestiegen und haben zu einer größeren Preissensibilität der Kunden geführt.⁷³⁰ Des Weiteren zählen, entsprechend den Auswertungen von verschiedenen Marktforschungsinstituten, der Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu den zehn wichtigsten Werten der Deutschen.⁷³¹ Die KEVU müssen folglich auf die geänderten Wünsche, Bedürfnisse und Erwartungen der Gesellschaft eingehen, um einen weiteren Legitimitätsentzug zu verhindern.⁷³²

Die Output-Legitimität umfasst jedoch nicht nur die reine Energieversorgung von Haushalts- und Gewerbekunden. Für den **kommunalen Eigentümer** ist die Erfüllung der Sach- und Formalziele wesentlich, sodass die Output-Beurteilung einen anderen Schwerpunkt als beim Kunden aufweist. Die KEVU, die neben den Sachzielen auch durch die Formalziele zur Beachtung von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet sind, spielen für das gesellschaftliche Wohlergehen eine sehr ausschlaggebende Rolle, da die traditionell in der Energieversorgung erwirtschafteten Gewinne im Rahmen des kommunalen Querverbundes⁷³³ zur Querfinanzierung anderer bedeutsamer kommunaler Beteiligungen, wie etwa Bäderbetriebe oder Verkehrsgesellschaften mit tendenziell defizitären Betriebsergebnissen, genutzt werden.⁷³⁴ Des Weiteren fließen die Überschüsse der KEVU in den Kommunalhaushalt.⁷³⁵ Es wird ersichtlich, dass die Bedeutung von KEVU über die primäre Erfüllung der Daseinsvorsorge hinausgeht und durch die Erfüllung des Formalziels der Betrieb weiterer kommunaler Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung ermöglicht wird.⁷³⁶

Die Probleme der Output-Legitimität aus Sicht der kommunalen Eigentümer entstehen in dem Falle, wenn die stabilen Gewinnausschüttungen der KEVU durch die in Abschnitt 2.2.3 erläuterten Auswirkungen auf die Energiewirtschaft gefährdet sind. Entsprechend der betrachteten Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft

⁷³⁰ Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen/Bundeskartellamt (2016), S. 222; Kreiskott/Lau (2015), S. 99–100.

⁷³¹ Vgl. TRENDbüro Beratungsunternehmen für gesellschaftlichen Wandel B.G.W. GmbH et al. (2017), S. 1; Wippermann/Krüger (2015), S. 10–11.

⁷³² Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 117; Lange (2016b), S. 149; Wagner/Berlo (2017), S. 397; Wilmshurst/Frost (2000), S. 11.

⁷³³ Im Rahmen des kommunalen Querverbunds werden mehrere kommunalwirtschaftliche Unternehmen verschiedener Sparten der Daseinsvorsorge in einem Konzern oder einer Kommunal-Holding zusammengefasst. Vgl. Reinhardt (2012), S. 546.

⁷³⁴ Vgl. Ahrend (2015), S. 62–63; Berlo/Wagner (2013), S. 5; Burazerovic (2015), S. 28; Naumann (2011), S. 76; Reinhardt (2012), S. 546–547.

⁷³⁵ Vgl. Ahrend (2015), S. 58; Schäfer (2014), S. 196.

⁷³⁶ Vgl. Berlo/Wagner (2013), S. 6.

zeigen sich in nahezu allen Stufen massive Umwälzungen und diese bedeuten anspruchsvolle Herausforderungen für die KEVU. Die für die KEVU negativen Auswirkungen haben sich in den Finanzkennzahlen dieser niedergeschlagen.⁷³⁷ PwC (2017) kommt bei einer Auswertung der Finanzkennzahlen von 300 mehrheitlich kommunalen EVU zu dem Resultat, dass bei knapp der Hälfte der Unternehmen ein Umsatzrückgang von 2014 zum Jahr 2015 zu verzeichnen war.⁷³⁸ Laut PwC (2017) waren die Ausschüttungsquoten⁷³⁹ von 2011 bis 2014 auf einem relativ konstanten Niveau und sanken lediglich im Jahr 2015 leicht.⁷⁴⁰ Des Weiteren ist festzustellen, dass nach einem kontinuierlichen Absinken der „EBITDA“-Margen⁷⁴¹ von 2011 und 2013 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr, für das Jahr 2014 ein leichter Anstieg und für das Jahr 2015 ein solider Anstieg zu verzeichnen sind.⁷⁴² Ob eine Trendwende nun erreicht ist, bleibt der Auswertung von PwC (2017) zufolge abzuwarten, da für die zukünftigen Geschäftsjahre sinkende Ergebnisse erwartet werden.⁷⁴³ Diese Erwartungen werden in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), die die Auswirkungen der Energiewende auf KEVU untersucht, bestätigt.⁷⁴⁴ Entsprechend der Ergebnisse dieser Studie werden in den Sparten Erzeugung, insbesondere aus nicht regenerativen Energiequellen, Großhandel und Einzelhandel bzw. Vertrieb abfallende Erträge erwartet.⁷⁴⁵ Des Weiteren stellt PwC (2016) bei einer Finanzkennzahlenanalyse von 2009 bis 2014 fest, dass rund ein Viertel der Unternehmen eine kritische Finanzierungsfähigkeit aufweist.⁷⁴⁶ Diese Aussage ist auch für das Jahr 2015 bestätigt worden.⁷⁴⁷ Wulf und Gerloff (2019) attestieren den

⁷³⁷ Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 8.

⁷³⁸ Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 15.

⁷³⁹ Die Ausschüttungsquote stellt das Verhältnis zwischen den Ausschüttungen und dem Jahresüberschuss vor der Gewinnverwendung dar. Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 14.

⁷⁴⁰ Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 28.

⁷⁴¹ EBITDA ist die Abkürzung von: „earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ (zu Deutsch: Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände). Die EBITDA-Marge beschreibt das Verhältnis vom EBITDA zum Nettoumsatz eines Unternehmens. Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 14.

⁷⁴² Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 16.

⁷⁴³ Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 42.

⁷⁴⁴ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), S. 5.

⁷⁴⁵ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), S. 5.

⁷⁴⁶ Vgl. PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 43.

⁷⁴⁷ Vgl. PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 8.

EVU E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall, auf der Basis einer Längsschnittbetrachtung der finanzwirtschaftlichen Lage für die Geschäftsjahre 2011 bis 2019, ebenso angespannte Wirtschaftslagen.⁷⁴⁸

Die Beurteilung des Outputs des KEVU hängt also zu einem nicht unwesentlichen Teil von der Erfüllung des Formalziels ab. Aufgrund der anspruchsvollen Rahmenbedingungen der Unternehmen ist die Zielerfüllung jedoch zunehmend unter Druck geraten und damit auch die Output-Legitimität.

Eine **Intensivierung der Gefährdung der Output-Legitimität** tritt ein, sofern nicht nur die finanzielle Situation des KEVU angespannt ist, sondern auch die des Kommunalhaushalts, wodurch die Angewiesenheit der Kommune auf den finanziellen Beitrag des KEVU zum Querverbund und Kommunalhaushalt zunimmt.⁷⁴⁹ Diese doppelt problematische Situation⁷⁵⁰ trifft entsprechend einer Studie vom Institut für den öffentlichen Sektor und der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) (2016) bei rund 25 % von 93 untersuchten KEVU zu.⁷⁵¹ Aufgrund der daraus resultierenden zunehmenden Abhängigkeit von der Wirtschaftskraft des KEVU verstärkt sich der Fokus der unternehmerischen Leistungsbeurteilung des Unternehmens durch den kommunalen Eigentümer hinsichtlich des Formalziels. Durch die dadurch vernachlässigte Berücksichtigung des dualen Zielsystems, kann die Gefahr einer nicht dem Zielsystem entsprechenden Beurteilung des Unternehmensoutputs auftreten, wodurch dem Unternehmen möglicherweise ungerechtfertigt die Input-Legitimität entzogen wird. Es ist also eine umfassende Darstellung des unternehmerischen Outputs im Sinne des dualen Zielsystems nötig, um einer Legitimitätsgefährdung vorzubeugen.

⁷⁴⁸ Vgl. Wulf/Gerloff (2019), S. 305.

⁷⁴⁹ Vgl. Ahrend (2015), S. 58; Papenfuß/Schmidt (2016), S. 72; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16.

⁷⁵⁰ Bei der Stadtwerke Gera führte diese Kombination zur Insolvenz im Jahr 2014. Das in finanzielle Schieflage geratene Unternehmen konnte durch den stark verschuldeten kommunalen Eigentümer finanziell nicht unterstützt werden und wurde durch die vollständige Übernahme durch die ENGIE Deutschland im Jahr 2016 privatisiert. Vgl. ENGIE Deutschland GmbH (2016), o. S.; Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 3.

⁷⁵¹ Vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V./KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2016), S. 12–13.

3.3.2.4 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zur Schließung der Legitimitätslücke

Die Betrachtung von KEVU in Abschnitt 3.3.2.3 im Lichte der Input- und Output-Legitimität verdeutlicht, dass die derzeitigen Gegebenheiten der KEVU der Einschätzung widersprechen, wonach die öffentlichen Unternehmen „explizit legitimiert“⁷⁵² sind und etwaige Legitimitätslücken lediglich als Kommunikationsdefizite zu deklarieren sind.⁷⁵³ Im Sinne der Legitimitätstheorie ist im Falle einer Legitimitätsgefährdung eine größere Bereitschaft der Unternehmen zur Informationsbereitstellung zu erwarten. Dies wird unter Berücksichtigung der Erkenntnisse zur Input- und Output-Legitimität der KEVU im Weiteren abschließend erläutert.

Bezüglich der **Input-Perspektive** resultiert die Legitimitätsgefährdung daraus, dass die KEVU zunehmend unabhängig vom kommunalen Eigentümer und den Bürgern agieren, sodass die Partizipationsbedingung nach Scharpf (1999) nicht erfüllt ist und die Legitimationskette durch den Kontrollverlust unterbrochen ist.⁷⁵⁴ Die Rekommunalisierungstendenzen verdeutlichen jedoch das Interesse der Gemeinden an der Mitgestaltung der Energieversorgung und regionalen Energie- wende.⁷⁵⁵ Des Weiteren zeigt die Befragung von (Ober-) Bürgermeistern zahlreicher Gemeinden in Deutschland, dass die Energieversorgung von den Gemeinden als bedeutsames Zukunftsthema angesehen wird.⁷⁵⁶ Die Ausgestaltung der Energie- versorgung vor Ort ist den Bürgervertretern somit wichtig. Jedoch bestehen im Sinne von Herzbergs (2015) Argumentation bei KEVU in privatrechtlicher Organi- sationsform nur limitierte Einflussmöglichkeiten seitens der kommunalen Eigentü- mer.⁷⁵⁷

Des Weiteren ist durch die privatrechtliche Organisationsform und dem Agieren im Wettbewerb eine zunehmende Ökonomisierung der KEVU zu konstatieren. Somit werden die KEVU den privatwirtschaftlichen Unternehmen ähnlicher, was in Bezug auf eine steigende Effizienz der Leistungserbringung auch gewünscht und für die Wettbewerbsfähigkeit der KEVU auch unabdingbare Voraussetzung ist. Folglich gewinnt jedoch die Frage an Bedeutung, worin der Unterschied zwischen KEVU

⁷⁵² Vgl. Harms (2011), S. 89.

⁷⁵³ Vgl. Harms (2011), S. 88–89.

⁷⁵⁴ Vgl. Abschnitt 3.3.2.2.2.

⁷⁵⁵ Vgl. Abschnitt 2.3.5.

⁷⁵⁶ Vgl. Kerkhoff (2016), S. 3–4.

⁷⁵⁷ Vgl. Abschnitt 3.3.2.3.2.

und privatwirtschaftlichen EVU besteht, und warum kEVU überhaupt noch beauftragt werden sollten, wenn die Energieversorgung auch von privatwirtschaftlichen EVU erbracht werden kann.

Eine Rücknahme der Entkopplung durch die Rückführung der kEVU zurück in öffentlich-rechtliche Organisationsformen scheint aufgrund der Tatsache, dass die Unternehmen für ein zügiges Reagieren auf Veränderungen in der Energiewirtschaft eine gewisse Unabhängigkeit von den Verwaltungsstrukturen benötigen, unrealistisch. Um dem Unternehmen den Freiraum weiterhin zu gewähren, aber die Rückkopplung zum beauftragenden Gemeinderat, in der Rolle als Bürgervertreter, nicht zu vernachlässigen, wird eine umfassende Unternehmensberichterstattung, wie etwa durch einen entsprechend „ausführlichen und aussagekräftigen Lagebericht“⁷⁵⁸, gefordert.⁷⁵⁹

Hinsichtlich der **Output-Legitimität** setzt der Wettbewerb den kEVU zu. Die Kunden mit einer hohen Preissensibilität und die kommunalen Eigentümer mit einer zunehmenden Fokussierung auf die ökonomische Komponente, also dem Formalziel des dualen Zielsystems, vernachlässigen bei der Beurteilung der Output-Leistung der kEVU das Sachziel der Unternehmenstätigkeit. Dadurch entsteht die Gefahr, dass die Unternehmensleistung des kEVU seitens der Kunden und der kommunalen Eigentümer nicht umfassend beurteilt wird, sodass Rückschlüsse gezogen werden, die sich negativ auf die Input-Legitimität auswirken können.

Die kEVU sind folglich mit einer **zunehmenden Legitimitätsgefährdung** konfrontiert. Im Sinne der Legitimitätstheorie kann die Informationsvermittlung gezielt zur Legitimitätsbeeinflussung eingesetzt werden.⁷⁶⁰ Abgeleitet von dieser Auffassung nimmt im Fall einer sich intensivierenden Legitimitätsgefährdung die Bereitschaft von Unternehmen zur Offenlegung von Informationen grundsätzlich zu.⁷⁶¹ Die Zielsetzung besteht dabei im Sinne des Social Contract darin, dass das Unternehmen der Gesellschaft vermittelt, dass es den Werten und Erwartungen dieser entspricht, also der Vertragserfüllung nachkommt.⁷⁶² In der Literatur wird insbesondere die Unternehmensberichterstattung als Mittel zur Informationsvermittlung

⁷⁵⁸ Schäfer (2014), S. 118.

⁷⁵⁹ Vgl. Schäfer (2014), S. 118.

⁷⁶⁰ Vgl. Dowling/Pfeffer (1975), S. 127; O'Donovan (2002), S. 351; Suchman (1995), S. 586–587.

⁷⁶¹ Vgl. Milne/Patten (2002), S. 381; Wilmshurst/Frost (2000), S. 11.

⁷⁶² Vgl. Grüb/Greiling (2015), S. 116; Mobus (2005), S. 495; O'Donovan (2002), S. 351–352; Shocker/Sethi (1973), S. 97.

betrachtet.⁷⁶³ Deshalb wird auch von der Instrumentalisierung der Unternehmensberichterstattung beispielsweise in Form der Lageberichterstattung, der Nachhaltigkeitsberichterstattung oder der integrierten Berichterstattung zum Zwecke der Legitimitätssteuerung gesprochen.⁷⁶⁴ Der Lagebericht kann in diesem Zusammenhang, im Rahmen der Interessenregelung zu einem Interessenausgleich zwischen dem berichterstattenden Unternehmen und dem Unternehmensumfeld, zielgerichtet eingesetzt werden.⁷⁶⁵ Die CSR-Berichterstattung wird insbesondere als Medium zur Sicherstellung des Stakeholder-Dialogs zur Erlangung und Erhaltung gesellschaftlicher Akzeptanz und somit der unternehmerischen Legitimität angesehen.⁷⁶⁶

Durch die Veränderungen und Entwicklungen der gesellschaftlichen Werte⁷⁶⁷ sowie Erwartungen gegenüber den Unternehmen im Hinblick auf eine nachhaltige Unternehmensführung zeichnet sich eine Anpassung der Unternehmensberichterstattung in Form einer zunehmenden Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung ab, um auf die gewandelten Informationsbedürfnisse der Stakeholder einzugehen.⁷⁶⁸ Folglich liegt die Notwendigkeit zur Einbindung von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung vor, um den gestiegenen Informationsbedürfnissen der Stakeholder über die finanzielle Perspektive hinaus Rechnung zu tragen. Dadurch wird die gesellschaftliche Legitimität sichergestellt.

Die Darstellung von Informationen zu **CSR-Themen** im Rahmen der **Unternehmensberichterstattung** eignet sich insbesondere für die Kommunikation der Eigenschaften und Vorteile eines **KEVU**, bei denen eine nachhaltige Unternehmensführung von hoher Relevanz ist. Auch entspricht die Darstellung der CSR-Leistung dem dualen Zielsystem, das in Form des Sach- und Formalziels auch auf finanziellen und nichtfinanziellen Zielsetzungen beruht.⁷⁶⁹

⁷⁶³ Vgl. Gebauer (2011), S. 409–410; Mobus (2005), S. 495; O'Donovan (2002), S. 351; Papenfuß et al. (2015a), S. 173; Schaltegger et al. (2007), S. 73; Velte/Stawinoga (2017), S. 283.

⁷⁶⁴ Vgl. Brühl/Osann (2010), S. 286; Papenfuß et al. (2015a), S. 173; Velte/Stawinoga (2017), S. 281.

⁷⁶⁵ Vgl. Baetge et al. (2019), S. 738–740; Brühl/Osann (2010), S. 286.

⁷⁶⁶ Vgl. Behncke et al. (2017), S. 3; Gebauer (2011), S. 409–410; Hentze/Thies (2014), S. 21–22; Hutter (2012), S. 91; Mobus (2005), S. 495; Papenfuß et al. (2015a), S. 173; Rhein (2017), S. 5–6; Voelzkow (2019), S. 31–32.

⁷⁶⁷ Hierzu sei auf Abschnitt 2.2.2.2 verwiesen.

⁷⁶⁸ Vgl. Schaltegger et al. (2007), S. 73; Wulf/Wasmuth (2016), S. 383.

⁷⁶⁹ Vgl. Abschnitt 2.3.2.

Eine reine Legitimitätsherleitung der kEVU über ökonomische und rechtliche Aspekte wird somit als nicht mehr ausreichend eingeschätzt.⁷⁷⁰ Es ist eine Legitimität stiftende Unternehmensberichterstattung erforderlich, die den Mehrwert von kEVU für die Gemeinde im Vergleich zu privatwirtschaftlichen Anbietern hervorhebt und in der Unternehmensberichterstattung darstellt, inwieweit die kEVU „lokal rückgebunden, stakeholder- und umweltorientiert, transparent und demokratisch“⁷⁷¹ ihrer unternehmerischen Verantwortung im dualen Zielsystem nachkommen.⁷⁷²

Gerade in Zeiten der „Wiederentdeckung von Gemeinwohlfragen“⁷⁷³, in denen CSR-Themen wesentliche Bestandteile des Wertesystems der Deutschen darstellen, die Energiewende eine kleinteiligere sowie dezentrale Energieversorgung benötigt und durch die Rückbesinnung auf eine regionale Wertschöpfung von der „Renaissance der Kommunalwirtschaft“⁷⁷⁴ die Rede ist, können die kEVU durch die gezielte Ansprache von **CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung** eine **zukunftsfähige Legitimität** erzielen.⁷⁷⁵ Für eine glaubwürdige Unternehmensberichterstattung ist es zudem förderlich, neben qualitativen Angaben insbesondere auch quantitative Angaben⁷⁷⁶ zu veröffentlichen.⁷⁷⁷

3.3.3 Institutionentheorie

3.3.3.1 Theoretische Grundlagen der Institutionentheorie

Die Institutionentheorie, auch Neoinstitutionalismus genannt, baut auf dem Institutionalismus auf.⁷⁷⁸ Der Fokus der Institutionentheorie liegt auf der Betrachtung des Einflusses der institutionellen Umgebung auf die Verfahren und Strukturen von Organisationen.⁷⁷⁹ Nach der klassischen Organisationstheorie hingegen, sind die als „production systems and/or exchange systems“⁷⁸⁰ angesehenen Unternehmen in einer rein funktionellen Umwelt aktiv, die als Ressourcen- und Informationsquelle

⁷⁷⁰ Vgl. Eichhorn (2012), S. 96–99; Lange (2016b), S. 149.

⁷⁷¹ Lederer (2011), S. 43.

⁷⁷² Vgl. Daub (2010), S. 34; Herzberg (2015), S. 29; Lederer (2011), S. 43; Pielow (2012), S. 172.

⁷⁷³ Naumann (2011), S. 72.

⁷⁷⁴ Röhl (2015), S. 19.

⁷⁷⁵ Vgl. Reck (2012), S. 16; Röhl (2015), S. 19; Walk (2014), S. 459; Wippermann/Krüger (2015), S. 10–11; Zülch/Kretzmann (2017), S. 681.

⁷⁷⁶ Quantitative Angaben erfordern die Zurverfügungstellung von numerischen Informationen. Vgl. Daub (2010), S. 33; Hummel/Schlick (2013), S. 46.

⁷⁷⁷ Vgl. Kalhöfer/Schuchardt (2016), S. 389–391; Sawczyn/Prengel (2016), S. 537; Seier/Kalhöfer (2017), S. 37; Weißenberger/Feder (2016), S. 18.

⁷⁷⁸ Vgl. Würz (2012), S. 101.

⁷⁷⁹ Vgl. Deegan (2002), S. 293–294; Kieser/Walgenbach (2010), S. 43; Waßmann (2014), S. 22.

⁷⁸⁰ Scott (1987), S. 507.

fungiert sowie als Platz zur Interaktion mit Wettbewerbern oder Austauschpartnern dient.⁷⁸¹ Der klassischen Ansicht entsprechend, ergibt sich die Struktur und Ausgestaltung von Unternehmen daraus, dass diese innerhalb der funktionellen Umwelt versuchen, die Prozesse und Strukturen zur Maximierung ökonomischer Ziele und des Shareholder-Values möglichst effizient auszubilden.⁷⁸² Gedanklich lässt sich hier die Aussage Milton Friedmans (1970) einordnen, wonach das einzige Ziel eines Unternehmens darin besteht, den Profit zu maximieren.⁷⁸³

Obwohl diese Überlegungen als zutreffend angesehen werden, wird bemängelt, dass diese als Erklärungsansatz zur Organisationsgestaltung nicht mehr zeitgemäß sind und zu kurz greifen.⁷⁸⁴ Der Institutionentheorie zufolge agieren Unternehmen in einem institutionellen Umfeld, innerhalb dessen die Unternehmen versuchen, die organisatorische Struktur und Verfahren so anzupassen, dass sie den institutionalisierten Erwartungen entsprechen und somit legitimiert sind.⁷⁸⁵ Das institutionelle Umfeld besteht demnach wiederum aus anderen Organisationen, die unterschiedlichste Stakeholder darstellen können.⁷⁸⁶ Diese Stakeholder haben individuelle Erwartungen bzw. Vorstellungen von einer rationalen Organisationsgestaltung, mit denen sie die Unternehmen konfrontieren, sodass ein Druck zur Strukturanpassung ausgeübt werden kann.⁷⁸⁷ CSR wird im Zusammenhang mit der Institutionentheorie als Methode angesehen, anhand derer das Unternehmen seine Aktivitäten im Rahmen des institutionellen Umfelds systematisieren kann, ohne die Effizienz der ökonomischen Dimension und die nichtfinanziellen Erwartungen der Stakeholder und damit die gesellschaftliche Legitimität zu vernachlässigen.⁷⁸⁸ Denn trotz der Fokussierung der Institutionentheorie auf den Legitimitätsaspekt ist der Effizienzgedanke nicht vollständig außer Acht zu lassen, sodass eine kombinierte Betrachtung nötig ist.⁷⁸⁹

Aufgrund von Überschneidungen zwischen wissenschaftlichen Theorien ist die Legitimität sowohl für die Legitimitätstheorie ein wesentlicher Bestandteil als auch

⁷⁸¹ Vgl. Scott (1987), S. 507; Waßmann (2014), S. 21–22.

⁷⁸² Vgl. Hasse/Krücken (2009), S. 239; Waßmann (2014), S. 21–22.

⁷⁸³ Vgl. Friedman (1970), S. 122–126.

⁷⁸⁴ Vgl. Kieser/Walgenbach (2010), S. 43; Scott (1987), S. 507; Waßmann (2014), S. 22.

⁷⁸⁵ Vgl. Deegan (2002), S. 293–294; Hasse/Krücken (2009), S. 239; Kieser/Walgenbach (2010), S. 43; Scott (1987), S. 507; Waßmann (2014), S. 22.

⁷⁸⁶ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148–150; Hasse/Krücken (2009), S. 240; Kieser/Walgenbach (2010), S. 43.

⁷⁸⁷ Vgl. Deegan (2002), S. 293–294; Kieser/Walgenbach (2010), S. 43.

⁷⁸⁸ Vgl. Waßmann (2014), S. 24.

⁷⁸⁹ Vgl. Kieser/Walgenbach (2010), S. 43; Waßmann (2014), S. 21–24.

für die Institutionentheorie.⁷⁹⁰ Trotz dieser Gemeinsamkeit lassen sich die Theorien dadurch voneinander abgrenzen, dass bei der Legitimitätstheorie die Fähigkeit des Managements zur Beeinflussung der Legitimitätswahrnehmung beispielsweise durch Informationsoffenlegung impliziert wird, während sich bei der Institutionentheorie das Management eher an Normen anpasst, die dem Unternehmen auferlegt werden.⁷⁹¹ Diese Anpassung führt zu „Strukturangleichungsprozessen“⁷⁹² zwischen den Organisationen, die DiMaggio und Powell (1983) als „institutional isomorphism“⁷⁹³ bezeichnen.⁷⁹⁴ Der Isomorphismus entsteht durch drei verschiedene Mechanismen.⁷⁹⁵

Der **Isomorphismus**, also die Angleichung von Organisationen, **durch Zwang** resultiert aus rechtlichen Vorgaben, ökonomischem Druck von Konkurrenten und aufgrund „gesellschaftlich institutionalisierter“⁷⁹⁶ Erwartungen, wie etwa in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte.⁷⁹⁷ So findet, beispielsweise durch identische rechtliche Vorgaben für einen Kreis von Unternehmen, eine unfreiwillige Anpassung dieser statt.⁷⁹⁸

Des Weiteren ergibt sich **Isomorphismus durch Imitation** bzw. Nachahmung.⁷⁹⁹ In diesem Fall ist eine hohe Unsicherheit als ein wesentlicher Auslöser für Anpassungsanstrengungen anzusehen.⁸⁰⁰ Die Unsicherheit ergibt sich aus heterogenen Erwartungen des institutionellen Umfelds und unklaren Problemlösungsansätzen.⁸⁰¹ Aufgrund der Unklarheit zur Behebung der Unsicherheiten entwickelt das Unternehmen keine eigenen Lösungsansätze, sondern orientiert sich an als vorbildlich angesehenen Unternehmen und deren Strukturen sowie Prozessen, um eine höhere Legitimität zu erzielen.⁸⁰² Dabei orientieren sich die Unternehmen an den führenden bzw. besten Unternehmen der Branche.⁸⁰³ Diese Form der Angleichung kann

⁷⁹⁰ Vgl. Deegan (2002), S. 293; DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁷⁹¹ Vgl. Deegan (2002), S. 294.

⁷⁹² Hasse/Krücken (2009), S. 240.

⁷⁹³ DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁷⁹⁴ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁷⁹⁵ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁷⁹⁶ Hasse/Krücken (2009), S. 240.

⁷⁹⁷ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150–151; Hasse/Krücken (2009), S. 240.

⁷⁹⁸ Vgl. Weinbauer-Heidel (2016), S. 12.

⁷⁹⁹ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 151–152.

⁸⁰⁰ Vgl. Hasse/Krücken (2009), S. 240; Weinbauer-Heidel (2016), S. 12.

⁸⁰¹ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 151–152.

⁸⁰² Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 151–152; Hasse/Krücken (2009), S. 240; Weinbauer-Heidel (2016), S. 12–13.

⁸⁰³ Vgl. Jörges-Süß/Süß (2004), S. 317–318.

des Weiteren auch dadurch entstehen, dass Unternehmensberatungen in verschiedenen Unternehmen ähnliche Lösungsansätze und Methoden implementieren.⁸⁰⁴

Außerdem ist **Isomorphismus durch normativen Druck** von Unternehmen zu nennen.⁸⁰⁵ Normativer Druck resultiert aus der Professionalisierung von Berufsgruppen.⁸⁰⁶ Die Bildung und Ausbildung an Universitäten oder Berufsschulen sowie berufliche oder fachliche Netzwerke, wie etwa Berufsverbände, führen dazu, dass bestimmte Berufsgruppen ähnliche Auffassungen, Denkansätze und Methoden innehaben.⁸⁰⁷ Die angegliche Professionalisierung der Berufsgruppen wird über die einzelnen Mitglieder dieser Gruppen als Mitarbeiter in die Unternehmen eingebracht, wodurch sich eine Angleichung der Unternehmen vollzieht.⁸⁰⁸

3.3.3.2 Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung durch Isomorphismus mittels Imitation

Unter der Berücksichtigung der von Unsicherheit geprägten Situation von KEVU wird im Weiteren der Isomorphismus durch Imitation als Begründung und Erklärungsansatz herangezogen, warum KEVU ihre CSR-Leistung offenlegen.

Die KEVU, die sowohl der Energie- als auch der Kommunalwirtschaft zugehörig sind, befinden sich entsprechend der erläuterten Untersuchungen von der Friedrich-Ebert-Stiftung (2017), dem Institut für den öffentlichen Sektor und KPMG (2016) sowie PwC (2016, 2017) in einer wirtschaftlich angespannten Situation.⁸⁰⁹ Des Weiteren erwarten Kunden, Bürger und Bürgervertreter von den EVU eine gewisse Nachhaltigkeitsleistung und einen Mehrwert des Unternehmens für die Gesellschaft. Entsprechen die KEVU diesen Erwartungen nicht, kann ihnen die Input-Legitimität entzogen werden. Im Sinne von DiMaggio und Powell (1983) kann für die KEVU aufgrund der sich wandelnden Erwartungen seitens des institutionellen Umfelds und den Unklarheiten bezüglich der Begegnung mit den Anforderungen der Liberalisierung, Energiewende und Kommunalwirtschaft, eine Situation beschrieben werden, die von Unsicherheit geprägt ist.⁸¹⁰ Dadurch besteht die Möglichkeit,

⁸⁰⁴ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 152.

⁸⁰⁵ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁸⁰⁶ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 152; Jörges-Süß/Süß (2004), S. 317–318; Weinbauer-Heidel (2016), S. 13.

⁸⁰⁷ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 152; Hasse/Krücken (2009), S. 240; Jörges-Süß/Süß (2004), S. 317–318; Weinbauer-Heidel (2016), S. 13.

⁸⁰⁸ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 152; Hasse/Krücken (2009), S. 240.

⁸⁰⁹ Vgl. Abschnitt 3.3.2.3.3.

⁸¹⁰ Vgl. Abschnitt 3.3.3.1.

dass bei diesen Unternehmen **Isomorphismus durch Imitation zur Legitimitätssicherung** ausgelöst wird. Somit wird erwartet, dass die KEVU sich an den führenden Unternehmen der Branche orientieren.

Aufgrund ihrer Eigenschaften als große Unternehmen mit mindestens 500 Mitarbeitern und einer Kapitalmarktorientierung können die acht von der CSR-Berichtspflicht betroffenen EVU als führende Unternehmen der Energiebranche angesehen werden. In der Auswertung von Wulf und Wasmuth (2018) zur Berichterstattungspraxis dieser EVU wird deutlich, dass diese Unternehmen ihre CSR-Leistung bereits vor der CSR-Berichtspflicht in der Unternehmensberichterstattung freiwillig offen legen.⁸¹¹ Im Kontext des Isomorphismus durch Imitation ist zu erwarten, dass sich die übrigen KEVU in einer von Unsicherheit geprägten Situation an diesen führenden Unternehmen der Energiebranche orientieren und **zur Legitimitätssicherung** in ihre **Unternehmensberichterstattung CSR-Themen** aufnehmen.

3.4 Zwischenfazit

Der Gegenstand dieses Kapitels besteht neben der Systematisierung von CSR und der Verortung von CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung in der Aufarbeitung der Relevanz von CSR-Themen für die Unternehmensberichterstattung von KEVU.

So ist durch die Ausführungen zur **Systematisierung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung** deutlich geworden, dass diese sowohl in der prüfungspflichtigen als auch in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung verortet sein können. Diese Erkenntnis ist für die Praxisuntersuchung von Bedeutung. Damit nämlich eine weitreichende Erfassung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung erfolgen kann, ist die gesamte Unternehmensberichterstattung in die Auswertung einzubeziehen.

Im Sinne der harten staatlichen Regulierung nach Steurer (2015) sind entsprechend der Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung insgesamt acht EVU von der CSR-Berichtspflicht direkt betroffen. Von diesen EVU befinden sich vier in mehrheitlich kommunalem Eigentum. Über den **Regulierungsansatz** der zivilen Regulierung wird die Relevanz auch für nicht von der CSR-Berichtspflicht betroffene KEVU daraus abgeleitet, dass diese von potenziellen Ausstrahlungswirkungen entlang der

⁸¹¹ Vgl. Wulf/Wasmuth (2018), S. 518–520.

Lieferkette tangiert werden und die Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung erforderlich wird. Des Weiteren ist anhand der Selbstregulierung die Relevanz dahingehend begründet worden, dass die kEVU beabsichtigen, möglichen Bestrebungen zur Ausweitung der CSR-Berichtspflicht vorzugreifen.

Bei der Betrachtung der kEVU mittels der **Input- und Output-Legitimität** ist die Legitimitätslücke herausgearbeitet worden. Vor diesem Hintergrund wird eine glaubwürdige Unternehmensberichterstattung über CSR-Themen als Ansatz zur Schließung dieser Lücke angesehen. Für eine glaubwürdige Unternehmensberichterstattung ist es förderlich, wenn die Unternehmen nicht nur qualitative Angaben, sondern auch insbesondere quantitative Informationen bereitstellen.

Darüber hinaus verdeutlicht die **Institutionentheorie**, dass sich Unternehmen bei zunehmender Unsicherheit an den Branchenführern und damit den großen EVU, die von der CSR-Berichtspflicht betroffen sind, orientieren. Des Weiteren wird CSR im Rahmen der Institutionentheorie als Methode zur Strukturierung der unternehmerischen Aktivitäten im institutionellen Umfeld angesehen.

Aufgrund der allgemein zunehmenden Informationsbedürfnisse der Stakeholder haben sich verschiedene Initiativen zur Erweiterung der Unternehmensberichterstattung hinsichtlich CSR-Themen gebildet. Durch die Umsetzung der CSR-Richtlinie in deutsches Recht ist die CSR-Berichterstattung zudem gesetzlich verankert worden. Sofern die kEVU nicht von der CSR-Berichtspflicht betroffen sind, stehen diesen verschiedene anwendbare Rahmenwerke zur freiwilligen CSR-Berichterstattung zur Verfügung, die Prinzipien und Inhalte einer solchen definieren.⁸¹² Somit bieten sich den kEVU unterschiedliche Möglichkeiten zur **Darstellung der unternehmerischen Gesamtleistung** zu den drei Nachhaltigkeitsdimensionen im Sinne der Triple Bottom Line.

⁸¹² Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

4 Literaturüberblick und Forschungsbedarf zu CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

4.1 Vorgehensweise zur Ermittlung des Literaturüberblicks

Durch die vorstehenden Ausführungen ist die Relevanz zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung für KEVU herausgestellt worden. Trotz dieser Relevanz wird in der Literatur die Tatsache bemängelt, dass der Fokus von empirischen Untersuchungen zu diesem Themenfeld auf privatwirtschaftlichen Unternehmen liegt.⁸¹³ Untersuchungen von öffentlichen bzw. kommunalen Unternehmen liegen somit lediglich in begrenzter Zahl vor.⁸¹⁴ Der nachfolgend dargestellte Literaturüberblick stellt die für diese Arbeit wesentlichen Veröffentlichungen dar.

Der **Literatur Review** ist eine Vorgehensweise zur Gewinnung des Literaturüberblicks bzw. eines Forschungsstands zu einem wissenschaftlichen Themenfeld.⁸¹⁵ Dabei sind generell der traditionelle narrative Review und der systematische Review zu unterscheiden.⁸¹⁶ Im Gegensatz zu systematischen Reviews ist beim traditionellen narrativen Vorgehen die Literatúrauswahl nicht vollständig spezifiziert.⁸¹⁷ Der Vorteil des **traditionellen narrativen Reviews** resultiert jedoch daraus, dass diese Form die Behandlung eines breiten Themenspektrums zu einem Sachverhalt erlaubt.⁸¹⁸ Außerdem ist dieses Vorgehen prädestiniert, eine Vielzahl unterschiedlicher Forschungsdesigns im vorhandenen Wissensstand differenziert zu betrachten.⁸¹⁹ Somit eignen sich traditionelle narrative Reviews insbesondere zur Schaffung eines Literaturüberblicks in einem Themenfeld, zu dem nur wenig wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen, so wie es im Bereich von Untersuchungen

⁸¹³ Vgl. Frost/Seamer (2002), S. 110–119; Greiling/Grüb (2014), S. 211; Greiling et al. (2015b), S. 404; Guthrie/Farneti (2008), S. 362; Ribeiro/Aibar-Guzman (2010), S. 404–405.

⁸¹⁴ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 155; Papenfuß et al. (2015a), S. 174.

⁸¹⁵ Vgl. Easterby-Smith et al. (2012), S. 102–103; Hochrein et al. (2014), S. 2; Tranfield et al. (2003), S. 208.

⁸¹⁶ Vgl. Ferrari (2015), S. 230; Hochrein et al. (2014), S. 2.

⁸¹⁷ Vgl. Cook et al. (1997), S. 377–378; Cruzes/Dybå (2011), S. 442; Hochrein et al. (2014), S. 5.

⁸¹⁸ Vgl. Jesson et al. (2011), S. 73–74; Mulrow (1987), S. 485–488.

⁸¹⁹ Vgl. Bangert-Drowns (1995), S. 308.

zu CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kEVU der Fall ist.⁸²⁰ Aus diesem Grund basieren die folgenden Ausführungen auf diesem Vorgehen.

Zur Gewährung eines **Überblicks über die wesentliche Literatur** sind nur Veröffentlichungen erfasst worden, die folgende Bedingungen erfüllen.⁸²¹ So legt die **erste Bedingung** fest, dass die Untersuchungen die Unternehmensberichterstattung im Hinblick auf die Unternehmensverantwortung, also CSR, betrachten. Da CSR auf der Triple Bottom Line basiert, sind zudem auch Untersuchungen berücksichtigt worden, die die Unternehmensberichterstattung zu nur einer der drei Dimensionen der Triple Bottom Line, wie etwa Ökologie oder Soziales, betrachtet haben.

Die **zweite Bedingung** besteht darin, dass im Rahmen der Studien kommunale und öffentliche Unternehmen bzw. EVU die Stichprobe bilden. Des Weiteren sind auch Studien berücksichtigt worden, deren Stichproben nur zu einem Teil aus kommunalen und öffentlichen Unternehmen bzw. EVU bestehen. Folglich sind in Tabelle 5 auch Studien abgebildet, bei denen sich die Stichprobe nicht nur aus den genannten Unternehmen zusammensetzt, sondern zudem auch aus Verwaltungen und privatwirtschaftlichen Unternehmen besteht. Sofern eine gemischte Stichprobe aus kommunalen bzw. öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen der Untersuchung zugrunde liegt, ist es erforderlich, dass die Untersuchungsergebnisse anhand der Eigentumsverhältnisse der Unternehmen separat ausgewertet werden, so dass die Möglichkeit besteht, konkrete Aussagen zur Unternehmensberichterstattungspraxis von kommunalen bzw. öffentlichen Unternehmen über CSR-Themen ableiten zu können. Ist dies nicht der Fall, erfolgt keine Berücksichtigung im Literaturüberblick. Außerdem sind Untersuchungen im öffentlichen Sektor, die ausschließlich öffentliche Verwaltungen betrachten, nicht beachtet worden.

4.2 Überblick über die empirischen Untersuchungen

In diesem Abschnitt erfolgt die Beschreibung der im Literaturüberblick erfassten empirischen Untersuchungen. Dazu wird jeweils die berücksichtigte Stichprobe sowie die Methodik und der Untersuchungsgegenstand beschrieben.

Tabelle 5 gibt einen **Überblick über die berücksichtigte Literatur**. Aus der Tabelle ergibt sich der nationale oder internationale Kontext der, in der jeweiligen

⁸²⁰ Vgl. Bangert-Drowns (1995), S. 308; Cook et al. (1997), S. 378; Greiling et al. (2015a), S. 155; Papenfuß et al. (2015a), S. 174.

⁸²¹ Zur Berücksichtigung aktueller Literatur sind nur Quellen und Beiträge berücksichtigt worden, die im Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.07.2018 veröffentlicht wurden.

empirischen Auswertung, betrachteten Institutionen. Des Weiteren ist dargestellt, ob es sich bei der Stichprobe um Verwaltungen und/oder Unternehmen handelt. Auch die Eigentumsverhältnisse der in der Stichprobe enthaltenen Institutionen sind abgebildet. Sofern in der Stichprobe sowohl mehrheitlich öffentliche bzw. kommunale als auch mehrheitlich private Institutionen enthalten sind, so ist dies durch ein Symbol in beiden Spalten ersichtlich.

Veröffentlichung	Stichprobe						Methodik	
	Institu- tioneller Kontext		Art der Institution		Mehrheitlicher Eigentümer			
	national	international	Verwaltung	Unternehmen/Organisationen allg.	öffentlich/kommunal	privat		
							Befragung zur Berichterstattung	Inhaltliche Berichterstattungs- auswertung
Cornier/Gordon (2001)	● (CA)	—	—	●	●	●	—	●
Frost/Seamer (2002)	● (AU)	—	—	●	●	●	—	●
Fortes (2002)	● (SE)	—	—	—	●	●	—	●
Tregidga/Milne (2006)	● (NZ)	—	—	—	●	●	—	—
Guthrie/Farneti (2008)	● (AU)	—	—	—	●	●	—	●
Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008)	● (ES)	—	—	—	●	●	—	—
Farneti/Guthrie (2009)	● (AU)	—	—	—	●	●	—	●
Ribeiro/Aibar-Guzman (2010)	● (PT)	—	—	●	●	●	—	—
Gebauer (2011)	● (DE)	—	—	—	●	●	—	—
Greiling/Grüb (2014)	—	● (DE/AT)	—	—	●	●	—	●
Arnold/Pieper (2014)	● (DE)	—	—	—	●	●	—	●
Greiling et al. (2015a)	● (DE)	—	—	—	●	●	—	—
Papenfuß et al. (2015a)	—	● (DE/AT/CH)	—	—	●	●	—	●
Greiling et al. (2015b)	—	● (DE/AT/CH)	—	—	●	●	—	—
Ribeiro et al. (2016)	● (PT)	—	—	—	●	●	—	—
Domingues et al. (2017)	—	● (Weltweit)	—	—	●	●	—	—
Tan/Egan (2018)	● (AU)	—	—	—	●	●	—	●

Legende: AT = Österreich, AU = Australien, CA = Kanada, CH = Schweiz, DE = Deutschland, ES = Spanien, NZ = Neuseeland, PT = Portugal, SE = Schweden, ● = erfüllt, — = nicht erfüllt

Tabelle 5: Untersuchungen zur Unternehmensberichterstattungspraxis hinsichtlich CSR-Themen⁸²²

Hinsichtlich der verwendeten Methodik in den empirischen Untersuchungen wird zwischen Befragungen zur Berichterstattung und der inhaltlichen Berichterstattungsauswertung unterschieden. Bei einigen wenigen Untersuchungen wurden beide Methoden angewendet.

Die in Tabelle 5 enthaltenen Untersuchungen sind geographisch in drei Regionen zu unterteilen: der angelsächsische Raum, die iberische Halbinsel und die „DACH-Region“, die aus den Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz besteht.

⁸²² Eigene Darstellung in optischer Anlehnung an: Franz (2018), S. 87.

Ausnahmen davon sind die Betrachtungen von Fortes (2002) mit einem schwedischen Kontext und Domingues et al. (2017), die eine globale Untersuchung durchgeführt haben.⁸²³

Der Schwerpunkt der **empirischen Untersuchungen im angelsächsischen Raum** liegt auf Australien.⁸²⁴ Eine der in Australien durchgeführten Untersuchungen analysierte die Nachhaltigkeitsberichterstattung von rein öffentlichen Organisationen mittels Befragungen zur Berichterstattung.⁸²⁵ Die Auswertung von Guthrie und Farneti (2008) untersuchte die Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen mittels Inhaltsanalysen.⁸²⁶ Frost und Seamer (2002) haben neben Befragungen zusätzlich inhaltliche Auswertungen von der Umweltberichterstattung öffentlicher Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt.⁸²⁷ Der Gegenstand der Untersuchung von Tan und Egan (2018) ist eine Fallstudie zur Triple Bottom Line-Berichterstattung eines öffentlichen Wasserversorgungsunternehmens.⁸²⁸ Dazu nutzten sie, neben der Befragung von an der Berichterstattung beteiligten Mitarbeitern, die inhaltliche Analyse der Berichterstattung.⁸²⁹ Auch Tregidga und Milne (2006) betrachteten in ihrer Untersuchung ein öffentliches Versorgungsunternehmen der Wasserwirtschaft im Rahmen einer Fallstudie.⁸³⁰ Diese realisierten jedoch eine mehrjährige inhaltliche Auswertung der Umweltberichterstattung im neuseeländischen Kontext.⁸³¹ Cormier und Gordon (2001) führten eine inhaltliche Untersuchung der Berichterstattung in Kanada von zwei öffentlichen und einem privatwirtschaftlichen Versorgungsunternehmen der Energiewirtschaft im Hinblick auf die Sozial- und Umweltberichterstattung durch.⁸³²

⁸²³ Vgl. Domingues et al. (2017), S. 293–294; Fortes (2002), S. 77.

⁸²⁴ Vgl. Farneti/Guthrie (2009), S. 89–90; Frost/Seamer (2002), S. 103; Guthrie/Farneti (2008), S. 361; Tan/Egan (2018), S. 235.

⁸²⁵ Vgl. Farneti/Guthrie (2009), S. 92.

⁸²⁶ Vgl. Guthrie/Farneti (2008), S. 362–363.

⁸²⁷ Vgl. Frost/Seamer (2002), S. 111–112.

⁸²⁸ Vgl. Tan/Egan (2018), S. 240–242.

⁸²⁹ Vgl. Tan/Egan (2018), S. 241.

⁸³⁰ Vgl. Tregidga/Milne (2006), S. 224–225.

⁸³¹ Vgl. Tregidga/Milne (2006), S. 224–225.

⁸³² Vgl. Cormier/Gordon (2001), S. 587.

Empirische **Forschungsergebnisse** zur Umweltberichterstattung auf der **iberischen Halbinsel** liefern Ribeiro und Aibar-Guzman (2010) für kommunale Verwaltungen und Unternehmen in Portugal mittels Befragungen dieser.⁸³³ Diese Untersuchung wurde 2016 erneut durchgeführt.⁸³⁴ Im spanischen Kontext bildeten, im Rahmen einer Untersuchung von Larrinaga-González und Pérez-Chamorro (2008), neun öffentliche Wasserversorgungsunternehmen die Stichprobe.⁸³⁵ Zur Erlangung von Ergebnissen in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung bedienten sich die Autoren der Methodik der Befragung von Verantwortlichen der Unternehmen sowie einer inhaltlichen Berichterstattungsauswertung.⁸³⁶

Die **empirischen Untersuchungen in der DACH-Region** sind in zwei Untergruppen zu unterteilen. So liegen zum einen Untersuchungen mit einem deutschen Forschungskontext vor.⁸³⁷ Zum anderen existieren auch Untersuchungen mit einem länderübergreifenden Kontext zwischen Deutschland und Österreich sowie Deutschland, Österreich und der Schweiz.⁸³⁸

Im **deutschen Kontext** hat Gebauer (2011) eine inhaltliche Analyse von Nachhaltigkeitsberichten kommunaler Versorgungsunternehmen verschiedener Branchen durchgeführt.⁸³⁹ Greiling et al. (2015a) untersuchten mittels einer Befragung öffentlicher Unternehmen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung die Berichterstattungspraxis.⁸⁴⁰ Arnold und Pieper (2014) unterschieden in ihrer Auswertung privatwirtschaftliche, gemischtwirtschaftliche und kommunale Versorgungsunternehmen der Wasserwirtschaft.⁸⁴¹ Dazu ist eine inhaltliche Berichterstattungsauswertung durchgeführt worden.⁸⁴²

Es liegen drei empirische Untersuchungen zu **länderübergreifenden Betrachtungen** in der **DACH-Region** vor.⁸⁴³ Im Rahmen der Untersuchung von Greiling und Grüb (2014) ist eine inhaltliche Auswertung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

⁸³³ Vgl. Ribeiro/Aibar-Guzman (2010), S. 404.

⁸³⁴ Vgl. Ribeiro et al. (2016), S. 352.

⁸³⁵ Vgl. Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008), S. 337–338.

⁸³⁶ Vgl. Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008), S. 338.

⁸³⁷ Vgl. Arnold/Pieper (2014), S. 149–155; Gebauer (2011), S. 410; Greiling et al. (2015a), S. 158–159.

⁸³⁸ Vgl. Greiling/Grüb (2014), S. 209; Greiling et al. (2015b), S. 404; Papenfuß et al. (2015a), S. 170.

⁸³⁹ Vgl. Gebauer (2011), S. 408–423.

⁸⁴⁰ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 158–161.

⁸⁴¹ Vgl. Arnold/Pieper (2014), S. 149–155.

⁸⁴² Vgl. Arnold/Pieper (2014), S. 149–155.

⁸⁴³ Vgl. Greiling et al. (2015b), S. 404; Greiling/Grüb (2014), S. 212; Papenfuß et al. (2015a), S. 171.

von kommunalen Unternehmen in Deutschland und Österreich durchgeführt worden.⁸⁴⁴ Eine weitere Betrachtung von Greiling et al. (2015b) berücksichtigt bei der inhaltlichen Auswertung der Nachhaltigkeitsberichterstattung nicht nur deutsche und österreichische, sondern auch noch schweizerische öffentliche Unternehmen.⁸⁴⁵ Papenfuß et al. (2015a) legten den Fokus der Untersuchung speziell auf die inhaltliche Auswertung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Stadtwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz.⁸⁴⁶

Eine Auswertung, die nicht einer der drei bisher erläuterten Gruppen zuordenbar ist, ist die von Fortes (2002). Im Rahmen dieser Betrachtung wurde die Umweltberichterstattung von schwedischen öffentlichen Unternehmen mittels einer Befragung und inhaltlicher Berichtsauswertung untersucht.⁸⁴⁷ Darüber hinaus befragten Domingues et al. (2017) weltweit Organisationen des öffentlichen Sektors zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.⁸⁴⁸

4.3 Erkenntnisse des Literaturüberblicks und Forschungsbedarf

In diesem Abschnitt werden zunächst die **wesentlichen Erkenntnisse** bisheriger Untersuchungen vorgestellt und die **vorhandene Forschungslücke** identifiziert. Auf dieser Grundlage folgt anschließend die Definition des **Forschungsbedarfs**.

Trotz der in Kapitel 3 erläuterten Relevanz zur Berücksichtigung von CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung von KEVU identifizieren die empirischen Untersuchungen **Defizite in der Unternehmenspraxis**. Gebauer (2011) beurteilt die Situation wie folgt: „Das Feld gesellschaftsbezogener⁸⁴⁹ Berichterstattung kommunaler Unternehmen ist in der Breite erst zu entwickeln.“⁸⁵⁰ Die Einschätzung Gebauers (2011) wird durch die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen untermauert. So werden Informationen zu CSR-Themen von öffentlichen Unternehmen sowohl im nationalen als auch internationalen Kontext nur in begrenztem Umfang in der Unternehmenspraxis veröffentlicht. Guthrie und Farneti

⁸⁴⁴ Vgl. Greiling/Grüb (2014), S. 209.

⁸⁴⁵ Vgl. Greiling et al. (2015b), S. 404.

⁸⁴⁶ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 170.

⁸⁴⁷ Vgl. Fortes (2002), S. 79.

⁸⁴⁸ Vgl. Domingues et al. (2017), S. 293–294.

⁸⁴⁹ Gebauer (2011) bezieht sich dabei auf CSR-Themen. Vgl. Gebauer (2011), S. 407–421.

⁸⁵⁰ Gebauer (2011), S. 421.

(2008) kommen zu diesem Ergebnis für öffentliche australische Unternehmen.⁸⁵¹ Sie stellen fest, dass die Informationen behutsam ausgewählt und zurückhaltend veröffentlicht werden.⁸⁵² Auch in spanischen Wasserversorgungsunternehmen existiert nur eine schwach ausgeprägte Bereitstellung von CSR-Informationen.⁸⁵³ Als Begründung sehen Larrinaga-González und Pérez-Chamorro (2008) die Zurückhaltung der Unternehmen, völlig transparent zu sein.⁸⁵⁴ Für deutsche Wasserversorgungsunternehmen zeigt sich ein ähnliches Bild wie im spanischen Kontext.⁸⁵⁵ Diese Resultate werden auch durch die Untersuchungen in der portugiesischen Kommunalwirtschaft erzielt.⁸⁵⁶ Den deutschen kommunalen und öffentlichen Unternehmen wird ebenso ein geringes Ausmaß der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmenspraxis attestiert.⁸⁵⁷

Die Ergebnisse zu den Unternehmen des öffentlichen Sektors werden im internationalen Kontext bestätigt.⁸⁵⁸ Im Vergleich deutscher und österreichischer Kommunalunternehmen wird auch deutlich, dass nur eine **geringe Anzahl** an Unternehmen regelmäßig **Nachhaltigkeitsberichte** veröffentlicht.⁸⁵⁹ Die limitierte Verbreitung wird auch in der länderübergreifenden Untersuchung von Stadtwerken in Deutschland, Österreich und der Schweiz bemängelt.⁸⁶⁰

Des Weiteren wird in den empirischen Untersuchungen die **mangelnde Vergleichbarkeit der Angaben** moniert.⁸⁶¹ Die Limitationen der Vergleichbarkeit resultieren aus zwei Problemen. Wenn Rahmenwerke wie die der GRI verwendet werden, steht es den Unternehmen trotzdem weitestgehend frei, welche Inhalte dieser Rahmenwerke verwendet werden.⁸⁶² Das zweite Problem ergibt sich aufgrund mangelnder Quantifizierungen der Angaben zu CSR-Themen.⁸⁶³

Entgegen der Ergebnisse, die eine schwache Unternehmensberichterstattungspraxis hinsichtlich CSR-Belangen der öffentlichen Unternehmen bezeugen, sind Cormier

⁸⁵¹ Vgl. Guthrie/Farneti (2008), S. 365–366.

⁸⁵² Vgl. Guthrie/Farneti (2008), S. 365–366.

⁸⁵³ Vgl. Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008), S. 342.

⁸⁵⁴ Vgl. Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008), S. 342.

⁸⁵⁵ Vgl. Arnold/Pieper (2014), S. 165–177.

⁸⁵⁶ Vgl. Ribeiro/Aibar-Guzman (2010), S. 415–417; Ribeiro et al. (2016), S. 365–366.

⁸⁵⁷ Vgl. Gebauer (2011), S. 421; Greiling et al. (2015a), S. 165–167.

⁸⁵⁸ Vgl. Domingues et al. (2017), S. 300; Guthrie/Farneti (2008), S. 365–366.

⁸⁵⁹ Vgl. Greiling/Grüb (2014), S. 219.

⁸⁶⁰ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 181.

⁸⁶¹ Vgl. Gebauer (2011), S. 421; Papenfuß et al. (2015a), S. 180.

⁸⁶² Vgl. Guthrie/Farneti (2008), S. 365.

⁸⁶³ Vgl. Gebauer (2011), S. 421; Papenfuß et al. (2015a), S. 180.

und Gordon (2001) im Rahmen der Auswertung zu der Erkenntnis gelangt, dass die beiden untersuchten EVU in öffentlicher Eigentümerschaft über mehr soziale und ökologische Informationen berichten als das privatwirtschaftliche EVU, das zum Vergleich betrachtet wird.⁸⁶⁴ Jedoch handelt es sich bei den drei betrachteten Unternehmen um große EVU und insgesamt um eine kleine Stichprobe.⁸⁶⁵

Basierend auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen wird ein weiterer **Forschungsbedarf** hinsichtlich der Veröffentlichung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung definiert. So wird die Notwendigkeit zusätzlicher Untersuchungen für den öffentlichen Sektor formuliert.⁸⁶⁶ In diesem Zusammenhang wird auch die Auswertung der Berichterstattungspraxis unter der Berücksichtigung des GRI-Rahmenwerks gefordert.⁸⁶⁷

Des Weiteren wird in der berücksichtigten Literatur die Problematik thematisiert, dass die vorhandenen Rahmenwerke zur Berichterstattung von der GRI und dem IIRC die spezifischen Berichterstattungsbedürfnisse öffentlicher Unternehmen nur begrenzt abbilden können.⁸⁶⁸ Aus diesem Grund wird der **Bedarf zur Anpassung bestehender Rahmenwerke** formuliert, damit der gesellschaftliche Wertschöpfungsbeitrag und der Mehrwert der öffentlichen Unternehmen umfassender dargestellt und kommuniziert werden kann.⁸⁶⁹ Von einer solchen Anpassung der Unternehmensberichterstattung wird auch eine stabilisierende Wirkung auf die Legitimität der öffentlichen Unternehmen erwartet.⁸⁷⁰ Aufgrund ihres öffentlichen Auftrags sollten die Unternehmen ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft nachkommen und ihre Unternehmensberichterstattung entsprechend ausgestalten.⁸⁷¹ Es wird eine Unternehmensberichterstattung der Unternehmen gefordert, die

⁸⁶⁴ Vgl. Cormier/Gordon (2001), S. 607.

⁸⁶⁵ Vgl. Cormier/Gordon (2001), S. 594–596.

⁸⁶⁶ Vgl. Fortes (2002), S. 91; Papenfuß et al. (2015a), S. 181.

⁸⁶⁷ Vgl. Guthrie/Farneti (2008), S. 365–366.

⁸⁶⁸ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 166; Guthrie/Farneti (2008), S. 365–366.

⁸⁶⁹ Vgl. Greiling/Grüb (2014), S. 220; Greiling et al. (2015a), S. 165–167.

⁸⁷⁰ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 167; Greiling et al. (2015b), S. 423.

⁸⁷¹ Vgl. Greiling/Grüb (2014), S. 219; Tan/Egan (2018), S. 246.

über die Erfüllung gesellschaftsbezogener Ziele des öffentlichen Interesses informiert.⁸⁷² In diesem Zusammenhang wird die Informationsbereitstellung zur Schaffung des **Public Values** durch das öffentliche Unternehmen als Perspektive zur Weiterentwicklung der Unternehmensberichterstattung vorgeschlagen.⁸⁷³

Aus Tabelle 6 ist ersichtlich, welche Untersuchungsaspekte in den bisherigen empirischen Untersuchungen berücksichtigt worden sind und inwieweit sich weiterer Forschungsbedarf aus der aufgezeigten Forschungslücke ergibt. Dazu ist der Tabelle zu entnehmen, ob die jeweilige Veröffentlichung einen deutschen Kontext aufweist und gezielt EVU sowie öffentliche bzw. kommunale Unternehmen betrachtet oder innerhalb der Stichprobe abgrenzt. Darüber hinaus ist der Tabelle zu entnehmen, ob die Berichterstattungsauswertung inhaltlich vorgenommen wurde.

Veröffentlichung	Nationaler Kontext	Gezielte Betrachtung von EVU	Gezielte Betrachtung von öfftl./komm. Unternehmen	Inhaltliche Berichterstattungs-auswertung
Cormier/Gordon (2001)	–	●	●	●
Frost/Seamer (2002)	–	–	●	●
Fortes (2002)	–	–	●	●
Tregidga/Milne (2006)	–	–	●	●
Guthrie/Farneti (2008)	–	–	●	●
Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008)	–	–	●	●
Farneti/Guthrie (2009)	–	–	●	–
Ribeiro/Aibar-Guzman (2010)	–	–	●	–
Gebauer (2011)	●	–	●	●
Greiling/Grüb (2014)	○	–	●	●
Arnold/Pieper (2014)	●	–	●	●
Greiling et al. (2015a)	●	–	●	–
Papenfuß et al. (2015a)	○	○	●	●
Greiling et al. (2015b)	○	–	●	●
Ribeiro et al. (2016)	–	–	●	–
Domingues et al. (2017)	–	–	●	–
Tan/Egan (2018)	–	–	●	●
Vorgehensweise in dieser Arbeit	●	●	●	●

Legende: ● = erfüllt, ○ = bedingt erfüllt, – = nicht erfüllt

Tabelle 6: Identifikation des Forschungsbedarfs⁸⁷⁴

In Tabelle 6 wird ersichtlich, dass es zwar inhaltliche Untersuchungen der Unternehmensberichterstattungspraxis von öffentlichen oder kommunalen Unternehmen gibt, diese jedoch häufig nicht gezielt EVU betrachten oder innerhalb der Untersuchung abgrenzen. Dadurch sind keine expliziten Aussagen zu KEVU ableitbar. Es

⁸⁷² Vgl. Gebauer (2011), S. 420; Greiling et al. (2015a), S. 166–167; Greiling et al. (2015b), S. 423; Greiling/Grüb (2014), S. 220.

⁸⁷³ Vgl. Greiling et al. (2015a), S. 166; Greiling/Grüb (2014), S. 219; Greiling et al. (2015b), S. 406–423.

⁸⁷⁴ Eigene Darstellung in optischer Anlehnung an: Franz (2018), S. 87.

liegen zwar empirische Untersuchungen vor, die speziell öffentliche oder kommunale Versorgungsunternehmen betrachten, dabei handelt es sich jedoch um Wasserversorgungsunternehmen.⁸⁷⁵ Eine gezielte Betrachtung oder Abgrenzung der EVU innerhalb der Stichprobe ist lediglich in zwei der berücksichtigten empirischen Untersuchungen vorgenommen worden.⁸⁷⁶ Die Analyse der Berichterstattungspraxis von Cormier und Gordon (2001) berücksichtigt jedoch lediglich Angaben zu sozialen und ökologischen Belangen von zwei öffentlichen und einem privatwirtschaftlichen EVU in Kanada.⁸⁷⁷ Die zweite Analyse ist die von Papenfuß et al. (2015a), die allerdings die Berichterstattung von kommunalen Stadtwerken im deutschen, österreichischen und schweizerischen Kontext berücksichtigt.⁸⁷⁸ Außerdem wird der verwendete Stadtwerke-Begriff nicht definiert, sodass aufgrund des breiten Aufgabenspektrums von Stadtwerken nicht nachvollziehbar ist, ob explizit EVU untersucht worden sind. Aus diesem Grund ist der Aspekt einer gezielten EVU-Betrachtung in Tabelle 6 lediglich als „bedingt erfüllt“ gekennzeichnet.

Folglich wird deutlich, dass keine der empirischen Untersuchungen alle Aspekte der Tabelle 6 vollumfänglich erfüllt und somit eine **Forschungslücke** besteht. Auf der Grundlage der in den betrachteten Untersuchungen formulierten **Forschungsbedarfe** und der dargestellten Forschungslücke, basiert die Untersuchung der Arbeit auf folgendem Vorgehen. Die Vorgehensweise dieser Arbeit soll einen wissenschaftlichen Beitrag liefern, in dem die gesamte Unternehmensberichterstattung von deutschen kEVU inhaltlich auf qualitative und quantitative Angaben zu CSR-Themen untersucht wird.

⁸⁷⁵ Vgl. Arnold/Pieper (2014), S. 149–153; Larrinaga-González/Pérez-Chamorro (2008), S. 338–340; Tan/Egan (2018), S. 235–236; Tregidga/Milne (2006), S. 219–220.

⁸⁷⁶ Vgl. Cormier/Gordon (2001), S. 587; Papenfuß et al. (2015a), S. 170–171.

⁸⁷⁷ Vgl. Cormier/Gordon (2001), S. 587.

⁸⁷⁸ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 170.

5 Anforderungskatalog und Hypothesen zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

5.1 Vorbemerkungen

Aufgrund der voran dargestellten Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung für KEVU und der bislang weitestgehenden Vernachlässigung dieser Thematik in der Forschung ist ein Forschungsbedarf identifiziert worden. Bevor die Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis im Hinblick auf die zweite und dritte Zielsetzung vorgenommen wird, liegt der Fokus in diesem Kapitel auf der **Entwicklung eines Anforderungskatalogs zur Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis** der KEVU auf CSR-Themen. Folglich unterliegt dieses Kapitel der ersten Zielsetzung der Arbeit.

Dazu erfolgt, aufbauend auf den Erkenntnissen zur Definition von CSR im dritten Kapitel, zunächst die Erläuterung von potenziellen Konzepten zur CSR-Differenzierung.⁸⁷⁹ Auf dieser Grundlage wird das **Konzept von Meynhardt und Gomez (2019)** zur differenzierten CSR-Betrachtung von KEVU ausgewählt und anschließend um spezielle Anforderungen, in Form von Public Value-Aspekten für KEVU, **in zwei Schritten angepasst** und detailliert dargestellt.⁸⁸⁰

Der Gegenstand der darauffolgenden Ausführungen ist die Überprüfung, inwieweit das um die Public Value-Aspekte für KEVU angepasste CSR-Konzept durch bereits existierende Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung der GRI abgedeckt und konzeptionell erweitert werden kann.⁸⁸¹ Auf der Grundlage des **Abgleichs und der Erweiterung mit den Rahmenwerken** erfolgt im Anschluss die **Ableitung des Anforderungskatalogs**, der abschließend dargestellt wird.⁸⁸²

⁸⁷⁹ Vgl. Abschnitt 5.2.1.

⁸⁸⁰ Vgl. Abschnitt 5.2.2.

⁸⁸¹ Vgl. Abschnitt 5.2.3.

⁸⁸² Vgl. Abschnitt 5.2.4.

Das Kapitel schließt mit der **theoriebasierten Herleitung von Hypothesen** im Hinblick auf die Determinanten zur Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattungspraxis.⁸⁸³ Diese werden im Rahmen der im sechsten Kapitel dargestellten Ergebnisse der Praxisuntersuchung überprüft.

5.2 Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

5.2.1 Konzepte zur CSR-Differenzierung

5.2.1.1 CSR-Konzept nach Carroll

5.2.1.1.1 Theoretische Grundlagen des CSR-Konzeptes nach Carroll

Das CSR-Konzept von Carroll (1991) wird als Pyramide dargestellt.⁸⁸⁴ Aus der Darstellung in Form einer Pyramide ergibt sich die hierarchische Ordnung der einzelnen **CSR-Dimensionen**.⁸⁸⁵ Demnach sind der CSR die ökonomische, rechtliche, ethische und philanthropische Verantwortung zugehörig, wobei der ökonomischen Verantwortung die höchste Bedeutung und der philanthropischen Verantwortung die niedrigste Bedeutung zukommt.⁸⁸⁶ Carroll (1991) erhebt den Anspruch, dass sein Pyramidenmodell CSR vollständig erfasst, da es alle Komponenten von CSR vereint.⁸⁸⁷ Dementsprechend ist es als ein übergreifendes CSR-Konzept anzusehen.⁸⁸⁸

Das Fundament der in Abbildung 4 dargestellten Pyramide bildet **die ökonomische Verantwortung** des Unternehmens.⁸⁸⁹ Denn ohne wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens kann es den, auf der ökonomischen Verantwortung aufbauenden, weiteren Verantwortungen nicht entsprechen.⁸⁹⁰ Der Gegenstand der ökonomischen Verantwortung besteht in der profitablen Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen, die von den Verbrauchern benötigt und gewünscht werden.⁸⁹¹

⁸⁸³ Vgl. Abschnitt 5.3.

⁸⁸⁴ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁸⁸⁵ Vgl. Mildenerberger et al. (2008), S. 117; Windsor (2006), S. 98–99.

⁸⁸⁶ Vgl. Carroll (1991), S. 41–43.

⁸⁸⁷ Vgl. Carroll (1991), S. 40.

⁸⁸⁸ Vgl. Mildenerberger et al. (2008), S. 116–117.

⁸⁸⁹ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁸⁹⁰ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁸⁹¹ Vgl. Carroll (1991), S. 40–41.

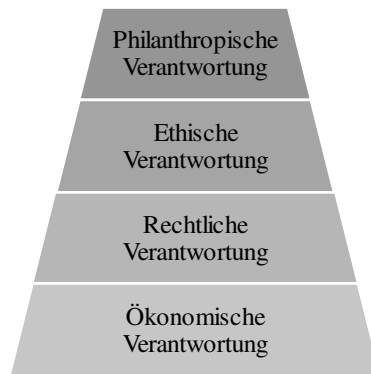


Abbildung 4: CSR-Pyramide nach Carroll (1991)⁸⁹²

Die zweite Dimension der „Verantwortungspyramide“⁸⁹³ fokussiert die **rechtliche Verantwortung** eines Unternehmens.⁸⁹⁴ Zur Einhaltung des Social Contract zwischen Unternehmen und Gesellschaft sind neben der profitablen Geschäftstätigkeit auch die gesetzlichen Vorgaben zu berücksichtigen und einzuhalten.⁸⁹⁵ Nach Carroll (1991) sind Gesetze als kodifizierte ethische Vorstellungen anzusehen.⁸⁹⁶ Die Einhaltung der Gesetze hat somit eine höhere Bedeutung als die ethische Verantwortung, die die dritte Dimension der Pyramide darstellt.⁸⁹⁷ Im Gegensatz zur zweiten Dimension berücksichtigt die **ethische Verantwortung** „those standards, norms, or expectations that reflect a concern for what consumers, employees, shareholders, and the community regard as fair“⁸⁹⁸. Es handelt sich also um noch nicht kodifizierte ethische Erwartungen und Vorstellungen seitens der Gesellschaft, die trotz der fehlenden rechtlichen Verbindlichkeit zu befriedigen sind.⁸⁹⁹ Die oberste CSR-Dimension, mit der niedrigsten Relevanz, bildet die **philanthropische Verantwortung** ab.⁹⁰⁰ Diese Form unternehmerischer Verantwortung schließt Maßnahmen des Unternehmens mit ein, die dem Wohlergehen der Gemeinschaft zugutekommen.⁹⁰¹ Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu den anderen Formen der Verantwortung besteht darin, dass die philanthropische Verantwortung auf freiwilliger Basis stattfindet. Ein weiteres Kriterium zur Abgrenzung insbesondere

⁸⁹² Eigene Darstellung in Anlehnung an: Carroll (1991), S. 42.

⁸⁹³ Promberger/Spiess (2006), S. 8.

⁸⁹⁴ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁸⁹⁵ Vgl. Carroll (1991), S. 41.

⁸⁹⁶ Vgl. Carroll (1991), S. 41.

⁸⁹⁷ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁸⁹⁸ Carroll (1991), S. 41.

⁸⁹⁹ Vgl. Carroll (1991), S. 41.

⁹⁰⁰ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁹⁰¹ Vgl. Carroll (1991), S. 42.

zur ethischen Verantwortung ist, dass die Tätigkeiten eines Unternehmens im Rahmen der Philanthropie nicht in einem moralischen oder ethischen Sinne erwartet werden, sodass eine Nichterbringung auch nicht als unethisch beurteilt wird.⁹⁰²

5.2.1.1.2 Kritische Würdigung und Weiterentwicklungen

Die Betrachtungsweise von Carroll (1991) hat aufgrund der integrativen Auseinandersetzung mit den CSR-Dimensionen und der Nachvollziehbarkeit des Konzeptes einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht.⁹⁰³ Trotz dessen ist das Konzept nicht frei von **Kritik**.⁹⁰⁴ So werden etwa die **konzeptionelle Klarheit** und **deskriptive Präzision bemängelt**.⁹⁰⁵ In diesem Zusammenhang wird die Nachvollziehbarkeit der hierarchischen Struktur beanstandet sowie die **theoretische Herleitung** der vier Dimensionen.⁹⁰⁶ Es herrscht Unklarheit darüber, ob die CSR-Pyramide als ein deskriptives oder normatives Konzept zu betrachten ist.⁹⁰⁷ Außerdem bietet es keine Lösungsansätze bei Abgrenzungsproblemen zwischen den einzelnen CSR-Dimensionen.⁹⁰⁸

Im Hinblick auf diese Beanstandungen und insbesondere zur Lösung der Abgrenzungsthematik entwickelten Schwartz und Carroll (2003) ein **neues CSR-Konzept**, das nur noch drei Hauptverantwortlichkeiten eines Unternehmens benennt und explizit Möglichkeiten zur Überlappung der CSR-Dimensionen schafft.⁹⁰⁹

Des Weiteren ist das Konzept von Carroll (1991) im Zeitablauf auch von anderen Autoren aufgegriffen und weiterentwickelt worden. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise Visser (2006) zu nennen, der die **CSR-Pyramide** an die **Rahmenbedingungen in Afrika** anpasst und eine andere Priorisierung der CSR-Dimensionen vorschlägt.⁹¹⁰

Dass das Konzept von Carroll (1991) auch weiterhin Gegenstand der Forschung ist, belegen Masoud (2017) sowie Meynhardt und Gomez (2019).⁹¹¹ Masoud (2017)

⁹⁰² Vgl. Carroll (1991), S. 42.

⁹⁰³ Vgl. Baden (2016), S. 1–15; Carroll (2016), S. 7, (1991), S. 42, (1979), S. 499–500; Masoud (2017), S. 1–22; Mildenerberger et al. (2008), S. 118.

⁹⁰⁴ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 411; Mildenerberger et al. (2008), S. 118.

⁹⁰⁵ Vgl. Visser (2006), S. 45.

⁹⁰⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 405.

⁹⁰⁷ Vgl. Visser (2006), S. 46.

⁹⁰⁸ Vgl. Visser (2006), S. 46–47.

⁹⁰⁹ Vgl. Schwartz/Carroll (2003), S. 509.

⁹¹⁰ Vgl. Visser (2006), S. 37.

⁹¹¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019); Masoud (2017).

entwickelte die Pyramide weiter, um den Anforderungen unternehmerischer Verantwortung in einer globalisierten Weltwirtschaft gerecht zu werden.⁹¹² Meynhardt und Gomez (2019) konzipierten, aufbauend auf ihren Forschungsergebnissen zum Public Value-Ansatz, eine CSR-Pyramide mit Fokus auf den gesellschaftlichen Mehrwert eines Unternehmens.⁹¹³

5.2.1.2 CSR-Konzept nach Meynhardt und Gomez

5.2.1.2.1 Theoretische Grundlagen des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez

Die neu konzeptionierte CSR-Pyramide stellt eine Verknüpfung zwischen dem CSR-Verständnis und dem Public Value-Ansatz her.⁹¹⁴ Nach Meynhardt und Gomez (2019) bedeutet CSR, entsprechend den Werten und Erwartungen der Gesellschaft zu handeln.⁹¹⁵ Als Maß für die Erfüllung der Werte und Erwartungen bzw. der Grundbedürfnisse kann der Public Value, also die öffentliche Wertschaffung, herangezogen werden.⁹¹⁶ Demnach agiert das Unternehmen dann verantwortlich, wenn es einen öffentlichen Wert, den sog. Public Value, schafft.⁹¹⁷ Die CSR-Pyramide wird folglich als Leitbild für unternehmerisches Handeln genutzt, um die individuelle Bewertung der Geschäftsaktivitäten positiv zu beeinflussen und folglich gesellschaftliche Legitimität zu erzielen.⁹¹⁸

Meynhardt und Gomez (2019) interpretieren die einzelnen Dimensionen der CSR-Pyramide als Bausteine und folgern, dass dieser Struktur eine Implikation zugrunde liegt, wonach die CSR-Pyramide durch den modularen Aufbau an verschiedene „social, cultural, and temporal contexts“⁹¹⁹ angepasst werden kann.⁹²⁰ Diese Struktur wird somit genutzt, um eine zeitgemäße und alternative CSR-Pyramide zu entwickeln, die im Gegensatz zu Carroll (1991) auf einer theoriegeleiteten Begründung und Rechtfertigung der CSR-Dimensionen beruht.⁹²¹ Um dies zu gewährleisten, stellt das CSR-Konzept von Meynhardt und Gomez (2019) eine Verknüpfung zum

⁹¹² Vgl. Masoud (2017), S. 1.

⁹¹³ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 426.

⁹¹⁴ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 404.

⁹¹⁵ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹¹⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹¹⁷ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 414.

⁹¹⁸ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406–408.

⁹¹⁹ Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹²⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹²¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 405–406.

Public Value-Ansatz her und dadurch die Schaffung des gesellschaftlichen Mehrwerts bzw. Public Values in den Mittelpunkt der unternehmerischen Verantwortungsübernahme gegenüber der Gesellschaft.⁹²²

5.2.1.2.2 Definition des Public Value-Ansatzes

Der Public Value-Gedanke ist ein Ansatz zum Management von öffentlichen Institutionen und wurde erstmals 1995 von dem amerikanischen Wissenschaftler Mark Moore formuliert.⁹²³ Public Value ist demnach der **Wert einer öffentlichen Institution** oder eines Unternehmens, der **zugunsten der Gesellschaft** kurz- und langfristig realisiert wird.⁹²⁴ Dieser wird erst geschaffen, wenn die Werte der Institution von der Gesellschaft wertgeschätzt werden.⁹²⁵ Das Konzept des Shareholder Values im privatwirtschaftlichen Sektor wird auf öffentliche Institutionen in Form des Public Values übertragen, um das Handeln zugunsten der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen.⁹²⁶

Die Entstehung des Public Value-Ansatzes ist historisch in den Zeitraum einzuordnen, in dem sich nach anfänglicher Euphorie bereits erste Unzufriedenheit über die Idee des in Abschnitt 2.3.1 thematisierten New Public Managements äußerte.⁹²⁷ Der Public Value-Ansatz erlangte deshalb Bekanntheit, da dieser beim Management öffentlicher Institutionen nicht nur Effizienzziele, sondern auch gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt.⁹²⁸

Meynhardt (2008) stellt für das Entstehen von Public Value die Bedingung auf, dass das Erfahren und Verhalten des Individuums in dem Maße tangiert wird, dass sich dies fördernd „auf Bewertungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Gemeinschaftserleben und die Selbstbestimmung des Einzelnen im gesellschaftlichen Umfeld“⁹²⁹ auswirkt.⁹³⁰

Die Bedingung verdeutlicht Meynhardts (2008) Auffassung, dass die Entstehung von Public Value nur im Rahmen von subjektiven Beurteilungsprozessen erfolgt.⁹³¹

⁹²² Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹²³ Vgl. Hoch (2014), S. 26; Schantl (2014), S. 4.

⁹²⁴ Vgl. Moore (1995), S. 10.

⁹²⁵ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 131–132; Meynhardt (2008), S. 462–463.

⁹²⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 4; Meynhardt (2008), S. 458.

⁹²⁷ Vgl. O'Flynn (2007), S. 353.

⁹²⁸ Vgl. Hoch (2014), S. 26; Meynhardt (2013), S. 4; Schantl (2014), S. 4.

⁹²⁹ Meynhardt (2008), S. 462.

⁹³⁰ Vgl. Meynhardt (2008), S. 462.

⁹³¹ Vgl. Meynhardt (2008), S. 462.

Die Schaffung von Public Value resultiert aus der Akzeptanz und der Bewertung von Leistungen.⁹³² Aus diesem Grund trifft Meynhardt (2008) die Annahme, dass diese subjektiven Bewertungsprozesse auf Basis der menschlichen Grundbedürfnisse durchgeführt werden.⁹³³ Dadurch sind Public Value-Dimensionen ableitbar, die auf den Grundbedürfnissen basieren und somit grundsätzlich durch die positiven Bewertungen im Sinne der genannten Public Value-Definition zum Entstehen von Public Value beitragen.⁹³⁴

5.2.1.2.3 Herleitung und Aufbau

Die Dimensionen der alternativen CSR-Pyramide leiten Meynhardt und Gomez (2019), wie aus Abbildung 5 hervorgeht, über die Public Value-Dimensionen von den menschlichen Grundbedürfnissen ab.⁹³⁵ Durch diese Vorgehensweise erheben Meynhardt und Gomez (2019) den Anspruch, **wissenschaftlich fundierte CSR-Dimensionen** vorzuweisen.⁹³⁶ Die Berücksichtigung der vier hergeleiteten Dimensionen in der Unternehmensführung ermöglicht nach Ansicht der Autoren eine verantwortungsvolle Unternehmensführung.⁹³⁷

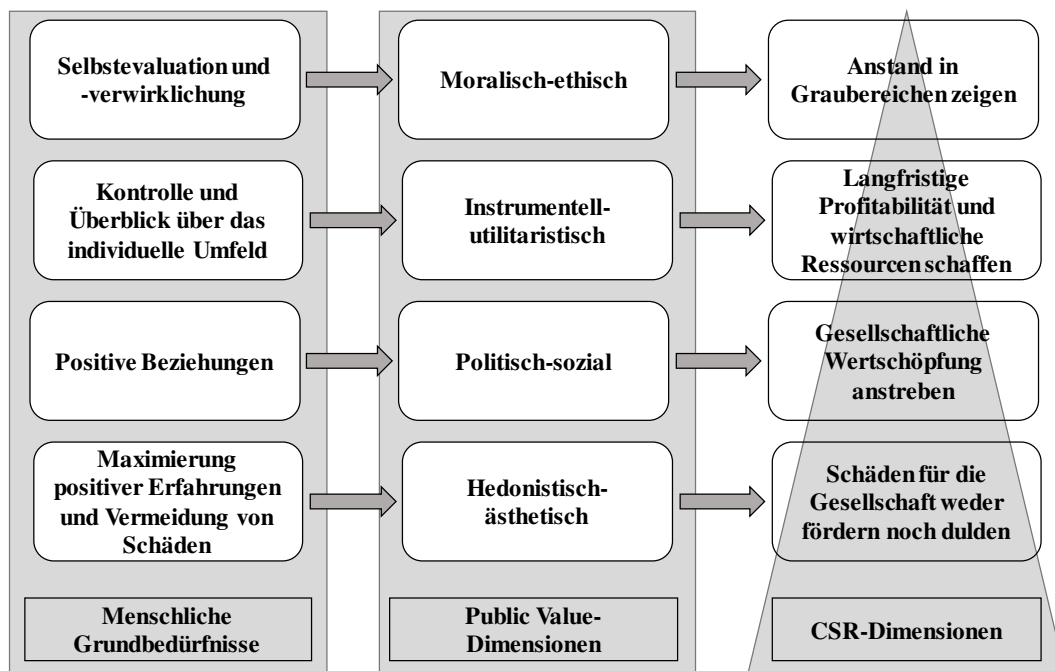


Abbildung 5: Herleitung der CSR-Pyramide⁹³⁸

⁹³² Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 131–132; Meynhardt (2008), S. 462–463.

⁹³³ Vgl. Meynhardt (2008), S. 463.

⁹³⁴ Vgl. Meynhardt (2008), S. 463.

⁹³⁵ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406, 419 u. 422.

⁹³⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 404.

⁹³⁷ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 420.

⁹³⁸ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Gomez/Meynhardt (2009), S. 152–155; Meynhardt/Gomez (2019), S. 409 u. 426.

Im Rahmen der psychologischen Forschung sind **vier verschiedene menschliche Grundbedürfnisse** zu identifizieren, die gleichbedeutend und somit nicht hierarchisch zu unterscheiden sind.⁹³⁹ Diese sind die Maximierung von positiven Erfahrungen und die Vermeidung von Schäden, das Vorhandensein positiver Beziehungen, die Kontrolle und der Überblick über das individuelle Umfeld sowie die Selbstevaluation und -verwirklichung.⁹⁴⁰

Die **Grundbedürfnisse übersetzen** Meynhardt und Gomez (2019) und Meynhardt (2008) analog **in vier Wertdimensionen des Public Value**.⁹⁴¹ Es wird zwischen der hedonistisch-ästhetischen, der politisch-sozialen, der instrumentell-utilitaristischen und der moralisch-ethischen Dimension unterschieden.⁹⁴² Die Schaffung von Public Value erfordert die integrative Betrachtung aller vier Wertdimensionen.⁹⁴³

Der **Transfer der Public Value-Dimensionen in CSR-Dimensionen** ist im Rahmen der Initiative „Schweizer Dialog“⁹⁴⁴ erreicht worden. Meynhardt und Gomez (2019) implementierten in den Austausch im Rahmen des Schweizer Dialogs die vier Public Value-Dimensionen und baten die Teilnehmer um Stellungnahmen zu den Problemen und Handlungsbedarfen der Public Value-Dimensionen.⁹⁴⁵ Im gemeinsamen Austausch haben Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft Themen von öffentlichem Interesse identifiziert und somit schließlich die Dimensionen inhaltlich konkretisiert.⁹⁴⁶ Somit ist aufgrund der Aussagen zu den Dimensionen ein neues Rahmenwerk für die CSR-Pyramide entwickelt worden.⁹⁴⁷ Die in Abbildung 5 dargestellte CSR-Pyramide setzt sich aus folgenden CSR-Dimensionen zusammen: Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden, Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben, Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen sowie Anstand in Graubereichen zeigen.⁹⁴⁸

⁹³⁹ Vgl. Epstein (1989), S. 15–16; Meynhardt (2008), S. 463–464; Meynhardt/Gomez (2019), S. 418–419.

⁹⁴⁰ Vgl. Epstein (1989), S. 16.

⁹⁴¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 419; Meynhardt (2008), S. 464.

⁹⁴² Vgl. Meynhardt (2008), S. 464.

⁹⁴³ Vgl. Meynhardt (2008), S. 464–465.

⁹⁴⁴ Die Initiative wurde 2009 mit dem Ziel gegründet, den Austausch über Verantwortung und verantwortungsvolle Führung zwischen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern. Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 422.

⁹⁴⁵ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 423.

⁹⁴⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 423.

⁹⁴⁷ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 423.

⁹⁴⁸ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 155; Meynhardt/Gomez (2019), S. 426.

Die auf dem Schweizer Dialog basierende CSR-Pyramide wurde erstmals 2009 veröffentlicht und dient seitdem in der Unternehmenspraxis zur Beurteilung von Geschäftsaktivitäten.⁹⁴⁹ Dadurch folgern Meynhardt und Gomez (2019), dass die Berücksichtigung der Beurteilung der Unternehmensaktivitäten im Sinne der Public Value-Theorie relevant für Managemententscheidungen ist.⁹⁵⁰

Die CSR-Pyramide fördert die Auseinandersetzung damit, welche Public Values wichtig für das Gemeinwohl sind.⁹⁵¹ Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse durch die Forschungsaktivitäten in der Schweiz ist eine neue Pyramide unternehmerischer Verantwortung erarbeitet worden, die den menschlichen Bedürfnissen gerecht wird und die wissenschaftlich fundiert ist. Des Weiteren vertreten Meynhardt und Gomez (2019) die Auffassung, dass der daraus resultierende heuristische Wert für die Unternehmenssteuerung als stärkste Rechtfertigung der entwickelten CSR-Pyramide anzusehen ist.⁹⁵²

5.2.1.2.4 CSR-Dimensionen

Nach Meynhardt und Gomez (2019) bildet die Vermeidung von schädlichen Auswirkungen auf Gesellschaft, Ökologie oder Kultur durch Aktivitäten im Rahmen von Gewinnerzielungsabsichten des Unternehmens oder Dritter die Grundlage sowie die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung.⁹⁵³ Aus diesem Grund wird diese Dimension **„Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“** als das Fundament der Pyramide positioniert.⁹⁵⁴

Da die Begrenzung schädlicher Auswirkungen auf das Unternehmensumfeld von Meynhardt und Gomez (2019) als nicht ausreichend angesehen wird, um das unternehmerische Handeln zu legitimieren, fordern sie die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Probleme der Gesellschaft.⁹⁵⁵ Dieser Aspekt unternehmerischer Verantwortung bildet die zweite Dimension **„Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“** der Pyramide.⁹⁵⁶ Die Autoren stimmen folglich mit der in Abschnitt 3.3.2 erläuterten Legitimitätstheorie und der Einschätzung überein, dass die Unternehmen

⁹⁴⁹ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 155; Meynhardt (2014), S. 3; Meynhardt/Gomez (2019), S. 423.

⁹⁵⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 414.

⁹⁵¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 426.

⁹⁵² Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 405.

⁹⁵³ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 156; Meynhardt/Gomez (2019), S. 426–427.

⁹⁵⁴ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 426–427.

⁹⁵⁵ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427.

⁹⁵⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 426.

als Teil und nicht als Gegenspieler der Gesellschaft anzusehen sind.⁹⁵⁷ Die Integration der gesellschaftlichen Bedürfnisse ins Geschäftsmodell führt zur Legitimität.⁹⁵⁸ Gemäß der CSR-Pyramide generieren die Unternehmen über die Gewinnerwirtschaftung, abgeführte Steuern und Beschäftigungsmöglichkeiten hinaus Public Value, in dem sich das unternehmerische Handeln im Rahmen des Geschäftsmodells am Gemeinwohl orientiert.⁹⁵⁹ In diesem Zusammenhang werden insbesondere die Leistungen von Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Energieversorgung, Finanzdienstleistungen und Gesundheitswesen genannt.⁹⁶⁰

Neben der Vermeidung negativer Auswirkungen und der Orientierung der Geschäftstätigkeit an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, bildet die Erzielung nachhaltiger Gewinne die dritte CSR-Dimension.⁹⁶¹ Die Berücksichtigung der Dimension **„Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“** ist, insbesondere für in der Marktwirtschaft agierende Unternehmen, essentiell.⁹⁶² Die Unternehmen müssen kostendeckend handeln und zur Eigentümerbefriedigung einen Gewinn erwirtschaften.⁹⁶³ Im Sinne des CSR-Konzeptes von Meynhardt und Gomez (2019) wird die Unternehmensprofitabilität als Resultat der gesellschaftlichen Wertschätzung der Produkte, Dienstleistungen und einer verantwortungsvollen Unternehmensführung verstanden.⁹⁶⁴ Doch auch gemeinnützige Organisationen und öffentliche Verwaltungen unterliegen dieser Verantwortung und Rechtfertigung über den Umgang mit ihnen anvertrauten wirtschaftlichen Ressourcen.⁹⁶⁵ Die Berücksichtigung wirtschaftlicher Kalküle und die Verfolgung von Effizienzbestrebungen zur profitablen Unternehmens- bzw. Organisationsführung bildet laut Meynhardt und Gomez (2019) die finanzielle Grundlage von gesellschaftlichem Wohlstand.⁹⁶⁶ Dieser gesellschaftliche Beitrag des Unternehmens erfordert eine effektive Kommunikation, um gesellschaftlich akzeptiert zu werden.⁹⁶⁷ Bei der Ver-

⁹⁵⁷ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427.

⁹⁵⁸ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 157; Meynhardt/Gomez (2019), S. 427.

⁹⁵⁹ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 157–158; Meynhardt/Gomez (2019), S. 427.

⁹⁶⁰ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 157.

⁹⁶¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶² Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶³ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶⁴ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 159; Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶⁵ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶⁶ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 428.

⁹⁶⁷ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 158.

folgung wirtschaftlicher Kalküle wird die Erfordernis der Ausgewogenheit zwischen kurz- und langfristigem Erfolg hervorgehoben, sodass der langfristige Erfolg nicht einem kurzfristigen Erfolgsstreben geopfert wird.⁹⁶⁸

Die Dimension „**Anstand in Graubereichen zeigen**“ der Verantwortungspyramide befasst sich mit dem moralischen Urteilsvermögen von Mitgliedern der Unternehmensleitung in Graubereichen.⁹⁶⁹ Die Graubereiche stellen Entscheidungsspielräume dar, die nicht gesetzlich geregelt oder anderweitig schriftlich fixiert sind.⁹⁷⁰ Carroll (1991) definiert Gesetze als kodifizierte ethische Vorstellungen.⁹⁷¹ Die Entscheidungen in den Graubereichen sind gedanklich jedoch eine Stufe vorher einzuordnen, in denen gemeinsame gesellschaftliche Normen und Werte noch nicht kodifiziert sind.⁹⁷²

Folglich können Entscheidungen in den Graubereichen unter rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar sein, jedoch den Werten der Gesellschaft widersprechen und somit nicht legitim sein.⁹⁷³ Deshalb empfehlen Meynhardt und Gomez (2019) Entscheidungen, die nicht mit gesellschaftlich geteilten Werten begründet werden können, zu vermeiden, da sie nicht einer verantwortungsvollen Unternehmensführung entsprechen.⁹⁷⁴ Außerdem erkennen sie die Problematik an, dass verschiedene moralische Wertvorstellungen existieren, sodass Abwägungen zwischen diesen getroffen werden müssen.⁹⁷⁵ In diesem Fall appellieren die Autoren an den „gesunden Menschenverstand“⁹⁷⁶ und empfehlen Entscheidungen zu treffen, für die „der Einzelne auch öffentlich einzustehen bereit ist.“⁹⁷⁷

⁹⁶⁸ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 159; Meynhardt/Gomez (2019), S. 427–428.

⁹⁶⁹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 426.

⁹⁷⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 428–429.

⁹⁷¹ Vgl. Carroll (1991), S. 41.

⁹⁷² Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 428–429.

⁹⁷³ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 428.

⁹⁷⁴ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 428–429.

⁹⁷⁵ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 160–161; Meynhardt/Gomez (2019), S. 428–429.

⁹⁷⁶ Gomez/Meynhardt (2009), S. 154.

⁹⁷⁷ Gomez/Meynhardt (2009), S. 160.

5.2.2 Anpassung des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez

5.2.2.1 Vorgehensweise der Anpassung

5.2.2.1.1 Begründete Auswahl des CSR-Konzeptes

In Kapitel 3 ist die Relevanz der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung für KEVU umfassend herausgearbeitet worden. Als Betrachtungsrahmen für die einzelnen CSR-Dimensionen erfuhr das CSR-Konzept von Carroll (1991) große Reputation. Besonders vorteilhaft scheint dieses CSR-Konzept, da es den Anspruch erhebt alle CSR-Dimensionen abzubilden. Allerdings ist in der Literatur Kritik an dem Konzept zu konstatieren, die sich insbesondere auf die nicht wissenschaftliche Fundierung der Pyramidendimensionen bezieht.⁹⁷⁸ Somit wird das CSR-Konzept von Meynhardt und Gomez (2019) als Betrachtungsrahmen für die Unternehmensberichterstattungspraxis von KEVU berücksichtigt, da die Entwicklung dieses Konzeptes auf der **wissenschaftlich fundierten Herleitung** im Rahmen eines interdisziplinären Dialogprozesses unter der Berücksichtigung des Public Value-Ansatzes basiert.⁹⁷⁹

Neben der Tatsache, dass die CSR-Pyramide nach Meynhardt und Gomez (2019), im Gegensatz zu ihrem Vorläuferkonzept von Carroll (1991), Kritikmöglichkeiten an der Herleitung der Dimensionen vermeidet, werden folgende Gründe für die Auswahl dieses Konzeptes für die weitere Betrachtung angeführt.

Meynhardt und Gomez (2019) treffen die Aussage, dass die Unternehmensführung Lösungsansätze für die vier zu berücksichtigenden Pyramidendimensionen anbieten muss, jedoch gehen sie nicht so weit wie Carroll (1991), das Konzept als umfassend und abschließend zu bezeichnen.⁹⁸⁰ Die Autoren ermutigen hingegen zur praktischen Erforschung ihres Konzeptes sowie zur **Erweiterung und Anpassung der CSR-Dimensionen an unterschiedliche unternehmerische Kontexte**.⁹⁸¹

Das Konzept nach Meynhardt und Gomez (2019) eignet sich nicht nur aufgrund der in Kapitel 3 erläuterten Relevanz von CSR zur Betrachtung der KEVU, sondern auch durch die Verknüpfung des CSR-Konzeptes mit dem Public Value-Ansatz. Das Public Value-Konzept wird zur Kommunikation des Mehrwerts öffentlicher

⁹⁷⁸ Vgl. Abschnitt 5.2.1.1.2.

⁹⁷⁹ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.

⁹⁸⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 430–431.

⁹⁸¹ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 430–433.

Institutionen und Unternehmen für die Gesellschaft eingesetzt.⁹⁸² Gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte wird die Erbringung von **Public Value durch die kommunalen Unternehmen** als bedeutsam erachtet.⁹⁸³ Die Realisierung von Public Value für die Gesellschaft gehört aufgrund der Aufgabe zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der Erfüllung des dualen Zielsystems⁹⁸⁴ zum Aufgabenfeld von KEVU und kann im Wettbewerb mit anderen EVU als Möglichkeit zur Abgrenzung von diesen eingesetzt werden.⁹⁸⁵ Außerdem wird eine gesellschaftsorientierte Berichterstattung durch kommunale bzw. öffentliche (Versorgungs-) Unternehmen in der Literatur gefordert.⁹⁸⁶ Dadurch wird die Argumentation für die Verwendung dieses CSR-Konzeptes mit Bezug auf den Public Value gestärkt.

Die dargelegten Gründe für die Verwendung dieser CSR-Pyramide verdeutlichen zum einen, dass die Erweiterung und die Anpassung des Konzeptes an die spezifischen Bedingungen eines Unternehmens von Meynhardt und Gomez (2019) explizit erlaubt ist, und zum anderen, dass sich die Verwendung der auf dem Public Value-Ansatz aufbauenden CSR-Pyramide für KEVU anbietet und in der dargestellten Literatur des Forschungsstands empfohlen wird.

5.2.2.1.2 Berücksichtigte Literatur zur Anpassung

Public Value dient zur Einschätzung, inwieweit das Unternehmen in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Werten und Erwartungen handelt.⁹⁸⁷ Die Bewertung des Public Values erfolgt also durch den Blickwinkel der Gesellschaft.⁹⁸⁸ Eine quantitative Messung des Public Values ist vielfältigen Schwierigkeiten unterworfen.⁹⁸⁹ Die Bestimmung des Public Values eines Unternehmens für die Gesellschaft bedarf eines partizipativen Prozesses, wie er im Rahmen des Schweizer Dialogs von Meynhardt und Gomez (2019) durchgeführt worden ist.⁹⁹⁰

Da ein solches Vorgehen im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden kann, wird die CSR-Pyramide um bereits in der Literatur formulierte **Public Value-Aspekte für kommunale und öffentliche Unternehmen bzw. EVU** angepasst.

⁹⁸² Vgl. Ahrend (2014), S. 4.

⁹⁸³ Vgl. Ahrend (2015), S. 58.

⁹⁸⁴ Vgl. Abschnitt 2.3.2.

⁹⁸⁵ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2015), S. 58; Berlo/Wagner (2011), S. 237–240.

⁹⁸⁶ Vgl. Abschnitt 4.3.

⁹⁸⁷ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 406.

⁹⁸⁸ Vgl. Lange (2016b), S. 35.

⁹⁸⁹ Vgl. Meynhardt (2008), S. 461–462; Schantl (2014), S. 4–5.

⁹⁹⁰ Vgl. Meynhardt/Gomez (2019), S. 422–426; Schantl (2014), S. 4–6.

Hierbei sind Quellen berücksichtigt worden, die im nachfolgend dargestellten Prozess identifiziert worden sind.

Dazu ist zunächst eine Literaturrecherche im Rahmen einer **systematischen Identifikation**⁹⁹¹ von relevanten Quellen in deutscher und englischer Sprache mit definierten Schlagwörtern⁹⁹² in ausgewählten Datenbanken⁹⁹³ in einem definierten Veröffentlichungszeitraum⁹⁹⁴ durchgeführt worden. Des Weiteren werden, in Anlehnung an Traxler (2016), neben der systematischen Suche auch Quellen mittels einer informellen Internetrecherche identifiziert.⁹⁹⁵ Dadurch können Quellen, die der grauen Literatur⁹⁹⁶ zugehörig sind, erfasst werden, die für die Untersuchung einer Thematik ebenso von Relevanz sind.⁹⁹⁷

Die ermittelten Quellen sind anschließend daraufhin untersucht worden, ob eine Public Value-Definition in der jeweiligen Quelle enthalten ist. Falls keine Definition vorliegt, erfolgt keine weitere Berücksichtigung dieser Quelle. Sofern eine Begriffsbestimmung vorliegt, ist überprüft worden, ob diese mit dem Public Value-Verständnis von Moore (1995) übereinstimmt. Diese Bedingung ist erfüllt, wenn ein direkter Verweis zu Moore (1995) gegeben ist oder Public Value im Sinne von Moore (1995) als Beitrag des Unternehmens zum Gemeinwohl verstanden wird.⁹⁹⁸ Die in Tabelle 7 aufgelisteten Quellen entsprechen diesen kumulativ zu erfüllenden Prämissen.⁹⁹⁹

⁹⁹¹ Bei der Erstellung eines systematischen Literaturüberblicks wird die Identifikation der Quellen dokumentiert. So besteht die Möglichkeit, die Identifikation anhand von definierten Schlagwörtern in festgelegten Datenbanken bzw. Zeitschriften im Rahmen eines bestimmten Veröffentlichungszeitraums vorzunehmen. Vgl. Cook et al. (1997), S. 378; Cruzes/Dybå (2011), S. 441–442; Ferrari (2015), S. 230–231; Hochrein et al. (2014), S. 5; Tranfield et al. (2003), S. 209.

⁹⁹² Die Schlagwortsuche umfasst den Begriff „Public Value“ in Kombination mit jeweils einem der Begriffe „Energiewirtschaft“, „Kommunalwirtschaft“, „Public Utility“, „Municipal Utility“, „Öffentliche Unternehmen“, „Kommunale Unternehmen“, „Öffentliche Energieversorger“, „Kommunale Energieversorger“ und „Stadtwerke“.

⁹⁹³ Bei den Datenbanken handelt es sich um „Google Scholar“, „Social Science Research Network“ (SSRN) und „ScienceDirect“.

⁹⁹⁴ Zur Berücksichtigung aktueller Literatur sind nur Quellen und Beiträge berücksichtigt worden, die im Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.08.2018 veröffentlicht wurden.

⁹⁹⁵ Vgl. Traxler (2016), S. 52.

⁹⁹⁶ Bei grauer Literatur handelt es sich hauptsächlich um Veröffentlichungen, die direkt von den Urhebern und nicht über den Buchhandel bezogen werden können. Dies umfasst beispielsweise Unternehmensveröffentlichungen, Publikationen von (Nicht-) Regierungsorganisationen oder Forschungsberichte. Vgl. Balzert et al. (2008), S. 137–138; Franck (2019), S. 129–130.

⁹⁹⁷ Vgl. Curran et al. (2007), S. 304; Jesson et al. (2011), S. 126; Mahood et al. (2014), S. 229–230; Traxler (2016), S. 52.

⁹⁹⁸ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.2.

⁹⁹⁹ Die genannten Public Value-Aspekte der in Tabelle 7 aufgelisteten Quellen sind Anhang A zu entnehmen.

Jahr	Autoren	Titel
2012	Bovaird/ Loeffler	From Engagement to Co-production: The Contribution of Users and Communities to Outcomes and Public Value
2014	Ahrend	Corporate Governance in der Energiewirtschaft – zwischen Unternehmenswert und Public Value
2016	Clifton/ Fuentes/Warner	The loss of public values when public shareholders go abroad
2016	Lange	Werteorientiertes Management in der kommunalen Energieversorgung
2017	Hübscher	Strategische Aspekte bei der Beteiligungsverwaltung -Ein Diskussionsvorschlag für die Messbarkeit des Public Values als strategisches Steuerungsinstrument-
2018	Ahrend	Mehr Public Value durch die Anpassung von Geschäftsmodellen
2018	Berlo/ Schäfer/ Wagner	Stadtwerke-Neugründungen in Deutschland - eine Bilanz der Periode auslaufender Konzessionsverträge für örtliche Strom- und Gasverteilnetze
2018	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie	Status und Neugründungen von Stadtwerken. Deutschland und Japan im Vergleich

Tabelle 7: Zur Anpassung des CSR-Konzeptes berücksichtigte Quellen¹⁰⁰⁰

5.2.2.1.3 Anpassung des CSR-Konzeptes um Subdimensionen

Zur Anpassung des CSR-Konzeptes nach Meynhardt und Gomez (2019) ist die Überführung der Anforderungen der berücksichtigten Quellen aus Tabelle 7 zu den Public Value-Dimensionen des Konzeptes erforderlich. Die Anpassung des CSR-Konzeptes mittels der Überführung wird in zwei Schritten vorgenommen.

In einem **ersten Schritt** ist zunächst die Zuordnung der Anforderungen an den Public Value aus den berücksichtigten Quellen, im Weiteren „Public Value-Aspekte“ genannt, zu den vier CSR-Dimensionen nach Meynhardt und Gomez (2019) erfolgt. Anschließend sind die Public Value-Aspekte innerhalb dieser vier CSR-Dimensionen miteinander abgeglichen und zu „Subdimensionen“ aggregiert worden.¹⁰⁰¹ Aufgrund dieses Vorgehens ist das CSR-Konzept nicht nur anhand der vier CSR-Dimensionen zu differenzieren, sondern auch anhand dieser neu gebildeten Subdimensionen. Dadurch ist eine detailliertere Betrachtung der Verantwortung von KEVU möglich, wie aus Tabelle 8 hervorgeht.

¹⁰⁰⁰ Eigene Darstellung.

¹⁰⁰¹ Die Public Value-Aspekte und die Zuordnung dieser zu den CSR-Dimensionen sowie den Subdimensionen sind im Anhang B dargestellt.

Dimension	Subdimension
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit
	Gesellschaft und Kultur
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung
	Querverbund
	Nutzen für die Leistungsempfänger
	Finanzielle Bürgerbeteiligung
	Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsbemühungen
	Langfristig effizientes Wirtschaften
	Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten
	Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung
	Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen

Tabelle 8: Im ersten Schritt angepasstes CSR-Konzept mit Dimensionen und Subdimensionen¹⁰⁰²

Die in den berücksichtigten Quellen enthaltenen Public Value-Aspekte werden im folgenden Abschnitt, getrennt nach den Dimensionen und gebildeten Subdimensionen, erläutert.¹⁰⁰³ Auf der Grundlage dieser Ausführungen wird schließlich in einem **zweiten Schritt** das endgültig angepasste CSR-Konzept abgeleitet und vorgestellt.¹⁰⁰⁴

Das im Rahmen der beiden Schritte angepasste CSR-Konzept dient anschließend als Grundlage für den Abgleich und die Erweiterung mit bereits existierenden Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung.¹⁰⁰⁵ Auf der Grundlage des Abgleichs und der Erweiterung erfolgt anschließend die Ableitung des Anforderungskatalogs zur Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis auf CSR-Themen.¹⁰⁰⁶

¹⁰⁰² Eigene Darstellung.

¹⁰⁰³ Vgl. Abschnitt 5.2.2.2.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Abschnitt 5.2.2.3.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Abschnitt 5.2.3.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Abschnitt 5.2.4.

5.2.2.2 Darstellung der Public Value-Anforderungen für kommunale Energieversorgungsunternehmen nach Dimensionen und Subdimensionen

5.2.2.2.1 Anforderungen zur CSR-Dimension: Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden

5.2.2.2.1.1 Ökologische Nachhaltigkeit

Das CSR-Konzept nach Meynhardt und Gomez (2019) sieht die Vermeidung schädlicher Auswirkungen auf die Gesellschaft, Ökologie und Kultur durch das unternehmerische Handeln als elementaren Bestandteil unternehmerischer Verantwortung an.

In mehreren Quellen der berücksichtigten Literatur wird der Schutz der Umwelt als Public Value-Aspekt formuliert.¹⁰⁰⁷ Dazu wird insbesondere ein **Beitrag des kEVU zur ökologischen Nachhaltigkeit** im Gebiet der Gemeinde sowie eine **nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien** gefordert.¹⁰⁰⁸

Zur Erzielung einer **ökologischen Nachhaltigkeit in der Beschaffung** mit den Lieferanten, **bei den Geschäfts- und Großkunden** sowie **bei den Haushaltskunden** wird empfohlen, entsprechende Projekte und Maßnahmen mit diesen Stakeholdern abzustimmen und zu initiieren.¹⁰⁰⁹ Mit den Lieferanten können beispielsweise Umweltstandards vereinbart werden.¹⁰¹⁰ Zwischen kEVU und den Großkunden sowie der Gemeinde- und Kommunalverwaltung können auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und des Umweltschutzes ergriffen werden.¹⁰¹¹ Hierzu werden exemplarisch die Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung, die Verwirklichung einer treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung, Energieeffizienzmaßnahmen beim Kunden sowie weitere Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, in Kooperation mit Großkunden, genannt.¹⁰¹² Damit die Haushaltskunden einen Bei-

¹⁰⁰⁷ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 30–32; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127; Clifton et al. (2016), S. 135; Lange (2016b), S. 35.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 30–31; Lange (2016b), S. 35.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 31; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹⁰¹⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 31.

¹⁰¹¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 31.

¹⁰¹² Vgl. Ahrend (2014), S. 31.

trag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten können, sollte das kEVU unterstützende Angebote bereithalten.¹⁰¹³ In diesem Zusammenhang werden Informationsveranstaltungen und persönliche Beratungsmöglichkeiten zu Energie- und Ressourceneffizienz, Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt, Preisverleihungen für ökologisches Handeln und die Implementierung von „Gamification“¹⁰¹⁴ zur Motivation um Energie zu sparen oder umweltverträglich zu handeln genannt.¹⁰¹⁵

Des Weiteren wird empfohlen, dass das kEVU einen Beitrag zur **Reduzierung des CO₂ emittierenden „motorisierten Individualverkehrs“**¹⁰¹⁶ leistet. Dazu kann das kEVU Maßnahmen im Bereich des Car-Sharings ergreifen, Leasing- und Vermietungsangebote von Fahrrädern schaffen sowie die Unterstützung der Mitarbeiter des kEVU bei der Nutzung des ÖPNV oder von Fahrrädern anbieten.¹⁰¹⁷

Durch Kennzahlen können die ökologischen Auswirkungen des kEVU messbar gemacht werden.¹⁰¹⁸ Folgende von Ahrend (2014) empfohlene Kennzahlen sind dieser Subdimension zuzuordnen: der regionale Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Tonnen, die prozentuale Angabe der Energieeffizienz in der Region, der prozentuale Anteil erneuerbarer Energien in der Erzeugung bzw. beim Vertrieb und die absolute Angabe von Abfall in Tonnen sowie der prozentuale Anteil von recyceltem Abfall.¹⁰¹⁹

5.2.2.2.1.2 *Gesellschaft und Kultur*

Neben der Berücksichtigung ökologischer Aspekte wird im CSR-Konzept nach Meynhardt und Gomez (2019) auch die Vermeidung schädlicher Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Kultur thematisiert.¹⁰²⁰ Zu diesem Aspekt des verantwortlichen Handelns können in den Quellen aus Tabelle 7 entsprechende Public Value-Aspekte identifiziert und dieser CSR-Dimension zugeordnet werden.¹⁰²¹ So wird das unternehmerische Engagement zur **Förderung gesellschaftlicher Beiträge**

¹⁰¹³ Vgl. Ahrend (2014), S. 31.

¹⁰¹⁴ Unter Gamification wird der Einsatz von Anwendungen verstanden, sodass durch die Implementierung spielerischer Elemente der Nutzer dieser Anwendungen eine höhere Motivation zur Aufgabenausführung erlangt. Vgl. Stieglitz (2015), S. 817.

¹⁰¹⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 31–32.

¹⁰¹⁶ Ahrend (2014), S. 32.

¹⁰¹⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 32.

¹⁰¹⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 32.

¹⁰¹⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 32.

¹⁰²⁰ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.4.

¹⁰²¹ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 29–30; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127; Clifton et al. (2016), S. 135.

bzw. Zwecke gefordert, wodurch der gesellschaftliche Zusammenhalt gesteigert wird.¹⁰²² Die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls ist beispielsweise durch die Förderung öffentlicher Veranstaltungen oder Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag zu erreichen.¹⁰²³ Dadurch kann eine breite gesellschaftliche Teilhabe erzielt werden.¹⁰²⁴

Gesellschaftliche Beiträge können durch direkt und indirekt geförderte Maßnahmen sowie durch die **Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden** des kEVU erzielt werden.¹⁰²⁵ Die direkte Unterstützung der Region erfolgt durch die Schaffung und Erhaltung „von öffentlich zugänglichen Einrichtungen und [...] Freizeitveranstaltungen.“¹⁰²⁶ Eine indirekte Förderungsmöglichkeit besteht in der finanziellen Beihilfe von bestehenden und neu eingerichteten Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag, wie beispielsweise Stiftungen, oder in Kooperation mit weiteren Partnern gegründete Gesellschaften.¹⁰²⁷

Neben den Wirkungen auf die Gesellschaft kann auch ein Beitrag für die Arbeitnehmer, Praktikanten und Auszubildenden geleistet werden.¹⁰²⁸ In diesem Zusammenhang sollte das möglicherweise über den unternehmensinternen Bedarf hinausgehende Angebot an Ausbildungsplätzen, dualen Studiengängen und Praktikantenstellen in der Region dargelegt werden.¹⁰²⁹ Außerdem können Weiterbildungen und gesundheitsfördernde Maßnahmen der Mitarbeiter des kEVU unterstützt werden.¹⁰³⁰

Auch zum gesellschaftlichen Engagement werden von Ahrend (2014) Kennzahlen zur Plausibilisierung des Public Value-Beitrags formuliert.¹⁰³¹ Es sollte die Menge direkt und indirekt unterstützter Maßnahmen erfasst werden oder der finanzielle Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring.¹⁰³² Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Anzahl der Ausbildungsplätze, möglicherweise auch über Bedarf, anzugeben. Im Zusammenhang mit der Förderung der kEVU-Mitarbeiter können

¹⁰²² Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 29; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127; Clifton et al. (2016), S. 135.

¹⁰²³ Vgl. Ahrend (2018), S. 19.

¹⁰²⁴ Vgl. Ahrend (2018), S. 19.

¹⁰²⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 29–30.

¹⁰²⁶ Ahrend (2014), S. 29–30.

¹⁰²⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰²⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰²⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰³⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰³¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰³² Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

die Stunden zur Weiterbildung pro Mitarbeiter oder die Anzahl der Mitarbeiter, die Weiterbildungsmaßnahmen genutzt haben, dokumentiert werden.¹⁰³³

5.2.2.2.2 Anforderungen zur CSR-Dimension: Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben

5.2.2.2.2.1 Wertschöpfung

Das Streben nach gesellschaftlicher Wertschöpfung stellt die zweite CSR-Dimension dar. Diese kann insbesondere auch durch die Zurverfügungstellung von Leistungen des Unternehmens, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren, erfolgen.¹⁰³⁴

Wie Abschnitt 5.2.1.2.4 zu entnehmen ist, generieren die Unternehmen eine gesellschaftliche Wertschöpfung durch die Gewinnerwirtschaftung, Steuerzahlungen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Aufgrund dessen können der CSR-Dimension entsprechende Public Value-Aspekte aus den in Tabelle 7 berücksichtigten Quellen zugeordnet werden, die sich auf die regionalen Wertschöpfungseffekte des KEVU beziehen.¹⁰³⁵

So werden die positiven Auswirkungen hinsichtlich direkter, indirekter und induzierter Effekte auf die Bereiche „Cash Flow“, „Wertschöpfung“, „Beschäftigung und Einkommen“ unterschieden.¹⁰³⁶ Auch Berlo et al. (2018)¹⁰³⁷ definieren Wertschöpfungseffekte sowie direkte und indirekte Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte in der Region als Public Value-Aspekte von KEVU.¹⁰³⁸ Aufgrund der Ausstrahlungswirkung des KEVU durch die regionalen Wertschöpfungseffekte, beispielsweise auf andere Unternehmen wie etwa Lieferanten, ist die Wertschöpfung für die Region größer als nur durch das KEVU selbst.¹⁰³⁹ Die **direkten regionalen Effekte** entstehen unmittelbar durch das KEVU, die **indirekten regionalen Effekte** bei den Lieferanten bzw. sog. Vorleistungserbringern des KEVU und die **induzier-**

¹⁰³³ Vgl. Ahrend (2014), S. 30.

¹⁰³⁴ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 157–158.

¹⁰³⁵ Vgl. Anhang B.

¹⁰³⁶ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 35–36.

¹⁰³⁷ Siehe auch Berlo und Wagner (2011) für ähnliche Ergebnisse. Vgl. Berlo/Wagner (2011), S. 237–241.

¹⁰³⁸ Vgl. Berlo et al. (2018), S. 5–6.

¹⁰³⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 36.

ten regionalen Effekte ergeben sich durch die Verausgabung bzw. Verkonsumierung der durch die direkten und indirekten Effekte verursachten zusätzlichen Einkommen.¹⁰⁴⁰

Neben der Betrachtung der Effekte von KEVU auf die bereits genannten Bereiche werden die **direkten regionalen Effekte** zusätzlich noch um den Bereich der Beschaffung ergänzt.¹⁰⁴¹ Zur Gewährleistung hoher Wertschöpfungseffekte in der Region soll die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen oder auch von Krediten regional erfolgen.¹⁰⁴² Als Kennzahlen dafür empfiehlt Ahrend (2014) die Angabe der absoluten direkten regionalen Beschaffung in Euro sowie die relative Angabe in Prozent.¹⁰⁴³ Darüber hinaus können zusätzlich noch Anforderungen an den regionalen Lieferanten gestellt werden, wie beispielsweise die Erfüllung von Umweltstandards, um die regionalen Effekte auch um nichtfinanzielle Themen zu ergänzen.¹⁰⁴⁴

Regionalökonomische Effekte des KEVU können auch in Form des direkten regionalen Cash Flows¹⁰⁴⁵ erfasst werden.¹⁰⁴⁶ Der regionale Cash Flow schließt alle Zahlungsströme vom KEVU in die Region ein.¹⁰⁴⁷ Dazu sind die regionalen Zahlungen an die Lieferanten und Dienstleister sowie die Nettolöhne für Beschäftigte und Zahlungsströme an die Gemeinde, in Form von Dividenden, Konzessionsabgaben sowie die bei der Gemeinde verbleibenden Anteile der Steuerabgaben, zu zählen.¹⁰⁴⁸ Der Cash Flow kann als Kennzahl entweder absolut in Euro oder im Verhältnis zum Umsatz in Prozent angegeben werden.¹⁰⁴⁹

Die direkte regionale Wertschöpfung ist hinsichtlich der Brutto- und der Nettobetrachtung zu unterscheiden.¹⁰⁵⁰ Die Definition und Vorgehensweise zur Berechnung dieser Werte wird analog zum Vorgehen des Statistischen Bundesamts

¹⁰⁴⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 36; Kosfeld/Gückelhorn (2012), S. 441.

¹⁰⁴¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 36–37.

¹⁰⁴² Vgl. Ahrend (2014), S. 36.

¹⁰⁴³ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 37.

¹⁰⁴⁵ Ahrend (2014) verweist dabei auf das Konzept der „regionalen Inzidenz“, das vom Kompetenzzentrum „Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ der Universität Leipzig entwickelt worden ist. Vgl. Ahrend (2014), S. 37; Universität Leipzig Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. (2014), S. 5.

¹⁰⁴⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 37.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 37.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 37.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 38.

(2017c) vorgenommen.¹⁰⁵¹ Demnach stellt die „Brutto-Wertschöpfung“ eines KEVU die Differenz zwischen dem regionalen Umsatz und den dafür bezogenen Vorleistungen und Investitionen dar.¹⁰⁵² Die Differenz ist dann als der erwirtschaftete Mehrwert zu betrachten, sodass den Bürgern der Wertschöpfungsbeitrag des KEVU verdeutlicht wird.¹⁰⁵³ Die „Netto-Wertschöpfung“ umfasst die Brutto-Wertschöpfung abzüglich der Abschreibungen.¹⁰⁵⁴ Beide Wertschöpfungsbeträge können als Kennzahlen in Euro ausgewiesen werden.¹⁰⁵⁵

Die direkte regionale Beschäftigung soll die in der Region vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer des KEVU abbilden.¹⁰⁵⁶ Neben der Darstellung der Beschäftigtenzahl als absolute Angabe bietet sich auch eine anteilige Darstellung im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Mitarbeiter in Prozent an.¹⁰⁵⁷

Der Ausweis des direkten regionalen Einkommens in Form von Kennzahlen kann als „Netto-Einkommen“ der regional direkt beschäftigten Mitarbeiter oder als direktes regional verwendbares Einkommen, jeweils in Euro, vorgenommen werden.¹⁰⁵⁸ Erstere Kennzahl wird durch den Abzug des Personalaufwands für regional beschäftigte Mitarbeiter um die Lohnsteuer, Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen sowie weiteren sozialen Abgaben gemindert.¹⁰⁵⁹ Zur Ermittlung der zweiten Kennzahl, die die verwendbare Kaufkraft in der Region durch die direkt Beschäftigten darstellt, muss vom Netto-Einkommen die Sparrate subtrahiert werden.¹⁰⁶⁰

Bei den **indirekten regionalen Effekten** stellt der indirekte regionale Cash Flow die Zahlungsströme bei den Vorleistungserbringern des KEVU dar.¹⁰⁶¹ Zur Ermittlung des indirekten Cash Flows sind zwei Verfahren zu unterscheiden: der Impuls- und der Regionalansatz.¹⁰⁶² Bei der Anwendung des Impulsansatzes wird der durch das KEVU verursachte Cash Flow des Vorleistungserbringers unabhängig von der

¹⁰⁵¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 38; Statistisches Bundesamt (2017c), S. 30.

¹⁰⁵² Vgl. Ahrend (2014), S. 38; Statistisches Bundesamt (2017c), S. 30.

¹⁰⁵³ Vgl. Ahrend (2014), S. 38; Statistisches Bundesamt (2017c), S. 30.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2017c), S. 32.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁵⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 39; Berlo et al. (2018), S. 5–6.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 39 u. 46; Berlo et al. (2018), S. 5–6.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 39.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 39.

¹⁰⁶¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 41.

¹⁰⁶² Vgl. Ahrend (2014), S. 41.

Regionalität dieser Zahlungsströme erfasst.¹⁰⁶³ Der ermittelte Cash Flow nach dem Regionalansatz berücksichtigt hingegen nur Zahlungsströme in die Region.¹⁰⁶⁴ Die Anwendung des Regionalansatzes ist jedoch komplexer, da dieses Verfahren die Differenzierung nach regionalen und nicht regionalen Zahlungsströmen erfordert.¹⁰⁶⁵ Die Cash Flow-Betrachtung nach beiden Verfahren kann in absoluter Höhe in Euro ausgewiesen werden.¹⁰⁶⁶

Zur Plausibilisierung der durch das KEVU angestoßenen Wertschöpfungseffekte, also die indirekte regionale Wertschöpfung, bieten sich verschiedene Kennzahlen an.¹⁰⁶⁷ Zur Ermittlung dieser bedarf es der Inanspruchnahme der „Input-Output-Rechnung“ volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, die auf den Ökonom Wassily Leontief zurückgeht und die Vorleistungen sämtlicher Branchen zur Erstellung des Produktionswerts, beispielsweise in der Energiewirtschaft, erfasst.¹⁰⁶⁸ Aus der Rechnung wird schließlich ersichtlich, welchen prozentualen Beitrag eine Branche an der Brutto-Wertschöpfung leistet.¹⁰⁶⁹

Bei der Übertragung dieses Ansatzes auf die Situation eines KEVU muss angenommen werden, dass die Vorleistungen des KEVU identisch auf die Branchen verteilt sind, wie in der volkswirtschaftlichen Betrachtung.¹⁰⁷⁰ Bei der Berechnung der Kennzahlen für das KEVU wird das Auftragsvolumen des KEVU als Ausgangswert angesehen und mit den Anteilen der Branchen an der Brutto-Wertschöpfung, nach der Input-Output-Rechnung für die Energiewirtschaft, multipliziert.¹⁰⁷¹ Durch die Herausrechnung der Abschreibungen besteht außerdem die Möglichkeit zur Ermittlung der „Netto-Wertschöpfungsrechnung“.¹⁰⁷² Grundsätzlich ist bei der Ermittlung dieser Kennzahlen, analog zur Ermittlung des indirekten regionalen Cash Flows, zwischen dem Impuls- und dem Regionalansatz zu unterscheiden, sodass vier verschiedene Kennzahlen herangezogen werden können.¹⁰⁷³ Außerdem besteht die Möglichkeit, die indirekte Brutto-Wertschöpfung mit der direkten regionalen

¹⁰⁶³ Vgl. Ahrend (2014), S. 41.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 41.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 41.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 41–46.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 42; Statistisches Bundesamt (2010), S. 5–6.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 42; Statistisches Bundesamt (2010), S. 15.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 42–43.

¹⁰⁷¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 42–43.

¹⁰⁷² Vgl. Ahrend (2014), S. 43.

¹⁰⁷³ Vgl. Ahrend (2014), S. 42–43.

Brutto-Wertschöpfung ins Verhältnis zu setzen, sodass die Relation zwischen diesen Kennzahlen ersichtlich wird.¹⁰⁷⁴

Neben positiven Auswirkungen durch direkt beim kEVU regional beschäftigte Mitarbeiter wird auch der positive Einfluss in Folge von indirekten Beschäftigungseffekten auf den Public Value betont.¹⁰⁷⁵ Bei der Ermittlung dieser Effekte ist zu berücksichtigen, dass die Auftragsvergabe durch das kEVU bei den Vorleistungserbringern nicht zwangsläufig zu einem langfristigen Personalaufbau führt.¹⁰⁷⁶ Aus diesem Grund kombiniert Ahrend (2014) den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am jeweiligen Produktionswert der zuvor erläuterten Input-Output-Rechnung mit dem durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt pro Branche auf der Basis der „Structural Analysis Database“.¹⁰⁷⁷ Dadurch kann eine Aussage darüber getroffen werden, wie hoch die indirekte regionale Beschäftigung durch die positiven Wirkungen des kEVU ist. Neben dieser Aussage über die absolute Höhe, die als Kennzahl empfohlen wird, kann die indirekte regionale Beschäftigung auch mit der direkten regionalen Beschäftigung ins Verhältnis gesetzt und als Kennzahl in Prozent angegeben werden.¹⁰⁷⁸

Die Beschäftigungseffekte wirken sich auch auf das indirekte regionale Einkommen bei den Vorleistungserbringern aus. Die indirekten Einkommenseffekte leisten einen Beitrag zum Public Value.¹⁰⁷⁹ Als Kennzahl zur Darstellung dieses Beitrags nennt Ahrend (2014) das Netto-Einkommen der regional indirekt Beschäftigten in Euro.¹⁰⁸⁰ Diese lässt sich entsprechend dem Verfahren zur Ermittlung des Netto-Einkommens der regional direkt Beschäftigten berechnen.¹⁰⁸¹

Die **induzierten regionalen Effekte** sind diese, die von den regionalen Vorleistungserbringern des kEVU wiederum in die Region wirken.¹⁰⁸² Die Berechnung der induzierten regionalen Wertschöpfung und des Cash Flows kann analog zur Vorgehensweise bei der indirekten regionalen Wertschöpfung erfolgen.¹⁰⁸³ Dabei muss die Wertschöpfung der Vorleistungserbringer mittels der zuvor erläuterten Input-

¹⁰⁷⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 46; Berlo et al. (2018), S. 5–6.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 43–44.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 43.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 43.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 35–36; Berlo et al. (2018), S. 5–6.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 44.

¹⁰⁸¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 44.

¹⁰⁸² Vgl. Ahrend (2014), S. 44.

¹⁰⁸³ Vgl. Ahrend (2014), S. 44–45.

Output-Rechnung der jeweiligen Branche, in der das Unternehmen tätig ist, ermittelt werden.¹⁰⁸⁴ Auch hierbei muss die Annahme getroffen werden, dass die Vorleistungen identisch auf die Branchen verteilt sind, wie in der volkswirtschaftlichen Betrachtung der Input-Output-Rechnung.¹⁰⁸⁵ Bei der Cash Flow-Betrachtung kann zwischen dem Impuls- und Regionalansatz unterschieden werden.¹⁰⁸⁶ Folglich werden zwei Kennzahlen unterschieden: der induzierte regionale Cash Flow nach dem Impulsansatz in Euro und der induzierte regionale Cash Flow nach dem Regionalansatz.¹⁰⁸⁷ Zur Darstellung der Wertschöpfung wird zum einen eine Kennzahl vorgeschlagen, die die induzierte regionale Wertschöpfung nach den beiden genannten Ansätzen in Euro angibt, und zum anderen eine Kennzahl, die die Relation zwischen induzierter (zuzüglich indirekter) und direkter regionaler Brutto-Wertschöpfung darstellt.¹⁰⁸⁸

Nach Ahrend (2014) besteht ebenfalls die Möglichkeit, die induzierte regionale Beschäftigung und das induzierte regionale Einkommen entsprechend dem Vorgehen zur Ermittlung der direkten Effekte zu berechnen.¹⁰⁸⁹ Die Effekte der induzierten regionalen Beschäftigung können als Kennzahl in absoluter Höhe in Euro angegeben werden oder (zuzüglich indirekter regionaler Beschäftigung) im Verhältnis zur direkten regionalen Beschäftigung in Prozent.¹⁰⁹⁰ Die Darstellung der induzierten Einkommenseffekte der regional Beschäftigten wird in absoluter Höhe in Euro vorgeschlagen.¹⁰⁹¹ Eine relative Darstellung ist durch die Angabe des prozentualen Anteils des indirekten und induzierten regionalen Einkommens am direkten regionalen Einkommen allerdings ebenso möglich.¹⁰⁹²

Auch wird die Darlegung der summierten direkten, indirekten und induzierten Brutto-Wertschöpfung nach dem Impulsansatz in Euro empfohlen.¹⁰⁹³

5.2.2.2.2.2 *Querverbund*

Ein Public Value-Aspekt, der der zweiten Dimension zugeordnet werden kann, ist das Konstrukt des Querverbands zwischen den kommunalen Beteiligungen. Berlo

¹⁰⁸⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 44.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 44.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 46–47.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 45.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 46.

¹⁰⁹¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 47.

¹⁰⁹² Vgl. Ahrend (2014), S. 47.

¹⁰⁹³ Vgl. Ahrend (2014), S. 47.

et al. (2018) sehen die Nutzung von örtlichen Netzwerken als Beitrag zum Gemeinwohl im Sinne des Public Value.¹⁰⁹⁴ Ahrend (2014) differenziert den Aspekt des Querverbundes zum einen in den steuerlichen Querverbund, auch als **Querfinanzierung** bezeichnet, und zum anderen in **Synergieeffekte im Querverbund des Stadtkonzerns**.¹⁰⁹⁵ Dem steuerlichen Querverbund kann die Forderung von Ahrend (2018) zugeordnet werden, der die Querfinanzierung defizitärer Kommunalunternehmen als Public Value-Aspekt definiert.¹⁰⁹⁶

Die Nutzung des Querverbunds kommt insbesondere zur **Querfinanzierung** von defizitären Kommunalunternehmen, wie etwa Bäderbetrieben oder dem ÖPNV, durch die Überschüsse von wirtschaftlichen erfolgreichen Kommunalunternehmen, wie KEVU, zum Tragen. Somit können die Verluste anderer Kommunalunternehmen mit den erwirtschafteten Überschüssen des KEVU ausgeglichen werden.¹⁰⁹⁷ Des Weiteren wird die Ausdehnung des steuerlichen Querverbunds auch auf soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Sportanlagen empfohlen.¹⁰⁹⁸ Wenn dieser Querverbund nicht möglich wäre, würden die kommunalen Haushalte durch die defizitären Kommunalunternehmen massiv belastet.¹⁰⁹⁹ Als Kennzahlen zur Beurteilung der Querfinanzierung werden die Angabe in Euro der getragenen Defizite für defizitäre Kommunalunternehmen sowie die Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro vorgeschlagen.¹¹⁰⁰ Außerdem wird die Aufsummierung dieser Effekte über mehrere Jahre empfohlen.¹¹⁰¹

Die **Synergieeffekte im Querverbund** können zum einen durch die Nutzung von Kernkompetenzen des KEVU entstehen.¹¹⁰² Statt des Energiebezugs zur Deckung des Eigenbedarfs können Kommunalgesellschaften mit ausgedehnten Gebäudekomplexen, wie etwa „Kliniken, Museen, Veranstaltungshäuser oder auch größere Liegenschaften von Immobilienunternehmen“¹¹⁰³, durch dezentrale Kraft-Wärme-

¹⁰⁹⁴ Vgl. Berlo et al. (2018), S. 6.

¹⁰⁹⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 32; Berlo et al. (2008), S. 224; Reinhardt (2012), S. 546–547; Rottmann/Albrecht (2015), S. 16–17.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Ahrend (2018), S. 19.

¹⁰⁹⁷ Vgl. Reinhardt (2012), S. 546.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹⁰⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹⁰¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹⁰² Vgl. Ahrend (2014), S. 32.

¹¹⁰³ Ahrend (2014), S. 32.

Kopplungs-Anlagen des kEVU zu Grenzkosten versorgt werden.¹¹⁰⁴ Die Transformation des Energieversorgungssystems zur Dezentralität ist ebenfalls ein geforderter Public Value-Aspekt von Lange (2016b).¹¹⁰⁵ Außerdem können Synergieeffekte durch die Kombination des Leistungsangebots des kEVU mit den Leistungen anderer Kommunalunternehmen erzielt werden. Dazu werden beispielhaft die mieterbezogene Energieabrechnung bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften, gemeinsame Marketingmaßnahmen sowie die Erstellung eines kombinierten Leistungsbündels für Haushalts- und Gewerbekunden genannt.¹¹⁰⁶

Zum anderen können Synergieeffekte im Querverbund durch die gemeinsame Prozessnutzung, unabhängig von den Kernkompetenzen des kEVU, entstehen.¹¹⁰⁷ Dazu schlägt Ahrend (2014) die Übernahme der elektronischen Datenverarbeitung, des Einkaufs, der Buchhaltung, der Personalwirtschaft sowie die Durchführung von Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen durch das kEVU für die weiteren kommunalen Unternehmen, möglicherweise ebenfalls zu den Grenzkosten, vor.¹¹⁰⁸ Als Kennzahl zum Querverbund, in Bezug auf die Synergieeffekte, wird die Einsparung im Stadtkonzern, aufgrund der Eigenerbringung von Leistungen durch das kEVU anstatt durch Dritte, in Euro empfohlen.¹¹⁰⁹ Dies ist darin begründet, dass die Nutzung der Synergieeffekte im kommunalen Querverbund grundsätzlich auf wirtschaftlichen Entscheidungen zwischen dem Bezug von Fremdleistungen oder der Eigenerbringung basieren.¹¹¹⁰ Auch hier wird eine Aufsummierung dieses Effekts über mehrere Perioden gefordert.¹¹¹¹

5.2.2.2.2.3 *Nutzen für die Leistungsempfänger*

Meynhardt und Gomez (2019) verweisen in Bezug auf die Leistungserstellung, die die Förderung des Gemeinwohls zum Gegenstand hat, explizit auf den Bereich der Energieversorgung.¹¹¹² Aus diesem Grund kann dieser CSR-Dimension der Public

¹¹⁰⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 32–33.

¹¹⁰⁵ Vgl. Lange (2016b), S. 35.

¹¹⁰⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹⁰⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹⁰⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹⁰⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹¹⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹¹¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 33.

¹¹¹² Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 157.

Value-Aspekt „User Value“ nach Bovaird und Loeffler (2012) zugerechnet werden.¹¹¹³ Demnach entsteht Public Value durch die Generierung von Nutzen bzw. Vorteilen für die Leistungsempfänger.¹¹¹⁴

In diesem Fall resultiert für die Kunden des KEVU durch die Inanspruchnahme des Leistungsportfolios ein Public Value. Ein Nutzen für die Leistungsempfänger kann durch die **(Energie-) Versorgung mit einer entsprechenden Qualität, einer hohen Verfügbarkeit** sowie einem **modernen und leichten Zugang** zu den Leistungen erlangt werden, sodass diese Public Value-Aspekte nach Ahrend (2018) der Forderung von Bovaird und Loeffler (2012) zugeordnet werden.¹¹¹⁵

5.2.2.2.4 Finanzielle Bürgerbeteiligung

Ahrend (2014) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018)¹¹¹⁶ benennen die finanzielle Bürgerbeteiligung an Infrastrukturprojekten oder dem Unternehmen selbst als Beitrag zum Public Value.¹¹¹⁷ Dadurch tragen die Bürger aktiv zur Ausgestaltung der Energieversorgung vor Ort bei, wodurch die Leistungserbringung des KEVU mit der Gemeinwohlorientierung sichergestellt werden kann. Aktivitäten in diesem Bereich sind nicht nur der Identifikation der Bürger bzw. Kunden mit dem KEVU, sondern auch der Akzeptanz und Finanzierung von Investitionsmaßnahmen, wie beispielsweise in erneuerbare Erzeugungskapazitäten, dienlich.¹¹¹⁸

Zur finanziellen Einbeziehung und Partizipation der Bürger werden verschiedene Möglichkeiten genannt.¹¹¹⁹ So lässt sich die **individuelle Bürgerbeteiligung** unterscheiden, wodurch dem einzelnen Bürger Partizipationsmöglichkeiten entstehen. Hierbei kann das KEVU Anteile von (erneuerbaren) Erzeugungsanlagen mit einer bestimmten Rendite an die Investoren aus der Bürgerschaft veräußern.¹¹²⁰ Des Weiteren kann das KEVU, in der Organisationsform der KGaA oder der AG, Aktien an

¹¹¹³ Vgl. Bovaird/Loeffler (2012), S. 1126.

¹¹¹⁴ Vgl. Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹¹¹⁵ Vgl. Ahrend (2018), S. 19; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1126–1127.

¹¹¹⁶ Siehe auch Berlo und Wagner (2013) sowie Wagner und Berlo (2015) für ähnliche Ergebnisse. Vgl. Berlo/Wagner (2013), S. 28; Wagner/Berlo (2015), S. 563.

¹¹¹⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16–17.

¹¹¹⁸ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17.

¹¹¹⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

¹¹²⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17.

die Bürger ausgeben.¹¹²¹ Darüber hinaus wird auch die Ausgabe von Unternehmensanleihen als Maßnahme zur finanziellen Bürgerbeteiligung am KEVU genannt.¹¹²² Ein anderer Ansatz besteht darin, dass eine von den Bürgern oder dem KEVU gegründete Bürger-Genossenschaft am KEVU beteiligt wird, und somit zu einem Anteilseigner wird.¹¹²³ Dadurch verstärken sich die Mitspracherechte der an der Bürger-Genossenschaft beteiligten Mitglieder bzw. Bürger.¹¹²⁴ Bei dieser Form handelt es sich um die **organisationale Bürgerbeteiligung**.

5.2.2.2.2.5 Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse

Die Leistungserbringung mit Gemeinwohlorientierung durch das KEVU kann unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Anforderungen der Bürger, die zugleich Kunden und indirekte Eigentümer des KEVU darstellen, erzielt werden.¹¹²⁵ Dazu ist eine Beteiligung dieser Stakeholder zur Bestimmung des Leistungsportfolios und den Leistungseigenschaften erforderlich.¹¹²⁶ Die Bedürfnisse können durch ein unternehmensexternes Vorschlagswesen, Befragungen der Bürger und Kunden sowie durch weitere Feedbackangebote erfasst werden.¹¹²⁷ Des Weiteren besteht die Möglichkeit des KEVU zur Mitwirkung an Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Gemeinde, um daraus schlussfolgern zu können, wie eine gemeinwohlorientierte Leistungserbringung ausgestaltet sein kann.¹¹²⁸

5.2.2.2.3 Anforderungen zur CSR-Dimension: Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen

5.2.2.2.3.1 Unterstützung von Gründungsbemühungen

Die Sicherstellung der langfristigen Profitabilität des Unternehmens und die Erzeugung wirtschaftlicher Ressourcen sind Gegenstand der dritten Pyramidendimension.

¹¹²¹ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17.

¹¹²² Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17.

¹¹²³ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17–18.

¹¹²⁴ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 17–18.

¹¹²⁵ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 28; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹¹²⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹¹²⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

¹¹²⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

Nach Ahrend (2014, 2018) wird die **Förderung von Gründungen** in der Region als Beitrag zum Public Value eingeschätzt.¹¹²⁹ Dabei werden insbesondere die langfristigen Effekte dieser Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Wettbewerbsfähigkeit des KEVU betont.¹¹³⁰ Aufgrund der Tatsache, dass Meynhardt und Gomez (2019) die Balance zwischen kurz- und langfristigem Erfolg akzentuieren und die Schaffung von wirtschaftlichen Ressourcen ebenfalls der unternehmerischen Verantwortung ihres Konzeptes zuzuordnen ist, werden diese Public Value-Aspekte dieser Dimension zugeordnet.¹¹³¹

Es wird eine Vielzahl von Maßnahmen genannt, mit denen das KEVU Unternehmensgründungen und junge Unternehmen unterstützen kann.¹¹³² Dazu zählen Vorträge vor und die Beratung von Gründern, Auslobungen von Ideen- und Gründerwettbewerben, Teilnahmen an Gründernetzwerken sowie die Herstellung von Kontakten zu Netzwerken bei den Kommunalunternehmen, zur Wirtschaftsförderung und zur Industrie- und Handelskammer.¹¹³³

Darüber hinaus kann das KEVU auch durch die Zurverfügungstellung von Sachmitteln, wie etwa Räumlichkeiten und technischer Infrastruktur, aktiv werden.¹¹³⁴ Daneben bestehen die Förderungsmöglichkeiten durch Geldmittel als Darlehen, Finanzbeteiligungen am gegründeten Unternehmen oder die Abgabe von Sicherheiten.¹¹³⁵ Außerdem wird ein gemeinsamer Außenauftritt zwischen KEVU und der Neugründung empfohlen.¹¹³⁶ Des Weiteren kann das KEVU die Zusammenarbeit mit regionalen Forschungseinrichtungen und Hochschulen aufnehmen. In diesem Rahmen sollten beispielsweise Studienpraktika, die Betreuung von Abschlussarbeiten und kooperative Forschungsprojekte ermöglicht werden.¹¹³⁷

Diese Maßnahmen können zur Verbesserung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, der Innovationskraft, des Images der Region, der Rahmenbedingungen erfolgreicher Unternehmensgründungen und somit letztendlich zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Region beitragen.¹¹³⁸ Ebenso wird durch den Austausch und

¹¹²⁹ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 34–35.

¹¹³⁰ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 34–35.

¹¹³¹ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.4.

¹¹³² Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹³³ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹³⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹³⁵ Vgl. Ahrend (2014), S. 34.

¹¹³⁶ Vgl. Ahrend (2014), S. 35.

¹¹³⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 34–35.

¹¹³⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 34–35.

die **Zusammenarbeit mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen** die Innovationsfähigkeit des kEVU positiv beeinflusst und durch die Integration der Neugründungen in das Unternehmensnetzwerk des kEVU schließlich auch der langfristige Unternehmenserfolg gesichert.¹¹³⁹

Ahrend (2014) definiert folgende Kennzahlen zu diesem Public Value-Aspekt: die Anzahl unterstützter Gründungen, die Teilnehmeranzahl an den Ideen- und Gründerwettbewerben, die Anzahl von Besuchern an Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer, die Höhe der eingesetzten Geldmittel für Sicherheiten, Darlehen und Finanzbeteiligungen für gegründete Unternehmen sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit Anwendungsbezug in der Energiewirtschaft in Euro.¹¹⁴⁰

5.2.2.2.3.2 *Langfristig effizientes Wirtschaften*

Die CSR-Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ fordert, dass das Unternehmen effizient mit den anvertrauten Ressourcen wirtschaftet und langfristiger Unternehmenserfolg nicht dem kurzfristigen geopfert wird.¹¹⁴¹ Es wird somit eine nachhaltige und verantwortungsvolle Unternehmensführung erwartet. Dass die Profitabilität erst in der dritten CSR-Dimension Berücksichtigung findet, verdeutlicht die Auffassung von Meynhardt und Gomez (2019), wonach das Gewinnstreben nicht die äußerste Priorität unternehmerischen Handelns darstellt, sondern hinter gesellschaftlichen und ökologischen Zielen zurücksteht. Dieser Auffassung können die Public Value-Aspekte „Financial“ und „Technical“ von Clifton et al. (2016) zugeordnet werden.¹¹⁴² Dem Public Value-Aspekt der **wirtschaftlichen Effizienz** zufolge, soll unter der Berücksichtigung sowohl nichtfinanzieller Themen als auch der Balance zwischen kurz- und langfristigen Zielsetzungen das Unternehmen privatwirtschaftliche Kalküle verfolgen.¹¹⁴³ Der Public Value-Aspekt der **technischen Effizienz** betont ein technisch effizientes und innovatives Agieren mit einem optimierten langfristigen Ressourceneinsatz.¹¹⁴⁴

¹¹³⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 34–35.

¹¹⁴⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 35.

¹¹⁴¹ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.4.

¹¹⁴² Vgl. Clifton et al. (2016), S. 135.

¹¹⁴³ Vgl. Clifton et al. (2016), S. 135.

¹¹⁴⁴ Vgl. Clifton et al. (2016), S. 135.

5.2.2.2.3.3 *Beitrag des kommunalen Energieversorgungsunternehmens zum kommunalen Haushalt*

Nach Meynhardt und Gomez (2019) müssen Unternehmen neben der Vermeidung schädlicher Auswirkungen und der Berücksichtigung gesellschaftlicher Bedürfnisse bei der Leistungserstellung auch den finanziellen Interessen der Eigentümer gerecht werden.¹¹⁴⁵ Insbesondere KEVU gelten als profitable Kommunalunternehmen und generieren durch die Gewinnausschüttungen einen wichtigen Beitrag zum Kommunalhaushalt.¹¹⁴⁶ Dieser Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt wird als Public Value-Aspekt angesehen.¹¹⁴⁷ Die erwirtschafteten Gewinne des KEVU fließen somit nicht aus der Region ab, sondern verbleiben in der Gemeinde, wodurch die Bürger mittelbar partizipieren.¹¹⁴⁸ Auch Bovaird und Loeffler (2012) fordern mit dem Public Value-Aspekt „value to wider groups“¹¹⁴⁹ eine Wertschaffung, die nicht nur die Eigentümer berücksichtigt, sondern auch Werte für darüber hinausgehende Gruppen schafft.¹¹⁵⁰ Aus diesem Grund wird dieser Aspekt denen von Berlo et al. (2018) und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018) zugeordnet.¹¹⁵¹

Zur Beurteilung der „finanzpolitischen Bedeutung“¹¹⁵² eines Unternehmens für den öffentlichen Eigentümer empfiehlt Hübscher (2017) den Einsatz folgender Kennzahlen: „Economic Value Added“ (EVA) und „Cash Value Added“ (CVA).¹¹⁵³

5.2.2.2.4 Anforderungen zur CSR-Dimension: Anstand in Graubereichen zeigen

5.2.2.2.4.1 *Faires und anständiges Verhalten*

Die vierte Dimension erfordert von der Unternehmensführung ein ethisch und moralisch anständiges Verhalten.¹¹⁵⁴ In den sog. Graubereichen existieren keine eindeutig richtig oder falsch zu treffenden Entscheidungen.¹¹⁵⁵ Aus diesem Grund be-

¹¹⁴⁵ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.4.

¹¹⁴⁶ Vgl. Burazerovic (2015), S. 28.

¹¹⁴⁷ Vgl. Berlo et al. (2018), S. 6; Hübscher (2017), S. 8; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁴⁸ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁴⁹ Bovaird/Loeffler (2012), S. 1126.

¹¹⁵⁰ Vgl. Bovaird/Loeffler (2012), S. 1126–1127.

¹¹⁵¹ Vgl. Anhang B.

¹¹⁵² Hübscher (2017), S. 8.

¹¹⁵³ Vgl. Hübscher (2017), S. 8.

¹¹⁵⁴ Vgl. Abschnitt 5.2.1.2.4.

¹¹⁵⁵ Vgl. Gomez/Meynhardt (2009), S. 159–160.

steht die Gefahr, dass Entscheidungen getroffen werden, die rechtlich, wirtschaftlich und/oder politisch korrekt sind, jedoch von der Gesellschaft als falsch interpretiert werden. Das faire und anständige Verhalten, auch im Wettbewerb, wird von Clifton et al. (2016) als Public Value-Aspekt definiert.¹¹⁵⁶

5.2.2.2.4.2 *Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung*

Zur Sicherstellung einer anständig handelnden und moralisch vertretbaren Unternehmensführung, die den Wertvorstellungen der Gesellschaft entspricht, kann die Gesellschaft in Entscheidungsprozesse miteinbezogen oder dieser Mitsprachemöglichkeiten gewährt werden. Im Sinne der erläuterten Legitimitätstheorie führt diese Form der Einbindung zur Throughput-Legitimität.¹¹⁵⁷

Die Einbeziehung der Gesellschaft und ihrer Vertreter durch eine aktive Zusammenarbeit zwischen diesen und dem KEVU werden in der Literatur Public Value-Aspekte genannt.¹¹⁵⁸ Auch Bovaird und Loeffler (2012) berücksichtigten die Unterstützung demokratischer Prozesse zur Entscheidungsfindung als Public Value-Aspekt¹¹⁵⁹ in Form des „Political Value“.¹¹⁶⁰

Zur Einbindung der Gesellschaft wird die Einrichtung eines Bürger- bzw. Kundenbeirats empfohlen.¹¹⁶¹ Des Weiteren wird die Vertretung von Kunden und die Stärkung des kommunalpolitischen Einflusses in Aufsichtsgremien gefordert.¹¹⁶² Außerdem ist der Kontakt zu und der Austausch mit besonderen Interessensgruppen, sog. Fokusgruppen, wie beispielsweise Bürgerinitiativen für eine Einbindung dieser relevant.¹¹⁶³ Überdies können Kundenforen und eine Bürgerwerkstatt eingerichtet werden.¹¹⁶⁴ Es kann somit die **Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels Gremien** und auch mittels des **direkten Austauschs** erzielt werden.

¹¹⁵⁶ Vgl. Clifton et al. (2016), S. 135–138.

¹¹⁵⁷ Vgl. Abschnitt 3.3.2.2.2.

¹¹⁵⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁵⁹ Dieser Public Value-Aspekt nach Bovaird und Loeffler (2012) wird doppelt zugeordnet. Zum einen der Subdimension „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ und zum anderen der Subdimension „Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“. Vgl. Anhang B.

¹¹⁶⁰ Vgl. Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹¹⁶¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

¹¹⁶² Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁶³ Vgl. Ahrend (2014), S. 28; Bovaird/Loeffler (2012), S. 1127.

¹¹⁶⁴ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

5.2.2.2.4.3 *Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen*

Im Rahmen der im vorstehenden Abschnitt erläuterten Subdimension „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ kann die Unternehmensführung die gesellschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigen und folglich entsprechend dieser handeln. In diesem Zusammenhang wird die „Offenlegung der Stadtwerke-Strategie gegenüber den Bürgern“¹¹⁶⁵ gefordert. Damit die Berücksichtigung und das entsprechende Handeln auch öffentlich wahrgenommen werden, bedarf es einer verbesserten Transparenz und Kommunikation seitens des kEVU. Auch dadurch entsteht Public Value.¹¹⁶⁶

Die Informationsbereitstellung bzw. **Kommunikation** kann auf öffentlichen Veranstaltungen in der Region erfolgen.¹¹⁶⁷ Des Weiteren wird die Informationsbereitstellung beispielsweise im CSR-Bericht oder in Form von Fallstudien genannt.¹¹⁶⁸ Über diese Formate hinaus, besteht auch die Möglichkeit der **Informationsvermittlung** über neue Medien, wie etwa in sozialen Medien mit partizipativem Charakter.¹¹⁶⁹ Außerdem wird ein **Botschafter-Netzwerk durch Mitarbeiter** des Unternehmens zu verschiedenen Themenbereichen angeführt.¹¹⁷⁰ Die Mitarbeiter können durch gemeinnütziges Engagement zu Botschaftern des kEVU werden und dessen Reputation verbessern.¹¹⁷¹

Hierzu werden folgende Kennzahlen empfohlen: die Anzahl der vom kEVU ausgerichteten öffentlichen Veranstaltungen, die Anzahl der Teilnehmer an diesen Veranstaltungen und die Anzahl gemeinnützig tätiger Mitarbeiter.¹¹⁷²

5.2.2.2.5 Nicht berücksichtigte Anforderungen

Drei der erfassten Public Value-Aspekte sind jedoch keiner der CSR-Dimensionen zuordenbar. Diese werden im Weiteren nicht berücksichtigt.

Im Fall des Public Value-Aspekts „Netzausbau“¹¹⁷³ von Lange (2016b) ist die Berücksichtigung nicht möglich gewesen, da der Public Value-Aspekt nicht detailliert

¹¹⁶⁵ Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁶⁶ Vgl. Ahrend (2018), S. 19, (2014), S. 28; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁶⁷ Vgl. Ahrend (2014), S. 28–29.

¹¹⁶⁸ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

¹¹⁶⁹ Vgl. Ahrend (2014), S. 28–29.

¹¹⁷⁰ Vgl. Ahrend (2014), S. 28.

¹¹⁷¹ Vgl. Ahrend (2014), S. 28–29.

¹¹⁷² Vgl. Ahrend (2014), S. 29.

¹¹⁷³ Lange (2016b), S. 35.

spezifiziert oder definiert wird. Des Weiteren bezieht sich dieser Aspekt speziell auf den Aufgabenbereich von VNB und ÜNB, die nicht zentraler Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind. Somit findet dieser Aspekt keine Berücksichtigung in der Zuordnung zu den CSR-Dimensionen.

Zum Public Value-Aspekt „Relevanz der öffentlichen Aufgabe/Leistungstiefe“¹¹⁷⁴ erläutert Hübscher (2017), dass zur Relevanzbestimmung der öffentlichen Leistungserbringung ein dreistufiger Prozess erforderlich ist.¹¹⁷⁵ Innerhalb dieses Prozesses muss in der ersten Stufe der politische Wille zur Aufgabenerfüllung ergründet, dann eine Geschäftsmodellanalyse und abschließend eine SWOT-Analyse durchgeführt werden.¹¹⁷⁶ Außerdem wird die Empfehlung ausgesprochen, die Relevanz der öffentlichen Aufgabe kontinuierlich zu überprüfen.¹¹⁷⁷ Somit werden keine konkreten inhaltlichen Forderungen zu diesem Public Value-Aspekt formuliert, sondern lediglich die Vorgehensweise zur Identifikation dieser. Da ein solch komplexer Prozess im Rahmen dieser Arbeit nicht realisierbar ist, wird dieser Aspekt nicht den CSR-Dimensionen zugeordnet.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018) formuliert die Einbindung in die „Lokale Agenda 21“¹¹⁷⁸ als Public Value-Aspekt.¹¹⁷⁹ Allerdings existieren in der Veröffentlichung vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018) zu diesem Sachverhalt keine weiteren Ausführungen, sodass unklar ist, ob die Bürger oder die KEVU in die Lokale Agenda 21 eingebunden werden sollen. Aufgrund dieser Unklarheit und nicht vorhandenen Spezifizierung des Aspekts bleibt dieser bei der Zuordnung zu den CSR-Dimensionen unberücksichtigt.

5.2.2.3 Angepasstes CSR-Konzept

Durch die Anpassung der CSR-Pyramide um die Public Value-Aspekte sind die CSR-Dimensionen nach Meynhardt und Gomez (2019) in einem **ersten Schritt** ergänzt und an die Begebenheiten von KEVU angepasst worden.¹¹⁸⁰ Dadurch ist eine

¹¹⁷⁴ Hübscher (2017), S. 10.

¹¹⁷⁵ Vgl. Hübscher (2017), S. 6.

¹¹⁷⁶ Vgl. Hübscher (2017), S. 6.

¹¹⁷⁷ Vgl. Hübscher (2017), S. 6.

¹¹⁷⁸ Die Lokale Agenda 21 geht zurück auf die „Agenda 21“, die die Realisierung einer nachhaltigen Weltentwicklung zum Ziel hat und 1992 im Rahmen der UN-Konferenz in Rio de Janeiro von 178 Staaten unterzeichnet wurde. Durch die Lokale Agenda 21 sollen Gemeinden dazu angeregt werden, eine aktive Funktion durch die Erarbeitung kommunaler Maßnahmen zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung einzunehmen. Vgl. Born/Kreuzer (2002), S. 5; Jantz (2016), S. 372; Saliterer (2009), S. 206.

¹¹⁷⁹ Vgl. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (2018), S. 16.

¹¹⁸⁰ Vgl. Abschnitt 5.2.2.1.3.

Differenzierung des CSR-Konzeptes nicht nur anhand der vier CSR-Dimensionen möglich, sondern auch anhand der gebildeten und in Abschnitt 5.2.2.2 erläuterten Subdimensionen.

Auf der Grundlage der Anpassung des CSR-Konzeptes im ersten Schritt und der dargestellten Inhalte der Public Value-Aspekte zu den einzelnen Subdimensionen in Abschnitt 5.2.2.2, wird im **zweiten Schritt** eine weitere Anpassung vorgenommen. Diese Anpassung erfolgt in Form von weiteren Unterteilungen der Subdimensionen in Themenfelder. Die zusätzliche Unterscheidung der Subdimensionen ist erforderlich, da die Anforderungen an die Subdimensionen teils recht umfangreich sind und somit breite Themengebiete abdecken. Dies zeigt sich etwa anhand der in Tabelle 9 dargestellten Subdimension „Ökologische Nachhaltigkeit“. Diese Subdimension wird in sechs Themenfelder untergliedert, wodurch eine übersichtlichere und detailliertere Betrachtung der Unternehmensverantwortung erreicht wird.

Dimension	Subdimension	Themenfeld
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit
		Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/Privatpersonen
		Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
	Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge
		Weiterbildungsbezogene und gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen
		Indirekte regionale Auswirkungen
		Induzierte regionale Auswirkungen
	Querverbund	Querfinanzierung
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns
	Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität
		Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit
		Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang
	Finanzielle Bürgerbeteiligung	Individuelle Bürgerbeteiligung
		Organisationale Bürgerbeteiligung
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsbemühungen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen/Hochschulen
	Langfristig effizientes Wirtschaften	Wirtschaftliche Effizienz
	Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt	Technische Effizienz
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten	
	Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung	Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels Gremien
		Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels direkten Austauschs
	Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen	Kommunikation mittels Veranstaltungen
		Kommunikation mittels Medien
		Kommunikation mittels Mitarbeiter

Tabelle 9: Im zweiten Schritt angepasstes CSR-Konzept mit Dimensionen, Subdimensionen und Themenfeldern¹¹⁸¹

¹¹⁸¹ Eigene Darstellung.

Wie in Tabelle 9 ersichtlich ist, sind zu allen Subdimensionen, bis auf die Subdimensionen „Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“, „Beitrag des kEVU zum kommunalen Haushalt“ und „Faires und anständiges Verhalten“, zusätzliche Themenfelder gebildet worden.¹¹⁸² Bei diesen drei Subdimensionen ist keine weitere Unterteilung in Themenfelder notwendig, da diese nicht umfassende Themengebiete abdecken.

Somit ist durch die zweistufige Anpassung des CSR-Konzeptes ein detailliertes CSR-Konzept für kEVU ermittelt worden. Dieses wird im nachfolgenden Abschnitt mit CSR-Rahmenwerken abgeglichen und zu einem Anforderungskatalog weiterentwickelt.

5.2.3 Konzeptioneller Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung

5.2.3.1 Berücksichtigte Rahmenwerke für Abgleich und Erweiterung

5.2.3.1.1 Begründete Auswahl der Rahmenwerke

Für den Abgleich und die Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes, das in Abschnitt 5.2.2.3 erläutert ist, werden von den in Abschnitt 3.2.2.3 dargestellten Rahmenwerken zur CSR-Berichterstattung die Anforderungen nach GRI ausgewählt.

Dieses Vorgehen ist insbesondere darin begründet, dass die GRI eine langjährige Erfahrung bei der Entwicklung von CSR-Rahmenwerken aufweist, die Rahmenwerke der GRI als **De-facto-Standard** der CSR-Berichterstattung gelten und für die Energiewirtschaft branchenspezifische Vorgaben existieren.¹¹⁸³

Dies bedeutet, dass sowohl die Anforderungen nach den GRI G4-Leitlinien einschließlich der branchenspezifischen Vorgaben der „**Electric Utilities Sector Disclosures**“ als auch die GRI Standards Berücksichtigung finden. Die Notwendigkeit zur Auswahl beider GRI-Rahmenwerke resultiert daraus, da im Rahmen der empirischen Analyse dieser Arbeit die Unternehmensberichte der Geschäftsjahre 2016 und 2017 betrachtet werden und in diesen Geschäftsjahren beide Standards bei der Anfertigung von CSR-Berichten angewendet werden können. Wenn auch

¹¹⁸² Neben der überblicksartigen Darstellung in Tabelle 9 ist in Anhang C das angepasste CSR-Konzept, einschließlich der den Subdimensionen und Themenfeldern zugeordneten Maßnahmen und Kennzahlen, die aus den erläuterten Public Value-Aspekten in Abschnitt 5.2.2.2 abgeleitet worden sind, abgebildet.

¹¹⁸³ Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

die Anwendung der GRI-Standards erst für nach dem 01.07.2018 publizierte CSR-Berichte zu berücksichtigen sind, ist eine frühere Anwendung dieser möglich.¹¹⁸⁴

Die detaillierte Erläuterung der Grundsätze und Inhalte der GRI G4-Leitlinien und der GRI Standards wird zunächst im Folgenden vorgenommen.¹¹⁸⁵ Anschließend erfolgt der Abgleich und die Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes.¹¹⁸⁶

5.2.3.1.2 Anforderungen der GRI G4-Leitlinien zur CSR-Berichterstattung

5.2.3.1.2.1 Aufbau und Grundsätze

Die GRI G4-Leitlinien bestehen aus zwei Elementen: den Berichterstattungsgrundsätzen und Standardangaben zum einen sowie der Umsetzungsanleitung zum anderen.¹¹⁸⁷ Gegenstand des ersten Bestandteils sind die zu berücksichtigenden **Grundsätze**, die bei der Erstellung eines CSR-Berichts einzuhalten sind, und die potenziellen **Berichtsinhalte**. Der zweite Teil beinhaltet eine Anleitung zur Implementierung der CSR-Berichterstattung sowie weiterführende Erläuterungen zu den Berichterstattungsgrundsätzen und -inhalten des ersten Teils.¹¹⁸⁸

Außerdem sind **branchenspezifische Anforderungskataloge** für den Berichtsinhalt entwickelt worden, um den besonderen Gegebenheiten einzelner Wirtschaftssektoren auch in der CSR-Berichterstattung gerecht werden zu können.¹¹⁸⁹ Die Electric Utilities Sector Disclosures weisen die Eigenschaft auf, dass diese Ergänzungen an den vorhandenen allgemeinen und spezifischen Standardangaben vornehmen oder zusätzliche Aspekte sowie Indikatoren zu den Standardangaben hinzufügen.¹¹⁹⁰ Zur Berichterstattung in Übereinstimmung mit den GRI G4-Leitlinien sind die Electric Utilities Sector Disclosures anzuwenden.¹¹⁹¹

Die **Grundsätze** der Berichterstattung dienen zur Bestimmung der **Berichtsinhalte** sowie zur **Berichtsqualität**.¹¹⁹² Für die Ermittlung der Berichtsinhalte sind die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen: die Einbeziehung der Stakeholder, der Nachhaltigkeitskontext, die Wesentlichkeit sowie die Vollständigkeit.¹¹⁹³ Dadurch

¹¹⁸⁴ Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

¹¹⁸⁵ Vgl. Abschnitte 5.2.3.1.2 und 5.2.3.1.3.

¹¹⁸⁶ Vgl. Abschnitt 5.2.3.2.

¹¹⁸⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 4.

¹¹⁸⁸ Vgl. Wulf/Sackbrook (2014), S. 337.

¹¹⁸⁹ Vgl. Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 316.

¹¹⁹⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 3–6.

¹¹⁹¹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

¹¹⁹² Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 16.

¹¹⁹³ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 16–17.

soll gewährleistet werden, dass die für die Informationsbedürfnisse der Stakeholder des Unternehmens sowie deren Entscheidungen wesentliche Nachhaltigkeitsinformationen vollständig berichtet werden. Die Grundsätze zur Wahrung der Berichtsqualität sind die Ausgewogenheit, Vergleichbarkeit, Genauigkeit, Aktualität, Klarheit und Verlässlichkeit.¹¹⁹⁴

Bei der Ausgestaltung des CSR-Berichts in Übereinstimmung mit den GRI G4-Leitlinien stehen die „**Kern-Option**“ oder die „**Umfassend-Option**“ zur Wahl. Die Kern-Option stellt dabei die Mindestanforderungen dar, während die Umfassend-Option darüber hinausgehende Erläuterungen vom berichterstattenden Unternehmen fordert.¹¹⁹⁵

5.2.3.1.2.2 *Allgemeine und spezifische Standardangaben*

Die Berichtsinhalte der GRI G4-Leitlinien sind zu unterteilen in allgemeine und spezifische Standardangaben.¹¹⁹⁶ Die **allgemeinen Standardangaben** gliedern sich in die folgenden sieben Bereiche: Strategie und Analyse, Organisationsprofil, ermittelte wesentliche Aspekte und Grenzen, Einbindung von Stakeholdern, Berichtsprofil, Unternehmensführung sowie Ethik und Integrität. Diesen Bereichen sind insgesamt 58 Standardangaben, auch Indikatoren genannt, zugeordnet: GRI-Indikatoren G4-1 bis G4-58.¹¹⁹⁷

Die Angaben zur **Strategie und Analyse** (GRI-Indikatoren G4-1 bis G4-2) sollen den Adressaten in die Lage versetzen, allgemeine sowie spezifische Standardangaben durch die überblicksartige Darstellung der Bedeutung und des Stellenwerts der Nachhaltigkeit im Unternehmen in einen übergeordneten Kontext einordnen zu können.¹¹⁹⁸ Dazu besteht laut GRI die Möglichkeit, auf andere Abschnitte der CSR-Berichterstattung zu verweisen, um Informationsverknüpfungen herzustellen.¹¹⁹⁹ Des Weiteren ist geregelt, dass das berichterstattende Unternehmen die Auswirkungen der Tätigkeit auf die Nachhaltigkeit und daraus resultierend auch auf die Stakeholder darzustellen hat. Zudem wird die Auseinandersetzung mit Risiken und

¹¹⁹⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 17–18.

¹¹⁹⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 11.

¹¹⁹⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 20.

¹¹⁹⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 21.

¹¹⁹⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 23.

¹¹⁹⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 23.

Chancen gefordert, die sich durch Nachhaltigkeitsentwicklungen ergeben, und sich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens auswirken.¹²⁰⁰

In den GRI-Indikatoren G4-3 bis G4-16 sind die Angaben zum **Organisationsprofil** festgelegt und „geben einen Überblick über die charakteristischen Merkmale der Organisation“¹²⁰¹. Hierbei sind beispielsweise der Unternehmensname oder die bedeutsamsten Produkte, Dienstleistungen und Lieferketten zu nennen.¹²⁰² Die branchenspezifischen Anforderungen verlangen zu diesem Aspekt weiterführende Angaben über die Belegschaft und deren Beschäftigungsverhältnisse.¹²⁰³ Außerdem sind in den Electric Utilities Sector Disclosures fünf zusätzliche Indikatoren (G4-EU1 bis G4-EU5) zum Organisationsprofil zugeordnet, die weitergehende Informationen, beispielsweise zur installierten Erzeugungskapazität, der Anzahl von Privat- und Geschäftskunden, oder der Leitungslänge, fordern.¹²⁰⁴

Dem Themenfeld der ermittelten **wesentlichen Aspekte und Grenzen** sind die GRI-Indikatoren G4-17 bis G4-23 zugeordnet, die Angaben definieren, die den Entstehungsprozess des CSR-Berichts in Bezug auf wesentliche Inhalte und Grenzen der Berichterstattung nachvollziehbar werden lassen.¹²⁰⁵

Die **Art und Weise der im Berichtszeitraum eingebundenen Stakeholder** der berichterstattenden Organisation kann mittels der GRI-Indikatoren G4-24 bis einschließlich G4-27 dargestellt werden.¹²⁰⁶

Die GRI-Indikatoren G4-28 bis G4-33 zum **Berichtsprofil** definieren die Anforderungen zu den Berichtsmerkmalen, wie beispielsweise den Berichtszeitraum, Erscheinungszyklus oder Ansprechpartner bei Fragen zum Bericht.¹²⁰⁷ Außerdem ist gemäß GRI-Indikator G4-32 der GRI-Inhaltsindex aufzunehmen und die „In Übereinstimmung“-Option, die vom Unternehmen gewählt wurde. Dem GRI-Inhaltsindex sind nach GRI-Indikator G4-32 außerdem Verweise auf den Prüfungsbericht zuzufügen, sofern eine externe Überprüfung der Standardangaben durchgeführt wurde.¹²⁰⁸ Auch wenn die externe Prüfung keine notwendige Bedingung für die

¹²⁰⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 24.

¹²⁰¹ Global Reporting Initiative (2015b), S. 25.

¹²⁰² Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 25.

¹²⁰³ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 12.

¹²⁰⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 13.

¹²⁰⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 31–42.

¹²⁰⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 43–44.

¹²⁰⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 45–51.

¹²⁰⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 46–50.

Berichterstattung in Übereinstimmung mit den GRI-Standards darstellt, wird dies von der GRI empfohlen.¹²⁰⁹

Des Weiteren umfassen die allgemeinen Standardangaben Angaben zur **Unternehmensführung** (GRI-Indikatoren G4-34 bis G4-55).¹²¹⁰ Der Umfang der Indikatoren zu diesem Sachverhalt ist im Vergleich zum „GRI G3.1“ erheblich erhöht worden.¹²¹¹ Die zugehörigen Indikatoren dienen zur Schaffung eines Verständnisses darüber, inwieweit wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte in die Unternehmenssteuerung implementiert werden.

Zusätzlich sind in den GRI G4-Leitlinien allgemeine Standardangaben zur **Ethik und Integrität** (GRI-Indikatoren G4-56 bis G4-58) enthalten.¹²¹² In diesem Zusammenhang ermöglichen die Indikatoren die Berichterstattung sowohl über Werte und Grundsätze der berichterstattenden Organisation als auch zu den Verfahren, um ein gesetzeskonformes Verhalten zu gewährleisten.

Darüber hinaus definieren die GRI G4-Leitlinien **spezifische Standardangaben**, die neben Informationen zum Managementansatz insbesondere konkrete Berichterstattungsinhalte der drei **Kategorien „Wirtschaftlich“, „Ökologisch“ und „Gesellschaftlich“** umfassen und durch 91 Indikatoren abgedeckt werden.¹²¹³ Des Weiteren sind die Indikatoren zur Gesellschaft in vier Unterkategorien unterteilt: Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Beschäftigung, Menschenrechte, Gesellschaft und Produktverantwortung.¹²¹⁴

Die **spezifischen Standardangaben** sollen Informationen umfassen, die unter Berücksichtigung der Berichterstattungsgrundsätze wesentliche Auswirkungen wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Art der Unternehmenstätigkeit beschreiben oder auch auf Einschätzungen und Entschlüsse der relevanten Stakeholder entscheidend einwirken.¹²¹⁵ Zu den als wesentlich eingestuften Themenfeldern

¹²⁰⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 51.

¹²¹⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 52–59.

¹²¹¹ Vgl. Wulf/Sackbrook (2014), S. 340.

¹²¹² Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 60–61.

¹²¹³ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 20–21.

¹²¹⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 20–21.

¹²¹⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 62.

können Informationen gemäß der Standardangabe „**Angaben zum Managementansatz**“ bereitgestellt werden oder mittels der weiteren Indikatoren in den drei Kategorien erläutert werden.¹²¹⁶

Im Rahmen der Angaben zum Managementansatz soll erläutert werden, anhand welcher Auswirkungen eines Aspekts, dieser wesentlich wird und wie die berichtserstattende Organisation sowohl den Aspekt als auch die Auswirkungen des Aspekts behandelt. Nach G4-DMA-c kann außerdem offengelegt werden, welche Verfahren zur Messung der Effizienz des Managementansatzes herangezogen werden, zu welchen Ergebnissen diese Überprüfung geführt hat und welche Rückschlüsse oder Maßnahmen die Organisation unter der Berücksichtigung der Ergebnisse zieht.¹²¹⁷

Der **wirtschaftlichen Kategorie** sind Indikatoren in den folgenden Aspekten zugeordnet: Wirtschaftliche Leistung, Marktpräsenz, Indirekte wirtschaftliche Auswirkungen und Beschaffung.¹²¹⁸ Diese sollen dem Adressaten die Auswirkungen der Tätigkeit der berichtserstattenden Organisation auf die wirtschaftliche Situation der relevanten Stakeholder sowie auf „Wirtschaftssysteme auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene“¹²¹⁹ verdeutlichen.¹²²⁰ Dieser Kategorie ordnen die Electric Utilities Sector Disclosures zusätzlich folgende Aspekte zu: Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit, Nachfragesteuerung (Demand-Side-Management), Forschung und Entwicklung, Stilllegung von Anlagen und Systemeffizienz.¹²²¹ Den Aspekten hinsichtlich Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit sowie Systemeffizienz sind branchenspezifische Indikatoren (GRI-Indikatoren G4-EU10 und G4-EU12) zugeordnet.¹²²² Für die anderen drei branchenspezifischen Aspekte sind keine Indikatoren definiert. In diesen Fällen können mittels des GRI-Indikators G4-DMA Angaben im Bezug zum Managementansatz der jeweiligen Thematik des Aspekts bereitgestellt werden oder andere Indikatoren der GRI G4-Leitlinien herangezogen werden.¹²²³

Die **ökologische Kategorie** umfasst einen Katalog von Indikatoren zu den Aspekten: Materialien, Energie, Wasser, Biodiversität, Emissionen, Abwasser und Abfall,

¹²¹⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 62.

¹²¹⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 64–66.

¹²¹⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 20.

¹²¹⁹ Global Reporting Initiative (2015b), S. 68.

¹²²⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 68–84.

¹²²¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 14–15.

¹²²² Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 14–15.

¹²²³ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 14–15.

Produkte und Dienstleistungen, Compliance, Transport, Insgesamt, Bewertung der Lieferanten hinsichtlich ökologischer Aspekte sowie Beschwerdeverfahren hinsichtlich ökologischer Aspekte.¹²²⁴ Die Berichterstattung über ökologische Sachverhalte soll es dem Adressaten ermöglichen, die Auswirkungen der Tätigkeiten einer Organisation auf Boden, Luft, Wasser und Ökosysteme nachvollziehen zu können.¹²²⁵ In der Kategorie hinsichtlich der Ökologie ist lediglich dem Aspekt der Biodiversität ein zusätzlicher Indikator aus den Electric Utilities Sector Disclosures zugeordnet.¹²²⁶ Außerdem ordnen die Electric Utilities Sector Disclosures den Indikatoren der Aspekte hinsichtlich Materialien, Wasser, Biodiversität, Emissionen sowie Abwasser und Abfall ergänzende Inhalte zu.¹²²⁷

Die Indikatoren zur **gesellschaftlichen Kategorie** sind den vier genannten Unterkategorien zugeordnet. Dabei sind der Unterkategorie, in Bezug auf **Arbeitspraktiken und menschenwürdige Beschäftigung**, Indikatoren zu den folgenden Aspekten zugehörig: Beschäftigung, Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung, Vielfalt und Chancengleichheit, Gleicher Lohn für Frauen und Männer, Bewertung der Lieferanten hinsichtlich Arbeitspraktiken sowie Beschwerdeverfahren hinsichtlich Arbeitspraktiken.¹²²⁸ Dieser Unterkategorie fügt der branchenspezifische Leitfaden weitergehende Informationen bei den Indikatoren der folgenden Aspekte zu: Beschäftigung sowie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.¹²²⁹ Darüber hinaus werden die Indikatoren des Aspekts der Beschäftigung um die GRI-Indikatoren G4-EU15, G4-EU17 und G4-EU18 ergänzt.¹²³⁰

Die Unterkategorie hinsichtlich der **Menschenrechte** umfasst Indikatoren zu den folgenden Aspekten: Investitionen, Gleichbehandlung, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Kinderarbeit, Zwangs- oder Pflichtarbeit, Sicherheitspraktiken, Rechte der indigenen Bevölkerung, Prüfung sowie die Bewertung von Lieferanten im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte oder aber

¹²²⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 85–144.

¹²²⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 85.

¹²²⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 16–21.

¹²²⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 16–21.

¹²²⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 22–23.

¹²²⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 22–23.

¹²³⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 22.

auch vorhandene Beschwerdeverfahren bei der Verletzung von Menschenrechten.¹²³¹ In dieser Unterkategorie betreffen die Ergänzungen durch die Electric Utilities Sector Disclosures lediglich den GRI-Indikator G4-DMA zum Aspekt „Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen“.¹²³²

Die Auswirkungen der Organisation und ihrer Tätigkeiten auf das Themenfeld der Unterkategorie „**Gesellschaft**“ kann mittels der Indikatoren zu folgenden Aspekten dargestellt werden: Lokale Gemeinschaften, Korruptionsbekämpfung, Politik, Wettbewerbswidriges Verhalten, Compliance, Bewertung der Lieferanten hinsichtlich gesellschaftlicher Auswirkungen und Beschwerdeverfahren hinsichtlich gesellschaftlicher Auswirkungen.¹²³³ In dieser Unterkategorie liegen ebenfalls ergänzende branchenspezifische Angaben zu folgendem Aspekt vor: Lokale Gemeinschaften.¹²³⁴ Zusätzlich wird zu diesem Aspekt das Indikatorenspektrum um eine branchenspezifische Anforderung (GRI-Indikator G4-EU22) ergänzt.¹²³⁵ Des Weiteren wird dieser Unterkategorie ein Aspekt hinsichtlich Katastrophen-/Notfallplanung und Reaktion hinzugefügt, dem jedoch kein weiterer Indikator zugehörig ist.¹²³⁶

Die Berichterstattung über die **Produktverantwortung** der Organisation ist Gegenstand der vierten Unterkategorie und schließt folgende Aspekte ein: Kundengesundheit und -sicherheit, Produkt- und Dienstleistungskennzeichnung, Marketing, Compliance und Schutz der Privatsphäre der Kunden.¹²³⁷ Der branchenspezifische Leitfaden nimmt Ergänzungen an dem GRI-Indikator G4-DMA zum Aspekt „Kundengesundheit und -sicherheit“ vor und definiert einen weiteren GRI-Indikator (GRI G4-EU25).¹²³⁸ Außerdem werden dieser Unterkategorie die folgenden Aspekte zusätzlich zugeordnet: Zugang zur Energieversorgung und Bereitstellung von Informationen.¹²³⁹ Dem Aspekt in Bezug auf den Zugang zur Energieversorgung sind die GRI-Indikatoren G4-EU26 bis G4-EU30 zugehörig, wobei der Aspekt der Informationsbereitstellung keine zusätzlichen Indikatoren umfasst.¹²⁴⁰

¹²³¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 21.

¹²³² Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 23.

¹²³³ Vgl. Global Reporting Initiative (2015b), S. 21.

¹²³⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 24–25.

¹²³⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 24.

¹²³⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 25.

¹²³⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2015a), S. 23.

¹²³⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 26–27.

¹²³⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 26–27.

¹²⁴⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2013), S. 27.

5.2.3.1.3 Anforderungen der GRI Standards zur CSR-Berichterstattung

5.2.3.1.3.1 Aufbau und Berichtsprinzipien

Die GRI-Standards sind in vier „Reihen“ unterteilt.¹²⁴¹ Die „100er-Reihe“ besteht aus den drei Standards GRI 101 bis GRI 103, die gleichzeitig die **universellen Standards** darstellen.¹²⁴² Neben den universellen Standards existieren 33 **themenspezifische Standards**, denen die „200er-Reihe“ (ökonomische Themen), „300er-Reihe“ (ökologische Themen) und „400er-Reihe“ (soziale Themen) zuzuordnen sind.¹²⁴³

Um dem Anspruch des modularen Aufbaus Rechnung zu tragen, stehen alle Standards einzeln auf der Internetseite der GRI zum Download zur Verfügung.¹²⁴⁴ Des Weiteren besteht jedoch auch die Möglichkeit, den konsolidierten Satz der Standards in einem Dokument im „Portable Document Format“ (PDF) herunterzuladen.¹²⁴⁵

Die drei universellen Standards der 100er-Reihe schaffen die **Grundlagen für die CSR-Berichterstattung**.¹²⁴⁶ Insbesondere der GRI 101 ist als „Ausgangsdokument bei der Anwendung der GRI-Standards“¹²⁴⁷ zu berücksichtigen, da dieser in drei Abschnitten die Voraussetzungen zur CSR-Berichterstattung nach den GRI-Standards bestimmt.¹²⁴⁸

Der erste Abschnitt des GRI 101 umfasst die **Prinzipien** zur Bestimmung der **Berichtsinhalte** und zur Sicherstellung der **Berichtsqualität**.¹²⁴⁹ Die Prinzipien zur Bestimmung der Berichtsinhalte sind die Einbindung der Stakeholder, der Nachhaltigkeitskontext, die Wesentlichkeit und die Vollständigkeit.¹²⁵⁰ Die Prinzipien zur Wahrung der Berichtsqualität stellen die Genauigkeit, die Ausgewogenheit, die

¹²⁴¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 7.

¹²⁴² Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 6–7.

¹²⁴³ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 7.

¹²⁴⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2016b), S. 1–2.

¹²⁴⁵ Dieses PDF-Dokument, das den konsolidierten Satz der Standards vollständig enthält, bildet die Grundlage für die weiteren Ausführungen. Folglich handelt es sich bei den Seitenangaben um die PDF-Seite dieses Dokuments. Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), o. S.

¹²⁴⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 6–7.

¹²⁴⁷ Global Reporting Initiative (2016a), S. 6.

¹²⁴⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 8.

¹²⁴⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 10; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 307–309.

¹²⁵⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 10.

Verständlichkeit, die Vergleichbarkeit, die Zuverlässigkeit und die Aktualität dar.¹²⁵¹

Im zweiten Abschnitt sind sowohl die Vorgehensweise zur Anwendung und Nutzung der GRI-Standards als auch die Pflichtanforderungen definiert, die für eine Berichterstattung in Übereinstimmung mit den GRI-Standards erforderlich sind.¹²⁵² Bei der CSR-Berichterstattung in Übereinstimmung mit den GRI-Standards steht der berichterstattenden Organisation entweder die **Kern-Option**¹²⁵³ oder die **Umfassend-Option**¹²⁵⁴ zur Verfügung.¹²⁵⁵ Dies ist in Abschnitt 3 des GRI 101 geregelt.¹²⁵⁶ Je nach gewählter Option ist eine Übereinstimmungserklärung in das auf Grundlage der GRI-Standards erstellte Dokument aufzunehmen.¹²⁵⁷

5.2.3.1.3.2 *Universelle und themenspezifische Standards*

Der **universelle Standard** (GRI 102) definiert den Rahmen für die Informationsbereitstellung über die berichterstattende Organisation und enthält 56 Angaben (Angaben GRI 102-1 bis 102-56), die den folgenden sechs Abschnitten zuzuordnen sind: Organisationsprofil, Strategie, Ethik und Integrität, Unternehmensführung, Einbindung von Stakeholdern und Vorgehensweise bei der Berichterstattung.¹²⁵⁸

Die Zielsetzung der Angaben 102-1 bis 102-13 im Abschnitt über das **Organisationsprofil** besteht darin, dem Berichtsadressaten einen Überblick über die Größe, die geographischen Rahmenbedingungen und die Tätigkeiten der Organisation zu verschaffen, damit dieser die themenspezifischen Informationen im organisationalen Kontext nachvollziehen kann.¹²⁵⁹

Im Rahmen der Angaben zur **Strategie** (Angaben GRI 102-14 und GRI 102-15) soll die Nachhaltigkeitsstrategie dargestellt werden, wobei auf weitere Teile des CSR-Berichts verwiesen werden kann.¹²⁶⁰ Auch die Anforderungen zur **Ethik und**

¹²⁵¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 10.

¹²⁵² Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 20.

¹²⁵³ Die Kern-Option gewährleistet unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes die Berichterstattung über gewisse Mindestinformationen. Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 24.

¹²⁵⁴ Die Inhaltsanforderungen der Umfassend-Option gehen über die der Kern-Option hinaus und verlangen die Berichterstattung über alle wesentlichen Themen. Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 24.

¹²⁵⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 24.

¹²⁵⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 24.

¹²⁵⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 24.

¹²⁵⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 34–36.

¹²⁵⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 39–45.

¹²⁶⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 46–47.

Integrität basieren auf zwei Angaben: GRI 102-16 und GRI 102-17.¹²⁶¹ Damit die Unternehmen ein moralisch und ethisch anständiges Verhalten nachweisen können, fordern die Angaben die Berichterstattung über die Werte, Grundsätze und Verhaltensnormen der Organisation.¹²⁶² Außerdem ist anzugeben, welche organisations-internen und -externen Verfahren existieren, sofern Beratungsbedarf oder Bedenken in Bezug auf ethisch korrektes Verhalten vorliegen.¹²⁶³

Der darauffolgende Abschnitt (Angaben GRI 102-18 bis GRI 102-39) fordert in der CSR-Berichterstattung Informationen zur Art und Weise der **Unternehmensführung**.¹²⁶⁴ In diesem Zusammenhang sind Informationen über die strukturellen Gegebenheiten der Unternehmensleitung, die Fähigkeiten und Leistungsbeurteilung des höchsten Kontrollorgans, die Funktion des höchsten Kontrollorgans in Bezug auf das Risikomanagement, die CSR-Berichterstattung und die Bewertung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Leistung bereitzustellen.¹²⁶⁵ Außerdem ist auf die Vergütung und Anreize der Unternehmensführung einzugehen.¹²⁶⁶

Darüber hinaus ist die **Einbindung der Stakeholder** zu erörtern (Angaben GRI 102-40 bis GRI 102-44).¹²⁶⁷ Hierzu werden Angaben gefordert, aus denen nicht nur die Stakeholder hervorgehen, sondern auch wie die Stakeholder identifiziert und ausgewählt wurden.¹²⁶⁸ Außerdem ist anzugeben, wie die Stakeholder im Berichtszeitraum allgemein und in Bezug auf die Erstellung des CSR-Berichts einbezogen wurden und welche Themen und Anliegen dadurch hervorgebracht worden sind.¹²⁶⁹

Innerhalb der Angaben GRI 102-45 bis GRI 102-56 (Abschnitt: **Vorgehensweise bei der Berichterstattung**) sollen die Rahmenbedingungen des CSR-Berichts erläutert werden.¹²⁷⁰ In diesem Rahmen sind Angaben zu Änderungen in der Berichterstattung, zum Berichtszeitraum und -zyklus, zum Verfahren zur Ermittlung wesentlicher Berichtsinhalte, zur Übereinstimmungserklärung, zum GRI-Inhaltsindex und zur externen Prüfung des CSR-Berichts zu machen.¹²⁷¹

¹²⁶¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 48–49.

¹²⁶² Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 48.

¹²⁶³ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 49.

¹²⁶⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 50–60.

¹²⁶⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 50–60.

¹²⁶⁶ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 50.

¹²⁶⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 61–64.

¹²⁶⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 61–63.

¹²⁶⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 64.

¹²⁷⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 65.

¹²⁷¹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 65–74.

Der dritte universelle Standard GRI 103 formuliert die **Anforderungen zum Managementansatz** innerhalb von drei Angaben (GRI 103-1 bis GRI 103-3).¹²⁷² Mittels des Managementansatzes soll dem Leser die Handhabung von Auswirkungen auf ökonomische, ökologische und soziale Themen, insbesondere die der themenspezifischen Standards, seitens der Organisation erläutert werden.¹²⁷³ Dazu ist dem Leser zu erläutern, wie die Organisation wesentliche Themen identifiziert, abgrenzt und behandelt, sowie zu welchen Ergebnissen die Behandlung geführt hat.¹²⁷⁴ Zu jedem themenspezifischen Standard können Angaben zum Managementansatz gemacht werden.¹²⁷⁵ Dazu definieren die GRI-Standards der 200er-, 300er- und 400er-Reihe themenspezifische Anforderungen.¹²⁷⁶

Der **200er-Reihe** der **themenspezifischen Standards** sind sechs Standards zu ökonomischen Auswirkungen zugeordnet: Wirtschaftliche Leistung, Marktpräsenz, Indirekte ökonomische Auswirkungen, Beschaffungspraktiken, Korruptionsbekämpfung und Wettbewerbswidriges Verhalten.¹²⁷⁷ Die ökologischen Themen der **300er-Reihe** können mittels der Standards GRI 301 bis GRI 308 zu Materialien, Energie, Wasser, Biodiversität, Emissionen, Abwasser und Abfall, Umwelt-Compliance und Umweltbewertung der Lieferanten erläutert werden.¹²⁷⁸ Zu sozialen Themen liegen in der **400er-Reihe** die meisten Standards vor, nämlich 19.¹²⁷⁹ Die Standards umfassen folgende Themenbereiche: Beschäftigung, Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung, Diversität und Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen, Kinderarbeit, Zwangs- oder Pflichtarbeit, Sicherheitspraktiken, Rechte der indigenen Völker, Prüfung auf Einhaltung der Menschenrechte, Lokale Gemeinschaften, Soziale Bewertung der Lieferanten, Politische Einflussnahme, Kundengesundheit und -sicherheit, Marketing und Kennzeichnung, Schutz der Kundendaten und Sozioökonomische Compliance.¹²⁸⁰

¹²⁷² Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 81–87.

¹²⁷³ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 81–87; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 311.

¹²⁷⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 81–87.

¹²⁷⁵ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 81–87.

¹²⁷⁶ Vgl. Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 311.

¹²⁷⁷ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 3.

¹²⁷⁸ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 3.

¹²⁷⁹ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 3.

¹²⁸⁰ Vgl. Global Reporting Initiative (2016a), S. 3.

5.2.3.2 Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit Rahmenwerken der GRI

5.2.3.2.1 Vorgehensweise

In den vorherigen Ausführungen ist das CSR-Konzept von Meynhardt und Gomez (2019) um spezifische Anforderungen an KEVU angepasst worden.¹²⁸¹ Um aus dem dadurch entstandenen, angepassten CSR-Konzept einen **Anforderungskatalog** für die Untersuchung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattungspraxis zu entwickeln, wird dieses mit den Rahmenwerken der GRI zur CSR-Berichterstattung abgeglichen und ergänzt. Dadurch ergeben sich zwei Intentionen des Abschnitts 5.2.3.2.

Die erste Intention in Abschnitt 5.2.3.2.2 besteht im Rahmen des **Abgleichs** darin, zu überprüfen, inwieweit das **angepasste CSR-Konzept** durch vorhandene Rahmenwerke zur CSR-Berichterstattung abgedeckt werden kann. Darüber hinaus liegt der Fokus der zweiten Intention in der Überprüfung, ob die **Erweiterung** des angepassten CSR-Konzeptes **um Inhalte der GRI-Rahmenwerke** möglich ist. Die Erweiterung des angepassten Konzeptes erfolgt in Abschnitt 5.2.3.2.3.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wird schließlich in Abschnitt 5.2.4 der Anforderungskatalog für die CSR-Berichterstattung von KEVU abgeleitet. Der Anforderungskatalog wird in den anschließenden Kapiteln als Auswertungsraster für die Unternehmensberichterstattungspraxis dienen.

5.2.3.2.2 Abgleich mit Rahmenwerken

Die für den Abgleich herangezogenen Rahmenwerke sind zum einen die GRI G4-Leitlinien, einschließlich der branchenspezifischen Vorgaben der Electric Utilities Sector Disclosures, und zum anderen die GRI Standards.

Im Rahmen des Abgleichs ist überprüft worden, ob die Maßnahmen und Kennzahlen¹²⁸² des angepassten CSR-Konzeptes durch vorhandene Indikatoren der allgemeinen und spezifischen Standardangaben der **GRI G4-Leitlinien** sowie der **Sector Disclosures Energy Utilities** abgedeckt werden können. In den Abgleich sind zudem die **GRI Standards** eingegangen.¹²⁸³ Dabei sind sowohl die universellen als

¹²⁸¹ Vgl. Abschnitt 5.2.2.

¹²⁸² Im Weiteren auch „Anforderungen“ genannt.

¹²⁸³ In einem ersten Schritt ist der Abgleich der Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes mit den GRI G4-Indikatoren durchgeführt worden. Auf der Grundlage dieses Abgleichs sind unter Zuhilfenahme der GRI-Veröffentlichung „Mapping G4 to the GRI Standards“ die

auch die themenspezifischen Standards berücksichtigt worden.¹²⁸⁴ Aufgrund der Tatsache, dass zu den GRI Standards kein branchenspezifischer Berichterstattungsleitfaden im Gegensatz zu den GRI G4-Leitlinien vorliegt, wird dieser bei den GRI Standards nicht beachtet.

Die **Resultate des Abgleichs** sind hinsichtlich drei verschiedener Fälle zu unterscheiden. Diese werden im Folgenden erläutert sowie anhand zugehöriger Beispiele veranschaulicht.¹²⁸⁵

Im **ersten Fall** ist zu konstatieren, dass die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes vollständig durch vorhandene GRI G4-Indikatoren bzw. Angaben des GRI Standards in der CSR-Berichterstattung erfüllt werden. Dies bedeutet, dass die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes explizit in den GRI-Rahmenwerken genannt werden.

Dies ist beispielsweise bei der Kennzahl „Abfallmenge in Tonnen“ des angepassten CSR-Konzeptes der Fall. Diese Information wird uneingeschränkt durch einen GRI-Indikator (G4-EN23 + EU) abgedeckt, der inhaltlich die gleiche Angabe fordert. Diese Anforderung hat also bereits Einzug in das CSR-Rahmenwerk gefunden. Beim Abgleich ist es auch möglich, dass mehrere GRI-Indikatoren einer Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes zugeordnet werden. So ist im angepassten CSR-Konzept die Kennzahl „Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Tonnen“ enthalten. Diese Thematik ist in den GRI G4-Leitlinien umfangreich in den sieben GRI-Indikatoren (G4-EN15 bis G4-EN21) zum Aspekt „Emissionen“ abgebildet und zudem durch branchenspezifische Vorgaben erweitert worden. In diesem Fall sind alle sieben Indikatoren der Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes zugeordnet worden. Ähnlich verhält es sich bei den Angaben des GRI Standards.

Im **zweiten Fall** führt der Abgleich zu dem Ergebnis, dass die Maßnahmen und Kennzahlen, also die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes, lediglich

äquivalenten Angaben des GRI Standards den Anforderungen zugeordnet und mit diesen abgeglichen worden. Vgl. Global Reporting Initiative (2017), o. S.

¹²⁸⁴ Im Rahmen des Abgleichs und der Erweiterung sind der DMA nach den GRI G4-Leitlinien und der Managementansatz nach GRI Standards unberücksichtigt geblieben. Dies ist darin begründet, da diese allgemein formulierte Anforderungen enthalten und folglich aus der Berücksichtigung dieser im anschließenden Anforderungskatalog kein inhaltlicher Mehrwert zu erwarten ist.

¹²⁸⁵ Aufgrund des Umfangs des Abgleichs bleibt eine vollständige Beschreibung des Abgleichs aller Maßnahmen und Kennzahlen mit den Anforderungen der GRI aus. Zur Nachvollziehbarkeit des Vorgehens werden die den Fällen zugehörigen Abgleichsbeispiele dargestellt. Außerdem sei auf den Anhang D verwiesen.

teilweise oder indirekt durch vorhandene GRI G4-Indikatoren oder Angaben des GRI Standards abgedeckt werden. Hierbei sind die inhaltlichen Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes nicht explizit in den GRI-Rahmenwerken enthalten, können aber mittelbar durch die vorhandenen GRI G4-Indikatoren bzw. Angaben des GRI Standards in die CSR-Berichterstattung miteinfließen.

Dieses Resultat des Abgleichs tritt beispielsweise bei der im angepassten CSR-Konzept geforderten Maßnahme auf, dass das KEVU „Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt“ vorhalten sollte. Diese Thematik ist nicht unmittelbar den GRI-Rahmenwerken zu entnehmen, kann aber mittels GRI G4-4 bzw. Angabe 102-2 im Rahmen der Darstellung der „wichtigsten Marken, Produkte und Dienstleistungen“¹²⁸⁶ in der Berichterstattung abgebildet werden.

Im **dritten Fall** hat der Abgleich zu keiner Übereinstimmung zwischen den Anforderungen mit den GRI-Rahmenwerken geführt. Die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes werden folglich weder vollständig, wie im ersten Fall, noch indirekt, wie im zweiten Fall, durch vorhandene GRI G4-Indikatoren oder Angaben des GRI Standards abgedeckt.

Insbesondere zu den spezifischen Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes, die die besondere Situation von KEVU betreffen, sind häufig diese Resultate erzielt worden. Hierzu sind beispielsweise die Anforderungen sowohl zu den Themenfeldern wie „Querfinanzierung“ sowie „Individuelle und Organisationale Bürgerbeteiligung“ als auch zur Subdimension „Unterstützung von Gründungsbemühungen“ zu nennen.

Des Weiteren ist anzumerken, dass Mehrfachzuordnungen im Rahmen des Abgleichs vorgenommen worden sind, wenn die GRI-Anforderungen zu mehreren Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes zuordenbar waren.¹²⁸⁷ Außerdem besteht die Möglichkeit, dass unterschiedliche Resultate erzielt worden sind. So ist es möglich, dass Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes zwar in den GRI G4-Leitlinien vorhanden sind, aber nicht in den GRI Standards. Diese unterschiedlichen Resultate ergeben sich insbesondere dadurch, dass die GRI G4-Leitlinien im

¹²⁸⁶ Global Reporting Initiative (2015b), S. 25.

¹²⁸⁷ Diese sind in Anhang D kenntlich gemacht.

Gegensatz zu den GRI Standards zusätzlich die branchenspezifischen Vorgaben beinhalten.¹²⁸⁸

5.2.3.2.3 Erweiterung mit Rahmenwerken

Neben dem Abgleich wird die Prüfung durchgeführt, ob das angepasste CSR-Konzept um Inhalte der GRI-Rahmenwerke zusätzlich erweiterbar ist. Während der Abgleich im vorherigen Abschnitt auf Basis der Anforderungen durchgeführt worden ist, wird im Rahmen der Erweiterung eine Zuordnung um die Inhalte der GRI-Rahmenwerke zu den Subdimensionen und Themenfeldern vorgenommen, sofern diese das angepasste CSR-Konzept inhaltlich sinnvoll ergänzen. Die für die Erweiterung herangezogenen Rahmenwerke sind zum einen die **GRI G4-Leitlinien**, einschließlich der **branchenspezifischen Vorgaben** der Electric Utilities Sector Disclosures, und zum anderen die **GRI Standards**.¹²⁸⁹

Da die GRI-Rahmenwerke umfangreiche Möglichkeiten zur CSR-Berichterstattung bieten, ist das angepasste CSR-Konzept in nahezu allen Subdimensionen und Themenfeldern um GRI G4-Indikatoren bzw. Angaben des GRI Standards erweitert worden.¹²⁹⁰ Aufgrund der umfangreichen Erweiterungen ist die Notwendigkeit entstanden, neue Themenfelder zu definieren, um die Übersichtlichkeit über das abgeglichene und erweiterte CSR-Konzept zu wahren.

Eine solche Ergänzung des angepassten CSR-Konzeptes um Themenfelder ist bei der Subdimension „Gesellschaft und Kultur“ der Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ vorgenommen worden. Hier fand eine Erweiterung um die zusätzlichen Themenfelder „Vermeidung von Schäden für Arbeitnehmer“ und „Vermeidung von Schäden für die Gesellschaft“ statt.

Darüber hinaus sind bei der Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ in zwei Subdimensionen Ergänzungen erforderlich. So sind einerseits zur Subdimension „Faires und anständiges Verhalten“ die Themenfelder „Organisationsüberblick und Werte“, „Verantwortung der Unternehmensführung“, „Verfahren zur Prävention

¹²⁸⁸ Zur detaillierten Darstellung sei auf Anhang D verwiesen.

¹²⁸⁹ Analog zum Vorgehen beim Abgleich ist auch bei der Erweiterung in einem ersten Schritt zunächst die Zuordnung der GRI G4-Indikatoren zu den Subdimensionen und Themenfeldern durchgeführt worden. Auf der Grundlage dieses Abgleichs sind unter Zuhilfenahme der GRI-Veröffentlichung „Mapping G4 to the GRI Standards“ die äquivalenten Angaben des GRI Standards den Subdimensionen und Themenfeldern zugeordnet worden. Vgl. Global Reporting Initiative (2017), o. S.

¹²⁹⁰ Vgl. Anhang E.

von unethischem Verhalten“ sowie „Beschwerden über Verhalten und Strafzahlungen des Unternehmens“ definiert worden. Andererseits wurde die Subdimension „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ um das Themenfeld „Beteiligung von Stakeholdern allgemein“ ergänzt.¹²⁹¹

5.2.4 Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

5.2.4.1 Vorgehensweise zur Ableitung des Anforderungskatalogs

Der Fokus dieses Abschnitts liegt auf der Entwicklung des Anforderungskatalogs zur Untersuchung der Unternehmensberichterstattung auf CSR-Themen. Dabei wird auf den gewonnenen Erkenntnissen des zuvor durchgeführten Abgleichs und der Erweiterung aufgebaut. Hierfür werden die Fälle der Abgleichsresultate aus Abschnitt 5.2.3.2.2 als Entscheidungsgrundlage genutzt, welche Inhalte der abschließende Anforderungskatalog enthält. Außerdem fließen die im Rahmen der Erweiterung in Abschnitt 5.2.3.2.3 zugeordneten Inhalte in den Anforderungskatalog mit ein.

Obwohl in den vorangegangenen Ausführungen zum Abgleich und der Erweiterung stets beide GRI-Rahmenwerke betrachtet worden sind, werden bei der Ableitung des Anforderungskatalogs lediglich die **GRI G4-Leitlinien** berücksichtigt. Dies ist zum einen darin begründet, dass die GRI Standards für die im Folgenden betrachteten Geschäftsjahre 2016 und 2017 noch nicht verpflichtend bei der Erstellung eines CSR-Berichts zu berücksichtigen sind, um in Übereinstimmung mit GRI zu berichten. Zum anderen ergibt sich die Vorgehensweise aus der Tatsache, dass für die CSR-Berichterstattung in Übereinstimmung mit den GRI G4-Leitlinien die branchenspezifischen Vorgaben anzuwenden sind, was bei den GRI Standards nicht mehr der Fall ist.¹²⁹² Für die nachstehende Untersuchung der Unternehmensberichterstattung von KEVU auf die Bereitstellung von Informationen zu CSR-Themen sind jedoch die **branchenspezifischen Vorgaben** von besonderer Relevanz. Des Weiteren wird das Vorgehen darin begründet, dass die erste deutsche Übersetzung der GRI Standards sprachliche sowie qualitative Beeinträchtigungen aufwies, so-

¹²⁹¹ Der zusammenfassende Überblick, sowohl über den Abgleich als auch der Erweiterung, ist in Anhang E dargestellt. In der Übersicht sind die neu definierten Themenfelder kenntlich gemacht.

¹²⁹² Vgl. Abschnitt 3.2.2.3.

dass zahlreiche Änderungen der Übersetzung notwendig waren, die die GRI in einem 276 Seiten umfassenden PDF-Dokument zusammengestellt hat.¹²⁹³ Außerdem erfahren die GRI Standards kontinuierliche Überarbeitungen, wie beispielsweise der GRI 306, der im Jahr 2019 einer inhaltlichen Aktualisierung unterzogen wurde.¹²⁹⁴ Um zu vermeiden, dass die qualitativen Probleme und überarbeitungsbedürftigen Inhalte der GRI Standards in den Anforderungskatalog einfließen, erfahren die GRI Standards im Folgenden keine Berücksichtigung. Grundsätzlich ist jedoch anzumerken, dass durch den hohen Grad inhaltlicher Überschneidungen von GRI G4 und GRI Standards durch das voran erläuterte Vorgehen kein Informationsverlust zu erwarten ist.

Wie in diesem Abschnitt eingangs erörtert, dienen die drei verschiedenen Fälle der Abgleichsresultate als Entscheidungsgrundlage dafür, welche Anforderungen im abschließenden Anforderungskatalog enthalten sind. In Abhängigkeit von dem erzielten Abgleichsresultat ist das Vorgehen, wie im Folgenden erörtert, definiert.

Im **ersten Fall**, in dem die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes vollständig durch vorhandene GRI G4-Indikatoren erfüllt werden, wird lediglich die GRI G4-Anforderung in den Anforderungskatalog übernommen. Aufgrund der Tatsache, dass die GRI G4-Indikatoren die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes vollumfänglich erfüllen, werden diese Anforderungen im Anforderungskatalog Berücksichtigung finden. Darüber hinaus ermöglicht dieses Vorgehen einen detaillierteren Anforderungskatalog, da wie in Abschnitt 5.2.3.2.2 erläutert, auch mehrere GRI-Inhalte einer Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes zugeordnet werden können und diese dann vollständig in den Anforderungskatalog einfließen.

Im **zweiten Fall** werden die Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes lediglich teilweise oder indirekt durch vorhandene GRI G4-Indikatoren abgedeckt. Hierbei wird der GRI G4-Indikator um die Anforderungen der Maßnahmen oder Kennzahlen angepasst. Dies bedeutet, dass die konkrete Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes Eingang in den Anforderungskatalog findet, aber diese um die Information ergänzt wird, dass dieser Anforderung im Rahmen des zugeordneten GRI G4-Indikators entsprochen werden kann.

¹²⁹³ Vgl. Global Reporting Initiative (2020), o. S., (2018), S. 1–276.

¹²⁹⁴ Vgl. Global Reporting Initiative (2019), S. 1–2.

Im **dritten Fall** sagt das Abgleichsresultat aus, dass keine Übereinstimmung zwischen den Anforderungen des angepassten CSR-Konzeptes und des GRI-Rahmenwerks vorliegt. Bei diesem Resultat fließt die Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes in den abschließenden Anforderungskatalog ein.

Da es im zweiten und dritten Fall vorkommen kann, dass zu einer Anforderung des angepassten CSR-Konzeptes sowohl Maßnahme als auch Kennzahl vorliegen, wird bei der Überführung dieser Anforderung in den abschließenden Anforderungskatalog lediglich die Maßnahme berücksichtigt. Dieses Vorgehen ist darin begründet, dass die Kennzahlen sehr spezifische Anforderungen an die CSR-Berichterstattung stellen und diese möglicherweise kaum Anwendung in der Unternehmensberichterstattungspraxis finden. Deshalb wird in solchen Fällen die allgemeiner gefasste Maßnahme weiter betrachtet.

Die Ableitung des Anforderungskatalogs basiert nicht nur auf den Erkenntnissen des Abgleichs, sondern auch auf denen, die im Zuge der Erweiterung gewonnen wurden. Die identifizierten Erweiterungen des angepassten CSR-Konzeptes gehen ohne Anpassung als GRI G4-Indikator in den Anforderungskatalog ein.

Im Anschluss an die Überführung der Erkenntnisse aus dem Abgleich und der Erweiterung in den Anforderungskatalog¹²⁹⁵ ist zudem eine Bereinigung des Anforderungskatalogs durchgeführt worden, um Redundanzen innerhalb des Katalogs zu vermeiden. Zur Steigerung der Übersichtlichkeit des Anforderungskatalogs sind außerdem teilweise Neustrukturierungen der Subdimensionen und Themenfelder vorgenommen worden.¹²⁹⁶

5.2.4.2 Überblick über den Anforderungskatalog

Der Anforderungskatalog zur anschließenden Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis auf CSR-Themen von KEVU wird im Folgenden überblicksartig dargestellt.¹²⁹⁷

Insgesamt ist festzuhalten, dass die **vier Dimensionen in elf Subdimensionen** und auf niedrigster Betrachtungsebene in **33 Themenfelder** zu differenzieren sind. Die-

¹²⁹⁵ Die in den Anforderungskatalog überführten Anforderungen, die auf den gewonnenen Erkenntnissen aus dem Abgleich und der Erweiterung aufbauen, werden im Weiteren „Kriterien“ genannt.

¹²⁹⁶ Diese sind in Anhang F kenntlich gemacht.

¹²⁹⁷ Zur detaillierten Darstellung des Anforderungskatalogs sei auf Anhang F verwiesen.

sen Dimensionen, Subdimensionen und Themenfeldern sind insgesamt 195 Kriterien des Anforderungskatalogs zugeordnet. Die Verteilung der Kriterien auf die Dimensionen, Subdimensionen und Themenfelder ist in Tabelle 10 dargestellt.

Die erste Dimension „**Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden**“ ist hinsichtlich zwei Subdimensionen und insgesamt zehn Themenfeldern zu unterscheiden. Insgesamt umfasst die erste Dimension 86 Kriterien, während die zweite Dimension „**Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben**“ lediglich 47 enthält. Diese Dimension ist in vier Subdimensionen und auf der untersten Gliederungsebene in zehn Themenfelder unterteilbar.

Dimension	Subdimension	Themenfeld	Krit.-Nr.	Krit.-Anzahl	
1. Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	1.1 Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit	01-33	33	50
		Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien	34-36	3	
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung	37-39	3	
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden	40-43	4	
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/Privatpersonen	44-48	5	
		Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs	49-50	2	
	1.2 Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge	51-52	2	36
		Weiterbildungsbezogene u. gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden	53-62	10	
		Vermeidung von Schäden für Arbeitnehmer	63-67	5	
		Vermeidung von Schäden für die Gesellschaft	68-86	19	
2. Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	2.1 Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen	87-96	10	20
		Indirekte regionale Auswirkungen	97-103	7	
		Induzierte regionale Auswirkungen	104-106	3	
	2.2 Querverbund	Querfinanzierung	107-108	2	6
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns	109-112	4	
	2.3 Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität	113-119	7	13
		Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit	120-123	4	
		Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang	124-125	2	
		2.4 Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse	Individuelle und organisationale Bürgerbeteiligung	126-129	
	Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse		130-133	4	
3. Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	3.1 Unterstützung von Gründungsbemühungen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen	134-140	7	11
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen/Hochschulen	141-144	4	
	3.2 Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt	Wirtschaftliche und technische Effizienz	145-147	3	6
		Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt	148-150	3	
4. Anstand in Graubereichen zeigen	4.1 Faires und anständiges Verhalten	Organisationsüberblick und Werte	151-158	8	29
		Verantwortung der Unternehmensführung	159-168	10	
		Verfahren zur Prävention von unethischem Verhalten	169-171	3	
		Beschwerden über Verhalten und Strafzahlungen des Unternehmens	172-179	8	
	4.2 Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung	Beteiligung von Stakeholdern allgemein	180-183	4	9
		Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels Gremien	184-186	3	
		Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels direkten Austauschs	187-188	2	
	4.3 Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen	Kommunikation mittels Veranstaltungen und Medien	189-193	5	7
		Kommunikation mittels Mitarbeiter	194-195	2	
					Σ 195
Legende:					
		Neu hinzugefügtes Themenfeld durch Erweiterung um GRI G4.			
		Neu strukturierte Subdimensionen und Themenfelder durch Abgleich und Erweiterung mit GRI G4.			

Tabelle 10: Anforderungskatalog zur empirischen Analyse der Unternehmensbe-richterstattung von KEVU auf CSR-Themen¹²⁹⁸

Im Vergleich zu den weiteren Dimensionen ist die dritte Dimension „**Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen**“ im Hinblick auf die Anzahl der Kriterien unterrepräsentiert. Die Dimension beinhaltet nur 17 Kriterien.

¹²⁹⁸ Eigene Darstellung.

Diese sind in vier Themenfeldern und zwei Subdimensionen zusammengefasst. Die vierte Dimension **„Anstand in Graubereichen zeigen“** des Anforderungskatalogs umfasst ähnlich viele Kriterien wie die zweite Dimension **„Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“**. Die 45 Kriterien dieser letzten Dimension sind in drei Subdimensionen zu unterteilen. Die Subdimensionen unterteilen sich wiederum in neun Themenfelder.

Außerdem ist zu konstatieren, dass die **sechs Handlungsfelder der kommunalen Energiewirtschaft**, die vom VKU im Rahmen einer Wesentlichkeitsanalyse unter der Einbeziehung von Vertretern der Branche und der KEVU-Stakeholder identifiziert worden sind, im Anforderungskatalog enthalten sind.¹²⁹⁹ So werden die Handlungsfelder **„Versorgungssicherheit und Beitrag zum Gemeinwohl“** sowie **„Wirtschaftlicher Erfolg und Innovation“** durch insgesamt 64 Kriterien der zweiten Dimension **„Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“** und dritten Dimension **„Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“** des Anforderungskatalogs umfassend abgedeckt. Die Subdimension 1.1 **„Ökologische Nachhaltigkeit“** umfasst 50 Kriterien hinsichtlich des Umweltschutzes und der Energieversorgung durch erneuerbare Energien, sodass anhand des Anforderungskatalogs zu den Handlungsfeldern **„Gestalter der Energiewende“** sowie **„Klima- und Umweltschutz“** berichtet werden kann. Das Handlungsfeld **„Mitarbeiterorientierung“** erfährt durch das zweite und dritte Themenfeld der Subdimension 1.2 **„Gesellschaft und Kultur“** Berücksichtigung im Anforderungskatalog. Des Weiteren kann das Handlungsfeld **„Unternehmensführung, Transparenz und Partizipation“** der vierten Dimension **„Anstand in Graubereichen zeigen“** und auch der Subdimension 2.4 **„Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“** zugeordnet werden.

Abschließend ist festzuhalten, dass in diesem Kapitel auf der Basis eines systematischen Literaturreviews und eines anschließenden Abgleichs mit den Anforderungen der GRI an die CSR-Berichterstattung ein umfangreicher Anforderungskatalog entwickelt worden ist. Dieser basiert somit nicht nur auf dem GRI-Rahmenwerk zur CSR-Berichterstattung, sondern berücksichtigt insbesondere die spezifischen CSR-

¹²⁹⁹ Hierzu sei im Detail auf Abschnitt 3.2.2.4 verwiesen.

Themen von KEVU. Auf der Grundlage dieses Anforderungskatalogs wird schließlich in den folgenden Kapiteln die Unternehmensberichterstattungspraxis im Hinblick auf CSR-Themen von KEVU untersucht.

5.3 Hypothesen zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

5.3.1 Hypothesen zur Kapitalmarktorientierung

Das Bestehen eines positiven Zusammenhangs zwischen der Kapitalmarktorientierung von Unternehmen und dem Ausmaß der in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellten Informationen zu CSR-Themen ist bereits nachgewiesen worden.¹³⁰⁰ Dies ist darin begründet, dass kapitalmarktorientierte Unternehmen zur Bereitstellung von Informationen gegenüber den Aktionären verpflichtet sind und die CSR-Berichterstattung als ein Instrument zum Abbau von Informationsasymmetrien zwischen Unternehmen und Anteilseignern angesehen wird.¹³⁰¹ Des Weiteren unterliegen kapitalmarktorientierte Unternehmen umfangreichen Publizitätspflichten.¹³⁰² So ist zum Beispiel die CSR-Berichtspflicht zu nennen.¹³⁰³ Folglich ist zu erwarten, dass kapitalmarktorientierte EVU einen unterschiedlichen „Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung“¹³⁰⁴ als nicht kapitalmarktorientierte EVU aufweisen. Diese Erwartung wird mittels der Unterhypothesen für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 untersucht.

H1: Kapitalmarktorientierte EVU weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als nicht kapitalmarktorientierte EVU auf.¹³⁰⁵

H1a: Kapitalmarktorientierte EVU weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als nicht kapitalmarktorientierte EVU in 2016 auf.

H1b: Kapitalmarktorientierte EVU weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf als nicht kapitalmarktorientierte EVU in 2017 auf.

¹³⁰⁰ Vgl. da Silva Monteiro/Aibar-Guzman (2010), S. 198.

¹³⁰¹ Vgl. Haddock (2005), S. 801–802; Hahn/Kühnen (2013), S. 12; Moutchnik (2014), S. 87.

¹³⁰² Vgl. Dietsche et al. (2019), S. 14; Hahn/Kühnen (2013), S. 12.

¹³⁰³ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

¹³⁰⁴ Dieser Begriff wird im Weiteren synonym mit dem Begriff „Erreichungsgrad“ verwendet.

¹³⁰⁵ Sofern keine Einschränkungen vorgenommen werden, gelten die folgenden Hypothesen für die gesamte in den Abschnitten 6.2.1.1 und 6.2.2.1 vorgestellte Stichprobe.

Außerdem wird durch die Forcierung der CSR-Berichtspflicht für kapitalmarktorientierte Unternehmen angenommen, dass die acht kapitalmarktorientierten EVU im Geschäftsjahr 2017 einen höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als 2016 aufweisen. Zudem ist in Kapitel 3 die Relevanz zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung auch für nicht kapitalmarktorientierte kEVU theoretisch hergeleitet worden. Neben der CSR-Berichterstattung zur Sicherung der unternehmerischen Legitimität und der Motivation der Selbstregulierung, wird von einer Ausstrahlungswirkung der zur CSR-Berichterstattung verpflichteten EVU auf die nicht berichtspflichtigen EVU ausgegangen.

H2: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kapitalmarktorientierten EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.

H3: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der nicht kapitalmarktorientierten EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.

5.3.2 Hypothese zur kommunalen und privaten Eigentümerschaft

Die Darstellung der Relevanz zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung für kEVU ist in Kapitel 3 erfolgt. Hierzu sind insbesondere die Legitimitätstheorie, die Unternehmensregulierung sowie die Institutionentheorie herangezogen worden. Die Relevanz ergibt sich somit zum einen aus der Motivation zur Sicherstellung der unternehmerischen Legitimität. Zum anderen wird diese im Fall einer CSR-Berichtspflicht hergeleitet und im Falle keiner Berichtspflicht, um einer Ausweitung der CSR-Berichtspflicht durch Selbstregulierung zu entgehen und um auf potenzielle Ausstrahlungswirkungen dieser vorbereitet zu sein. Es wird somit im Geschäftsjahr 2017 ein höherer Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU im Gegensatz zum Vorjahr erwartet.

H4: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.

5.3.3 Hypothesen zur Unternehmensgröße

In vorangegangenen Untersuchungen wurde der Einfluss der Unternehmensgröße auf die in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellten Informationen zu CSR-Themen nachgewiesen.¹³⁰⁶ Als Ursache hierfür ist anzuführen, dass große Un-

¹³⁰⁶ Vgl. da Silva Monteiro/Aibar-Guzman (2010), S. 198; Gamerschlag et al. (2011), S. 256.

ternehmen mit einem intensiveren öffentlichen Interesse konfrontiert sind und somit ein höherer Druck zur Bereitstellung von CSR-Informationen vorliegt.¹³⁰⁷ Darüber hinaus bindet die Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung nicht unerhebliche finanzielle Mittel, die größere Unternehmen leichter aufbringen können als kleinere Unternehmen.¹³⁰⁸ Die Unternehmensgröße kann anhand der Höhe der Umsatzerlöse bestimmt werden.¹³⁰⁹ Somit wird angenommen, dass sich das Umsatzvolumen auf den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auswirkt. Diese Annahme wird anhand der gesamten Stichprobe und der KEVU für die Jahre 2016 und 2017 überprüft. Dazu werden Unterhypothesen gebildet.

H5: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von EVU.

H5a: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016.

H5b: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017.

H5c: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU in 2016.

H5d: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU in 2017.

5.3.4 Hypothesen zur Diversität in der Unternehmensführung und im Aufsichtsrat

Es liegen bereits verschiedene Studien vor, die die Diversität im Unternehmen und die in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellten Informationen zu CSR-Themen auf Zusammenhänge untersuchen.¹³¹⁰ In den Studien bezieht sich die Diversität auf verschiedene Aspekte, wie etwa die Demographie, das Geschlecht, den kulturellen Hintergrund oder die fachliche Expertise.¹³¹¹ Von einer größeren Diversität wird sich ein diversifizierteres Wissen im Unternehmen und damit ein größerer Unternehmenserfolg versprochen.¹³¹² Vor diesem Hintergrund gewinnt

¹³⁰⁷ Vgl. da Silva Monteiro/Aibar-Guzman (2010), S. 187–188.

¹³⁰⁸ Vgl. da Silva Monteiro/Aibar-Guzman (2010), S. 188.

¹³⁰⁹ Vgl. Haddock (2005), S. 797.

¹³¹⁰ Hoang et al. (2018) treffen diese Aussage aufgrund eines durchgeführten Literatur Reviews. Vgl. Hoang et al. (2018), S. 834.

¹³¹¹ Vgl. Anazonwu et al. (2018), S. 66; Dienes/Velte (2016), S. 5; Hoang et al. (2018), S. 834–835.

¹³¹² Vgl. Amran et al. (2014), S. 226; Lammers (2018), S. 228.

die geschlechtsspezifische Diversität in der Unternehmensführung zunehmend an Bedeutung.¹³¹³ Diese Entwicklung wird auch durch die Konkretisierung von gesetzlichen Vorgaben zur geschlechtlichen Diversität in Unternehmen bedingt.¹³¹⁴

So weisen Studien den Einfluss einer größeren Geschlechterdiversität in der Unternehmensführung auf die in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellten Informationen zu CSR-Themen nach.¹³¹⁵ Neben der Diversität in der Unternehmensführung wird auch die Diversität des Aufsichtsgremiums betrachtet. Auch hierbei wird der Nachweis erbracht, dass eine größere Geschlechterdiversität im Aufsichtsrat die Veröffentlichung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung beeinflusst.¹³¹⁶

Es wird somit für diese Stichprobe erwartet, dass sich die geschlechtsspezifische Diversität sowohl in der Unternehmensführung als auch im Aufsichtsrat auf den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auswirkt. Diese Erwartungen werden anhand der gesamten Stichprobe und auch der KEVU für die Jahre 2016 und 2017 untersucht. Dazu werden folgende Unterhypothesen gebildet.

- H6: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von EVU.
- H6a: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016.
- H6b: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017.
- H6c: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU in 2016.
- H6d: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU in 2017.

Auch hinsichtlich der Betrachtung der Diversität im Aufsichtsrat wird analog zur Diversität in der Unternehmensführung vorgegangen.

- H7: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von EVU.
- H7a: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016.

¹³¹³ Vgl. Ahmad et al. (2018), S. 87; Papenfuß et al. (2015b), S. 344.

¹³¹⁴ Vgl. Lammers (2018), S. 225.

¹³¹⁵ Vgl. Anazonwu et al. (2018), S. 72; Rao/Tilt (2016), S. 197–198.

¹³¹⁶ Vgl. Dienes/Velte (2016), S. 10.

H7b: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017.

H7c: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2016.

H7d: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2017.

5.3.5 Hypothesen zur CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung

Die Unternehmensführung ist für die Wahrnehmung und Steuerung der CSR verantwortlich.¹³¹⁷ Sofern die Unternehmensführung die Notwendigkeit zur Wahrnehmung von CSR erkannt hat, ist im Sinne der Legitimitätstheorie davon auszugehen, dass diese über ihre CSR-Leistung zur Legitimitätssicherung und -steigerung berichten wird.

Es liegen verschiedene und im Folgenden kurz dargestellte Studien vor, die den Zusammenhang zwischen der CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung und den in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellten Informationen zu CSR-Themen untersuchen. Zu unterscheiden sind diese hinsichtlich der Erfassung einer Verankerung von CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung.

Unter der Annahme, dass die Unternehmensführung für die Implementierung und Überprüfung der Umsetzung einer Unternehmensstrategie verantwortlich ist, ist davon auszugehen, dass wenn eine Unternehmensstrategie CSR-Themen enthält, auch in der Unternehmensführung CSR-Themen berücksichtigt werden.¹³¹⁸ So ist der Zusammenhang zwischen der Unternehmensstrategie, die CSR-Themen enthält, bzw. einer separaten CSR-Strategie und der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung untersucht und nachgewiesen worden.¹³¹⁹

Außerdem wird die CSR-Orientierung der Unternehmensführung mittels verschiedener Eigenschaften der Unternehmensführung, wie beispielsweise die Geschlechterdiversität, erfasst und auf Auswirkungen auf die Veröffentlichung von Angaben

¹³¹⁷ Vgl. Amran et al. (2014), S. 222; Fraj-Andrés et al. (2009), S. 501–502; Helfaya/Moussa (2017), S. 1063–1064.

¹³¹⁸ Vgl. Fraj-Andrés et al. (2009), S. 501–502; Helfaya/Moussa (2017), S. 1063–1064.

¹³¹⁹ Vgl. Amran et al. (2014), S. 229; Helfaya/Moussa (2017), S. 1070.

zu CSR-Themen hin überprüft.¹³²⁰ Auch hierbei wird ein Zusammenhang nachgewiesen.¹³²¹

Folglich wird angenommen, dass Unternehmen, die die CSR-Relevanz auf der Ebene der Unternehmensführung verankert haben, einen höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Diese Erwartung wird anhand von Unterhypothesen für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 überprüft.

H8: EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung auf.
H8a: EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung im Jahr 2016 auf.
H8b: EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung im Jahr 2017 auf.

5.3.6 Hypothese zur Verwendung von CSR-Rahmenwerken

Von der Nutzung von Rahmenwerken bei der Erstellung von Unternehmensberichten mit CSR-Bezug wird sich eine höhere Standardisierung und damit eine bessere Vergleichbarkeit und Professionalisierung dieser versprochen.¹³²² Die zunehmende Standardisierung durch die Verwendung von Rahmenwerken wird als Ursache für die Steigerung von Umfang und Qualität dieser Unternehmensberichte angesehen.¹³²³

Somit wird auch für diese Stichprobe die Erwartung formuliert, dass die Berücksichtigung von Rahmenwerken zur Erstellung der in Abschnitt 6.2.2.2 dargestellten freiwilligen CSR-Berichterstattung, also der weiteren Unternehmensberichte und

¹³²⁰ Vgl. Helfaya/Moussa (2017), S. 1064–1065.

¹³²¹ Vgl. Helfaya/Moussa (2017), S. 1070.

¹³²² Vgl. Tschopp/Nastanski (2014), S. 147–148; Stojanović-Blab/Blab (2017), S. 307–308.

¹³²³ Vgl. Dietsche et al. (2019), S. 15.

der Nachhaltigkeitskapitel der Geschäftsberichte, zu einem unterschiedlichen Erreichungsgrad¹³²⁴ führt als bei CSR-Berichten, die ohne Rahmenwerk erstellt wurden.¹³²⁵

H9: Unter der Berücksichtigung von Rahmenwerken erstellte freiwillige CSR-Berichte weisen keinen unterschiedlichen Erreichungsgrad als freiwillige CSR-Berichte ohne diese Eigenschaft auf.

5.3.7 Hypothesen zur prüfungspflichtigen Berichterstattung

Den vom Unternehmen bereitgestellten Informationen in der prüfungspflichtigen Berichterstattung wird eine hohe Glaubwürdigkeit zugerechnet.¹³²⁶ Aus diesem Grund kann sich eine Veröffentlichung von Informationen zu CSR-Themen in der prüfungspflichtigen Berichterstattung positiv auf die unternehmerische Legitimität auswirken. Durch die in den Kapiteln 2 und 3 dargelegte Situation der KEVU ist die Bereitstellung von Informationen zu CSR-Themen in der prüfungspflichtigen Berichterstattung zu erwarten. Des Weiteren wird Aufgrund der CSR-Berichtspflicht eine Steigerung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung erwartet.¹³²⁷

Aufgrund dieser Erwartungen werden folgende Hypothesen abgeleitet. Zum einen soll der Unterschied zwischen der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung in den Jahren 2016 und 2017 untersucht werden. Diese Hypothese ist für alle EVU der Stichprobe, für die KEVU und für die EVU mit der CSR-Berichtspflicht¹³²⁸ im Geschäftsjahr 2017 separat zu überprüfen, sodass dementsprechende Unterhypothesen gebildet werden. Diese sind im Folgenden dargestellt.

H10: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von EVU auf.

¹³²⁴ Dieser Begriff wird im Weiteren synonym mit dem Begriff „Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung“ verwendet.

¹³²⁵ Die Übersicht der freiwilligen CSR-Berichte als auch die Darstellung, ob Rahmenwerke zur Erstellung dieser verwendet wurden, sind Anhang J zu entnehmen.

¹³²⁶ Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (2017), S. 8.

¹³²⁷ Zur Definition der prüfungspflichtigen Berichterstattung im Rahmen dieser Arbeit sei auf Abschnitt 3.2.2.5 verwiesen.

¹³²⁸ Hierunter fallen E.ON, EnBW, EWE, innogy, Mainova, RWE und uniper, die im Geschäftsjahr 2017 der CSR-Berichtspflicht unterliegen. Das ebenfalls grundsätzlich berichtspflichtige EVU MVV Energie ist aufgrund eines abweichenden Geschäftsjahres im Geschäftsjahr 2017 noch nicht berichtspflichtig und wird deshalb bei der Überprüfung der Hypothesen H10e, H10f und H11c nicht berücksichtigt. Vgl. Anhang I.

- H10a: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU in 2016 auf.
- H10b: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU in 2017 auf.
- H10c: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU in 2016 auf.
- H10d: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU in 2017 auf.
- H10e: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht in 2016 auf.
- H10f: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht in 2017 auf.

Aufgrund der formulierten Erwartungen ist zudem die Überprüfung von Unterschieden hinsichtlich des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017 erforderlich. Diese Betrachtung ist Gegenstand der Hypothese H11. Auch hierzu werden für alle EVU der Stichprobe, für die kEVU und für die EVU mit der CSR-Berichtspflicht im Geschäftsjahr 2017 entsprechende Unterhypothesen zur Hypothese H11 formuliert.

- H11: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.
- H11a: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.
- H11b: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.
- H11c: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht verändert sich von 2016 zu 2017 nicht.

6 Empirische Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kommunalen Energieversorgungsunternehmen

6.1 Vorbemerkungen

In diesem Kapitel ist die Ergebnisdarstellung zur zweiten, dritten und vierten Zielsetzung dieser Arbeit verortet. Dazu werden im Vorfeld zunächst die Bestimmung und Merkmale der zu untersuchenden Unternehmen, also der Stichprobe, sowie der zugehörigen Unternehmensberichte erläutert.¹³²⁹ Anschließend erfolgt die Beschreibung des **methodischen Vorgehens** der empirischen Untersuchung.¹³³⁰ Im darauffolgenden Abschnitt liegt der Fokus auf der Erläuterung der empirischen Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der zweiten und dritten Zielsetzung.¹³³¹ Hierfür wird zuerst auf den **Status quo der Unternehmensberichterstattungspraxis** über CSR-Themen, zur Erfüllung der zweiten Zielsetzung, im Rahmen des Überblicks über die Ergebnisse eingegangen.¹³³² Die Ausführungen im anschließenden Abschnitt dienen, im Sinne der dritten Zielsetzung, der Erläuterung der Ergebnisse zu den Hypothesen, anhand derer die **Determinanten zur Bereitstellung von CSR-Themen in der Praxis der Unternehmensberichterstattung** untersucht worden sind.¹³³³

Das Kapitel schließt mit der **Ergebniszusammenfassung** und der darauf aufbauenden Ableitung von **Handlungsimplicationen für die KEVU**. Damit wird die vierte Zielsetzung der Arbeit erfüllt. Im Anschluss wird zudem auf **die Limitationen der empirischen Untersuchung** und den **weiteren Forschungsbedarf** eingegangen.

¹³²⁹ Vgl. Abschnitt 6.2.

¹³³⁰ Vgl. Abschnitt 6.3.

¹³³¹ Vgl. Abschnitt 6.4.

¹³³² Vgl. Abschnitt 6.4.1.

¹³³³ Vgl. Abschnitt 6.4.2.

6.2 Bestimmung und Merkmale der Stichprobe und der Unternehmensberichte

6.2.1 Bestimmung der Stichprobe und Erhebung der Unternehmensberichte

6.2.1.1 Bestimmung der Stichprobe

Die Zielsetzungen dieser Arbeit befassen sich mit der Untersuchung der Unternehmensberichterstattung von kEVU auf CSR-Themen in der Praxis. Als Referenzgruppe wird die Stichprobe der kEVU, die im Folgenden näher erläutert wird, um kapitalmarktorientierte sowie von der CSR-Berichtspflicht betroffene EVU ergänzt, die wie in Abschnitt 3.3.3.2 erläutert ist, als führende Unternehmen der Energiebranche anzusehen sind.

Die zu berücksichtigenden EVU sowie die Unternehmensberichte sind zu identifizieren. Der Gegenstand dieses Kapitels umfasst die **Bestimmung und Identifikation der Unternehmen**.

Damit in der nachfolgenden Untersuchung Unternehmen betrachtet werden, die mit der in Abschnitt 2.1 vorgenommenen Definition eines kEVU übereinstimmen, werden diese, wie im Folgenden erläutert, ausgewählt. In Kongruenz mit der Begriffsbestimmung von kEVU werden die **Stromgrundversorger deutscher Großstädte mit über 200.000 Einwohnern** ausgewählt. Dieses Vorgehen ist darin begründet, dass aufgrund der in Abschnitt 4.3 dargestellten Erkenntnisse zum Forschungsstand eine zurückhaltende Unternehmensberichterstattung über CSR-Themen erwartet und durch die Auswahl großer Städte mit entsprechend großen Grundversorgern eine umfassendere Informationsbereitstellung angenommen wird.

Auf der Grundlage des „Statistischen Jahrbuchs“ ergeben sich 39 Großstädte mit über 200.000 Einwohnern.¹³³⁴ Da die Betreiber von Energieversorgungsnetzen der allgemeinen Versorgung nach § 36 Abs. 2 S. 2 EnWG dazu verpflichtet sind, alle drei Jahre zum 1. Juli, erstmalig zum 1. Juli 2006, den Grundversorger im Netzgebiet festzustellen und auf der Internetseite zu veröffentlichen, werden mittels dieser Informationen die Grundversorger zum 01. Juli 2018 in den vorher ausgewählten 39 Städten ermittelt.

¹³³⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2017b), S. 30.

In allen Städten ist ein Grundversorger zu identifizieren. Lediglich in Frankfurt am Main existieren zwei Grundversorger. Da jedoch in Berlin und Hamburg dasselbe Unternehmen die Grundversorgung wahrnimmt, ergeben sich insgesamt 39 Grundversorger.¹³³⁵

Darüber hinaus wird die Stichprobe um acht kapitalmarktorientierte EVU, die zudem der CSR-Berichtspflicht unterliegen, ergänzt. Bei diesen handelt es sich um E.ON, EnBW, EWE, innogy, Mainova, MVV Energie, RWE und uniper.¹³³⁶ EnBW, innogy, Mainova, MVV Energie sind bereits als Grundversorger erfasst worden, sodass sich die Anzahl der EVU auf insgesamt 43 erhöht.¹³³⁷

Des Weiteren wird die Berücksichtigung eines EVU in der nachstehenden Untersuchung an die Bedingung geknüpft, dass von diesem ein Geschäftsbericht veröffentlicht wird.¹³³⁸ Dieses Vorgehen ist darin begründet, dass der Geschäftsbericht als das „zentrale und über eine große Reichweite verfügende Informations- und Kommunikationsinstrument“¹³³⁹ zum Geschäftsjahr anzusehen ist.¹³⁴⁰ Somit werden von den 43 EVU nur diese weiter berücksichtigt, wenn den Internetseiten der Unternehmen Geschäftsberichte für die Geschäftsjahre 2016 und 2017¹³⁴¹ zu entnehmen sind.¹³⁴² In den Fällen, in denen von 2016 zu 2017 die Publikation eines Geschäftsberichts eingestellt wird, werden im Geschäftsjahr 2017 die veröffentlichten Unternehmensinformationen, wie der Lagebericht, im Bundesanzeiger herangezogen, auch wenn hierdurch ein Informationsverlust zu erwarten ist. Auf der Grundlage dieser Prämisse ergibt sich eine Stichprobe von **25 EVU**.

Zudem ist relevant, ob sich die ermittelten EVU in mehrheitlich kommunaler Eigentümerschaft befinden. Dies ist bei 21 EVU der Stichprobe der Fall, sodass es sich bei diesen um kEVU handelt.¹³⁴³ Die EVU E.ON, innogy, RWE und uniper

¹³³⁵ Vgl. Anhang G.

¹³³⁶ Vgl. Bayer/Hoffmann (2016), S. 12–24; Seier/Kalhöfer (2017), S. 37.

¹³³⁷ Vgl. Anhang G.

¹³³⁸ Die Verfügbarkeit eines Geschäftsberichts ist dann gegeben, wenn dieser als PDF-Dokument zum Abruf auf der Internetseite eines Unternehmens zur Verfügung steht.

¹³³⁹ Kleinmanns (2016), S. 1205.

¹³⁴⁰ Vgl. Kleinmanns (2016), S. 1205; Kolb et al. (2016), Rn. 1080; KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2017), S. 2; Serfas (2012), S. 6.

¹³⁴¹ Bei vom Kalenderjahr abweichenden Geschäftsjahren werden die Unternehmensberichte der Geschäftsjahre 2015/2016 und 2016/2017 berücksichtigt. Im Weiteren wird das Geschäftsjahr 2015/2016 als Geschäftsjahr bzw. Berichtsjahr 2016 bezeichnet. Ein analoges Vorgehen erfolgt für das darauffolgende Geschäftsjahr.

¹³⁴² Zur Definition des Geschäftsberichts sei auf Abschnitt 3.2.2.5 verwiesen.

¹³⁴³ Zur ausführlichen Beschreibung der Stichprobe sei auf Abschnitt 6.2.2.1 verwiesen.

weisen diese Eigenschaft hingegen nicht auf, gehen jedoch aufgrund ihrer Bedeutung als führende Unternehmen der Energiebranche in die empirische Untersuchung mit ein. Die Ermittlung der Stichprobe ist außerdem in Tabelle 11 dargestellt.

Vorgehensweise		Anzahl Unternehmen
	Grundversorger	39
+	Kapitalmarktorientierte EVU (sofern noch nicht als Grundversorger erfasst)	4
-	EVU ohne Geschäftsbericht	18
=	Stichprobe	25

Tabelle 11: Ermittlung der Stichprobe¹³⁴⁴

6.2.1.2 Erhebung der Unternehmensberichte

Da Angaben zu CSR-Themen sowohl in der prüfungspflichtigen als auch nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung eines Unternehmens verortet sein können, wird in der nachstehenden Untersuchung die gesamte Bandbreite der veröffentlichten **Unternehmensberichte für die Geschäftsjahre 2016 und 2017** auf CSR-Inhalte untersucht. Somit ist die Verfügbarkeit von weiteren Unternehmensberichten der ausgewählten Unternehmen zu überprüfen. Die Verfügbarkeit eines Unternehmensberichts ist dann gegeben, wenn dieser als **PDF-Dokument** zum Abruf auf der Internetseite eines Unternehmens zur Verfügung steht.¹³⁴⁵ Dadurch ist ein leichter Zugang zu den berichteten Informationen möglich, sodass der Aufwand für den Berichterstattungsadressaten minimiert wird.¹³⁴⁶

Die Identifikation der Unternehmensberichte fußt auf den bereits identifizierten Geschäftsberichten. Neben dem Geschäftsbericht¹³⁴⁷ werden die zusätzlich als PDF-Dokument veröffentlichten Unternehmensberichte berücksichtigt, die einen Bezug zur Triple Bottom Line aufweisen. Darunter fallen der NFB und die weiteren Unternehmensberichte, wie etwa Nachhaltigkeits- und Umweltberichte, Umwelterklärungen und Magazine zum Geschäftsbericht.¹³⁴⁸

¹³⁴⁴ Eigene Darstellung.

¹³⁴⁵ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 178.

¹³⁴⁶ Vgl. Papenfuß et al. (2015a), S. 178.

¹³⁴⁷ Sofern ein EVU sowohl einen Geschäftsbericht mit Einzelabschluss und Lagebericht als auch einen Geschäftsbericht mit Konzernabschluss und –lagebericht erstellt, fällt die Wahl auf das Dokument mit dem Einzelabschluss und Lagebericht.

¹³⁴⁸ Die Erläuterung des Auswertungsvorgehens erfolgt in Abschnitt 6.3.

Bezugnehmend auf die in Abschnitt 3.2.2.2.6 enthaltenen Ausführungen steht es den betroffenen Unternehmen frei, die Erklärung bzw. Konzernklärung zur Unternehmensführung entweder im Lagebericht oder außerhalb dessen zu veröffentlichen. Auch im zweiten Fall ist nach DRS 20.21 von einer geschlossenen Form des Lageberichts im Sinne des DRS 20.20 auszugehen, sodass diese Erklärung dem Lagebericht zugehörig ist und diesem zugeordnet wird. Bei der Wahl der zweiten Berichtsalternative wird die Erklärung bzw. Konzernklärung zur Unternehmensführung somit trotzdem berücksichtigt, auch wenn diese nicht als PDF-Dokument für die Geschäftsjahre zur Verfügung steht. Des Weiteren wird eine zusammenhängende Veröffentlichung der Erklärung bzw. Konzernklärung zur Unternehmensführung und dem Corporate Governance-Bericht empfohlen.¹³⁴⁹ Dementsprechend werden Corporate Governance-Berichte nur in diesem Fall im Rahmen der Auswertung des Lageberichts berücksichtigt.

Mehrjährige Berichte, die sich auf mehr als ein Geschäftsjahr beziehen sowie über den betrachteten Zeitraum hinausgehen, sind nicht in die Analyse miteingeflossen, da im Sinne der in Abschnitt 3.2.2.1 vorgenommenen Definition eines Unternehmensberichts nur periodisch wiederkehrende Berichte zu berücksichtigen sind. Sofern bei den Unternehmensberichten sowohl eine gekürzte als auch lange Version vorliegt, wird das umfangreichere Format gewählt.

Somit sind in beiden Geschäftsjahren jeweils **36 Unternehmensberichte**, also Geschäftsberichte und weitere Unternehmensberichte, identifiziert worden. Zusätzlich liegen im Geschäftsjahr 2017 die **NFE bzw. NFB von 7 EVU** vor.¹³⁵⁰

6.2.2 Merkmale der Stichprobe und der Unternehmensberichte

6.2.2.1 Merkmale der Stichprobe

Die ausgewählten EVU werden im Folgenden hinsichtlich verschiedener Charakteristika betrachtet, die für die nachstehende Unternehmensberichterstattungsauswertung relevant sind.

¹³⁴⁹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

¹³⁵⁰ Für eine detaillierte Übersicht über alle vorliegenden Unternehmensberichte sei auf Abschnitt 6.2.2.2 und für die Beschreibung des Auswertungsvorgehens sei auf Abschnitt 6.3 verwiesen.

Zunächst werden die EVU hinsichtlich der **Kapitalmarktorientierung** und der **Mehrheitseigentümerschaft** differenziert betrachtet. Aus Abbildung 6 geht hervor, dass ein Großteil der EVU, nämlich 68 %¹³⁵¹ (17 Unternehmen), keine Kapitalmarktorientierung aufweist. Dementsprechend handelt es sich lediglich bei 32 % der EVU (8 Unternehmen) um Unternehmen mit einer Kapitalmarktorientierung.

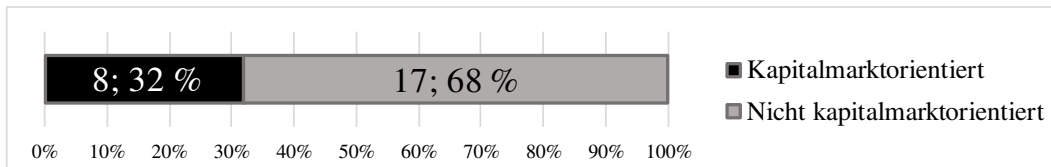


Abbildung 6: Anzahl und Anteil der EVU nach Kapitalmarktorientierung in 2016 und 2017¹³⁵²

Von den insgesamt 25 EVU befinden sich in Anlehnung an die Definition eines kommunalen Unternehmens 84 % (21 Unternehmen) in mehrheitlich kommunaler Eigentümerschaft und werden somit als Kommunalunternehmen oder kEVU bezeichnet. In Abbildung 7 wird zudem deutlich, dass neben den kEVU auch 16 % (4 Unternehmen) der Stichprobe mehrheitlich im Privateigentum sind.¹³⁵³ Diese Unternehmen verfügen allesamt über die Eigenschaft der Kapitalmarktorientierung. Die 21 kEVU sind hinsichtlich ihrer Kapitalmarktorientierung zu unterscheiden. So handelt es sich bei 16 % (4 Unternehmen) der EVU um kapitalmarktorientierte kEVU, wohingegen der Großteil der EVU mit 68 % (17 Unternehmen) als nicht kapitalmarktorientierte kEVU zu bezeichnen sind.

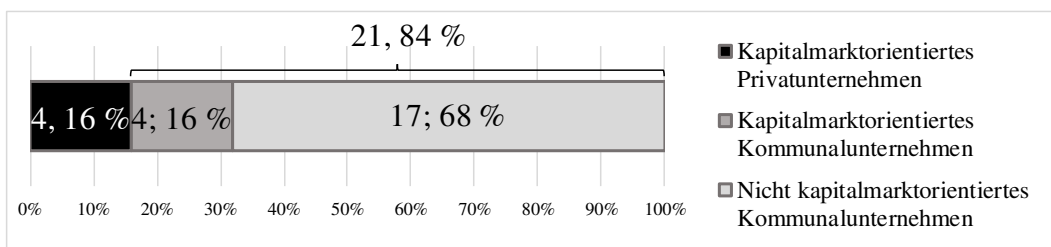


Abbildung 7: Anzahl und Anteil der EVU nach Kapitalmarktorientierung und Mehrheitseigentümerschaft in 2016 und 2017¹³⁵⁴

Neben der Unterscheidung der Unternehmen hinsichtlich der Trägerschaft und Kapitalmarktorientierung erfolgt die **Betrachtung der Umsatzvolumen**¹³⁵⁵ der EVU. Die Darstellung in Abbildung 8 verdeutlicht die Heterogenität der Unternehmen

¹³⁵¹ Die Prozentwerte in diesem Abschnitt sind auf ganze Zahlen gerundet.

¹³⁵² Eigene Darstellung.

¹³⁵³ Hierbei handelt es sich um einen Teil der kapitalmarktorientierten EVU, die wie in Abschnitt 6.2.1.1 erläutert ist, als Referenzgruppe hinzugefügt wurden.

¹³⁵⁴ Eigene Darstellung.

¹³⁵⁵ Die Betrachtung der Umsatzvolumen erfolgt ohne die Strom- und Energiesteuer.

hinsichtlich des Umsatzvolumens. So sind drei Gruppen bzw. Umsatzkategorien zu differenzieren, die von 2016 zu 2017 keine erheblichen Veränderungen aufweisen.¹³⁵⁶

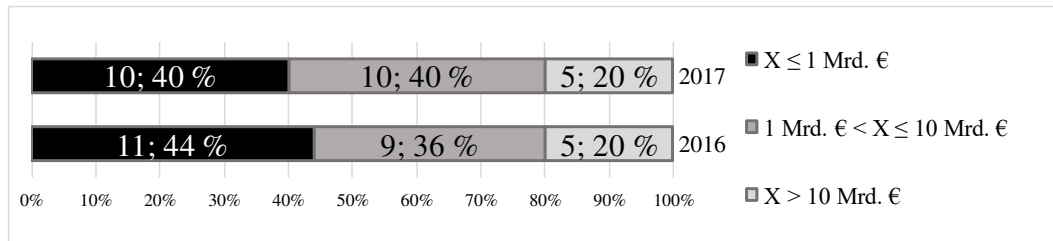


Abbildung 8: Anzahl und Anteil der EVU in den jeweiligen Umsatzkategorien in 2016 und 2017¹³⁵⁷

Die Unternehmensgruppe mit Umsatzvolumen von über 10 Mrd. € unterliegt keinen Veränderungen und stellt in beiden Jahren einen Anteil von 20 % (5 Unternehmen) dar. Die Gruppe der Unternehmen, mit einem jährlichen Umsatz zwischen 1 Mrd. € und maximal 10 Mrd. €, wächst von 2016 zu 2017 um ein EVU an. Dadurch umfasst diese Gruppe 2017 genauso viele Unternehmen, wie die Unternehmensgruppe mit Umsätzen von unter 1 Mrd. €. Das durchschnittliche Umsatzvolumen steigt von 9.576,4 Mrd. € im Jahr 2016 auf 9.748,3 Mrd. € im Jahr 2017 an.¹³⁵⁸

Auch hinsichtlich der **geschlechtlichen Diversität** sind Unterschiede in der Stichprobe zu identifizieren.¹³⁵⁹ Obwohl der durchschnittliche **Frauenanteil in der Unternehmensführung** der betrachteten Unternehmen von 6,8 % im Jahr 2016 auf 7,2 % im Folgejahr geringfügig ansteigt, wird deutlich, dass in 80 % (20 Unternehmen) der Vorständen und Geschäftsführungen in beiden Jahren keine Frauen vertreten sind.¹³⁶⁰ Der Anteil der EVU, die einen Frauenanteil in der Unternehmensführung von mehr als 0 % und maximal 25 % aufweisen, sinkt von 2016 zu 2017 um 4 Prozentpunkte (1 Unternehmen).¹³⁶¹

¹³⁵⁶ Die Grenzen der Kategorien sind zur Erlangung eines möglichst aussagekräftigen Überblicks über die Umsatzerlöse der Stichprobe anhand der in Anhang H vorliegenden Daten gebildet worden.

¹³⁵⁷ Eigene Darstellung.

¹³⁵⁸ Vgl. Anhang H.

¹³⁵⁹ Die Frauenanteile in den Unternehmensführungen und Aufsichtsräten sind mittels der Angaben in den Unternehmensberichten zum jeweiligen Bilanzstichtag ermittelt worden. Vgl. Anhang H.

¹³⁶⁰ Vgl. Anhang H.

¹³⁶¹ Die Grenzen der dargestellten Frauenanteile in der Unternehmensführung sowie dem Aufsichtsrat sind zur Erlangung eines möglichst aussagekräftigen Überblicks über die geschlechtliche Diversität in der Stichprobe anhand der in Anhang H vorliegenden Daten festgelegt worden.

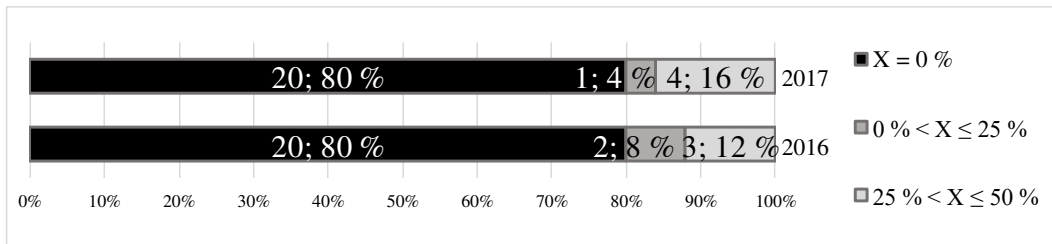


Abbildung 9: Anzahl und Anteil der EVU mit einem entsprechenden Frauenanteil in der Unternehmensführung in 2016 und 2017¹³⁶²

Dafür steigt, wie aus Abbildung 9 hervorgeht, die Anzahl der Unternehmen mit mehr als 25 % Frauen in der Unternehmensführung von 12 % (3 Unternehmen) im Jahr 2016 auf 16 % (4 Unternehmen) im Jahr 2017 an. Dabei erreicht jedoch nur ein EVU in beiden Jahren ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 50 %.¹³⁶³

Während der Anteil von Frauen in den Unternehmensführungen gering ausfällt, zeigen sich bei der Betrachtung der Aufsichtsräte durchschnittlich höhere Prozentwerte. Auch hierbei ist im Vergleich der betrachteten Geschäftsjahre insgesamt ein leichter Anstieg von durchschnittlich 22,6 % auf 23,2 %¹³⁶⁴ zu konstatieren.¹³⁶⁵ Nur bei einem EVU sind in beiden Jahren keine **Frauen im Aufsichtsrat** vertreten. Im Vergleich der Geschäftsjahre wird in Abbildung 10 deutlich, dass die Anzahl der EVU mit einem Frauenanteil im Aufsichtsrat von über 25 % von 32 % (8 Unternehmen) auf 42 % (10 Unternehmen) ansteigt.

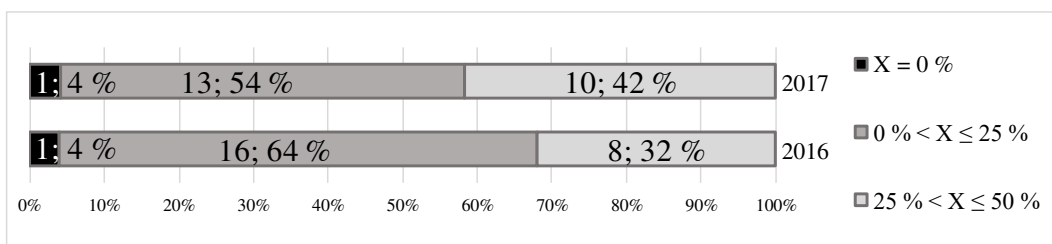


Abbildung 10: Anzahl und Anteil der EVU mit einem entsprechenden Frauenanteil im Aufsichtsrat in 2016 und 2017 (2017 ohne Stadtwerke Bochum)¹³⁶⁶

¹³⁶² Eigene Darstellung.

¹³⁶³ Vgl. Anhang H.

¹³⁶⁴ Da bei der Stadtwerke Bochum der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2017 aufgelöst worden ist, ist bei der Ermittlung der Durchschnittswerte dieses Unternehmen nicht berücksichtigt worden.

¹³⁶⁵ Vgl. Anhang H.

¹³⁶⁶ Eigene Darstellung.

Dementsprechend sinkt die Anzahl der Unternehmen mit einem Frauenanteil von maximal 25 %. Es zeigt sich somit im Vergleich der Geschäftsjahre, dass die Diversität in der Unternehmensführung und dem Aufsichtsrat in geringfügigem Ausmaß eine positive Entwicklung aufzeigt.

Neben der Diversität in wichtigen Unternehmensgremien ist außerdem die Untersuchung von Relevanz, ob CSR auf der obersten Unternehmensführungsebene verankert ist. Dazu sind die Geschäftsberichte daraufhin überprüft worden, ob den Vorständen oder Geschäftsführern **Verantwortungsbereiche** zugeordnet sind, die einen **CSR-Bezug** aufweisen.¹³⁶⁷

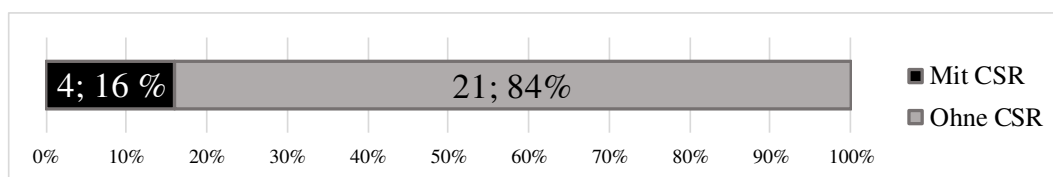


Abbildung 11: Anzahl und Anteil der EVU nach CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung in 2016 und 2017¹³⁶⁸

Diese Betrachtung kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich bei 16 % (4 Unternehmen) der EVU in beiden Geschäftsjahren Zuständigkeiten auf der Unternehmensführungsebene bestehen, die CSR-Belange zum Gegenstand haben. Wie aus Abbildung 11 hervorgeht, ist bei einem Großteil mit 84 % (21 Unternehmen) der Stichprobe keine CSR-Verantwortlichkeit in der Unternehmensführung verankert.

6.2.2.2 Merkmale der Unternehmensberichte

Die Darstellung der Unternehmensberichterstattung zu den Geschäftsjahren 2016 und 2017 erfolgt unter drei Gesichtspunkten. Zunächst wird auf die vorliegenden Geschäftsberichte eingegangen. Danach liegt der Fokus auf den weiteren Unternehmensberichten. Dieser Abschnitt schließt mit den Ausführungen zur CSR-Berichtspflicht.

Im Jahr 2016 liegen vier **Geschäftsberichte** mit einem Nachhaltigkeitskapitel vor. Den Geschäftsberichten des darauffolgenden Jahres sind nur noch drei Nachhaltigkeitskapitel zu entnehmen.¹³⁶⁹

¹³⁶⁷ Ein Verantwortungsbereich weist dann einen CSR-Bezug auf, wenn einem Mitglied der Unternehmensführung ein Aufgabengebiet oder Ressort zugeordnet ist, das mindestens einer der Säulen, im Sinne der Triple Bottom Line, entspricht.

¹³⁶⁸ Eigene Darstellung.

¹³⁶⁹ Vgl. Anhang I.

Neben der Darstellung der vorliegenden Geschäftsberichte werden **weitere Unternehmensberichte** in die Analyse miteinbezogen.¹³⁷⁰ Während 2016 und 2017 15 bzw. 16 der zu untersuchenden EVU keine weiteren Unternehmensberichte veröffentlichen, liegen bei den anderen Unternehmen zusätzliche Unternehmensberichte in beiden Jahren vor.¹³⁷¹

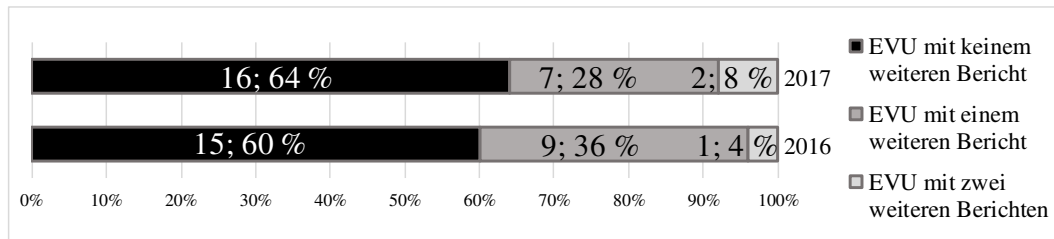


Abbildung 12: Anzahl und Anteil der EVU mit weiteren Unternehmensberichten in 2016 und 2017 (ohne NFB)¹³⁷²

Es veröffentlichen in 2016 40 %¹³⁷³ (10 Unternehmen) der EVU mindestens einen weiteren Unternehmensbericht. Wie sich in Abbildung 12 zeigt, verringert sich diese Unternehmensanzahl im Folgejahr auf 36 % (9 Unternehmen) der EVU. Die weiteren Unternehmensberichte werden hinsichtlich verschiedener Schwerpunktssetzungen der Berichterstattung unterschieden. In Abbildung 13 sind die Schwerpunkte dieser Unternehmensberichte dargestellt. So existieren zum einen Unternehmensberichte, die Angaben zu allen Bereichen der Triple Bottom Line enthalten und zum anderen solche, die lediglich eine der Nachhaltigkeitsdimensionen betrachten. Dabei handelt es sich um Unternehmensberichte mit einem Umweltbezug.

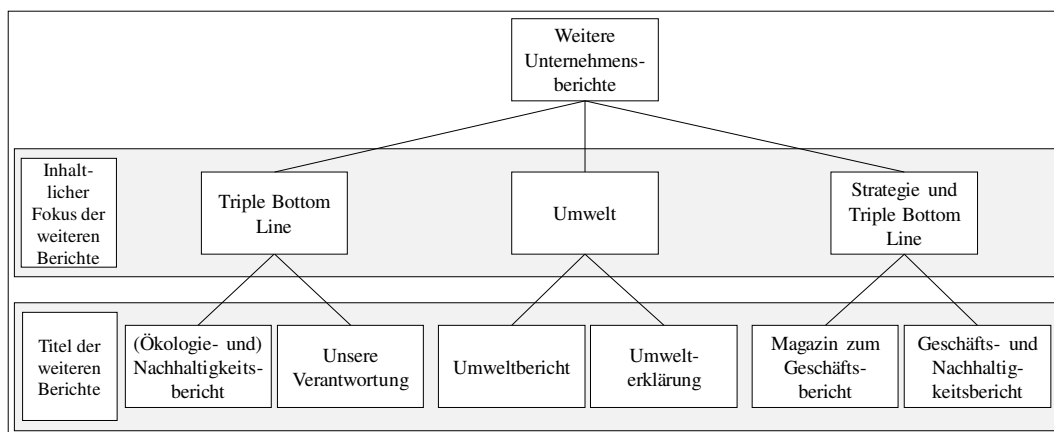


Abbildung 13: Überblick über die weiteren Unternehmensberichte in 2016 und 2017 (ohne NFB)¹³⁷⁴

¹³⁷⁰ Vgl. Abschnitt 6.2.1.2.

¹³⁷¹ Die Darstellung der weiteren Unternehmensberichte erfolgt ohne die Berücksichtigung des NFB.

¹³⁷² Eigene Darstellung.

¹³⁷³ Die Prozentwerte in diesem Abschnitt sind auf ganze Zahlen gerundet.

¹³⁷⁴ Eigene Darstellung.

Darüber hinaus sind weitere Unternehmensberichte identifiziert worden, die neben Angaben zur Nachhaltigkeitsleistung auch Informationen zur Wachstumsstrategie und Zukunftsfähigkeit des Unternehmens enthalten.¹³⁷⁵

Zudem wird untersucht, ob die EVU zur **freiwilligen CSR-Berichterstattung auf Rahmenwerke** zurückgreifen.¹³⁷⁶ Dabei sind nicht nur die weiteren Unternehmensberichte aus Abbildung 13, die einen CSR-Bezug aufweisen, berücksichtigt worden, sondern auch die Nachhaltigkeitskapitel aus den Geschäftsberichten.¹³⁷⁷

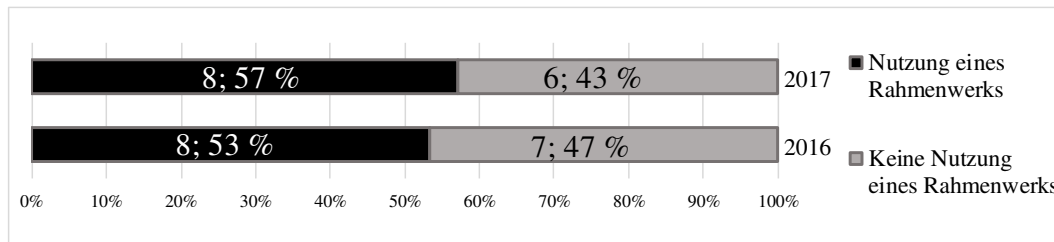


Abbildung 14: Anzahl und Anteil der freiwilligen CSR-Berichte mit Nutzung eines Rahmenwerks in 2016 und 2017¹³⁷⁸

Somit handelt es sich im Geschäftsjahr 2016 um insgesamt 15 weitere Unternehmensberichte und Nachhaltigkeitskapitel der Geschäftsberichte und im Jahr 2017 um 14.¹³⁷⁹ Der Abbildung 14 ist zu entnehmen, dass im Jahr 2016 53 % (8 Berichte) und im Jahr 2017 57 % (8 Berichte) der freiwilligen CSR-Berichte unter Berücksichtigung von Rahmenwerken erstellt worden sind.

Von den acht kapitalmarktorientierten EVU unterliegen im Geschäftsjahr 2017¹³⁸⁰ sieben der **CSR-Berichtspflicht**.¹³⁸¹ Die **gewählten Berichtsalternativen** werden im Folgenden dargestellt.¹³⁸² Ein EVU wählt die Möglichkeit, bei der die NFE in den Lagebericht integriert wird. Die übrigen sechs EVU veröffentlichen einen gesonderten NFB außerhalb des Lageberichts.¹³⁸³ Abbildung 15 verdeutlicht, dass der NFB am häufigsten in den Nachhaltigkeitsbericht integriert wird. Außerdem

¹³⁷⁵ Vgl. Anhang I.

¹³⁷⁶ Diese Betrachtung erfolgt ohne die NFE bzw. den NFB. Zur Überprüfung, ob ein freiwilliger CSR-Bericht mittels eines CSR-Rahmenwerks erstellt worden ist, ist dieser auf Verweise zu CSR-Rahmenwerken untersucht worden. Sofern dem freiwilligen CSR-Bericht kein eindeutiger Verweis, dass diesem ein CSR-Rahmenwerk zugrunde liegt, zu entnehmen ist, wird dieser der Kategorie „keine Nutzung eines Rahmenwerks“ zugeordnet.

¹³⁷⁷ Zur Darstellung der verwendeten Rahmenwerke sei auf Anhang J verwiesen.

¹³⁷⁸ Eigene Darstellung.

¹³⁷⁹ Vgl. Anhang J.

¹³⁸⁰ MVV Energie unterliegt aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres im betrachteten Zeitraum nicht der CSR-Berichtspflicht. Vgl. Anhang I.

¹³⁸¹ Vgl. Anhang I.

¹³⁸² Die wählbaren Berichtsalternativen sind in Abschnitt 3.2.2.2.6 dargestellt.

¹³⁸³ Vgl. Anhang I.

wird der NFB einmal in Form eines eigenständigen Berichts, einmal in einen Geschäftsbericht integriert sowie einmal in einem Geschäftsbericht als Abschnitt veröffentlicht.¹³⁸⁴

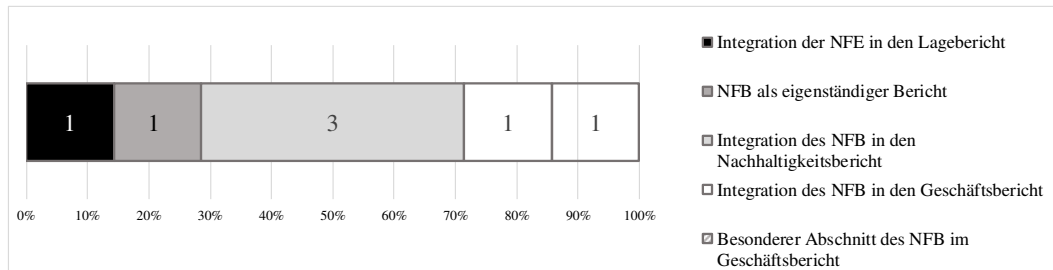


Abbildung 15: Anzahl der gewählten Berichtsalternativen zur Erfüllung der CSR-Berichtspflicht in 2017¹³⁸⁵

Zur Erstellung der NFE bzw. des NFB können die Unternehmen auf Rahmenwerke zurückgreifen. In Abbildung 16 ist ersichtlich, dass bis auf ein Unternehmen von allen berichtspflichtigen EVU **Rahmenwerke** herangezogen werden. Dabei werden größtenteils die GRI Standards berücksichtigt, wohingegen lediglich von einem EVU die GRI G4-Leitlinien angewendet werden.¹³⁸⁶ In einem Fall werden die neuen GRI Standards in Kombination mit den Anforderungen an den Fortschrittsbericht des UN Global Compact der NFE bzw. dem NFB zugrunde gelegt.¹³⁸⁷

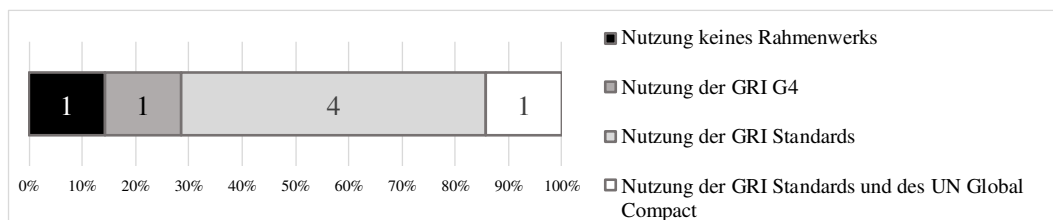


Abbildung 16: Anzahl der genutzten Rahmenwerke zur Erstellung der NFE bzw. des NFB in 2017¹³⁸⁸

6.3 Methodische Vorgehensweise

6.3.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse ist definiert als eine empirische Methode zur systematischen und objektiven Erforschung inhaltlicher Eigenschaften von Materialien, die mittels beliebiger Kommunikationsformen entstehen können.¹³⁸⁹ Im Rahmen der empirischen Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis in dieser Arbeit

¹³⁸⁴ Vgl. Anhang I.

¹³⁸⁵ Eigene Darstellung.

¹³⁸⁶ Vgl. Anhang K.

¹³⁸⁷ Vgl. Anhang K.

¹³⁸⁸ Eigene Darstellung.

¹³⁸⁹ Vgl. Früh (2017), S. 29; Krippendorff (2013), S. 10–11; Mayring (2015), S. 11–13.

wird die „in der Nachhaltigkeitsliteratur etablierte qualitative Inhaltsanalyse“¹³⁹⁰ verwendet.¹³⁹¹

Die Inhaltsanalyse ist anhand der Vorgehensweise hinsichtlich der quantitativen, integrativen und qualitativen Inhaltsanalyse zu unterscheiden.¹³⁹² Die **qualitative Inhaltsanalyse** ist insbesondere für die **Analyse größerer Textmengen** geeignet und im Rahmen dieses Vorgehens besteht die Möglichkeit zur Berücksichtigung von individuellen Texteigenschaften.¹³⁹³ Hinsichtlich der Untersuchung der gesamten Unternehmensberichterstattung auf CSR-Themen, die eine detaillierte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Unternehmensberichten erfordert, ist ein solches Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse erforderlich. Folglich wird die qualitative Inhaltsanalyse angewandt.

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse erfolgt die Auswertung des Materials, indem diesem „durch ein systematisches Verfahren gezielt Informationen entnommen werden.“¹³⁹⁴ Anschließend werden diese Informationen in das Kategoriensystem überführt, wobei zwei Verfahren unterschieden werden.¹³⁹⁵ Im Gegensatz zum induktiven Verfahren, bei dem die Kategorien aus dem Material abgeleitet werden, findet beim **deduktiven Verfahren** eine Zuordnung der entnommenen Informationen zu den Kategorien eines Kategoriensystems statt, das auf einem, unter der Berücksichtigung theoretischer Vorüberlegungen, erstellten Auswertungsschema basiert.¹³⁹⁶ Dieses Vorgehen erfordert einen „beträchtlichen Zeitaufwand“¹³⁹⁷ für die intensive Auseinandersetzung mit dem vorliegenden und zu analysierenden Material, um die Informationen identifizieren und der entsprechenden Kategorie zuordnen zu können.¹³⁹⁸ Der Prozess der Zuordnung von Informationen des zu analysierenden Materials zu den Kategorien wird als Codierung bezeichnet.¹³⁹⁹ Die erfassten und codierten Informationen werden Codes genannt.¹⁴⁰⁰ Das Kategoriensystem

¹³⁹⁰ Wulf/Inwinkl (2018), S. 479.

¹³⁹¹ Vgl. hierzu beispielsweise: Gamage/Sciulli (2017), S. 191; Knefel/Sassen (2015), S. 389–390; Nienaber et al. (2015), S. 61–62; Parker (2005), S. 853–854; Quick/Knocinski (2006), S. 619–622; Wulf/Inwinkl (2018), S. 479.

¹³⁹² Vgl. Früh (2017), S. 66–67; Mayring (2015), S. 17–19; Rössler (2017), S. 19–20.

¹³⁹³ Vgl. Früh (2017), S. 66.

¹³⁹⁴ Weinbauer-Heidel (2016), S. 105.

¹³⁹⁵ Vgl. Mayring (2015), S. 85; Rössler (2017), S. 21.

¹³⁹⁶ Vgl. Mayring (2015), S. 85–97.

¹³⁹⁷ Kuckartz (2007), S. 720.

¹³⁹⁸ Vgl. Kuckartz (2007), S. 720–721.

¹³⁹⁹ Vgl. Früh (2017), S. 189–191; Rössler (2017), S. 21; Weinbauer-Heidel (2016), S. 105.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Rössler (2017), S. 21; Weinbauer-Heidel (2016), S. 105.

stellt den Kern des inhaltsanalytischen Verfahrens dar, mittels dessen reproduzierbare und verlässliche Ergebnisse gewährleistet werden.¹⁴⁰¹

Im Rahmen dieser Arbeit wird die deduktive bzw. kategorienbasierte Vorgehensweise angewandt, wobei der in Kapitel 5 entwickelte Anforderungskatalog das Kategoriensystem darstellt. Dazu wird untersucht, ob Angaben in der Unternehmensberichterstattung den Kriterien des Anforderungskatalogs zugeordnet werden können.

Für die Gewährleistung einer effektiven Inhaltsanalyse formulieren Guthrie et al. (2004) bestimmte Voraussetzungen. Demnach sind eindeutige und klare Definitionen der Kategorien, Klarheit und Widerspruchsfreiheit bei der Zuordnung von Informationen des Materials zu Kategorien, die Quantifizierbarkeit der Informationen sowie ein zuverlässiges Codieren erforderlich.¹⁴⁰² Dabei eignet sich zur Unterstützung des Codierenden der Einsatz von Software.¹⁴⁰³ Das für die qualitative Inhaltsanalyse erforderliche systematische Vorgehen kann durch spezielle Software gewährleistet werden und die Validität der Analyse fördern.¹⁴⁰⁴ Im Gegensatz zur vollständig automatisierten Analyse bietet sich bei der deduktiven bzw. kategorienbasierten Vorgehensweise die Nutzung von Software an, die speziell für qualitative Inhaltsanalysen entwickelt worden ist.¹⁴⁰⁵ Der erläuterte Prozess der Codierung erfolgt somit mittels einer solchen Software.¹⁴⁰⁶ Das Kategoriensystem und das zu untersuchende Material wird in die Software importiert und das Codieren erfolgt mittels dieser.¹⁴⁰⁷ Bei der **qualitativen Datenanalysesoftware „MAXQDA“** werden alle Codierungen einer Untersuchung in einem MAXQDA-Projekt abgespeichert und sind somit nachvollziehbar.¹⁴⁰⁸ Außerdem besteht bei MAXQDA die Möglichkeit, den Kategorien Beschreibungen oder Definitionen hinzuzufügen, so dass wie nach Guthrie et al. (2004) gefordert, die Widerspruchsfreiheit bei der Codierung gefördert wird. Im Rahmen der empirischen Untersuchung dieser Arbeit ist MAXQDA eingesetzt worden.

¹⁴⁰¹ Vgl. Früh (2017), S. 114; Milne/Adler (1999), S. 238; Nienaber et al. (2015), S. 62; Traxler (2016), S. 139.

¹⁴⁰² Vgl. Guthrie et al. (2004), S. 287.

¹⁴⁰³ Vgl. Mayring (2015), S. 115–119.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Kuckartz (2007), S. 719; Mayring (2015), S. 115.

¹⁴⁰⁵ Vgl. Kuckartz (2007), S. 720–721; Mayring (2015), S. 116–122.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Kuckartz (2007), S. 721.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Kuckartz (2007), S. 721.

¹⁴⁰⁸ Vgl. Kuckartz (2007), S. 720–721.

6.3.2 Bewertungsschema

Der Umfang und das Ausmaß von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der Stichprobe wird anhand des entwickelten Anforderungskatalogs mit 195 Kriterien untersucht. Dadurch wird eine einheitliche und umfassende Betrachtung der Praxis der Unternehmensberichterstattung ermöglicht. Zur Verdichtung der Untersuchungsergebnisse zu einer zusammenfassenden Beurteilung wird ein Bewertungsschema herangezogen. Dadurch wird jeder Code auf Basis der Berichterstattungsausprägung bewertet, indem diesem eine Wertung in Form einer Punktzahl zugeordnet wird.¹⁴⁰⁹

Um dabei der im vorherigen Abschnitt geforderten Objektivität zu entsprechen, wird hierzu eine **verkürzte Punkteskala** verwendet. Somit werden subjektive Einflüsse verringert und eindeutige Abgrenzungen der Bewertungen ermöglicht.¹⁴¹⁰ Folglich wird eine dreistufige Punkteskala verwendet, die bereits im Rahmen von qualitativen Inhaltsanalysen zur Anwendung gekommen ist.¹⁴¹¹

In Tabelle 12 ist ersichtlich, dass eine Bewertung mit null Punkten vorgenommen wird, wenn in der Unternehmensberichterstattung keine Codierung zu einem Kriterium des Anforderungskatalogs vorgenommen werden kann. Es hat also keine Berichterstattung stattgefunden.¹⁴¹² Sofern Informationen der Unternehmensberichterstattung einem Kriterium des Anforderungskatalogs zuordenbar sind, wird der durch die Codierung entstandene Code entweder mit einem oder zwei Punkten bewertet. Dies hängt von der Art und Weise der Berichterstattung ab.

Ausprägung der Berichterstattung	Erläuterung	Bewertung
Keine Berichterstattung	Das Unternehmen berichtet nicht zu einem Kriterium.	0 Punkte
Qualitative Berichterstattung	Das Unternehmen berichtet nur qualitativ zu einem Kriterium.	1 Punkt
Quantitative Berichterstattung	Das Unternehmen berichtet mindestens quantitativ zu einem Kriterium.	2 Punkte

Tabelle 12: Bewertungsschema zur qualitativen Inhaltsanalyse¹⁴¹³

¹⁴⁰⁹ Vgl. Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹⁰ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 397; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹¹ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 397–398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹² Vgl. Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹³ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Knefel/Sassen (2015), S. 397–398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

Sofern das Unternehmen nur qualitative Informationen ohne quantitative Zusatzangaben veröffentlicht, handelt es sich um eine **qualitative Berichterstattung**, die mit einem Punkt bewertet wird.¹⁴¹⁴ Die **Berichterstattung** zu einem Kriterium des Anforderungskatalogs wird hingegen **als quantitativ** angesehen, wenn quantitative Informationen bereitgestellt werden.¹⁴¹⁵ Hierbei ist von Bedeutung, dass die Berichterstattung als quantitativ angesehen wird, unabhängig davon, ob außerdem qualitative Angaben enthalten sind. Eine quantitative Berichterstattung erfordert das Vorhandensein einer numerischen Angabe.¹⁴¹⁶ Der quantitativen Berichterstattung wird mit zwei Punkten eine doppelt so große Bedeutung beigemessen wie der Qualitativen. Dies ist darin begründet, dass eine rein qualitative Darstellung von Sachverhalten im Rahmen der Unternehmensberichterstattung in der Literatur bemängelt wird und quantitative Angaben Glaubwürdigkeit stiftend sind sowie Informationsasymmetrien zwischen Berichtersteller und Berichtsadressaten abbauen.¹⁴¹⁷

Auf der Grundlage des 195 Kriterien umfassenden Anforderungskatalogs und des erläuterten Bewertungsschemas ist zu konstatieren, dass bei der Inhaltsanalyse der **maximale Erreichungsgrad**, also 100 %, mit einer Punktzahl in Höhe von **390 Punkten** erzielt wird.¹⁴¹⁸ Die maximal erreichbare Punktzahl pro Dimension ist in Abbildung 17 dargestellt.

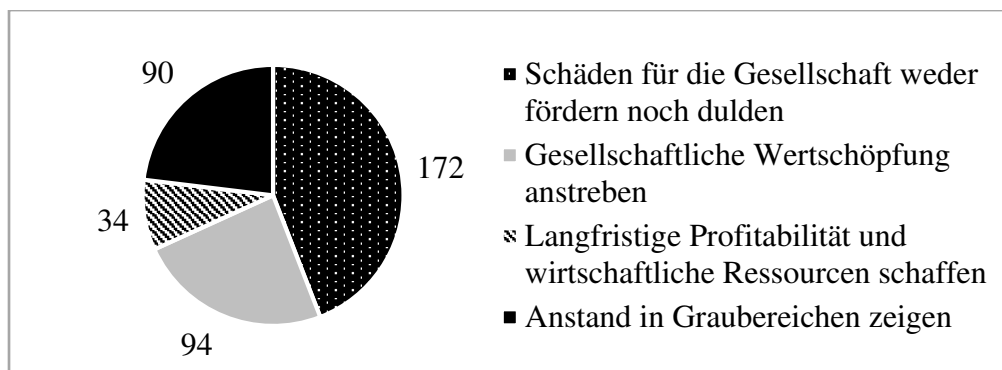


Abbildung 17: Maximale Bewertungsmöglichkeiten nach Dimensionen in Punkten¹⁴¹⁹

¹⁴¹⁴ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹⁵ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴¹⁶ Vgl. Daub (2010), S. 33; Hummel/Schlick (2013), S. 46.

¹⁴¹⁷ Vgl. Daub (2010), S. 33; Gebauer (2011), S. 421; Papenfuß et al. (2015a), S. 180; Sawczyn/Prengel (2016), S. 537.

¹⁴¹⁸ Im Weiteren wird der Erreichungsgrad, entweder absolut als Punktzahl oder relativ als Verhältnis der erreichten Punktzahl zur maximal erreichbaren Punktzahl in Prozent, ausgewiesen.

¹⁴¹⁹ Eigene Darstellung.

Folglich ist zur ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ eine maximale Bewertung in Höhe von 172 Punkten erreichbar. Bei der zweiten Dimension „Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“ liegt das Maximum bei 94, bei der dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ bei 34 und der vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ bei 90 Punkten.

Anhand der Resultate der Unternehmensberichterstattungsanalyse können Aussagen über die Gesamtpunktzahl und Punktzahl pro Dimension getroffen werden. Des Weiteren sind daraus Erreichungsgrade in Prozent ableitbar. Diese dienen als Grundlage zur **Klassifizierung der Analyseergebnisse**. Die Klassifizierungen sind in Tabelle 13 dargestellt und bilden das Niveau von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung ab.¹⁴²⁰

Die Klassifizierung in vier Gruppen bedingt, dass Erreichungsgrade, die einen maximalen Grad von 25 % aufweisen, dem niedrigsten Niveau zugeordnet werden. Hierbei handelt es sich um eine „**rudimentäre**“ **Unternehmensberichterstattung** hinsichtlich CSR-Themen.¹⁴²¹ Eine als „**zurückhaltend**“ einzustufende Unternehmensberichterstattung erzielt Erreichungsgrade zwischen 25 % und maximal 50 %.¹⁴²²

Berichterstattungs niveau	Erreichungsgrad (X)
Rudimentär	$0 \leq X \leq 25 \%$
Zurückhaltend	$25 < X \leq 50 \%$
Befriedigend	$50 < X \leq 75 \%$
Ausführlich	$X > 75 \%$

Tabelle 13: Berichterstattungs niveaus und zugehörige Erreichungsgrade¹⁴²³

Sofern die Unternehmensberichterstattung mit mindestens 51 % und höchstens 75 % der maximal erreichbaren Punkte bewertet wird, ist diese als „**befriedigend**“ einzuschätzen und dem zweitbesten Niveau zuzuordnen.¹⁴²⁴ Das höchste Berichterstattungs niveau umfasst Erreichungsgrade von über 75 %, sodass eine als „**ausführlich**“ zu bezeichnende Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung vorliegt.¹⁴²⁵

¹⁴²⁰ Vgl. Hardeck (2012), S. 113; Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481–482.

¹⁴²¹ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴²² Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 481.

¹⁴²³ Eigene Darstellung in Anlehnung an: Knefel/Sassen (2015), S. 398.

¹⁴²⁴ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 482.

¹⁴²⁵ Vgl. Knefel/Sassen (2015), S. 398; Wulf/Inwinkl (2018), S. 482.

Abschließend ist anzumerken, dass der Anforderungskatalog mit 195 Kriterien umfangreich ist und somit nicht erwartet wird, dass von einem Unternehmen zu allen Kriterien Angaben in der Unternehmensberichterstattung bereitgestellt werden. Da im Rahmen dieser Arbeit jedoch die Zielsetzung verfolgt wird, den Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von KEVU in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 zu erheben, erscheint die Untersuchung der Praxis der Unternehmensberichterstattung anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs sinnvoll. Denn durch einen weit gefassten Anforderungskatalog können vielfältige Angaben zu CSR-Themen erfasst werden.

6.3.3 Kategorisierung und separate Auswertung der Berichtselemente

Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse wird eine differenzierte Auswertung der verschiedenen Elemente der Unternehmensberichterstattung vorgenommen. Die separat untersuchten **Berichtselemente** der Analyse stellen der **Lagebericht**, im Fall eines Geschäftsberichts mit Nachhaltigkeitskapitel das **Nachhaltigkeitskapitel**, die in Abschnitt 6.2.2.2 vorgestellten **weiteren Unternehmensberichte**, die **NFE bzw. der NFB**, und der **Rest-Geschäftsbericht** dar, die im Folgenden definiert werden.¹⁴²⁶

Dem **Lagebericht** sind dabei alle Inhalte zugeordnet worden, die in einem Kapitel eines Unternehmensberichts, wie dem Geschäftsbericht, mit einem entsprechenden Titel enthalten sind. Darüber hinaus ist diesem Berichtselement die Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung, sofern diese außerhalb des Lageberichts veröffentlicht worden ist, hinzugerechnet worden.¹⁴²⁷

Im Fall eines Geschäftsberichts mit **Nachhaltigkeitskapitel** im fakultativen Teil werden in der Auswertung die Inhalte dieses Kapitels separat von den übrigen Bestandteilen des Geschäftsberichts ausgewertet.¹⁴²⁸ Die freiwillig veröffentlichten

¹⁴²⁶ Der Jahresabschluss erfährt innerhalb der Auswertung keine Berücksichtigung.

¹⁴²⁷ Sofern die Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung ausschließlich mit dem Corporate Governance-Bericht zusammenhängend, also beispielsweise ineinander integriert, veröffentlicht wird, wird diese Veröffentlichung vollständig dem Lagebericht zugeordnet. Dies ist darin begründet, dass aufgrund der integrierten Darstellungsweise keine Abtrennung möglich ist. Wenn in der Erklärung bzw. Konzernerklärung zur Unternehmensführung der Corporate Governance-Bericht als Teil dieser bezeichnet wird, dann wird dieser berücksichtigt.

¹⁴²⁸ Zur Definition des Geschäftsberichts sei auf Abschnitt 3.2.2.5 verwiesen.

weiteren Unternehmensberichte erfahren zudem auch eine separate Betrachtung.¹⁴²⁹

Die Inhalte der **NFE bzw. des NFB** sind ebenso einer separaten Untersuchung unterzogen worden.¹⁴³⁰ Aufgrund der Verweismöglichkeiten innerhalb der NFE bzw. des NFB haben dabei entsprechende Verweise ebenso eine Berücksichtigung erhalten.¹⁴³¹

Dem **Rest-Geschäftsbericht** sind die Inhalte des Geschäftsberichts exklusive der Geschäftsberichtsinhalte, die dem prüfungspflichtigen Bestandteil des (quasi-) obligatorischen Teils und des Nachhaltigkeitskapitels des fakultativen Teils zugeordnet worden sind, zugehörig.

Aufgrund der dargelegten separaten Analyse der Berichtselemente ist die in den vorangegangenen Abschnitten erläuterte Vorgehensweise in den betrachteten Geschäftsjahren 2016 und 2017 auf insgesamt 136 Berichtselemente anzuwenden. Wie aus Abbildung 18 zu entnehmen ist, liegen in beiden Berichtsjahren jeweils 25 Lageberichte und Rest-Geschäftsberichte vor.

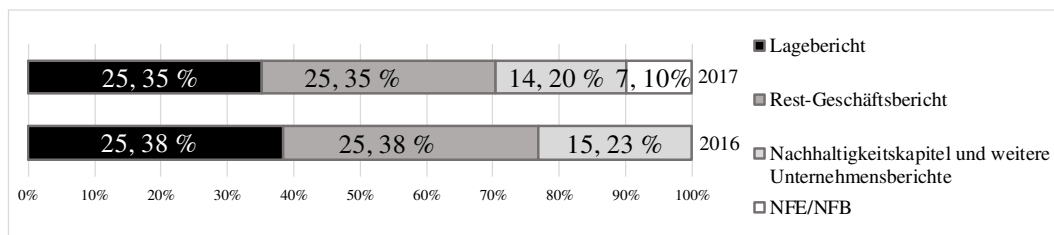


Abbildung 18: Anzahl und Anteil der analysierten Berichtselemente in 2016 und 2017¹⁴³²

Die Anzahl der Nachhaltigkeitskapitel der Geschäftsberichte sowie die weiteren Unternehmensberichte, also der freiwilligen CSR-Berichterstattung, sinkt von 2016 zu 2017 nur geringfügig. Der Anstieg der insgesamt auswertbaren Berichtselemente von 65 im Geschäftsjahr 2016 auf 71 im Folgejahr ist insbesondere in der zusätzlichen Berücksichtigung der NFE bzw. NFB begründet.

¹⁴²⁹ Diese sind in Abschnitt 6.2.2.2 dargestellt.

¹⁴³⁰ Sofern die NFE in den Lagebericht oder der NFB in einen anderen Unternehmensbericht, wie beispielsweise dem Nachhaltigkeitsbericht oder dem fakultativen Teil des Geschäftsberichts, integriert ist, sind diese Berichtselemente einschließlich der NFE bzw. des NFB ausgewertet worden. Dies ist darin begründet, dass aufgrund der integrierten Darstellungsweise keine Abtrennung der NFE bzw. des NFB von dem Unternehmensbericht, in den diese integriert ist, möglich ist.

¹⁴³¹ Vgl. Abschnitt 3.2.2.2.6.

¹⁴³² Eigene Darstellung.

6.4 Ergebnisse der empirischen Analyse¹⁴³³

6.4.1 Ergebnisse zum Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

6.4.1.1 Ergebnisse auf der Unternehmensebene

Mittels der durchgeführten qualitativen Inhaltsanalyse sind Aussagen zur Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der Stichprobe hinsichtlich des 195 Kriterien umfassenden Anforderungskatalogs ableitbar.¹⁴³⁴ Die Ergebnisse auf der Ebene der Unternehmen sind in Abbildung 19 dargestellt.

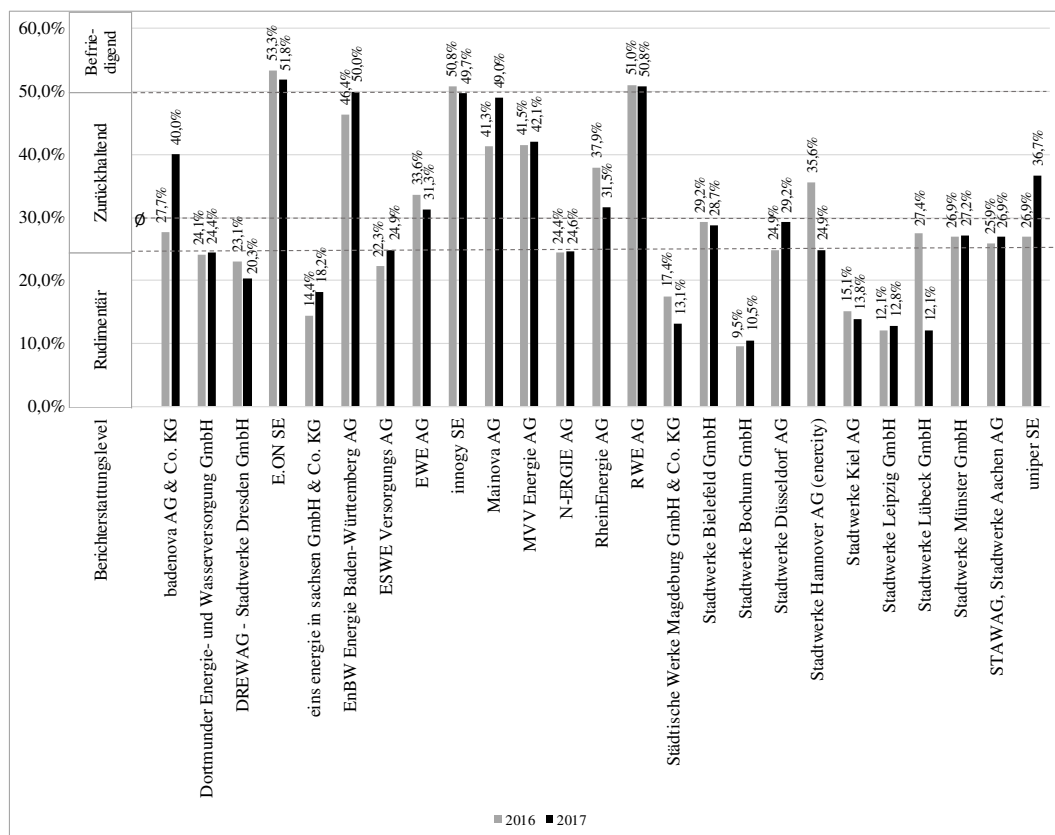


Abbildung 19: Erreichungsgrade der EVU in 2016 und 2017 (n = 25)¹⁴³⁵

Zunächst ist festzuhalten, dass in beiden betrachteten Geschäftsjahren ein nahezu gleichwertiger Erreichungsgrad aller Unternehmen vorliegt.¹⁴³⁶ Dieser Wert, der zugleich den **durchschnittlichen Erreichungsgrad** darstellt, steigt marginal von

¹⁴³³ Die Prozentwerte in diesem Abschnitt sind auf eine Nachkommastelle gerundet.

¹⁴³⁴ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf den Anhängen I und L.

¹⁴³⁵ Eigene Darstellung.

¹⁴³⁶ Aufgrund der Nähe der Durchschnittswerte für 2016 und 2017 ist in Abbildung 19 lediglich eine Durchschnittslinie eingezeichnet.

29,7 % im Jahr 2016 auf 29,8 % im darauffolgenden Geschäftsjahr. Im Geschäftsjahr 2016 sind die erzielten Erreichungsgrade von 16 Unternehmen unterhalb des durchschnittlichen Erreichungsgrades einzuordnen. Folglich liegen die Erreichungsgrade von 9 Unternehmen darüber. Im Folgejahr ist eine ähnliche Verteilung zu verzeichnen. Im Jahr 2017 erlangen 10 Unternehmen einen überdurchschnittlichen Erreichungsgrad und die übrigen 15 ein unterdurchschnittliches Ergebnis.

Des Weiteren ist anhand der dargestellten Ergebnisse in Abbildung 19 zu konstatieren, dass kein EVU einen Erreichungsgrad von über 75,0 % und damit ein Berichterstattungsniveau erreicht, das entsprechend den definierten Berichterstattungsniveaus als ausführlich einzustufen ist.¹⁴³⁷ Dem zweitbesten also befriedigenden Berichterstattungsniveau sind im Jahr 2016 lediglich drei EVU und im Jahr 2017 sogar nur zwei EVU zuzuordnen. Allerdings umfasst die Gruppe der Unternehmen, die das drittbeste und damit das zurückhaltende Berichterstattungsniveau aufweisen, drei EVU, deren Erreichungsgrade nur einen geringen Abstand zur Grenze des befriedigenden Berichterstattungsniveaus von 50,0 % aufweisen. Dazu zählen insbesondere im Jahr 2017 EnBW, innogy und Mainova. Insgesamt sind dem zurückhaltenden Berichterstattungsniveau in beiden Geschäftsjahren zwölf EVU zuzuordnen. Erreichungsgrade, die dem niedrigsten Berichterstattungsniveau entsprechen, werden im Jahr 2016 von zehn EVU und im Jahr 2017 von elf EVU erzielt.

Bei der Betrachtung zweier Geschäftsjahre ist außerdem die Identifizierung möglicher Veränderungen hinsichtlich der Erreichungsgrade von Belang. Wie in Abbildung 19 ersichtlich ist, weisen die meisten Unternehmen in beiden Geschäftsjahren ein recht konstantes Ergebnis im Hinblick auf den Erreichungsgrad auf. Bei dem **Vergleich der Erreichungsgrade** von 2016 zu 2017 in Abbildung 20 sind die negativen Entwicklungen bei den zur Aufstellung der NFE bzw. des NFB verpflichteten Unternehmen E.ON, EWE, innogy und RWE bemerkenswert, auch wenn diese sehr gering ausfallen. Erwartete positive Veränderungen durch die CSR-Berichtspflicht sind hingegen bei EnBW, Mainova und uniper zu verzeichnen. Während der Zuwachs bei EnBW lediglich 3,6 Prozentpunkte beträgt, weisen Mainova

¹⁴³⁷ Vgl. Abschnitt 6.3.2.

mit einer Steigerung um 7,7 Prozentpunkte und uniper um 9,8 Prozentpunkte deutlich positive Entwicklungen hinsichtlich der Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf.

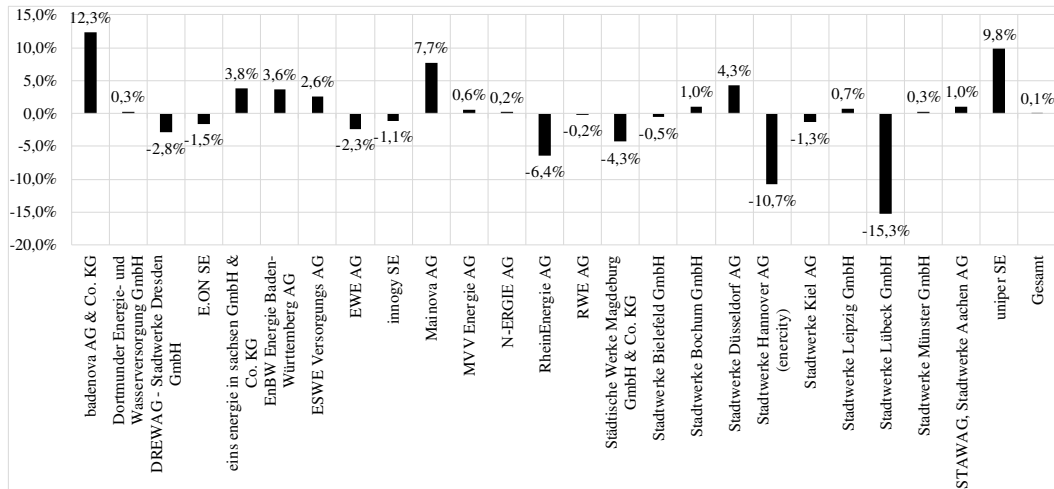


Abbildung 20: Differenz der Erreichungsgrade von 2016 zu 2017 in Prozentpunkten (n = 25)¹⁴³⁸

Aus Abbildung 20 geht hervor, dass die drei KEVU badenova, Stadtwerke Hannover und Stadtwerke Lübeck im Jahr 2017 Erreichungsgrade erzielen, die mindestens um 10,0 Prozentpunkte von denen des Vorjahres abweichen. Die Abweichungen sind hinsichtlich positiver und negativer Veränderungen zu unterscheiden. So weisen die Stadtwerke Hannover und Stadtwerke Lübeck negative Veränderungen auf, während bei badenova die Abweichung von 2016 zu 2017 aus einem höheren Erreichungsgrad im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr resultiert. Bei allen anderen EVU existieren nur Veränderungen im maximal einstelligen Prozentbereich.

Als Erklärungsansatz für die Entwicklung bei den drei genannten KEVU können die Änderungen in der Unternehmensberichterstattung herangezogen werden. So stellt die Stadtwerke Hannover die Veröffentlichung des weiteren Unternehmensberichts zum Jahr 2017 ein und die Stadtwerke Lübeck nimmt keine Veröffentlichung eines Geschäftsberichts mit Nachhaltigkeitskapitel mehr vor. Die gegenläufige Entwicklung bei badenova ist auf die erstmalige Veröffentlichung der Umwelterklärung ab dem Geschäftsjahr 2017 zusätzlich zum Geschäftsbericht mit Nachhaltigkeitskapitel sowie dem weiteren Unternehmensbericht „Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht“ zurückzuführen.¹⁴³⁹

¹⁴³⁸ Eigene Darstellung.

¹⁴³⁹ Vgl. Anhang I.

6.4.1.2 Ergebnisse zu den Berichtselementen

In diesem Abschnitt liegt der Betrachtungsfokus der Berichterstattungsergebnisse auf der Verortung der CSR-Themen in den vorhandenen Berichtselementen.¹⁴⁴⁰ Dazu sind in Abbildung 21 die **Erreichungsgrade aller EVU** pro Dimension und jeweils insgesamt in den zuvor erörterten Berichtselementen dargestellt.¹⁴⁴¹ Anschließend erfolgt die Darstellung der Ergebnisse nur für die KEVU.

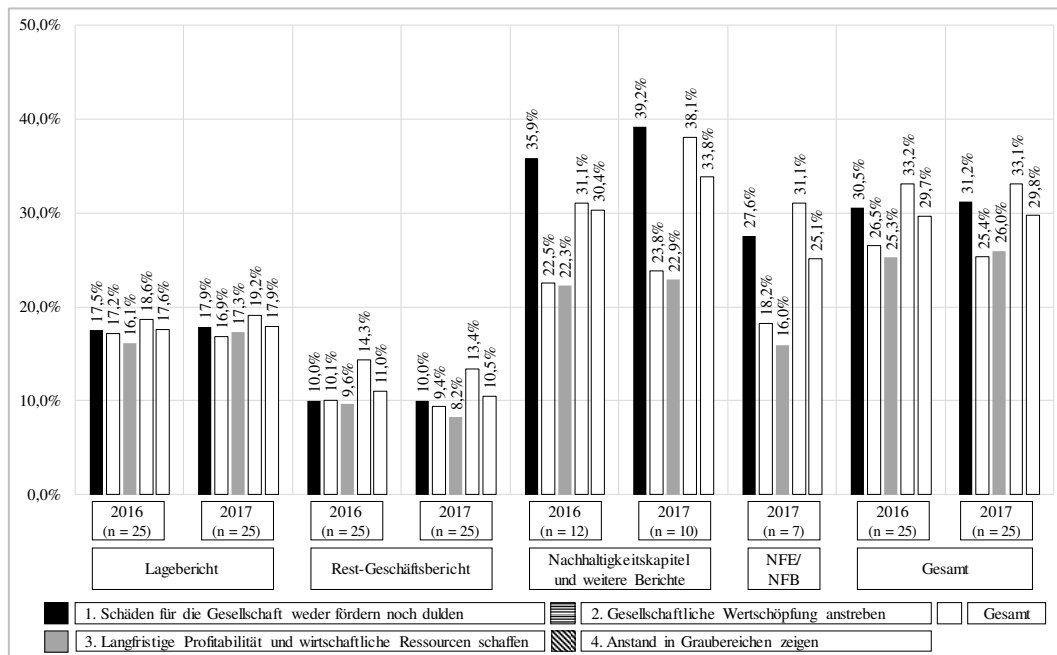


Abbildung 21: Erreichungsgrade pro Dimension nach Berichtselementen der EVU in 2016 und 2017¹⁴⁴²

Es ist festzuhalten, dass im Jahr 2016 im **Lagebericht** durchschnittlich 17,6 % (2017: 17,9 %) der maximal möglichen Punkte erreicht werden und auch hinsichtlich der Berichterstattung zu den vier Dimensionen nicht stark voneinander abweichende Erreichungsgrade zwischen 16,1 % und 18,6 % (2017: 16,9 % und 19,2 %)

¹⁴⁴⁰ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf den Anhängen M und N.

¹⁴⁴¹ Sofern ein EVU mehrere freiwillige CSR-Berichte, also beispielsweise ein Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht und weitere Unternehmensberichte, veröffentlicht, erfolgt eine aggregierte Betrachtung dieser. Wenn ein EVU also ein Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht und einen weiteren Unternehmensbericht veröffentlicht, werden diese als ein „Nachhaltigkeitskapitel und weitere Berichte“ gezählt. Ebenso verhält es sich, wenn kein Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht, aber dafür mehrere weitere Unternehmensberichte vorliegen. Auch diese werden aggregiert betrachtet. Aus diesem Grund stellt das „n“ zu diesem Berichtselement in den beiden nachstehenden Abbildungen die Anzahl der EVU dar, die einen oder mehrere freiwillige CSR-Berichte veröffentlicht haben.

¹⁴⁴² Eigene Darstellung.

in diesem Berichtselement vorliegen. Damit ist die Berichterstattung zu allen vier Dimensionen dem niedrigsten Berichterstattungslevel zuzuordnen.

Selbiges ist für die Berichterstattung im **Rest-Geschäftsbericht** zu konstatieren. Allerdings weist die Berichterstattung, insgesamt und zu den einzelnen Dimensionen, noch niedrigere Erreichungsgrade auf. So werden 2016 im Rest-Geschäftsbericht insgesamt 11,0 % und 2017 10,5 % erreicht. Im Gegensatz zu den recht homogenen Erreichungsgraden zu den Dimensionen im Lagebericht, geht aus Abbildung 21 hervor, dass im Rest-Geschäftsbericht die Prozentwerte zur vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ in beiden Jahren deutlicher über denen der übrigen drei Dimensionen liegen. Während die ersten drei Dimensionen 2016 ähnliche Erreichungsgrade zwischen 9,6 % und 10,1 % (2017: 8,2 % und 10,0 %) aufweisen, fällt die Berichterstattung zur vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ mit 14,3 % (2017: 13,4 %) umfassender aus.

Sowohl eine größere Spannweite der Erreichungsgrade als auch höhere Prozentwerte erzielen die EVU in den Nachhaltigkeitskapiteln des Geschäftsberichts und in den weiteren Unternehmensberichten, also der **freiwilligen CSR-Berichterstattung**. Insgesamt werden 2016 30,4 %, der maximal erreichbaren Punkte erreicht und im Folgejahr 33,8 %. Somit liegt eine Steigerung beim Vergleich der Geschäftsjahre vor. Des Weiteren ist die Berichterstattung, aufgrund der Spannweite der Erreichungsgrade zu den Dimensionen, in zwei Berichterstattungslevels einzuteilen. Während die Erreichungsgrade zur zweiten Dimension „Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“ und dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ lediglich als rudimentär zu bezeichnen ist, können diese zur ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ als zurückhaltend eingestuft werden.

Für die **NFE bzw. den NFB** liegen lediglich für das Geschäftsjahr 2017 Werte vor, die offenbaren, dass innerhalb dieses Berichtselements insgesamt ein zurückhaltendes Berichterstattungslevel mit 25,1 % vorliegt. Auch hierbei sind die Erreichungsgrade zu den Dimensionen hinsichtlich der Berichterstattungslevels zu unterscheiden. Analog zu dem voran erläuterten Berichtselement ist die Berichterstat-

tung zur ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ als zurückhaltend und zu den übrigen Dimensionen als rudimentär einzuschätzen.

In der **Gesamtbetrachtung** der Unternehmensberichterstattung pro Dimension werden in beiden Jahren Erreichungsgrade erzielt, die allesamt ein zurückhaltendes Berichterstattungs-niveau aufweisen. Auch hinsichtlich der Spannweite der Erreichungsgrade zeigen sich in der Gesamtschau keine derart großen Unterschiede zwischen den Dimensionen, wie zum Teil in den vorstehend erläuterten Berichtselementen. Die Werte schwanken 2016 zwischen 25,3 % und 33,2 % und im Folgejahr zwischen 25,4 % und 33,1 %.

Insgesamt ist somit festzuhalten, dass in den Lageberichten und Rest-Geschäftsberichten lediglich rudimentäre Berichterstattungs-niveaus aller EVU erreicht werden, während in den übrigen Berichtselementen auch zurückhaltende Berichterstattungs-niveaus von mehr als 25,0 % erzielt werden. Außerdem ist zu konstatieren, dass trotz der CSR-Berichtspflicht ab dem Geschäftsjahr 2017 der Erreichungsgrad von 2016 zu 2017 lediglich um 0,1 Prozentpunkte gestiegen ist.

Neben der Verortung der CSR-Angaben in den Berichtselementen aller EVU wird diese Betrachtung im Folgenden lediglich für die kEVU vorgenommen. Die Ergebnisse sind dazu in Abbildung 22 überblicksartig dargestellt.

Die durchschnittlichen **Erreichungsgrade der kEVU im Lagebericht** weichen beim Vergleich der Geschäftsjahre nur geringfügig voneinander ab und bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in der Gesamtbetrachtung aller EVU. Es liegen also in beiden Jahren rudimentäre Niveaus der Bereitstellung von CSR-Themen vor. Auch die Spannweiten der erzielten Ergebnisse in den Dimensionen sind, analog zur vorherigen Gesamtbetrachtung aller EVU, nur als gering einzuschätzen. So schwanken die Werte im Lagebericht 2016 zwischen 15,4 % und 17,5 % (2017: 16,2 % und 17,9 %).

Ebenso wie die Erreichungsgrade im Rahmen des Lageberichts in beiden Geschäftsjahren sind diese auch im **Rest-Geschäftsbericht** als rudimentär zu klassifizieren. Allerdings weisen die Werte noch geringere Erreichungsgrade auf als zur Lageberichterstattung. Der gesamte Erreichungsgrad im Rest-Geschäftsbericht beträgt 2016 11,7 % und im Folgejahr 10,9 %. Ebenso wie bei der Betrachtung der

vollständigen Stichprobe ist auch bei den KEVU zu erkennen, dass die Bereitstellung von CSR-Themen im Rest-Geschäftsbericht zur vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ höhere Erreichungsgrade aufweist als die zu den übrigen drei Dimensionen. Die Erreichungsgrade dieser Dimension betragen 2016 14,1 % und 12,9 % in 2017.

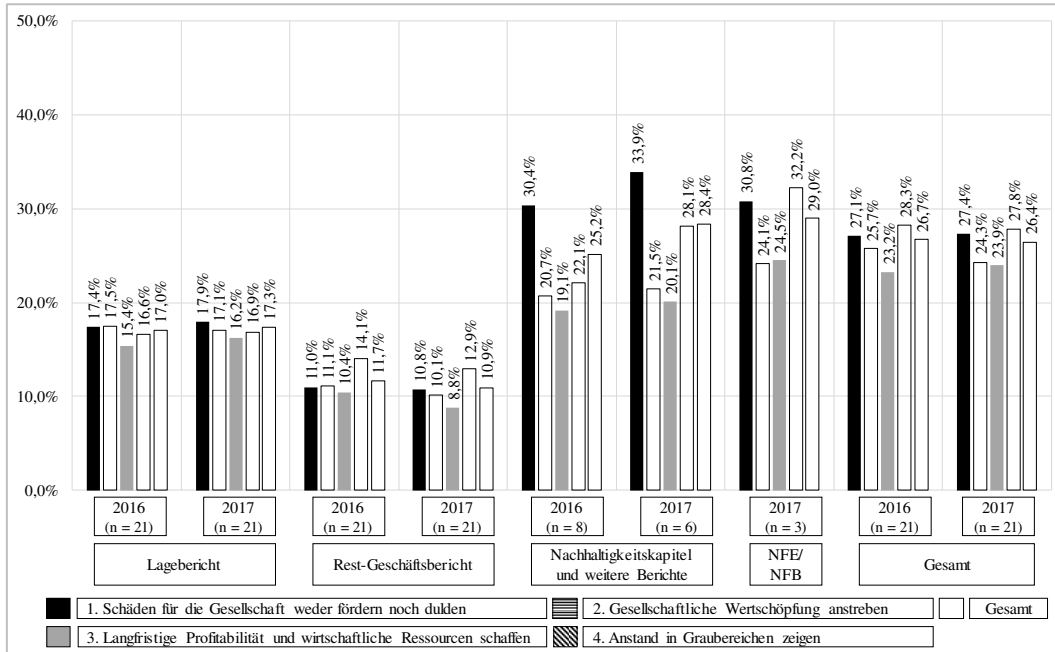


Abbildung 22: Erreichungsgrade pro Dimension nach Berichtselementen der KEVU in 2016 und 2017¹⁴⁴³

Während die Erreichungsgrade zu den Dimensionen im Lage- und Rest-Geschäftsbericht relativ homogen sind, zeigt sich ein anderes Bild im Rahmen der **freiwilligen CSR-Berichterstattung**, also in den Nachhaltigkeitskapiteln des Geschäftsberichts und den weiteren Unternehmensberichten. Hier weisen auch die KEVU stark heterogene Ergebnisse und höhere Erreichungsgrade auf. Der Erreichungsgrad in der Gesamtbetrachtung dieses Berichtselements beträgt 2016 25,2 % und steigert sich in 2017 auf 28,4 %, sodass hier in beiden Jahren ein zurückhaltendes Berichterstattungsniveau vorliegt. Im Vergleich der Erreichungsgrade zwischen den Dimensionen wird deutlich, dass 2016 lediglich bei der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ ein zurückhaltendes Berichterstattungsniveau festzustellen ist. Im darauffolgenden Jahr ist diesem Berichterstattungsniveau zusätzlich die vierte Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ zuzuordnen. Zu den übrigen Dimensionen liegen rudimentäre Niveaus vor.

¹⁴⁴³ Eigene Darstellung.

Der Erreichungsgrad der kEVU mit 29,0 % in der **NFE bzw. dem NFB** liegt über dem aller EVU, sodass hier ein zurückhaltendes Berichtsniveau besteht. Auf der Dimensionenebene wird ein zurückhaltendes Niveau lediglich in der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und der vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ erzielt, während die Erreichungsgrade in den anderen beiden Dimensionen als rudimentär zu bezeichnen sind.

Auch hinsichtlich der **Gesamtbetrachtung** der Unternehmensberichterstattung sind bei den kEVU ähnliche Aussagen wie bei der gesamten Stichprobe zu treffen. Dementsprechend schwanken auch bei den kEVU die Erreichungsgrade in den Dimensionen nur geringfügig zwischen 23,2 % und 28,3 % in 2016 sowie zwischen 23,9 % und 27,8 % in 2017.

Auch weisen die Erreichungsgrade in der **gesamten Unternehmensberichterstattung** bei den **kEVU** zu den Dimensionen und auch in der Gesamtschau nur geringfügige Abweichungen im Vergleich der Geschäftsjahre auf. Im Jahr 2016 werden die Erreichungsgrade in der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“, der zweiten Dimension „Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“ und der vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ als zurückhaltend klassifiziert. Lediglich der Gesamtwert zur dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ ist als rudimentär zu kategorisieren. Im Folgejahr wird ein als zurückhaltend einschätzbares Berichterstattungsniveau nur noch in der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ erreicht. Diese leicht rückläufige Entwicklung offenbart sich auch im Vergleich der Gesamtergebnisse in 2016 und 2017. So sinkt der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU im Gegensatz zu dem Grad der gesamten Stichprobe. Dieser Wert sinkt von 26,7 % in 2016 um 0,3 Prozentpunkte auf 26,4 % in 2017.

Durch die separate Auswertung der Berichtselemente der Unternehmensberichterstattung ist deutlich geworden, in welchen Berichtselementen die EVU der gesamten Stichprobe als auch die kEVU die Angaben zu CSR-Themen verorten. So sind die Informationen insbesondere in der freiwilligen CSR-Berichterstattung, also den Nachhaltigkeitskapiteln der Geschäftsberichte sowie den weiteren Unternehmensberichten, zu entnehmen. Durch die **CSR-Berichtspflicht ab dem Geschäftsjahr**

2017 sind auch in diesem Berichtselement Erreichungsgrade erzielt worden, die denen der Nachhaltigkeitskapitel und weiteren Unternehmensberichte ähnlich sind. Im Vergleich zu den beiden genannten Berichtselementen weist der Lagebericht geringere Erreichungsgrade auf. Eine untergeordnete Rolle kommt dem Rest-Geschäftsbericht zu, in dem zu manchen Dimensionen sogar lediglich einstellige Erreichungsgrade erzielt werden.

6.4.1.3 Ergebnisse zur qualitativen und quantitativen Berichterstattung

Die Bewertung der Unternehmensberichterstattung zu den Kriterien des Anforderungskatalogs basiert auf dem in Abschnitt 6.3.2 erörterten Bewertungsschema. Die Betrachtung der Unternehmensberichterstattung von den KEVU hinsichtlich der Verwendung qualitativer und quantitativer Angaben in Abbildung 23 verdeutlicht keine wesentlichen Veränderungen beim **Vergleich der Geschäftsjahre** in der Gesamtbetrachtung und auf der Ebene der Dimensionen.¹⁴⁴⁴

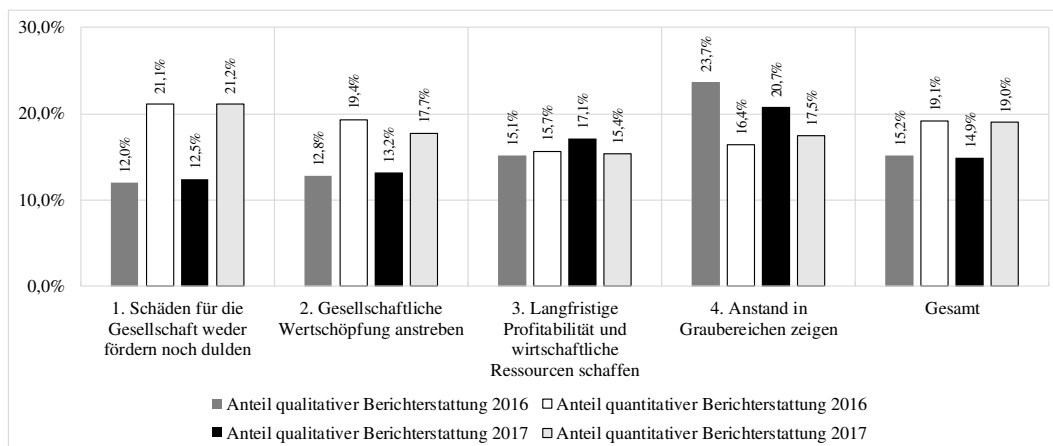


Abbildung 23: Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017 der KEVU (n = 21)¹⁴⁴⁵

Lediglich zur Subdimension 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ verringert sich der Anteil einer quantitativen Berichterstattung um 5,5 Prozentpunkte von 32,5 % im Jahr 2016 auf 27,0 % im Folgejahr.¹⁴⁴⁶ Im Gegenzug ist bei dieser Subdimension ein leichter Anstieg der qualitativen Berichterstattung um 2,4 Prozentpunkte zu verzeichnen, wie aus Abbildung 24 zu entnehmen ist.

¹⁴⁴⁴ In allen folgenden Ausführungen stellt eine als „wesentlich“ bezeichnete Veränderung die Differenz in Höhe von mindestens 5,0 Prozentpunkten dar. Differenzen von weniger als 5,0 Prozentpunkte werden als „unwesentlich“ bezeichnet.

¹⁴⁴⁵ Eigene Darstellung.

¹⁴⁴⁶ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf Anhang O.

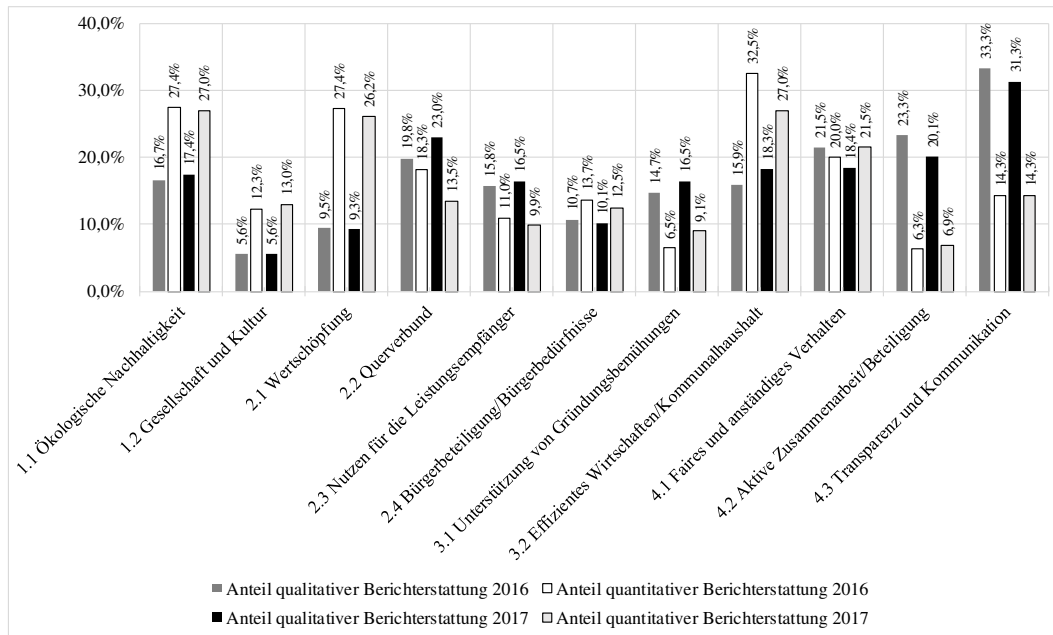


Abbildung 24: Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017 der KEVU (n = 21)¹⁴⁴⁷

Auf der **Ebene der Subdimensionen** werden zu den Subdimensionen 1.1 „Ökologische Nachhaltigkeit“, 1.2 „Gesellschaft und Kultur“, 2.1 „Wertschöpfung“, 2.4 „Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“ und 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ in beiden Jahren anteilig mehr quantitative als qualitative Angaben veröffentlicht. Die Berichterstattung zu den Subdimensionen 2.2 „Querverbund“, 2.3 „Nutzen für die Leistungsempfänger“, 3.1 „Unterstützung von Gründungsbedürfnissen“, 4.2 „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ und 4.3 „Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen“ umfasst in beiden Jahren prozentual mehr qualitative als quantitative Angaben. Bei der Subdimension 4.1 „Faires und anständiges Verhalten“ ist der Anteil der qualitativen Ausführungen 2016 noch größer als der Anteil der quantitativen Angaben, während sich im Folgejahr ein umgekehrtes Verhältnis zeigt.

Auf der **Dimensionenebene** sind bei der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und der zweiten Dimension „Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben“ in beiden Jahren prozentual mehr quantitative als qualitative Angaben zu konstatieren. Für die vierte Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ ergibt sich ein gegensätzliches Resultat. Bei der dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ verändert

¹⁴⁴⁷ Eigene Darstellung.

sich das Verhältnis der Anteile der qualitativen und quantitativen Angaben von 2016 zu 2017. Im Jahr 2017 ist, im Gegensatz zum Vorjahr, der Anteil der qualitativen im Vergleich zu den quantitativen Angaben größer.

In der **Gesamtbetrachtung** ist festzuhalten, dass sowohl im Geschäftsjahr 2016 als auch 2017 der Anteil der quantitativen Berichterstattung größer als der Anteil der qualitativen Berichterstattung ist. Dabei ist ein geringfügiges Absinken der qualitativen Angaben um 0,3 Prozentpunkte von 15,2 % in 2016 auf 14,9 % in 2017 zu verzeichnen. Auch hinsichtlich der quantitativen Berichterstattung ist eine leicht rückläufige Entwicklung um 0,1 Prozentpunkte, von 19,1 % in 2016 auf 19,0 % im Folgejahr, zu konstatieren.

Aufgrund der Tatsache, dass die zurückhaltenden Quantifizierungen von Angaben zu CSR-Themen in der berücksichtigten Literatur des Forschungsstands moniert und zur Steigerung der Glaubwürdigkeit der Unternehmensberichterstattung die Verwendung quantitativer Angaben empfohlen wird, sind die Ergebnisse der Gesamtbetrachtung zu begrüßen.¹⁴⁴⁸ Allerdings zeigt sich die Dominanz quantitativer Angaben auf der Dimensionenebene, im Gegensatz zu den ersten beiden Dimensionen, nicht bei den letzten beiden Dimensionen. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Belange zu diesen Dimensionen tendenziell eher durch qualitative Ausführungen in der Unternehmensberichterstattung thematisiert werden.

6.4.2 Ergebnisse zu den Determinanten der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

6.4.2.1 Vorbemerkungen zu den statistischen Untersuchungsverfahren

Die Ausführungen zu den Hypothesen¹⁴⁴⁹ in den folgenden Abschnitten basieren auf verschiedenen statistischen Untersuchungsverfahren.¹⁴⁵⁰

Zu den Hypothesen H1a, H1b, H2, H3, H4, H8a, H8b und H9, H10a bis H10f und H11a bis H11c werden nichtparametrische Tests bzw. Verfahren herangezogen. Bei den nichtparametrischen Tests, die im Vergleich zu parametrischen Tests als „robuster“ beurteilt werden, handelt es sich um verteilungsfreie bzw. annahmefreie

¹⁴⁴⁸ Vgl. Abschnitte 3.3.2.4 und 4.3.

¹⁴⁴⁹ Die Ableitung und Beschreibung der Hypothesen ist Abschnitt 5.3 zu entnehmen.

¹⁴⁵⁰ Die im Weiteren erläuterten statistischen Untersuchungen sind, sofern nichts anderes angegeben ist, mittels der Statistik-Software „Stata“ durchgeführt worden.

Verfahren.¹⁴⁵¹ Dies bedeutet, dass diese keine begrenzenden Annahmen hinsichtlich der Verteilung der Daten voraussetzen.¹⁴⁵² Nichtparametrische Tests eignen sich insbesondere für kleine Stichproben.¹⁴⁵³ Dies ist im Rahmen der folgenden Untersuchungen der Fall.

Die Auswahl der nichtparametrischen Verfahren erfolgt zunächst in Abhängigkeit, ob entweder ein Ein- oder ein Zwei- bzw. Mehrstichprobenfall vorliegt.¹⁴⁵⁴ Sofern bei einem statistischen Test nur die Informationen zu einer Stichprobe verwendet werden, handelt es sich um den Einstichprobentest.¹⁴⁵⁵ Bei der Verwendung von Informationen aus zwei Stichproben zur Durchführung von statistischen Tests liegt ein Zweistichprobentest vor.¹⁴⁵⁶ Bei darüber hinaus gehenden Stichprobenanzahlen ist von Mehrstichprobentests die Rede.¹⁴⁵⁷ Für die genannten Hypothesen liegt jeweils ein Zweistichprobenfall vor, da bei diesen beispielsweise zwei Gruppen von EVU oder die gleiche Gruppe von EVU hinsichtlich des Erreichungsgrades in zwei Geschäftsjahren miteinander verglichen werden.

Beim Zweistichprobenfall können die Stichproben voneinander abhängig oder unabhängig sein.¹⁴⁵⁸ Die Auswahl des statistischen Verfahrens erfolgt unter der Berücksichtigung, ob unabhängige oder abhängige Stichproben vorliegen.¹⁴⁵⁹ Bei einer unabhängigen bzw. unverbundenen Stichprobe bestehen die Stichproben aus voneinander unabhängigen Stichproben, die auch unterschiedlich groß sein können.¹⁴⁶⁰ Abhängige oder auch verbundene Stichproben weisen stets den gleichen Stichprobenumfang auf, wobei beispielsweise Werte zu ein und derselben Stichprobe an zwei verschiedenen Zeitpunkten erhoben werden.¹⁴⁶¹ Ein nichtparametrisches Verfahren zur Untersuchung **unabhängiger Stichproben** bei ordinalen Skalenniveaus ist der „**Wilcoxon-Rangsummentest**“.¹⁴⁶² Somit wird für die Hypothesen H1a, H1b, H8a, H8b und H9 der Wilcoxon-Rangsummentest genutzt, da hierbei

¹⁴⁵¹ Vgl. Janssen/Laatz (2013), S. 601–602.

¹⁴⁵² Vgl. Benesch (2013), S. 169.

¹⁴⁵³ Vgl. Benesch (2013), S. 170.

¹⁴⁵⁴ Vgl. Churchill/Iacobucci (2002), S. 650.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Mittag (2016), S. 185.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Benesch (2013), S. 166–167; Mittag (2016), S. 185.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Benesch (2013), S. 166–167; Mittag (2016), S. 224.

¹⁴⁵⁸ Vgl. Benesch (2013), S. 167; Churchill/Iacobucci (2002), S. 650.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Du Prel et al. (2010), S. 345–347; Reuschenbach (2009), S. 501–503.

¹⁴⁶⁰ Vgl. Benesch (2013), S. 168.

¹⁴⁶¹ Vgl. Benesch (2013), S. 167.

¹⁴⁶² Vgl. Benesch (2013), S. 211.

unabhängige Stichproben vorliegen. Als nichtparametrisches Verfahren bei **abhängigen Stichproben** mit ordinalem Skalenniveau bietet sich der „**Wilcoxon-Vorzeichenrangtest**“ an.¹⁴⁶³ Bei den Hypothesen H2, H3, H4, H10a bis H10f und H11a bis H11c liegen abhängige Stichproben vor, sodass hierzu der Wilcoxon-Vorzeichenrangtest herangezogen wird.

Die Untersuchungen zu den übrigen Hypothesen, ob sich die Ausprägung eines Merkmals, wie etwa das Umsatzvolumen, auf die Ausprägung eines anderen Merkmals, wie beispielsweise den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung, auswirkt, wird mittels der Regressionsanalyse durchgeführt. In dem Fall, in dem die Auswirkung eines Merkmals auf ein anderes Merkmal beobachtet wird, handelt es sich um eine **lineare Einfachregression**.¹⁴⁶⁴ Dieses Verfahren wird somit für die Hypothesen H5a bis H5d, H6a bis H6d und H7a bis H7d angewendet.

Angewandtes Verfahren	Untersuchte Hypothesen
Wilcoxon-Rangsummentest	-H1: H1a, H1b -H8: H8a, H8b -H9
Wilcoxon-Vorzeichenrangtest	-H2, H3, H4 -H10: H10a, H10b, H10c, H10d, H10e, H10f -H11: H11a, H11b, H11c
Lineare Einfachregression	-H5: H5a, H5b, H5c, H5d -H6: H6a, H6b, H6c, H6d -H7: H7a, H7b, H7c, H7d

Tabelle 14: Angewandte Verfahren zur Untersuchung der Hypothesen¹⁴⁶⁵

6.4.2.2 Ergebnisse zur Kapitalmarktorientierung

Aus der Gegenüberstellung von EVU mit und ohne einer Kapitalmarktorientierung in Abbildung 25 geht hervor, dass in Übereinstimmung mit den vorangegangenen Ausführungen ähnlich marginale Veränderungen der Erreichungsgrade beim Vergleich der untersuchten Geschäftsjahre vorliegen.¹⁴⁶⁶

¹⁴⁶³ Vgl. Benesch (2013), S. 215–216.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Backhaus et al. (2018), S. 58; Benesch (2013), S. 109–110; Messer/Schneider (2019), S. 145.

¹⁴⁶⁵ Eigene Darstellung.

¹⁴⁶⁶ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf Anhang P.

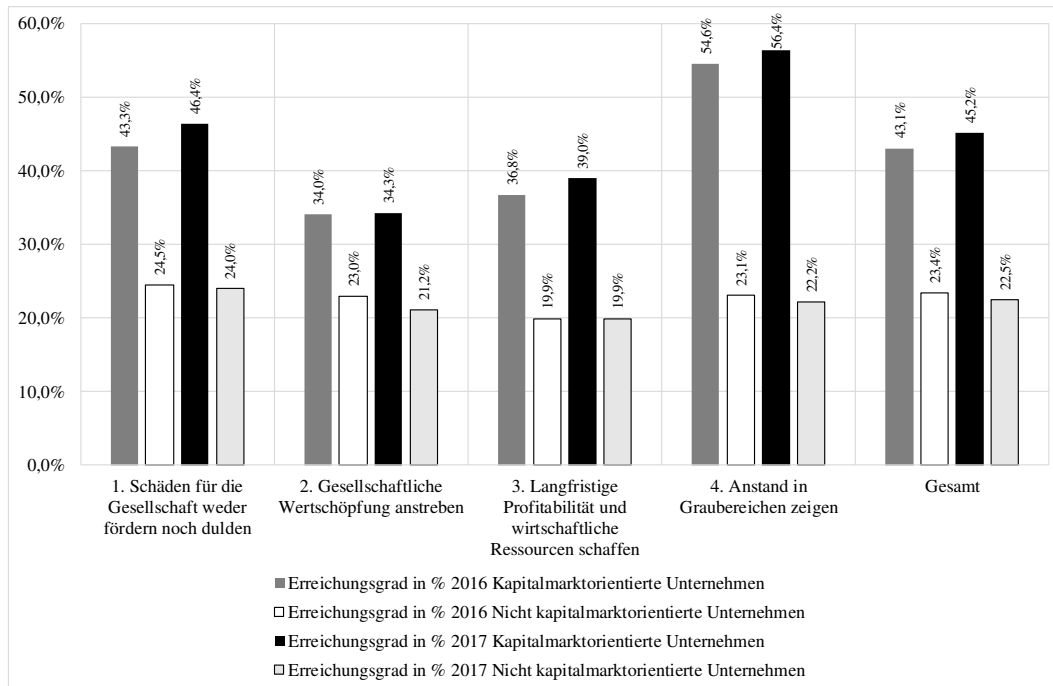


Abbildung 25: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) pro Dimension in 2016 und 2017¹⁴⁶⁷

Wesentlich **unterschiedliche Erreichungsgrade**, mit einer Differenz von mindestens 5,0 Prozentpunkten, **von 2016 zu 2017** sind lediglich in der Gruppe der kapitalmarktorientierten EVU zu identifizieren. So ist, wie Abbildung 26 zu entnehmen ist, ein Anstieg des Erreichungsgrades bei der Subdimension 1.2 „Gesellschaft und Kultur“ von 34,5 % auf 41,7 % zu verzeichnen. Ebenso steigt der Erreichungsgrad der Subdimension 3.1 „Unterstützung von Gründungsbemühungen“ von 29,0 % auf 35,2 % an. Jedoch liegt in der dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ die Verringerung des Erreichungsgrades der Subdimension 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ vor, der von 51,0 % auf 45,8 % sinkt.

Beim **Vergleich der beiden Unternehmensgruppen** ist zu konstatieren, dass Unterschiede zwischen diesen deutlich werden. So weisen die kapitalmarktorientierten EVU in allen Dimensionen und fast allen Subdimensionen höhere Erreichungsgrade auf als die nicht kapitalmarktorientierten EVU. Lediglich im Hinblick auf die Subdimension 2.2 „Querverbund“ werden von den nicht kapitalmarktorientierten EVU in beiden Geschäftsjahren höhere Erreichungsgrade erzielt. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass der Gruppe der kapitalmarktorientierten EVU

¹⁴⁶⁷ Eigene Darstellung.

auch privatwirtschaftliche EVU zugehörig sind, die entsprechend wenig über den kommunalen Querverbund berichten können.

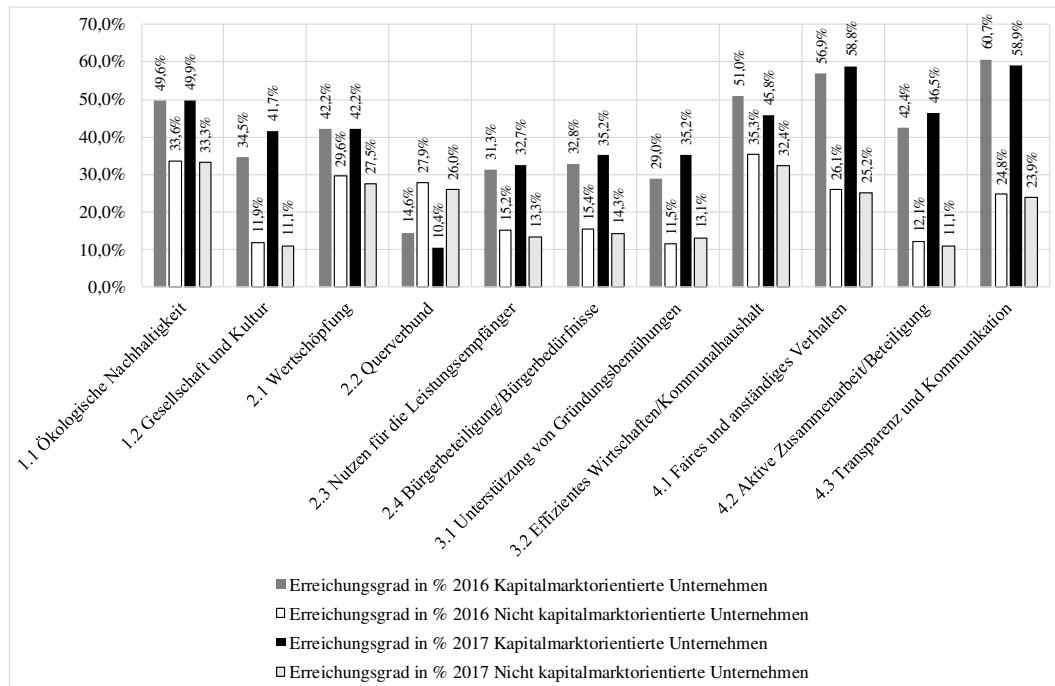


Abbildung 26: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁴⁶⁸

Auch bei der Betrachtung der **Gesamtergebnisse** beider Gruppen für 2016 und 2017 zeigt sich, dass die kapitalmarktorientierten EVU in den Dimensionen häufig höhere Erreichungsgrade erzielen. Der Erreichungsgrad der kapitalmarktorientierten EVU steigt von 43,1 % im Jahr 2016 um 2,1 Prozentpunkte auf 45,2 % im Jahr 2017, während dieser Wert bei den nicht kapitalmarktorientierten EVU von 23,4 % im Jahr 2016 um 0,9 Prozentpunkte auf 22,5 % im Folgejahr absinkt. Durch diese Veränderungen ist ein Anstieg der Differenz der Erreichungsgrade beider Gruppen von 19,7 Prozentpunkte im Jahr 2016 um 3,0 Prozentpunkte auf 22,7 Prozentpunkte im Folgejahr zu verzeichnen. Der Anstieg des Erreichungsgrades von den kapitalmarktorientierten EVU ist möglicherweise auf die CSR-Berichtspflicht zurückzuführen, während sich eine Ausstrahlungswirkung auf die nicht berichtspflichtigen EVU 2017 noch nicht abzeichnet.

Die Überprüfung des Zusammenhangs zwischen der Kapitalmarktorientierung von EVU und dem Erreichungsgrad wird anhand des **Wilcoxon-Rangsummentests**

¹⁴⁶⁸ Eigene Darstellung.

durchgeführt. Die Ergebnisse zu den **Hypothesen H1a und H1b** sind in nachstehender Tabelle 15 enthalten. Der Abgleich¹⁴⁶⁹ der „p-Werte“¹⁴⁷⁰, die aus den Tabellen hervorgehen, mit den definierten Signifikanzniveaus „ α “¹⁴⁷¹ zur Entscheidungsfindung, ob die jeweiligen Hypothesen abzulehnen oder nicht abzulehnen sind, wird auch als Signifikanztest bezeichnet.¹⁴⁷² Aufgrund des Abgleichs hinsichtlich der Hypothesen H1a und H1b ist zu konkludieren, dass für beide Hypothesen höchst signifikante Ergebnisse vorliegen.

H1¹⁴⁷³	H1a (2016)	H1b (2017)
Nicht kapitalmarkt-orientiert	-3,525*** (0,0004)	-3,787*** (0,0002)
Kapitalmarktorientiert	3,525*** (0,0004)	3,787*** (0,0002)

Tabelle 15: Erreichungsgrade kapitalmarktorientierter EVU (n = 8) und nicht kapitalmarktorientierter EVU (n = 17) in 2016 und 2017¹⁴⁷⁴

Folglich sind die Hypothesen H1a und H1b abzulehnen, dass kapitalmarktorientierte EVU keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen Unternehmensberichterstattung in 2016 bzw. 2017 aufweisen als nicht kapitalmarktorientierte EVU. Des Weiteren ist zu konstatieren, dass die EVU mit einer Kapitalmarktorientierung einen höchst signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung im Jahr 2016 aufweisen, als EVU ohne eine Kapitalmarktorientierung. Selbiges ist für das Jahr 2017 zu verzeichnen.

¹⁴⁶⁹ Dieses Vorgehen liegt allen weiteren Untersuchungen zu den Hypothesen zugrunde.

¹⁴⁷⁰ Der p-Wert ist als das Evidenzmaß der Glaubwürdigkeit von einer Hypothese anzusehen. Der p-Wert bildet die Wahrscheinlichkeit ab, die beobachteten Werte zu erhalten, wenn die Hypothese zutrifft. Vgl. Benesch (2013), S. 165; Handl/Kuhlenkasper (2018), S. 394; Hedderich/Sachs (2018), S. 452.

¹⁴⁷¹ Das Signifikanzniveau ist als die Irrtumswahrscheinlichkeit zu verstehen, eine Hypothese abzulehnen, obwohl diese korrekt ist. Es stellt somit die oberste Schranke einer Fehlentscheidung dar. Im Weiteren werden folgende Signifikanzniveaus zugrunde gelegt. So ist ein schwach signifikantes Ergebnis ($p \leq 0,1$) mit „#“, ein signifikantes Ergebnis ($p \leq 0,05$) mit „*“, ein hoch signifikantes Ergebnis ($p \leq 0,01$) mit „**“ und ein höchst signifikantes Ergebnis ($p \leq 0,001$) mit „***“ gekennzeichnet. Vgl. Backhaus et al. (2018), S. 81 u. 151; Bagozzi/Yi (1988), S. 77; Benesch (2013), S. 164; Bortz (2005), S. 113–114; Bortz/Döring (2006), S. 26; Cowles/Davis (1982), S. 556; Eckstein (2019), S. 275; Gabriel (2015), S. 101; Güttler (2009), S. 149; Handl/Kuhlenkasper (2018), S. 393–394; Messer/Schneider (2019), S. 99.

¹⁴⁷² Vgl. Benesch (2013), S. 164–166; Eckstein (2019), S. 275, (2013), S. 293–295; Hedderich/Sachs (2018), S. 452.

¹⁴⁷³ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁴⁷⁴ Eigene Darstellung.

H1a: Kapitalmarktorientierte EVU weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als nicht kapitalmarktorientierte EVU in 2016 auf. → **Ablehnung.**

H1b: Kapitalmarktorientierte EVU weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als nicht kapitalmarktorientierte EVU in 2017 auf. → **Ablehnung.**

Im Folgenden werden die Erreichungsgrade der kapitalmarktorientierten EVU auf signifikante Veränderungen von 2016 zu 2017 untersucht. Die Überprüfung der dazu gebildeten **Hypothese H2** erfolgt mittels **Wilcoxon-Vorzeichenrangtest**. Aus der Tabelle 16 ist zu entnehmen, dass kein signifikantes Ergebnis vorliegt. Die Hypothese, dass sich der Erreichungsgrad von kapitalmarktorientierten EVU von 2016 zu 2017 nicht ändert, ist damit nicht abzulehnen.

H2¹⁴⁷⁵	
2016	-0,700 (0,4838)
2017	0,700 (0,4838)

Tabelle 16: Veränderung des Erreichungsgrades von kapitalmarktorientierten EVU (n = 8) von 2016 zu 2017¹⁴⁷⁶

Es ist somit festzuhalten, dass sich der Erreichungsgrad der kapitalmarktorientierten EVU von 2016 zu 2017 nicht signifikant verändert.

H2: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kapitalmarktorientierten EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → **Keine Ablehnung.**

Es ist außerdem die Erwartung formuliert worden, dass die nicht kapitalmarktorientierten EVU die Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung ausweiten und 2017 im Vergleich zu 2016 höhere Erreichungsgrade aufweisen. Jedoch wird bereits anhand der Betrachtung in Abbildung 25 deutlich, dass tendenziell eine gegenläufige Entwicklung vorliegt.

Für die Untersuchung der **Hypothese H3** ist ebenfalls der **Wilcoxon-Vorzeichenrangtest** angewendet worden. Die statistischen Ergebnisse zur Hypothese H3 sind in Tabelle 17 abgebildet. Daraus geht hervor, dass kein signifikantes Ergebnis vorliegt.

¹⁴⁷⁵ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁴⁷⁶ Eigene Darstellung.

H3¹⁴⁷⁷	
2016	0,190 (0,8497)
2017	-0,190 (0,8497)

Tabelle 17: Veränderung des Erreichungsgrades von nicht kapitalmarktorientierten EVU (n = 17) von 2016 zu 2017¹⁴⁷⁸

Dementsprechend ist die Hypothese H3 nicht abzulehnen. Es ist daher zu konkludieren, dass sich der Erreichungsgrad der nicht kapitalmarktorientierten EVU vom Geschäftsjahr 2016 zum Folgejahr nicht signifikant verändert hat.

H3: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der nicht kapitalmarktorientierten EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → ***Keine Ablehnung.***

In diesem Abschnitt ist der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung anhand der Kapitalmarktorientierung sowie der Veränderung von 2016 zu 2017 untersucht worden. Abschließend ist zu konkludieren, dass die kapitalmarktorientierten EVU beim Erreichungsgrad in der Gesamtschau, bei allen Dimensionen und bis auf die Subdimension 2.2 „Querverbund“ auch bei allen Subdimensionen höhere Werte in beiden Geschäftsjahren als die nicht kapitalmarktorientierten EVU aufweisen. Diese Schlussfolgerung wird durch die statistische Untersuchung bestätigt, wonach die kapitalmarktorientierten EVU in beiden Geschäftsjahren einen höchst signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen als die EVU ohne Kapitalmarktorientierung.

Beim Vergleich der Erreichungsgrade in der Gesamtbetrachtung von 2016 zu 2017 sind keine wesentlichen Veränderungen bei beiden untersuchten EVU-Gruppen zu identifizieren. Auch durch die statistischen Untersuchungen werden keine signifikanten Veränderungen identifiziert. Der **Einfluss der CSR-Berichtspflicht** ab dem Geschäftsjahr 2017 ist somit weder für die kapitalmarktorientierten noch für die nicht kapitalmarktorientierten EVU erkennbar. Somit liegt im ersten Jahr der Berichtspflicht keine Ausstrahlungswirkung vor.

¹⁴⁷⁷ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁴⁷⁸ Eigene Darstellung.

6.4.2.3 Ergebnisse zur kommunalen und privaten Eigentümerschaft

In diesem Abschnitt liegt der Fokus der Betrachtung auf der Eigentümerschaft der EVU.¹⁴⁷⁹ Hinsichtlich dieser differenzierten Betrachtung der Stichprobe sind der Abbildung 27 die recht konstanten Erreichungsgrade beim Vergleich der Geschäftsjahre zu entnehmen.

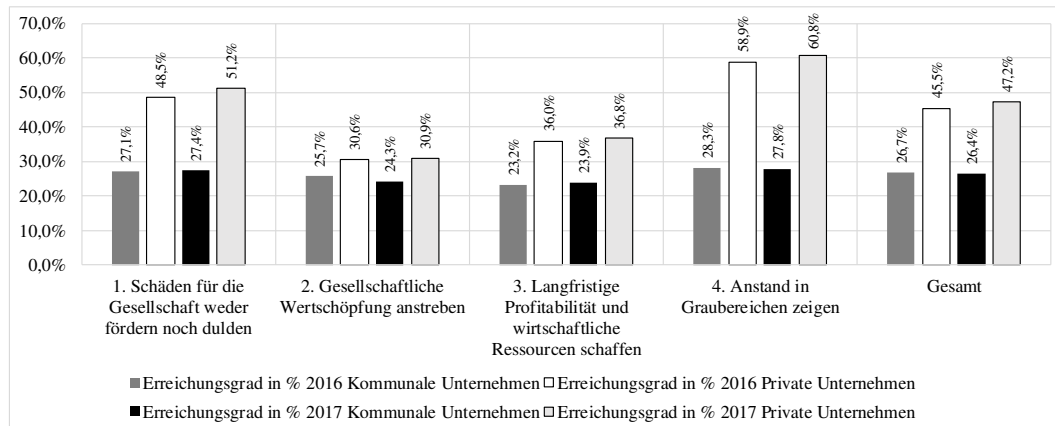


Abbildung 27: Erreichungsgrade der kEVU (n = 21) und privaten EVU (n = 4) pro Dimension in 2016 und 2017¹⁴⁸⁰

Unterschiedliche Erreichungsgrade, die von 2016 zu 2017 eine wesentliche Differenz von mindestens 5,0 Prozentpunkten aufweisen, sind lediglich bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen vorzufinden. Hierbei handelt es sich ausschließlich um positive Entwicklungen, wie aus Abbildung 28 zu entnehmen ist. So steigen die Erreichungsgrade der Subdimensionen 1.2 „Gesellschaft und Kultur“, 2.4 „Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“ und 4.2 „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ um 7,3 Prozentpunkte, 7,8 Prozentpunkte und 9,7 Prozentpunkte.

Im **Vergleich der beiden Unternehmensgruppen** wird deutlich, dass die privatwirtschaftlichen EVU in allen Dimensionen und auch bei nahezu allen Subdimensionen größere Erreichungsgrade aufweisen als die kEVU. Lediglich zur Subdimension 2.2 „Querverbund“ fällt die Unternehmensberichterstattung der kEVU umfassender aus als bei der Vergleichsgruppe. Bei der Vergleichsgruppe, also den privatwirtschaftlichen EVU, beträgt der Erreichungsgrad in beiden Jahren 0,0 %, da diese Unternehmen nicht über den Querverbund zu anderen kommunalen Unternehmen berichten können. Die kEVU weisen außerdem im Geschäftsjahr 2016 einen geringfügig höheren Erreichungsgrad bei der Subdimension 3.2 „Langfristig

¹⁴⁷⁹ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf Anhang Q.

¹⁴⁸⁰ Eigene Darstellung.

effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ auf als die privatwirtschaftlichen EVU. Im Folgejahr kehrt sich das Verhältnis jedoch um.

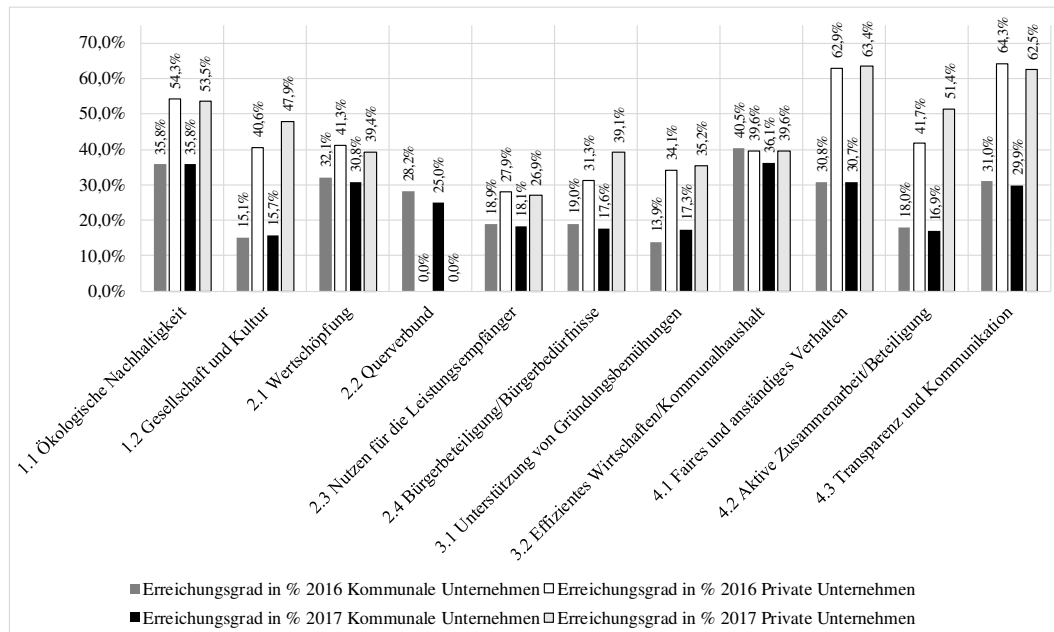


Abbildung 28: Erreichungsgrade der KEVU (n = 21) und privaten EVU (n = 4) pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁴⁸¹

Die Erzielung hoher Erreichungsgrade der privatwirtschaftlichen EVU auf der Dimensionenebene in beiden Geschäftsjahren zeigt sich auch im Hinblick auf die **Gesamtergebnisse**. Der Erreichungsgrad der privatwirtschaftlichen EVU steigt von 45,5 % im Jahr 2016 um 1,7 Prozentpunkte auf 47,2 % im Jahr 2017, während dieser Wert bei den KEVU von 26,7 % im Jahr 2016 um 0,3 Prozentpunkte auf 26,4 % im Folgejahr absinkt. Durch diese Veränderungen ist ein Anstieg der Differenz der Erreichungsgrade beider Gruppen im Vergleich der betrachteten Geschäftsjahre von 18,8 Prozentpunkten im Jahr 2016 um 2,0 Prozentpunkte auf 20,8 Prozentpunkte im Folgejahr zu verzeichnen. Es zeigen sich also auch in der Gesamtschau der KEVU keine wesentlichen Unterschiede bei der Gegenüberstellung der Erreichungsgrade in den Geschäftsjahren.

Die Erwartung einer zunehmenden Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von KEVU ist bei der Festlegung der Hypothese H4 formuliert worden. Die Untersuchung der **Hypothese H4** erfolgt mittels des **Wilcoxon-Vorzeichenrangtests**. Die Ergebnisse sind in Tabelle 18 dargestellt. Für diese Hypothese liegt kein signifikantes Ergebnis vor. Folglich ist die Hypothese nicht abzulehnen.

¹⁴⁸¹ Eigene Darstellung.

H4 ¹⁴⁸²	
2016	-0,261 (0,7942)
2017	0,261 (0,7942)

Tabelle 18: Veränderung des Erreichungsgrades von kEVU (n = 21) von 2016 zu 2017¹⁴⁸³

Somit ist zu schlussfolgern, dass sich der Erreichungsgrad der kEVU von dem Jahr 2016 zum Folgejahr nicht signifikant verändert hat.

H4: Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → ***Keine Ablehnung.***

In diesem Abschnitt sind die Erreichungsgrade der kEVU mit denen der privatwirtschaftlichen EVU in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 gegenübergestellt worden. Dabei ist zu konstatieren, dass die Erreichungsgrade der privatwirtschaftlichen EVU in der Gesamtbetrachtung und auch auf der Dimensionenebene in beiden Geschäftsjahren über denen der kEVU liegen. Auch auf der unteren Betrachtungsebene zeigt sich, dass die privatwirtschaftlichen EVU zu den meisten Subdimensionen höhere Erreichungsgrade als die Vergleichsgruppe aufweisen. Dies ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass die untersuchten privatwirtschaftlichen EVU kapitalmarktorientiert sind und damit umfangreichen Berichtspflichten unterliegen. Zudem sind diese deutlich größer, beispielsweise hinsichtlich des Umsatzes, im Vergleich zu einigen betrachteten kEVU, wodurch potenziell größere finanzielle Mittel für die Unternehmensberichterstattung bereitgestellt werden können.¹⁴⁸⁴

Des Weiteren wird die Erwartung einer Ausweitung von Informationen zu CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung durch die kEVU von 2016 zu 2017, die in die Hypothese H4 eingeflossen ist, in der Praxis nicht bestätigt. Es ist keine signifikante Veränderung im Rahmen der statistischen Untersuchung zu identifizieren. Der Erreichungsgrad dieser Unternehmen sinkt hingegen sogar unwesentlich.

¹⁴⁸² Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁴⁸³ Eigene Darstellung.

¹⁴⁸⁴ Vgl. Anhang H.

6.4.2.4 Ergebnisse zur Unternehmensgröße

Die Untersuchung und Betrachtung eines Zusammenhangs zwischen der Unternehmensgröße, in Form des Umsatzvolumens, und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung mittels der linearen Einfachregression sind zweigeteilt. Zunächst erfolgt die Darstellung der Untersuchungsergebnisse zu den Hypothesen H5a und H5b für die **gesamte Stichprobe** und anschließend zu den Hypothesen H5c und H5d hinsichtlich der **kEVU**.

Die **Regressionsanalyse** für die **gesamte Stichprobe** ist in Abbildung 29 dargestellt. Diese ist mit der Software „Excel“ durchgeführt worden. Anhand der in den Regressionsfunktionen¹⁴⁸⁵ enthaltenen positiven Regressionskoeffizienten, die Abbildung 29 zu entnehmen sind, wird deutlich, dass EVU mit einem höheren Umsatzvolumen einen höheren Erreichungsgrad in beiden Jahren aufweisen.

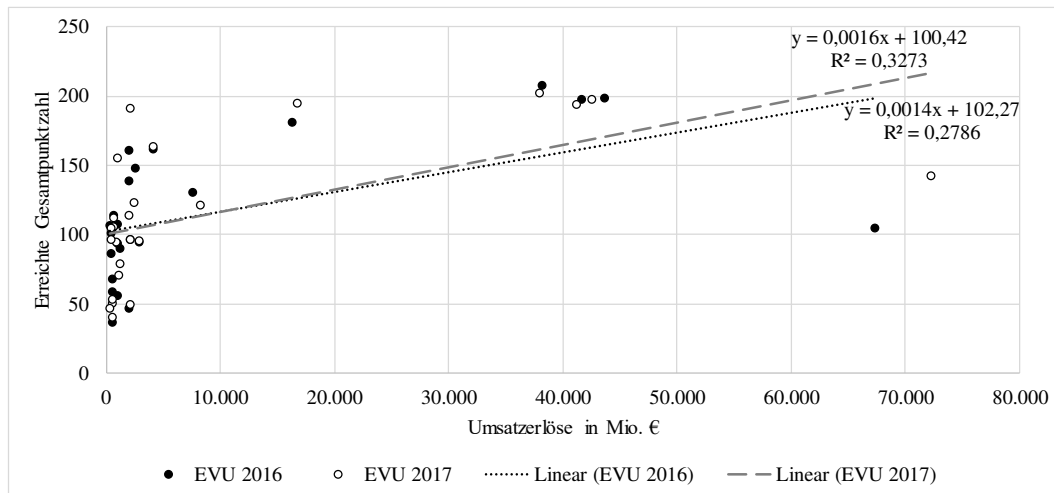


Abbildung 29: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der EVU (n = 25) in 2016 und 2017¹⁴⁸⁶

Das Bestimmtheitsmaß¹⁴⁸⁷ R^2 liegt 2016 bei 27,9 % und 2017 bei 32,7 %. Folglich wird durch die Regressionsfunktionen rund ein Drittel der Gesamtstreuung erklärt

¹⁴⁸⁵ Die Regressionsfunktion lautet: $Y = b * X + a$. Dabei stellt Y die abhängige Variable dar. a ist hierbei das konstante Glied bzw. der y-Achsenabschnitt. b ist der Regressionskoeffizient der unabhängigen Variablen X , der die Steigung der Funktion abbildet und damit als das Maß für die Intensität der Wirkung von X auf Y anzusehen ist. Vgl. Backhaus et al. (2018), S. 64–65; Handl/Kuhlenkasper (2018), S. 123–124.

¹⁴⁸⁶ Eigene Darstellung.

¹⁴⁸⁷ Das Bestimmtheitsmaß R^2 ist ein Gütemaß für die Regressionsfunktion, das zwischen 0 und 1 liegt. Es gibt den Anteil der durch die Regressionsfunktion erklärten Streuung an der Gesamtstreuung wieder. Je näher der Wert an 1 liegt, desto größer ist dieser Anteil. Wenn der Wert 1 beträgt, dann liegen alle Datenpunkte auf der Funktion. Folglich bedeutet ein höherer Wert für R^2 eine höhere Erklärungsfähigkeit der Regression. Vgl. Backhaus et al. (2018), S. 75–77; Eckstein (2019), S. 375–376.

bzw. abgebildet. Die Ergebnisse der **linearen Einfachregression** mittels Stata sind in Tabelle 19 dargestellt. Dieser ist zu entnehmen, dass sowohl für die **Hypothese H5a** als auch **H5b** ein hoch signifikantes Ergebnis vorliegt. Damit sind beide Hypothesen abzulehnen.

H5 ¹⁴⁸⁸	
H5a (2016)	H5b (2017)
0,0014215** (0,007)	0,0016106** (0,003)

Tabelle 19: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der EVU (n = 25) in 2016 und 2017¹⁴⁸⁹

Es ist somit für die Jahre 2016 und 2017 zu konstatieren, dass die EVU mit einem höheren Umsatzvolumen einen hoch signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen.

H5a: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016. → **Ablehnung**.

H5b: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017. → **Ablehnung**.

Werden lediglich die 21 **kEVU** betrachtet, zeigt sich ein ähnliches Resultat. Im Weiteren erfolgt die Untersuchung der Hypothesen H5c und H5d. So liegen in Abbildung 30, die mit Excel erstellt worden ist, für beide Geschäftsjahre ebenfalls positive Regressionskoeffizienten vor.

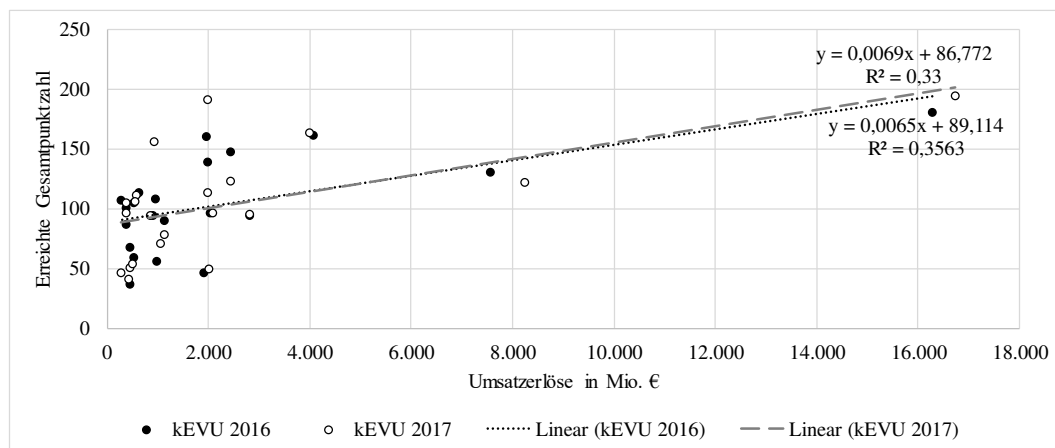


Abbildung 30: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017¹⁴⁹⁰

¹⁴⁸⁸ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁴⁸⁹ Eigene Darstellung.

¹⁴⁹⁰ Eigene Darstellung.

Des Weiteren sind Bestimmtheitsmaße R^2 von mindestens 33 % zu konstatieren. Somit ist festzuhalten, dass kEVU mit einem höheren Umsatzvolumen einen höheren Erreichungsgrad in beiden Jahren erzielen.

Die mit Stata generierten Ergebnisse sind in Tabelle 20 dargestellt. Sowohl für **Hypothese H5c** als auch für Hypothese **H5d** ist ein hoch signifikantes Ergebnis zu konstatieren. Folglich sind diese abzulehnen.

H5¹⁴⁹¹	
H5c (2016)	H5d (2017)
0,0064656** (0,004)	0,0068825** (0,006)

Tabelle 20: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Umsatzvolumen der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017¹⁴⁹²

Es ist somit zu konstatieren, dass kEVU mit einem höheren Umsatzvolumen 2016 einen hoch signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Selbiges ist für das Geschäftsjahr 2017 festzustellen.

H5c: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2016. → **Ablehnung**.

H5d: Das Umsatzvolumen beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2017. → **Ablehnung**.

Im Rahmen dieses Abschnittes ist untersucht worden, ob bei allen EVU der Stichprobe und den kEVU eine positive Beziehung zwischen dem Umsatzvolumen und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung vorliegt. Eine solche Beziehung wird sowohl für alle EVU und die kEVU als auch beide Geschäftsjahre bestätigt. Dies ist vermutlich darin begründet, dass EVU mit einem größeren Umsatzvolumen über umfangreichere finanzielle Mittel zur Ausgestaltung der Unternehmensberichterstattung verfügen und diese, beispielsweise aufgrund der Erfüllung mehrerer Merkmale des § 267 HGB, umfangreicheren Berichterstattungspflichten unterliegen.

¹⁴⁹¹ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁴⁹² Eigene Darstellung.

6.4.2.5 Ergebnisse zur Diversität in der Unternehmensführung und im Aufsichtsrat

Die Diversität in den betrachteten EVU wird hinsichtlich der Frauenanteile in der Unternehmensführung und dem Aufsichtsrat untersucht.¹⁴⁹³ Die Untersuchung der zugehörigen Hypothesen erfolgt mittels der linearen Einfachregression. Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse zur geschlechtlichen Diversität erfolgt zunächst anhand der Unternehmensführung und anschließend hinsichtlich des Aufsichtsrates.

6.4.2.5.1 Diversität in der Unternehmensführung

Zunächst erfolgt die Betrachtung anhand der **gesamten Stichprobe**. Die Frauenanteile der EVU in den Unternehmensführungen und die Erreichungsgrade sind in Abbildung 31 dargestellt. Die darin enthaltenen Ergebnisse sind mit Excel erzielt worden.

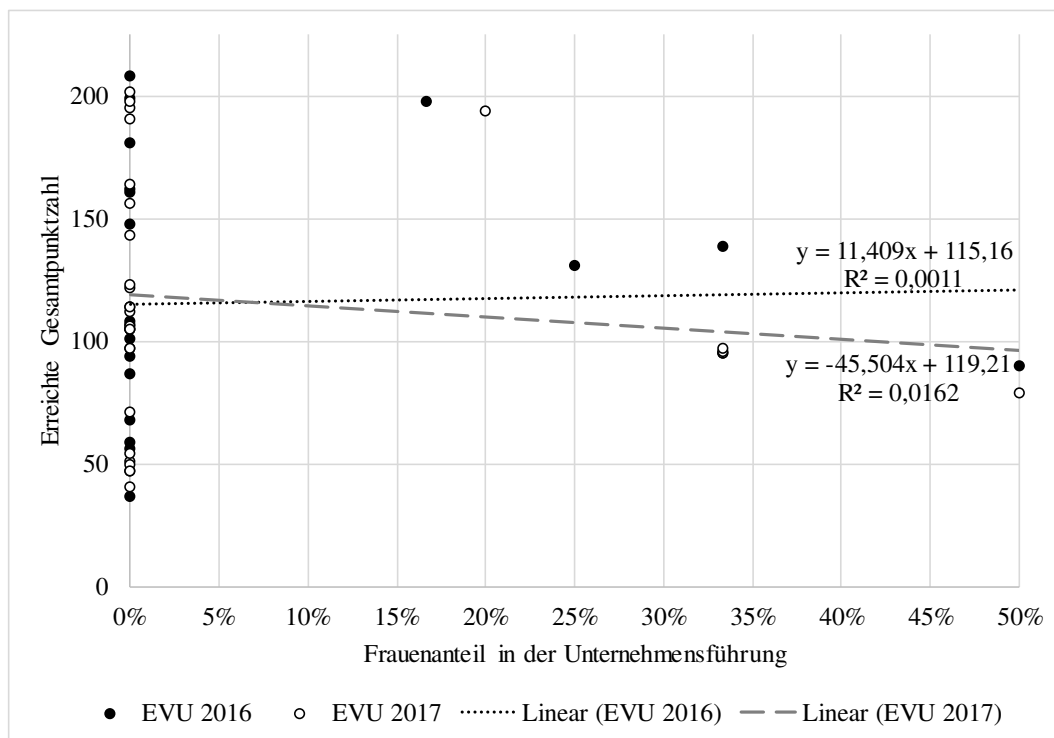


Abbildung 31: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017¹⁴⁹⁴

¹⁴⁹³ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf den Anhängen H und L.

¹⁴⁹⁴ Eigene Darstellung.

Aus der vorstehenden Abbildung wird deutlich, dass sowohl 2016 als auch 2017 in einem Großteil der Unternehmensführungen keine Frauen vertreten sind.¹⁴⁹⁵ Während 2016 noch ein Regressionskoeffizient vorliegt, der einen positiven Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in der Unternehmensführung und dem Erreichungsgrad zeigt, ist dieser im Folgejahr negativ. Dies bedeutet, dass EVU mit einem höheren Frauenanteil in der Unternehmensführung einen niedrigeren Erreichungsgrad erzielen. Allerdings liegen sehr geringe Bestimmtheitsmaße R^2 in Höhe von 0,1 % für 2016 und 1,6 % für 2017 vor, die eine geringe Aussagekraft der Regressionsfunktionen belegen.

Die Ergebnisse zu den **Hypothesen H6a und H6b**, die mit Stata ermittelt worden sind, sind in der Tabelle 21 enthalten. Aus dieser geht hervor, dass keine signifikanten Ergebnisse zu den Hypothesen vorliegen. Damit sind diese nicht abzulehnen.

H6¹⁴⁹⁶	
H6a (2016)	H6b (2017)
11,40865 (0,876)	-45,5042 (0,544)

Tabelle 21: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017¹⁴⁹⁷

Somit ist Folgendes festzustellen: EVU mit einer höheren Diversität in der Unternehmensführung weisen 2016 und 2017 keinen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf.

H6a: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016. → ***Keine Ablehnung.***

H6b: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017. → ***Keine Ablehnung.***

Es folgt die Betrachtung der Ergebnisse zu den Hypothesen H6c und H6d, also der geschlechtlichen Diversität in den Unternehmensführungen von **KEVU**. Wie aus den mit Excel ermittelten und in Abbildung 32 dargestellten Resultaten der Regressionsanalyse hervorgeht, liegt 2016 ein positiver Regressionskoeffizient vor. Im

¹⁴⁹⁵ Zur detaillierten Darstellung der geschlechtlichen Diversität der Stichprobe sei auf Abschnitt 6.2.2.1 verwiesen.

¹⁴⁹⁶ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁴⁹⁷ Eigene Darstellung.

Folgejahr ist dieser negativ. Zudem ist der nachstehenden Abbildung zu entnehmen, dass die Bestimmtheitsmaße R^2 in beiden betrachteten Geschäftsjahren unter 2,0 % liegen. Die Aussagekraft der Regressionsfunktionen ist folglich als sehr gering zu beurteilen. Somit ist hervorzuheben, dass die Betrachtung der Diversität in der Unternehmensführung bei den kEVU zu ähnlichen Resultaten führt, wie bei der Betrachtung der gesamten Stichprobe.

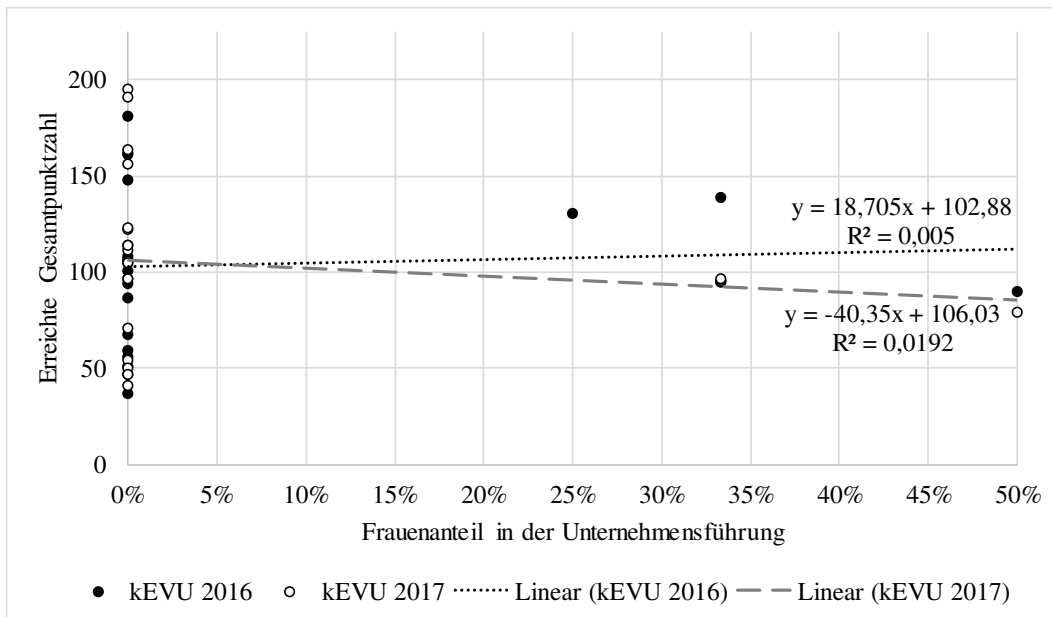


Abbildung 32: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017¹⁴⁹⁸

Die mittels Stata generierten Ergebnisse zu den Hypothesen, die in Tabelle 22 dokumentiert sind, weisen keine Signifikanz auf. Folglich sind die **Hypothesen H6c und H6d** nicht abzulehnen.

H6¹⁴⁹⁹	
H6c (2016)	H6d (2017)
18,70482 (0,760)	-40,35 (0,549)

Tabelle 22: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil in der Unternehmensführung der kEVU (n = 21) in 2016 und 2017¹⁵⁰⁰

Es ist somit festzuhalten, dass kEVU mit einer höheren Diversität in der Unternehmensführung 2016 keinen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Selbiges gilt im Geschäftsjahr 2017.

¹⁴⁹⁸ Eigene Darstellung.

¹⁴⁹⁹ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁵⁰⁰ Eigene Darstellung.

H6c: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2016. → ***Keine Ablehnung.***

H6d: Die Diversität in der Unternehmensführung beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2017. → ***Keine Ablehnung.***

Die Überprüfung der Beziehung zwischen der Diversität in der Unternehmensführung im Hinblick auf die Geschlechterverteilung und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung ist in diesem Abschnitt sowohl für die gesamte Stichprobe und die kEVU als auch für beide Geschäftsjahre vorgenommen worden. Während im Geschäftsjahr 2016 noch positive Regressionskoeffizienten vorliegen, werden im Geschäftsjahr 2017 negative Regressionskoeffizienten ermittelt, wonach ein höherer Frauenanteil in der Unternehmensführung einen niedrigeren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung bedeuten würde. Allerdings ist im Rahmen der statistischen Untersuchungen kein signifikanter Zusammenhang identifiziert worden. Dies ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass nur in wenigen Unternehmensführungen überhaupt Frauen vertreten sind und somit ein Zusammenhang nicht erkennbar wird.¹⁵⁰¹

6.4.2.5.2 Diversität im Aufsichtsrat

Nach der Betrachtung der Diversität in der Unternehmensführung erfolgt in diesem Abschnitt die Betrachtung der Diversität im Aufsichtsrat. Dazu erfolgt zunächst die Ergebnisdarstellung zur **gesamten Stichprobe**. Hierzu sind die Hypothesen H7a und H7b formuliert worden.

Die mittels Excel erzielten Ergebnisse sind in Abbildung 33 dargestellt. Daraus gehen positive Regressionskoeffizienten hervor, wodurch zu schlussfolgern ist, dass EVU sowohl 2016 als auch 2017 mit einem höheren Frauenanteil im Aufsichtsrat einen höheren Erreichungsgrad erzielen. Es ist hierbei anzumerken, dass 2017 lediglich 24 EVU untersucht wurden, da in diesem Geschäftsjahr der Aufsichtsrat der Stadtwerke Bochum aufgelöst worden ist.¹⁵⁰² Das in Abbildung 33 dargestellte Streudiagramm verdeutlicht, dass in nahezu allen Aufsichtsräten Frauen vertreten sind.

¹⁵⁰¹ Vgl. Abschnitt 6.2.2.1.

¹⁵⁰² Vgl. Abschnitt 6.2.2.1.

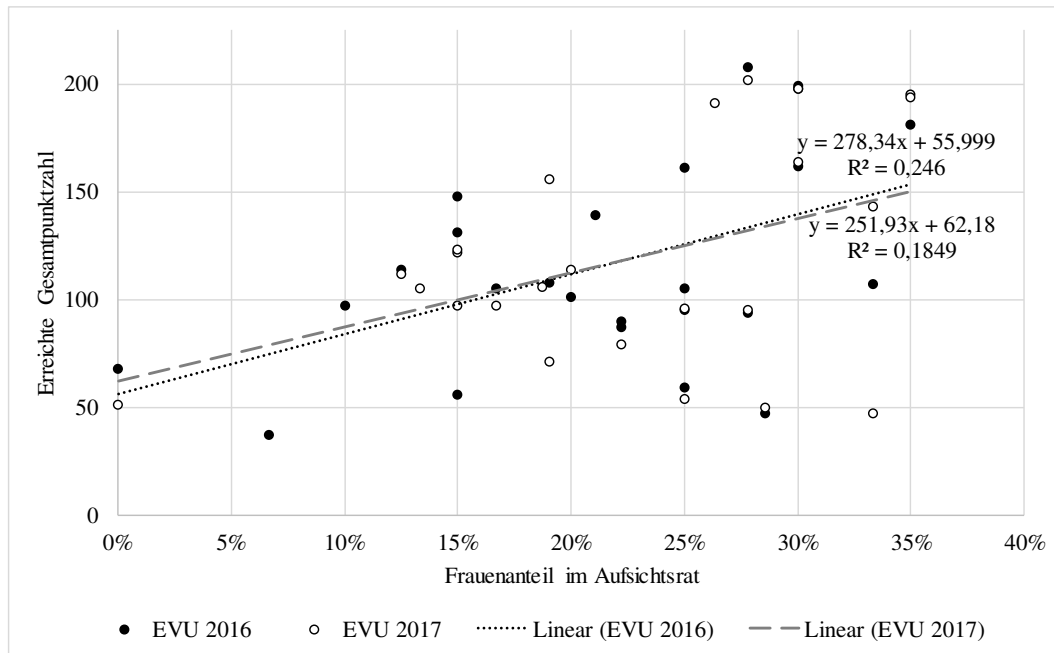


Abbildung 33: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVU in 2016 ($n = 25$) und 2017 ($n = 24$)¹⁵⁰³

Das Bestimmtheitsmaß R^2 beträgt im Jahr 2016 rund 24,6 und im Folgejahr 18,5 %. Damit liegen diese Werte deutlich über den Bestimmtheitsmaßen, die zu den Untersuchungen im Hinblick auf die Diversität in der Unternehmensführung vorliegen.

Aus Tabelle 23 geht hervor, dass sowohl für **Hypothese H7a** als auch **H7b** ein signifikantes Ergebnis vorliegt. Damit sind die Hypothesen abzulehnen, wonach die Diversität in der Unternehmensführung nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung in 2016 bzw. 2017 beeinflusst.

H7 ¹⁵⁰⁴	
H7a (2016)	H7b (2017)
278,3395* (0,012)	251,9286* (0,036)

Tabelle 23: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVU in 2016 ($n = 25$) und 2017 ($n = 24$)¹⁵⁰⁵

Es ist folglich zu konstatieren, dass EVU mit einer höheren Diversität im Aufsichtsrat 2016 bzw. 2017 einen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen.

¹⁵⁰³ Eigene Darstellung.

¹⁵⁰⁴ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁵⁰⁵ Eigene Darstellung.

H7a: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2016. → **Ablehnung.**

H7b: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller EVU in 2017. → **Ablehnung.**

Neben der Betrachtung des Sachverhalts für die gesamte Stichprobe folgt im Weiteren die Untersuchung für die **kEVU**. Hierbei ist zu beachten, dass 2017 nur 20 kEVU untersucht wurden, da der Aufsichtsrat der Stadtwerke Bochum in diesem Geschäftsjahr aufgelöst wurde.¹⁵⁰⁶

Die in Abbildung 34 dargestellten Ergebnisse der Regressionsanalysen sind mit Excel ermittelt worden. Aus der dargestellten Regressionsfunktion geht hervor, dass in beiden Geschäftsjahren positive Regressionskoeffizienten vorliegen, wonach kEVU mit einem höheren Frauenanteil im Aufsichtsrat einen höheren Erreichungsgrad aufweisen. Des Weiteren ist festzuhalten, dass das Bestimmtheitsmaß R^2 im Jahr 2016 rund 15,2 % beträgt. Für das Geschäftsjahr 2017 liegt der Wert des Bestimmtheitsmaßes R^2 im Vergleich zum Vorjahr bei lediglich knapp 6,0 %.

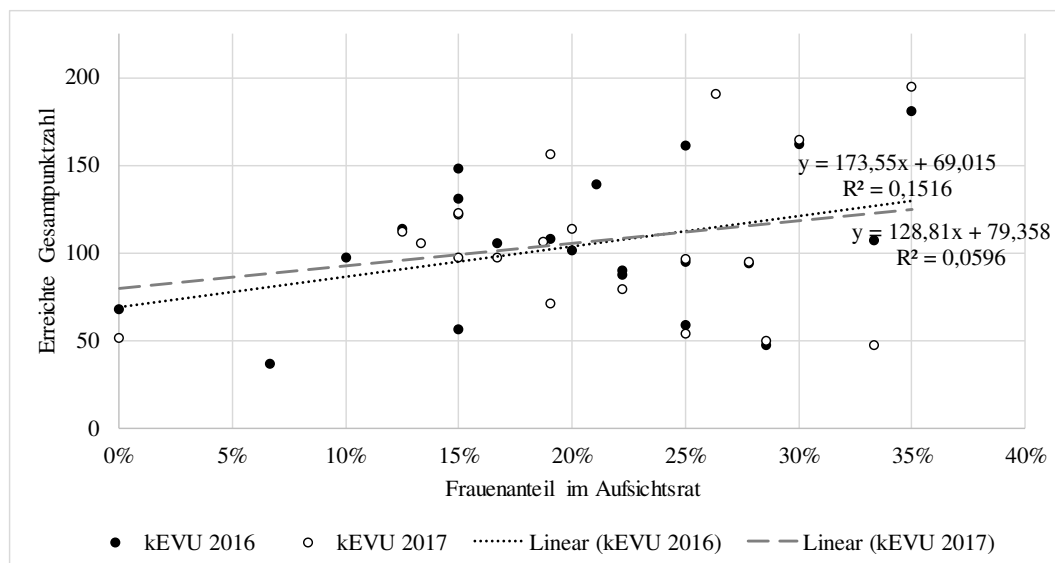


Abbildung 34: Streudiagramm mit Regressionsfunktionen zur Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der kEVU in 2016 (n = 21) und 2017 (n = 20)¹⁵⁰⁷

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse, die mit Stata durchgeführt worden ist, sind in Tabelle 24 abgebildet. Dieser ist zu entnehmen, dass zur **Hypothese H7c** ein schwach signifikantes Ergebnis vorliegt, womit diese abzulehnen ist. Es ist damit

¹⁵⁰⁶ Vgl. Abschnitt 6.2.2.1.

¹⁵⁰⁷ Eigene Darstellung.

zu konkludieren, dass kEVU mit einer höheren Diversität im Aufsichtsrat im Jahr 2016 einen schwach signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen.

H7¹⁵⁰⁸	
H7c (2016)	H7d (2017)
173,5482 [#] (0,081)	128,805 (0,299)

Tabelle 24: Regressionsanalyse zwischen Erreichungsgrad und Frauenanteil im Aufsichtsrat der kEVU in 2016 (n = 21) und 2017 (n = 20)¹⁵⁰⁹

Im Geschäftsjahr 2017 liegt jedoch kein signifikantes Ergebnis vor. Diese **Hypothese H7d** ist dementsprechend nicht abzulehnen und Folgendes ist festzuhalten: Die kEVU mit einer höheren Diversität im Aufsichtsrat weisen 2017 keinen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf.

H7c: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2016. → Ablehnung.
H7d: Die Diversität im Aufsichtsrat beeinflusst nicht den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU in 2017. → Keine Ablehnung.

Im Rahmen dieses Abschnitts sind positive Beziehungen zwischen dem Frauenanteil im Aufsichtsrat und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung identifiziert worden. So sind für alle Geschäftsjahre und sowohl für die gesamte Stichprobe als auch für die kEVU positive Regressionskoeffizienten ermittelt worden. Hinsichtlich der gesamten Stichprobe liegen für beide Jahre signifikante Ergebnisse und bei den kEVU für 2016 ein schwach signifikantes Ergebnis vor. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass bei der Gruppe der kEVU im Geschäftsjahr 2017 kein signifikantes Resultat erzielt wird. Folglich ist der positive Einfluss eines höheren Frauenanteils im Aufsichtsrat auf den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung für die gesamte Stichprobe in beiden Geschäftsjahren und für die kEVU nur im Geschäftsjahr 2016 nachzuweisen.

6.4.2.6 Ergebnisse zur CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung

Die Unterteilung der Stichprobe hinsichtlich der Unternehmenseigenschaft, ob dem Verantwortungsbereich eines Mitglieds der Unternehmensführung CSR-Themen

¹⁵⁰⁸ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Regressionskoeffizient b und in Klammern der zugehörige p -Wert.

¹⁵⁰⁹ Eigene Darstellung.

zugeordnet sind oder nicht, offenbart **Unterschiede in den Erreichungsgraden** der beiden Unternehmensgruppen.¹⁵¹⁰ Innerhalb der beiden Gruppen zeigen sich allerdings in der vergleichenden Betrachtung der Geschäftsjahre bei der Gesamtschau keine wesentlichen Abweichungen, wie aus Abbildung 35 hervorgeht.

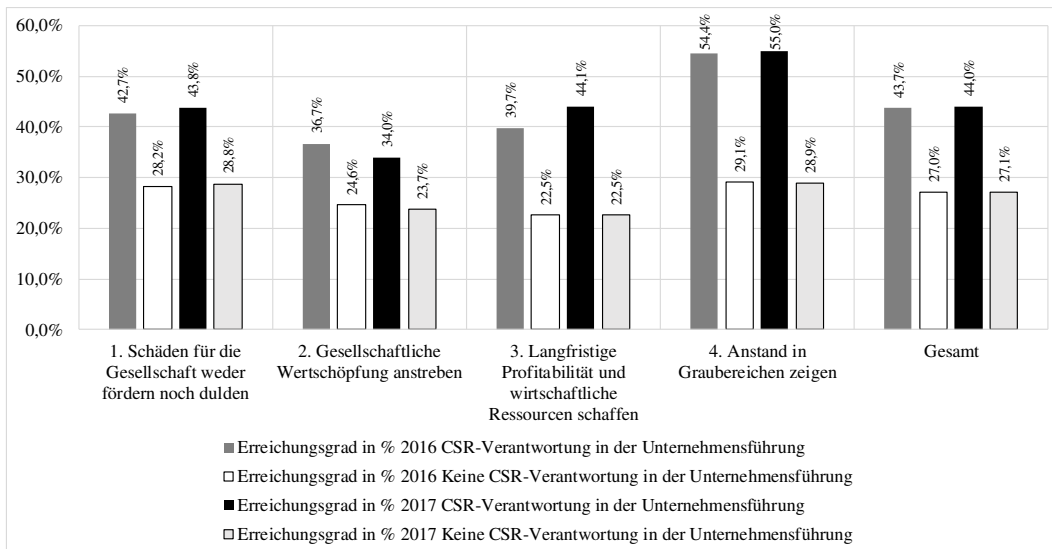


Abbildung 35: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung pro Dimension in 2016 und 2017¹⁵¹¹

Lediglich bei der Gruppe der EVU, die CSR-Verantwortung auf der Unternehmensführungsebene verankert haben, liegen entsprechend der Abbildung 36 in den Subdimensionen drei Abweichungen von mindestens 5,0 Prozentpunkten im Hinblick auf die Erreichungsgrade vor. Bei den Subdimensionen 2.1 „Wertschöpfung“ und 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ sinken die Erreichungsgrade um 5,0 bzw. 6,3 Prozentpunkte. Ein Anstieg von 2016 zu 2017 ist bei der Subdimension 3.1 „Unterstützung von Gründungsbemühungen“ um 10,2 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Im **Vergleich beider Gruppen** auf der Ebene der Dimensionen und Subdimensionen schneidet die Gruppe mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung

¹⁵¹⁰ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf Anhang R.

¹⁵¹¹ Eigene Darstellung.

stets mit höheren Erreichungsgraden ab. Lediglich bei der Subdimension 2.2 „Querverbund“ ist in beiden Jahren ein gegenteiliges Ergebnis zu konstatieren.

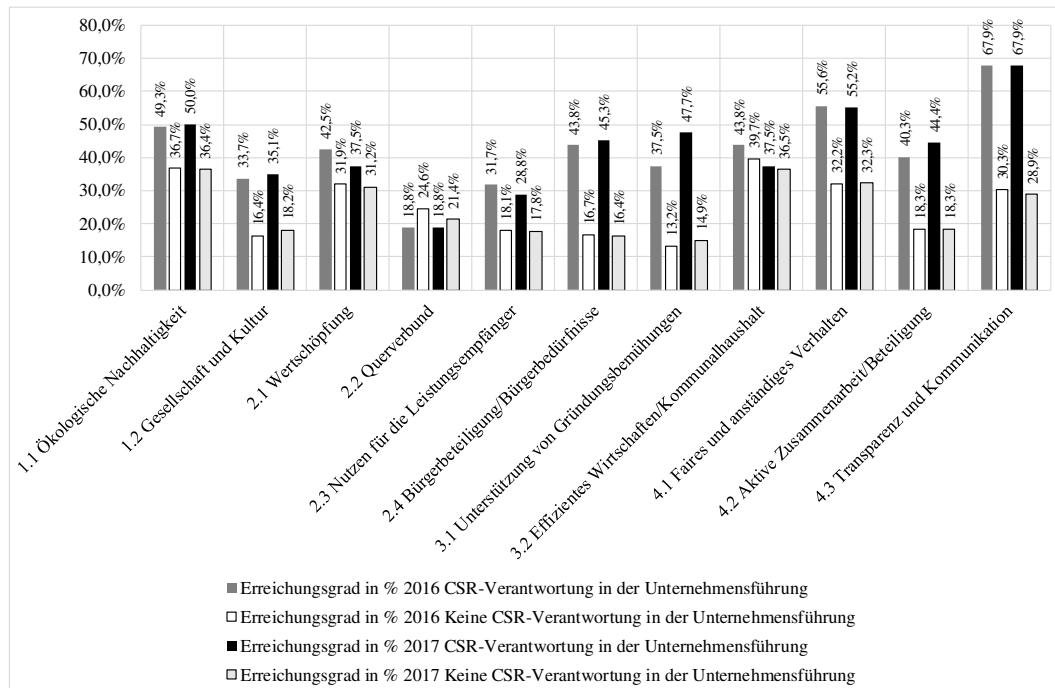


Abbildung 36: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁵¹²

Da also auf der Dimensionenebene die EVU ohne CSR-Verantwortung stets niedrigere Erreichungsgrade aufweisen als die der Vergleichsgruppe, ist eine identische Aussage für die Erreichungsgrade im **Gesamtergebnis** zu treffen. Der Erreichungsgrad der EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung steigt von 43,7 % in 2016 um 0,3 Prozentpunkte auf 44,0 % im Folgejahr. Für die EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung steigt dieser Wert in einem geringeren Umfang von 27,0 % in 2016 um 0,1 Prozentpunkte auf 27,1 % in 2017. Dadurch ergibt sich eine steigende Differenz der Erreichungsgrade beider Gruppen um 0,2 Prozentpunkte von 16,7 Prozentpunkten in 2016 auf 16,9 Prozentpunkte in 2017.

Die Erwartung, dass EVU mit einer CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung höhere Erreichungsgrade aufweisen als EVU ohne diese Eigenschaft, ist in die **Hypothesen H8a und H8b** eingeflossen. Die statistische Untersuchung dieser Hypothesen ist mittels **Wilcoxon-Rangsummentest** durchgeführt worden.

¹⁵¹² Eigene Darstellung.

Die Ergebnisse zu den Hypothesen H8a und H8b sind in Tabelle 25 abgebildet. Es ist festzustellen, dass für beide Hypothesen signifikante Ergebnisse vorliegen.

H8 ¹⁵¹³	H8a (2016)	H8b (2017)
Keine CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung	-2,002* (0,0453)	-2,002* (0,0453)
CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung	2,002* (0,0453)	2,002* (0,0453)

Tabelle 25: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Verantwortung (n = 4) und EVU ohne CSR-Verantwortung (n = 21) in der Unternehmensführung in 2016 und 2017¹⁵¹⁴

Damit sind beide Hypothesen abzulehnen. Folglich zeigt sich, dass EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung in 2016 einen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen als EVU ohne diese Eigenschaft. Selbiges Ergebnis ist für das Geschäftsjahr 2017 zu konstatieren.

H8a: EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung im Jahr 2016 auf. → **Ablehnung**.

H8b: EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung weisen keinen unterschiedlichen Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung als EVU ohne CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung im Jahr 2017 auf. → **Ablehnung**.

In diesem Abschnitt ist die Unternehmensberichterstattungspraxis auf CSR-Themen unter dem Aspekt untersucht worden, ob in der Unternehmensführung eine CSR-Verantwortlichkeit verankert ist. Anhand des Vergleichs der Erreichungsgrade ist deutlich geworden, dass die EVU mit einer solchen Eigenschaft auf Dimensionenebene und in der Gesamtbetrachtung einen höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen als EVU ohne diese Eigenschaft. Mittels der statistischen Untersuchung ist für beide Geschäftsjahre zudem ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zwischen diesen Unternehmensgruppen zugunsten der EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung ermittelt worden.

¹⁵¹³ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵¹⁴ Eigene Darstellung.

6.4.2.7 Ergebnisse zur Verwendung von CSR-Rahmenwerken

Im Folgenden wird betrachtet, ob die Verwendung eines CSR-Rahmenwerks zur Erstellung eines Unternehmensberichts zu höheren Erreichungsgraden des Berichts führt. In Abbildung 37 sind die **unterschiedlichen Erreichungsgrade** der freiwilligen CSR-Berichte¹⁵¹⁵ nach diesem Unterscheidungsmerkmal dargestellt.¹⁵¹⁶

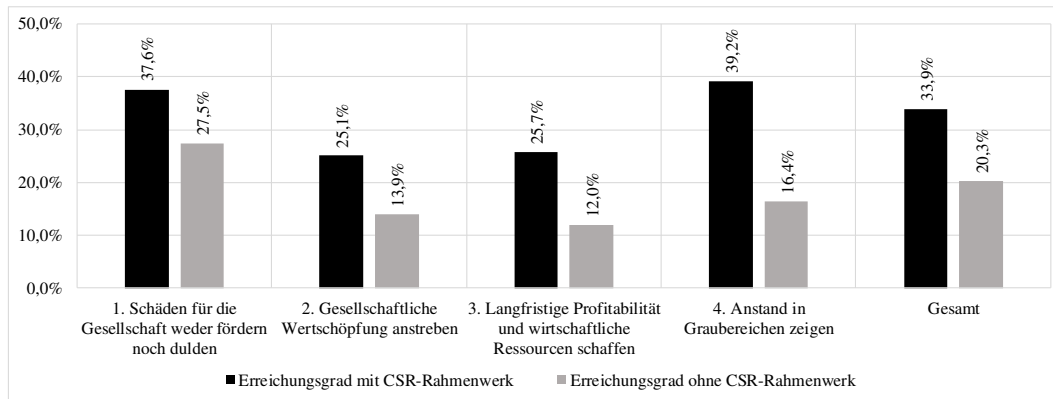


Abbildung 37: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR-Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) pro Dimension für beide Geschäftsjahre¹⁵¹⁷

Anhand der Abbildung 37 und der Abbildung 38 wird deutlich, dass die freiwilligen CSR-Berichte, die mittels eines CSR-Rahmenwerks erstellt worden sind, in allen Dimensionen und fast allen Subdimensionen höhere Erreichungsgrade aufweisen als die **Vergleichsgruppe**. Lediglich die Berichterstattung zur Subdimension 2.2 „Querverbund“ in den freiwilligen CSR-Berichten ohne CSR-Rahmenwerk erzielt höhere Erreichungsgrade.

Beim Vergleich in der **Gesamtbetrachtung** beider Gruppen zeigt sich die Erzielung höherer Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte, die mittels eines CSR-Rahmenwerks erstellt worden sind. Der Erreichungsgrad dieser Gruppe von freiwilligen CSR-Berichten liegt insgesamt mit 33,9 % um 13,6 Prozentpunkte über dem der Vergleichsgruppe mit 20,3 %.

¹⁵¹⁵ Dabei sind nicht nur die weiteren Unternehmensberichte aus Abbildung 13, die einen CSR-Bezug aufweisen, berücksichtigt worden, sondern auch die Nachhaltigkeitskapitel aus den Geschäftsberichten. Vgl. Abschnitt 3.2.2.5.

¹⁵¹⁶ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf Anhang S. Zur Darstellung, ob einem freiwilligen CSR-Bericht ein Rahmenwerk zugrunde liegt, sei auf Anhang J verwiesen.

¹⁵¹⁷ Eigene Darstellung.

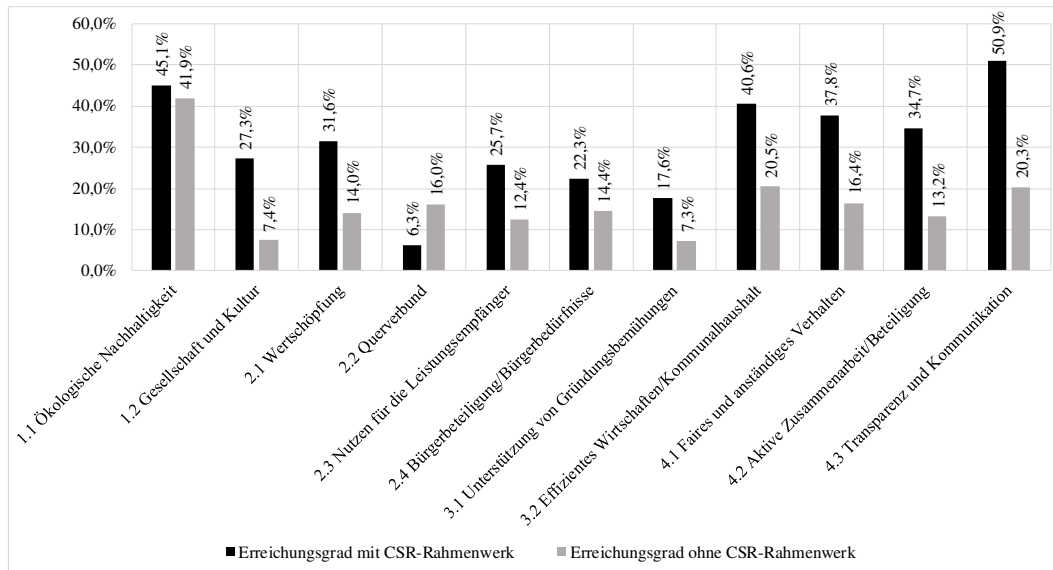


Abbildung 38: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR-Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) pro Subdimension für beide Geschäftsjahre¹⁵¹⁸

In Tabelle 26 sind die, mittels **Wilcoxon-Rangsummentest** erzielten, statistischen Untersuchungsergebnisse zur **Hypothese H9** abgebildet. Dieser ist zu entnehmen, dass ein signifikantes Ergebnis vorliegt. Somit ist die Hypothese abzulehnen, wonach freiwillige CSR-Berichte, die unter der Berücksichtigung von Rahmenwerken erstellt worden sind, keinen unterschiedlichen Erreichungsgrad als freiwillige CSR-Berichte ohne diese Eigenschaft aufweisen.

H9 ¹⁵¹⁹	
Kein Rahmenwerk	-2,413* (0,0158)
Mit Rahmenwerk	2,413* (0,0158)

Tabelle 26: Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichte mit CSR-Rahmenwerk (n = 16) und der freiwilligen CSR-Berichte ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13) für beide Geschäftsjahre¹⁵²⁰

Es ist hingegen festzuhalten, dass freiwillige CSR-Berichte, die unter der Verwendung eines Rahmenwerks erstellt worden sind, einen signifikant höheren Erreichungsgrad offenbaren als freiwillige CSR-Berichte, denen kein CSR-Rahmenwerk zugrunde liegt.

¹⁵¹⁸ Eigene Darstellung.

¹⁵¹⁹ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵²⁰ Eigene Darstellung.

H9: Unter der Berücksichtigung von Rahmenwerken erstellte freiwillige CSR-Berichte weisen keinen unterschiedlichen Erreichungsgrad als freiwillige CSR-Berichte ohne diese Eigenschaft auf. → **Ablehnung.**

In diesem Abschnitt ist der Vergleich der Erreichungsgrade von freiwilligen CSR-Berichten anhand der Verwendung von Rahmenwerken untersucht worden. Die höheren Erreichungsgrade in der Gesamtbetrachtung und auch auf der Dimensionenebene von freiwilligen CSR-Berichten, die mittels eines Rahmenwerks erstellt worden sind, bestätigen die Erwartung eines positiven Einflusses von Rahmenwerken auf die freiwilligen CSR-Berichte. Zudem ist dieser statistisch nachweisbar, wie aus den zuvor erläuterten Untersuchungsergebnissen hervorgeht.

6.4.2.8 Ergebnisse zur prüfungspflichtigen Berichterstattung

Die Informationen zu CSR-Themen können innerhalb der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung verortet sein.¹⁵²¹ Zur Betrachtung der Ergebnisse für die zugehörigen Hypothesen H10 und H11 werden zunächst die Erkenntnisse zu allen EVU der Stichprobe erläutert.¹⁵²² Im Anschluss erfolgt die Darstellung der Ergebnisse zu den KEVU.¹⁵²³ Die Ausführungen zu der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von EVU, die im Geschäftsjahr 2017 der CSR-Berichtspflicht unterliegen, sind im darauffolgenden Abschnitt verortet.¹⁵²⁴

6.4.2.8.1 Alle Energieversorgungsunternehmen

Der Überblick über die Entwicklung der **Erreichungsgrade aller EVU** der Stichprobe in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension ist Abbildung 39 zu entnehmen. Es sind keine wesentlichen **Unterschiede der Erreichungsgrade** mit einer Differenz von mindestens 5,0 Prozentpunkten beim Vergleich der Geschäftsjahre auf Dimensionenebene zu identifizieren.

¹⁵²¹ Die Auswertungsdaten in diesem Abschnitt basieren im Wesentlichen auf den Anhängen T, U und V.

¹⁵²² Vgl. Abschnitt 6.4.2.8.1.

¹⁵²³ Vgl. Abschnitt 6.4.2.8.2.

¹⁵²⁴ Vgl. Abschnitt 6.4.2.8.3.

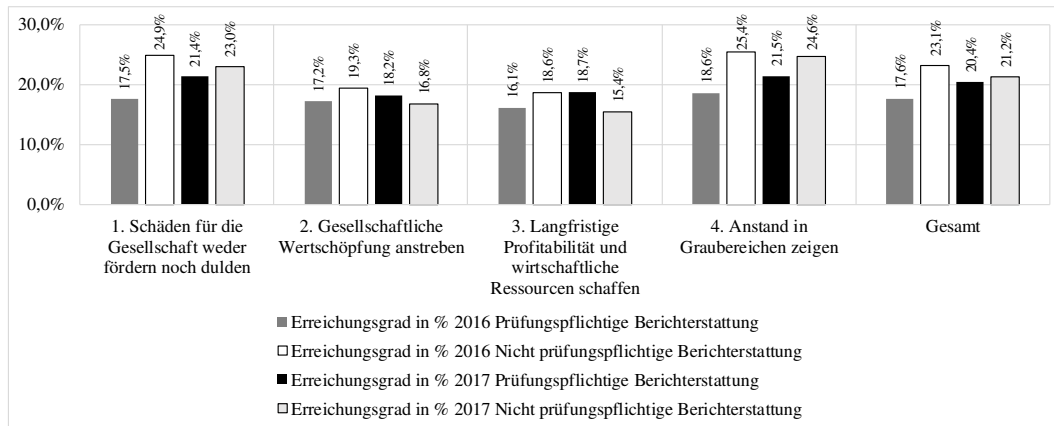


Abbildung 39: Erreichungsgrade der EVU (n = 25) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017¹⁵²⁵

Bei der zusätzlichen Betrachtung der Erreichungsgrade zu den Subdimensionen in Abbildung 40 ist auch auf dieser Betrachtungsebene eine ähnliche Aussage zu treffen. Lediglich bei der Subdimension 4.3 „Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen“ zeigt sich ein Anstieg des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017 in Höhe von 6,3 Prozentpunkten. Im Gegenzug sinkt der Erreichungsgrad der Subdimension 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ um 6,3 Prozentpunkte im Rahmen der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung.

Beim **Vergleich der Erreichungsgrade** der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung in den Geschäftsjahren sind Veränderungen zu Gunsten der prüfungspflichtigen Berichterstattung zu konstatieren. Im Geschäftsjahr 2016 weisen die Erreichungsgrade in der Gesamtbetrachtung und auch hinsichtlich der Dimensionen stets höhere Werte in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung auf. Bis auf die Subdimension 2.2 „Querverbund“ liegt auch auf der Ebene der Subdimensionen immer ein höherer Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung vor.

Im Geschäftsjahr 2017 ist eine Veränderung des Verhältnisses der Erreichungsgrade in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung zum Vorjahr zu konstatieren. So sind in diesem Geschäftsjahr nur noch die Erreichungsgrade der vier Subdimensionen 1.1 „Ökologische Nachhaltigkeit“, 2.4 „Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“, 4.2 „Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung“ und 4.3 „Transparenz und

¹⁵²⁵ Eigene Darstellung.

Kommunikation über das Unternehmen“ in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung größer als in der prüfungspflichtigen Berichterstattung. Hinsichtlich der Dimensionenebene sind ebenfalls Veränderungen zu konstatieren. Im Geschäftsjahr 2017 liegen nur noch bei der Hälfte der Dimensionen höhere Erreichungsgrade in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung vor. Dies sind die erste Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“ und die vierte Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“.

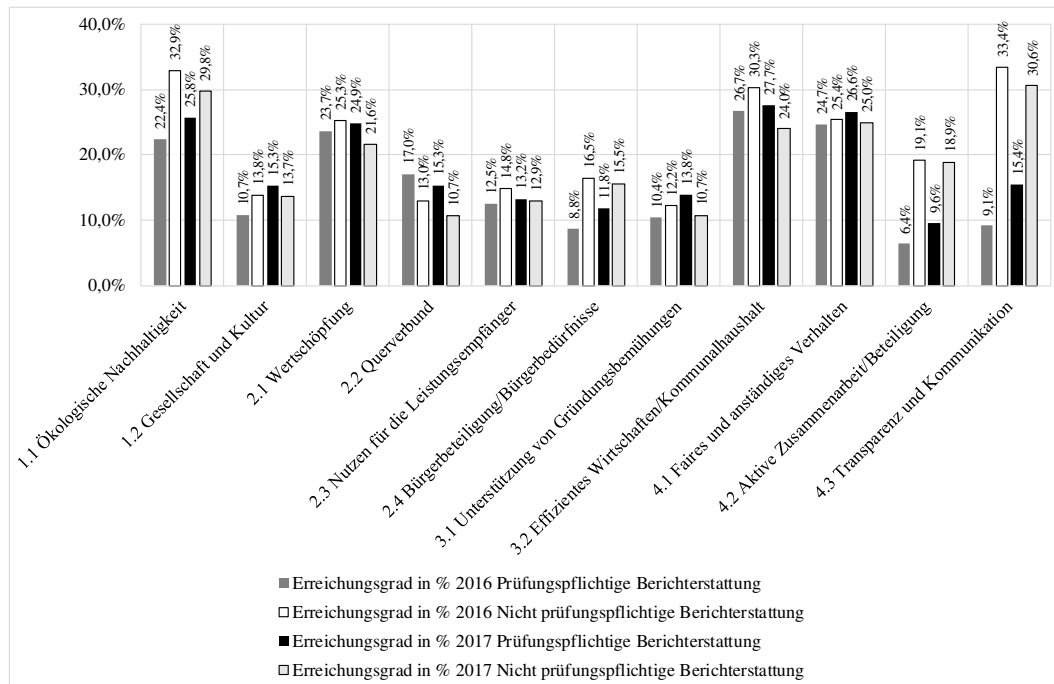


Abbildung 40: Erreichungsgrade der EVU (n = 25) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁵²⁶

Die Verlagerung der höheren Erreichungsgrade von der nicht prüfungspflichtigen auf die prüfungspflichtige Berichterstattung schlägt sich auch im Gesamtergebnis nieder. Zwar ist der insgesamt **Erreichungsgrad** der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung im Jahr 2017 noch größer als der der prüfungspflichtigen Berichterstattung, jedoch ist ein Rückgang der Differenz von 5,5 Prozentpunkten in 2016 um 4,7 Prozentpunkte zu nur noch 0,8 Prozentpunkten in 2017 zu verzeichnen. Dies ist in einem Anstieg des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 17,6 % um 2,8 Prozentpunkte auf 20,4 % bei einem gleichzeitigen Rückgang des Erreichungsgrades der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung

¹⁵²⁶ Eigene Darstellung.

von 23,1 % um 1,9 Prozentpunkte auf 21,2 % begründet. Somit hat eine Annäherung der Erreichungsgrade stattgefunden.

Die Annäherung der Erreichungsgrade zeigt sich auch in der statistischen Untersuchung. Die Überprüfung der **Hypothesen H10a und H10b** erfolgt mittels **Wilcoxon-Vorzeichenrangtest**. Aus der Tabelle 27 ist zu entnehmen, dass für das Geschäftsjahr 2016, im Gegensatz zum Geschäftsjahr 2017, ein signifikantes Ergebnis vorliegt. Somit ist die Hypothese H10a abzulehnen, wonach der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung keinen Unterschied zum Grad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU in 2016 aufweist. Für das Geschäftsjahr 2017 ist die Hypothese H10b, dass kein signifikanter Unterschied vorliegt, nicht abzulehnen.

H10¹⁵²⁷	H10a (2016)	H10b (2017)
Prüfungspflichtige Berichterstattung	-2,059* (0,0395)	-0,700 (0,4841)
Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung	2,059* (0,0395)	0,700 (0,4841)

Tabelle 27: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU (n = 25) in 2016 und 2017¹⁵²⁸

Folglich ist festzuhalten, dass die Erreichungsgrade der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung 2016 noch einen signifikanten Unterschied aufweisen, während für das Folgejahr 2017 diese Aussage nicht zu treffen ist. Es wird angenommen, dass aufgrund der zuvor erläuterten Annäherung der Erreichungsgrade von 2016 zu 2017 im Folgejahr kein Unterschied mehr statistisch nachweisbar ist.

H10a: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU in 2016 auf. → Ablehnung .
H10b: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU in 2017 auf. → Keine Ablehnung .

Des Weiteren ist zur gezielten Untersuchung von Veränderungen hinsichtlich des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017

¹⁵²⁷ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵²⁸ Eigene Darstellung.

die **Hypothese H11a** formuliert worden. Die mittels des **Wilcoxon-Vorzeichen-rangtests** erzielten Ergebnisse der statistischen Untersuchung sind in Tabelle 28 dargestellt. Es zeigt sich, dass für die Betrachtung aller EVU ein signifikantes Ergebnis vorliegt, womit die Hypothese H11a abzulehnen ist.

H11a¹⁵²⁹	
2016	-2,356* (0,0185)
2017	2,356* (0,0185)

Tabelle 28: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU (n = 25) von 2016 zu 2017¹⁵³⁰

Folglich ist zu konkludieren, dass der Erreichungsgrad aller EVU in der prüfungspflichtigen Berichterstattung 2017 einen signifikant höheren Grad als im Vergleich zu 2016 aufweist.

H11a: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung aller EVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → **Ablehnung.**

In diesem Abschnitt ist für die gesamte Stichprobe untersucht worden, wie sich die prüfungspflichtige und nicht prüfungspflichtige Berichterstattung von 2016 zu 2017 entwickelt. Hierbei ist eine Annäherung der Erreichungsgrade der prüfungspflichtigen an die nicht prüfungspflichtige Berichterstattung zu konstatieren. Bei der statistischen Untersuchung ist dies zu erkennen. Während für das Geschäftsjahr 2016 noch ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Arten der Berichterstattung vorliegt, ist dieser für 2017 nicht mehr zu verzeichnen. Zugleich weist die prüfungspflichtige Berichterstattung 2017 einen signifikant höheren Erreichungsgrad im Vergleich zum Vorjahr auf. Die CSR-Berichtspflicht kann als Erklärung für diese Entwicklung angeführt werden.

6.4.2.8.2 Kommunale Energieversorgungsunternehmen

Die **Erreichungsgrade der KEVU** in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension sind in Abbildung 41 dargestellt. Wesentliche **Unterschiede der Erreichungsgrade** von 2016 zu 2017 mit einer Differenz von mindestens 5,0 Prozentpunkten sind beim Vergleich der Geschäftsjahre auf der Dimensionenebene nicht zu identifizieren.

¹⁵²⁹ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵³⁰ Eigene Darstellung.

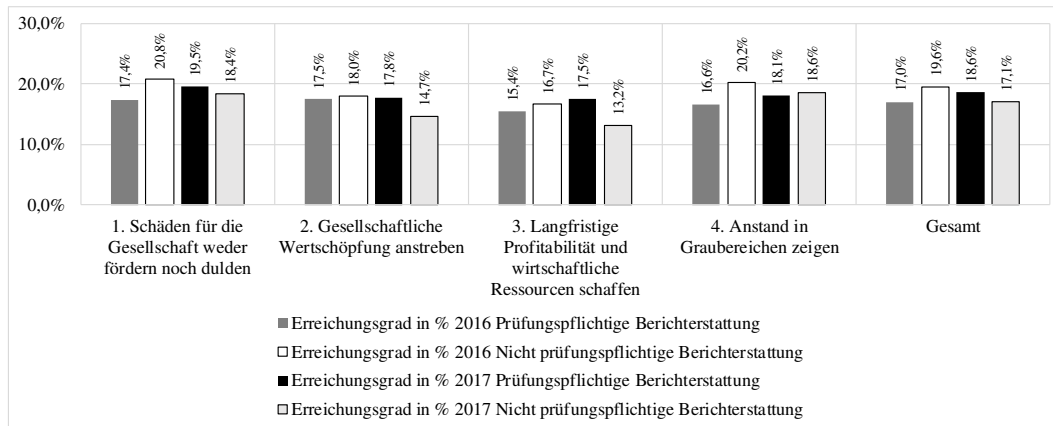


Abbildung 41: Erreichungsgrade der KEVU (n = 21) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017¹⁵³¹

Auf der Ebene der Subdimensionen sind in Abbildung 42 nur wesentliche Abweichungen bei der Subdimension 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ zu identifizieren. Der Erreichungsgrad zu dieser Subdimension sinkt in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017 um 7,6 Prozentpunkte.

Im Rahmen der **Gegenüberstellung der Erreichungsgrade** der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von den KEVU offenbart sich eine ähnliche Entwicklung von 2016 zu 2017 wie bei der Betrachtung aller EVU. Im Geschäftsjahr 2016 weisen die Erreichungsgrade zu allen vier Dimensionen höhere Werte in der nicht prüfungspflichtigen als in der prüfungspflichtigen Berichterstattung auf. Auch bei den Subdimensionen sind die Werte von sieben Subdimensionen in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung 2016 größer. Nur zu den vier Subdimensionen 1.2 „Gesellschaft und Kultur“, 2.1 „Wertschöpfung“, 2.2 „Querverbund“ sowie 4.1 „Faires und anständiges Verhalten“ werden 2016 in der prüfungspflichtigen Berichterstattung höhere Ergebnisse erreicht.

Ebenso wie bei der Betrachtung der gesamten Stichprobe, zeigt sich auch bei den KEVU ein Wandel beim **Vergleich der Geschäftsjahre**. So liegen 2017 zu drei Dimensionen höhere Erreichungsgrade im Rahmen der prüfungspflichtigen Berichterstattung vor. Lediglich bei der vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ ist noch ein höherer Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung festzustellen. Auch das Verhältnis der Erreichungsgrade zwischen der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung auf der

¹⁵³¹ Eigene Darstellung.

Ebene der Subdimensionen unterliegt einer Veränderung. Im Geschäftsjahr 2017 liegen höhere Erreichungsgrade zu sieben Subdimensionen nicht mehr wie im Vorjahr in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung, sondern in der prüfungspflichtigen Berichterstattung vor.

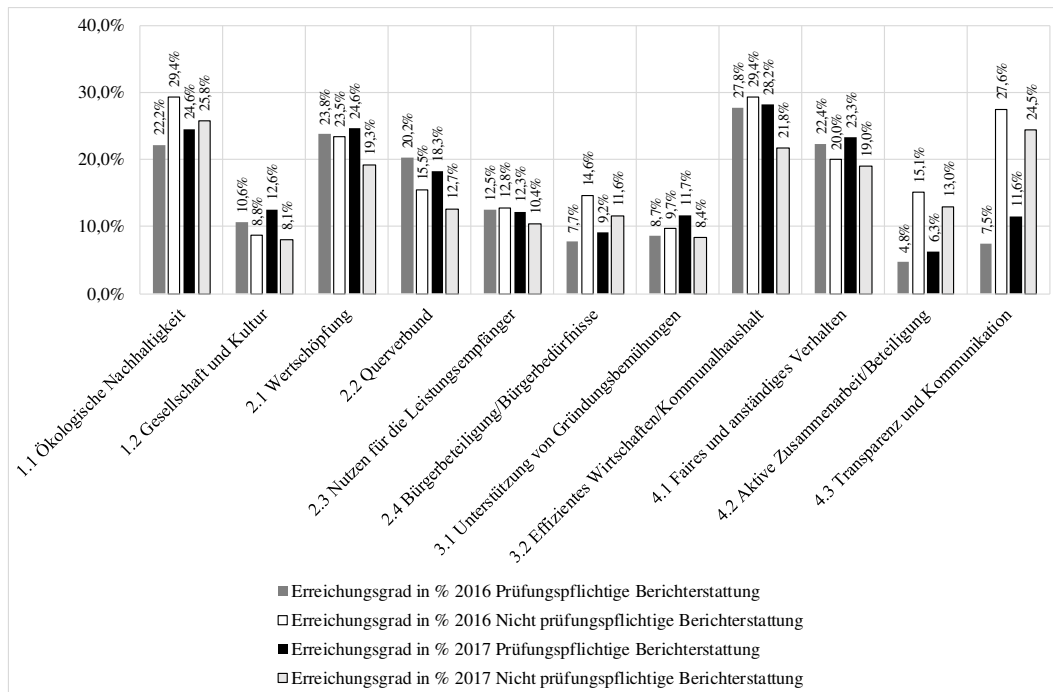


Abbildung 42: Erreichungsgrade der KEVU (n = 21) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁵³²

Bei der Betrachtung der **Erreichungsgrade in der Gesamtschau** hat nicht nur eine Annäherung wie bei der Betrachtung aller EVU stattgefunden, sondern ein Übergang des höheren Erreichungsgrades von der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung in 2016 auf die prüfungspflichtige Berichterstattung in 2017. Dies ist auf den Anstieg des Erreichungsgrades der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 17,0 % um 1,6 Prozentpunkte auf 18,6 % bei einem gleichzeitigen Rückgang des Erreichungsgrades der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von 19,6 % um 2,5 Prozentpunkte auf 17,1 % zurückzuführen. Die Differenz der Erreichungsgrade sinkt von 2,6 Prozentpunkten in 2016 um 1,1 Prozentpunkte auf 1,5 Prozentpunkte in 2017.

Zur Betrachtung der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von KEVU sind entsprechende Hypothesen formuliert worden. Die Über-

¹⁵³² Eigene Darstellung.

prüfung der **Hypothesen H10c und H10d** ist anhand des **Wilcoxon-Vorzeichenrangtests** durchgeführt worden. Anhand der in Tabelle 29 abgebildeten Ergebnisse ist zu erkennen, dass keine signifikanten Ergebnisse vorliegen, weshalb beide Hypothesen nicht abzulehnen sind.

H10¹⁵³³	H10c (2016)	H10d (2017)
Prüfungspflichtige Berichterstattung	-1,304 (0,1923)	0,087 (0,9307)
Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung	1,304 (0,1923)	-0,087 (0,9307)

Tabelle 29: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der KEVU (n = 21) in 2016 und 2017¹⁵³⁴

Es bleibt somit festzuhalten, dass der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung keinen signifikanten Unterschied zum Grad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der KEVU in beiden Geschäftsjahren aufweist.

H10c: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der KEVU in 2016 auf. → Keine Ablehnung.
H10d: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der KEVU in 2017 auf. → Keine Ablehnung.

Zudem ist im Rahmen der **Hypothese H11b** die Betrachtung von Veränderungen hinsichtlich des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017 zu untersuchen. Die mittels des **Wilcoxon-Vorzeichenrangtests** generierten Ergebnisse der statistischen Untersuchung zur Hypothese sind in Tabelle 30 dargestellt.

H11b¹⁵³⁵	
2016	-1,409 (0,1587)
2017	1,409 (0,1587)

Tabelle 30: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der KEVU (n = 21) von 2016 zu 2017¹⁵³⁶

¹⁵³³ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵³⁴ Eigene Darstellung.

¹⁵³⁵ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵³⁶ Eigene Darstellung.

Es zeigt sich, dass bei der Untersuchung der kEVU kein signifikantes Ergebnis vorliegt. Folglich ist die Hypothese H11b nicht abzulehnen. Somit ist zu bemerken, dass der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung 2017 keinen signifikanten Unterschied im Vergleich zu 2016 aufweist.

H11b: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der kEVU verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → ***Keine Ablehnung.***

Im Rahmen der Betrachtung in diesem Abschnitt fand die Untersuchung der kEVU statt. Auch wenn bei den kEVU Veränderungen der Erreichungsgrade von 2016 zu 2017 deutlich geworden sind, liegen hierzu keine signifikanten Ergebnisse in der statistischen Untersuchung vor. Dies ist möglicherweise darin begründet, dass von den kEVU im Geschäftsjahr 2017 nur drei Unternehmen von der CSR-Berichtspflicht betroffen sind und damit die Veränderungen nicht so deutlich wie bei der Betrachtung der gesamten Stichprobe ausfallen, bei der sieben EVU der CSR-Berichtspflicht unterliegen.¹⁵³⁷ Bemerkenswert ist jedoch, dass in der Gesamtschau der höhere Erreichungsgrad im Jahr 2017, im Gegensatz zum Vorjahr, in der prüfungspflichtigen Berichterstattung zu identifizieren ist, auch wenn diese Veränderung nicht signifikant ist.

6.4.2.8.3 Energieversorgungsunternehmen mit CSR-Berichtspflicht

Die Darstellung der **Erreichungsgrade der EVU**, die der **CSR-Berichtspflicht für das Geschäftsjahr 2017** unterliegen, ist Abbildung 43 pro Dimension hinsichtlich der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung zu entnehmen. Beim Vergleich der **Erreichungsgrade** in der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 zu 2017 sind insbesondere bei der prüfungspflichtigen Berichterstattung **Unterschiede** zu erkennen. So weisen die Erreichungsgrade der ersten Dimension „Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden“, dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ sowie vierten Dimension „Anstand in Graubereichen zeigen“ wesentliche Steigerungen in Höhe von mindestens 5,0 Prozentpunkten auf. Ebenso steigt der Erreichungsgrad dieser Form der Berichterstattung in der Gesamtbetrachtung von 2016 zu 2017 wesentlich an.

¹⁵³⁷ Vgl. Anhang I.

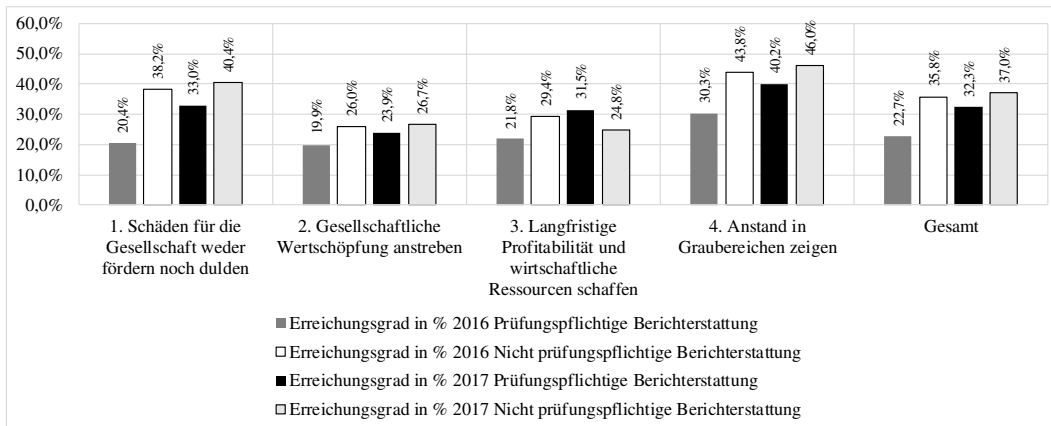


Abbildung 43: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension in 2016 und 2017¹⁵³⁸

Auch bei zahlreichen Subdimensionen, die in Abbildung 44 dargestellt sind, steigen die Werte der Erreichungsgrade in der prüfungspflichtigen Berichterstattung wesentlich an. Bei allen Subdimensionen, bis auf 2.1 „Wertschöpfung“, 2.2 „Querverbund“ sowie 2.3 „Nutzen für die Leistungsempfänger“, ist eine positive Entwicklung, die als wesentlich zu bezeichnen ist, der Erreichungsgrade beim Vergleich beider Geschäftsjahre in der prüfungspflichtigen Berichterstattung zu verzeichnen. Bei der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung sind lediglich zu den Subdimensionen 1.2 „Gesellschaft und Kultur“ und 3.2 „Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt“ wesentliche Veränderungen von mindestens 5,0 Prozentpunkten festzustellen.

Die gestiegenen Werte im Rahmen der prüfungspflichtigen Berichterstattung wirken sich auch auf das Verhältnis der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung untereinander aus. Im Geschäftsjahr 2016 sind beim **Vergleich der Erreichungsgrade** die Werte in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung bei der Gesamtbetrachtung, bei allen Dimensionen und bei zehn von elf Subdimensionen höher als in der prüfungspflichtigen Berichterstattung. Auch im Geschäftsjahr 2017 liegen zur Mehrzahl der Dimensionen und Subdimensionen höhere Werte in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung vor. Allerdings sind die Werte zu den Subdimensionen 2.4 „Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse“ und 3.1 „Unterstützung von Gründungsbemühungen“ sowie zur dritten Dimension „Langfristige Profitabilität und

¹⁵³⁸ Eigene Darstellung.

wirtschaftliche Ressourcen schaffen“ in diesem Geschäftsjahr in der prüfungspflichtigen Berichterstattung höher als in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung.

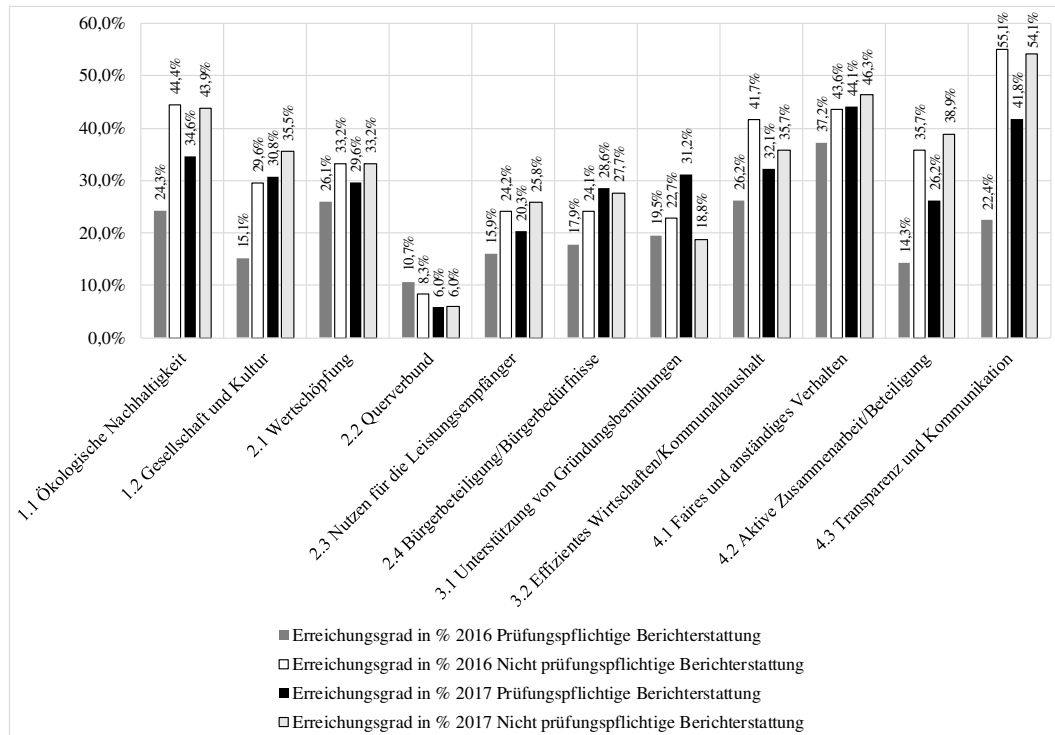


Abbildung 44: Erreichungsgrade der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Subdimension in 2016 und 2017¹⁵³⁹

Im Rahmen des Vergleichs der **Erreichungsgrade in der Gesamtschau** zwischen der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von 2016 und 2017 wird eine Annäherung der Werte deutlich. So steigt der Erreichungsgrad der prüfungspflichtigen Berichterstattung um 9,6 Prozentpunkte von 22,7 % im Jahr 2016 auf 32,3 % im Jahr 2017 an. Die positive Veränderung des Erreichungsgrades in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung beträgt im Vergleich nur 1,2 Prozentpunkte von 35,8 % auf 37,0 %. Dadurch sinkt die Differenz des Erreichungsgrades zwischen der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung von 13,1 Prozentpunkten im Jahr 2016 um 8,4 Prozentpunkte auf nur noch 4,7 Prozentpunkte im Jahr 2017.

Die Überprüfung der **Hypothesen H10e und H10f** ist mittels des **Wilcoxon-Vorzeichenrangtests** durchgeführt worden. Die Hypothesen, wonach der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung keinen Unterschied zum Grad in

¹⁵³⁹ Eigene Darstellung.

der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung für 2016 und auch 2017 aufweist, sind damit nicht abzulehnen.

H10 ¹⁵⁴⁰	H10e (2016)	H10f (2017)
Prüfungspflichtige Berichterstattung	-1,352 (0,1763)	-1,103 (0,2702)
Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung	1,352 (0,1763)	1,103 (0,2702)

Tabelle 31: Unterschied des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) in 2016 und 2017¹⁵⁴¹

Ein signifikanter Unterschied der Erreichungsgrade liegt folglich weder im Geschäftsjahr 2016 noch im Geschäftsjahr 2017 vor.

H10e: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht in 2016 auf. → **Keine Ablehnung.**

H10f: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung weist keinen Unterschied zum Erreichungsgrad in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht in 2017 auf. → **Keine Ablehnung.**

Zudem wird im Hinblick auf die **Hypothese H11c** überprüft, ob der Erreichungsgrad im Rahmen der prüfungspflichtigen Berichterstattung keinen signifikanten Unterschied von 2016 zu 2017 aufweist. Diese statistische Untersuchung ist mittels **Wilcoxon-Vorzeichenrangtest** durchgeführt worden. Anhand der in Tabelle 32 dargestellten Untersuchungsergebnisse ist ersichtlich, dass ein signifikantes Resultat vorliegt.

H11c ¹⁵⁴²	
2016	-2,366* (0,0180)
2017	2,366* (0,0180)

Tabelle 32: Veränderung des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht (n = 7) von 2016 zu 2017¹⁵⁴³

¹⁵⁴⁰ Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵⁴¹ Eigene Darstellung.

¹⁵⁴² Die Werte in den Tabellenfeldern sind der Prüfwert (z) und in Klammern der zugehörige p-Wert.

¹⁵⁴³ Eigene Darstellung.

Damit ist zu konstatieren, dass die Hypothese H11c abzulehnen ist. Es ist folglich im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr ein signifikant höherer Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung von EVU mit CSR-Berichtspflicht festzustellen.

H11c: Der Erreichungsgrad in der prüfungspflichtigen Berichterstattung der EVU mit CSR-Berichtspflicht verändert sich von 2016 zu 2017 nicht. → **Ablehnung.**

In diesem Abschnitt sind die sieben EVU untersucht worden, die ab dem Geschäftsjahr 2017 der CSR-Berichtspflicht unterliegen. Da die prüfungspflichtige Berichterstattung auch die NFE bzw. den NFB umfasst, ist ein wesentlicher Anstieg des Erreichungsgrades durch die CSR-Berichtspflicht von 2016 zu 2017 erwartet worden, der im Rahmen der Ausführungen dieses Abschnitts bestätigt wird. Auch das Ergebnis der statistischen Untersuchung zur Hypothese H11c zeigt einen signifikanten Unterschied der prüfungspflichtigen Berichterstattung im Vergleich der Geschäftsjahre auf.

6.5 Zusammenfassung und kritische Würdigung der Ergebnisse

In diesem Abschnitt erfolgt die zusammenfassende Darstellung der empirischen Befunde. Dieser Abschnitt ist entsprechend der Zielsetzungen dieser Arbeit, die in der Einleitung formuliert sind, gegliedert. So wird zunächst auf den Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kEVU in den Geschäftsjahren 2016 sowie 2017 eingegangen.¹⁵⁴⁴ Anschließend erfolgt die Erläuterung der Determinanten auf den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung in der Praxis.¹⁵⁴⁵ Aufbauend auf den Ergebnissen der empirischen Analyse werden im darauffolgenden Abschnitt Handlungsempfehlungen für die kEVU abgeleitet.¹⁵⁴⁶ Abschließend wird auf die Limitationen der empirischen Analyse eingegangen sowie potenzielle weitergehende Forschungsbedarfe dargelegt.¹⁵⁴⁷

¹⁵⁴⁴ Vgl. Abschnitt 6.5.1.

¹⁵⁴⁵ Vgl. Abschnitt 6.5.2.

¹⁵⁴⁶ Vgl. Abschnitt 6.5.3.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Abschnitt 6.5.4.

6.5.1 Status quo von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

Die zweite Zielsetzung dieser Arbeit besteht in der Gewinnung von Erkenntnissen zum Stand der Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattungspraxis von kEVU in den Geschäftsjahren 2016 und 2017. Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Analyse zu dieser Zielsetzung dargestellt.¹⁵⁴⁸

In der Gesamtschau auf der **Unternehmensebene** ist zu konstatieren, dass der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aller untersuchten EVU in den betrachteten Geschäftsjahren lediglich um 0,1 Prozentpunkte, von 29,7 % im Jahr 2016 auf 29,8 % im Jahr 2017, zunimmt.¹⁵⁴⁹ Der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU sinkt hingegen von 26,7 % um 0,3 Prozentpunkte auf 26,4 %.¹⁵⁵⁰ Durch die in Abschnitt 6.3.2 definierten Grenzwerte, anhand derer das Berichterstattungsniveau bestimmt wird, sind in beiden Jahren **zurückhaltende Berichterstattungsniveaus im Gesamtergebnis der kEVU** festzustellen. Mittels dieser Grenzwerte wird die Aussage getroffen, dass im Jahr 2016 das Berichterstattungsniveau von 3 EVU als befriedigend (2017: 2 EVU), von 12 EVU als zurückhaltend (2017: 12 EVU) und von 10 EVU als rudimentär (2017: 11 EVU) zu bezeichnen ist. Ein ausführliches Berichterstattungsniveau wird von keinem EVU erreicht. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Anforderungskatalog mit 190 Kriterien als sehr umfangreich einzuschätzen ist.

Trotz der recht homogenen Gesamtergebnisse liegen bei drei EVU Abweichungen im zweistelligen Prozentbereich beim Vergleich der Geschäftsjahre vor.¹⁵⁵¹ Bei diesen drei EVU, die allesamt auch als kEVU zu bezeichnen sind, sind Veränderungen in der Unternehmensberichterstattung von 2016 zu 2017 identifizierbar.¹⁵⁵² So veröffentlicht badenova seit dem Jahr 2017 erstmals eine Umwelterklärung unter der Berücksichtigung von EMAS.¹⁵⁵³ Zugleich nimmt der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung bei badenova um 12,3 Prozentpunkte zu.¹⁵⁵⁴ Im

¹⁵⁴⁸ Die Ausführungen in diesem Abschnitt orientieren sich an der Gliederung und den Inhalten des Abschnitts 6.4.1.

¹⁵⁴⁹ Vgl. Abschnitt 6.4.1.1.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Abschnitt 6.4.2.3.

¹⁵⁵¹ Vgl. Abschnitt 6.4.1.1.

¹⁵⁵² Vgl. Anhang I.

¹⁵⁵³ Vgl. Anhang J.

¹⁵⁵⁴ Vgl. Anhang L.

Gegensatz dazu sinken die Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der Stadtwerke Hannover um 10,7 Prozentpunkte und der Stadtwerke Lübeck um 15,3 Prozentpunkte, bei gleichzeitiger Einstellung der Veröffentlichung des weiteren Unternehmensberichts bzw. des Geschäftsberichts mit Nachhaltigkeitskapitel.¹⁵⁵⁵

Aufgrund der Tatsache, dass die **Berichterstattungsauswertung nach den Berichtselementen** differenziert durchgeführt worden ist, sind Aussagen zur Verortung der CSR-Angaben in diesen abzuleiten. In den betrachteten Geschäftsjahren werden von der gesamten Stichprobe im Nachhaltigkeitskapitel des Geschäftsberichts und den weiteren Unternehmensberichten, also in der freiwilligen CSR-Berichterstattung, die höchsten Erreichungsgrade mit einem zurückhaltenden Berichterstattungs niveau erzielt.¹⁵⁵⁶ Für die KEVU gilt diese Aussage nur im Geschäftsjahr 2016, da im darauffolgenden Jahr im Rahmen der NFE bzw. des NFB ein höherer Erreichungsgrad als im Nachhaltigkeitskapitel und den weiteren Unternehmensberichten erzielt wird.¹⁵⁵⁷ Im Lagebericht und dem Rest-Geschäftsbericht liegen hingegen nur rudimentäre Berichterstattungs niveaus vor, wobei die Erreichungsgrade sowohl von allen EVU als auch von den KEVU in beiden Jahren im Lagebericht über denen des Rest-Geschäftsberichts liegen.¹⁵⁵⁸ Somit liegt der Schwerpunkt der Veröffentlichung von CSR-Angaben auf den Nachhaltigkeitskapiteln und weiteren Unternehmensberichten sowie der NFE bzw. dem NFB, also auf der freiwilligen und verpflichtenden CSR-Berichterstattung. Der Lagebericht und der Rest-Geschäftsbericht enthalten nur CSR-Angaben in einem rudimentären Ausmaß.

Bei der Betrachtung der Unternehmensberichterstattung der KEVU nach **quantitativen und qualitativen Angaben** ist in der Gesamtbetrachtung festzuhalten, dass in beiden Geschäftsjahren der Anteil der quantitativen Berichterstattung größer als der Anteil der qualitativen Berichterstattung ist. Es ist ein geringfügiger Rückgang des Anteils der qualitativen Angaben um 0,3 Prozentpunkte von 15,2 % in 2016 auf 14,9 % in 2017 zu verzeichnen. Auch hinsichtlich der quantitativen Angaben ist eine leicht rückläufige Entwicklung um 0,1 Prozentpunkte, von 19,1 % in 2016 auf 19,0 % im Folgejahr, zu identifizieren. Trotz des unwesentlichen Rückgangs ist der

¹⁵⁵⁵ Vgl. Anhang I.

¹⁵⁵⁶ Vgl. Anhang M.

¹⁵⁵⁷ Vgl. Anhang N.

¹⁵⁵⁸ Vgl. Abschnitt 6.4.1.2.

höhere Anteil quantitativer Angaben zu CSR-Themen im Sinne der Glaubwürdigkeit der Unternehmensberichterstattung begrüßenswert.

Abschließend ist zu konkludieren, dass trotz des geringfügig rückläufigen Grades von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU von 2016 zu 2017 auch positive Entwicklungen, wie etwa bei badenova durch die Ausweitung der Unternehmensberichterstattung um die Umwelterklärung nach EMAS, zu verzeichnen sind. Zudem sind Schwerpunkte der Verortung von CSR-Informationen in den Berichtselementen der Unternehmensberichterstattung identifiziert worden. Im Sinne einer glaubwürdigen Bereitstellung von CSR-Informationen in der Unternehmensberichterstattung ist zudem festgestellt worden, dass in beiden Geschäftsjahren anteilig mehr quantitative als qualitative Angaben zu CSR-Themen veröffentlicht werden.

6.5.2 Determinanten der Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung

Die dritte Zielsetzung der Arbeit besteht in der Betrachtung von potenziellen Determinanten in der Praxis der Unternehmensberichterstattung. Die erwarteten Determinanten sind in die Formulierung der Hypothesen eingeflossen und im Rahmen der empirischen Analyse untersucht worden. In den nachstehenden Ausführungen werden die Befunde zu dieser Zielsetzung erläutert.¹⁵⁵⁹

Im Rahmen des Vergleichs der EVU hinsichtlich der Eigenschaft, ob diese eine **Kapitalmarktorientierung** aufweisen, ist deutlich geworden, dass die kapitalmarktorientierten EVU in der Gesamtbetrachtung sowie in allen Dimensionen und nahezu allen Subdimensionen in beiden Jahren höhere Erreichungsgrade aufweisen. Auch hinsichtlich der statistischen Untersuchung liegt die Erkenntnis vor, dass die EVU mit einer Kapitalmarktorientierung im Jahr 2016 sowie 2017 höchst signifikant höhere Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung erzielen als EVU ohne diese Eigenschaft.

Aufgrund der Tatsache, dass sieben der **kapitalmarktorientierten EVU** im Geschäftsjahr 2017 erstmalig der CSR-Berichtspflicht unterliegen, ist die Erwartung gesteigerter Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr formuliert worden. Wie aus dem Vergleich der

¹⁵⁵⁹ Die Ausführungen in diesem Abschnitt orientieren sich an der Gliederung und den Inhalten des Abschnitts 6.4.2.

Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung dieser Unternehmensgruppe von 2016 zu 2017 hervorgeht, ist lediglich ein Anstieg um 2,1 Prozentpunkte zu verzeichnen. Auch mittels der statistischen Untersuchung ist **kein signifikanter Unterschied von 2016 zu 2017** ermittelt worden. Dieser geringe Anstieg ist möglicherweise darin begründet, dass die kapitalmarktorientierten EVU bereits vor dem Geschäftsjahr 2017 eine umfangreiche Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung vornehmen und dementsprechend hohe Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung bereits 2016 erzielen, wodurch nur noch geringfügige Zuwächse möglich und im Sinne der Bereitstellung wesentlicher Informationen erforderlich sind.

Im Gegensatz zu den kapitalmarktorientierten EVU, bei denen ein geringer Zuwachs beim Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zu verzeichnen ist, sinkt dieser Wert sogar um 0,9 Prozentpunkte bei den **nicht kapitalmarktorientierten EVU** von 2016 zu 2017. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass sich der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung dieser EVU im Vergleich der Geschäftsjahre nicht signifikant verändert. Auf die nicht kapitalmarktorientierten EVU ist somit **keine Ausstrahlungswirkung** von den von der CSR-Berichtspflicht betroffenen EVU im Geschäftsjahr 2017 erkennbar.

Die negative Entwicklung des Grades von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung in den betrachteten Geschäftsjahren ist ebenso für die **kEVU** zu konstatieren. Es existieren zwar kEVU, deren Erreichungsgrade von 2016 zu 2017 wesentlich ansteigen, wie etwa bei badenova, wo neben einer bereits umfangreichen Unternehmensberichterstattung zusätzlich ab 2017 eine Umwelterklärung veröffentlicht wird, allerdings übersteigen in Summe die Rückgänge die Zugewinne. So sinkt der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der kEVU von 26,7 im Jahr 2016 % um 0,3 Prozentpunkte auf 26,4 % im Jahr 2017. Auch im Rahmen der statistischen Untersuchung ist keine signifikante Veränderung von 2016 zu 2017 identifiziert worden. Somit ist die erwartete **Ausweitung von Informationen zu CSR-Themen** in der Unternehmensberichterstattung von kEVU im Geschäftsjahr 2017 **nicht zu erkennen**. Des Weiteren weisen die privatwirtschaftlichen EVU sowohl in der Gesamtbetrachtung als auch auf der Dimensionenebene in beiden Geschäftsjahren Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf, die über denen der kEVU liegen. Auch auf der Ebene der Subdimen-

sionen zeigt sich eine Dominanz höherer Erreichungsgrade bei den privatwirtschaftlichen EVU. Dies ist möglicherweise auf die unterschiedlichen Unternehmensgrößen zurückzuführen, denn die privatwirtschaftlichen EVU sind teilweise erheblich größer als die KEVU. Dies zeigt sich beispielsweise hinsichtlich des Umsatzvolumens der Unternehmen. Dementsprechend verfügen die privatwirtschaftlichen EVU über umfangreichere Ressourcen zur Ausgestaltung der Unternehmensberichterstattung. Des Weiteren wird als mögliche Ursache angeführt, dass die untersuchten privatwirtschaftlichen EVU kapitalmarktorientiert sind und somit, auch unabhängig von der CSR-Berichtspflicht, umfangreicheren Berichtspflichten unterliegen.

Die Determinante des Umsatzvolumens ist ebenfalls betrachtet worden. Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der **Unternehmensgröße**, in Form des Umsatzvolumens, und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung ist sowohl für beide Geschäftsjahre als auch für die gesamte Stichprobe und die KEVU separat durchgeführt worden. Dementsprechend ist für die Jahre 2016 und 2017 zu konstatieren, dass alle EVU und auch die KEVU mit einem höheren Umsatzvolumen einen hoch signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung erzielen.

Zudem ist die Annahme überprüft worden, ob die **geschlechtliche Diversität** in der **Unternehmensführung** und dem Aufsichtsrat einen Einfluss auf den Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung hat. Die Auswertungen zur Diversität in der Unternehmensführung führen für die gesamte Stichprobe und für die KEVU in beiden Geschäftsjahren zu keinen signifikanten Ergebnissen. Es ist folglich **kein signifikanter Zusammenhang** zwischen der Diversität in der Unternehmensführung und dem Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zu identifizieren. Dies ist möglicherweise auch auf die geringe Anzahl an EVU und KEVU zurückzuführen, in deren Unternehmensführungen Frauen vertreten sind.

Im Gegensatz zur **Diversität** in der Unternehmensführung liegen bei der Betrachtung des Sachverhalts hinsichtlich des **Aufsichtsrates teils signifikante Ergebnisse** vor. Somit ist zu konkludieren, dass EVU mit einer höheren Diversität im Aufsichtsrat in den Jahren 2016 und 2017 einen signifikant höheren Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Für KEVU liegt im Jahr

2016 hierzu ein schwach signifikantes Ergebnis vor. Im Folgejahr wird bei der Betrachtung der kEVU jedoch kein signifikantes Ergebnis erzielt. Für dieses Geschäftsjahr liegt jedoch trotzdem ein positiver Regressionskoeffizient vor.

Neben der Betrachtung der Diversität in der Unternehmensführung ist untersucht worden, ob CSR von einem Mitglied der Unternehmensführung verantwortet wird. Im Rahmen des Vergleichs der Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von EVU mit einer **CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung** und den EVU, bei denen eine solche Verantwortung nicht besteht, wird deutlich, dass die erstgenannte EVU-Gruppe zu allen Dimensionen und zu fast allen Subdimensionen in den Jahren 2016 und 2017 **höhere Werte** erreicht. Diese Erkenntnis wird anhand der statistischen Untersuchungen durch signifikante Ergebnisse ebenfalls erlangt. Somit ist festzustellen, dass die EVU mit CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 signifikant höhere Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen als EVU ohne diese Eigenschaft.

Neben den Eigenschaften der Unternehmen sind auch die Eigenschaften der Berichterstattung untersucht worden. In diesem Kontext wurde der Erwartung nachgegangen, dass **freiwillige CSR-Berichte**, die unter der Verwendung eines **CSR-Rahmenwerks** erstellt worden sind, einen höheren Erreichungsgrad aufweisen. Die Betrachtung der Erreichungsgrade von freiwilligen CSR-Berichten, die unter der Berücksichtigung eines CSR-Rahmenwerks erstellt worden sind, im Vergleich zu denen von freiwilligen CSR-Berichten ohne CSR-Rahmenwerk, bestätigt sich die formulierte Erwartung. Die mittels CSR-Rahmenwerk erstellten Berichte weisen in der Gesamtbetrachtung sowie hinsichtlich der Dimensionen und nahezu aller Subdimensionen **höhere Erreichungsgrade** auf. Hierzu liegt zudem ein signifikantes Ergebnis vor. So weisen die anhand eines CSR-Rahmenwerks erstellten freiwilligen CSR-Berichte signifikant höhere Erreichungsgrade als die Berichte auf, die ohne die Verwendung eines CSR-Rahmenwerks angefertigt worden sind.

Darüber hinaus ist in den zuvor erläuterten Untersuchungen eine Unterscheidung der Unternehmensberichterstattung in **prüfungspflichtige und nicht prüfungspflichtige Berichterstattung** vorgenommen worden. Diese differenzierte Betrachtung erfolgte für alle EVU der Stichprobe, die kEVU und die EVU, die im Ge-

geschäftsjahr 2017 der CSR-Berichtspflicht unterliegen. Bei der Betrachtung **der gesamten Stichprobe** liegen in der Gesamtbetrachtung für beide Geschäftsjahre höhere Erreichungsgrade in der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung vor. Die Erreichungsgrade der prüfungspflichtigen sowie nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung haben sich insgesamt jedoch deutlich angenähert. Während der Unterschied zwischen der prüfungspflichtigen und der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung im Geschäftsjahr 2016 noch signifikant war, ist im Geschäftsjahr 2017 kein signifikanter Unterschied mehr festzustellen. Eine Annäherung der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung ist für die gesamte Stichprobe folglich zu konstatieren. In der Gesamtschau der **Erreichungsgrade der kEVU** ist nicht nur eine Annäherung, sondern ein Wandel zu erkennen. Dies ist darin begründet, dass der Erreichungsgrad der prüfungspflichtigen Berichterstattung, im Gegensatz zum Vorjahr, im Geschäftsjahr 2017 über dem der nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung liegt. Veränderungen sind ebenfalls bei der Untersuchung der EVU, die im Geschäftsjahr 2017 der **CSR-Berichtspflicht** unterliegen, zu identifizieren. Auch bei dieser Stichprobe zeichnet sich eine Annäherung der Erreichungsgrade in der Gesamtschau ab, die insbesondere durch den Anstieg des Erreichungsgrades in der prüfungspflichtigen Berichterstattung bedingt ist. Die Veränderung des Erreichungsgrades dieser Form der Berichterstattung von 2016 zu 2017 ist zudem signifikant. Folglich ist für alle drei Gruppen von EVU eine positive Entwicklung in Form ansteigender Erreichungsgrade im Rahmen der prüfungspflichtigen Berichterstattung zu identifizieren. Die Erwartung eines Einflusses durch die CSR-Berichtspflicht wird somit bestätigt.

6.5.3 Handlungsimplicationen für kommunale Energieversorgungsunternehmen

Die im Folgenden formulierten Handlungsempfehlungen für die kEVU basieren sowohl auf den Erläuterungen in den vorstehenden Kapiteln als auch auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis.

Im Rahmen dieser Arbeit ist mittels eines systematischen Literaturreviews und eines Abgleichs mit dem CSR-Rahmenwerk der GRI ein Anforderungskatalog abgeleitet worden, der nicht nur auf einem als De-facto-Standard angesehenen CSR-Rahmenwerk basiert, sondern darüber hinaus auch die spezifischen CSR-Themen

von KEVU berücksichtigt, die noch keinen Einzug in vorhandene Rahmenwerke gehalten haben.¹⁵⁶⁰

Folglich wird die **Veröffentlichung von CSR-Informationen** unter der Berücksichtigung dieses Anforderungskatalogs befürwortet, der mit 195 Kriterien jedoch umfangreich ist. Folglich wird den KEVU empfohlen, die Kriterien des Anforderungskatalogs in die verpflichtende oder freiwillige CSR-Berichterstattung unter der Berücksichtigung der jeweilig zu beachtenden Wesentlichkeitsgrundsätze aufzunehmen. Zur Unterstützung einer glaubwürdigen Berichterstattung wird zudem die Aufnahme der Kriterien unter der Berücksichtigung von quantitativen Angaben vorgeschlagen.¹⁵⁶¹

Die Untersuchung der Unternehmenspraxis offenbart jedoch, dass einige der betrachteten KEVU weder der CSR-Berichtspflicht unterliegen noch eine freiwillige CSR-Berichterstattung vornehmen und außerdem eine als rudimentär zu klassifizierende Bereitstellung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Durch die aufgezeigte wirtschaftlich angespannte Situation der KEVU und die mit der erstmaligen Veröffentlichung eines freiwilligen CSR-Berichts einhergehende zusätzliche finanzielle Belastung, gilt die zu Beginn des Abschnitts vorgenommene Empfehlung für diese KEVU nur eingeschränkt. Für die KEVU, die am Beginn einer freiwilligen CSR-Berichterstattung stehen, wird somit eine spezifizierte und auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse der **Praxisuntersuchung aufbauende Handlungsimplication** formuliert.

Im Vergleich der Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung der KEVU in den betrachteten Geschäftsjahren ist das KEVU badenova aufgrund des Anstiegs des Erreichungsgrades in Höhe von 12,3 Prozentpunkten hervorgehoben worden.¹⁵⁶² Dieser Anstieg wird insbesondere auf die erstmalige Veröffentlichung der Umwelterklärung nach dem EMAS-Rahmenwerk im Geschäftsjahr 2017 zurückgeführt. Zudem ist im Zuge der vorgenommenen Analyse hinsichtlich der Verwendung von CSR-Rahmenwerken auf den Erreichungsgrad in den freiwilligen CSR-Berichten ein positiver Effekt identifiziert worden. Folglich wird KEVU, die

¹⁵⁶⁰ Vgl. Kapitel 5.

¹⁵⁶¹ Vgl. Abschnitt 3.3.2.4.

¹⁵⁶² Vgl. Abschnitt 6.4.1.1.

nicht der CSR-Berichtspflicht unterliegen und bislang keine freiwillige CSR-Berichterstattung vornehmen, die Veröffentlichung eines freiwilligen CSR-Berichts unter der Berücksichtigung eines CSR-Rahmenwerks nahegelegt.

Zur erstmaligen Erstellung eines **freiwilligen CSR-Berichts** stehen eine Vielzahl von Rahmenwerken zur Verfügung, sodass im Folgenden eine Empfehlung zur Auswahl eines **CSR-Rahmenwerks** gegeben wird. Den KEVU wird als CSR-Rahmenwerk zur Erstellung eines freiwilligen CSR-Berichts der DNK empfohlen. Dies ist darin begründet, dass zum DNK Anwendungshilfen und Leitfäden für mittelständische Unternehmen und Erstanwender vorliegen. Außerdem existiert ein Branchenleitfaden für die Energiewirtschaft zum DNK. Ferner sind die Anforderungen an die DNK-Erklärung geeignet, um die gesetzlichen Anforderungen der CSR-Berichtspflicht zu erfüllen.¹⁵⁶³ Damit sind KEVU, die von einer zusätzlichen Ausweitung der CSR-Berichtspflicht über die bislang verpflichteten Unternehmen hinaus betroffen wären, darauf vorbereitet. Durch die Möglichkeit, bei der Erstellung der DNK-Erklärung die Indikatoren nach dem GRI-Rahmenwerk heranzuziehen, können die KEVU bereits Erfahrungen mit diesem Rahmenwerk sammeln. Deshalb kann im Fall einer zukünftigen Ausweitung der freiwilligen CSR-Berichterstattung seitens des KEVU der Umstieg von der DNK-Erklärung auf einen umfassenderen freiwilligen CSR-Bericht nach dem De-facto-Standard GRI leichter fallen.

Auf die Determinante, bezüglich der Verwendung von Rahmenwerken zur freiwilligen CSR-Berichterstattung, ist bereits eingegangen worden. Neben dieser sind weitere Determinanten untersucht worden. Allerdings haben die KEVU auf die Determinanten in Bezug auf die Kapitalmarktorientierung, die Eigentumsverhältnisse und das Umsatzvolumen nur begrenzten Einfluss. Somit wird im Folgenden nur auf beeinflussbare Determinanten eingegangen, zu denen gewonnene Untersuchungsergebnisse vorliegen und die die Ableitung von begründbaren Handlungsempfehlungen ermöglichen.

Die Untersuchungsergebnisse zur Determinante der geschlechtlichen Diversität im Aufsichtsrat zeigen, dass KEVU mit einem höheren Frauenanteil in diesem Gremium höhere Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung auf-

¹⁵⁶³ Für weitere Ausführungen zum DNK sei auf Abschnitt 3.2.2.3 verwiesen.

weisen. Sofern ein höherer Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von einem kEVU beabsichtigt wird, ist diesem folglich die **Steigerung der geschlechtlichen Diversität im Aufsichtsrat** zu empfehlen.

Außerdem zeigt der Vergleich der Grade von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung zwischen EVU mit und ohne einer CSR-Verantwortung auf der Unternehmensführungsebene, dass die EVU mit einer solchen Verantwortung höhere Grade der Unternehmensberichterstattung aufweisen. Folglich ist die **Verankerung der Verantwortlichkeit zur CSR in der Unternehmensführung** zu befürworten.

6.5.4 Limitationen und weiterer Forschungsbedarf

Die im Rahmen der empirischen Analyse gewonnenen Resultate und Schlussfolgerungen unterliegen Limitationen. Dadurch resultieren zum Teil Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen.

Hinsichtlich der **Untersuchungen zu den Determinanten** ist anzumerken, dass die Wirkungszusammenhänge auch durch andere Faktoren beeinflussbar sind. Darüber hinaus gelten die Aussagen der Untersuchungsergebnisse nicht für alle kEVU oder EVU, sondern lediglich für die im Rahmen dieser Arbeit betrachtete Stichprobe.

Limitationen bestehen zudem **hinsichtlich der Stichprobe**. So stellen die berücksichtigten Unternehmen nur einen Teil der großen Anzahl an kEVU dar. Des Weiteren handelt es sich um einen nationalen Untersuchungskontext, sodass ein internationaler Vergleich ausbleibt. Diese Arbeit bildet somit eine Grundlage für zukünftige Untersuchungen in einem internationalen Kontext und mit einer größeren Stichprobe.

Hinsichtlich der **Untersuchung von veröffentlichten CSR-Informationen** bestehen Einschränkungen. Zwar erfolgte im Rahmen dieser Arbeit die Berücksichtigung einer großen Bandbreite von veröffentlichten Unternehmensberichten, jedoch existieren weitere Informationsquellen, die nicht herangezogen worden sind. So stellen Unternehmen CSR-Angaben nicht nur im Rahmen der Unternehmensberichterstattung zur Verfügung, sondern auch auf den Internetseiten. Diese Form von Informationen ist im Rahmen der empirischen Analyse nicht berücksichtigt worden. Somit besteht hier ein Ansatzpunkt für weitere Forschungsvorhaben.

Zudem existieren **Limitationen bei der Untersuchungsdurchführung**. So sind nur CSR-Angaben in den ausgewerteten Unternehmensberichten erfassbar, die dem entwickelten Anforderungskatalog zuordenbar sind. Des Weiteren ist die Berichterstattungsauswertung lediglich von einer Person mit einer Software untersucht worden. Somit sind subjektive Einflüsse sowie Beeinträchtigungen durch die Software bei der Untersuchung nicht gänzlich auszuschließen. Zur Reduzierung subjektiver Einflüsse und der Gewährung eines objektiven Untersuchungsvorgehens ist der Bewertung von den vorliegenden CSR-Informationen ein entsprechendes Bewertungsschema mit verkürzter, dreistufiger Punkteskala zugrunde gelegt worden.

Auch wird die vorgenommene **Untersuchung hinsichtlich** des berücksichtigten **Zeitraums limitiert**. Die gewonnenen Erkenntnisse belegen, dass der Grad von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von KEVU von 2016 zu 2017 keine signifikanten Veränderungen aufzeigt und somit keine Ausstrahlungswirkung der CSR-Berichtspflicht erkennbar ist. Dieses Ergebnis resultiert möglicherweise daraus, dass sich eine Ausstrahlungswirkung erst mit einer zeitlichen Verzögerung abzeichnet und in dem gewählten Betrachtungszeitraum folglich nicht identifizierbar ist. Somit ist eine anschließende Untersuchung erforderlich, die nachfolgende Berichtsjahre betrachtet, sodass potenziell verzögerte Ausstrahlungswirkungen erfasst werden können.

Darüber hinaus besteht die **Limitation** bei der Untersuchung von Unternehmensberichten darin, dass nur die **berichteten CSR-Informationen** betrachtet werden können. Es besteht somit zum einen die Möglichkeit, dass durch das angesprochene Greenwashing die berichteten CSR-Informationen über die tatsächliche CSR-Leistung des Unternehmens hinausgehen. Zum anderen ist es ebenso möglich, dass das KEVU eine umfassende unternehmerische Verantwortung wahrnimmt, jedoch über diese nicht entsprechend berichtet. Folglich besteht ein Forschungspotenzial zur Evaluierung und dem unternehmensübergreifenden Vergleich der tatsächlichen CSR-Leistung von KEVU.

7 Fazit und Ausblick

Die Vorgehensweise dieser Arbeit dient der Erlangung von Erkenntnissen zu den vier in der Einleitung definierten Zielsetzungen. Dazu sind zunächst in Kapitel 2 die **Rahmenbedingungen von kEVU** in der Energie- und Kommunalwirtschaft dargelegt worden. Dadurch wird die anspruchsvolle Situation der kEVU deutlich, die unter der Berücksichtigung der Erwartungen an kommunale Unternehmen agieren und ihre Geschäftsmodelle aufgrund des sich intensivierenden Wettbewerbs in der Energiewirtschaft und den Herausforderungen der Energiewende kontinuierlich optimieren müssen.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen erfolgte in Kapitel 3, neben der Systematisierung von CSR und der Unternehmensberichterstattung, die Ableitung der **Relevanz zur Bereitstellung von CSR-Themen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung** mittels wissenschaftlicher Theorien. Trotz der dargelegten Bedeutsamkeit geht jedoch aus dem ermittelten **Literaturüberblick** in Kapitel 4 hervor, dass gezielte Untersuchungen von kEVU hinsichtlich dieser Thematik lediglich in begrenztem Umfang vorliegen. Des Weiteren wird in der Literatur ein Bedarf zur Anpassung bestehender Rahmenwerke benannt, damit zielgerichtet über den Wertschöpfungsbeitrag sowie den Mehrwert von öffentlichen Unternehmen für die Gesellschaft berichtet werden kann. Als Lösungsansatz wird hierbei etwa die Unternehmensberichterstattung über den geschaffenen Public Value empfohlen. Folglich resultiert die Notwendigkeit der in dieser Arbeit vorgenommenen Untersuchung nicht nur anhand der Herleitung in Kapitel 3, sondern auch durch den identifizierten Forschungsbedarf auf der Grundlage des Literaturüberblicks.

Hinsichtlich der Untersuchung der Unternehmensberichterstattung auf CSR-Themen ist in Kapitel 5 ein umfassender Anforderungskatalog unter der Berücksichtigung sowohl von Public Value-Aspekten für kEVU als auch vom CSR-Rahmenwerk der GRI entwickelt worden. Aufbauend auf dieser **ersten Zielsetzung** erfolgte anschließend die Untersuchung der Unternehmensberichterstattungspraxis ausgewählter kEVU und kapitalmarktorientierter EVU auf die Erfüllung des Anforderungskatalogs. Die im Rahmen dieser Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse dienen der **zweiten Zielsetzung**. Aufgrund des wenig erforschten Sachverhalts sind somit Befunde zum Stand der Berücksichtigung von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung von kEVU in den Geschäftsjahren 2016 und 2017 unter der

Berücksichtigung von potenziellen Veränderungen durch die CSR-Berichtspflicht ermittelt worden. Auch hierbei offenbart sich trotz der Relevanz der Thematik lediglich ein insgesamt zurückhaltendes Berichterstattungsniveau der kEVU. Allerdings sind auch positive Veränderungen bei einigen kEVU zu identifizieren, die die Unternehmensberichterstattung über CSR-Themen von 2016 zu 2017 ausweiten.

Des Weiteren ist die Praxis zur Aufnahme von CSR-Themen in die Unternehmensberichterstattung auf mögliche Determinanten im Hinblick auf die **dritte Zielsetzung** untersucht worden. Auf der Grundlage der erlangten Erkenntnisse, sowohl durch die empirischen Untersuchungen als auch durch die Ausführungen in den vorstehenden Kapiteln, erfolgte im Sinne der **vierten Zielsetzung** die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die kEVU zur Ausgestaltung der Unternehmensberichterstattung im Hinblick auf CSR-Themen.

Es ist somit abschließend zu konstatieren, dass diese Arbeit durch die Gewinnung von Erkenntnissen zu einem bis dato nur rudimentär erforschten Themenfeld und die begründete Ableitung von Handlungsimplicationen einen **Beitrag** sowohl **zur Wissenschaft** als auch zur **Praxis der Unternehmensberichterstattung** von kEVU leistet.

Des Weiteren ist zu erwarten, dass die CSR-Thematik in der Unternehmensberichterstattung zukünftig an Bedeutung zunimmt. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich intensivierenden Klimadiskussion besteht bei den kEVU die Notwendigkeit zur Rechtfertigung und zur Erbringung eines lokalen Klimaschutzbeitrags im Rahmen der Energiewende in der Gemeinde. Außerdem verdeutlichen die europäischen Regulierungsinitiativen zur verpflichtenden CSR-Berichterstattung und insbesondere die im Juni 2019 von der Europäischen Kommission verabschiedeten konkretisierenden Leitlinien zur klimabezogenen Berichterstattung in der NFE bzw. dem NFB die gegenwärtige und auch **zukünftige Relevanz von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung**.¹⁵⁶⁴ Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Mitteilung der Europäischen Kommission (2019) zum europäischen grünen Deal, aus der die Ankündigung zur **Überprüfung der CSR-Richtlinie** im Laufe des Jahres 2020 hervorgeht.¹⁵⁶⁵

¹⁵⁶⁴ Vgl. Behncke/Wulf (2019), S. 231; Velte/Stawinoga (2019a), S. 2025–2029, (2019b), S. 879.

¹⁵⁶⁵ Vgl. Europäische Kommission (2020b), S. 4, (2019b), S. 20–21.

Anhang

A Wissenschaftlich geforderte Public Value-Aspekte für kommunale Unternehmen und Energieversorgungsunternehmen¹⁵⁶⁶

Jahr	Autor	Public Value-Aspekte	
2012	Bovaird/ Loeffler	User Value	
		Value to wider groups	
		Social Value	
		Environmental Value	
		Political Value	
2014	Ahrend	Querverbund	
		Förderung Gründungsregion	
		Regionalökonomisches Netzwerk	
		Gesellschaftliches Engagement	
		Ökologische Nachhaltigkeit	
		Einbezug der Öffentlichkeit ¹⁵⁶⁷	Information für Bürger
			Bürgerbeteiligung
			Bürgerbeteiligung (Anlagen)
			Aktive Zusammenarbeit
2016	Clifton/ Fuentes/ Warner	Financial Dimension	
		Economic Dimension	
		Technical Dimension	
		Social Dimension	
		Environmental Dimension	
2016	Lange	Netzausbau	
		Veränderung des Energiesystems hin zur Dezentralität	
		Nutzung von erneuerbaren Energieträgern	
2017	Hübscher	Relevanz der öffentlichen Aufgabe/Leistungstiefe (Public Value Matrix)	
		Finanzpolitische Bedeutung (Public Value Matrix)	
2018	Ahrend	Hohe Qualität der Leistung, insbesondere Verfügbarkeit	
		Moderner und leichter Zugang zu den Leistungen	
		Transparenz über die öffentlichen Unternehmen	
		Berücksichtigung der Anforderungen der Kundinnen und Kunden an die erbrachten Leistungen	
		Querfinanzierung von defizitären Leistungen	
		Stärkung der regionalen Wirtschaft durch direkte, indirekte und induzierte Wirkungen für die regionale Wertschöpfung, die Beschäftigung und das Einkommen	
		Unterstützung der lokalen bzw. regionalen Gründungsaktivitäten für die langfristige Schaffung von Beschäftigung	

¹⁵⁶⁶ Eigene Darstellung.

¹⁵⁶⁷ Für einen sinnvollen und ergebnisorientierten Abgleich der Public Value-Aspekte untereinander ist dieser Public Value-Aspekt in die vier Teilaspekte unterteilt worden.

Jahr	Autor	Public Value-Aspekte
2018	Ahrend (Fortsetzung)	Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Zuwendungen an öffentlich zugängliche Organisationen und Veranstaltungen
		Ermöglichung einer breiten Teilhabe an den Leistungen
		Beiträge für die ökologische Nachhaltigkeit in einer Gebietskörperschaft
2018	Berlo/ Schäfer/ Wagner	Örtliche Arbeitsplätze
		Beiträge zum örtlichen Gemeinwohl
		Hohe Wertschöpfungseffekte
		Einnahmen zum kommunalen Haushalt
2018	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie	Verbesserte Kommunikation und Offenlegung der Stadtwerke-Strategie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern
		Finanzielle Bürgerbeteiligung durch Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente
		Einbindung in die Lokale Agenda 21
		Verbesserung des kommunalpolitischen Einflusses in Aufsichtsgremien
		Einnahmen aus örtlicher Energieversorgung kommen ganz überwiegend der eigenen Bürgerschaft zugute und fließen nicht in die Hände fremder Geldgeber

B Zu den CSR-Dimensionen hinzugeordnete Public Value-Aspekte¹⁵⁶⁸

Dimensionen	Subdimensionen	Bovard/Loeffler (2012)	Ahrend (2014)	Clifton/Fuentes/Warner (2016)	Lange (2016)	Hübner (2017)	Ahrend (2018)	Berlo/Schäfer/Wagner (2018)	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018)
Schäden für die Gesellschaft, weder fördern noch duldend	Ökologische Nachhaltigkeit	Environmental Value	Ökologische Nachhaltigkeit	Environmental Dimension	Nutzung von erneuerbaren Energieträgern		Beiträge für die ökologische Nachhaltigkeit in einer Gebietskörperschaft		
	Gesellschaft und Kultur	Social Value	Gesellschaftliches Engagement	Social Dimension			Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Zuwendungen an öffentlich zugängliche Organisationen und Veranstaltungen		
Gesellschaftliche Wertschöpfung ausstreben	Wertschöpfung		Regional-ökonomisches Netzwerk				Stärkung der regionalen Wirtschaft durch direkte, indirekte und induzierte Wirkungen für die regionale Wertschöpfung, die Beschäftigung und das Einkommen	Örtliche Arbeitsplätze Hohe Wertschöpfungseffekte	
	Querverbund		Querverbund		Veränderung des Energiesystems hin zu Dezentralität		Querverfinanzierung von defizitären Leistungen	Beiträge zum örtlichen Gemeinwohl	
	Nutzen für die Leistungsempfänger	User Value					Hohe Qualität der Leistung, insbes. Verfügbarkeit		
	Finanzielle Bürgerbeteiligung		Bürgerbeteiligung (Anlagen)				Moderner und leichter Zugang zu den Leistungen		Finanzielle Bürgerbeteiligung durch Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente
	Berücksichtigung der Kunden- u. Bürgerbedürfnisse	Political Value	Bürgerbeteiligung				Berücksichtigung der Anforderungen der Kundinnen und Kunden an die erbrachten Leistungen		

¹⁵⁶⁸ Eigene Darstellung.

Dimensionen	Subdimensionen	Bovaird/Loeffler (2012)	Ahrend (2014)	Clifton/Fuentes/Warner (2016)	Lange (2016)	Hübner (2017)	Ahrend (2018)	Berbo/Schäfer/Wagner (2018)	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2018)
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsregionen		Förderung Gründungsregion				Unterstützung der lokalen/regionalen Gründungsaktivitäten für die langfristige Schaffung von Beschäftigung		
	Langfristig effizientes Wirtschaften			Financial Dimension					
				Technical Dimension					
	Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt	Value to wider groups				Finanzpolitische Bedeutung (Public Value Matrix)		Einnahmen zum kommunalen Haushalt	Einnahmen aus örtlicher Energieversorgung kommen ganz überwiegend der eigenen Bürgerschaft zugute und fließen nicht in die Hände fremder Geldgeber
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten			Economic Dimension					
	Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung	Political Value	Aktive Zusammenarbeit						Verbesserung des kommunal-politischen Einflusses in Aufsichtsgremien
	Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen		Information für Bürger				Transparenz über die öffentlichen Unternehmen		Verbesserte Kommunikation und Offenlegung der Stadtwerke-Strategie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern
Nicht berücksichtigte Public Value-Aspekte					Netzausbau	Relevanz der öffentlichen Aufgabe/Leistungstiefe (Public Value Matrix)			Einbindung in Lokale Agenda 21

C Angepasstes CSR-Konzept für kommunale Energieversorgungsunternehmen¹⁵⁶⁹

Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit		Prozentuale Energieeffizienz in der Region
				Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Tonnen (in der Region)
				Abfallmenge in Tonnen
				Prozentualer Anteil von recyceltem Abfall
		Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien		Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien in der Erzeugung
				Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien im Vertrieb
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung	Vereinbarung von Umweltstandards mit Lieferanten	
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden	Energieeffizienzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung	
			Umweltschutzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Verwirklichung einer treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung	
			Energieeffizienzmaßnahmen bei Großkunden	
			Umweltschutzmaßnahmen bei Großkunden	
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/ Privatpersonen	Informationsveranstaltungen zu Energie- und Ressourceneffizienz	
			Persönliche Beratungsmöglichkeiten zu Energie- und Ressourceneffizienz	
			Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt	
			Preisverleihungen für ökologisches Handeln	
			Gamification als Anreiz zum Energie sparen oder umweltverträglichen Handeln	
		Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs	Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Kunden, bspw. Car-Sharing-Angebote, Fahrradvermietung und -leasing, etc.	
			Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Mitarbeitern, bspw. Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter zur Nutzung von ÖPNV oder Fahrrädern, etc.	
	Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge	Förderung öffentlich zugängiger Veranstaltungen	Menge direkt unterstützter Maßnahmen
			Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring	
		Weiterbildungs-bezogene u. gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden	Förderung bestehender und neu gegründeter Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag	Menge indirekt unterstützter Maßnahmen
			Angebot von Praktikumsplätzen	Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring
			Angebot von Ausbildungsplätzen und Dualstudiengängen, auch über Bedarf	Anzahl der Ausbildungsplätze, auch über Bedarf
			Unterstützung von Mitarbeitern zur Weiterbildung	Anzahl der Mitarbeiter in Weiterbildungsmaßnahmen
			Unterstützung von Mitarbeitern zur Gesundheitsförderung	Stunden zur Weiterbildung pro Mitarbeiter

¹⁵⁶⁹ Eigene Darstellung.

Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen	Direkte regionale Beschaffung	Direkte regionale Beschaffung (Euro) Direkte regionale Beschaffungsquote (%)
			Direkter regionaler Cash Flow	Direkter regionaler Cash Flow (Euro) Direkter regionaler Cash Flow/Umsatz (%)
			Direkte regionale Wertschöpfung	Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (Euro) Direkte regionale Netto-Wertschöpfung (Euro)
			Direkte regionale Beschäftigung	Direkter regionaler Beschäftigungsanteil (%) Direkte regionale Beschäftigung (Absolut)
			Direktes regionales Einkommen	Netto-Einkommen der regionalen direkt Beschäftigten (Euro) Direktes regionales verwendbares Einkommen (Euro)
		Indirekte regionale Auswirkungen	Indirekter regionaler Cash Flow	Indirekter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro) Indirekter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)
			Indirekte regionale Wertschöpfung	Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro) Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro) Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro) Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro)
				Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)
				Indirekte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte) Indirekte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)
			Indirektes regionales Einkommen	Netto-Einkommen der regionalen indirekt Beschäftigten (Euro)
		Induzierte regionale Auswirkungen	Induzierter regionaler Cash Flow	Induzierter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro) Induzierter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)
			Induzierte regionale Wertschöpfung	Induzierte regionale Wertschöpfung (Euro) Induzierte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)
			Induzierte regionale Beschäftigung	Induzierte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte) Induzierte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)
	Querverbund	Querfinanzierung	Querfinanzierung in den Bereichen Nahverkehr (ÖPNV), Bäder, Hafenbetrieb, Fahrbetrieb, Flughafenbetrieb und Parkraumbewirtschaftung	Getragene Defizite für defizitäre Kommunalunternehmen (Euro) (auch mehrjährig) Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)
			Querfinanzierung in Bereichen: Soziale, kulturelle und Sporteinrichtungen	Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns	Einsatz von Kernleistungen des kEVU, bspw. (dezentraler) Erzeugungsanlagen, bei Kommunalgesellschaften	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das kEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)
			Kombiniertes Leistungsangebot des kEVU mit anderen Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das kEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)
			Gemeinsame Marketingmaßnahmen mit anderen Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das kEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)
			Zentrale Übernahme von Leistungen durch kEVU für andere Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das kEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)
		Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität	
			Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit	
			Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang	
	Finanzielle Bürgerbeteiligung	Individuelle Bürgerbeteiligung	Veräußerung von Anteilen an Anlagen, bspw. (erneuerbaren) Erzeugungsanlagen	
			Veräußerung von Unternehmensaktien an Bürger	
			Veräußerung von Unternehmensanleihen an Bürger	
		Organisationale Bürgerbeteiligung	Bürger-Gesellschaft, bspw. Genossenschaft, wird Anteilseigner am kEVU	

Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse		Unternehmensexternes Vorschlagswesen	
			Befragungen der Bürger und Kunden	
			Weitergehende Feedbackangebote	
			Mitwirkung an Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Kommune	
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsbemühungen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen	Vorträge vor und Beratungen von Gründern	Anzahl von Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer
			Auslobung von Ideen- und Gründerwettbewerben	Anzahl von Besuchern an Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer
			Mitwirkung des KEVU an Gründernetzwerken	Teilnehmeranzahl an den Ideen- und Gründerwettbewerben
			Herstellung von Kontakten zu Netzwerken: Kommunalunternehmen/ Wirtschaftsförderung/IHK	Anzahl unterstützter Gründungen
			Zurverfügungstellung von Sachmitteln	
			Zurverfügungstellung von Geldmitteln	Höhe der eingesetzten Geldmittel
			Gemeinsamer Außenauftritt zwischen KEVU und Neugründung	
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen/ Hochschulen	Angebot von Studienpraktika	Spenden an Forschungseinrichtungen
			Betreuung von Abschlussarbeiten	
			Kooperative Forschungsprojekte mit Forschungseinrichtungen/ Hochschulen	Ausgaben für Forschungsk Kooperationen
	Langfristig effizientes Wirtschaften	Wirtschaftliche Effizienz	Nachhaltig profitorientiertes Wirtschaften unter Berücksichtigung nichtfinanzieller Ziele	
		Technische Effizienz		
	Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt			Economic Value Added, kurz: EVA
				Cash Value Added, kurz: CVA
			Finanzieller Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt	
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten			
	Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung	Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels Gremien	Implementierung eines Bürger- bzw. Kundenbeirats	
			Vertretung von Kunden im Aufsichtsgremium	
			Stärkung des kommunalpolitischen Einflusses im Aufsichtsgremium	
		Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels direkten Austauschs	Kundenforum, Bürgerwerkstatt	
			Austausch mit Fokusgruppen, bspw. Bürgerinitiativen	
	Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen	Kommunikation mittels Veranstaltungen	Öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region	Anzahl ausgerichteter öffentlicher Veranstaltungen
		Kommunikation mittels Medien	CSR-Bericht und Fallstudien	Teilnehmeranzahl an ausgerichteten öffentlichen Veranstaltungen
			Informationsvermittlung über neue Medien mittels sozialen Medien mit partizipativem Charakter	
		Kommunikation mittels Mitarbeiter	Botschafter-Netzwerk durch Mitarbeiter des Unternehmens zu verschiedenen Themenbereichen	
			Mitarbeiter mit gemeinnützigem Engagement	Anzahl gemeinnützig tätiger Mitarbeiter

D Abgleich des angepassten CSR-Konzeptes mit GRI G4-Leitlinien und GRI Standards¹⁵⁷⁰

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit		Prozentuale Energieeffizienz in der Region	=	G4-EN5	=	302-3
					=	G4-EN15 + EU	=	305-1
					=	G4-EN16 + EU	=	305-2
					=	G4-EN17	=	305-3
					=	G4-EN18	=	305-4
					=	G4-EN19	=	305-5
					=	G4-EN20	=	305-6
					=	G4-EN21 + EU	=	305-7
					=	G4-EN23 + EU	=	306-2
		Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien		Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien in der Erzeugung	≈	G4-EU2	≈	
				Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien im Vertrieb	≈		≈	
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung	Vereinbarung von Umweltstandards mit Lieferanten		≈		≈	
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden	Energieeffizienzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung		≈	G4-4	≈	102-2
			Umweltschutzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Verwirklichung einer treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung		≈	G4-4	≈	102-2
			Energieeffizienzmaßnahmen bei Großkunden		≈	G4-4	≈	102-2
			Umweltschutzmaßnahmen bei Großkunden		≈	G4-4	≈	102-2
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/ Privatpersonen	Informationsveranstaltungen zu Energie- und Ressourceneffizienz		≈	G4-4	≈	102-2
			Persönliche Beratungsmöglichkeiten zu Energie- und Ressourceneffizienz		≈	G4-4	≈	102-2
			Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt		≈	G4-4	≈	102-2
			Preisverleihungen für ökologisches Handeln		≈		≈	
			Gamification als Anreiz zum Energie sparen oder umweltverträglichen Handeln		≈		≈	
					≈		≈	
		Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs	Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Kunden, bspw. Car-Sharing-Angebote, Fahrradvermietung und -leasing, etc.		≈	G4-4	≈	102-2
			Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Mitarbeitern, bspw. Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter zur Nutzung von ÖPNV oder Fahrrädern, etc.		≈	G4-EC1	≈	201-1
	Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge	Förderung öffentlich zugängiger Veranstaltungen	Menge direkt unterstützter Maßnahmen	≈	G4-EC1	≈	201-1
			Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring		≈	G4-EC1	≈	201-1
			Förderung bestehender und neu gegründeter Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag	Menge indirekt unterstützter Maßnahmen	≈	G4-EC1	≈	201-1
			Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring		≈	G4-EC1	≈	201-1
		Weiterbildungs-bezogene u. gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden	Angebot von Praktikumsplätzen		≈		≈	
			Angebot von Ausbildungsplätzen und Dualstudiengängen, auch über Bedarf	Anzahl der Ausbildungsplätze, auch über Bedarf	≈		≈	
			Unterstützung von Mitarbeitern zur Weiterbildung	Anzahl der Mitarbeiter in Weiterbildungsmaßnahmen	≈	G4-LA10	≈	404-2
				Stunden zur Weiterbildung pro Mitarbeiter	=	G4-LA9	=	404-1
					=	G4-LA2	=	401-2
					=	G4-LA5	=	403-1
					=	G4-LA6 + EU	=	403-2
					=	G4-LA7	=	403-3
					=	G4-LA8	=	403-4

¹⁵⁷⁰ Eigene Darstellung.

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen	Direkte regionale Beschaffung	Direkte regionale Beschaffung (Euro) Direkte regionale Beschaffungsquote (%)	≈ =	G4-EC1 G4-EC9	≈ =	201-1 204-1
			Direkter regionaler Cash Flow	Direkter regionaler Cash Flow (Euro) Direkter regionaler Cash Flow/Umsatz (%)	≠ ≠		≠ ≠	
			Direkte regionale Wertschöpfung	Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (Euro)	≠		≠	
				Direkte regionale Netto-Wertschöpfung (Euro)	≠		≠	
			Direkte regionale Beschäftigung	Direkter regionaler Beschäftigungsanteil (%)	≈	G4-10 + EU	≈	102-8
				Direkte regionale Beschäftigung (Absolut)	≈	G4-10 + EU	≈	102-8
			Direktes regionales Einkommen	Netto-Einkommen der regionalen direkt Beschäftigten (Euro)	≈	G4-EC1	≈	201-1
				Direktes regionales verwendbares Einkommen (Euro)	≠		≠	
		Indirekte regionale Auswirkungen	Indirekter regionaler Cash Flow	Indirekter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
			Indirekte regionale Wertschöpfung	Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)	≠		≠	
			Indirekte regionale Beschäftigung	Indirekte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte)	≈	G4-10 + EU	≠	
				Indirekte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)	≠		≠	
			Indirektes regionales Einkommen	Netto-Einkommen der regionalen indirekt Beschäftigten (Euro)	≠		≠	
		Induzierte regionale Auswirkungen	Induzierter regionaler Cash Flow	Induzierter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Induzierter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
			Induzierte regionale Wertschöpfung	Induzierte regionale Wertschöpfung (Euro)	≠		≠	
				Induzierte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)	≠		≠	
			Induzierte regionale Beschäftigung	Induzierte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte)	≠		≠	
				Induzierte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)	≠		≠	
	Querverbund	Querfinanzierung	Querfinanzierung in den Bereichen Nahverkehr (ÖPNV), Bäder, Hafenbetrieb, Fährbetrieb, Flughafenbetrieb und Parkraumbewirtschaftung	Getragene Defizite für defizitäre Kommunalunternehmen (Euro) (auch mehrjährig)	≠		≠	
				Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)	≠		≠	
			Querfinanzierung in Bereichen: Soziale, kulturelle und Sporteinrichtungen	Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)	≠		≠	
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns	Einsatz von Kernleistungen des KEVU, bspw. (dezentraler) Erzeugungsanlagen, bei Kommunalgesellschaften	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
			Kombiniertes Leistungsangebot des KEVU mit anderen Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
			Gemeinsame Marketingmaßnahmen mit anderen Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≠		≠	
			Zentrale Übernahme von Leistungen durch KEVU für andere Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
		Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität		X		X	
			Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit		X		X	
			Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang		X		X	
	Finanzielle Bürgerbeteiligung	Individuelle Bürgerbeteiligung	Veräußerung von Anteilen an Anlagen, bspw. (erneuerbare) Erzeugungsanlagen		≠		≠	
			Veräußerung von Unternehmensaktien an Bürger		≠		≠	
			Veräußerung von Unternehmensanleihen an Bürger		≠		≠	
		Organisationale Bürgerbeteiligung	Bürger-Gesellschaft, bspw. Genossenschaft wird Anteilseigner am KEVU		≠		≠	

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse		Unternehmensexternes Vorschlagswesen		≈	G4-26	≈	102-43
			Befragungen der Bürger und Kunden		≈	G4-PR5	≈	102-43/ 102-44
			Weitergehende Feedbackangebote		≈	G4-26	≈	102-43
			Mitwirkung an Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Kommune		≈	G4-26	≈	102-43
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsbeihilfen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen	Vorträge vor und Beratungen von Gründern	Anzahl von Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer	≠		≠	
			Auslobung von Ideen- und Gründerwettbewerben	Anzahl von Besuchern an Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer	≠		≠	
			Mitwirkung des KEVU an Gründernetzwerken	Teilnehmeranzahl an den Ideen- und Gründerwettbewerben	≠		≠	
			Herstellung von Kontakten zu Netzwerken: Kommunalunternehmen/ Wirtschaftsförderung/IHK	Anzahl unterstützter Gründungen	≠		≠	
			Zurverfügungstellung von Sachmitteln		≠		≠	
			Zurverfügungstellung von Geldmitteln	Höhe der eingesetzten Geldmittel	≠		≠	
			Gemeinsamer Außenauftritt zwischen KEVU und Neugründung		≠		≠	
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen/Hochschulen	Angebot von Studienpraktika		≠		≠	
			Betreuung von Abschlussarbeiten		≠		≠	
			Spenden an Forschungseinrichtungen		≈	G4-EC1	≈	201-1
	Langfristig effizientes Wirtschaften	Wirtschaftliche Effizienz	Kooperative Forschungsprojekte mit Forschungseinrichtungen/Hochschulen	Ausgaben für Forschungs Kooperationen	≠		≠	
			Nachhaltig profitorientiertes Wirtschaften unter Berücksichtigung nichtfinanzieller Ziele		≠		≠	
	Beitrag zum kommunalen Haushalt	Technische Effizienz			X		X	
				Economic Value Added, kurz: EVA	≈	G4-EC1	≈	201-1
				Cash Value Added, kurz: CVA	≈	G4-EC1	≈	201-1
			Finanzieller Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt		≈	G4-EC1	≈	201-1
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten				X		X	
	Aktive Zusammenarbeit und Beteiligung	Beteiligung von Kunden und Bürgern mittels Gremien	Implementierung eines Bürger- bzw. Kundenbeirats		≈	G4-26	≈	102-43
			Vertretung von Kunden im Aufsichtsgremium		≈	G4-26	≈	102-43
			Stärkung des kommunalpolitischen Einflusses im Aufsichtsgremium		≈	G4-26	≈	102-43
			Kundenforum, Bürgerwerkstatt		≈	G4-26	≈	102-43
	Transparenz und Kommunikation über das Unternehmen	Kommunikation mittels Veranstaltungen	Austausch mit Fokusgruppen, bspw. Bürgerinitiativen		≈	G4-26	≈	102-43
			Öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region	Anzahl ausgerichteter öffentlicher Veranstaltungen	≠		≠	
				Teilnehmeranzahl an ausgerichteten öffentlichen Veranstaltungen	≠		≠	
					=	G4-18	=	102-46
		Kommunikation mittels Medien	CSR-Bericht und Fallstudien		=	G4-19	=	102-47
					=	G4-31	=	102-53
		Kommunikation mittels Mitarbeiter	Informationsvermittlung über neue Medien mittels sozialen Medien mit partizipativem Charakter		≠		≠	
			Botschafter-Netzwerk durch Mitarbeiter des Unternehmens zu verschiedenen Themenbereichen		≠		≠	
			Mitarbeiter mit gemeinnützigem Engagement	Anzahl gemeinnützig tätiger Mitarbeiter	≠		≠	
Legende:								
			Mehrfach verwendeter GRI G4-Indikator oder verwendete GRI-Standard-Angabe.					
			Es ist kein Abgleich vorgenommen worden.					
			Maßnahmen u./o. Kennzahlen können durch GRI G4/GRI Standards abgedeckt werden.					
			Maßnahmen u./o. Kennzahlen können nicht durch GRI G4/GRI Standards abgedeckt werden.					
			Maßnahmen u./o. Kennzahlen können teilweise/indirekt durch GRI G4/GRI Standards abgedeckt werden.					

E Abgleich und Erweiterung des angepassten CSR-Konzeptes mit GRI G4-Leitlinien und GRI Standards¹⁵⁷¹

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben-Nr.
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dämpfen	Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit			+	G4-EU5	≠	
					+	G4-EN1 + EU	+	301-1
					+	G4-EN2	+	301-2
					+	G4-EN3	+	302-1
					+	G4-EN4	+	302-2
			Prozentuale Energieeffizienz in der Region		=	G4-EN5	=	302-3
					+	G4-EN6	+	302-4
					+	G4-EN7	+	302-5
					+	G4-EN8 + EU	+	303-1
					+	G4-EN9	+	303-2
					+	G4-EN10	+	303-3
					+	G4-EN11	+	304-1
					+	G4-EN12 + EU	+	304-2
					+	G4-EN13	+	304-3
					+	G4-EN14	+	304-4
					+	G4-EU13	≠	
			Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Tonnen (in der Region)		=	G4-EN15 + EU	=	305-1
					=	G4-EN16 + EU	=	305-2
					=	G4-EN17	=	305-3
					=	G4-EN18	=	305-4
					=	G4-EN19	=	305-5
					=	G4-EN20	=	305-6
					=	G4-EN21 + EU	=	305-7
					+	G4-EN22 + EU	+	306-1
			Abfallmenge in Tonnen		=	G4-EN23 + EU	=	306-2
			Prozentualer Anteil von recyceltem Abfall		≠		≠	
					+	G4-EN24	+	306-3
					+	G4-EN25	+	306-4
					+	G4-EN26	+	306-5
					+	G4-EN27	≠	
					+	G4-EN28	+	301-3
					+	G4-EN30	≠	
					+	G4-EN31	≠	
		Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien		Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien in der Erzeugung	≈	G4-EU2	≠	
				Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien im Vertrieb	≠		≠	
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung	Vereinbarung von Umweltstandards mit Lieferanten		≠		≠	
					+	G4-EN32	+	308-1
					+	G4-EN33	+	308-2
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden	Energieeffizienzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung		≈	G4-4	≈	102-2
			Umweltschutzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Verwirklichung einer treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung		≈	G4-4	≈	102-2
			Energieeffizienzmaßnahmen bei Großkunden		≈	G4-4	≈	102-2
			Umweltschutzmaßnahmen bei Großkunden		≈	G4-4	≈	102-2
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/ Privatpersonen	Informationsveranstaltungen zu Energie- und Ressourceneffizienz		≈	G4-4	≈	102-2
			Persönliche Beratungsmöglichkeiten zu Energie- und Ressourceneffizienz		≈	G4-4	≈	102-2
			Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt		≈	G4-4	≈	102-2
			Preisverleihungen für ökologisches Handeln		≠		≠	
			Gamification als Anreiz zum Energie sparen oder umweltverträglichen Handeln		≠		≠	

¹⁵⁷¹ Eigene Darstellung.

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dämpfen	Ökologische Nachhaltigkeit	Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs	Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Kunden, bspw. Car-Sharing-Angebote, Fahrradvermietung und -leasing, etc.		≈	G4-4	≈	102-2
			Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Mitarbeitern, bspw. Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter zur Nutzung von ÖPNV oder Fahrrädern, etc.		≈	G4-EC1	≈	201-1
	Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge	Förderung öffentlich zugängiger Veranstaltungen	Menge direkt unterstützter Maßnahmen Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring	≈ ≈	G4-EC1 G4-EC1	≈ ≈	201-1 201-1
			Förderung bestehender und neu gegründeter Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag	Menge indirekt unterstützter Maßnahmen Finanzieller Beitrag in Euro in Form von Spenden und Sponsoring	≈ ≈	G4-EC1 G4-EC1	≈ ≈	201-1 201-1
			Angebot von Praktikumsplätzen		≠		≠	
		Weiterbildungsbezogene u. gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden	Angebot von Ausbildungsplätzen und Dualstudiengängen, auch über Bedarf	Anzahl der Ausbildungsplätze, auch über Bedarf	≠		≠	
			Unterstützung von Mitarbeitern zur Weiterbildung	Anzahl der Mitarbeiter in Weiterbildungsmaßnahmen Stunden zur Weiterbildung pro Mitarbeiter	≈ =	G4-LA10 G4-LA9	≈ =	404-2 404-1
					+	G4-LA11	+	404-3
					=	G4-LA2	=	401-2
					=	G4-LA5	=	403-1
			Unterstützung von Mitarbeitern zur Gesundheitsförderung		=	G4-LA6 + EU	=	403-2
					=	G4-LA7	=	403-3
					=	G4-LA8	=	403-4
		Vermeidung von Schäden für Arbeitnehmer			+	G4-EC5	+	202-1
					+	G4-LA12	+	405-1
					+	G4-LA13	+	405-2
					+	G4-LA14	+	414-1
					+	G4-LA15	+	414-2
		Vermeidung von Schäden für die Gesellschaft			+	G4-HR1	+	412-3
					+	G4-HR2	+	412-2
					+	G4-HR3	+	406-1
					+	G4-HR4	+	407-1
					+	G4-HR5	+	408-1
					+	G4-HR6	+	409-1
					+	G4-HR7	+	410-1
					+	G4-HR8	+	411-1
					+	G4-HR9	+	412-1
					+	G4-HR10	+	414-1
					+	G4-HR11	+	414-2
					+	G4-SO3	+	205-1
					+	G4-SO4	+	205-2
					+	G4-SO5	+	205-3
					+	G4-SO7	+	206-1
					+	G4-SO9	+	414-1
					+	G4-SO10	+	414-2
					+	G4-SO2	+	413-2
	Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen	Direkte regionale Beschaffung	Direkte regionale Beschaffung (Euro) Direkte regionale Beschaffungsquote (%)	≈ =	G4-EC1 G4-EC9	≈ =	201-1 204-1
			Direkter regionaler Cash Flow	Direkter regionaler Cash Flow (Euro) Direkter regionaler Cash Flow/Umsatz (%)	≠ ≠		≠ ≠	
			Direkte regionale Wertschöpfung	Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (Euro) Direkte regionale Netto-Wertschöpfung (Euro)	≠ ≠		≠ ≠	
			Direkte regionale Beschäftigung	Direkter regionaler Beschäftigungsanteil (%) Direkte regionale Beschäftigung (Absolut)	≈ ≈	G4-10 + EU G4-10 + EU	≈ ≈	102-8 102-8
					+	G4-EC6	+	202-2
					+	G4-LA1 + EU	+	401-1
					+	G4-LA3	+	401-3
					+	G4-EU15	≠	
			Direktes regionales Einkommen	Netto-Einkommen der regionalen direkt Beschäftigten (Euro) Direktes regionales verwendbares Einkommen (Euro)	≈ ≠	G4-EC1	≈ ≠	201-1 ≠

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung	Indirekte regionale Auswirkungen	Indirekter regionaler Cash Flow	Indirekter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
			Indirekte regionale Wertschöpfung	Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Netto-Wertschöpfung – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
				Indirekte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)	≠		≠	
				Indirekte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte)	≈	G4-10 + EU	≠	
				Indirekte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)	≠		≠	
				Netto-Einkommen der regionalen indirekt Beschäftigten (Euro)	≠		≠	
			Indirekte regionale Beschäftigung		+	G4-EU17	≠	
					+	G4-EC7	+	203-1
					+	G4-EC8	+	203-2
		Induzierte regionale Auswirkungen	Induzierter regionaler Cash Flow	Induzierter regionaler Cash Flow – Impulsansatz (Euro)	≠		≠	
				Induzierter regionaler Cash Flow – Regionalansatz (Euro)	≠		≠	
				Induzierte regionale Wertschöpfung (Euro)	≠		≠	
			Induzierte regionale Wertschöpfung	Induzierte regionale Brutto-Wertschöpfung/Direkte regionale Brutto-Wertschöpfung (%)	≠		≠	
				Induzierte regionale Beschäftigung (Vollzeitbeschäftigte)	≠		≠	
			Induzierte regionale Beschäftigung	Induzierte regionale Beschäftigung/Direkte regionale Beschäftigung (%)	≠		≠	
	Querverbund	Querfinanzierung	Querfinanzierung in den Bereichen Nahverkehr (ÖPNV), Bäder, Hafenbetrieb, Fährbetrieb, Flughafenbetrieb und Parkraumbewirtschaftung	Getragene Defizite für defizitäre Kommunalunternehmen (Euro) (auch mehrjährig)	≠		≠	
				Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)	≠		≠	
			Querfinanzierung in Bereichen: Soziale, kulturelle und Sporteinrichtungen	Angabe der periodischen Steuereinsparung in Euro (auch mehrjährig)	≠		≠	
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns	Einsatz von Kernleistungen des KEVU, bspw. (dezentraler) Erzeugungsanlagen, bei Kommunalgesellschaften	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
				Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
			Gemeinsame Marketingmaßnahmen mit anderen Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≠		≠	
			Zentrale Übernahme von Leistungen durch KEVU für andere Kommunalunternehmen	Einsparung im Stadtkonzern aufgrund der Erbringung von Leistungen durch das KEVU anstatt durch Dritte (Euro) (auch mehrjährig)	≈	G4-4	≈	102-2
		Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität		+	G4-PR1	+	416-1
					+	G4-EU25	≠	
					+	G4-PR2	+	416-2
					+	G4-PR3	+	417-1
					+	G4-PR4	+	417-2
					+	G4-PR6	+	102-2
					+	G4-PR7	+	417-3
			Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit		+	G4-EU28	≠	
					+	G4-EU29	≠	
					+	G4-EU30	≠	
		Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang			+	G4-EU10	≠	
					+	G4-EU26	≠	
					+	G4-EU27	≠	

Dimension	Sub-dimension	Angepasstes CSR-Konzept für KEVU			GRI G4		GRI Standards	
		Themenfeld	Maßnahmen	Kennzahlen	Abgleich	Indikator-Nr.	Abgleich	Angaben Nr.
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Finanzielle Bürgerbeteiligung	Individuelle Bürgerbeteiligung	Veräußerung von Anteilen an Anlagen, bspw. (erneuerbare) Erzeugungsanlagen		≠		≠	
			Veräußerung von Unternehmensaktien an Bürger		≠		≠	
			Veräußerung von Unternehmensanleihen an Bürger		≠		≠	
		Organisationale Bürgerbeteiligung	Bürger-Gesellschaft, bspw. Genossenschaft, wird Anteilseigner am KEVU		≠		≠	
	Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse		Unternehmensexternes Vorschlagswesen		≈	G4-26	≈	102-43
			Befragungen der Bürger und Kunden		≈	G4-PR5	≈	102-43/ 102-44
			Weitergehende Feedbackangebote		≈	G4-26	≈	102-43
			Mitwirkung an Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Kommune		≈	G4-26	≈	102-43
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsbenützigungen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen	Vorträge vor und Beratungen von Gründern	Anzahl von Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer	≠		≠	
				Anzahl von Besuchern an Veranstaltungen zur Unterstützung der Gründer	≠		≠	
			Auslobung von Ideen- und Gründerwettbewerben	Teilnehmeranzahl an den Ideen- und Gründerwettbewerben	≠		≠	
			Mitwirkung des KEVU an Gründernetzwerken		≠		≠	
			Herstellung von Kontakten zu Netzwerken:	Anzahl unterstützter Gründungen	≠		≠	
			Kommunalunternehmen/ Wirtschaftsförderung/IHK		≠		≠	
			Zurverfügungstellung von Sachmitteln		≠		≠	
			Zurverfügungstellung von Geldmitteln	Höhe der eingesetzten Geldmittel	≠		≠	
			Gemeinsamer Außenauftritt zwischen KEVU und Neugründung		≠		≠	
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen/ Hochschulen	Angebot von Studienpraktika		≠		≠	
			Betreuung von Abschlussarbeiten		≠		≠	
				Spenden an Forschungseinrichtungen	≈	G4-EC1	≈	201-1
			Kooperative Forschungsprojekte mit Forschungseinrichtungen/ Hochschulen	Ausgaben für Forschungsoperationen	≠		≠	
	Langfristig effizientes Wirtschaften	Wirtschaftliche Effizienz	Nachhaltig profitorientiertes Wirtschaften unter Berücksichtigung nichtfinanzieller Ziele		≠		≠	
		Technische Effizienz			+	G4-EU11	≠	
	Beitrag zum kommunalen Haushalt			Economic Value Added, kurz: EVA	≈	G4-EC1	≈	201-1
				Cash Value Added, kurz: CVA	≈	G4-EC1	≈	201-1
			Finanzieller Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt		≈	G4-EC1	≈	201-1
Anstand in Graubereichen zeigen	Organisationsüberblick und Werte				+	G4-1	+	102-14
					+	G4-2	+	102-15
					+	G4-12	+	102-9
					+	G4-14	+	102-11
					+	G4-15	+	102-12
					+	G4-16	+	102-13
					+	G4-34	+	102-18
					+	G4-56	+	102-16
					+	G4-35	+	102-19
					+	G4-36	+	102-20
	Faires und anständiges Verhalten	Verantwortung der Unternehmensführung			+	G4-37	+	102-21
					+	G4-40	+	102-24
					+	G4-43	+	102-27
					+	G4-44	+	102-28
					+	G4-45	+	102-29
					+	G4-46	+	102-30
					+	G4-49	+	102-33
					+	G4-50	+	102-34

F Anforderungskatalog zur empirischen Analyse von CSR-Themen in der Unternehmensberichterstattung¹⁵⁷²

Verortung			Anforderungen		Ursprung	
Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Kriterium-Nr.	Kriterium	GRI-unangepasst/ GRI-angepasst/ PV-unangepasst	GRI-Indikator
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit	Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit	1	Anzahl der CO ₂ -Emissionszertifikate	GRI-unangepasst	G4-EU5
			2	Eingesetzte Materialien nach Gewicht oder Volumen; Einsatz von festen und flüssigen PCBs mit hohem Gehalt und niedrigem Gehalt, die in Geräten enthalten sind	GRI-unangepasst	G4-EN1 + EU
			3	Anteil der Sekundärrohstoffe am Gesamtmaterialeinsatz	GRI-unangepasst	G4-EN2
			4	Energieverbrauch innerhalb der Organisation	GRI-unangepasst	G4-EN3
			5	Energieverbrauch außerhalb der Organisation	GRI-unangepasst	G4-EN4
			6	Energieintensität	GRI-unangepasst	G4-EN5
			7	Verringerung des Energieverbrauchs	GRI-unangepasst	G4-EN6
			8	Senkung des Energiebedarfs für Produkte und Dienstleistungen	GRI-unangepasst	G4-EN7
			9	Gesamtwasserentnahme nach Quelle; Gesamtwasserverbrauch für die Verarbeitung, Kühlung und den Verbrauch in thermischen und nuklearen Kraftwerken, einschließlich der Verwendung von Wasser bei der Aschebehandlung und Kohlereinigung	GRI-unangepasst	G4-EN8 + EU
			10	Durch die Wasserentnahme wesentlich beeinträchtigte Wasserquellen	GRI-unangepasst	G4-EN9
			11	Prozentsatz und Gesamtvolumen des wieder zugeführten und wiederverwendeten Wassers	GRI-unangepasst	G4-EN10
			12	Eigene oder gemietete Standorte, betrieben in oder angrenzend an Schutzgebiete(n) und Gebiete(n) mit hohem Biodiversitätswert außerhalb von Schutzgebieten	GRI-unangepasst	G4-EN11
			13	Erhebliche Auswirkungen von Geschäftstätigkeiten, Produkten und Dienstleistungen auf die Biodiversität in Schutzgebieten und Gebieten mit hohem Biodiversitätswert außerhalb von Schutzgebieten	GRI-unangepasst	G4-EN12 + EU
			14	Geschützte oder renaturierte Lebensräume	GRI-unangepasst	G4-EN13
			15	Gesamtzahl der gefährdeten Arten auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) und auf nationalen Listen geschützter Arten, die ihren Lebensraum in Gebieten haben, die von der Geschäftstätigkeit der Organisation betroffen sind, nach Gefährdungskategorie	GRI-unangepasst	G4-EN14
			16	Biodiversität der Ersatzflächen im Vergleich zur Biodiversität der zu ersetzenden Flächen	GRI-unangepasst	G4-EU13
			17	Direkte THG-Emissionen (Scope 1), also CO ₂ /MWh nach Region, Erzeugung insgesamt, fossiler Erzeugung, durch Lieferungen an Endkunden (einschl. eigener Erzeugung)	GRI-unangepasst	G4-EN15 + EU
			18	Indirekte energiebezogene THG-Emissionen (Scope 2) nach Region durch die Lieferung an Endkunden (einschl. eingekaufter Energie)	GRI-unangepasst	G4-EN16 + EU
			19	Weitere indirekte THG-Emissionen (Scope 3)	GRI-unangepasst	G4-EN17
			20	Intensität der THG-Emissionen	GRI-unangepasst	G4-EN18
			21	Reduzierung der THG-Emissionen	GRI-unangepasst	G4-EN19
			22	Emissionen Ozon abbauender Stoffe	GRI-unangepasst	G4-EN20
			23	NO _x , SO _x und andere signifikante Luftemissionen nach Nettoerzeugung aller Erzeugungskapazitäten und nach Nettoerzeugung von Verbrennungskraftwerken	GRI-unangepasst	G4-EN21 + EU
			24	Gesamtvolumen der Abwassereinleitung nach Qualität und Einleitungsort, einschl. thermischer Ausstoß als Teil des Gesamtvolumens geplanter und ungeplanter Wassereinleitungen	GRI-unangepasst	G4-EN22 + EU
			25	Gesamtgewicht des Abfalls, einschl. PCB-Abfall und Nuklearabfällen, nach Art und Entsorgungsmethode	GRI-unangepasst	G4-EN23 + EU
			26	Prozentualer Anteil von recyceltem Abfall	PV-unangepasst	
			27	Gesamtzahl und -volumen signifikanter Verschmutzungen	GRI-unangepasst	G4-EN24
			28	Gewicht des transportierten, importierten, exportierten oder behandelten Abfalls, der gemäß den Bestimmungen des Basler Übereinkommens, Anlage I, II, III und VIII, als gefährlich eingestuft wird, sowie Prozentsatz des international transportierten Abfalls	GRI-unangepasst	G4-EN25
			29	Bezeichnung, Größe, Schutzstatus und Biodiversitätswert von Gewässern und damit verbundenen Lebensräumen, die von den Abwassereinleitungen und dem Oberflächenabfluss der Organisation signifikant betroffen sind	GRI-unangepasst	G4-EN26
			30	Umfang der Maßnahmen zur Bekämpfung der ökologischen Auswirkungen von Produkten und Dienstleistungen	GRI-unangepasst	G4-EN27
			31	Prozentsatz der zurückgenommenen verkauften Produkte und deren Verpackungsmaterialien nach Kategorie	GRI-unangepasst	G4-EN28
			32	Erhebliche ökologische Auswirkungen durch den Transport von Produkten und anderen Gütern und Materialien, die für die Geschäftstätigkeit der Organisation verwendet werden, sowie durch den Transport von Mitgliedern der Belegschaft	GRI-unangepasst	G4-EN30
			33	Die gesamten Aufwendungen und Investitionen für Umweltschutz nach Art	GRI-unangepasst	G4-EN31

¹⁵⁷² Eigene Darstellung.

Verortung			Anforderungen		Ursprung	
Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Kriterium-Nr.	Kriterium	GRI-unangepasst/ GRI-angepasst/ PV-unangepasst	GRI-Indikator
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch dulden	Ökologische Nachhaltigkeit	Nachhaltige Versorgung durch erneuerbare Energien	34	Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien in der Erzeugung (Stromerzeugung nach Energiequelle und Regionen)	GRI-angepasst	G4-EU2
			35	Prozentualer Anteil erneuerbarer Energien im Vertrieb	PV-unangepasst	
			36	Installierte Leistung nach Energiequelle und Regionen	GRI-unangepasst	G4-EU1
		Ökologische Nachhaltigkeit in der Beschaffung	37	Vereinbarung von Umweltstandards mit Lieferanten	PV-unangepasst	
			38	Prozentsatz neuer Lieferanten, die anhand von ökologischen Kriterien überprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-EN32
			39	Erhebliche tatsächliche und potenzielle negative ökologische Auswirkungen in der Lieferkette und ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-EN33
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Geschäfts-/Großkunden	40	Energieeffizienzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			41	Umweltschutzmaßnahmen in der Gemeinde (-Verwaltung), bspw. Verwirklichung einer treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			42	Energieeffizienzmaßnahmen bei Großkunden (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			43	Umweltschutzmaßnahmen bei Großkunden (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
		Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltskunden/ Privatpersonen	44	Informationsveranstaltungen zu Energie- und Ressourceneffizienz (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			45	Persönliche Beratungsmöglichkeiten zu Energie- und Ressourceneffizienz (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			46	Leistungsangebote zur intelligenten Energieverbrauchssteuerung im Haushalt (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			47	Preisverleihungen für ökologisches Handeln	PV-unangepasst	
			48	Gamification als Anreiz zum Energie sparen oder umweltverträglichen Handeln	PV-unangepasst	
		Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs	49	Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Kunden, bspw. Car-Sharing-Angebote, Fahrradvermietung und -leasing, etc. (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			50	Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs von Mitarbeitern, bspw. Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter zur Nutzung von ÖPNV oder Fahrrädern, etc. (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
	Gesellschaft und Kultur	Förderung gesellschaftlicher Beiträge	51	Förderung öffentlich zugängiger Veranstaltungen (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
			52	Förderung bestehender und neu gegründeter Organisationen mit gesellschaftlichem Auftrag (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
		Weiterbildungsbezogene u. gesundheitliche Förderung von Arbeitnehmern und Auszubildenden	53	Angebot von Praktikumsplätzen	PV-unangepasst	
			54	Angebot von Ausbildungsplätzen und Dualstudiengängen, auch über Bedarf	PV-unangepasst	
			55	Unterstützung von Mitarbeitern zur Weiterbildung (Programme für Kompetenzmanagement und lebenslanges Lernen, die zur fortdauernden Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter beitragen und diese im Umgang mit dem Berufsaufstieg unterstützen)	GRI-angepasst	G4-LA10
			56	Durchschnittliche jährliche Stundenzahl für Aus- und Weiterbildung pro Mitarbeiter nach Geschlecht und Mitarbeiterkategorie	GRI-unangepasst	G4-LA9
			57	Prozentsatz der Mitarbeiter, die eine regelmäßige Beurteilung ihrer Leistung und ihrer Karriereentwicklung erhalten, nach Geschlecht und Mitarbeiterkategorie	GRI-unangepasst	G4-LA11
			58	Betriebliche Leistungen, die nur Vollzeitbeschäftigten, nicht aber Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen oder Teilzeitbeschäftigten gewährt werden, nach Hauptgeschäftsstandorten	GRI-unangepasst	G4-LA2
			59	Prozentsatz der Gesamtbelegschaft, die in formellen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Ausschüssen vertreten ist, die die Überwachung von Programmen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz unterstützen und entsprechende Beratung anbieten	GRI-unangepasst	G4-LA5
			60	Art der Verletzung und Rate der Verletzungen, Berufskrankheiten, Ausfalltage und Abwesenheit sowie die Gesamtzahl der arbeitsbedingten Todesfälle nach Region und Geschlecht; Arbeitsschutzleistung von Auftragnehmern und Unterauftragnehmern vor Ort oder im Auftrag der berichtenden Organisation auf Baustellen	GRI-unangepasst	G4-LA6 + EU
			61	Arbeiter mit hoher Erkrankungsrate oder -gefährdung im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung	GRI-unangepasst	G4-LA7
			62	Gesundheits- und Sicherheitsthemen, die in formellen Vereinbarungen mit Gewerkschaften behandelt werden	GRI-unangepasst	G4-LA8

Verortung			Anforderungen		Ursprung	
Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Kriterium-Nr.	Kriterium	GRI-unangepasst/ GRI-angepasst/ PV-unangepasst	GRI-Indikator
Schäden für die Gesellschaft weder fördern noch duldend	Gesellschaft und Kultur	Vermeidung von Schäden für Arbeitnehmer	63	Spanne des Verhältnisses der Standardeintrittsgehälter nach Geschlecht zum lokalen Mindestlohn an Hauptgeschäftsstandorten	GRI-unangepasst	G4-EC5
			64	Zusammensetzung der Kontrollorgane und Aufteilung der Mitarbeiter nach Mitarbeiterkategorie in Bezug auf Geschlecht, Altersgruppe, Zugehörigkeit zu einer Minderheit und andere Diversitätsindikatoren	GRI-unangepasst	G4-LA12
			65	Verhältnis des Grundgehalts und der Vergütung von Frauen zum Grundgehalt und zur Vergütung von Männern, nach Mitarbeiterkategorie und Hauptgeschäftsstandorten	GRI-unangepasst	G4-LA13
			66	Prozentsatz neuer Lieferanten, die anhand von Kriterien im Hinblick auf Arbeitspraktiken überprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-LA14
			67	Erhebliche tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen auf Arbeitspraktiken in der Lieferkette und ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-LA15
		Vermeidung von Schäden für die Gesellschaft	68	Prozentsatz und Gesamtzahl der signifikanten Investitionsvereinbarungen und -verträge, die Menschenrechtsklauseln enthalten oder unter Menschenrechtsaspekten geprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-HR1
			69	Gesamtzahl der Schulungsstunden von Mitarbeitern in Bezug auf die Menschenrechtspolitik und -verfahren der Organisation im Zusammenhang mit Menschenrechtsaspekten, die für die Geschäftstätigkeit maßgeblich sind, sowie Prozentsatz der geschulten Mitarbeiter	GRI-unangepasst	G4-HR2
			70	Gesamtzahl der Diskriminierungsvorfälle und ergriffene Abhilfemaßnahmen	GRI-unangepasst	G4-HR3
			71	Ermittelte Geschäftsstandorte und Lieferanten, bei denen das Recht der Beschäftigten auf Vereinigungsfreiheit oder Kollektivverhandlungen verletzt wird oder erheblich gefährdet sein könnte, und ergriffene Maßnahmen zum Schutz dieser Rechte	GRI-unangepasst	G4-HR4
			72	Ermittelte Geschäftsstandorte und Lieferanten, bei denen ein erhebliches Risiko von Kinderarbeit besteht, und ergriffene Maßnahmen als Beitrag zur Abschaffung von Kinderarbeit	GRI-unangepasst	G4-HR5
			73	Ermittelte Geschäftsstandorte und Lieferanten, bei denen ein erhebliches Risiko von Zwangs- oder Pflichtarbeit besteht, und ergriffene Maßnahmen als Beitrag zur Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit	GRI-unangepasst	G4-HR6
			74	Prozentsatz des Sicherheitspersonals, das zu Menschenrechtspolitik und -verfahren der Organisation, die für die Geschäftstätigkeit maßgeblich sind, geschult wurde	GRI-unangepasst	G4-HR7
			75	Gesamtzahl der Vorfälle, in denen Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt wurden, und ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-HR8
			76	Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstandorte, die im Hinblick auf Menschenrechte oder menschenrechtliche Auswirkungen geprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-HR9
			77	Prozentsatz neuer Lieferanten, die anhand von Menschenrechtskriterien überprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-HR10
			78	Erhebliche tatsächliche und potenzielle negative menschenrechtliche Auswirkungen in der Lieferkette und ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-HR11
			79	Gesamtzahl und Prozentsatz der Geschäftsstandorte, die im Hinblick auf Korruptionsrisiken geprüft wurden, und ermittelte erhebliche Risiken	GRI-unangepasst	G4-SO3
			80	Informationen und Schulungen über Maßnahmen und Verfahren zur Korruptionsbekämpfung	GRI-unangepasst	G4-SO4
			81	Bestätigte Korruptionsfälle und ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-SO5
			82	Gesamtzahl der Verfahren aufgrund von wettbewerbswidrigem Verhalten oder Kartell- und Monopolbildung sowie deren Ergebnisse	GRI-unangepasst	G4-SO7
			83	Prozentsatz neuer Lieferanten, die anhand von Kriterien in Bezug auf Auswirkungen auf die Gesellschaft überprüft wurden	GRI-unangepasst	G4-SO9
			84	Signifikante aktuelle und potenzielle negative Auswirkungen auf die Gesellschaft in der Lieferkette sowie ergriffene Maßnahmen	GRI-unangepasst	G4-SO10
			85	Geschäftstätigkeiten mit erheblichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften	GRI-unangepasst	G4-SO2
			86	Anzahl physisch und ökonomisch umgesiedelter Menschen und ihre Kompensation, aufgesplittet nach Projektart	GRI-unangepasst	G4-EU22

Verortung			Anforderungen		Ursprung	
Dimension	Sub-dimension	Themenfeld	Kriterium-Nr.	Kriterium	GRI-unangepasst/ GRI-angepasst/ PV-unangepasst	GRI-Indikator
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Wertschöpfung	Direkte regionale Auswirkungen	87	Direkte Regionale Beschaffung (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
			88	Anteil an Ausgaben für lokale Lieferanten an Hauptgeschäftsstandorten	GRI-unangepasst	G4-EC9
			89	Direkter regionaler Cash Flow	PV-unangepasst	
			90	Direkte Regionale Wertschöpfung	PV-unangepasst	
			91	Direkte regionale Beschäftigung (Gesamtzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiter vom Auftragnehmer nach Beschäftigungsart, Arbeitsvertrag, Geschlecht, Region)	GRI-angepasst	G4-10 + EU
			92	Anteil der lokal angeworbenen Führungskräfte an Hauptgeschäftsstandorten	GRI-unangepasst	G4-EC6
			93	Gesamtzahl und Rate neu eingestellter Mitarbeiter sowie Personalfuktuation nach Altersgruppe, Geschlecht und Region; Durchschnittliche Länge der Betriebszugehörigkeit von Mitarbeitern, die im Laufe des Berichtszeitraums ausscheiden, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Altersgruppe	GRI-unangepasst	G4-LA1 + EU
			94	Rückkehrate an den Arbeitsplatz und Verbleibsrate nach der Elternzeit nach Geschlecht	GRI-unangepasst	G4-LA3
			95	Prozentsatz der Mitarbeiter, die in den nächsten 5 und 10 Jahren in den Ruhestand gehen nach Berufsgruppe und Region	GRI-unangepasst	G4-EU15
			96	Direktes regionales Einkommen (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
		Indirekte regionale Auswirkungen	97	Indirekter regionaler Cash Flow	PV-unangepasst	
			98	Indirekte regionale Wertschöpfung	PV-unangepasst	
			99	Indirekte regionale Beschäftigung (Gesamtzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiter vom Auftragnehmer nach Beschäftigungsart, Arbeitsvertrag, Geschlecht, Region)	GRI-angepasst	G4-10 + EU
			100	Indirektes regionales Einkommen	PV-unangepasst	
			101	Geleistete Arbeitstage durch Mitarbeiter von Auftragnehmern und Unterauftragnehmern bei Bau-, Wartungs- und Betriebsaktivitäten	GRI-unangepasst	G4-EU17
			102	Entwicklung und Auswirkungen von Infrastrukturinvestitionen und geförderten Dienstleistungen	GRI-unangepasst	G4-EC7
			103	Art und Umfang erheblicher indirekter wirtschaftlicher Auswirkungen	GRI-unangepasst	G4-EC8
		Induzierte regionale Auswirkungen	104	Induzierter regionaler Cash Flow	PV-unangepasst	
			105	Induzierte regionale Wertschöpfung	PV-unangepasst	
			106	Induzierte regionale Beschäftigung	PV-unangepasst	
	Querverbund	Querfinanzierung	107	Querfinanzierung in den Bereichen Nahverkehr (ÖPNV), Bäder, Hafenbetrieb, Fährbetrieb, Flughafenbetrieb und Parkraumbewirtschaftung	PV-unangepasst	
			108	Querfinanzierung in Bereichen: Soziale, kulturelle und Sporteinrichtungen	PV-unangepasst	
		Synergieeffekte innerhalb des Stadtkonzerns	109	Einsatz von Kernleistungen des kEVU, bspw. (dezentraler) Erzeugungsanlagen, bei Kommunalgesellschaften (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			110	Kombiniertes Leistungsangebot des kEVU mit anderen Kommunalunternehmen (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
			111	Gemeinsame Marketingmaßnahmen mit anderen Kommunalunternehmen	PV-unangepasst	
			112	Zentrale Übernahme von Leistungen durch kEVU für andere Kommunalunternehmen (Marken, Produkte bzw. Dienstleistungen)	GRI-angepasst	G4-4
	Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung in entsprechender Qualität	113	Prozentsatz der maßgeblichen Produkt- und Dienstleistungskategorien, deren Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit geprüft werden, um Verbesserungspotenziale zu ermitteln	GRI-unangepasst	G4-PR1
			114	Verletzungen und Todesfälle in der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit der Unternehmenstätigkeit	GRI-unangepasst	G4-EU25
			115	Gesamtzahl der Vorfälle der Nichteinhaltung von Vorschriften und freiwilligen Verhaltensregeln in Bezug auf die Auswirkungen von Produkten und Dienstleistungen auf Gesundheit und Sicherheit, dargestellt nach Art der Folgen	GRI-unangepasst	G4-PR2
			116	Art der Produkt- und Dienstleistungsinformationen, die durch die Verfahren der Organisation für Informationen über und die Kennzeichnung von Produkte(n) erforderlich sind, sowie Prozentsatz der maßgeblichen Produkt- und Dienstleistungskategorien, die solchen Informationspflichten unterliegen	GRI-unangepasst	G4-PR3
			117	Gesamtzahl der Fälle von Nichteinhaltung von Vorschriften oder freiwilligen Verhaltensregeln in Bezug auf die Informationen über und die Kennzeichnung von Produkte(n) und Dienstleistungen, dargestellt nach Art der Folgen	GRI-unangepasst	G4-PR4
			118	Verkauf verbotener oder umstrittener Produkte	GRI-unangepasst	G4-PR6
			119	Gesamtzahl der Fälle von Nichteinhaltung von Vorschriften oder freiwilligen Verhaltensregeln in Bezug auf Marketing einschließlich Anzeigen, Verkaufsförderung und Sponsoring, dargestellt nach Art der Folgen	GRI-unangepasst	G4-PR7

Dimension	Verortung		Anforderungen		Ursprung	
	Sub-dimension	Themenfeld	Kriterium-Nr.	Kriterium	GRI-unangepasst/ GRI-angepasst/ PV-unangepasst	GRI-Indikator
Gesellschaftliche Wertschöpfung anstreben	Nutzen für die Leistungsempfänger	Energieversorgung mit hoher Verfügbarkeit	120	Häufigkeit von Stromausfällen	GRI-unangepasst	G4-EU28
			121	Durchschnittliche Dauer eines Stromausfalls	GRI-unangepasst	G4-EU29
			122	Durchschnittliche Verfügbarkeit der Kraftwerke nach Energiequelle und Regionen	GRI-unangepasst	G4-EU30
			123	Geplante Erzeugungskapazität im Vergleich zur langfristig gesicherten Nachfrage nach Energiequelle und Regionen	GRI-unangepasst	G4-EU10
		Energieversorgung mit modernem und leichtem Zugang	124	Anteil der Bevölkerung im Vertriebsgebiet ohne Stromversorgung	GRI-unangepasst	G4-EU26
			125	Anzahl der Stromabschaltungen aufgrund von Zahlungsrückständen nach Unterbrechungsdauer und Regionen	GRI-unangepasst	G4-EU27
	Finanzielle Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse	Individuelle und organisationale Bürgerbeteiligung	126	Veräußerung von Anteilen an Anlagen, bspw. (erneuerbare) Erzeugungsanlagen	PV-unangepasst	
			127	Veräußerung von Unternehmensaktien an Bürger	PV-unangepasst	
			128	Veräußerung von Unternehmensanleihen an Bürger	PV-unangepasst	
			129	Bürger-Gesellschaft, bspw. Genossenschaft, wird Anteilseigner am KEVU	PV-unangepasst	
		Berücksichtigung der Kunden- und Bürgerbedürfnisse	130	Unternehmensexternes Vorschlagswesen (Ansätze für die Einbeziehung von Stakeholdern)	GRI-angepasst	G4-26
			131	Befragungen der Bürger und Kunden (Ergebnisse von Umfragen zur Kundenzufriedenheit)	GRI-angepasst	G4-PR5
			132	Weitergehende Feedbackangebote (Ansätze für die Einbeziehung von Stakeholdern)	GRI-angepasst	G4-26
			133	Mitwirkung an Bürgerbeteiligungsmaßnahmen der Kommune (Ansätze für die Einbeziehung von Stakeholdern)	GRI-angepasst	G4-26
Langfristige Profitabilität und wirtschaftliche Ressourcen schaffen	Unterstützung von Gründungsberühmungen	Förderung von jungen Unternehmen und Unternehmensgründungen	134	Vorträge vor und Beratungen von Gründern	PV-unangepasst	
			135	Auslobung von Ideen- und Gründerwettbewerben	PV-unangepasst	
			136	Mitwirkung des KEVU an Gründernetzwerken	PV-unangepasst	
			137	Herstellung von Kontakten zu Netzwerken: Kommunalunternehmen/Wirtschaftsförderung/IHK	PV-unangepasst	
			138	Zurverfügungstellung von Sachmitteln	PV-unangepasst	
			139	Zurverfügungstellung von Geldmitteln	PV-unangepasst	
			140	Gemeinsamer Außenauftritt zwischen KEVU und Neugründung	PV-unangepasst	
		Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen /Hochschulen	141	Angebot von Studienpraktika	PV-unangepasst	
			142	Betreuung von Abschlussarbeiten	PV-unangepasst	
			143	Spenden an Forschungseinrichtungen (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
			144	Kooperative Forschungsprojekte mit Forschungseinrichtungen/Hochschulen	PV-unangepasst	
	Langfristig effizientes Wirtschaften und Beitrag zum Kommunalhaushalt	Wirtschaftliche und technische Effizienz	145	Nachhaltig profitorientiertes Wirtschaften unter Berücksichtigung nichtfinanzieller Ziele	PV-unangepasst	
			146	Durchschnittliche Erzeugungseffizienz von thermischen Kraftwerken nach Energiequelle und Regionen	GRI-unangepasst	G4-EU11
			147	Prozentsatz der Energieverluste bei der Übertragung und Verteilung	GRI-unangepasst	G4-EU12
		Beitrag des KEVU zum kommunalen Haushalt	148	Economic Value Added, kurz: EVA (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
			149	Cash Value Added, kurz: CVA (Direkt erwirtschafteter und verteilter wirtschaftlicher Wert)	GRI-angepasst	G4-EC1
Anstand in Graubereichen zeigen	Faires und anständiges Verhalten	Organisationsüberblick und Werte	151	Erklärung des höchsten Entscheidungsträgers der Organisation	GRI-unangepasst	G4-1
			152	Die wichtigsten Auswirkungen, Risiken und Chancen	GRI-unangepasst	G4-2
			153	Die Lieferkette der Organisation	GRI-unangepasst	G4-12
			154	Ob und wie Vorsorgeansatz und Vorsorgeprinzip behandelt werden	GRI-unangepasst	G4-14
			155	Unterstützte extern entwickelte wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Chartas, Prinzipien und Initiativen	GRI-unangepasst	G4-15
			156	Mitgliedschaften in Verbänden und Interessengruppen	GRI-unangepasst	G4-16
			157	Führungsstruktur der Organisation	GRI-unangepasst	G4-34
			158	Werte, Grundsätze sowie Verhaltensstandards und -normen der Organisation	GRI-unangepasst	G4-56
		Verantwortung der Unternehmensführung	159	Prozess mittels dessen Vollmachten für wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Themen vom höchsten Kontrollorgan an Führungskräfte und andere Beschäftigte delegiert werden	GRI-unangepasst	G4-35
			160	Verortung von Nachhaltigkeit (wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Themen) auf Vorstandsebene	GRI-unangepasst	G4-36
			161	Konsultationsverfahren zwischen Stakeholdern und dem höchsten Kontrollorgan bei wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Themen	GRI-unangepasst	G4-37
			162	Nominierungs- und Auswahlverfahren für das höchste Kontrollorgan und dessen Komitees sowie die Kriterien	GRI-unangepasst	G4-40
			163	Maßnahmen, um die kollektiven Kenntnisse des höchsten Kontrollorgans in Bezug auf wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Themen weiterzuentwickeln und zu verbessern	GRI-unangepasst	G4-43

G Grundversorger für Strom deutscher Großstädte mit über 200.000 Einwohnern¹⁵⁷³

Stadt-Nr.	Stadt	VNB Strom	Grundversorger Strom
1	Berlin, Stadt	Stromnetz Berlin GmbH	Vattenfall Europe Sales GmbH
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	Stromnetz Hamburg GmbH	
3	München, Landeshauptstadt	SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG	SWM Versorgungs GmbH
4	Köln, Stadt	Rheinische NETZGesellschaft mbH	RheinEnergie AG
5	Frankfurt am Main, Stadt	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	Mainova AG
		Syna GmbH	Süwag Vertrieb AG & Co. KG
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	Stuttgart Netze Betrieb GmbH	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
7	Düsseldorf, Stadt	Netzgesellschaft Düsseldorf mbH	Stadtwerke Düsseldorf AG
8	Dortmund, Stadt	Dortmunder Netz GmbH	Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)
9	Essen, Stadt	Westnetz GmbH	innogy SE
10	Leipzig, Stadt	Netz Leipzig GmbH	Stadtwerke Leipzig GmbH
11	Bremen, Stadt	wesernetz Bremen GmbH	swb Vertrieb Bremen GmbH
12	Dresden, Stadt	DREWAG NETZ GmbH	DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH
13	Hannover, Landeshauptstadt	enercity Netz GmbH	Stadtwerke Hannover AG (enercity)
14	Nürnberg	MDN Main-Donau Netzgesellschaft mbH	N-ERGIE AG
15	Duisburg, Stadt	Netze Duisburg GmbH	Stadtwerke Duisburg AG
16	Bochum, Stadt	Stadtwerke Bochum Netz GmbH	Stadtwerke Bochum GmbH
17	Wuppertal, Stadt	WSW Netz GmbH	WSW Energie & Wasser AG
18	Bielefeld, Stadt	SWB Netz GmbH	Stadtwerke Bielefeld GmbH
19	Bonn, Stadt	Bonn-Netz GmbH	Energie- und Wasserversorgung Bonn-Rhein/Sieg GmbH
20	Münster, Stadt	münsterNETZ GmbH	Stadtwerke Münster GmbH

¹⁵⁷³ Eigene Darstellung.

Stadt-Nr.	Stadt	Verteilnetzbetreiber Strom	Grundversorger Strom
21	Karlsruhe, Stadt	Stadtwerke Karlsruhe Netzservice GmbH	Stadtwerke Karlsruhe GmbH
22	Mannheim, Universitätsstadt	MVV Netze GmbH	MVV Energie AG
23	Augsburg	swa Netze GmbH	Stadtwerke Augsburg Energie GmbH
24	Wiesbaden, Landeshauptstadt	Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH	ESWE Versorgungs AG
25	Gelsenkirchen, Stadt	ELE Verteilnetz GmbH	Emscher Lippe Energie GmbH
26	Mönchengladbach, Stadt	NEW Netz GmbH	NEW Niederrhein Energie und Wasser GmbH
27	Braunschweig, Stadt	Braunschweiger Netz GmbH	BS ENERGY Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG
28	Chemnitz, Stadt	inetz GmbH	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
29	Kiel, Landeshauptstadt	SWKiel Netz GmbH	Stadtwerke Kiel AG
30	Aachen, Stadt	INFRAWEST GmbH	STAWAG, Stadtwerke Aachen AG
31	Halle (Saale), Stadt	Energieversorgung Halle Netz GmbH	EVH GmbH
32	Magdeburg, Landeshauptstadt	Netze Magdeburg GmbH	Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG
33	Freiburg im Breisgau, Stadt	bnNETZE GmbH	badenova AG & Co. KG
34	Krefeld, Stadt	NGN NETZGESELLSCHAFT NIEDER-RHEIN MBH	SWK ENERGIE GmbH
35	Lübeck, Hansestadt	Netz Lübeck GmbH	Stadtwerke Lübeck GmbH
36	Oberhausen, Stadt	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Energieversorgung Oberhausen AG
37	Erfurt, Stadt	SWE Netz GmbH	SWE Energie GmbH
38	Mainz, Stadt	Mainzer Netze GmbH	ENTEGA Energie GmbH
39	Rostock, Hansestadt	Stadtwerke Rostock Netzgesellschaft mbH	Stadtwerke Rostock AG

H Merkmale der Stichprobe¹⁵⁷⁴

EVU	Umsatzerlöse in Mio. € (ohne Strom- und Energiessteuer)	Frauenanteil in Unternehmens- führung in % (zum Bilanzstichtag)		Kapitalmarkt- orientierung**	Mehrheitlich kommunale Eigentümerschaft**	CSR- Verantwortung in der Unternehmens- führung**
		2016	2017			
badenova AG & Co. KG ²	970,1	938,8	0,0%	0,0%	X	
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21) ³	902,2	864,5	0,0%	33,3%	X	
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH ¹	1.141,3	1.144,7	50,0%	22,2%	X	
E.ON SE ²	38.173,0	37.965,0	0,0%	0,0%	X	X
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG ¹	981,5	1.052,6	0,0%	0,0%	X	
EnBW Energie Baden-Württemberg AG ²	16.288,5	16.734,6	0,0%	0,0%	X	X
ESWE Versorgungs AG ¹	381,7	387,4	0,0%	0,0%	X	
EWE AG ²	7.566,3	8.250,5	25,0%	0,0%	X	
innogy SE ²	41.549,0	41.119,0	16,7%	20,0%	X	X
Manova AG ²	1.970,6	1.999,7	0,0%	0,0%	X	
MVV Energie AG ²	4.066,4	4.009,5	0,0%	0,0%	X	X
N-ERGIE AG ²	2.823,3	2.813,3	33,3%	33,3%	X	X
RheinEnergie AG ¹	2.457,0	2.437,5	0,0%	0,0%	X	
RWE AG ²	43.590,0	42.434,0	0,0%	0,0%	X	
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG ²	461,0	457,4	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Bielefeld GmbH ¹	635,6	587,2	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Bochum GmbH ¹	449,2	438,1	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Düsseldorf AG ¹	2.042,3	1.994,2	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Hannover AG (enercity) ¹	1.994,9	2.101,5	33,3%	33,3%	X	
Stadtwerke Kiel AG ¹	541,9	515,2	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Leipzig GmbH ¹	1.928,7	2.017,9	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Lübeck GmbH ¹	286,6	270,6	0,0%	0,0%	X	
Stadtwerke Münster GmbH ¹	529,9	547,0	0,0%	0,0%	X	
STAWAG, Stadtwerke Aachen AG ¹	394,9	389,9	0,0%	0,0%	X	
uniper SE ²	67.285,0	72.238,0	0,0%	0,0%	X	
Durchschnitt	9.576,4	9.748,3	6,8%	7,2%	22,6%*	23,2%*

Legende:

¹ Angaben zu Umsatzerlösen sind dem Einzelabschluss des Geschäftsberichts entnommen.

² Angaben zu Umsatzerlösen sind dem Konzernabschluss des Geschäftsberichts entnommen.

³ Angaben zu Umsatzerlösen sind dem Teilkonzernabschluss des Geschäftsberichts entnommen.

* Die Werte der Stadtwerke Bochum GmbH bleiben unberücksichtigt.

** Dies gilt für beide Geschäftsjahre.

X Das EVU weist diese Eigenschaft auf.

¹⁵⁷⁴ Eigene Darstellung.

I Vorliegende Unternehmensberichte der Stichprobe¹⁵⁷⁵

EVU	Unternehmensberichterstattung						NFE/ NFB
	Zeitraum Geschäfts- jahr	Geschäftsbericht		Weitere Unternehmensberichte			
		2016	2017	2016	2017	Titel des weiteren Unternehmensberichts	
badenova AG & Co. KG	1)	X*	X*	X		Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht	h)
	1)	X	X			Umwelterklärung	h)
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)	1)	X*	X*	X			h)
	1)	X	X				h)
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	1)	X*	X*	X			h)
	1)	X	X	X		Nachhaltigkeitsbericht	c)
enas energie in sachsen GmbH & Co. KG	1)	X	X				h)
	1)	X	X				a)
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	1)	X	X				h)
	1)	X	X				a)
ESWE Versorgungs AG	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
EWE AG	1)	X	X	X			f)
	1)	X	X	X			d)
innogy SE	1)	X	X	X			d)
	1)	X	X	X			d)
Manova AG	1)	X	X	X			d)
	1)	X	X	X			d)
MVV Energie AG	2)	X*	X*	X			h)
	1)	X	X	X		Magazin zum Geschäftsbericht	h)
N-ERGIE AG	1)	X	X				h)
	1)	X	X	X			h)
RheinEnergie AG	1)	X	X	X		Umweltbericht	h)
	1)	X	X	X		Umwelterklärung	h)
RWE AG	1)	X	X	X		Unsere Verantwortung	d)
	1)	X	X	X			h)
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
Stadtwerke Bielefeld GmbH	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
Stadtwerke Bochum GmbH	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
Stadtwerke Düsseldorf AG	1)	X	X	X			h)
	1)	X	X	X		Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht**	h)
Stadtwerke Hannover AG (enercity)	1)	X	X	X			h)
	2)	X	(X)				h)
Stadtwerke Kiel AG	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
Stadtwerke Leipzig GmbH	1)	X*	(X)				h)
	1)	X	(X)				h)
Stadtwerke Lübeck GmbH	1)	X*	X	X			h)
	1)	X	X	X		Umwelterklärung	h)
Stadtwerke Münster GmbH	1)	X	X				h)
	1)	X	X				h)
STAWAG, Stadtwerke Aachen AG	1)	X	X	X			h)
uniper SE	1)	X	X	X		Nachhaltigkeitsbericht	g)

Legende:	
1)	Zeitraum des Geschäftsjahres: 01. Januar - 31. Dezember.
2)	Zeitraum des Geschäftsjahres: 01. Oktober - 30. September.
*	Im fakultativen Teil des Geschäftsberichts ist ein Nachhaltigkeitskapitel enthalten.
**	Bei diesem Berichtsformat sind im Geschäftsbericht kein Jahresabschluss und Lagebericht enthalten.
X	Unternehmensbericht liegt vor.
(X)	Berücksichtigung von Veröffentlichungen im Bundesanzeiger aufgrund der Einstellung der Geschäftsberichterstattung.
a)	Integration der NFE in den Lagebericht.
b)	Besonderer Abschnitt der NFE im Lagebericht.
c)	NFB als eigenständiger Bericht.
d)	Integration des NFB in den Nachhaltigkeitsbericht.
e)	Besonderer Abschnitt des NFB im Nachhaltigkeitsbericht.
f)	Integration des NFB in den Geschäftsbericht.
g)	Besonderer Abschnitt des NFB im Geschäftsbericht.
h)	Keine CSR-Berichtspflicht.

Legende:

1) Zeitraum des Geschäftsjahres: 01. Januar - 31. Dezember.

2) Zeitraum des Geschäftsjahres: 01. Oktober - 30. September.

* Im fakultativen Teil des Geschäftsberichts ist ein

Nachhaltigkeitskapitel enthalten.

** Bei diesem Berichtsformat sind im Geschäftsbericht kein

Jahresabschluss und Lagebericht enthalten.

X Unternehmensbericht liegt vor.

(X) Berücksichtigung von Veröffentlichungen im Bundesanzeiger

aufgrund der Einschulung der Geschäftsberichterstattung.

a) Integration der NFE in den Lagebericht.

b) Besonderer Abschnitt der NFE im Lagebericht.

c) NFB als eigenständiger Bericht.

d) Integration des NFB in den Nachhaltigkeitsbericht.

e) Besonderer Abschnitt des NFB im Nachhaltigkeitsbericht.

f) Integration des NFB in den Geschäftsbericht.

g) Besonderer Abschnitt des NFB im Geschäftsbericht.

h) Keine CSR-Berichtspflicht.

J Zur Erstellung der freiwilligen CSR-Berichterstattung verwendete Rahmenwerke¹⁵⁷⁶

				GRI G4			GRI Standards			UN Global Compact	SDGs	EMAS	DNK
EVU	Berichtsjahr	Unternehmensbericht	Nutzung Rahmenwerk (ja/nein)	Nutzung Berücksichtigung der Brancheneleitlinien für die Energiewirtschaft	Berichtsoption		Nutzung Berücksichtigung der Brancheneleitlinien für die Energiewirtschaft (GRI G4)	Berichtsoption		Unternehmensbericht zugleich Fortschrittsbericht	Nutzung	Nutzung	Nutzung Berücksichtigung der Brancheneleitlinien für die Energiewirtschaft
					Kern	Umfassend		Kern	Umfassend				
badenova AG & Co. KG	2016	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	nein										
		Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht	nein										
	2017	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	nein										
		Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht	nein										
		Umwelterklärung	ja									X	
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	2016	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	nein										
	2017	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	nein										
E.ON SE	2016	Nachhaltigkeitsbericht	ja	X	X	X				X			X
	2017	Nachhaltigkeitsbericht	ja				X	X	X	X			X
innogy SE	2016	Nachhaltigkeitsbericht	ja	X	X	X				X			
	2017	Nachhaltigkeitsbericht	ja				X		X				
Mainova AG	2016	Nachhaltigkeitsbericht	ja	X	X	X							
	2017	Nachhaltigkeitsbericht	ja	X	X	X							
MVV Energie AG	2016	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	ja	X	X	X							
		Magazin zum Geschäftsbericht	nein										
	2017	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	ja	X	X	X							
		Magazin zum Geschäftsbericht	nein										
RheinEnergie AG	2016	Umweltbericht	nein										
		Umwelterklärung	ja									X	
	2017	Umweltbericht	nein										
		Umwelterklärung	ja									X	
RWE AG	2016	Unsere Verantwortung	ja	X	X	X				X			
	2017	Unsere Verantwortung	ja				X	X	X	X	X		
Stadtwerke Hannover AG (enercity)	2016	Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht	nein										
Stadtwerke Lübeck GmbH	2016	Nachhaltigkeitskapitel im Geschäftsbericht	nein										
Stadtwerke Münster GmbH	2016	Umwelterklärung	ja										X
	2017	Umwelterklärung	ja										X
uniper SE	2016	Nachhaltigkeitsbericht	ja	X		X							
	2017	Nachhaltigkeitsbericht	nein										

K Zur Erstellung der nichtfinanziellen Erklärung bzw. des nichtfinanziellen Berichts verwendete Rahmenwerke¹⁵⁷⁷

EVU	Nutzung eines Rahmenwerks	Genutztes Rahmenwerk		
		GRI G4	GRI Standards	UN Global Compact
E.ON SE	X		X	
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	X		X	X
EWE AG				
innogy SE	X		X	
Mainova AG	X	X		
RWE AG	X		X	
uniper SE	X		X	
<div> <div>Legende:</div> <div>X</div> <div>NFE/NFB weist diese Eigenschaft auf.</div> </div>				

¹⁵⁷⁶ Eigene Darstellung.

¹⁵⁷⁷ Eigene Darstellung.

L Erreichungsgrade aller Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017¹⁵⁷⁸

EVU	Erreichungsgrad in %	
	2016	2017
badenova AG & Co. KG	27,7%	40,0%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21)	24,1%	24,4%
DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	23,1%	20,3%
E.ON SE	53,3%	51,8%
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	14,4%	18,2%
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	46,4%	50,0%
ESWE Versorgungs AG	22,3%	24,9%
EWE AG	33,6%	31,3%
innogy SE	50,8%	49,7%
Mainova AG	41,3%	49,0%
MVV Energie AG	41,5%	42,1%
N-ERGIE AG	24,4%	24,6%
RheinEnergie AG	37,9%	31,5%
RWE AG	51,0%	50,8%
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG	17,4%	13,1%
Stadtwerke Bielefeld GmbH	29,2%	28,7%
Stadtwerke Bochum GmbH	9,5%	10,5%
Stadtwerke Düsseldorf AG	24,9%	29,2%
Stadtwerke Hannover AG (enercity)	35,6%	24,9%
Stadtwerke Kiel AG	15,1%	13,8%
Stadtwerke Leipzig GmbH	12,1%	12,8%
Stadtwerke Lübeck GmbH	27,4%	12,1%
Stadtwerke Münster GmbH	26,9%	27,2%
STAWAG, Stadtwerke Aachen AG	25,9%	26,9%
uniper SE	26,9%	36,7%
Gesamt:	29,7%	29,8%

M Erreichungsgrade pro Berichtselement aller Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017¹⁵⁷⁹

Dimension	Erreichungsgrad in %								
	Lagebericht		Rest-Geschäftsbericht		Nachhaltigkeitskapitel u. weitere Berichte		NFE/NFB	Gesamt	
	2016 (n = 25)	2017 (n = 25)	2016 (n = 25)	2017 (n = 25)	2016 (n = 12)	2017 (n = 10)	2017 (n = 7)	2016 (n = 25)	2017 (n = 25)
1	17,5%	17,9%	10,0%	10,0%	35,9%	39,2%	27,6%	30,5%	31,2%
2	17,2%	16,9%	10,1%	9,4%	22,5%	23,8%	18,2%	26,5%	25,4%
3	16,1%	17,3%	9,6%	8,2%	22,3%	22,9%	16,0%	25,3%	26,0%
4	18,6%	19,2%	14,3%	13,4%	31,1%	38,1%	31,1%	33,2%	33,1%
Gesamt	17,6%	17,9%	11,0%	10,5%	30,4%	33,8%	25,1%	29,7%	29,8%

¹⁵⁷⁸ Eigene Darstellung.

¹⁵⁷⁹ Eigene Darstellung.

N Erreichungsgrade pro Berichtselement der kommunalen Energieversorgungsunternehmen in 2016 und 2017¹⁵⁸⁰

Dimension	Erreichungsgrad in %								
	Lagebericht		Rest-Geschäftsbericht		Nachhaltigkeitskapitel u. weitere Berichte		NFE/NFB	Gesamt	
	2016 (n = 21)	2017 (n = 21)	2016 (n = 21)	2017 (n = 21)	2016 (n = 8)	2017 (n = 6)	2017 (n = 3)	2016 (n = 21)	2017 (n = 21)
1	17,4%	17,9%	11,0%	10,8%	30,4%	33,9%	30,8%	27,1%	27,4%
2	17,5%	17,1%	11,1%	10,1%	20,7%	21,5%	24,1%	25,7%	24,3%
3	15,4%	16,2%	10,4%	8,8%	19,1%	20,1%	24,5%	23,2%	23,9%
4	16,6%	16,9%	14,1%	12,9%	22,1%	28,1%	32,2%	28,3%	27,8%
Gesamt	17,0%	17,3%	11,7%	10,9%	25,2%	28,4%	29,0%	26,7%	26,4%

O Anteil qualitativer und quantitativer Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017 der kommunalen Energieversorgungsunternehmen¹⁵⁸¹

Dimension	Subdimension	Verwendung in %			
		2016		2017	
		Qualitative Berichterstattung (n = 21)	Quantitative Berichterstattung (n = 21)	Qualitative Berichterstattung (n = 21)	Quantitative Berichterstattung (n = 21)
1	1.1	16,7%	27,4%	17,4%	27,0%
	1.2	5,6%	12,3%	5,6%	13,0%
	Gesamt	12,0%	21,1%	12,5%	21,2%
2	2.1	9,5%	27,4%	9,3%	26,2%
	2.2	19,8%	18,3%	23,0%	13,5%
	2.3	15,8%	11,0%	16,5%	9,9%
	2.4	10,7%	13,7%	10,1%	12,5%
	Gesamt	12,8%	19,4%	13,2%	17,7%
3	3.1	14,7%	6,5%	16,5%	9,1%
	3.2	15,9%	32,5%	18,3%	27,0%
	Gesamt	15,1%	15,7%	17,1%	15,4%
4	4.1	21,5%	20,0%	18,4%	21,5%
	4.2	23,3%	6,3%	20,1%	6,9%
	4.3	33,3%	14,3%	31,3%	14,3%
	Gesamt	23,7%	16,4%	20,7%	17,5%
Gesamt		15,2%	19,1%	14,9%	19,0%

¹⁵⁸⁰ Eigene Darstellung.

¹⁵⁸¹ Eigene Darstellung.

P Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach Kapitalmarktorientierung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸²

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		Kapitalmarktorientierte EVU (n = 8)	Nicht kapitalmarktorientierte EVU (n = 17)	Kapitalmarktorientierte EVU (n = 8)	Nicht kapitalmarktorientierte EVU (n = 17)
1	1.1	49,6%	33,6%	49,9%	33,3%
	1.2	34,5%	11,9%	41,7%	11,1%
	Gesamt	43,3%	24,5%	46,4%	24,0%
2	2.1	42,2%	29,6%	42,2%	27,5%
	2.2	14,6%	27,9%	10,4%	26,0%
	2.3	31,3%	15,2%	32,7%	13,3%
	2.4	32,8%	15,4%	35,2%	14,3%
	Gesamt	34,0%	23,0%	34,3%	21,2%
3	3.1	29,0%	11,5%	35,2%	13,1%
	3.2	51,0%	35,3%	45,8%	32,4%
	Gesamt	36,8%	19,9%	39,0%	19,9%
4	4.1	56,9%	26,1%	58,8%	25,2%
	4.2	42,4%	12,1%	46,5%	11,1%
	4.3	60,7%	24,8%	58,9%	23,9%
	Gesamt	54,6%	23,1%	56,4%	22,2%
Gesamt		43,1%	23,4%	45,2%	22,5%

Q Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach Eigentümerschaft pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸³

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		Kommunale EVU (n = 21)	Private EVU (n = 4)	Kommunale EVU (n = 21)	Private EVU (n = 4)
1	1.1	35,8%	54,3%	35,8%	53,5%
	1.2	15,1%	40,6%	15,7%	47,9%
	Gesamt	27,1%	48,5%	27,4%	51,2%
2	2.1	32,1%	41,3%	30,8%	39,4%
	2.2	28,2%	0,0%	25,0%	0,0%
	2.3	18,9%	27,9%	18,1%	26,9%
	2.4	19,0%	31,3%	17,6%	39,1%
	Gesamt	25,7%	30,6%	24,3%	30,9%
3	3.1	13,9%	34,1%	17,3%	35,2%
	3.2	40,5%	39,6%	36,1%	39,6%
	Gesamt	23,2%	36,0%	23,9%	36,8%
4	4.1	30,8%	62,9%	30,7%	63,4%
	4.2	18,0%	41,7%	16,9%	51,4%
	4.3	31,0%	64,3%	29,9%	62,5%
	Gesamt	28,3%	58,9%	27,8%	60,8%
Gesamt		26,7%	45,5%	26,4%	47,2%

¹⁵⁸² Eigene Darstellung.

¹⁵⁸³ Eigene Darstellung.

R Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen nach CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸⁴

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung (n = 4)	Keine CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung (n = 21)	CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung (n = 4)	Keine CSR-Verantwortung in der Unternehmensführung (n = 21)
1	1.1	49,3%	36,7%	50,0%	36,4%
	1.2	33,7%	16,4%	35,1%	18,2%
	Gesamt	42,7%	28,2%	43,8%	28,8%
2	2.1	42,5%	31,9%	37,5%	31,2%
	2.2	18,8%	24,6%	18,8%	21,4%
	2.3	31,7%	18,1%	28,8%	17,8%
	2.4	43,8%	16,7%	45,3%	16,4%
	Gesamt	36,7%	24,6%	34,0%	23,7%
3	3.1	37,5%	13,2%	47,7%	14,9%
	3.2	43,8%	39,7%	37,5%	36,5%
	Gesamt	39,7%	22,5%	44,1%	22,5%
4	4.1	55,6%	32,2%	55,2%	32,3%
	4.2	40,3%	18,3%	44,4%	18,3%
	4.3	67,9%	30,3%	67,9%	28,9%
	Gesamt	54,4%	29,1%	55,0%	28,9%
Gesamt		43,7%	27,0%	44,0%	27,1%

S Erreichungsgrade der freiwilligen CSR-Berichterstattung unter der Berücksichtigung von CSR-Rahmenwerken pro Dimension und Subdimension¹⁵⁸⁵

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad	
		Mit CSR-Rahmenwerk (n = 16)	Ohne CSR-Rahmenwerk (n = 13)
1	1.1	45,1%	41,9%
	1.2	27,3%	7,4%
	Gesamt	37,6%	27,5%
2	2.1	31,6%	14,0%
	2.2	6,3%	16,0%
	2.3	25,7%	12,4%
	2.4	22,3%	14,4%
	Gesamt	25,1%	13,9%
3	3.1	17,6%	7,3%
	3.2	40,6%	20,5%
	Gesamt	25,7%	12,0%
4	4.1	37,8%	16,4%
	4.2	34,7%	13,2%
	4.3	50,9%	20,3%
	Gesamt	39,2%	16,4%
Gesamt		33,9%	20,3%

¹⁵⁸⁴ Eigene Darstellung.

¹⁵⁸⁵ Eigene Darstellung.

T Erreichungsgrade aller Energieversorgungsunternehmen in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸⁶

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 25)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 25)	Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 25)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 25)
1	1.1	22,4%	32,9%	25,8%	29,8%
	1.2	10,7%	13,8%	15,3%	13,7%
	Gesamt	17,5%	24,9%	21,4%	23,0%
2	2.1	23,7%	25,3%	24,9%	21,6%
	2.2	17,0%	13,0%	15,3%	10,7%
	2.3	12,5%	14,8%	13,2%	12,9%
	2.4	8,8%	16,5%	11,8%	15,5%
	Gesamt	17,2%	19,3%	18,2%	16,8%
3	3.1	10,4%	12,2%	13,8%	10,7%
	3.2	26,7%	30,3%	27,7%	24,0%
	Gesamt	16,1%	18,6%	18,7%	15,4%
4	4.1	24,7%	25,4%	26,6%	25,0%
	4.2	6,4%	19,1%	9,6%	18,9%
	4.3	9,1%	33,4%	15,4%	30,6%
	Gesamt	18,6%	25,4%	21,5%	24,6%
Gesamt		17,6%	23,1%	20,4%	21,2%

U Erreichungsgrade der kommunalen Energieversorgungsunternehmen in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸⁷

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 21)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 21)	Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 21)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 21)
1	1.1	22,2%	29,4%	24,6%	25,8%
	1.2	10,6%	8,8%	12,6%	8,1%
	Gesamt	17,4%	20,8%	19,5%	18,4%
2	2.1	23,8%	23,5%	24,6%	19,3%
	2.2	20,2%	15,5%	18,3%	12,7%
	2.3	12,5%	12,8%	12,3%	10,4%
	2.4	7,7%	14,6%	9,2%	11,6%
	Gesamt	17,5%	18,0%	17,8%	14,7%
3	3.1	8,7%	9,7%	11,7%	8,4%
	3.2	27,8%	29,4%	28,2%	21,8%
	Gesamt	15,4%	16,7%	17,5%	13,2%
4	4.1	22,4%	20,0%	23,3%	19,0%
	4.2	4,8%	15,1%	6,3%	13,0%
	4.3	7,5%	27,6%	11,6%	24,5%
	Gesamt	16,6%	20,2%	18,1%	18,6%
Gesamt		17,0%	19,6%	18,6%	17,1%

¹⁵⁸⁶ Eigene Darstellung.

¹⁵⁸⁷ Eigene Darstellung.

V Erreichungsgrade der Energieversorgungsunternehmen mit CSR-Berichtspflicht in der prüfungspflichtigen und nicht prüfungspflichtigen Berichterstattung pro Dimension und Subdimension in 2016 und 2017¹⁵⁸⁸

Dimension	Subdimension	Erreichungsgrad in %			
		2016		2017	
		Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 7)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 7)	Prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 7)	Nicht prüfungspflichtige Berichterstattung (n = 7)
1	1.1	24,3%	44,4%	34,6%	43,9%
	1.2	15,1%	29,6%	30,8%	35,5%
	Gesamt	20,4%	38,2%	33,0%	40,4%
2	2.1	26,1%	33,2%	29,6%	33,2%
	2.2	10,7%	8,3%	6,0%	6,0%
	2.3	15,9%	24,2%	20,3%	25,8%
	2.4	17,9%	24,1%	28,6%	27,7%
	Gesamt	19,9%	26,0%	23,9%	26,7%
3	3.1	19,5%	22,7%	31,2%	18,8%
	3.2	26,2%	41,7%	32,1%	35,7%
	Gesamt	21,8%	29,4%	31,5%	24,8%
4	4.1	37,2%	43,6%	44,1%	46,3%
	4.2	14,3%	35,7%	26,2%	38,9%
	4.3	22,4%	55,1%	41,8%	54,1%
	Gesamt	30,3%	43,8%	40,2%	46,0%
Gesamt		22,7%	35,8%	32,3%	37,0%

¹⁵⁸⁸ Eigene Darstellung.

Literaturverzeichnis

Aguinis, H. und Glavas, A. (2012): What We Know and Don't Know About Corporate Social Responsibility. In: *Journal of Management* 38 (4), S. 932–968.

Ahmad, N. B. J.; Rashid, A. und Gow, J. (2018): Corporate board gender diversity and corporate social responsibility reporting in Malaysia. In: *Gender, Technology and Development* 22 (2), S. 87–108.

Ahrend, K.-M. (2014): Corporate Governance in der Energiewirtschaft – zwischen Unternehmenswert und Public Value. Hochschule Darmstadt. Darmstadt (Energiewirtschaftliche Diskussionsbeiträge, 2-2014). Online verfügbar unter: https://fbw.h-da.de/fileadmin/Dokumente/Fachbereich/Forschung/Ahrend_Corporate_Governance_in_der_Energiewirtschaft_30.10.2014_2.pdf, zuletzt geprüft am 20.03.2020.

Ahrend, K.-M. (2015): Corporate Governance in der Energiewirtschaft. Ausgestaltung des Governance-Systems als Instrument der Wettbewerbsdifferenzierung. In: *Zeitschrift für Corporate Governance* 10 (2), S. 58–68.

Ahrend, K.-M. (2018): Mehr Public Value durch die Anpassung von Geschäftsmodellen. In: *Public Governance* (1), S. 19–20.

Albers, H. (2011): Rechnungslegung und Prüfung kommunaler Unternehmen. In: Mann, T. und Püttner, G. (Hrsg.): *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis*. 3. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 267–303.

Altenbuchner, C. und Tunst-Kamleitner, U. (2020): Soziologie des Umweltverhaltens. In: Schmid, E. und Pröll, T. (Hrsg.): *Umwelt- und Bioressourcenmanagement für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung*. Berlin: Springer Spektrum, S. 73–80.

Amran, A.; Lee, S. P. und Devi, S. S. (2014): The Influence of Governance Structure and Strategic Corporate Social Responsibility Toward Sustainability Reporting Quality. In: *Business Strategy and the Environment* 23 (4), S. 217–235.

An, Y.; Davey, H. und Eggleton, I. R. C. (2011): Towards a comprehensive theoretical framework for voluntary IC disclosure. In: *Journal of Intellectual Capital* 12 (4), S. 571–585.

Anazonwu, H. O.; Egbunike, F. C. und Gunardi, A. (2018): Corporate Board Diversity and Sustainability Reporting: A Study of Selected Listed Manufacturing Firms in Nigeria. In: *Indonesian Journal of Sustainability Accounting and Management* 2 (1), S. 65–78.

Arbeitskreis „Corporate Governance Reporting“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. (2018): Weiterentwicklung der Unternehmensberichterstattung. Überlegungen zur Reform des Corporate Governance Reportings und zur Einführung einer Mustergliederung. In: *Der Betrieb* 71 (36), S. 2125–2128.

Arnold, C. und Postina, M. (2017): Digitalisierung als Inkubator für die Energieversorgung von morgen. In: Doleski, O. D. (Hrsg.): Herausforderung Utility 4.0. Wie sich die Energiewirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung verändert. Wiesbaden: Springer Vieweg, S. 109–134.

Arnold, M. und Pieper, T. (2014): Gesellschaftliche Verantwortung von Wasserwirtschaftsunternehmen. In: Schrader, U. und Muster, V. (Hrsg.): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Wege zu mehr Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 149–177.

Backhaus, K.; Erichson, B.; Plinke, W. und Weiber, R. (2018): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 15. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.

Baden, D. (2016): A reconstruction of Carroll’s pyramid of corporate social responsibility for the 21st century. In: *International Journal of Corporate Social Responsibility* 1 (8), S. 1–15.

Baetge, J.; Fischer, T. R. und Paskert, D. (1989): Der Lagebericht. Aufstellung, Prüfung und Offenlegung. Stuttgart: Schäffer Verlag für Wirtschaft und Steuern.

Baetge, J.; Kirsch, H.-J. und Thiele, S. (2019): Bilanzen. 15. Aufl. Düsseldorf: IDW Verlag.

Bagozzi, R. P. und Yi, Y. (1988): On the Evaluation of Structural Equation Models. In: *Journal of the Academy of Marketing Science* 16 (1), S. 74–94.

Balzert, H.; Schäfer, C.; Schröder, M.; Kern, U.; Bendisch, R. und Zeppenfeld, K. (2008): Wissenschaftliches Arbeiten. Wissenschaft, Quellen, Artefakte, Organisation, Präsentation. Herdecke, Witten: W3L-Verlag.

- Bangert-Drowns, R. L. (1995): Misunderstanding Meta-Analysis. In: *Evaluation & the health professions* 18 (3), S. 304–314.
- Barth, D.; Rahe, I. und Rabenhorst, D. (2014): Ausgewählte Anwendungsfragen zur Konzernlageberichterstattung nach DRS 20. Grundlagen und Fallbeispiele mit Lösungsvorschlägen. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 14 (1), S. 47–56.
- Bartsch, M. (2015): Das regulierte Netzgeschäft – Strategische Ausrichtung eines Stromverteilnetzbetreibers. In: Hecker, W.; Lau, C. und Müller, A. (Hrsg.): *Zukunftsorientierte Unternehmenssteuerung in der Energiewirtschaft*. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 113–129.
- Bayer, W. und Hoffmann, T. (2016): Kreis der vom CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz potentiell betroffenen Unternehmen. In: Kluge, N. und Sick, S. (Hrsg.): *Geheimwirtschaft bei Transparenz zum gesellschaftlichen Engagement? Zum Kreis der vom CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz potentiell betroffenen Unternehmen*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 4–32.
- Behncke, N.; Horst, D. W.; Schlange, J. W. und Serfas, A. (2017): *Nachhaltigkeitsberichterstattung kapitalmarktorientierter Unternehmen*. Frankfurt a. M.: DIRK - Deutscher Investor Relations Verband.
- Behncke, N. und Wulf, I. (2014): Integrated Reporting: Ist Vergleichbarkeit in der Vielfalt möglich? Ein Praxisbericht aus der aktuellen Umsetzung von Integrated Reporting in Deutschland. In: *Zeitschrift für Corporate Governance* 9 (5), S. 220–226.
- Behncke, N. und Wulf, I. (2018): Erste Berichts- und Prüfungssaison der nichtfinanziellen Berichterstattung - Empirische Analyse der DAX30-Unternehmen. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 18 (12), S. 570–580.
- Behncke, N. und Wulf, I. (2019): Offenlegung von klimabezogenen Informationen und Implikationen für die Corporate Governance – Teil A. Würdigung des EU-Kommissions-Nachtrags zur klimabezogenen Berichterstattung. In: *Zeitschrift für Corporate Governance* 14 (5), S. 230–237.
- Benesch, T. (2013): *Schlüsselkonzepte zur Statistik. Die wichtigsten Methoden, Verteilungen, Tests anschaulich erklärt*. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum.

Berlo, K.; Schäfer, D. und Wagner, O. (2018): Stadtwerke-Neugründungen in Deutschland – eine Bilanz der Periode auslaufender Konzessionsverträge für örtliche Strom- und Gasverteilnetze. In: *Planung Neu Denken* (1), S. 1–9.

Berlo, K. und Wagner, O. (2011): Zukunftsperspektiven kommunaler Energiewirtschaft. In: *RaumPlanung* (4), S. 236–242.

Berlo, K. und Wagner, O. (2013): Stadtwerke-Neugründungen und Rekommunalisierungen. Energieversorgung in kommunaler Verantwortung. Bewertung der 10 wichtigsten Ziele und deren Erreichbarkeit. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Hrsg.). Wuppertal. Online verfügbar unter: https://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Stadtwerke_Sondierungsstudie.pdf, zuletzt geprüft am 20.08.2017.

Berlo, K.; Wagner, O.; Merten, F.; Richter, N. und Thomas, S. (2008): Perspektiven dezentraler Infrastrukturen im Spannungsfeld von Wettbewerb, Klimaschutz und Qualität. Ergebnisse für die Energiewirtschaft. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Hrsg.). Wuppertal. Online verfügbar unter: https://e-pub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/3112/file/3112_Infrastruktur_Energiewirtschaft.pdf, zuletzt geprüft am 25.01.2019.

Bertram, K. und Brinkmann, R. (2019): § 317 Gegenstand und Umfang der Prüfung. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238-342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 2081–2132.

Blunck, I. (2011): Corporate Foundations - Die Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 323–334.

Böcking, H.-J. und Althoff, C. (2017): Paradigmenwechsel in der (Konzern-) Lageberichterstattung über nicht-monetäre Erfolgsfaktoren. Pre-Financial Performance Indicators als Vorstufe, nicht als Gegensatz von Financial Performance Indicators. In: *Der Konzern* 15 (5), S. 246–255.

- Boecker, C. und Zwirner, C. (2017): Nichtfinanzielle Berichterstattung - Umsetzung und Anwendung der EU-Vorgaben in Deutschland. In: *Betriebs-Berater* 72 (37), S. 2155–2159.
- Bolsenkötter, H. (2012): Rechnungslegung von Stadtwerken. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): *Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 375–396.
- Bonnen, U. (2016a): Bergwerke werden zu Kraftwerken. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 115 (10), S. 48–49.
- Bonnen, U. (2016b): Wandel der Energiewirtschaft stärker und schneller als erwartet. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 115 (9), S. 8–9.
- Bontrup, H.-J. und Marquardt, R.-M. (2010): *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen*. 2. Aufl. Berlin: edition sigma.
- Born, M. und Kreuzer, K. (2002): *Nachhaltigkeit Lokal. Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio*. Forum Umwelt & Entwicklung und Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.). Bonn. Online verfügbar unter: http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/agla21_2002_bilanz-broschuerela21.pdf, zuletzt geprüft am 04.09.2018.
- Bortz, J. (2005): *Statistik. Für Human- und Sozialwissenschaftler*. 6. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bortz, J. und Döring, N. (2006): *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. 4. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bovaird, T. und Loeffler, E. (2012): From Engagement to Co-production. The Contribution of Users and Communities to Outcomes and Public Value. In: *International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 23 (4), S. 1119–1138.
- Bowen, H. R. (2013): *Social responsibilities of the businessman*. Nachdruck zur 1. Auflage. Iowa City: University of Iowa Press.
- Brandl, S. (2011): CSR-Reporting für kommunale Unternehmen - Instrumente, Chancen und Anknüpfungspunkte. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): *Cor-*

porate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 393–405.

Brauner, G. (2016): Energiesysteme: regenerativ und dezentral. Strategien für die Energiewende. Wiesbaden: Springer Vieweg.

Bravidor, M. (2016): Aktuelle Regulierungsdebatten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Überblick und Analyse einiger aktueller Novellen aus Sicht mittelständischer Unternehmen. In: *Unternehmensteuern und Bilanzen* 18 (4), S. 143–147.

Breising, V. (2015): Energiewende. In: PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.): *Regulierung in der deutschen Energiewirtschaft. Praxishandbuch zum Energiewirtschaftsgesetz*. 4. Aufl. Freiburg, München: Haufe Gruppe, S. 33–41.

Brühl, R. und Osann, M. (2010): Stakeholdertheorie und Neoinstitutionalismus und ihre Beiträge zur Erklärung der freiwilligen Berichterstattung am Beispiel der immateriellen Ressourcen. In: *Zeitschrift für Planung & Unternehmenssteuerung* 21 (3), S. 277–298.

Buck-Heeb, P. und Dieckmann, A. (2010): *Selbstregulierung im Privatrecht*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Budde, O. und Ostermann, H. (2017): Multi-Speed IT als Enabler zur Digitalisierung der Customer Journeys in der Energiewirtschaft. In: Doleski, O. D. (Hrsg.): *Herausforderung Utility 4.0. Wie sich die Energiewirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung verändert*. Wiesbaden: Springer Vieweg, S. 411–450.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2015): *Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik*. Ausgabe 2015. Berlin. Online verfügbar unter:

http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_bf.pdf, zuletzt geprüft am 20.04.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2016): *Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik*.

tik. Ausgabe 2016. Berlin. Online verfügbar unter: www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_broschuere_2016_de_bf.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2016a): Fünfter Monitoring-Bericht zur Energiewende. Die Energie der Zukunft. Berichtsjahr 2015. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/fuenfter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft.pdf?__blob=publicationFile&v=24, zuletzt geprüft am 06.04.2017.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2016b): Fit für den Strommarkt. Fit für die Zukunft. Alle wichtigen Fakten zum neuen EEG 2017 (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Berlin. Online verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/fit-fuer-den-strommarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=29, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (2018): Sechster Monitoring-Bericht zur Energiewende. Die Energie der Zukunft. Berichtsjahr 2016. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/sechster-monitoring-bericht-zur-energiewende.pdf?__blob=publicationFile&v=37, zuletzt geprüft am 18.09.2019.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (Hrsg.) (2017): Zeitreihen zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland unter Verwendung von Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat). Berlin, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2016.pdf;jsessionid=4EC73FC69C10BEF18621C8F7279EF9A9?__blob=publicationFile&v=12, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen und Bundeskartellamt (Hrsg.) (2016): Bericht. Monitoringbericht 2016. Bonn. Online verfügbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/DatenaustauschUndMonitoring/Monitoring/Monitoringbericht2016.pdf;jsessionid=D2B3CC21EE98B82A1082A4ABD707EAB1?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 31.07.2019.

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen und Bundeskartellamt (Hrsg.) (2019): Bericht. Monitoringbericht 2018. Bonn. Online verfügbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Bundesnetzagentur/Publikationen/Berichte/2018/Monitoringbericht_Energie2018.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 31.07.2019.

Bundesregierung (Hrsg.) (2010): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2012/02/energiekonzept-final.pdf?__blob=publicationFile&v=5, zuletzt geprüft am 19.04.2017.

Bundesregierung (Hrsg.) (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter: www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Burazerovic, M. (2015): Unternehmen zwischen Gemeinwohl und Gewinn. In: *VDI nachrichten*, 15.05.2015 (20), S. 28.

Carroll, A. B. (1979): A Three-Dimensional Conceptual Model of Corporate Performance. In: *Academy of Management Review* 4 (4), S. 497–505.

Carroll, A. B. (1991): The pyramid of corporate social responsibility. Toward the moral management of organizational stakeholders. In: *Business Horizons* 34 (4), S. 39–48.

Carroll, A. B. (2016): Carroll's pyramid of CSR: Taking another look. In: *International Journal of Corporate Social Responsibility* 1 (3), S. 1–8.

Churchill, G. A. und Iacobucci, D. (2002): Marketing Research. Metodological Foundations. 8. Aufl. Mason: South-Western.

Clifton, J.; Fuentes, D. D. und Warner, M. (2016): The loss of public values when public shareholders go abroad. In: *Utilities Policy* (40), S. 134–143.

Coenenberg, A. G.; Haller, A. und Schultze, W. (2018): Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse. Betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche, steuerrechtliche und internationale Grundlagen - HGB, IAS/IFRS, US-GAAP, DRS. 25. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

- Coni-Zimmer, M. und Rieth, L. (2015): CSR in der Politikwissenschaft – Unternehmensengagement erklären und bewerten. In: Schneider, A. und Schmidpeter, R. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis*. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 1163–1182.
- Cook, D. J.; Mulrow, C. D. und Haynes, R. B. (1997): Systematic Reviews: Synthesis of Best Evidence for Clinical Decisions. In: *Annals of Internal Medicine* 126 (5), S. 376–380.
- Cormier, D. und Gordon, I. M. (2001): An examination of social and environmental reporting strategies. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 14 (5), S. 587–617.
- Cowles, M. und Davis, C. (1982): On the Origins of the .05 Level of Statistical Significance. In: *American Psychologist Journal* 37 (5), S. 553–558.
- Cruzes, D. S. und Dybå, T. (2011): Research synthesis in software engineering: A tertiary study. In: *Information and Software Technology* 53 (5), S. 440–455.
- Curbach, J. (2009): *Die Corporate-Social-Responsibility-Bewegung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Curran, C.; Burchardt, T.; Knapp, M.; McDaid, D. und Li, B. (2007): Challenges in Multidisciplinary Systematic Reviewing: A Study on Social Exclusion and Mental Health Policy. In: *Social Policy & Administration* 41 (3), S. 289–312.
- da Silva Monteiro, S. M. und Aibar-Guzman, B. (2010): Determinants of environmental disclosure in the annual reports of large companies operating in Portugal. In: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* 17 (4), S. 185–204.
- Dahlsrud, A. (2008): How Corporate Social Responsibility is Defined: an Analysis of 37 Definitions. In: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* 15 (1), S. 1–13.
- Daub, C.-H. (2010): Gesellschaftliche Legitimation durch glaubwürdige Berichterstattung. In: *Ökologisches Wirtschaften* 25 (1), S. 30–34.
- Davis, K. (1973): The Case for and Against Business Assumption of Social Responsibilities. In: *Academy of Management Journal* 16 (2), S. 312–322.

- Deegan, C. (2002): Introduction: The legitimising effect of social and environmental disclosures - a theoretical foundation. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 15 (3), S. 282–311.
- Deussen, R. und Deussen, P. (2019): Jahresabschluss und Lagebericht. Praxisleitfaden für den Mittelstand. 4. Aufl. Weil im Schönbuch: HDS-Verlag.
- Deutsches Global Compact Netzwerk (Hrsg.) (2016): Corporate Responsibility - Berichterstattung. Eine Übersicht zum UN Global Compact und weiteren CR-Rahmenwerken. Online verfügbar unter: https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Reporting/Broschuere_CR-Berichterstattung.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2019.
- Dienes, D. und Velte, P. (2016): The Impact of Supervisory Board Composition on CSR Reporting. Evidence from the German Two-Tier System. In: *Sustainability* 8 (1), S. 1–20.
- Dietsche, C.; Lautermann, C. und Westermann, U. (2019): CSR-Reporting von Großunternehmen und KMU in Deutschland. Ergebnisse und Trends im Ranking der Nachhaltigkeitsberichte 2018. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH und future e.V. - verantwortung unternehmen (Hrsg.). Berlin. Online verfügbar unter: https://www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de/data/ranking/user_upload/2018/Ranking_Nachhaltigkeitsberichte_2018_Ergebnisbericht.pdf, zuletzt geprüft am 16.08.2019.
- DiMaggio, P. J. und Powell, W. W. (1983): The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: *American Sociological Review* 48 (2), S. 147–160.
- Domingues, A. R.; Lozano, R.; Ceulemans, K. und Ramos, T. B. (2017): Sustainability reporting in public sector organisations. Exploring the relation between the reporting process and organisational change management for sustainability. In: *Journal of Environmental Management* (192), S. 292–301.
- Dowling, J. und Pfeffer, J. (1975): Organizational Legitimacy. Social Values and Organizational Behavior. In: *The Pacific Sociological Review* 18 (1), S. 122–136.
- Du Prel, J.-B.; Röhrig, B.; Hommel, G. und Blettner, M. (2010): Auswahl statistischer Testverfahren. In: *Deutsches Ärzteblatt* 107 (19), S. 343–348.

- Duong Dinh, H. V. (2011): Corporate Social Responsibility. Determinanten der Wahrnehmung, Wirkungsprozesse und Konsequenzen. Wiesbaden: Gabler.
- Durchschein, C. (2017): Einfluss des Wandels der Unternehmensberichterstattung auf die Informationsfunktion des Wirtschaftsprüfers. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Duvvuri, S. A. und Kellermann, D. (2016): Regionale Energieversorger im Transformationsprozess. Anforderungen an das Strategische Controlling. In: *Controller Magazin* 41 (5), S. 22–25.
- Easterby-Smith, M.; Thorpe, R. und Jackson, P. (2012): Management research. 4. Aufl. Los Angeles, London, Neu Delhi, Singapur, Washington D.C.: SAGE Publications.
- Eckstein, P. P. (2013): Repetitorium Statistik. Deskriptive Statistik – Stochastik – Induktive Statistik. 7. Aufl. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Eckstein, P. P. (2019): Statistik für Wirtschaftswissenschaftler. Eine realdatenbasierte Einführung mit SPSS. 6. Aufl. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Eichhorn, P. (2012): Ökonomische Legitimation von Stadtwerken. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 93–100.
- Eickhof, N. und Holzer, V. L. (2006): Das neue Energiewirtschaftsgesetz-Regelungen für einen erweiterten Zielkatalog. In: *Wirtschaftsdienst* 86 (4), S. 268–276.
- Elkington, J. (1998): ACCOUNTING FOR THE TRIPLE BOTTOM LINE. In: *Measuring Business Excellence* 2 (3), S. 18–22.
- EnergieAgentur.NRW GmbH (Hrsg.) (2016): Das EEG 2017. Die wichtigsten Änderungen. Düsseldorf. Online verfügbar unter: http://www.energieagentur.nrw/content/anlagen/EA-paper-8_final.pdf?_ga=1.147509107.598739645.1491479076, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- ENGIE Deutschland GmbH (Hrsg.) (2016): ENGIE Deutschland übernimmt die Energieversorgung Gera GmbH und Kraftwerke Gera GmbH. Pressemitteilung. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.engie-deutschland.de/de/media/pressemitteilungen/details/engie-deutschland-uebernimmt-die-energieversorgung-gera-gmbh-und>, zuletzt geprüft am 26.03.2020.

Epstein, S. (1989): Values from the perspective of cognitive-experiential self theory. In: Eisenberg, N.; Reykowski, J. und Staub, E. (Hrsg.): Social and moral values. Individual and societal perspectives. London, New York: Taylor & Francis, S. 3–22.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2001): Grünbuch. Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. KOM(2001) 366 endgültig. Brüssel. Online verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/committees/deve/20020122/com%282001%29366_de.pdf, zuletzt geprüft am 19.08.2017.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR). KOM(2011) 681 endgültig. Brüssel. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0681&from=DE>, zuletzt geprüft am 06.04.2018.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2014): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030. COM(2014) 15 final. Brüssel. Online verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0015&from=EN>, zuletzt geprüft am 10.01.2020.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2017): Mitteilung der Kommission. Leitlinien für die Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen (Methode zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen). (2017/C 215/01). Brüssel. Online verfügbar unter: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017XC0705\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017XC0705(01)&from=EN), zuletzt geprüft am 13.03.2020.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2019a): Mitteilung der Kommission. Leitlinien für die Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen: Nachtrag zur klimabezogenen Berichterstattung. (2019/C 209/01). Brüssel. Online verfügbar unter:

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019XC0620\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019XC0620(01)&from=EN), zuletzt geprüft am 13.03.2020.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2019b): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final. Brüssel. Online verfügbar unter: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_1&format=PDF, zuletzt geprüft am 13.03.2020.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2020a): Klima- und Energiepaket 2020. Brüssel. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2020_de#tab-0-0, zuletzt geprüft am 10.01.2020.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2020b): Consultation Document. Review of the non-financial reporting directive. Brüssel. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_euro/company_reporting_and_auditing/documents/2020-non-financial-reporting-directive-consultation-document_en.pdf, zuletzt geprüft am 13.03.2020.

Fachagentur Windenergie an Land (Hrsg.) (2016): Rechtliche Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden. Ein Vergleich der kommunalwirtschaftsrechtlichen Regelungen in den Bundesländern. Berlin. Online verfügbar unter: www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA-Wind_Wirtschaftl_Betaetigung_Gemeinden_Aktualisierung082016.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2017.

Farneti, F. und Guthrie, J. (2009): Sustainability reporting by Australian public sector organisations: Why they report. In: *Accounting Forum* 33 (2), S. 89–98.

Ferrari, R. (2015): Writing narrative style literature reviews. In: *Medical Writing* 24 (4), S. 230–235.

Fifka, M. S. (2014): Einführung – Nachhaltigkeitsberichterstattung: Eingrenzung eines heterogenes Phänomen. In: Fifka, M. S. (Hrsg.): *CSR und Reporting. Nachhaltigkeits- und CSR-Berichterstattung verstehen und erfolgreich umsetzen*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 1–18.

- Fink, C.; Kajüter, P. und Winkeljohann, N. (2013): Lageberichterstattung. HGB, DRS und IFRS Practice Statement Management Commentary. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Fischer, A. S. (2016): Öffentliche Versorger ebenso effizient wie private. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 115 (7), S. 7.
- Fischer, K. (2017): Corporate Sustainability Governance. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Fischer, K. H. (2007): Die Legitimation von supranationalen Organisationen. In: *Zeitschrift für öffentliches Recht* 62 (3), S. 323–370.
- Forsthoff, E. (1938): Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart, Berlin: Kohlhammer.
- Fortes, H. (2002): The Need For Environmental Reporting by Companies: An Examination of the Use of Environmental Reports by Swedish Public Companies. In: *Greener Management International* (40), S. 77–92.
- Fraj-Andrés, E.; Martínez-Salinas, E. und Matute-Vallejo, J. (2009): Factors affecting corporate environmental strategy in Spanish industrial firms. In: *Business Strategy and the Environment* 18 (8), S. 500–514.
- Franck, N. (2019): Handbuch Wissenschaftliches Schreiben. Eine Anleitung von A bis Z. Stuttgart: Ferdinand Schöningh.
- Franz, A. (2018): Langfristige Kraftwerkseinsatzplanung hydro-thermischer Produktionssysteme. Modelle und Verfahren am Beispiel des deutschen Elektrizitätsmarktes. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Freeman, I. und Hasnaoui, A. (2011): The Meaning of Corporate Social Responsibility: The Vision of Four Nations. In: *Journal of Business Ethics* 100 (3), S. 419–443.
- Freeman, R. E.; Harrison, J. S. und Wicks, A. C. (2007): Managing for Stakeholders: Survival, Reputation, and Success. New Haven, London: Yale University Press.
- Freidank, C.-C.; Scheffler, E. und Simon-Heckroth, E. (2018): Trennung des Lageberichts von „übrigen Berichten“. In: *Die Wirtschaftsprüfung* 71 (11), S. 683–692.

- Friedman, M. (1962): *Capitalism and Freedom*. Chicago: University of Chicago Press.
- Friedman, M. (1970): The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits. In: *The New York Times Magazine*, 13.09.1970, S. 122–126.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2017): *Kommunale Energieversorger. Gewinner oder Verlierer der Energiewende?*. Bonn. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13361.pdf>, zuletzt geprüft am 20.03.2020.
- Fronzel, M.; Schmidt, C. M. und aus dem Moore, N. (2013): Marktwirtschaftliche Energiewende: Ein Wettbewerbsrahmen für die Stromversorgung mit alternativen Technologien. In: *Zeitschrift für Energiewirtschaft* 37 (1), S. 27–41.
- Frost, G. R. und Seamer, M. (2002): Adoption of Environmental Reporting and Management Practices. An Analysis of New South Wales Public Sector Entities. In: *Financial Accountability & Management* 18 (2), S. 103–127.
- Früh, W. (2017): *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. 9. Aufl. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft, UVK/Lucius.
- Gabriel, A. (2015): *Freiwillige Veröffentlichung und Prüfung von GRI-Nachhaltigkeitsberichten. Eine empirische Analyse auf dem europäischen Kapitalmarkt*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Gamage, P. und Sculli, N. (2017): Sustainability Reporting by Australian Universities. In: *Australian Journal of Public Administration* 76 (2), S. 187–203.
- Gamerschlag, R.; Möller, K. und Verbeeten, F. (2011): Determinants of voluntary CSR disclosure: empirical evidence from Germany. In: *Review of Managerial Science* 5 (2-3), S. 233–262.
- Ganster, O.; Koch, M. und Welling, P. (2014): Finanzierung von Strom- und Gasversorgungsnetzen. Finanzierungsmodelle im Rahmen einer Netzübernahme. In: *Zeitschrift für Energie, Markt, Wettbewerb* (3), S. 4–7.
- Gebauer, J. (2011): Die Nachhaltigkeitsberichterstattung kommunaler Unternehmen – Anforderungen und empirische Befunde. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 407–423.

Gerritsen, A. D. (2016): Corporate Social Responsibility Theorien. Das Konzept der sozialen und nachhaltigen Verantwortung von Unternehmen in der Wissenschaft und der deutschen Unternehmenspraxis. Dissertation. Universität Duisburg-Essen, Duisburg-Essen.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2013): GRI G4 - Sector-Disclosures. Electric Utilities. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/resource/library/GRI-G4-Electric-Utilities-Sector-Disclosures.pdf>, zuletzt geprüft am 06.03.2017.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2015a): GRI G4 - Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Berichterstattungsgrundsätze und Standardangaben. Deutsche Übersetzung. 2. Aufl. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/resource/library/German-G4-Part-One.pdf>, zuletzt geprüft am 06.03.2017.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2015b): GRI G4 - Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Umsetzungsanleitung. Deutsche Übersetzung. 2. Aufl. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/resource/library/German-G4-Part-Two.pdf>, zuletzt geprüft am 06.03.2017.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2016a): Konsolidierter Satz der GRI-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung 2016. Deutsche Übersetzung. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/standards/gri-standards-translations/gri-standards-german-translations-download-center/#user-details>, zuletzt geprüft am 26.09.2019.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2016b): First Global Sustainability Reporting Standards Set to Transform Business. Pressemitteilung. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/information/news-and-press-center/Pages/First-Global-Sustainability-Reporting-Standards-Set-to-Transform-Business.aspx>, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2017): Mapping G4 to the GRI Standards. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/standards/resource-download-center/mapping-document-complete-excel/>, zuletzt geprüft am 14.02.2019.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2018): German GRI Standards Changes 2016. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/standards/media/1966/german-gri-standards-changes-2016.pdf>, zuletzt geprüft am 16.03.2020.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2019): Exposure draft of GRI 306: Waste. Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/standards/media/2248/exposure-draft-of-gri-306-waste-standard.pdf>, zuletzt geprüft am 16.03.2020.

Global Reporting Initiative (Hrsg.) (2020): GRI Standards Download Center - Deutsche Übersetzungen (German Translations). Amsterdam. Online verfügbar unter: <https://www.globalreporting.org/standards/gri-standards-translations/gri-standards-german-translations-download-center/>, zuletzt geprüft am 16.03.2020.

Global Reporting Initiative und CSR Europe (Hrsg.) (2017): Member State Implementation of Directive 2014/95/EU. A comprehensive overview of how Member States are implementing the EU Directive on Non-financial and Diversity Information. Amsterdam, Brüssel. Online verfügbar unter: <https://www.accountancyeurope.eu/wp-content/uploads/1711-NFRpublication-GRI-CSR-Europe.pdf>, zuletzt geprüft am 25.11.2017.

Global Reporting Initiative; UN Global Compact und World Business Council for Sustainable Development (Hrsg.) (2017): SDG Compass. Leitfaden für Unternehmensaktivitäten zu den SDGs. Amsterdam, New York, Genf. Online verfügbar unter: https://www.unglobalcompact.org/docs/issues_doc/development/SDG_Compass_German.pdf, zuletzt geprüft am 24.02.2020.

Gniechwitz, C. (2017): Kommunale Unternehmen und Beteiligungen. In: Depenheuer, O. und Kahl, B. (Hrsg.): Staatseigentum. Legitimation und Grenzen. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 223–239.

Gochermann, J. (2016): Expedition Energiewende. Wiesbaden: Springer Spektrum.

Gomez, P. und Meynhardt, T. (2009): Public Value: Gesellschaftliche Wertschöpfung im Fokus der Führung. In: Seiler, S. (Hrsg.): Führung neu denken. Im Spannungsfeld zwischen Erfolg, Moral und Komplexität. Zürich: Orell Füssli Verlag, S. 125–170.

Graßmann, M.; Krannich, T.; Günther, T. und Günther, E. (2018): Die nichtfinanziellen Erklärungen der DAX30-Unternehmen. Eine empirische Analyse der Berichterstattung über die Umweltbelange nach § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 18 (10), S. 431–441.

Greiling, D. und Grüb, B. (2014): Sustainability reporting in Austrian and German local public enterprises. In: *Journal of Economic Policy Reform* 17 (3), S. 209–223.

Greiling, D. und Ther, D. (2011): CSR-Controlling. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 353–372.

Greiling, D.; Theuvsen, L. und Müller, H. (2015a): Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen aus empirischer Sicht. In: Greiling, D.; Schaefer, C. und Theuvsen, L. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 38 (45): Nomos Verlagsgesellschaft, S. 154–169.

Greiling, D.; Traxler, A. A. und Stötzer, S. (2015b): Sustainability reporting in the Austrian, German and Swiss public sector. In: *International Journal of Public Sector Management* 28 (4/5), S. 404–428.

Groß, T. (2016): Management Summary – Gestaltungsempfehlung zur Weiterentwicklung des Management Report im internationalen Kontext. Dissertation. Universität Regensburg, Regensburg.

Grottke, M.; Höschele, D. und Wildner, S. (2015): Wege zu einer normenbasierten Systematisierung der Lageberichtspolitik und erste Schritte zur Nutzung dieser für eine Lageberichtsanalyse. In: *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis* 67 (1), S. 47–67.

Grüb, B. und Greiling, D. (2015): Motive der Nachhaltigkeitsberichterstattung in öffentlichen und erwerbswirtschaftlichen Unternehmen. In: Greiling, D.; Schaefer, C. und Theuvsen, L. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen. Zeitschrift für öffentliche und

gemeinwirtschaftliche Unternehmen 38 (45): Nomos Verlagsgesellschaft, S. 109–124.

Grüning, M. (2011): Publizität börsennotierter Unternehmen. Wiesbaden: Gabler.

Guthrie, J. und Farneti, F. (2008): GRI Sustainability Reporting by Australian Public Sector Organizations. In: *Public Money & Management* 28 (6), S. 361–366.

Guthrie, J.; Petty, R.; Yongvanich, K. und Ricceri, F. (2004): Using content analysis as a research method to inquire into intellectual capital reporting. In: *Journal of Intellectual Capital* 5 (2), S. 282–293.

Güttler, K. (2009): Formale Organisationsstrukturen in wachstumsorientierten kleinen und mittleren Unternehmen. Wiesbaden: Gabler.

Haaker, A. und Freiberg, J. (2017): Staatlicher Zwang zur lieferkettenbezogenen CSR-Berichterstattung?. In: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* 13 (1), S. 27–28.

Haddock, J. (2005): Consumer influence on internet-based corporate communication of environmental activities: the UK food sector. In: *British Food Journal* 107 (10), S. 792–805.

Hahn, R. und Kühnen, M. (2013): Determinants of sustainability reporting: a review of results, trends, theory, and opportunities in an expanding field of research. In: *Journal of Cleaner Production* (59), S. 5–21.

Hamidu, A. A.; Haron, H. M. und Amran, A. (2015): Corporate Social Responsibility: A Review on Definitions, Core Characteristics and Theoretical Perspectives. In: *Mediterranean Journal of Social Sciences* 6 (4), S. 83–95.

Handl, A. und Kuhlenkasper, T. (2018): Einführung in die Statistik. Theorie und Praxis mit R. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum.

Hardeck, I. (2012): Die Bedeutung von Steuern in der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Eine international vergleichende empirische Analyse. In: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 82 (2), S. 101–131.

Harms, J. (2011): Corporate Social Responsibility (CSR) als Aufgabe öffentlicher Unternehmen? – Betrachtungen aus ökonomischer und haushaltsrechtlicher Sicht.

In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83–95.

Hasse, R. und Krücken, G. (2009): Neo-institutionalistische Theorie. In: Kneer, G. und Schroer, M. (Hrsg.): Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 237–251.

Haucap, J. (2013): Braucht Deutschland einen Kapazitätsmarkt für eine sichere Stromversorgung?. Düsseldorf: Düsseldorf University Press.

Hedderich, J. und Sachs, L. (2018): Angewandte Statistik. Methodensammlung mit R. 16. Aufl. Berlin: Springer Spektrum.

Heim, J.-R. (2015): Positionierung in den Wettbewerben um die Konzession zum Betrieb der örtlichen Energieverteilnetze. In: Hecker, W.; Lau, C. und Müller, A. (Hrsg.): Zukunftsorientierte Unternehmenssteuerung in der Energiewirtschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 131–156.

Helfaya, A. und Moussa, T. (2017): Do Board's Corporate Social Responsibility Strategy and Orientation Influence Environmental Sustainability Disclosure? UK Evidence. In: *Business Strategy and the Environment* 26 (8), S. 1061–1077.

Henrich, J. (2018): Compliance im GRI-Berichtsstandard. In: Kleinfeld, A. und Martens, A. (Hrsg.): CSR und Compliance. Synergien nutzen durch ein integriertes Management. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 91–103.

Hentze, J. und Thies, B. (2014): Stakeholder-Management und Nachhaltigkeits-Reporting. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.

Herzberg, B. und Wiesmann, S. (2009): Stadtwerke Düsseldorf. Neue Anforderungen an das Personalmanagement eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens. In: Nerdinger, F. W. und Wilke, P. (Hrsg.): Beteiligungsorientierte Unternehmenskultur. Erfolgsfaktoren, Praxisbeispiele und Handlungskonzepte. Wiesbaden: Gabler, S. 115–126.

Herzberg, C. (2015): Legitimation durch Beteiligung. Stadt- und Wasserwerke in Deutschland und Frankreich. Hamburg: VSA: Verlag.

Herzberg, C. (2016a): Ein Wettbewerbsvorteil nur für die öffentliche Wirtschaft? Legitimation durch Bürgerbeteiligung. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 115 (5), S. 34–36.

Herzberg, C. (2016b): Eine neue Legitimation? Mitwirkung bei kommunalen Unternehmen. In: *Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik* 37 (2), S. 52–54.

Hetze, K. (2016): CSR-Berichterstattung als Teil unternehmerischen Kommunikationsmanagements und als Beitrag zur Unternehmensreputation. Dissertation. Leuphana Universität Lüneburg, Lüneburg.

Heydenreich, C. (2016): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) vom 21.9.2016. Germanwatch e.V. (Hrsg.). Berlin. Online verfügbar unter: <https://germanwatch.org/de/download/17889.pdf>, zuletzt geprüft am 26.11.2017.

Heydenreich, C. und Paasch, A. (2017): Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand. Bericht 2017. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. und Germanwatch e.V. (Hrsg.). Berlin. Online verfügbar unter: <http://germanwatch.org/de/download/18577.pdf>, zuletzt geprüft am 26.11.2017.

Hinze, A.-K. (2016): "Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren" in der Berichterstattung. In: *Die Wirtschaftsprüfung* 69 (21), S. 1168–1173.

Hoang, T. C.; Abeysekera, I. und Ma, S. (2018): Board Diversity and Corporate Social Disclosure: Evidence from Vietnam. In: *Journal of Business Ethics* 151 (3), S. 833–852.

Hoch, M. (2014): Citizen Value - Messung des Citizen Values mittels Choice Experiments am Beispiel der Stadtwerke München GmbH. Dissertation. Technische Universität München, München.

Hochrein, S.; Bogaschewsky, R. und Heider, M. (2014): Supply Chain Management Reviews. Universität Würzburg. Würzburg (Working Paper Series of the Institute of Business Management, 2014/2). Online verfügbar unter: https://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/opus4-wuerzburg/frontdoor/deliver/index/docId/9557/file/WPS_BWL_Issue2_Hochrein_Simon.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2020.

Hübscher, M. (2017): Strategische Aspekte der Beteiligungsverwaltung. Ein Diskussionsvorschlag für die Messbarkeit des Public Values als strategisches Steuerungsinstrument. Hamburger Tag der Beteiligungsverwaltung. Behörden Spiegel. Hamburg, 10.02.2017.

Hummel, K. und Schlick, C. (2013): Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeitsperformance und Nachhaltigkeitsberichterstattung – Legitimität oder finanzielle Überlegungen?. In: *Die Unternehmung* 67 (1), S. 36–61.

Hütten, C. (2000): Der Geschäftsbericht als Informationsinstrument. Rechtsgrundlagen - Funktionen - Optimierungsmöglichkeiten. Düsseldorf: Hagemann GmbH Lehrmittelverlag.

Hutter, C. (2012): Nachhaltigkeitsstrategieentwicklung. Das Spannungsfeld von Unternehmen und Stakeholdern in der automobilen Unternehmenspraxis. Wiesbaden: Springer Gabler.

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Hrsg.) (2017): Zukunft der Berichterstattung - Nachhaltigkeit. IDW Positionspapier: Pflichten und Zweifelsfragen zur nichtfinanziellen Erklärung als Bestandteil der Unternehmensführung. Düsseldorf. Online verfügbar unter: <https://www.idw.de/blob/101498/30d545b52d2fcc5d71a71035b8336a70/download/positionspapier-nachhaltigkeit-nichtfinanzielle-erklaerung-data.pdf>, zuletzt geprüft am 24.02.2020.

Institut für den öffentlichen Sektor e.V. und KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2016): Der „Konzern Kommune“ in der Krise?. Berlin. Online verfügbar unter: https://publicgovernance.de/docs/Stadtwerke_Insolvenz_web_170216.pdf, zuletzt geprüft am 12.06.2017.

Jacob, B. (2015): Kommunalrechtliche Voraussetzungen für Stadtwerke. In: PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.): Regulierung in der deutschen Energiewirtschaft. Praxishandbuch zum Energiewirtschaftsgesetz. 4. Aufl. Freiburg, München: Haufe Gruppe, S. 808–811.

Janssen, J. und Laatz, W. (2013): Statistische Datenanalyse mit SPSS. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests. 8. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.

- Jantz, B. (2016): Energiewirtschaft und KlimaBildung – Potenziale und Chancen regionaler Netzwerke für den Klimaschutz. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 365–384.
- Jenner, S.; Schmitz-Grethlein, F. und Uhlemann, A. (2017): Das Stadtwerk der Zukunft. Progressive Ansätze für Stadtwerke und Politik. Berlin. Online verfügbar unter: http://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2017/10/Discussion-Paper-Das-Stadtwerk-der-Zukunft_DPZ_VKU.pdf, zuletzt geprüft am 11.10.2018.
- Jesson, J.; Matheson, L. und Lacey, F. M. (2011): Doing Your Literature Review: Traditional and Systematic Techniques. London: SAGE Publications.
- Jörges-Süß, K. und Süß, S. (2004): Neo-Institutionalistische Ansätze der Organisationstheorie. In: *Das Wirtschaftsstudium* 33 (3), S. 316–318.
- Joseph, E. (2002): Promoting corporate social responsibility. Is market-based regulation sufficient?. In: *New Economy* 9 (2), S. 96–101.
- Kajüter, P. (2014): Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den G4-Leitlinien der GRI. In: *Die Wirtschaftsprüfung* 67 (12), S. 599–607.
- Kalhöfer, H. und Schuchardt, L. D. (2016): Nachhaltigkeitserwartungen der Stakeholder und ihre Auswirkungen auf die interne Unternehmenssteuerung. In: *Controlling* 28 (7), S. 389–396.
- Kerkhoff, C. (2016): Das denken die deutschen Kommunen – Handlungsfelder heute und im Jahr 2030. Eine Umfrage unter (Ober-) Bürgermeister/innen im Rahmen der VDI-Initiative Stadt: Denken. Woche der Umwelt 2016. Der Bundespräsident und Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Berlin, 08.06.2016. Online verfügbar unter: https://www.vdi.de/fileadmin/vdi_de/redakteur_dateien/fvt_dateien/VDI-Kommunalbefragung_Initiative-StadtDenken_final_web.pdf, zuletzt geprüft am 09.06.2017.
- Kersting, S. (2015): Zweifel am Klimavertrag. In: *Handelsblatt*, 14.12.2015 (241), S. 6–7.
- Khan, A. (2016): Innovationsmanagement in der Energiewirtschaft. Entwicklung eines Reifegradmodells. Wiesbaden: Springer Gabler.

Kieser, A. und Walgenbach, P. (2010): Organisation. 6. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Kleine-König, C. und Schmidpeter, R. (2015): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen als Beitrag zur Regionalentwicklung. In: Schneider, A. und Schmidpeter, R. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 1117–1137.

Kleinmanns, H. (2016): Anforderungen an zeitgemäße Geschäftsberichte. Überblick über aktuelle Entwicklungen und Trends. In: *Buchführung, Bilanzierung, Rechnungswesen* 63 (24), S. 1205–1214.

Knefel, P. und Sassen, R. (2015): Nachhaltigkeitsberichterstattung deutscher und polnischer Unternehmen. In: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 38 (4), S. 385–424.

Knieps, G. (2008): Wettbewerbsökonomie. Regulierungstheorie, Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik. 3. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer.

Köhne, R. (2017): Ökonomische Verantwortung. In: Heidbrink, L.; Langbehn, C. und Loh, J. (Hrsg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 607–623.

Kolb, S.; Neubeck, G. und Schmidt, A. (2016): Der Lagebericht. Grundsätze, Kommentierungen, Beispiele, Praxishinweise. 2. Aufl. Bonn: STOTAX Stollfuß Medien.

Kolb, S. und Niechcial, M. (2017): Verwirrende Vielfalt der neuen CSR-Berichterstattung. Zu viele Freiheiten für Aufstellung und Prüfung?. In: *Unternehmenssteuern und Bilanzen* 19 (18), S. 697–703.

Konstantin, P. (2017): Praxisbuch Energiewirtschaft. Energieumwandlung, -transport und -beschaffung, Übertragungsnetzausbau und Kernenergieausstieg. 4. Aufl. Berlin: Springer Vieweg.

Kopfmüller, J.; Luks, F. und Siebenhüner, B. (2007): 20 Jahre Brundtland-Bericht. In: *Ökologisches Wirtschaften* 22 (1), S. 14–15.

Kosfeld, R. und Gückelhorn, F. (2012): Ökonomische Effekte erneuerbarer Energien auf regionaler Ebene. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70 (5), S. 437–449.

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2017): Geschäftsberichte lesen und verstehen. 8. Aufl. Berlin. Online verfügbar unter: <https://home.kpmg/de/de/home/themen/2017/01/geschaeftsberichte-lesen-verstehen-2014.html>, zuletzt geprüft am 24.01.2019.

KPMG International Cooperative (Hrsg.) (2013): The KPMG Survey of Corporate Responsibility Reporting 2013. Online verfügbar unter: <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/pdf/2016/07/Advisory-CorpGov-The-KPMG-Survey-of-Corporate-Responsibility-Report.pdf>, zuletzt geprüft am 03.05.2018.

Krause, F.; Bossel, H. und Müller-Reißmann, K.-F. (1980): Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Ein Alternativ-Bericht. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Kreiskott, S. und Lau, C. (2015): Strategische Herausforderungen im Energievertrieb. In: Hecker, W.; Lau, C. und Müller, A. (Hrsg.): Zukunftsorientierte Unternehmenssteuerung in der Energiewirtschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 99–111.

Krippendorff, K. (2013): Content analysis. An introduction to its methodology. 3. Aufl. Los Angeles, London, Neu Delhi, Singapur: SAGE Publications.

Kuckartz, U. (2007): Computergestützte Analyse qualitativer Daten. In: Buber, R. und Holzmüller, H. H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung. Konzepte - Methoden - Analysen. Wiesbaden: Gabler, S. 715–730.

Küting, K. und Busch, J. (2003): Der Geschäftsbericht - Entwicklung, Ziele und Bestandteile. In: *Steuer- und Bilanzpraxis* 5 (4), S. 152–156.

Küting, K. und Hütten, C. (1998): Geschäftsbericht (Druckstück). In: Lück, W. (Hrsg.): Lexikon der Rechnungslegung und Abschlußprüfung. 4. Aufl. München, Wien: Oldenbourg, S. 308–309.

Lackmann, J. (2010): Die Auswirkungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf den Kapitalmarkt. Eine empirische Analyse. Wiesbaden: Gabler.

- Lackmann, J. und Stich, M. (2013): Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren und Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Anwendung von DRS 20. Was sich durch DRS 20 in der Konzernlageberichterstattung tatsächlich ändert. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 13 (5), S. 236–242.
- Lammers, B. (2018): Diversity im Topmanagement. Vielfalt in deutschen Unternehmen – was funktioniert, was nicht?. In: *Zeitschrift Führung und Organisation* 87 (4), S. 225–232.
- Lange, J. (2016a): Die moralische und kulturelle Bedeutung des Gutes Energie. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): *CSR und Energiewirtschaft*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 623–636.
- Lange, J. (2016b): *Werteorientiertes Management in der kommunalen Energieversorgung*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Larrinaga-González, C. und Pérez-Chamorro, V. (2008): Sustainability Accounting and Accountability in Public Water Companies. In: *Public Money & Management* 28 (6), S. 337–343.
- Läufer, T. (2005): *Verfassung der Europäischen Union. Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004. Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Lederer, K. (2011): Kommunalunternehmen mit gesellschaftlicher Verantwortung – CSR als Element der Re-Politisierung und Demokratisierung der Kommunalwirtschaft. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–50.
- Lederer, K. und Sandberg, B. (2011): Corporate Social Responsibility (CSR) in kommunalen Unternehmen – Ein Fazit. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 437–446.
- Leixnering, S. und Papenfuß, U. (2016): Public Corporate Governance. Ein analytisches Rahmenkonzept für Steuerung im öffentlichen Sektor. In: *Zeitschrift Führung und Organisation* 85 (4), S. 224–228.

Levitt, T. (1958): The Dangers of Social Responsibility. In: *Harvard Business Review* 36 (5), S. 41–50.

Libbe, J. (2011): Rekommunalisierung als Trend und Chance für Kommunen?. In: *Difu-Berichte* 37 (3), S. 2–3.

Lin-Hi, N. (2009): Eine Theorie der Unternehmensverantwortung. Die Verknüpfung von Gewinnerzielung und gesellschaftlichen Interessen. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Loew, T.; Ankele, K.; Braun, S. und Clausen, J. (2004): Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung. future e.V. – verantwortung unternehmen und Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH (IÖW) (Hrsg.). Berlin, Münster. Online verfügbar unter: http://www.upj.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/Themen/Einfuehrung/ioew_csr_diskussion_2004.pdf, zuletzt geprüft am 17.04.2018.

Loew, T. und Rohde, F. (2013): CSR und Nachhaltigkeitsmanagement. Definitionen, Ansätze und organisatorische Umsetzung im Unternehmen. Institute for Sustainability (Hrsg.). Berlin. Online verfügbar unter: http://www.4sustainability.de/fileadmin/redakteur/bilder/Publikationen/Loew_Rohde_2013_CSR-und-Nachhaltigkeitsmanagement.pdf, zuletzt geprüft am 08.03.2018.

Lütjen, H.; Tietze, F. und Nuske, T. (2014): Innovationskooperationen von Stadtwerken. Eine empirische Untersuchung von Treibern und Barrieren. Norderstedt: Books on Demand.

Mahood, Q.; van Eerd, D. und Irvin, E. (2014): Searching for grey literature for systematic reviews: challenges and benefits. In: *Research Synthesis Methods* 5 (3), S. 221–234.

Maniora, J. (2013): Der GRI G4 Standard - Synergie oder Antagonismus zum IIRC-Rahmenwerk? Erste empirische Ergebnisse über das Anwendungsverhältnis beider Rahmenwerke. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 13 (10), S. 479–489.

Masoud, N. (2017): How to win the battle of ideas in corporate social responsibility: the International Pyramid Model of CSR. In: *International Journal of Corporate Social Responsibility* 2 (4), S. 1–22.

- Matten, D. und Moon, J. (2004): Corporate Social Responsibility Education in Europe. In: *Journal of Business Ethics* 54 (4), S. 323–337.
- Maubach, K.-D. (2013): *Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mayring, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 12. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- McGuire, J. W. (1963): *Business and Society*. New York: McGraw-Hill.
- McWilliams, A. und Siegel, D. (2001): Corporate Social Responsibility: A Theory of the Firm Perspective. In: *The Academy of Management Review* 26 (1), S. 117–127.
- McWilliams, A.; Siegel, D. und Wright, P. M. (2006): Corporate Social Responsibility: Strategic Implications. In: *Journal of Management Studies* 43 (1), S. 1–18.
- Meadows, D. H.; Meadows, D. L.; Randers, J. und Behrens, W. W. (1972): *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Messer, M. und Schneider, G. (2019): *Statistik. Theorie und Praxis im Dialog*. Berlin: Springer Spektrum.
- Meynhardt, T. (2008): Public Value – oder: was heißt Wertschöpfung zum Gemeinwohl?. In: *der moderne staat* 1 (2), S. 457–468.
- Meynhardt, T. (2013): Public Value. Organisationen machen Gesellschaft. In: *OrganisationsEntwicklung* 32 (4), S. 4–7.
- Meynhardt, T. (2014): *Nachhaltigkeit - Kein Thema! Fallstudien aus der Unternehmenspraxis*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Meynhardt, T.; Bairo, A. und Vieten, N. (2017): Public Value Reporting - Der nächste Schritt. In: *The Reporting Times* 7 (11), S. 8.
- Meynhardt, T. und Gomez, P. (2019): Building Blocks for Alternative Four-Dimensional Pyramids of Corporate Social Responsibilities. In: *Business & Society* 58 (2), S. 404–438.

- Michulitz, C. und Kalhöfer, H. (2016): Unternehmen nachhaltig gestalten – Personal- und Organisationsentwicklung als innerbetriebliche Treiber von Nach-Energiewende-EVU. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 545–559.
- Mildenberger, U.; Khare, A. und Thiede, C. (2008): Corporate Social Responsibility - Theoriekonzepte und Praxisansätze. In: Himpel, F.; Kaluza, B. und Wittmann, J. (Hrsg.): Spektrum des Produktions- und Innovationsmanagements. Komplexität und Dynamik im Kontext von Interdependenz und Kooperation. Wiesbaden: Gabler, S. 107–126.
- Milne, M. J. und Adler, R. W. (1999): Exploring the reliability of social and environmental disclosures content analysis. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 12 (2), S. 237–256.
- Milne, M. J. und Patten, D. M. (2002): Securing organizational legitimacy. An experimental decision case examining the impact of environmental disclosures. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 15 (3), S. 372–405.
- Mittag, H.-J. (2016): Statistik. Eine Einführung mit interaktiven Elementen. 4. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum.
- Mobus, J. L. (2005): Mandatory environmental disclosures in a legitimacy theory context. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 18 (4), S. 492–517.
- Mock, S. (2017): Die Leitlinien der Europäischen Kommission zur CSR-Berichterstattung. In: *Der Betrieb* 70 (37), S. 2144–2147.
- Moore, M. H. (1995): Creating public value. Strategic management in government. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Moutchnik, A. (2014): Wege und Irrwege der CSR-Kommunikation und CSR-Reporting. In: Fifka, M. S. (Hrsg.): CSR und Reporting. Nachhaltigkeits- und CSR-Berichterstattung verstehen und erfolgreich umsetzen. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 77–94.
- Moxter, A. (1975): Publizität. In: Grochla, E. und Wittmann, W. (Hrsg.): Handwörterbuch der Betriebswirtschaft. 4. Aufl. Stuttgart: Poeschel, Sp. 3282–3288.
- Müller, H. C. und Heilmann, D. H. (2012): Große Wirkung trotz vieler Fehler. In: *Handelsblatt*, 10.05.2012 (91), S. 16.

Müller, S. (2019): § 315b Pflicht zur nichtfinanziellen Konzernklärung; Befreiungen. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238-342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 2044–2051.

Müller, S. und Stawinoga, M. (2013): Unternehmensberichterstattung: Finanz-, Nachhaltigkeits- und integrierte Berichterstattung im Vergleich. In: *Die Steuerberatung* 56 (11), S. 461–466.

Müller-Burmeister, C. (2019): Weiterentwicklung der Lageberichterstattung und ihrer Prüfung. Eine normative und empirische Untersuchung aus nationaler und internationaler Sicht. Wiesbaden: Springer Gabler.

Mulrow, C. D. (1987): The Medical Review Article: State of the Science. In: *Annals of Internal Medicine* 106 (3), S. 485–488.

Müser, C. (2016): Herausforderungen der Energiewende. Zukunft der Netzbetreiber. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 115 (8), S. 20–21.

Naß, E. und Deindl, M. (2010): Effiziente Prozesse in der Stromwirtschaft. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch optimierte Abläufe und Organisationsstrukturen. In: *Unternehmen der Zukunft* 11 (3), S. 76–79.

Naumann, M. (2011): Kommunale Unternehmen der Zukunft – Corporate Social Responsibility, öffentliche Unternehmen und die aktuelle Debatte um Rekommunalisierungen. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–81.

Neuhäuser, C. (2017): Unternehmensverantwortung. In: Heidbrink, L.; Langbehn, C. und Loh, J. (Hrsg.): Handbuch Verantwortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 765–788.

Neumann-Szyszka, J. und Pfahler, T. (2018): Investitionsprozesse der öffentlichen Hand aus Sicht des New Public Management. Wiesbaden: Springer Gabler.

Nienaber, A.-M.; Borgstedt, P.; Liesenkötter, B. und Schewe, G. (2015): Kommunikation von ökologisch nachhaltiger Unternehmensführung im Energieversor-

gungssektor – Eine qualitativ-longitudinale Analyse zur Transparenz in der Nachhaltigkeitsberichterstattung. In: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 38 (1), S. 54–97.

Nothhelfer, R. und Burgemeister, J. (2019): Die größenabhängige Nutzung formaler Gestaltungsmöglichkeiten bei der nichtfinanziellen Berichterstattung. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 19 (10), S. 440–445.

O'Donovan, G. (2002): Environmental disclosures in the annual report. Extending the applicability and predictive power of legitimacy theory. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 15 (3), S. 344–371.

O'Flynn, J. (2007): From New Public Management to Public Value. Paradigmatic Change and Managerial Implications. In: *Australian Journal of Public Administration* 66 (3), S. 353–366.

Öko-Institut e.V. - Institut für angewandte Ökologie (Hrsg.) (2016): Halbzeit Energiewende. Jahresbericht des Öko-Instituts 2015. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.oeko.de/oekodoc/2499/2016-029-de.pdf>, zuletzt geprüft am 09.04.2017.

Paetzmann, K. (2019a): § 289 Inhalt des Lageberichts. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238–342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 1366–1401.

Paetzmann, K. (2019b): § 289a Ergänzende Vorgaben für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238–342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 1402–1409.

Paetzmann, K. (2019c): § 289b Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung; Befreiungen. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238–342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 1410–1417.

Paetzmann, K. (2019d): § 289c Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238–342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 1418–1423.

Paetzmann, K. (2019e): § 289f Erklärung zur Unternehmensführung. In: Bertram, K.; Brinkmann, R.; Kessler, H. und Müller, S. (Hrsg.): HGB Bilanz Kommentar. §§ 238-342e HGB. 10. Aufl. Freiburg, München, Stuttgart: Haufe Gruppe, S. 1432–1443.

Papenfuß, U. (2013): Verantwortungsvolle Steuerung und Leitung öffentlicher Unternehmen. Empirische Analyse und Handlungsempfehlungen zur Public Corporate Governance. Wiesbaden: Springer Gabler.

Papenfuß, U.; Grüb, B. und Friedländer, B. (2015a): Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen. Entwicklung eines Qualitätsmodells und empirische Befunde für Stadtwerke im internationalen Vergleich. In: Greiling, D.; Schaefer, C. und Theuvsen, L. (Hrsg.): Nachhaltigkeitsmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 38 (45): Nomos Verlagsgesellschaft, S. 170–187.

Papenfuß, U.; Haak, B. und Krieg, T. (2015b): Frauen in Top-Managementorganen öffentlicher Unternehmen: Ein deutschlandweiter Städtevergleich. In: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen* 38 (4), S. 344–354.

Papenfuß, U. und Schmidt, C. A. (2016): Bilanzanalytische Bereinigung von Jahresabschlusskennzahlen bei öffentlichen Unternehmen. Relevant, aber vernachlässigt. In: *BOARD - Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland* (2), S. 71–75.

Parker, L. D. (2005): Social and environmental accountability research. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 18 (6), S. 842–860.

Pfeifer, G. und Wulf, I. (2017a): CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Erstellung der nichtfinanziellen Erklärung. Fallbeispiel zur Bestimmung der zentralen Inhalte einer nichtfinanziellen Erklärung und zu deren Prüfbarkeit. In: *Zeitschrift für Corporate Governance* 12 (5), S. 225–229.

Pfeifer, G. und Wulf, I. (2017b): CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Neue Herausforderungen für Unternehmensleitung und Aufsichtsrat. Umsetzungshinweise zur Erstellung der verpflichtenden nichtfinanziellen Erklärung gem. CSR-RLUG. In: *Zeitschrift für Corporate Governance* 12 (4), S. 181–188.

- Pielow, C. (2011): Kommunale Energiewirtschaft. In: Mann, T. und Püttner, G. (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. 3. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 555–584.
- Pielow, J.-C. (2012): Ordnungs- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für Stadtwerke. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 153–179.
- Pollmann, R. und Seubert, S. (2015): Wesentliche Neuregelungen der Lageberichterstattung nach DRS 20: Verbindlichkeit der Anwendung im Konzernlagebericht und Ausstrahlwirkung auf den Lagebericht im Einzelabschluss. In: *Deutsches Steuerrecht* 53 (18), S. 959–962.
- Praum, K. (2015): CR, CSR und Nachhaltigkeit. Nicht dasselbe, aber das Gleiche?. In: ACC Verlag & Services GmbH (Hrsg.): Corporate Responsibility 2015. Jubiläumsausgabe - Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven für Corporate Responsibility. 10. Aufl. Frankfurt a. M.: Frankfurt Business Media – Der F.A.Z.-Fachverlag, S. 40–43.
- PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2014): Energie- und Versorgungsunternehmen im Spannungsfeld zwischen Ertrag, Investitionen und Verschuldung. Eine Kennzahlenanalyse. Frankfurt a. M. Online verfügbar unter: <https://www.pwc.de/de/energiewende/assets/pwc-studie-evus-im-spannungsfeld-zwischen-ertrag-investitionen-und-verschuldung.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2017.
- PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2016): Finanzierungsfähigkeit kommunaler Energieversorger. Frankfurt a. M. Online verfügbar unter: <https://www.pwc-wissen.de/pwc/de/shop/publikationen/Finanzierungsfahigkeit+Energieversorger/?card=18750>, zuletzt geprüft am 27.02.2018.
- PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2015): Bevölkerungsbefragung Stromanbieter 2015. Frankfurt a. M. Online verfügbar unter: <https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/assets/pwc-umfrage-energie.pdf>, zuletzt geprüft am 27.02.2018.
- PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.) (2017): Energieversorger und kommunaler Konzern im Finanzcheck - Belastung oder

Rückgrat?. Frankfurt a. M. Online verfügbar unter: <https://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/studie-evu-2017.pdf>, zuletzt geprüft am 27.02.2018.

Promberger, K. und Spiess, H. (2006): Der Einfluss von Corporate Social (and Ecological) Responsibility auf den Unternehmenserfolg. Universität Innsbruck. Innsbruck (Lehr- und Forschungsbereich für Verwaltungsmanagement, Working Paper, 26/2006). Online verfügbar unter: https://www.verwaltungsmanagement.at/602/uploads/csr_unternehmenserfolg_working_paper.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2020.

Püttner, G. (2012): Stadtwerke zwischen Daseinsvorsorge und Wettbewerb. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 139–151.

Quick, R. und Knocinski, M. (2006): Nachhaltigkeitsberichterstattung. Empirische Befunde zur Berichterstattungspraxis von HDAX-Unternehmen. In: *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* 76 (6), S. 615–650.

Rahman, S. (2011): Evaluation of Definitions: Ten Dimensions of Corporate Social Responsibility. In: *World Review of Business Research* 1 (1), S. 166–176.

Rao, K. und Tilt, C. (2016): Board diversity and CSR reporting: an Australian study. In: *Meditari Accountancy Research* 24 (2), S. 182–210.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2017): Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex. Maßstab für nachhaltiges Wirtschaften. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de-DE/Documents/PDFs/Sustainability-Code/DNK_Broschuere_2017, zuletzt geprüft am 10.12.2018.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2019): Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Orientierungshilfe für Einsteiger. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de-DE/Documents/PDFs/Sustainability-Code/Leitfaden-Deutscher-Nachhaltigkeitskodex>, zuletzt geprüft am 06.09.2019.

Rat für Nachhaltige Entwicklung und Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Orientierungshilfe für mittelständische

Unternehmen. Berlin, Gütersloh. Online verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/Leitfaden_zum_Deutschen_Nachhaltigkeitskodex.pdf, zuletzt geprüft am 27.09.2019.

Rat für Nachhaltige Entwicklung und Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (Hrsg.) (2018): Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) für die Energiewirtschaft. Berlin: VKU Verlag.

Raupach, B. (2017): Erfolgsfaktoren im Innovationsmanagement. Die Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Hamburg. Wiesbaden: Springer Gabler.

Reck, H.-J. (2012): Stadtwerke im Spannungsfeld von öffentlichem Auftrag, sozialer Marktwirtschaft und Politik. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 13–33.

Reinhardt, W. (2012): Öffentlicher Personennahverkehr. Technik - rechtliche und betriebswirtschaftliche Grundlagen. Wiesbaden: Vieweg + Teubner Verlag.

Resch, R. (2011): Corporate Social Responsibility in der Daseinsvorsorge: die europäische Dimension. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171–183.

Reuschenbach, D. (2009): Nichtparametrische Testverfahren. In: Albers, S.; Klappper, D.; Konradt, U.; Walter, A. und Wolf, J. (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 501–520.

Rhein, S. (2017): Stakeholder-Dialoge für unternehmerische Nachhaltigkeit. Eine qualitativ-empirische Studie zum Diskursverhalten von Unternehmen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Ribeiro, V. P. L.; Aibar-Guzman, C.; Aibar-Guzman, B. und Monteiro, S. M. (2016): Determinants of environmental accounting and reporting practices in Portuguese local entities. In: *Corporate Communications: An International Journal* 21 (3), S. 352–370.

- Ribeiro, V. P. L. und Aibar-Guzman, C. (2010): Determinants of environmental accounting practices in local entities: evidence from Portugal. In: *Social Responsibility Journal* 6 (3), S. 404–419.
- Röber, M. (2011): Öffentliche Wirtschaft und Bürgergesellschaft. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–65.
- Rogall, H.; Bustamante, S. und Gapp, K. (2016): CSR und nachhaltige Energiewirtschaft. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 81–101.
- Röhl, K.-H. (2015): Rekommunalisierung. Gefährden die Privilegien öffentlicher Unternehmen die mittelständische Privatwirtschaft?. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Köln (IW policy paper, 34/2015). Online verfügbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2015/251499/Policy_Paper_Rekommunalisierung_IW_Koeln.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2020.
- Rössler, P. (2017): Inhaltsanalyse. 3. Aufl. Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft, UVK/Lucius.
- Rottmann, O. und Albrecht, R. (2015): Sozialrendite der Neubrandenburger Stadtwerke. Studie zum 7. Mitteldeutschen Energiegespräch. Leipzig: Verlag Vi-Strategie.
- Rühling, U. und Meyer, J. H. (2015): Zur Feststellung des Grundversorgers nach § 36 Abs. 2 EnWG: Der Begriff des „Netzgebiets der allgemeinen Versorgung“. In: *Zeitschrift des Institutes für Energie- und Wettbewerbsrecht in der kommunalen Wirtschaft e.V.* 15 (3), S. 133–138.
- Sachoulidou, A. (2017): Regulierung und Selbstregulierung im interdisziplinären Dialog – Die rechtliche Perspektive. In: *Journal of Self-Regulation and Regulation* 3 (3), S. 27–53.
- Sack, D. (2014): Rekommunalisierung als neuer Trend? Zwischen Privatisierungserfahrungen, direkter Demokratie und Haushaltskonsolidierung. In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik.* 63 (3), S. 339–350.

- Saliterer, I. (2009): Kommunale Ziel- und Erfolgssteuerung. Entwicklungslinien und Gestaltungspotentiale. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sandberg, B. (2011): CSR-Politik zwischen öffentlichem Auftrag und Stakeholder-Erwartungen – Eine empirische Studie zum Selbstverständnis öffentlicher Unternehmen. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131–148.
- Sauthoff, J.-P.; Klüssendorf, N. und Kahl, K. (2015): Bewertung von Energieversorgungsnetzen vor dem Hintergrund des EnWG. In: PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Hrsg.): Regulierung in der deutschen Energiewirtschaft. Praxishandbuch zum Energiewirtschaftsgesetz. 4. Aufl. Freiburg, München: Haufe Gruppe, S. 555–582.
- Sawczyn, A. und Pregel, R. (2016): Mit Kennzahlen Erwartungen moderieren und die Gesamt-Unternehmensleistung greifbar darstellen. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 531–544.
- Schäfer, M. (2014): Kommunalwirtschaft. Eine gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Analyse. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Schäfer, M. und Otto, S.-J. (2016): Das kommunale Nagelstudio. Die populärsten Irrtümer zu Stadtwerke & Co. Wiesbaden: Springer.
- Schaltegger, S. (2011): Von CSR zu Corporate Sustainability. In: Sandberg, B. und Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–199.
- Schaltegger, S.; Herzig, C.; Kleiber, O.; Klinke, T. und Müller, J. (2007): Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen. Von der Idee zur Praxis: Managementansätze zur Umsetzung von Corporate Social Responsibility und Corporate Sustainability. Lüneburg: Centre for Sustainability Management.
- Schantl, A. (2014): Gemeinwohl. Public Value oder der gesellschaftliche Mehrwert öffentlicher Leistungen. In: *Forum Public Management* 10 (3), S. 4–6.

Scharpf, F. W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Schmid. Frankfurt a. M., New York: Campus Verlag.

Scheffler, J. (2014): *Die gesetzliche Basis und Förderinstrumente der Energiewende. Aktueller Stand des EEG und des KWK-G.* Wiesbaden: Springer Vieweg.

Scheid, O. und Müller, S. (2017): Leitlinien der Europäischen Kommission zur nichtfinanziellen Berichterstattung. Vereinheitlichungschancen der Berichterstattung und Ausstrahlungswirkung auf weitere Unternehmen. In: *Deutsches Steuerrecht* 55 (41), S. 2240–2246.

Schlierer, H.-J. (2004): *Kulturspezifische Stilmerkmale deutscher und französischer Geschäftsberichte. Eine kontrastive Analyse.* St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag.

Schmelzle, C. (2008): Governance und Legitimität. In: De La Rosa, S.; Höppner, U. und Kötter, M. (Hrsg.): *Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 162–187.

Schmid, A. (2016): Kommunen sehen Energieversorgung als Megathema der Zukunft. *Wirtschaftswoche*. Online verfügbar unter: <http://www.wiwo.de/technologie/green/living/regionen-kommunen-sehen-energieversorgung-als-megathema-der-zukunft/13769778.html>, zuletzt geprüft am 09.06.2017.

Schmidt, V. (2010): *Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited. Input, Output and Throughput.* Freie Universität Berlin. Berlin (KFG Working Paper Series, 21). Online verfügbar unter: http://userpage.fu-berlin.de/kfgeu/kfgwp/wpseries/WorkingPaperKFG_21.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2020.

Schmitz, M. (2017): Anreizregulierung - Fluch oder Segen?. In: *Magazin für die Energiewirtschaft* 116 (1), S. 20–21.

Schmitz, W. (2016): Wachstum ist nicht gleich Wohlstand. In: *VDI nachrichten*, 16.09.2016 (37), S. 21.

Schmotz, T. und Schmidt, R. (2017): Nichtfinanzielle Berichtspflichten in der Finanzberichterstattung. Konkretisierung des CSR-RUG durch DRS 20 und Ausblick. In: *Der Betrieb* 70 (49), S. 2877–2884.

Schneider, A. (2015): Reifegradmodell CSR – eine Begriffsklärung und -abgrenzung. In: Schneider, A. und Schmidpeter, R. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis*. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 21–42.

Schönrock, E. (2016): CSR-Kommunikation 3.0: Basis für eine erfolgreiche Energiewende, Bürgerbeteiligung und Akzeptanz von Großprojekten. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): *CSR und Energiewirtschaft*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 405–415.

Schwartz, M. S. und Carroll, A. B. (2003): Corporate Social Responsibility: A Three-Domain Approach. In: *Business Ethics Quarterly* 13 (4), S. 503–530.

Scott, W. R. (1987): The Adolescence of Institutional Theory. In: *Administrative Science Quarterly* 32 (4), S. 493–511.

Seier, S. und Kalhöfer, H. (2017): Nachhaltigkeit als Gewinnbringer. In: *Energie & Management*, 15.05.2017 (9), S. 37.

Serfas, A. (2012): Der Geschäftsbericht – zentrales Instrument der Finanzkommunikation. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: DIRK - Deutscher Investor Relations Verband e.V.

Shocker, A. D. und Sethi, S. P. (1973): An Approach to Incorporating Societal Preferences in Developing Corporate Action Strategies. In: *California Management Review* 15 (4), S. 97–105.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010): Input-Output-Rechnung im Überblick. Wiesbaden. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/InputOutputRechnung/InputOutputRechnungUeberblick5815116099004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 29.08.2018.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Finanzen und Steuern. Personal des öffentlichen Dienstes. 2015. Wiesbaden. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/PersonaloeffentlicherDienst2140600157004.pdf;jsessionid=376FA6DFF1E480B1035607ECB98173B1.cae2?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 10.06.2017.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017a): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2016. Wiesbaden. Online verfügbar unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Umweltoekonomische-Gesamtrechnungen/Umweltindikatoren/Indikatoren-PDF_0230001.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 01.05.2017.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017b): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales. 2017. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick. Wiesbaden. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen/ZusammenhaengePDF_0310100.pdf;jsessionid=E67B5C973209ED455D8%207694D9989BD94.cae2?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 28.08.2018.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2018): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales. 2018. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Stawinoga, M. (2015): Stakeholder als Informationsadressaten des Integrated Reportings. In: Freidank, C.-C.; Müller, S.; Velte, P.; Hinze, A.-K. und Behncke, N. (Hrsg.): Handbuch Integrated Reporting. Herausforderung für Steuerung, Überwachung und Berichterstattung. Berlin: Schmidt, S. 183–213.

Stawinoga, M. (2017): Die Richtlinie 2014/95/EU und das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz – Eine normative Analyse des Transformationsprozesses sowie daraus resultierender Implikationen für die Rechnungslegungs- und Prüfungspraxis. In: *Sustainability Management Forum* 25 (3-4), S. 213–227.

Stawinoga, M. und Velte, P. (2016): Der Referentenentwurf für ein CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz. Eine erste Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung der empirischen Relevanz des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). In: *Der Betrieb* 69 (15), S. 841–847.

Steurer, R. (2012): The governance of sustainable development: Putting the pieces of regulation together. Habilitation. Universität für Bodenkultur Wien, Wien.

- Steurer, R. (2015): Die Rolle der Politik im Themenfeld CSR. In: Schneider, A. und Schmidpeter, R. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis*. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 1197–1213.
- Stieglitz, S. (2015): Gamification – Vorgehen und Anwendung. In: *Praxis der Wirtschaftsinformatik* 52 (6), S. 816–825.
- Stojanović-Blab, M. und Blab, D. (2017): Nachhaltigkeitsberichterstattung anhand der GRI Standards - Ein Vergleich zu GRI G4. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 17 (07-08), S. 307–316.
- Stötzer, S. (2015): Neue Vielfalt der Nachhaltigkeitsrichtlinien - Konzepte für eine nachhaltigkeitsorientierte Rechenschaftslegung von privaten und öffentlichen Unternehmen. In: Greiling, D.; Schaefer, C. und Theuvsen, L. (Hrsg.): *Nachhaltigkeitsmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen*. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 38 (45): Nomos Verlagsgesellschaft, S. 89–108.
- Ströbele, W.; Pfaffenberger, W. und Heuterkes, M. (2012): *Energiewirtschaft. Einführung in Theorie und Politik*. 3. Aufl. München: Oldenbourg.
- Suchman, M. C. (1995): Managing Legitimacy: Strategic and Institutional Approaches. In: *The Academy of Management Review* 20 (3), S. 571–610.
- Süss, W.; Dühring, L. und Zerfass, A. (2011): *Corporate Branding im Spannungsfeld von Unternehmens- und Marketingkommunikation. Grundlagen, Fallstudien und empirische Erkenntnisse in Commodity-Branchen*. Wiesbaden: Gabler.
- Tan, L. K. und Egan, M. (2018): The Public Accountability Value of a Triple Bottom Line Approach to Performance Reporting in the Water Sector. In: *Australian Accounting Review* 28 (2), S. 235–250.
- Theuvsen, L. (2012): Instrumentalfunktion von Stadtwerken. In: Bräunig, D. und Gottschalk, W. (Hrsg.): *Stadtwerke. Grundlagen, Rahmenbedingungen, Führung und Betrieb*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 101–121.
- Thiemeyer, T. (1975): *Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Tranfield, D.; Denyer, D. und Smart, P. (2003): Towards a Methodology for Developing Evidence-Informed Management Knowledge by Means of Systematic Review. In: *British Journal of Management* 14 (3), S. 207–222.
- Traxler, A. A. (2016): Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den Leitlinien der Global Reporting Initiative – Eine empirische Analyse der DACH-Region. Dissertation. Johannes Kepler Universität Linz, Linz.
- Tregidga, H. und Milne, M. J. (2006): From sustainable management to sustainable development. A longitudinal analysis of a leading New Zealand environmental reporter. In: *Business Strategy and the Environment* 15 (4), S. 219–241.
- TRENDbüro Beratungsunternehmen für gesellschaftlichen Wandel B.G.W. GmbH; Kantar Deutschland GmbH und ORCA van Loon Communications GmbH (Hrsg.) (2017): Werte-Index 2018: Natur und Familie sind den Deutschen jetzt wichtiger. Pressemitteilung. Hamburg. Online verfügbar unter: <https://www.tns-infratest.com/presse/pdf/presse/2017-11-21-presseinformation-werte-index-2018.pdf>, zuletzt geprüft am 27.02.2018.
- Tschopp, D. und Nastanski, M. (2014): The Harmonization and Convergence of Corporate Social Responsibility Reporting Standards. In: *Journal of Business Ethics* 125 (1), S. 147–162.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2006): Lagebericht zur Lageberichterstattung. Dessau. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3236.pdf>, zuletzt geprüft am 23.01.2020.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016): Klimaschutzbericht 2016. Wien. Online verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0582.pdf>, zuletzt geprüft am 20.04.2017.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2017): Treibhausgasemissionen 2015 im zweiten Jahr in Folge leicht gesunken. Pressemitteilung. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2294/dokumente/pm-2017-03_treibhausgase_2015.pdf, zuletzt geprüft am 01.05.2017.
- Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium (Hrsg.) (2019): Eine Formel zum nachhaltigen Erfolg? Studie zur Schnittstelle zwischen EMAS und dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Berlin. Online verfügbar unter:

https://www.emas.de/fileadmin/user_upload/06_service/PDF-Dateien/Studie_E-MAS_DNK.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2019.

United Nations (Hrsg.) (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future. Unter Mitarbeit von Gro Harlem Brundtland. New York. Online verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.

United Nations (Hrsg.) (1998): Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change. Kyoto. Online verfügbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf>, zuletzt geprüft am 20.03.2020.

United Nations (Hrsg.) (2019): Status of Ratification of the Kyoto Protocol. Online verfügbar unter: http://unfccc.int/kyoto_protocol/status_of_ratification/items/2613.php, zuletzt geprüft am 11.09.2019.

Universität Leipzig Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. (Hrsg.) (2014): Regionalökonomische Effekte des Wasserverbandes Peine. Leipzig. Online verfügbar unter: http://www.daseinsvorsorge.org/wp/wp-content/uploads/2014/05/Endbericht_Wirkungsanalyse_Peine.pdf, zuletzt geprüft am 29.08.2018.

Unnerstall, T. (2016): Faktencheck Energiewende. Konzept, Umsetzung, Kosten – Antworten auf die 10 wichtigsten Fragen. Berlin, Heidelberg: Springer.

Vaaland, T. I.; Heide, M. und Grønhaug, K. (2008): Corporate social responsibility. Investigating theory and research in the marketing context. In: *European Journal of Marketing* 42 (9/10), S. 927–953.

Veit, K.-R. (1997): Funktion und Aufbau des Berichts zu Zweigniederlassungen. In: *Betriebs-Berater* 52 (9), S. 461–463.

Velte, P. (2017): Die nichtfinanzielle Erklärung und die Diversity-Berichterstattung nach dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz. Auf dem Weg zur „Sustainable Corporate Governance“?. In: *Unternehmensteuern und Bilanzen* 19 (8), S. 293–298.

Velte, P. und Stawinoga, M. (2017): Integrated reporting: The current state of empirical research, limitations and future research implications. In: *Journal of Management Control* 28 (3), S. 275–320.

Velte, P. und Stawinoga, M. (2019a): Harmonisierung der Klimaberichterstattung?! Einbettung in die EU-Regulierungsinitiativen, Forschungslücken und Handlungsempfehlungen. In: *Der Betrieb* 72 (37), S. 2025–2033.

Velte, P. und Stawinoga, M. (2019b): Wird die nichtfinanzielle Berichterstattung durch die neuen EU-Leitlinien zu klimabezogenen Angaben entscheidungsnützlicher?. In: *Die Wirtschaftsprüfung* 72 (16), S. 879–884.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (Hrsg.) (2015): Geschäftsbericht 2014/2015. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.vku.de/index.php?eID=tx_naw-securedl&u=0&g=0&t=1502893951&hash=a7ba692301bd1db7bfd9e73ed5ea0b749b830ddd&file=fileadmin/media/Dokumente/Oeffentlichkeitsarbeit_Presse/Publicationen/2015/VKU_Geschaeftsbericht_2014_2015_web.pdf, zuletzt geprüft am 15.08.2017.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (Hrsg.) (2019): Zahlen, Daten, Fakten 2019. Kommunale Ver- und Entsorgungsunternehmen in Zahlen. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.vku.de/fileadmin/user_upload/Verbandsseite/Publicationen/2019/VKU_ZahlenDatenFakten_2019_DE.pdf, zuletzt geprüft am 09.09.2019.

Vest, P. (2016): Erst denken dann lenken... Zehn Thesen und Antithesen zur Energiewende. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 33–47.

Visser, W. (2006): Revisting Carroll's CSR Pyramid: An African Perspective. In: Huniche, M. und Pedersen, E. R. (Hrsg.): Corporate Citizenship in Developing Countries - New Partnership Perspectives. Kopenhagen: Copenhagen Business School Press, S. 29–56.

Voelzkow, A. (2019): Unternehmerische Selbstdarstellung im Internet. Die interaktive Onlineberichterstattung von DAX-Unternehmen. Wiesbaden: Springer Gabler.

Wagner, C. und Hense, M. (2016): Rolle und Verantwortung eines Stadtwerks. In: Hildebrandt, A. und Landhäußer, W. (Hrsg.): CSR und Energiewirtschaft. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 161–171.

Wagner, O. und Berlo, K. (2015): The wave of remunicipalisation of energy networks and supply in Germany – the establishment of 72 new municipal power utilities. In: First fuel now: eceee 2015 Summer Study on energy efficiency.

Toulon/Hyères, Frankreich. European Council for an Energy Efficient Economy, S. 559–569. Online verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-59209>, zuletzt geprüft am 10.03.2020.

Wagner, O. und Berlo, K. (2017): Remunicipalisation and Foundation of Municipal Utilities in the German Energy Sector. Details about Newly Established Enterprises. In: *Journal of Sustainable Development of Energy, Water and Environment Systems* 5 (3), S. 396–407.

Walk, H. (2014): Energiegenossenschaften: neue Akteure einer nachhaltigen und demokratischen Energiewende?. In: Brunnengräber, A. und Di Nucci, M. R. (Hrsg.): Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Zum 70. Geburtstag von Lutz Mez. Wiesbaden: Springer VS, S. 451–464.

Waßmann, J. (2014): Grundlagen der CSR aus der Perspektive des Marketings. Historische Entwicklung und Begriffsklärung. Wiesbaden: Springer Gabler.

Weinbauer-Heidel, I. (2016): Transferförderung in der betrieblichen Weiterbildungspraxis. Warum transferfördernde Maßnahmen (nicht) implementiert werden. Wiesbaden: Springer Gabler.

Weißberger, B. und Feder, M. (2016): CSR richtig managen: Außenkommunikation und Controlling gehören dazu. In: *PERSONALquarterly* 68 (4), S. 15–19.

Wildemann, H. (2009): Stadtwerke. Erfolgsfaktoren europäischer Infrastruktur- und Versorgungsdienstleister. München: TCW Transfer-Centrum.

Wilmschurst, T. D. und Frost, G. R. (2000): Corporate environmental reporting. A test of legitimacy theory. In: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* 13 (1), S. 10–26.

Windsor, D. (2006): Corporate Social Responsibility: Three Key Approaches. In: *Journal of Management Studies* 43 (1), S. 93–114.

Wippermann, P. und Krüger, J. (2015): Werte-Index 2016. Frankfurt a. M.: Deutscher Fachverlag.

Wohltmann, M. (2008): Wem gehören die Sparkassen? - Perspektive eines Sparkassenträgers. Magdeburger Finanzmarktdialog. Forschungszentrum für Sparkassenentwicklung e.V. Magdeburg, 29.05.2008. Online verfügbar unter:

http://www.fzse.ovgu.de/fzse_media/Downloads/Ver%C3%B6ffentlichungen/FZSE_Symposium+_Wem+geh%C3%B6ren+die+Sparkassen_/Symposium_080529_Vortrag_4_Wohltmann.pdf, zuletzt geprüft am 19.03.2018.

Wulf, I. (2017): Neue Berichtspflichten durch die nichtfinanzielle Erklärung für bestimmte große Unternehmen. In: *Deutsche Steuer-Zeitung* 105 (4), S. 100–110.

Wulf, I. und Gerloff, N. (2019): Analyse der finanzwirtschaftlichen Lage von großen Energieversorgern. Längsschnittbetrachtung der Geschäftsjahre 2011–2017. In: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* 15 (10), S. 298–305.

Wulf, I. und Inwinkl, P. (2018): Ökologische Aspekte in der CSR-Berichterstattung deutscher und schwedischer Unternehmen. In: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 41 (4), S. 468–506.

Wulf, I. und Niemöller, J. (2015): Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen im Lagebericht. Entwicklung und Perspektiven der Unternehmensberichterstattung. In: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* 11 (4), S. 104–112.

Wulf, I. und Sackbrook, J. L. (2014): Die Weiterentwicklung des G3- zum G4-Leitfaden durch die Global Reporting Initiative. Nachhaltigkeitsberichterstattung – The Next Generation. In: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* 10 (11), S. 335–343.

Wulf, I. und Wasmuth, P. (2016): Innovationspotenzial der integrierten Berichterstattung deutscher Unternehmen. Anforderungen und Umsetzung in den integrierten Berichten deutscher Unternehmen. In: *Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung* 11 (9), S. 383–388.

Wulf, I. und Wasmuth, P. (2018): Nichtfinanzielle Belange in der Berichtspraxis kapitalmarktorientierter Energieversorger. Analyse des Erfüllungsgrads der Mindestbelange auf Basis von Indikatoren. In: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* 18 (11), S. 516–524.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (Hrsg.) (2018): Status und Neugründungen von Stadtwerken: Deutschland und Japan im Vergleich. Inputpapier mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und mit Unterstützung des Ministry of the Environment, Government of Japan. Wuppertal. Online verfügbar unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7010/file/7010_Stadtwerke.pdf, zuletzt geprüft am 27.09.2019.

Würfel, P. (2017): Unter Strom. Die neuen Spielregeln der Stromwirtschaft. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer.

Würz, T. (2012): Corporate Stakeholder Communications. Neoinstitutionalistische Perspektiven einer stakeholderorientierten Unternehmenskommunikation. Wiesbaden: Springer Gabler.

Zadek, S. (2004): The Path to Corporate Responsibility. In: *Harvard Business Review* 82 (12), S. 125–132.

Zinser, T. und Bartuschka, W. (2016): Nachhaltigkeit als Bestandteil der Unternehmensberichterstattung. In: Buchenau, P.; Geßner, M.; Geßner, C. und Kölle, A. (Hrsg.): Chefsache Nachhaltigkeit. Praxisbeispiele aus Unternehmen. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 61–81.

Zippelius, R. (2007): Allgemeine Staatslehre. Politikwissenschaft. Ein Studienbuch. 15. Aufl. München: Beck.

Zülch, H. und Höltnen, M. (2013): Die „neue“ (Konzern-) Lageberichterstattung nach DRS 20 – ein Anwendungsleitfaden. In: *Der Betrieb* 66 (44), S. 2457–2465.

Zülch, H. und Kretzmann, C. W. (2017): Sind Profitabilität und Verantwortung vereinbar? Eine Stellungnahme zu Widerspruch und Kompatibilität von Corporate Social Responsibility und Gewinnmaximierung. In: *Der Betrieb* 70 (13), S. 677–682.

Verzeichnis von Gesetzen und sonstigen Verlautbarungen nationaler oder internationaler Standardsetter

Aktiengesetz (AktG) vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist.

Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG) vom 04. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3166).

CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz vom 11. April 2017 (BGBl. I S. 802).

Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (2017): Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 17 (DRS 17): Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder (Stand: 22. September 2017).

Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (2017): Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20): Konzernlagebericht (Stand: 22. September 2017).

Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (2017): Deutscher Rechnungslegungs Änderungsstandard Nr. 8 (DRÄS 8).

Energieeinsparverordnung (EnEV) vom 24. Juli 2007 (BGBl. I S. 1519), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 24. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1789) geändert worden ist.

Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vom 21. August 2009 (BGBl. I S. 2870), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist.

Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2002) geändert worden ist.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1719) geändert worden ist.

Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) vom 7. August 2008 (BGBl. I S. 1658), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist.

Handelsgesetzbuch a. F. (HGB a. F.) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 4 des Gesetzes vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1002) geändert worden ist.

Handelsgesetzbuch (HGB) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist.

Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) geändert worden ist.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2498), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1719) geändert worden ist.

Publizitätsgesetz (PublG) vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist.

Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates.

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG.

Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.

Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen.

Richtlinie (EU) 2018/844 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und der Richtlinie 2012/27/EU über Energieeffizienz.

Stromeinspeisungsgesetz (StromEinspG) vom 7. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2633), zuletzt geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. April 1998 (BGBl. IS. 730), außer Kraft seit dem 1. April 2000 durch Artikel 4 des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29. März 2000 (BGBl. I S. 305).

Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1475), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Januar 2019 (BGBl. I S. 37) geändert worden ist.

Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2602) geändert worden ist.

Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist.

Berichtsverzeichnis

badenova AG & Co. KG (2016): Geschäftsbericht.

badenova AG & Co. KG (2016): Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht.

badenova AG & Co. KG (2017): Geschäftsbericht.

badenova AG & Co. KG (2017): Ökologie- und Nachhaltigkeitsbericht.

badenova AG & Co. KG (2017): Umwelterklärung.

Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21) (2016): Unser Geschäftsbericht.

Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH (DEW21) (2017): Unser Geschäftsbericht.

DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH (2016): Geschäftsbericht.

DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH (2017): Geschäftsbericht.

E.ON SE (2016): Geschäftsbericht.

E.ON SE (2016): Nachhaltigkeitsbericht.

E.ON SE (2017): Geschäftsbericht.

E.ON SE (2017): Nachhaltigkeitsbericht.

E.ON SE (2017): Zusammengefasster nichtfinanzieller Bericht.

eins energie in sachsen GmbH & Co. KG (2016): Geschäftsbericht.

eins energie in sachsen GmbH & Co. KG (2017): Geschäftsbericht.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (2016): Erklärung zur Unternehmensführung.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (2016): Integrierter Geschäftsbericht.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (2017): Erklärung zur Unternehmensführung.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG (2017): Integrierter Geschäftsbericht.

ESWE Versorgungs AG (2016): Bericht über das Geschäftsjahr.

ESWE Versorgungs AG (2017): Bericht über das Geschäftsjahr.

EWE AG (2016): Integrierter Bericht.

EWE AG (2017): Integrierter Bericht.

innogy SE (2016): Geschäftsbericht.

innogy SE (2016): Nachhaltigkeitsbericht.

innogy SE (2017): Geschäftsbericht.

innogy SE (2017): Nachhaltigkeitsbericht.

Mainova AG (2016): Geschäftsbericht.

Mainova AG (2016): Nachhaltigkeitsbericht.

Mainova AG (2017): Geschäftsbericht.

Mainova AG (2017): Nachhaltigkeitsbericht.

MVV Energie AG (2015/2016): Bericht zur Corporate Governance.

MVV Energie AG (2015/2016): Geschäftsbericht.

MVV Energie AG (2015/2016): Magazin zum Geschäftsbericht.

MVV Energie AG (2016/2017): Bericht zur Corporate Governance.

MVV Energie AG (2016/2017): Geschäftsbericht.

MVV Energie AG (2016/2017): Magazin zum Geschäftsbericht.

N-ERGIE AG (2016): Geschäftsbericht.

N-ERGIE AG (2017): Geschäftsbericht.

RheinEnergie AG (2016): Geschäftsbericht.

RheinEnergie AG (2016): Umweltbericht.

RheinEnergie AG (2016): Umwelterklärung.

RheinEnergie AG (2017): Geschäftsbericht.

RheinEnergie AG (2017): Umweltbericht.

RheinEnergie AG (2017): Umwelterklärung.

RWE AG (2016): Corporate Governance Bericht.

RWE AG (2016): Erklärung zur Unternehmensführung.

RWE AG (2016): Geschäftsbericht.

RWE AG (2016): Unsere Verantwortung.

RWE AG (2017): Corporate Governance Bericht.

RWE AG (2017): Erklärung zur Unternehmensführung.

RWE AG (2017): Geschäftsbericht.

RWE AG (2017): Unsere Verantwortung.

Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (2016): Geschäftsbericht.

Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (2017): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Bielefeld GmbH (2016): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Bielefeld GmbH (2017): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Bochum GmbH (2016): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Bochum GmbH (2017): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Düsseldorf AG (2016): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Düsseldorf AG (2017): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Hannover AG (enercity) (2016): Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht.¹⁵⁸⁹

Stadtwerke Hannover AG (enercity) (2016): Report. Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr.

Stadtwerke Hannover AG (enercity) (2017): Report. Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr.

Stadtwerke Kiel AG (2015/2016): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Kiel AG (2016/2017): Jahresabschluss zum Geschäftsjahr und Tätigkeitsabschluss (einschließlich Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrates).¹⁵⁹⁰

Stadtwerke Leipzig GmbH (2016): Jahresabschluss (einschließlich Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrates).

Stadtwerke Leipzig GmbH (2017): Jahresabschluss (einschließlich Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrates).

Stadtwerke Lübeck GmbH (2016): Geschäftsbericht.

¹⁵⁸⁹ Diesem Bericht sind kein Jahresabschluss und Lagebericht zugehörig.

¹⁵⁹⁰ Berücksichtigung der Offenlegungen im Bundesanzeiger aufgrund mangelnder Verfügbarkeit des Geschäftsberichts.

Stadtwerke Lübeck GmbH (2017): Jahresabschluss zum Geschäftsjahr und Tätigkeitsabschluss (einschließlich Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrates).¹⁵⁹¹

Stadtwerke Münster GmbH (2016): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Münster GmbH (2016): Umwelterklärung.

Stadtwerke Münster GmbH (2017): Geschäftsbericht.

Stadtwerke Münster GmbH (2017): Umwelterklärung.

STAWAG, Stadtwerke Aachen AG (2016): Geschäftsbericht.

STAWAG, Stadtwerke Aachen AG (2017): Geschäftsbericht.

uniper SE (2016): Geschäftsbericht.

uniper SE (2016): Nachhaltigkeitsbericht.

uniper SE (2017): Geschäftsbericht.

uniper SE (2017): Nachhaltigkeitsbericht.

¹⁵⁹¹ Berücksichtigung der Offenlegungen im Bundesanzeiger aufgrund mangelnder Verfügbarkeit des Geschäftsberichts.